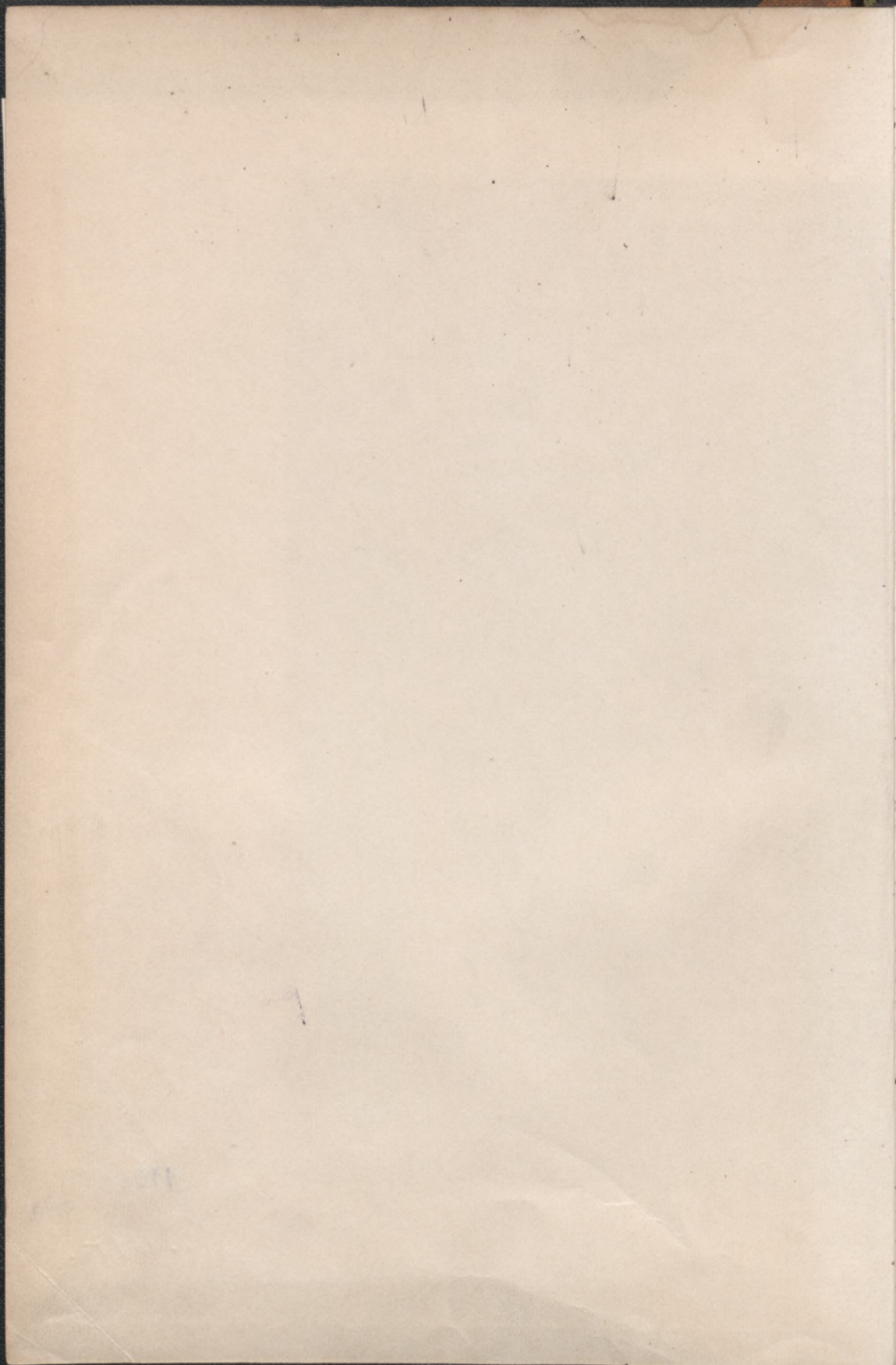


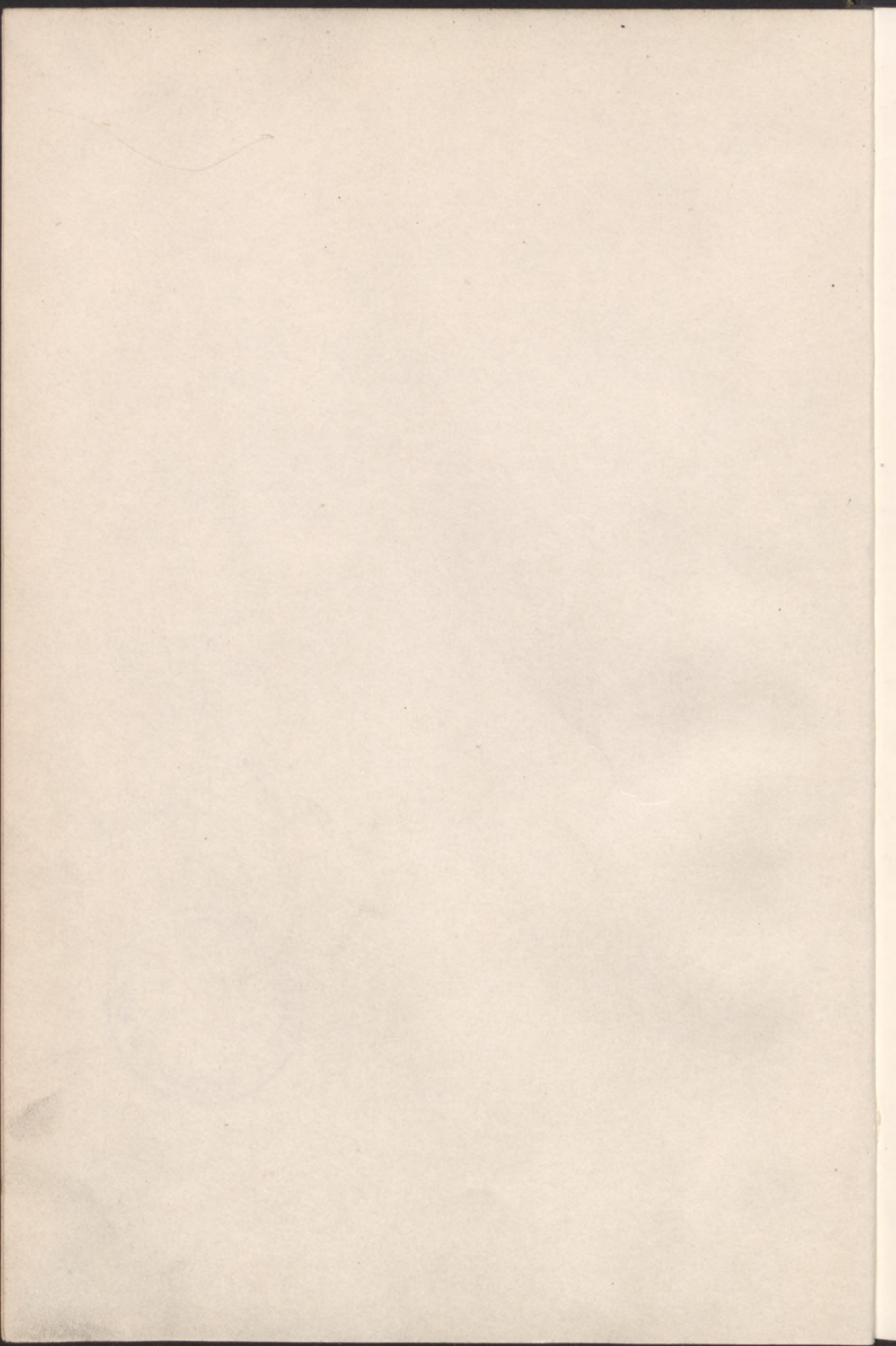
Biblioteka
U. M. K.
Toruń

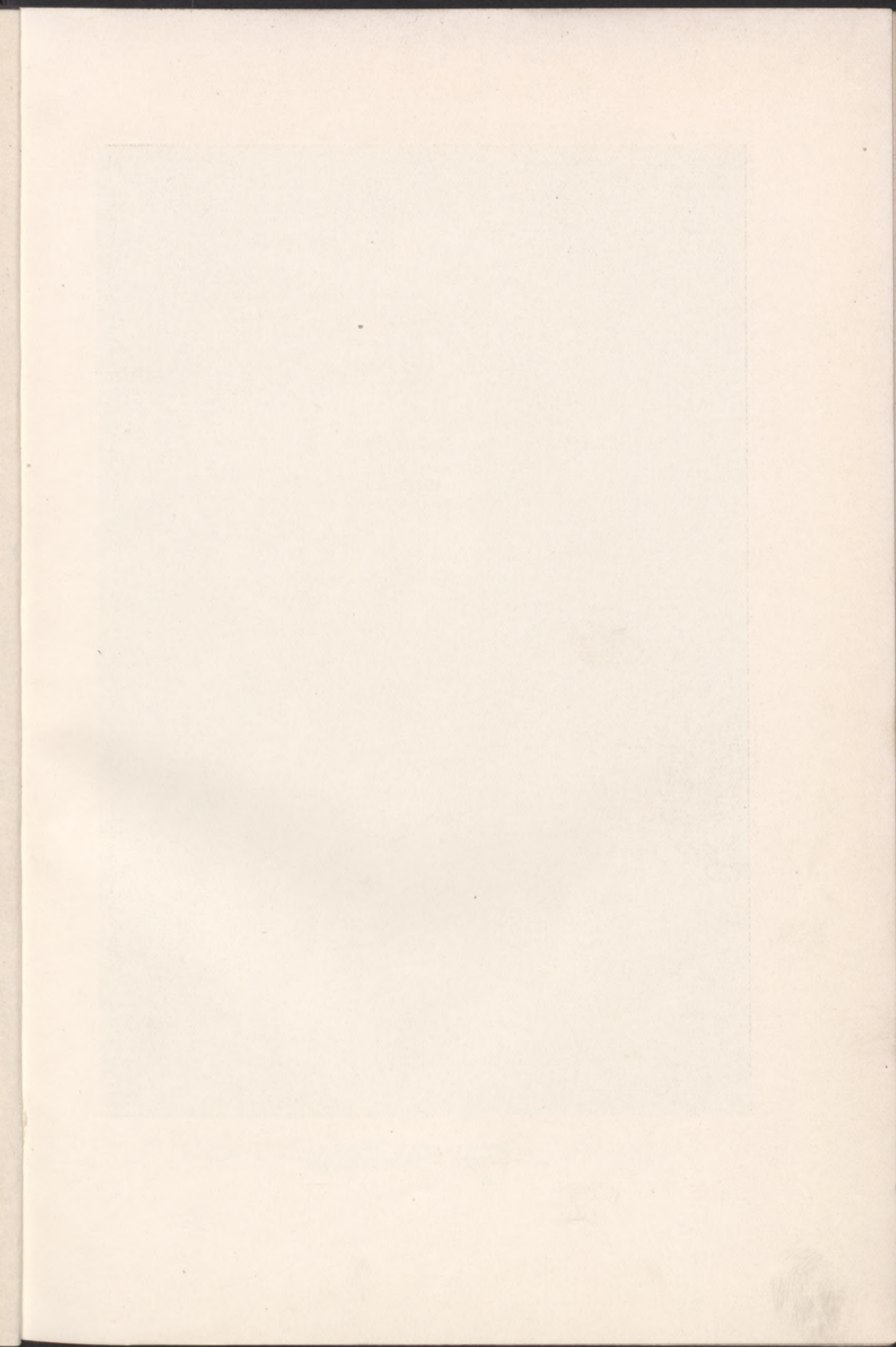
256664

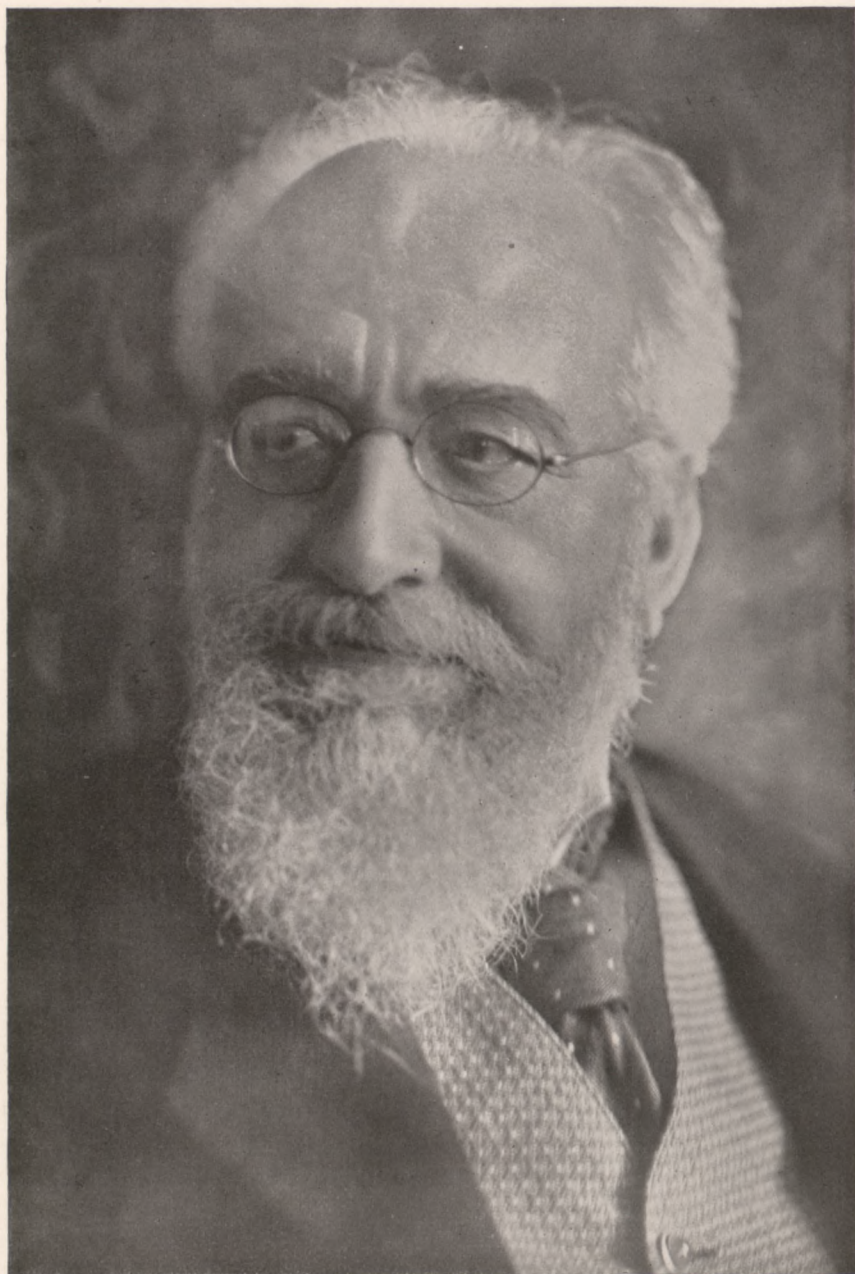
18.11











Luigi Brentano

LUJO BRENTANO

MEIN LEBEN

im Kampf um die soziale Entwicklung
Deutschlands



EUGEN DIEDERICH'S VERLAG IN JENA

MIT 20 ABBILDUNGEN



256664



P 679

Printed in Germany

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen vorbehalten. Copyright 1931 by Eugen Diederichs Verlag in Jena

AUSSTATTUNG: MAX THALMANN

1932. 684

V O R W O R T

Viele Freunde und auch Fernerstehende sind immer und immer wieder in mich gedrungen, Erinnerungen aus meinem Leben zu veröffentlichen. Ich habe lange gezögert, der Aufforderung Folge zu leisten, denn der Verlauf meines Lebens ist komplizierter als der übliche Lebensgang des deutschen Professors gewesen; er läßt sich nicht so einfach erzählen. Auch schreibt der, welcher über seine Erlebnisse berichtet, notwendig auch über andere, darunter über viele, die seinem Herzen nahegestanden haben und nahestehen. Eine heilige Scheu lehnt sich dagegen auf, den Schleier zu lüften, der Vorgänge bedeckt, die noch heute sein Innerstes freudig oder schmerzlich erregen. Doch muß ich zugeben, daß ich auf Entstehung und Entwicklung der deutschen Sozialpolitik Einfluß geübt habe; desgleichen habe ich an den Erörterungen über Wirtschaftspolitik lebhaften Anteil genommen und mit ganzer Seele für die Freiheit der Wissenschaft gestritten. Ich kann nicht leugnen, daß man ein Recht hat, mich selber darüber zu hören. Auch bin ich im Leben mit manchen bedeutenden Persönlichkeiten zusammengetroffen, von denen ich einiges zu erzählen habe, was allgemein von Interesse sein dürfte. Vor allem habe ich von meiner Familie, durch die mein Leben gleich dem aller Menschen mitbestimmt worden ist, zu reden und dabei auch mit phantastischen Angaben aufzuräumen, die vielfach über sie in der Literatur verbreitet sind.

Aus diesen Beweggründen ist das Folgende entstanden. Wenn ich jetzt das, was ich geschrieben habe, der Öffentlichkeit übergebe, befällt mich aber die Sorge, daß ich diejenigen, die, wenn sie mich erzählen hörten, zur Niederschrift aufforderten, in einer Hinsicht enttäuschen werde. Ich habe nicht nur Unterhaltendes erzählt. Mein ganzes Leben besteht aus einer Fülle sich aneinanderreihender Kämpfe. Sie erstrecken sich bis in die neueste Zeit. Um sie verständlich zu machen, habe ich sachliche Ausführungen machen müssen, von denen ich fürchten muß, daß sie manche Leser langweilen werden; doch sind sie unentbehrlich, damit man meine Stellungnahme begreife. Auch dienen sie zur Veranschaulichung, in welcher Weise wirtschaftliche und sozialpolitische Parteien in den letzten Dezennien in Deutschland für Wahrnehmung ihrer Interessen gekämpft haben. Die Darstellung der widerlichsten Kämpfe habe ich indes in einen Anhang verbannt.

Prien am Chiemsee, September 1930

LUJO BRENTANO

I. Die Familie Brentano

Die Familie Brentano stammt aus dem Mailändischen. Während Jahrhunderten haben ihre Angehörigen unter Habsburgischer Herrschaft gestanden. Es werden elf Stämme Brentano unterschieden. Vor mehr als zwanzig Jahren hatte ich einmal in Cadenabbia am Comersee ein Telegramm aufgegeben und stand in die Schönheit der Landschaft versunken am See, da trat aus dem Postamt kommend ein eleganter Herr mittleren Alters, der dort meinen Namen erfahren hatte, auf mich zu und begrüßte mich als Vetter. Es war der Bürgermeister von Griante. Ich war hocherfreut, ihn kennenzulernen. Er hat mir alle Villen in der Tremezzina gezeigt, die von Mitgliedern eines der elf Stämme erbaut worden waren, auch das gemeinsame Stammhaus der Familie in Azzano und das Haus, in dem mein Großvater Peter Anton geboren war. Wie der 1895 in Frankfurt verstorbene Anton Theodor Brentano — nach seiner Angabe der letzte Brentano Mezzegra — mir 1876 geschrieben hat, hat mein Großvater zu den Brentano Riati gehört.

Zwischen den Brentano Riati und den Brentano Cimaroli scheinen besonders nahe Beziehungen bestanden zu haben. Die letzteren haben der österreichischen Armee zahlreiche Soldaten geliefert, darunter nicht weniger als vier Feldmarschall-Leutnants und einen General, die sich auf den Schlachtfeldern des Habsburgischen Hauses im 17. und 18. Jahrhundert ausgezeichnet haben. Der letzte ist in dem Hause meines Großvaters seinen Wunden erlegen und von da aus im Dome in Frankfurt begraben worden. In der 1703 von Kaiser Leopold I. dem Carl Andrea Brentano de Cimaroli verliehenen Anerkennung des lombardischen Uradels der Familie Brentano ist sogar von einem Kardinal Brentano die Rede, dem ersten Apostel der „glücklichen“ der heutigen Kanarischen Inseln, der ob seiner Tugenden und gewirkten Wunder heilig gesprochen worden sei¹; ferner davon, daß die Visconti, als Beherrscher von Mailand, der Familie Brentano die Viscontische gekrönte Schlange in ihrem Wappen verliehen haben, und daß Philipp III. von Spanien, als die Neo-Visconti

¹ Abgedruckt in dem von Friedrich Freiherr von Brentano herausgegebenen Leben des Generals Anton Josef Freiherr von Brentano. Geisenheim 1894. S. 3.

den Brentano deren Führung verbieten wollte, ihr Recht, sie zu führen, bestätigt habe.

Freiherr Friedrich von Brentano Cimaroli in Wien und eine Enkelin meines Onkels Franz, Fräulein Antonie von Blittersdorff, haben während mehrerer Jahre auf vielen Reisen durch Italien und Deutschland die auf die Brentanosche Familie bezüglichen Urkunden und Notizen gesammelt. Die Ahnentafel, die sie auf Grund ihrer Forschungen aufgestellt haben, ist 1885 von der italienischen Regierung bestätigt und der Uradel der Familie Brentano aufs neue anerkannt worden. Der Stammbaum geht bis auf einen Nicolo da Brenta, Herrn von Castel Brenta in Südtirol (1220—1270), zurück. Ich selbst besitze einen kleinen Kupferstich mit der Unterschrift: Arma Brentano anno 1130 Cavata dalli veri Libri Antichi di Antonio Bonacina nella Contrada di S. Margherita al Segno del Crocifisso in Milano.

Doch der 1885 von der italienischen Regierung bestätigte Stammbaum ist neuerdings in der Frankfurter Handelsgeschichte des Dr. Alexander Dietz angefochten worden. Nach ihm sind die Brentano im Mittelalter keine turnierfähigen Ritter (*equites*), sondern altfreie Bauern gewesen, von welchen einzelne in demselben Maße als Landedelleute (*nobiles*) betrachtet wurden, als sie sich Vermögen und Ansehen zu verschaffen wußten. Entsprechend ihren Namen und ihrer Beschäftigung hätten die Brentano in ihrem Wappen anfänglich auch nur eine Bauernkiepe (italienisch *brenta*, Brentano also der Büttner) geführt. An dieser Tatsache könnten auch die vielen späteren Standeserhebungen nichts ändern. Noch im 18. Jahrhundert fänden sich neben geadelten Feldmarschällen und reichen Kaufleuten Familienmitglieder als einfache Bauern, Handwerker und Tagelöhner. Doch hat Dr. Dietz seine Behauptung, daß das Brentanosche Wappen anfänglich nur eine Bauernkiepe gewesen sei, durch nichts belegt und ebensowenig die, daß ihre Beschäftigung die eines Büttners gewesen sei; und das über Wappen und Vergangenheit vorstehend Angeführte läßt sich schwer damit vereinen; unter diesen Umständen scheint mir die Konstruktion des Dr. Dietz nicht mehr Glaubwürdigkeit zu verdienen als die auf einem in der Berliner Staatsbibliothek befindlichen Blatte verzeichnete Angabe, die Brentano stammten von einem Visconti, der bei einem Aufstande in Mailand von einem Diener in einer Butte nach dem Comersee gerettet worden sei¹.

¹ Mein Onkel Georg hat vor etwa hundert Jahren in Mailand nachgefragt, ob Belege für diese Abstammung vorhanden seien. Da man antwortete, man möge angeben, wieviel der Nachweis kosten dürfe, hat er, da es ihm auf die Wahrheit ankam, weitere Bemühungen aufgegeben.

Im übrigen ist es mir gleichgültig, ob meine Familie von turnierfähigen Rittern oder altfreien Bauern stammt. Das eine wäre ebenso ehrenvoll wie das andere; daher habe ich ebenso wie mein Vetter Louis Brentano abgelehnt, von der Erneuerung des Adelstitels der Familie Brentano durch die italienische Regierung Gebrauch zu machen. Wichtiger als meine italienischen Vorfahren, von denen ich nichts weiß als bloße Namen, wie sie in genealogischen Taschenbüchern verzeichnet sind, sind mir diejenigen, deren Niederlassung in Deutschland feststeht. Ich habe vorgezogen, den Namen zu tragen, den sie in Ehren getragen haben, und daher auch später, als mir der bayrische Max-Josephs-Orden verliehen wurde, von dem damit verbundenem Recht, das Adelsprädikat zu erlangen, keinen Gebrauch gemacht.

Nach der Frankfurter Handelsgeschichte des Dr. Dietz hat es schon 1628 und 1632 eine Brentanosche Firma in Frankfurt gegeben. Nach ihm waren diese Brentano Südfrüchte- und Spezereihändler, unternehmende Landleute vom Comersee, welche ihre meist selbstgezogenen Bodenerzeugnisse über die Graubündener Pässe nach dem Rhein schafften und in Süddeutschland im kleinen in Stadt und Land vertrieben¹. Nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges nehmen die Niederlassungen der Brentano in Deutschland zu; es finden sich solche in allen wichtigeren Handelsplätzen. 1676 bereits hat der Großvater meines Großvaters Peter Anton sich den Beisassenschutz in Frankfurt erworben und 1698 die nach ihm benannte große Spezereiwarenhandlung dahin verlegt. Als er 1723 starb, hat er ein Vermögen von 116000 Gulden hinterlassen²; der Nachlaß seines Enkels Peter Anton hat 1797 nahezu eine Million Gulden betragen³.

2

Peter Anton, der jüngste von drei Brüdern, hatte die seit 1753 bestehende väterliche Handlung Dominico Martino Brentano mit Filialen in Mainz und Amsterdam bis 1771 gemeinsam mit diesen geführt. In diesem Jahre hat er sich von ihnen getrennt und zuerst im Nürnberger Hofe, dann im Hause zum goldenen Kopf in der Großen Sandgasse seine Geschäfte unter eigener Firma mit glänzendem Erfolg betrieben⁴. Seine Waren bezog er teils aus London, Dort und seinem Einkaufskontor in Amsterdam⁵, teils aus Marseille, Genua, Venedig und seiner Heimat, dem Comersee. Seit 1785 hat er sich übrigens nur noch wenig und in den letzten fünf Jahren seines Lebens überhaupt nicht mehr um das Geschäft bekümmert, dessen Leitung er seinem erstehelichen Sohne Franz überließ. Er selbst

¹ Dietz a. a. O., S. 240. — ² Ebenda S. 242. — ³ Ebenda S. 251. — ⁴ Ebenda S. 249.

⁵ Noch heute gibt es eine Brentano-Stiftung in Amsterdam.

war Kurtrierischer Geheimer Rat und Resident des Kurfürsten von Trier geworden, hat die Kasse des Kurrheinischen Kreises als Generaleinnehmer geführt und sich meist in Koblenz am Hofe des Kurfürsten aufgehalten. Dort hat er auch den dorthin geflüchteten französischen Prinzen Darlehen von über einer viertel Million Gulden gegeben, die niemals zurückgezahlt worden zu sein scheinen¹.

Peter Anton Brentano ist dreimal verheiratet gewesen, das erstemal mit Paula, der Tochter des Anton Maria Brentano-Gnosso, mit der er sechs Kinder hatte, von denen ihn vier überlebt haben. Das zweitemal heiratete er Maximiliane von Laroche. Aus dieser Ehe sind zwölf Kinder hervorgegangen, von denen ihn acht überlebt haben. Seine dritte Gattin war Friedricke von Rottenhof, die ihm zwei Söhne gebar, von denen einer ihn überlebt hat². Von seinen zwanzig Kindern haben also dreizehn ihn überlebt. Von diesen haben Franz und Georg, der älteste Sohn aus seiner zweiten Ehe, das Geschäft im goldenen Kopf fortgeführt.

Dietz berichtet³, daß die Italiener, die sich als Kaufleute in Frankfurt niederließen, nach Erwerb eines hinreichenden Vermögens in ihre Heimat zurückzukehren pflegten. 1692 klagten die einheimischen Spezereihändler über die Italiener: „Sie haben ihre Handlungen fast mit nichts angefangen, lassen sich aber anjetzo nicht mit großen Summen Geldts aufkaufen, schicken ihren meisten Reichtum zu den Ihrigen in Italien, bauen allda große Paläste und kaufen sich Landgüter“, und noch im Jahre 1754 hat der Frankfurter Rat die Abweisung des Dominico Martino Brentano, des Vaters meines Großvaters, mit dem Bedenken begründet, daß dieser wie die anderen Italiener an verschiedenen Orten ihre Handelsniederlassungen haben, ihr Geld zum Nachteile der Orte, wo sie es erworben, an andere und endlich nach Italien verschleppen, wo sie ihre Wohnungen und Güter immer daneben behalten⁴; auch ist mein Großvater noch in Tremezzo 1735 geboren. Aber während die übrigen Brentano Italienerinnen heirateten und, wenn sie sich zur Ruhe setzten, in ihre Heimat zurückkehrten, hat die Verheiratung meines Großvaters mit deutschen Frauen ihn zu bleibender Niederlassung in Deutschland veranlaßt; seinen Anteil an einem Gute am Comersee hat er seinem verarmten Bruder überlassen⁵; in Deutschland ist er der Stammvater einer großen Nachkommenschaft geworden, die sich zum Teil mit den vornehmsten Geschlechtern verbunden hat⁶.

¹ Dietz a. a. O. S. 250. — ² Siehe die Gesamtnachkommenschaft des Kurtrierischen Geheimrats Peter Anton Brentano, zusammengestellt von Karl Kiefer. Frankfurt a. M. 1909. Separatabdruck aus „Frankfurter Blätter für Familiengeschichte“ 1909, Januar bis April. — ³ Dietz a. a. O., S. 242. — ⁴ Ebenda S. 241. — ⁵ Nach einem Briefe meines Onkels Franz Brentano an Achim v. Arnim vom Juli 1814. — ⁶ Siehe Kiefer a. a. O.

Mein Vater Christian Brentano war das sechste Kind aus der zweiten Ehe meines Großvaters mit Maximiliane von Laroche. Über deren Eltern ist so viel geschrieben worden¹, daß ich mich kurz fassen kann. Ihr Vater Georg Michael, geboren 1720 zu Bischofsheim an der Tauber, ist nach der wahrscheinlich richtigen Meinung seiner Zeitgenossen² der natürliche Sohn des kurmainzischen Ministers Reichsgrafen Anton Heinrich Friedrich von Stadion zu Thann- und Warthausen gewesen. Unter Stadion war er zuerst kurfürstlicher Beamter in Mainz, hat sich nach Stadions Entlassung mit ihm als dessen Erster Rat nach Warthausen zurückgezogen, wurde 1770 Kanzler des letzten Kurfürsten von Trier Clemens Wenzeslaus, 1775 vom Kaiser Josef II. unter dem Namen „Frank von Laroche“ in den Adelstand erhoben und 1780, als eine klerikale Strömung in Trier einsetzte, aus dem trierschen Dienst entlassen. Er hat dann zuerst mit seinem Freunde, dem aufgeklärten Domdechanten und Bischof in partibus Hohenfeld, in Speier gelebt, seit 1786 in Offenbach und ist dort 1788 gestorben.

Laroche hatte sich am 27. Dezember 1753 mit Sophie von Gutermann, geboren den 6. Dezember 1731 in Kaufbeuren, verheiratet. Sie ist als Jugendgeliebte Wielands, als Verfasserin des „Fräulein von Sternheim“ und einer Anzahl anderer empfindsamer Romane, als Freundin Friedrich Heinrich Jacobis und „Mama“ Goethes in der Literatur bekannt³. Von ihren sechs Kindern war die am 31. Mai 1756 in Mainz geborene Maximiliane das älteste. Hier muß ich einen Irrtum berichtigen, den Reinhold Steig verschuldet hat. Nach ihm⁴ wäre sie im Gegensatz zu ihrem späteren Gatten Peter Anton Brentano protestantisch gewesen, und daraus wurden dann Schlüsse auf die angeblich von seiner Kindheit an bestehende innere Zerrüttung ihres Sohnes Clemens gezogen. Maximiliane ist aber niemals protestantisch gewesen, ebensowenig wie ihre Geschwister⁵. Als ich Steig

¹ Siehe Rudolf Asmus, G. M. de la Roche. Ein Beitrag zur Geschichte der Aufklärung. Karlsruhe 1899. — ² Lavater schrieb am 10. August 1782 an Goethe: Laroche, aus dessen Gesicht der Minister Stadion transparent war. Siehe G. von Loeper, Briefe Goethes an Sophie von Laroche und Bettina Brentano. Berlin 1879 S. XXI; ferner Goethe, Dichtung und Wahrheit, 13. Buch; auch Asmus a. a. O., S. 1 bis 23. — ³ Siehe über ihr Leben Ludmilla Assing, Sophie von Laroche, die Freundin Wielands, Berlin 1859. / Herman Grimm, Goethe. Berlin 1877. I, S. 161. / Robert Hassenkamp, Neue Briefe Chr. Martin Wielands vornehmlich an Sophie von Laroche. Stuttgart 1894. / Dr. Christine Touaillon, Der deutsche Frauenroman des 18. Jahrhunderts. Wien und Leipzig 1919, S. 69. / Franz Rebel, Sophie von Gutermann-Laroche in der Augsburgers Rundschau, 2. Jahrgang, Nr. 26 bis 36. Augsburg 1920. — ⁴ Achim von Arnim und Clemens Brentano. Bearbeitet von Reinhold Steig. Stuttgart 1894, S. 10. — ⁵ Wieland hat am 23. Juli 1769 an Sophie von Laroche über ihren ältesten Sohn Fritz, den er zu sich nach Erfurt in Pension genommen, geschrieben (Hassenkamp a. a. O., S. 178): Je ne

auf den Irrtum aufmerksam machte, hat er mir geantwortet, daß er ihn bereits in Goedekes Grundriß 2. Band, S. 6 richtiggestellt habe; er hat dort aber nur geschrieben, Maximiliane sei „im Sinne ihrer Zeit weltfroh und aufgeklärt“ gewesen, was, wie das Beispiel ihres eigenen Vaters zeigt, keine Berichtigung war, und so ist der Irrtum auf andere übergegangen bis auf den Jesuiten Alois Stockmann¹, Romain Rolland² und Dr. Irmgard Tanneberger³. Fritz Bergemann⁴ der Neubearbeiter von Steig, hat in seiner phantasievollen Rekonstruktion des Lebens Bettinens die Schlüsse, die Steig aus der angeblichen Konfessionsverschiedenheit meines Großvaters und meiner Großmutter auf den Charakter meines Onkels Clemens gezogen hat, auf dessen Schwester ausgedehnt und geschrieben, daß in Bettinens Wesen die Mischung katholischen und protestantischen Empfindens nie zu harmonischem Ausgleich gekommen sei. Wenn man die Mühe sparen wollte, in den Taufregistern von Mainz die Wahrheit festzustellen, hätte schon die Bemerkung Bettinens⁵ über die Karmeliterkirche in Frankfurt, „wo Vater und Mutter begraben liegen und sieben Geschwister“, vor der Irreführung durch Steig bewahren sollen.

Maximiliane hat schon als achtjähriges Kind Wieland in solchem Maße entzückt, daß er an ihre Mutter die zumal für deren Jugendgeliebten befremdliche Zumutung stellte, sie als Gattin für ihn zu erziehen; wenn sie vierzehn Jahre alt sei, wolle er sie heiraten⁶. Auch existiert noch ein Bild der jugendlichen Maximiliane inmitten der sie bewundernden Wieland und Jacobi. Vor allem ist sie als eine der Jugendlieben Goethes berühmt geworden. Nach einigen⁷ hat sie diesem neben Charlotte Buff als Ideal bei Schilderung seiner Lotte in Werthers Leiden vorgeschwebt. Am 9. Januar 1774 ist sie mit meinem Großvater Peter Anton Brentano in Ehrenbreitstein getraut worden. Der Vater Maximilianens kannte, wie aus dem an seine Tochter aus Anlaß ihrer Verlobung gerichteten Briefe

crains rien pour lui du cote de la bigotterie; il n'y est pas porte reellement, et je saurois le garantir des papefiguiers, sans que cela tourne au prejudice de la *Religion Catholique, apostolique et Romaine qu'il faut qu'il professe.* / Ferner sind Briefe meines Vaters Christian Brentano an die Töchter seines Bruders Georg vorhanden, aus denen hervorgeht, daß seine Tante Luise, zuerst verheiratet mit dem Hofrat Möhn, nach dessen Tod mit dem General Hessen, katholisch war.

¹ Alois Stockmann, Die jüngere Romantik. München 1923, S. 44, 271. — ² Romain Rolland, Goethe und Beethoven. Rotapfel-Verlag A.-G., Zürich und Leipzig. S. 16. — ³ Dr. Irmgard Tanneberger, Die Frauen der Romantik und das soziale Problem. Oldenburg 1928. S. 102, Anmerkung 21. — ⁴ Fritz Bergemann, Das Leben Bettinas und ihr Briefwechsel mit Goethe. Leipzig 1927. S. 10. — ⁵ Goethes Briefwechsel mit einem Kinde. 3. Auflage, herausgegeben von Herman Grimm. Berlin 1881. S. 109. — ⁶ Hassenkamp, Neue Briefe Wielands, S. XI, 94. — ⁷ So schon nach Bretschneider in dessen Brief an Nicolai vom 16. Oktober 1775. Siehe Loeper a. a. O., S. XXXII. / Herman Grimm, Goethe, S. 165.

hervorgeht¹, seinen zukünftigen Schwiegersohn noch nicht, als die Verlobung stattfand; sie kam ausschließlich durch seine Gattin Sophie und den Dechanten Dumeix, der sie vermittelte², zustande; der abwesende Vater hat auch an der Trauung nicht teilnehmen können.

4

Es ist über Peter Antons und Maximilianens Ehe viel geschrieben worden, was vor der Kritik nicht standzuhalten scheint. Goethe hatte Maximiliane bei seinen Besuchen ihrer Eltern in Ehrenbreitstein kennengelernt. Eben um die Zeit, da Charlotte Buff Joh. Christian Kestner heiratete, war Maximiliane nach Frankfurt gekommen. Noch blutenden Herzens ob Charlottens Verlust schrieb Goethe über Maximilianens Heirat untröstliche Briefe an ihre Mutter, die doch zusammen mit dem mit Goethe befreundeten Dumeix die Heirat ihrer Tochter gemacht hatte. Nun ist es begreiflich, daß ein Liebender an dem Rivalen wenig Gutes findet und seine Freunde und vor allem seine Mutter ihn darin unterstützen. Aber niemand wird Freunde und Mutter eines unglücklichen Liebhabers für klassische Zeugen über den glücklicheren Rivalen halten. Dazu kommt, daß das abfällige Urteil, das heutige Literaten über Peter Anton fällen, weder in den Äußerungen Goethes noch in denen seines Freundes Merck seine Rechtfertigung findet. Letzterer schreibt³ am 29. Januar 1774, also zwanzig Tage nach Maximilianens Verheiratung an seine Frau über Goethe: „il joue avec les enfants (das heißt den Kindern aus der ersten Ehe Peter Antons) et accompagne le clavecin de Mme. Brentano avec la basse“, und weiter: „Mr. Brentano, quoique assez jaloux pour un Italien, l'aime et veut absolument qu'il fréquente la maison“, und in all den verzweifelten Briefen, die Goethe über die Verheiratung Maximilianens an deren Mutter schreibt, findet sich keine einzige Stelle, in der über mangelnde Freundlichkeit Peter Antons gegen ihn klagt. Selbst

¹ Der Brief lautet: „Vous allez donc quitter la nichée ma chere Max, et changer d'etat, de nom et de maison. Je supplie le tout puissant que ce soit pour votre bonheur. Votre bon caractere, votre conduite, et votre façon de penser et d'agir jusqu'icy, me font esperer que vous rendrez heureux l'homme auquel vous allez donner votre cœur et votre main. Suivez l'exemple d'une Mere qui fait ma felicité depuis 20 ans, vous l'avez eu constemment devant les yeux et ses conseils vous feront la Loix. Je suis très content de votre choix, quoique je n'aye pas le plaisir de connoitre personnellement votre futur, on m'en a dit beaucoup de bien. Que le ciel vous comble de benediction, je l'implore pour votre bonheur, et j'aurai une satisfaction indicible si les vœux que je fais pour votre contentement se realisent. Trop éloigné pour le moment de pouvoir assister a l'union que vous allez contracter, j'aurai beaucoup de joye de vous embrasser a mon retour et passage a Francfort. Ce sera une preference que vous aurez meme sur tout ce qui m'est cher a 20 lieues de la. Je vous serre en idée contre mon cœur paternel et rien n'egale l'affection constante, de votre tres fidele pere
de la Roche.

² Loeper a. a. O., S. 19. — ³ Loeper S. 27, 29, 115.

wo er am unfreundlichsten über ihn spricht¹, redet er von seiner Freundlichkeit gegen ihn; und wenn er am 16. Juni 1774 an Sophie von dem „Opfer spricht, das ich ihrer Max mache, sie nicht mehr zu sehen“, so findet sich keine Andeutung, daß es durch Peter Anton veranlaßt war. Im Gegenteil: Goethe spricht noch am 21. März 1775 von der „Freundschaft und dem Zutrauen, das mir bisher der Mann bezeugt“²; er beruft sich³ auf Crespel, Maximilianens intimen Hausfreund und Vertrauensmann ihrer Mutter, daß Brentano *nicht* eifersüchtig sei, und schreibt⁴ am 11. Oktober 1775, daß Brentano „allen Anschein von Eifersucht verbirgt“. Danach scheinen die Behauptungen von der Eifersucht Peter Antons lediglich auf der Vorstellung, daß er habe eifersüchtig sein können, zu beruhen; und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß Maximilianens Ankunft in Frankfurt in die Zeit der ausklingenden Liebe Goethes zu Charlotte Buff und seiner beginnenden Liebe zu Lili Schoenemann fällt, so braucht man die Worte vielleicht nicht zu tragisch zu nehmen, wenn er an Maximilianens Mutter schreibt⁵, daß er von ihr nicht lassen könne, solange er lebe, und sie immer werde lieben dürfen, daß es immer eine Erscheinung vom Himmel sei, wenn die liebe Max ihm begegne⁶, wenn er sich über ihre Augen begeistert⁷. Mit Goethes Übersiedlung nach Weimar Ende 1775 ist von all dem nicht mehr die Rede. Was aber Peter Anton Brentano angeht, so zeigen die Briefe⁸ des Vaters Maximilianens an diese und an seinen Schwiegersohn, daß seine Beziehungen zu diesem allzeit die herzlichsten waren, wie denn auch Peter Anton ihm den Ankauf des Hauses in der Domstraße Nr. 23 zu Offenbach, der „Grillen-*hütte*“ Sophies von Laroche, ermöglicht hat.

All das deutet darauf, daß das Verhältnis Peter Antons zu Maximiliane nicht das unglückliche war, als welches es in der Literaturgeschichte dargestellt zu werden pflegt. Kein Zweifel, Peter Anton war ungeduldig⁹ und heftig¹⁰; er hatte das Temperament eines Italieners; darunter haben Frau und Kinder gewiß oft gelitten. Nichtsdestoweniger waren ihm die letzteren sämtlich, die Knaben respektvoll¹¹, die Mädchen sogar herzlich¹²

¹ Loeper S. 84. — ² Ebenda S. 102. — ³ Ebenda S. 110, 111. — ⁴ Ebenda S. 116. — ⁵ Ebenda S. 18. — ⁶ Ebenda S. 47. — ⁷ Ebenda S. 79. — ⁸ Ich habe die Originale dieser Briefe, damit sie allgemein zugänglich seien, dem freien deutschen Hochstift im Goethehause in Frankfurt geschenkt. — ⁹ Siehe den Brief seiner Tochter Sophie an ihren Bruder Clemens bei Steig a. a. O. S. 12. — ¹⁰ Siehe die Zeilen des Clemens in dem Fragment über sein Leben: „Dann hört' ich draußen: Harte Worte klangen Bis eine milde Stimm' den Streit geschlichtet.“ — ¹¹ Siehe die Briefe seiner Söhne Franz und Georg und die Äußerungen meines Vaters in seiner Selbstbiographie. — ¹² Siehe Sophie a. a. O. und Bettine, Goethes Briefwechsel mit einem Kinde. 3. Auflage, von Herman Grimm S. 109, sowie Die Gündertode Bd. 1, S. 213; Bd. 2, S. 282, 283, 284. 1880.

ergeben — mit Ausnahme, wie es scheint, seines Sohnes erster Ehe Dominikus und seines Sohnes Clemens. Letzterer scheint ihm besonders viel Kummer gemacht zu haben; die rührend-liebevollen Briefe¹, die Maximiliane an Clemens geschrieben hat, worin sie immer die Liebe seines Vaters zu ihm betont und ihn ermahnt, diesem Freude zu machen, sind nicht nur ein Zeichen ihrer mütterlichen Zärtlichkeit, sondern auch ihres guten Verhältnisses zu ihrem Gatten; auch lese man in Bettinens Günderode, was sie über den tiefen Schmerz des letzteren beim Tode Maximilianens erzählt². Nachdem Peter Anton am 9. März 1797 gestorben war, hat Clemens seine irrige Beurteilung desselben und den ihm verursachten Kummer bitter bereut³.

Mein Vater Christian Brentano spricht in den von ihm hinterlassenen Aufzeichnungen über sein Leben von Maximilianen als seiner „gar lebenswürdigen und guten deutschen Mutter“ und seinem Vater als einem Italiener „von großer Lebenskraft und vielem Geiste, deren Richtung und Schranken aber von seinem Beruf befaßt wurden und ihn sonach zu einem der unternehmendsten, wohlhabendsten Kaufleute einer bedeutenden Handelsstadt machten. Mit seinen Kindern gab er sich wenig ab, sondern hielt sich nach der Sitte vornehmer Italiener in einer Ehrfurcht gebietenden Entfernung. Erschienen wir vor ihm, so küßten wir seine Hände, und war er dann freundlich, so küßte er unsre Stirn“. — Außer fünf Kindern erster Ehe Peter Antons lebten noch weitere vier aus seiner Ehe mit Maximilianen, als mein Vater geboren wurde. Doch, wie mein Vater schreibt: „Von sogenannter Stiefmütterlichkeit, -kindlichkeit oder -geschwisterlichkeit war in unserer Familie weder Empfindung noch Rede.“ Vielmehr bildeten, wie Herman Grimm treffend gesagt hat⁴, „die Kinder erster und zweiter Ehe ein Volk für sich, durch Schönheit, Grazie, Gesundheit, unabnutzbare Lebensfrische, die bis ins hohe Alter vorhielt, und unverwüstliche Anhänglichkeit unter sich verbunden. Jedem Einzelnen war die Fähigkeit eigen, dem Dasein immer neue Erlebnisse abzugewinnen, an denen die Anderen alle Teil nahmen. Durch dies Beruhen auf dem eigenen Geiste hoben sie sich von den übrigen Bewohnern der fröhlichen Stadt Frankfurt ab, einer dauernden Sonnenstelle in einer freundlichen Landschaft vergleichbar. Hundert Jahre hat diese Dynastie Brentano, deren Residenz der Goldene Kopf in der Großen Sandgasse war, sich behauptet, und noch ist ihr Gedäch-

¹ Steig a. a. O. S. 11 bis 14 hat sie abgedruckt. — ² Die Günderode Bd. 2, S. 282, 283. 1840. — ³ Steig a. a. O. S. 15, 16 hat die entscheidenden Stellen seines Briefes an seine Brüder Franz und Georg abgedruckt. — ⁴ Herman Grimm, Beiträge zur deutschen Culturgeschichte. Berlin 1897. S. 252.

nis nicht verschwunden. Nicht nur die äußere Erscheinung dieser Brüder und Schwestern, jede von der Natur mit gütiger Hand abgestempelt, sondern auch die an Reichtum grenzende Wohlhabenheit verlieh in dem auf Reichtumsabstufungen sich erhebenden Frankfurter republikanischen Aufbau den Brentanos hohen Glanz. Und nun denken wir uns diese unruhigen Geschwister durch den Tod des Vaters jung plötzlich sich selbst überlassen. Erfüllt vom Triebe, in die Weite auszufliegen, und durch innere Gemeinschaft der Naturanlage stets in den alten Taubenschlag zurückgelockt. Wenn die Brüder sich verheiraten, reißen die Frauen sie nicht auseinander, sondern werden zu Verbündeten, und auch die Männer der Schwestern schließen sich der mächtigen Familie an¹.

Der der ersten Ehe Peter Antons entstammende Franz Brentano war bis zu seinem Tode das von allen Mitgliedern der Familie hochverehrte Haupt. Er hat Beethoven tatkräftig unterstützt, und in seinem Hause in Frankfurt verkehrte Goethe sooft er nach Frankfurt kam; in seinem Hause in Winkel am Rhein werden noch heute die zwei Zimmer geehrt, in denen Goethe gewohnt hat². Franz war mit einer reichen, schönen Wienerin, Antonie von Birkenstock, vermählt, und deren Haus war bis zum Ende des deutschen Bundestags ein gesellschaftliches Standquartier der österreichischen Gesandtschaft. Nach dem Tode Peter Antons war Franz der Vormund seiner minderjährigen Brüder Clemens und Christian geworden.

II. Meine Eltern

Mein Vater Christian war am 24. Januar 1784 geboren. Meine früheste Nachricht über ihn findet sich in dem Gedicht seines Bruders Clemens, in dem er den gemeinsamen Schlafsaal schildert:

Doch ferner schlummert Einer; heftig bebet
Sein Busen, und mit trotziger Geberde
Spricht er: „Seht hin, Geliebte, seht es schwebet
„Der Luftball hoch, ich habe ihn erfunden!“
Dann wirft er sich ins Bette, hoch erhebet
Die Füße er, das Haupt hängt er nach unten;
Des Fensters Schatten lag gleich einer Leiter
Auf seiner Decke, künstlich eingewunden
Erseufzt er tief, und schlummert lächelnd weiter.

¹ Siehe auch Herbert Levin-Derwein, Die Geschwister Brentano in Dokumenten ihres Lebens. Berlin 1927. — ² Vgl. auch Goethes Werke, Vollständige Ausgabe letzter Hand, XLIII, Stuttgart und Tübingen S. 290, wo er von „der geliebten und verehrten Familie Brentano“ spricht, die ihm viele glückliche Stunden bereitet habe.

Christian war erst acht Jahre alt, als seine Mutter, und erst dreizehn Jahre, als sein Vater starb. Wie sein Bruder Clemens ist auch er zunächst für den Handelsstand bestimmt worden. Er kam in Hamburg in die Lehre; aber er interessierte sich mehr für philosophische und politische Probleme als für Warenpreise, und als sein Prinzipal bei Durchsichtung seines Pults philosophische und politische Aufsätze fand und sich bei seinem Bruder Franz darüber beklagte, hat ihn dieser aus der Lehre genommen und seiner Vorbereitung zum Universitätsstudium zugestimmt. Um diese Zeit machte Christian durch seine Großmutter Laroche die Bekanntschaft des Engländers Henry Crabb Robinson, der später im geistigen Leben Englands eine Rolle spielen sollte, und so sehr war der um zehn Jahre ältere von der außerordentlichen Begabung des erst Siebzehnjährigen gefesselt, daß er ihn 1801 nach Grimma begleitete, wo Christian bei einem Mathematiker seinen Vorbereitungsstudien zur Universität oblag, 1802 mit ihm durch das Fichtelgebirge über Ansbach, Erlangen, Nürnberg nach Frankfurt wanderte, ihm von da nach Marburg folgte, um ihn dann nach Jena, wo mein Vater Medizin studierte, zu begleiten, das er erst 1805 verließ¹. Aber die Leichtigkeit, mit der Christian lernte, und die Vielseitigkeit seiner Begabung sind, wie er später selbst erkannte und seinen Söhnen als Warnung hinterließ, für ihn ein Unglück gewesen. Er eilte von einem Wissenszweig zum andern, ohne daß er einem treu blieb. Am meisten fesselten ihn Mathematik, Anatomie, Chirurgie und jede Art von Technik. Da er aber keines dieser Fächer als Beruf ergriff, haben seine Geschwister, um ihm einen solchen zu verschaffen, mit ihm die Herrschaft Bukowan in Böhmen erworben. Das hat seinem Universitätsstudium ein Ende bereitet und ihn veranlaßt, sich mit Landwirtschaft zu beschäftigen. Noch später hat er gesagt, daß dies die Kunst sei, wovon er am meisten verstehe. Er hat aber auch sie nur als Nebenbeschäftigung neben anderem betrieben²; dabei hat die gänzliche Versunkenheit des böhmischen Landvolks in Trägheit und Dieberei, gestützt von einer bestechungsgierigen oberen Behörde, ihn auch hier keine Erfolge erzielen lassen. Er hat daher 1815 die Herrschaft wieder verkauft. Außer durch seine praktischen und wissenschaftlichen Interessen wurde mein Vater aber auch durch seine

¹ Siehe darüber *Diary, Reminiscences and Correspondence of Henry Crabb, Robinson, barister at law, F.S.A.*, selected and edited by Thomas Sadler, Ph. D. 2. ed. London 1869. Bd. 1, S. 87 bis 125. Robinson spricht von dem Kreis, in den er in Jena durch Christian kam, als „eine der glücklichsten Zeiten seines Lebens“. — ² Ich erinnere an die Stelle in „Clemens Brentanos Frühlingskranz“, wo Bettine von ihrem Bruder Christian schreibt, „der auf der grünen Burg den ganzen Tag im Gras liegt und auf der Flöte bläst und die Leute sagen, die ganze Gegend wär' wie bezaubert von diesen Flöte-Variationen ‚Mich fliehen alle Freuden‘ usw.“

künstlerischen Talente an dem Aufgehen in einem Berufe behindert. Er war ein außerordentlich begabter Zeichner, hat sehr hübsch modelliert, in acht Tagen ein großes Lustspiel geschrieben, das auch fremden Beifall sich erwarb, ferner 1813 einen Zyklus von sechs Lustspielen begonnen, worin der Held alle Stände der Welt durchschreitet, als Dichter, Landmann, Soldat, König mit reinster Liebe dem Ideal nachtrachtet, aber überall an der komisch-schlechten Welt scheitert und am Ende als Einsiedler weltverachtend Ruhe findet. Auch später hat er eine Anzahl Lustspiele verfaßt, die den Beifall derer fanden, denen er sie vorlas¹. Eines derselben „Der unglückliche Franzose oder der deutschen Freiheit Himmelfahrt“, ein Schattenspiel mit Bildern, Manuskript von 1816, ist 1850 veröffentlicht und 1925 wieder neu gedruckt worden. Auch die Manuskripte eines Marionettentheaterstücks, eines für Kinder verfaßten Lustspiels und vieler Gedichte sind erhalten.

2

Aber schließlich waren alles dies nur Leistungen eines ungewöhnlich begabten Dilettanten und haben eben deshalb meinem Vater keine bleibende Befriedigung verschafft. Das Herumschwärmen auf allen Gebieten menschlichen Wissens bei seiner, wie er sich ausdrückte, „meisterlosen Erziehung“ konnte ihm keine festbegründete Weltanschauung bringen. Gerade sein Überschuß an Scharfsinn² schaffte ihm nur Einwendungen, um alle ihm entgegretenden Systeme zu demolieren. Das Ergebnis war Abwendung von aller Wissenschaft, tiefe Depression und die Rückkehr zu dem Glauben, in dem er in seiner Kindheit erzogen worden war. Er hat in seinen für den Bischof Sailer verfaßten Aufzeichnungen, auf denen die seinen religiösen Schriften vorausgeschickte, von meiner Mutter verfaßte Biographie beruht, eingehend darüber berichtet. Entscheidenden Einfluß auf seine Rückkehr zum Christentum hat ein Zusammenreffen mit Ringseis 1816 in Frankfurt gehabt; wie groß dessen Einfluß auf ihn war, zeigt ein Brief, den er am 27. August 1816 an seinen Bruder Clemens schrieb. Es geht daraus hervor, daß er auf Anregung von Ringseis bereit war, die Insel Herrenchiemsee, die damals für 40000 fl. zu haben war, zu kaufen, und zwar mit Rücksicht auf die ihm von Ringseis geschilderten benachbarten frommen Gemeinden. Ich besitze noch die

¹ Über zwei derselben schrieben Wilhelm Grimm, als er sie meiner Mutter zurücksandte, am 7. Juni 1854: „Die ‚Weinproben‘ sind zierlich und anmutig, der ‚Narrenspuck‘ ist witzig, aber ob sie dem heutigen, an starke Farben gewohnten Publikum zuzusagen, wage ich nicht zu bestimmen.“ — ² Nicht bloß Bettine schreibt in der „Günderode“ Bd. 2, S. 210: „Christian, der wohl der scharfsinnigste Mensch der Welt ist“, auch Henry Crabb Robinson spricht von seinen „great powers of intellect“ a. a. O. Bd. 2, S. 106.

Pläne zur Ansiedlung von Bauern auf der Insel, die er entworfen hat. Aber Clemens war gegen den Ankauf. Er schrieb, er sehe schon, wie sein Bruder in einem Kahne mit einem Loche auf dem See fahre, um zu zeigen, daß dies nicht unmöglich sei. Weitere Diskussionen mit frommen protestantischen Freunden haben, wie er berichtet, zu seiner Wiedervereinigung mit der katholischen Kirche geführt, ein Besuch bei der Anna Katharina Emmerich in Dülmen im Jahre 1818 hat seinen wiedererwachten Glauben gefestigt. Er hat über das, was er dort gesehen, an seinen Bruder Clemens geschrieben, der dann auch nach Dülmen kam und dort seine Aufzeichnungen über die Visionen der stigmatisierten Nonne begann. Dann hat er in Landshut im Hause des späteren Bischofs Sailer gelebt und unter dessen Leitung theologische Studien betrieben und im Herbst 1818 eine Reise mit ihm an den Rhein und nach Westfalen unternommen, die zur Umwandlung der Uniform des preußischen Leutnants Melchior Diepenbrock in den Kardinalpurpur der römischen Kirche führen sollte¹. Es würde den Zweck meines Eingehens auf das Leben meines Vaters überschreiten, wollte ich seine religiöse Entwicklung weiter verfolgen. Wer sich dafür interessiert, sei auf seine schon erwähnte, von meiner Mutter verfaßte Biographie verwiesen². Nur das sei als für ihn charakteristisch erwähnt, daß er in dem damaligen Streite über das bayrische Religionsedikt im Gegensatz zu dem milderen Sailer, der zu Nachgiebigkeit gegen die Regierung neigte, für die vollkommene Freiheit der Kirche eintrat.

3

Mein Vater hat sich 1819 nach Rom begeben, wo er vier Jahre verweilt hat. Der Kirchenstaat stand damals in dem Rufe, daß er die schlechteste aller Regierungen Europas besitze; doch mein Vater sah sie mit anderen Augen. Die Briefe, die er von dort an seinen Bruder Clemens schrieb, sind glänzend geschriebene Dithyramben über das päpstliche Rom³. Er lebte dort in intimmem Umgang mit den deutschen Künstlern Overbeck, Philipp und Johannes Veit, Konrad Eberhard und anderen ausgezeichneten Männern, setzte seine theologischen Studien fort, ohne indes den Rat Sailers, Priester zu werden, der ihn nach Rom geführt hatte, auszuführen; dagegen übte er gegenüber jungen Künstlern und armen Theo-

¹ Dies sind die Worte des Kardinals in einem Briefe an meinen Vater vom 28. Januar 1851. Diepenbrocks Mutter hatte schon in einem rührenden Briefe vom 1. März 1819 meinem Vater für die Bekehrung ihres Sohnes Melchior gedankt. — ² Siehe auch O. Pörlf, S. J. Christian Brentanos Weg zur Kirche. Stimmen von Maria Laach. 65. Band, S. 369, 522. Freiburg i. Br. 1903. — ³ Der zweite ist trotz Abmahnung des Kardinals Diepenbrock unter dem Titel „Rom, wie es in Wahrheit ist“, im 2. Bande seiner nachgelassenen religiösen Schriften veröffentlicht worden.

logen, die aus Deutschland nach Rom kamen, um dort die geistlichen Weihen zu empfangen, eine weitgehende Wohltätigkeit. Als sein Schwager Savigny mit Familie nach Italien kam, um dort Genesung zu suchen, hat er sich seiner und seiner Kinder in rührender Weise angenommen, wie deren noch vorhandene Dankesbriefe bezeugen.

Als mein Vater nach Deutschland zurückkam, fand er Rheinland und Westfalen in großer Aufregung gegen die preußische Regierung. Noch regierte Friedrich Wilhelm III. Wie er den Gedanken seiner Vorfahren, Lutheraner und Reformierte zu einer einigen evangelischen Kirche zu vereinen, wieder aufgenommen hat, so suchte er im Interesse der Einheit des Staats seine neu gewonnenen katholischen Untertanen in Rheinland und Westfalen und seine protestantischen in den altpreußischen Provinzen einander näherzubringen. Aber er kämpfte mit den Waffen des polizeilichen Zwangs. Das hat meinen Vater zum energischen Gegner dieser Bestrebungen gemacht und ihn mit allen verbunden, welche in den Rheinlanden ihnen entgegentraten. In Marienberg bei Boppard bestand damals die weibliche Erziehungsanstalt der Schwestern Sophie und Theresie Doll. Diese scheinen sehr ausgezeichnete Frauen gewesen zu sein, wie die zahlreichen an sie gerichteten Briefe geistig hochstehender Männer und Frauen, die sich im Nachlasse meiner Mutter befinden, zeigen. Auch scheint die Anstalt von zahlreichen Töchtern der bekanntesten rheinischen Familien besucht worden zu sein. Mein Vater wurde durch seine Freunde in Koblenz und Bonn in Beziehung zu der Anstalt gebracht, und stand ihr von da ab geistig und materiell als tatkräftiger Helfer zur Seite. Hier hat er auch die Bekanntschaft von Emilie Genger gemacht, deren Familie nach dem Tode von Sophie Doll Eigentümer von Marienberg geworden war.

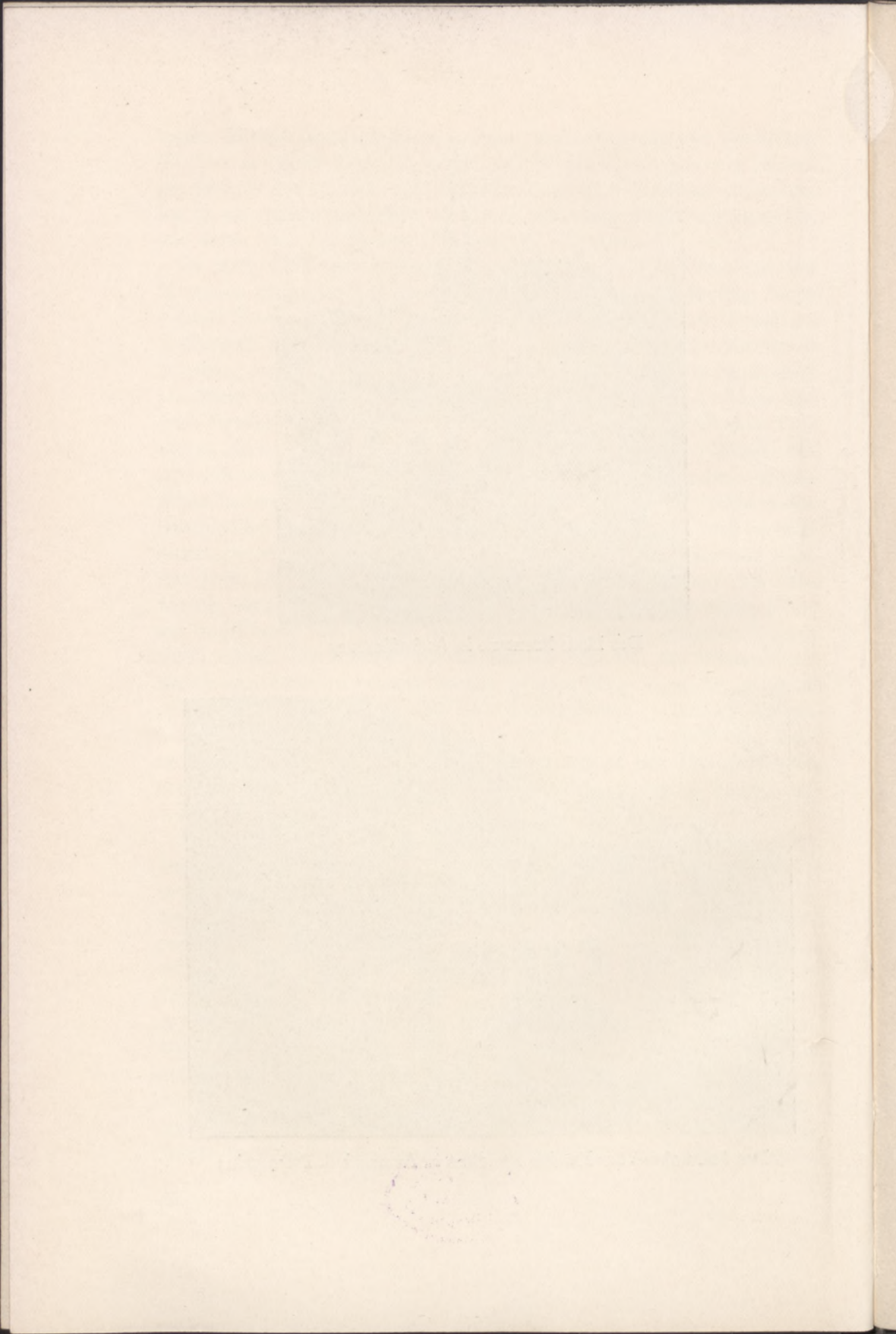
Emilie Genger war die Tochter des herzoglich-nassauischen Landrats Joseph Wilhelm Genger zu Braubach am Rhein, der nach 42jährigem Staatsdienst im 72. Lebensjahre am 7. November 1837 gestorben ist. Sie war durch so hervorragende Gaben des Geistes und Herzens ausgezeichnet, daß der Zweiundzwanzigjährigen 1833 die Leitung der Erziehungsanstalt anvertraut worden ist. Zwei Jahre später hat sich mein Vater mit ihr in Nizza vermählt und darauf mit ihr ein Jahr in Italien, größtenteils in Rom bei seinen früheren Freunden zugebracht. Nach Deutschland zurückgekehrt, hat er zunächst in Marienberg gelebt, wo ihm auch meine beiden ältesten Geschwister Lulu und Franz geboren worden sind. Als aber die Kölner Wirren ausbrachen, hat die Begeisterung für die Freiheit der Kirche meinen Vater zur lebhaften Teilnahme für den nach der Festung Minden verbrachten Kölner Erzbischof Clemens



Das Haus Brentano in Aschaffenburg



Das Stammhaus der Familie Brentano in Azzano i. d. Tremezzina



August von Droste-Vischering veranlaßt. Und dies hat zur Verdrängung meines Vaters aus seinem schönen Aufenthalt durch den preußischen Polizeistaat geführt, womit ein großer Vermögensverlust verbunden war. Nach längerem Schwanken hat er sich dann in Aschaffenburg niedergelassen. Das war nicht weit von seinen Geschwistern in Frankfurt, vor allem aber von der ihm besonders nahestehenden Schwester Lulu, Freifrau von Des Bordes, die das Schloß Waßerlos angekauft hatte, nur wenige Stunden entfernt. Hier ist dann auch in seinem Hause sein Bruder Clemens gestorben.

Er selbst hat noch zwölf glückliche Jahre in Aschaffenburg verlebt, nach wie vor der Vertretung katholischer Interessen ergeben. Er ist Mitarbeiter an der von dem späteren Bischof von Speyer Weis und dem späteren Bischof von Straßburg Raëß herausgegebenen Zeitschrift „Der Katholik“ gewesen. Daneben hat er sich auch mit technischen Experimenten, mit Malerei und plastischen Arbeiten beschäftigt. Er hat Haus und Hof mit seinen Zeichnungen bedeckt, die teilweise noch sichtbar sind. In dieses idyllische Leben hat nur eine Störung gebracht: Auf Drängen rheinischer Freunde hat er sich bewegen lassen, sich mit zwei wohlhabenden Kölnern an einem großen Grundstückskauf in Köln zu beteiligen. Das Grundstück wurde am 7. November 1844 für 86000 Taler gekauft; 17200 wurden sofort bezahlt, der Rest sollte in acht jährlichen gleichgroßen Renten bezahlt beziehungsweise verhältnismäßig zu viereinhalb Prozent verzinst werden. Aber einer der Teilnehmer wurde bankrott, und der Verkäufer drohte am 19. Februar 1850, falls dieser nicht zahle, mit Subhastation des ganzen Grundstücks. Mein Vater und der andere Teilnehmer erhoben Einspruch. Ihre Klage gegen den Verkäufer ging durch alle Instanzen; nachdem die erste zu ihren Gunsten erkannt hatte, entschieden die beiden höheren Instanzen zugunsten des Verkäufers. Aber bevor das Urteil letzter Instanz gesprochen war, hat mein Vater auf einer Reise nach Frankfurt einen Schlaganfall erlitten. Sterbend wurde er in den Goldenen Kopf in der Großen Sandgasse, in das Haus, in dem er geboren war, gebracht. Er ist dort am 27. Oktober 1851 verschieden. Fünf Kinder, drei Mädchen und zwei Knaben, haben ihn überlebt.

III. Meine Kindheit

Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, komme ich aus einer streng katholischen und hochkonservativen Familie. Wie ich dazu gekommen bin, politisch und religiös abweichende Anschauungen zu huldigen, wird aus der folgenden Darstellung meines Lebensweges hervorgehen. Nur dies sei vorausgeschickt, daß mein Abweichen von der über-



kommenen Richtung nie zu einer Entfremdung von den Angehörigen meiner Familie geführt hat. Nicht als ob es nicht zu Auseinandersetzungen gekommen wäre. Aber wir kannten uns alle zu gut, um nicht zu wissen, daß es nur die lautersten Beweggründe waren, die unsere abweichende Auffassung bestimmten, und huldigten rücksichtslos dem Recht, der persönlichen Überzeugung zu leben.

Ich bin als jüngstes Kind meines Vaters am 18. Dezember 1844 in Aschaffenburg geboren. Viele Verwandte sind aus Frankfurt zu meiner Taufe gekommen. Taufpaten waren mein Vetter Louis Brentano, der Sohn meines Onkels Georg in Rödelheim, und der bayrische Lyzealprofessor Dr. Joseph Merkel. Die beiden Paten stritten, nach wem ich genannt werden solle. Der Streit endete damit, daß ich von jedem Namen die zwei ersten Buchstaben erhielt. So entstand der Name Lujó, der mich durchs Leben begleitet hat.

Ich habe nur sehr wenige Erinnerungen an meinen Vater. Ich war erst sechs Jahre alt, als er starb. Ich erinnere mich nur noch, daß er mich mit in die Schwimmschule nahm, daß er physikalische Experimente machte, daß er in Haus und Hof malte, daß ich frühzeitig lesen, schreiben und rechnen lernte und er sich freute, als ich in der Volksschule der Agatha-Pfarrei den ersten Preis erhielt. Auch denke ich noch mit Freude der Halbgeige, der Armbrust und eines Spielzeugs, in dem das Prinzip des modernen Flugzeugs zur Geltung kam, die er mir geschenkt hat. Doch auch eine peinliche Verlegenheit, in die mein kindlicher Unverstand meine Eltern gebracht hat, sei erwähnt. Der Reichsjustizminister Detmold, der sich mit meiner Cousine Sophie von Guaita verlobt hatte, besuchte uns in Aschaffenburg. Er war bucklig und ragte beim Essen kaum mehr über den Tisch als ich, der auf einem Kissen saß. In übel angebrachtem Mitempfinden überbrachte ich ihm mein Kissen, was von dem so Beglückten aber keineswegs so aufgenommen wurde, wie es gemeint war. Da hat mein Vater meine Sünde alsbald wieder gutgemacht. Aus einem noch vorhandenen Briefe meines Vaters an seine Schwester Bettine ersehe ich, daß er mich für besonders technisch begabt hielt. Hätte er länger gelebt, so hätte ich vielleicht die Vorbildung für eine technische Laufbahn erhalten. Ich glaube, daß ich ein guter Architekt geworden wäre. Aber nach seinem Tode ist mein Pate Merkel der getreue Berater meiner Mutter in der Erziehung ihrer Kinder gewesen, und damit war meine humanistische Vorbildung entschieden.

2

Merkel stammte aus einer dem richterlichen Beamtenkreise von Kurmainz angehörigen Familie. Nachdem diese während der französischen

Revolution ihr Vermögen eingebüßt hatte, war er in der Familie meines Onkels Franz Hauslehrer. Er hat dort öfters den Besuch Goethes erlebt und mir erzählt, daß bei Tisch stets eine besondere Flasche Wein vor ihn gestellt worden sei, daß er aber auch von den übrigen Weinen getrunken habe. Das war meine früheste und für lange Zeit einzige Bekanntschaft mit Goethe. Merkel war, erst zweiundzwanzig Jahre alt, 1810 vom Fürsten Primas Großherzog von Frankfurt zum Professor der Literatur und Kunst an der Universität in Aschaffenburg ernannt worden; nachdem Aschaffenburg bayrisch geworden und die dortige Universität in ein Lyzeum verwandelt worden war, wurde er von der bayrischen Regierung zum Professor der Philologie am Lyzeum und zum Hofbibliothekar und Vorstand der Kupferstichsammlung ernannt. Als mein Vater sich in Aschaffenburg niederließ, hat er ihn als gewissermaßen zur Brentanoschen Familie gehörig vorgefunden, und dies ist er bis zu seinem Tode im Jahre 1866 geblieben. Es ist nicht zu sagen, welche Fülle von Freude und welche Förderung in allen Zweigen des Wissens meine Geschwister und ich ihm verdanken. Mühelos atmeten wir im Umgang mit ihm seine überströmende Gelehrsamkeit ein. Er war kein Spezialist. Er hat sich nicht bloß mit Balde beschäftigt, die Episteln des Horaz übersetzt und das erste Buch der Pharsalia des M. A. Lucanus; er ist der erste Übersetzer der Himmelskugel des Marcus Manilius gewesen, hat auch selbst astronomische Studien getrieben, und ich besitze noch eine von ihm für meine Mutter geschriebene Astronomie, desgleichen eine für sie verfaßte Logik; er hat Sanskritstudien betrieben, und seine zusammen mit dem Forstmeister Behlen verfaßte Geschichte und Beschreibung von Aschaffenburg und dem Spessart ist noch heute lesenswert, namentlich auch hinsichtlich der Kunstwerke, um die Aschaffenburg zugunsten der Staatssammlungen in München beraubt worden ist. Auch hat er eine Beschreibung und eine Erläuterung der in der Hofbibliothek in Aschaffenburg befindlichen Miniaturen und Manuskripte und ein illustriertes Werk: „Die Künste des Mittelalters“, herausgegeben. Sein Wissen erinnerte an das universelle des humanistischen Gelehrten des 18. Jahrhunderts. Auch hat er wesentlichen Anteil an der Herausgabe der Schriften meines Onkels Clemens genommen. Dabei kannte seine Menschenfreundlichkeit keine Grenzen. Noch sehe ich ihn vor Augen, wie er am Fenster stehend, Kindern, die sich darunter drängten, Bilder ausschnitt und sie ihnen zuwarf. Diese Herzensgüte kam aber besonders meinen Geschwistern und mir zugut. Mit Entzücken denke ich noch seiner ewigen Bettgeschichte. Er hat, soweit ich mich erinnern kann, jeden Abend mit uns zu Nacht gegessen. Nach dem Nachtessen

pflegte er meinen beiden jüngeren Schwestern und mir in unser gemeinsames Schlafzimmer zu folgen und am Bette des einen oder anderen sitzend zu erzählen, bis der Schlaf uns umfing. Die Geschichte hatte weder Anfang noch Ende; ich könnte nichts mehr davon erzählen; nur weiß ich, daß wir in Erwartung derselben mit Wonne zu Bett gingen. Unter den kleinen Gaben, mit denen meine Schwestern dem vortrefflichen Mann zu danken bestrebt waren, befand sich ein Sofakissen, das sie ihm stickten. Noch war die Zeit, da man mit Gänsefedern schrieb. Der Hintergrund des Kissens war schwarz; in der Mitte ein grüner Rasenfleck, darauf eine Gans in natürlichen Farben; um sie herum stand in gelben Buchstaben gestickt:

„Wenn müde Du vom Kiele meiner Schwingen,
Soll Dir mein Flaum Ruh und Erquickung bringen“.

3

Ich bin von Merkel und seiner Nichte Gretchen Kunzmann, die ihm die Haushaltung führte, besonders verwöhnt worden. Er wohnte nur zwei Häuser von uns. Wenn unser Mittagessen mir nicht gefiel, lief ich über die Straße und war an seinem Tisch willkommen; er wurde viel geneckt, daß er, der doch Professor der Pädagogik war, mich so verwöhne; um zu zeigen, daß er auch mir gegenüber seine Autorität durchzusetzen vermöge, hat er einmal, als ich keine Schwarzwurzeln essen wollte, sie mir mit Lebkuchen einwickeln lassen, worauf ich sie aß und er triumphierte; Sonntags ging ich mit ihm in die Schnappmesse in der Schloßkapelle; darin war eine Kanzel ganz aus Alabaster und auf deren Dach ein mächtiger Adler; da rief ich plötzlich zum Entsetzen der Andächtigen: Hol mir mal den Papagei herunter! Und nach meiner Beschwichtigung: Dann schwing mich wenigstens einmal herum. Das wurde der Anlaß, daß Merkel die Messe von dem geschlossenen Oratorium des Königs aus anhörte, auf dem ich keine solche Störungen verursachen konnte. Wenn ich auf der anderen Seite des Mains fischte und darüber das Essen zu versäumen drohte, rief Merkel mit einem Sprachrohr von seinem Fenster aus über Gärten, Wiesen und Main: Lujo komm nach Haus. All dies war nur möglich in einer Stadt, die wie damals Aschaffenburg nur siebentausend Einwohner zählte. Mir aber kam es bei solcher Freiheit vor, als sei die ganze Stadt mein. Ich kannte jeden Einwohner, ja jeden Hund, und mein Übermut ließ mich den Milchwagen aus Nilkheim besteigen, wo ich ihn in Abwesenheit des Kutschers fand, um ihn nach dem Stadtteil zu fahren, wie es die Laune mir eingab. Doch würde ich meiner Mutter und meinem Paten Merkel unrecht tun, wenn ich die Vorstellung erweckte, meine Erziehung habe sich in der Gestattung

solcher Unarten erschöpft. Die schon im Goldenen Kopf in Frankfurt herrschende Sitte gymnastischer Geistesübungen ist in meinem elterlichen Hause in Aschaffenburg eifrig gepflegt worden. Der Kreis von Freunden, in dem meine Eltern lebten, hatte die Gewohnheit, jedes seine Angehörigen betreffende freudige Familienereignis mit einem Gedicht, meist einem Sonette, zu feiern. Die von Merkel an Freunde und Freundinnen und von diesen an ihn schon vor der Ansiedlung meines Vaters in Aschaffenburg gerichteten Gedichte füllen einen großen Teil eines von ihm geschriebenen Bands in meinem Besitze. Diese lebenswürdige Übung, einander anzudichten, war von meinem Vater eifrig fortgesetzt worden. Noch ist ein von Merkel aus Anlaß meiner Geburt verfaßtes Gedicht vorhanden, desgleichen ein wahrscheinlich von meinem Vater verfaßtes, aber von mir in meinem sechsten Jahre geschriebenes Gedicht, das ich meinem Paten an seinem Namenstag 1851 überreicht habe; Merckels und anderer Freunde Gedichte haben auch nach meines Vaters Tod mich und unseren Freundeskreis auf jedem lebenswichtigen Schritte begleitet. Das hat begreiflich auch den Volksschüler zur Nachahmung gereizt, und waren dessen Versuche auch recht unvollkommen, so dienten sie doch der Fertigkeit im Ausdruck. Hand in Hand damit ging eine für mein damaliges Alter frühzeitige Einführung in die schöne Literatur. Nicht nur daß wir Kinder selbstverständlich die Märchen meines Onkels Clemens verschlangen, ich bin als Knabe auch zu Marianne von Willemer geführt worden, dem Großmütterchen, dem dieser „Gockel, Hinkel und Gackeleia“ gewidmet hat, und von ihr gestreichelt worden; auch erinnere ich mich, schon vor meinem elften Jahre Calderonsche und Shakespearesche Stücke gelesen zu haben, und daß sie mich lebhaft interessierten.

Zu unserem Aschaffener Freundeskreise, dem ich so viel geistige Anregung verdankte, gehörte außer den mit uns verwandten Familien von Schweitzer und von Hertling insbesondere auch die des Direktors des Lyzeums J. J. J. von Hofmann. Einer seiner Söhne Karl war Rektor des Gymnasiums in Passau; ich besitze noch viele zwischen ihm und Merkel gewechselten Gedichte; ein anderer Sohn Philipp war Professor am Lyzeum in Bamberg, der auch vortreffliche Photographien anfertigte; beide verbrachten regelmäßig ihre Ferien in Aschaffenburg. Meine besondere Freundin aber war die Tochter Marie, eine ältere Dame, die an allem, was wir trieben, lebhaften Anteil nahm. Der Vater Hofmann war Professor der Mathematik und Physik. Er hat mir die belehrendsten Experimente vorgemacht, aber auch weniger ernste, wie Tischrücken, wurden in seinem Hause betrieben, und charakteristisch für den mutwilligen

Ton, der selbst dem ernstesten Manne gelegentlich nicht fremd war, war folgende Geschichte: Sobald die Witterung es erlaubte, ging er jeden Morgen in den Schönbusch und trank dort aus einem bestimmten Brunnen ein Glas Wasser. Ein Aschaffenburg, der dies wiederholt beobachtet hatte, wagte sich einmal auf seinem Rückweg an ihn mit der Frage heran, warum er jeden Morgen zu dem Brunnen gehe und daraus trinke. „Ei, wissen Sie denn nicht, daß aus dem Brunnen Limonade fließt?“, war die Antwort; „kommen Sie nur morgen wieder, ich will sie Ihnen zu schmecken geben.“ Des anderen Morgens pilgerte der Aschaffenburg mit dem Direktor zum Brunnen; dieser zog ein Glas heraus; das Wasser floß ein; der Aschaffenburg bestätigte zu seiner Verwunderung: es war Limonade. Aber als er am folgenden Tage allein zu dem Brunnen wanderte, floß zu seinem Kummer aus ihm nur Wasser.

IV. Studienzeit

Waren die ungehemmte Freiheit, die man mir ließ, und die Mannigfaltigkeit geistiger Genüsse, an denen ich frühzeitig teilnahm, auch vorteilhaft für Ausbildung des Charakters und Ausweitung des Geistes, so hatten die große Ungebundenheit und die mannigfache geistige Zerstreuung doch Nachteile, sobald es galt, die Anfangsgründe humanistischer Bildung methodisch sich anzueignen. In der Volksschule war ich immer der Erste in meiner Klasse gewesen; als ich aber in meinem zehnten Jahre in die Lateinschule kam, habe ich trotz der ersten Einführung in die lateinische Sprache durch meinen Paten Merkel doch nur mäßige Erfolge erzielt. Meine Gedanken weilten zu sehr bei anderem als bei Grammatik und den übrigen Lehrgegenständen. Das ging meiner Mutter um so mehr zu Herzen, als mein um sieben Jahre älterer Bruder Franz ein ausgezeichnete Schüler gewesen war. Ich war aber zu unbändig geworden, und meine Mutter, mit der Herausgabe der Briefe meines Onkels Clemens und der religiösen Schriften meines Vaters beschäftigt, fühlte sich außerstand, mich zu ihren berechtigten Ansprüchen entsprechender Arbeit anzuhalten. Sie beschloß daher, mich einem Erziehungsinstitut anzuvertrauen, und im Oktober 1855 haben sie und mein Pate Merkel mich nach Augsburg gebracht und dort dem unter der Leitung des Benediktiners Gratzmüller stehenden Institut für höhere Bildung übergeben. Im Volksmund hieß dasselbe das adlige Institut. Es hatte nur zweiundzwanzig Zöglinge; außer mir und dem Sohne des Schriftführers des Bayerischen Landtags waren es nur Barone und Grafen; sogar zwei Prinzen Hohenlohe gehörten dazu. Das entsprach wohl dem vornehmen Charakter und den Umgangsformen meiner Familie, doch nicht der geistigen Atmosphäre,

in der sie lebte. Politisch und religiös dachten meine Mitschüler allerdings wie meine Mutter und Geschwister, und entsprechend dem in unserem Kreise in Aschaffenburg herrschenden Geiste habe ich den religiösen Anforderungen, die man an mich stellte, besonders gewissenhaft entsprochen; aber in allem übrigen waren die Dinge, von denen die Zöglinge sprachen, mir ebenso fremd wie ihre Ziele, und ich konnte nur ein erzwungenes Interesse dafür aufbringen; unser Haus in Aschaffenburg war von philosophischen und literarischen Problemen bewegt, die meinen Mitschülern fremd waren.

Den vorgeschriebenen Schulunterricht erhielten wir in dem gegenüber dem Institute liegenden Gymnasium; im Institut selbst hatten wir nur ergänzenden Unterricht im Englischen, Französischen, im Zeichnen, in der Musik und im Tanzen. Aber es herrschte in allem eine rigorose, alle Individualität erdrückende Pedanterie, die mich mit tiefstem Unbehagen erfüllte.

Trotzdem fühle ich mich den fünf Jahren, während deren ich dem Institute angehörte, zu großem Dank verpflichtet; ich habe darin arbeiten gelernt. Zwar wird in den Briefen des Direktors an meine Mutter noch öfters über meine Zerstretheit geklagt. Immerhin habe ich am Gymnasium gute Plätze, in den ersten Jahren sogar sehr gute Plätze erzielt. Aber die Monotonie, die mich umgab, stand mit dem mir angeborenen Temperament in allzu großem Widerspruch; sie drückte fürchterlich. Davon geben die Briefe, die ich aus dem Institut schrieb, Zeugnis. Ihr geistiger Gehalt ist fast ausnahmslos Null; worüber auch schreiben? Man erlebte nichts, und das, was man dachte, wagte man nicht zu schreiben, denn man mußte die Briefe unverschlossen auf des Direktors Pult legen und fürchtete, daß sie gelesen würden. Ganz anders, wenn einmal Mendelssohns Chöre zur Antigone Begeisterung entflammten oder ein Ausflug die Monotonie unterbrach; auch der österreichische Krieg um die Lombardei hat, wie meine Briefe zeigen, Zorn über Italiener und Franzosen erweckt. Denn politisch wurde man in den dem Wiener Kongreß entsprechenden Anschauungen erzogen. An die Stelle der anregenden Werke, an deren Lesen ich zu Hause gewöhnt war, waren Christoph Schmidts Erzählungen, Indianergeschichten, Schöppners Charakterbilder, Wolfgang Menzels Geschichte von Europa getreten. Nur als Cotta gelegentlich des hundertjährigen Geburtstags Schillers die Gymnasien mit einer Auswahl aus dessen Gedichten beglückte, haben wir diese kennengelernt; Goethe blieb für uns nur ein Name; höchstens daß wir das eine oder andere seiner Gedichte aus einer Anthologie kennenlernten; seine Werke selbst kamen im Institut nie in unsere Hand. Das einzige Buch, das mit

Begeisterung gelesen zu haben ich mich entsinne, waren Gustav Schwabs Sagen des klassischen Altertums. So wuchs ich heran in der Betätigung kritiklosen Glaubens, politisch so konservativ, daß, wo ich von dem Verlangen eines Volkes nach einer Verfassung las, mir selbst dies als revolutionär erschien, und literarisch nur einseitig bewandert. Nur in den Ferien, wenn meine Geschwister unter zwei herrlichen Platanen abends beim Tee die Aschaffenburg Jugend, soweit sie literarische Bedürfnisse empfand, versammelten, wurde wie früher geistige Gymnastik getrieben, in der ich begreiflich hinter den meisten zurückblieb. Zu welcher Virtuosität mein Bruder Franz es darin gebracht hat, zeigen seine unter dem Namen Aenigmatias veröffentlichten neuen Rätsel. Um so drückender empfand ich die Monotonie des Instituts, wenn ich nach den Ferien in dieses zurückkehrte.

Meine Klagen über die Engigkeit, die meine freie Entfaltung in Augsburg behinderte, haben meine gute Mutter 1860 bewogen, zuzustimmen, daß ich Augsburg verließ und in Aschaffenburg in die Zweite Gymnasialklasse eintrat. Zuvor habe ich mit meinem Bruder das Passionsspiel in Oberammergau besucht und dann mit ihm Tirol bis nach Riva durchwandert; auf dem Rückweg sind wir über Vorarlberg, die Schweiz, den Bodensee und Württemberg nach Aschaffenburg zurückgekehrt. Unterwegs haben wir in Erinnerung an unseren Onkel Clemens in Kaltern die stigmatisierte Maria Mörl aufgesucht. Als wir in ihr Zimmer eintraten, befand sie sich in einer knienden Stellung auf ihrem Bett. Nach einer Berührung seitens des anwesenden Geistlichen verschwand sie mit Blitzes Schnelligkeit unter der Bettdecke. Nachdem wir ihr vorgestellt waren, lächelte sie uns zu und schenkte uns Heiligenbilder. Die Stigmata haben wir nicht gesehen. Auch die Angabe, daß sie in der knienden Stellung, in der wir sie gefunden, über dem Bette schwebte, so daß man Papier unter ihr durchschieben könne, haben wir nicht verifiziert. Als wir uns entfernten, kehrte sie in die frühere kniende Stellung zurück. Im übrigen haben wir auf unserer Wanderung Dantes Hölle in deutscher Übersetzung gelesen, wobei mein Bruder vorlas und ich die darin berührten historischen Tatsachen aus einem Kommentar glossierte.

Als das neue Schuljahr begann, hat sich meine Mutter mit meinem Bruder und meinen jüngeren Schwestern für den Winter nach München begeben; ich blieb mit den Dienstboten allein im Haus und aß bei Merkel; des Abends habe ich ihm aus Michelets Histoire de France vorgelesen. Mein neuer Gymnasiallehrer war ein Mann voll Schrullen; so entsinne ich mich, daß er mir Zumpts Grammatik beim Vorbeigehen an meiner Bank auf den Katheder mitnahm, um sie dann in die äußerste Ecke des

Klassenzimmers zu werfen mit dem Rufe: Sie haben Äpfel gegessen, als Sie die Grammatik studierten. Auch pflegte er unsere Mäntel, wie sie im Klassenzimmer aufgehängt waren, der Reihe nach zu beschnüffeln, ob wir geraucht hätten. Das hat die umgekehrte der beabsichtigten Wirkung gehabt; denn dies brachte uns erst auf den Gedanken, zu rauchen. Ich versammelte meine Mitschüler in einem Zimmer unseres Hauses, um da zu rauchen; selbstverständlich hingen die Mäntel außerhalb des Raumes. Aber damit nicht genug. Ich erfand ein Mittel, um auch unbemerkt auf der Straße zu rauchen. Das Vergnügen war zwar gering, um so größer der Triumph über die Schikane des Klassenlehrers. Aber ich erschöpfte mich nicht in derartiger Auflehnung. Es war ein sehr kalter Winter und die Vögel umflatterten hungrig mein Zimmer. Ich fing sie mit Fallen, um sie alsbald in meinem Zimmer frei fliegen zu lassen und zu füttern. Als meine Mutter zurückkam, saßen sie dutzendweise auf den Gardinenstangen; sie hat mich nicht deshalb gescholten. Wohl aber war sie unzufrieden, daß ich den Damen, die jeden Montag in unserem Hause zusammenkamen, um Paramente für Kirchen anzufertigen, durch Waldhornblasen den Zugang verleidete, so daß sie wegblieben.

Auch andere Beobachtungen haben ihr nach ihrer Rückkehr Sorge gemacht. Vor allem war in meiner Stellung zu den politischen Vorgängen der Zeit eine Änderung vor sich gegangen. Nicht mehr auf das Lesen des „Volksboten“, der allein uns im Institute zugänglich gewesen war, beschränkt, haben die Zeitungsberichte über die Vorgänge in Italien meine Begeisterung für das Risorgimento erweckt. Das stand nicht nur mit den österreichischen Traditionen unserer Familie in Widerspruch, sondern auch mit ihrer Stellungnahme zum Kirchenstaat. Desgleichen gefielen meiner Mutter die Schulkameraden nicht, mit denen ich Ausflüge in die benachbarten Dörfer machte, womit regelmäßig die Einkehr in ein Wirtshaus verbunden war. Auch mit meinen Schulzeugnissen war sie unzufrieden. Zwar war ich wegen einer Fabel, die jeder sich ausdenken und niederschreiben sollte, besonders belobt worden und im Lateinischen der Zweite, aber im Griechischen hatte ich die schlechtesten Plätze. Wie aus den Briefen meiner Mutter an meinen Bruder hervorgeht, war sie aber, vielleicht durch Klatschereien der Damen des Paramentenvereins beeinflusst, besonders in religiöser Beziehung meinethalben beunruhigt. Mein weiterer Aufenthalt in Aschaffenburg bot ihr keine Sicherheit. So wurde nach mannigfacher Überlegung beschlossen, mich nach Dublin zu schicken, wo der Mann meiner acht Jahre älteren Schwester Lulu, der spätere Direktor der Ägyptischen Abteilung des Britischen Museums, P. Le Page

Renouf, an der dortigen von dem späteren Kardinal Newman begründeten katholischen Universität lehrte. Zum Besuche der an ihr gehaltenen Vorlesungen genügte meine in Deutschland erhaltene Vorbildung.

2

Renouf war ein in jeder Beziehung ausgezeichnete Mann. Er stammte aus Guernsey. Von Haus aus Anglikaner war er in Oxford zusammen mit Newman zur römischen Kirche übergetreten. Er war von außerordentlicher Gelehrsamkeit und unerbittlicher Wahrhaftigkeit. Mein Aufenthalt in seinem Hause ist für mein ganzes späteres Leben von der größten Bedeutung gewesen, weniger wegen dessen, was ich an der Universität lernte, obwohl ich auch da Fortschritte machte und wegen eines historischen Aufsatzes in lateinischer Sprache und eines lateinischen Gedichts in Distichen Preise erhielt. Die Hauptsache war die Erweiterung meines Blicks, die mir aus der Kenntnisnahme von England, seiner Geschichte und Literatur und aus den Gesprächen mit meinem Schwager und meiner ungewöhnlich belesenen Schwester erwuchs. Das vielleicht Wichtigste war, daß ich in ihrem Hause aus einem Konservativen zu einem Liberalen geworden bin, und zwar gerade infolge meines Katholizismus.

3

Das Verhältnis von Katholizismus und Liberalismus war in England ein ganz anderes als auf dem Kontinent, denn der englische Liberalismus war und ist etwas ganz anderes als der kontinentale. In England hat er im Protest gegen religiöse Vergewaltigung auf den Schlachtfeldern Cromwells, in dem zähen Widerstand der Nonkonformisten gegen die Verfolgung der individuellen Überzeugung unter Karl II., im Puritanismus der unteren Klassen im Gegensatz zur sittlichen Verwahrlosung der höheren seinen Ursprung gehabt. Auch da ist er vorübergehend in eine Staatstyrannie ausgeartet. Aber die Katholikenemanzipation von 1829 hat O'Connell mit Hilfe des durch die Utilitarier zum Bekämpfer des Polizeistaats erneuerten Liberalismus erreicht. Seitdem ist in England der Katholizismus bis in die neueste Zeit mit dem Liberalismus verbunden geblieben. Die von diesem gelehrte Freiheit⁷⁷ des Individuums hat ihn freigemacht, und diese Freiheit hat ihm die fortschreitende Wiedereroberung seiner Stellung im gesellschaftlichen und staatlichen Leben ermöglicht. Anders auf dem Kontinent. Hier ist der Liberalismus seit der Französischen Revolution im Kampfe gegen den Katholizismus groß geworden und in Frankreich, Belgien, Deutschland ebenso tyrannisch wie der Katholizismus in katholischen Ländern. Das hat zu einer Spannung zwischen Liberalismus und Katholizismus geführt, die sich auch auf das Kulturleben erstreckt hat. Ende des 18. Jahrhunderts hatten die gebildeten

Katholiken Deutschlands den Glauben aufgegeben, dagegen hatte die Schicht des ungebildeten Volks sich vom Glauben nicht losreißen lassen. Aus ihrer Glaubensfreudigkeit ist nach den Freiheitskriegen die Glaubenserneuerung auch der gebildeten Katholiken durch die Romantik erwachsen. Die klassische Literatur der Deutschen war aber außerhalb des katholischen Bereichs erblüht, und die auf ihren Bahnen Fortwandelnden, sahen voll Mißtrauen auf die Romantik und die Werke der für Wiedererneuerung der katholischen Kirche in Deutschland Kämpfenden. Demgegenüber drohte das katholische Deutschland, wie Josef Eichendorff gesagt hat¹, um die Mitte des 19. Jahrhunderts sich wie eine vom Zeitgeist belagerte Festung hinter dem Bollwerk verbrauchter Formeln auszuhungern. Die Katholiken sperrten sich ein in im festen Glauben verwurzelten Eigensein; sie verzichteten auf friedlichen Kulturverkehr mit der Wissenschaft. Umgekehrt wurden die Wissenschaftler voll Mißtrauen gegen die Katholiken und behandelten voll Vorurteil deren Leistungen ohne nähere Prüfung als minderwertig.

Ich habe in meiner Aschaffenburgener Familie reichlich Gelegenheit gehabt, das abschätzende Urteil über alle nichtgläubigen Katholiken kennenzulernen. Man huldigte rigoros dem Standpunkt der alleinseligmachenden Kirche; das Wort Toleranz galt als Äußerung seichter Oberflächlichkeit. Man schwelgte im Genuß der Werke der katholischen Dichter Italiens, Spaniens, Frankreichs; nur die englischen, wie Dickens, wurden außerdem anerkannt. Dagegen wurden die nachromantischen deutschen Dichter völlig vernachlässigt; sie galten als Liberale. Selbst mit Goethes Werken habe ich mich erst später vertraut gemacht, und noch heute fühle ich mich beschämt, daß ich, der Enkel Maximilianens und Neffe Bettinens, auf eine in den siebziger Jahren aus Weimar mir gestellte Frage, welchen Einfluß Goethe auf meine Jugend gehabt habe, ehrlicher Weise antworten mußte: keinen.

Im Hause meines Schwagers Renouf dagegen hat eine weit freiere Auffassung geherrscht. Er hatte trotz seines Übertritts zur katholischen Konfession die Beziehungen zu seiner anglikanischen Vergangenheit nicht abgebrochen; waren doch seine Eltern und seine Schwester protestantisch geblieben, und ich erinnere mich, daß er mich durch Oxford führte, mir mit Stolz das Colleghaus zeigte, aus dem er hervorgegangen war, und mich auf vorübergehende namhafte Professoren, darunter Pusey, aufmerksam machte. Eben weil der Liberalismus zur Katholikenemanzipation geführt hatte, ist in seinem Hause nie die Bezeichnung „Liberaler“

¹ Friedrich Fuchs, Die deutschen Katholiken und die deutsche Kultur im 19. Jahrhundert. Zur geistesgeschichtlichen Einordnung von Karl Muths Werk.

von Mißbilligung begleitet gewesen. Renouf ist, wie sein früherer Zögling, der spätere Lord Acton¹, zeitlebens ein Anhänger Gladstones gewesen. In seinem Hause wurde ich mit der weitherzigen Literatur der Engländer, der poetischen wie der politischen, vertraut. Es hat mich das Selbststudium dort in einem Jahre weit mehr gefördert, als die doppelte Zahl von Jahren auf einem Gymnasium, die mir nach den deutschen Vorschriften, um zur Universität zugelassen zu werden, noch fehlten. Daher ich, im August 1862 nach Aschaffenburg zurückgekehrt, mich in dem benachbarten Darmstadt zum Abiturientenexamen meldete. Ich habe dasselbe am 23. September, allerdings nur mit Note II, bestanden, dafür aber ein Jahr Gymnasialunterricht gespart.

V. Auf der Universität

Noch war ich nicht ganz achtzehn Jahre alt, und es galt, die Universität auszuwählen, die ich besuchen sollte. Damit ich nicht dem Einfluß ungläubiger Philosophen verfallte, wurde ich an die Akademie in Münster geschickt, an der ich philosophische, historische und philologische Vorlesungen belegte. Doch habe ich ihren Besuch alsbald aufgegeben, da sie mich langweilten. Die einzige geistige Anregung, die ich in Münster erhielt, kam von dem blinden Professor Schlüter, der in größter Liebeshwürdigkeit jede Woche männliche und weibliche Jugend um sich versammelte, von der er sich poetische Werke vorlesen ließ; auch in dem Hause der Witwe des Buchhändlers Hüffer habe ich verkehrt und dort die Bekanntschaft des Dichters Levin Schücking und der Bildhauerin Ney gemacht. Ihr Sohn Franz Hüffer, der später in England als Literat Ansehen erlangte, wurde mein Freund, und im Umgang mit ihm habe ich teilweise meine lückenhaften Kenntnisse der modernen deutschen Literatur ergänzt. Aber ein längeres Verweilen in Münster hätte für mich keinen Sinn gehabt. Da mein Bruder sich im Sommer 1863 nochmals an der Münchener Universität immatrikulieren ließ, habe auch ich diese bezogen und im Sommer, und auch, nachdem er München verlassen hatte, ein weiteres Semester dort Jurisprudenz studiert.

2

An dieser Stelle muß ich eines erwähnen, was für meine nächsten Jahre von Bedeutung gewesen ist. Ich habe schon von dem Vermögensverluste

¹ Acton ist, nachdem er unter der Leitung Renoufs aufgewachsen war, der Schüler Döllingers gewesen. Seine Verdienste als Mitarbeiter am Janus zur Zeit des Vatikanischen Konziles und als Historiker sind bekannt. Weniger bekannt ist, daß er als Erbe jenes Sir John Acton, der als Liebhaber der Königin Maria Carolina von Neapel von dieser mit Schätzen überhäuft worden war, auf die Mitteilung der ihm zugefallenen Erbschaft keine Antwort gab, da er mit „schmutzigem Geld“ nichts zu tun haben wollte.

gesprochen, der uns aus der Nötigung, Marienberg preiszugeben, und aus dem Grundstücksankauf meines Vaters in Köln erwachsen ist. Ich berechne auf Grund der mir vorliegenden Akten den durch den letzteren erlittenen Verlust auf mehr als 60000 rheinische Gulden; das uns verbleibende Vermögen betrug nur mehr rund 100000 Gulden. Wir waren fünf Geschwister, und wenn auch meine jüngste Schwester, als sie ins Kloster eintrat, nur zehntausend Gulden mitnahm und auf alles weitere zugunsten ihrer Geschwister verzichtete, und wir in dem meiner Tante Des Bordes gehörigen Hause wohnten, so war es für meine Mutter doch schwer, nach Ausstattung ihrer beiden anderen Töchter meinem Bruder und mir die zu unserer Ausbildung und zu einem den Traditionen unserer Familie entsprechenden Leben nötigen Mittel zu liefern. Ich kann nur mit staunender Bewunderung darauf zurückblicken, wie sie dies nicht nur fertiggebracht, sondern es daneben noch ermöglicht hat, unzählige Hilfsbedürftige zu unterstützen und ihr Haus zum Asyl zu machen, in dem jedweder Convertit bereitwillig Aufnahme fand, der ihr, bis anderweitig für ihn gesorgt war, zugewiesen wurde. Der Domorganist Homayer aus Hildesheim, ein Vetter Fanny Lewalds gleichen Namens, Georg Fr. Daumer und andere sind da an mir vorbeigezogen¹, von den unzähligen Geistlichen, die die Gastfreundschaft meiner Mutter in Anspruch nahmen, nicht zu reden. Wo die Zinsen des Kapitals zur Bestreitung der dadurch hervorgerufenen Ausgaben nicht ausreichten, hat meine Mutter bis zu ihrem Tode durch Übersetzung religiöser Schriften aus fremden Sprachen die nötigen Mittel beschafft.

Das Bewußtsein hiervon hat wie meinen Bruder so auch mich zur Vermeidung irgend unnötiger Ausgaben veranlaßt. So habe ich auch auf das Reiten verzichtet. Doch habe ich mich allzeit anständig durchgebracht. In München habe ich im Hause von Ringseis, des Staatsrats von Pelkhoven, und anderer Freunde meiner Eltern freundliche Aufnahme gefunden; Wilhelm Marc, der Vater von Paul und dem Maler Franz Marc, war mein Freund und täglich verbrachte ich den Nachmittag im Atelier des Bildhauers Zumbusch und seines Schülers Anton Heß. Auch wurde ich Mitglied des akademischen Gesangvereins. Den Vormittag aber habe ich fleißig Kolleg besucht. Ich hörte bei Jolly Physik, bei Liebig Chemie, was mich aber vor allem fesselte, waren die Vorlesungen Windscheids über

¹ Nachdem ich dies geschrieben hatte, habe ich von einer Dame in San Francisco, die vor siebzig Jahren als vierzehnjähriges Mädchen von meiner Mutter ins Haus aufgenommen und dann vier Jahre lang auf ihre Kosten in einem Kloster erzogen worden war, einen Brief erhalten. Sie hatte in der Neuyorker Staatszeitung von meinem fünfundachtzigsten Geburtstage gelesen und nahm dies zum Anlaß, für die Erziehung zu danken, die ihr durch meine Mutter zuteil geworden sei.

Geschichte und Institutionen des römischen Rechts und die Pandekten. Sie sind der Anlaß geworden, daß ich mit Eifer dreieinhalb Jahre Jurisprudenz studiert habe. Die zwei folgenden Semester habe ich dann in Heidelberg bei Vangerow nochmals römisches Recht, bei Renaud deutsches Privatrecht, bei Zöpfl deutsche Rechtsgeschichte, bei Bluntschli Staatsrecht, bei Mittermaier Strafrecht und Häußers berühmte Vorlesung über die französische Revolution gehört. Der Eindruck von Windscheids Vorlesungen ist aber der nachhaltigste geblieben. In den Ferien zog ich in Aschaffenburg des Morgens auf den Gottelsberg, einen Band Goethe in der Tasche, um nachzuholen, was mir bis dahin versagt geblieben.

3

Hier darf ich eines nicht verschweigen, was mich zum fleißigen Studium sehr angetrieben und vor mancherlei Torheit bewahrt hat, selbst aber eine große Torheit gewesen ist. Eine sehr schöne junge Dame war bei uns mehrere Tage zu Besuch gewesen und die laute Bewunderung, die meine Schwester Lulu ihrer Schönheit spendete, hat sie in meinen Augen noch begehrenswerter erscheinen lassen. Ihre stille Zurückhaltung ließ mich nicht bemerken, wie wenig wir zueinander paßten. Ich war zwanzig Jahre alt, und in diesem Alter erliegt der Jüngling kritiklos weiblicher Schönheit. Um die von mir Angebetete zu erlangen, mußte ich aber fleißig sein. Um ihr näher zu sein, habe ich das Sommersemester 1865 an der Universität Würzburg zugebracht, dort aber gar nichts gelernt. Das Unglaublichste, was ich erlebte, war eine Vorlesung über Finanzwissenschaft, die von 3—4 Uhr gehalten wurde. Wir waren nur vier Zuhörer, von denen drei regelmäßig schliefen. An einem drückend heißen Nachmittag bin auch ich eingeschlafen, und als ich wieder aufwachte, schlief auch der Professor. Da habe ich die Vorlesung nicht mehr besucht.

Ich bin den darauffolgenden Winter wieder nach Heidelberg gegangen, um dort mein Doktorexamen zu machen. Ich habe regelmäßig bis in die Nacht gearbeitet. Auch war ich mit meiner Vorbereitung soweit, daß ich nach Neujahr um die Thesen einkommen konnte, die ich schriftlich und zwar in lateinischer Sprache zu bearbeiten hatte. Bei der aus dem kanonischen Recht hat mir mein Freund Ernst Lieber, der spätere Zentrumsführer, geholfen; nicht so bei der aus dem römischen Zivilrecht. Ich sollte eine Stelle des Corpus Juris über das beneficium competentiae kommentieren und verschlang die einschlägige Literatur, zu der ich in lebhaftem, wenn auch nicht gerade klassischem Latein Stellung nahm. Die Folge war, daß mich Vangerow, als ich mich ihm vorstellte, mit den Worten empfing: „Nun, wir haben gesehen, daß Sie Ihre Arbeit selbst gemacht haben.“ Den Abend vor dem mündlichen Examen bin ich beim Schlaf-

gehen auf dem Bette sitzend eingeschlafen und habe geträumt, daß ich im römischen Dotalrecht examiniert würde. Das war der Teil des Pandekten, den ich lange nicht repetiert hatte. Ich habe das am Morgen sofort nachgeholt, und es war mir fast selbstverständlich, daß Vangerow am Abend das Examen mit der Frage eröffnete: Herr Kandidat, was ist die Dos? Ich habe die Frage, und die weiteren, die daran anknüpften, glänzend beantwortet, desgleichen die Fragen des gefürchteten Renaud aus dem deutschen Privatrecht. Damit war ich mir bewußt, mein Examen bestanden zu haben und mit Übermut beantwortete ich die Fragen, die die anderen Professoren aus den Fächern stellten, in denen ich weniger bewandert war, und wenn ich stockte, flüsterte der hinter mir stehende Renaud mir die richtige Antwort zu. Überhaupt hatte das Examen einen gemüthlichen Charakter. Es fand statt an besetztem Abendtisch. Zwei Professoren begannen das Examen; dann wurde ein Gang aufgetragen. Darauf folgte das Examen zweier weiterer Professoren; dann wieder ein Gang. Auf das Examen eines fünften Professors folgte der Nachtsch; dann kam der letzte Professor und darauf die Verkündigung des Ausfalls des Examens. Ich bin am 7. Februar 1866 summa cum laude zum Doctor juris utriusque kreiert worden.

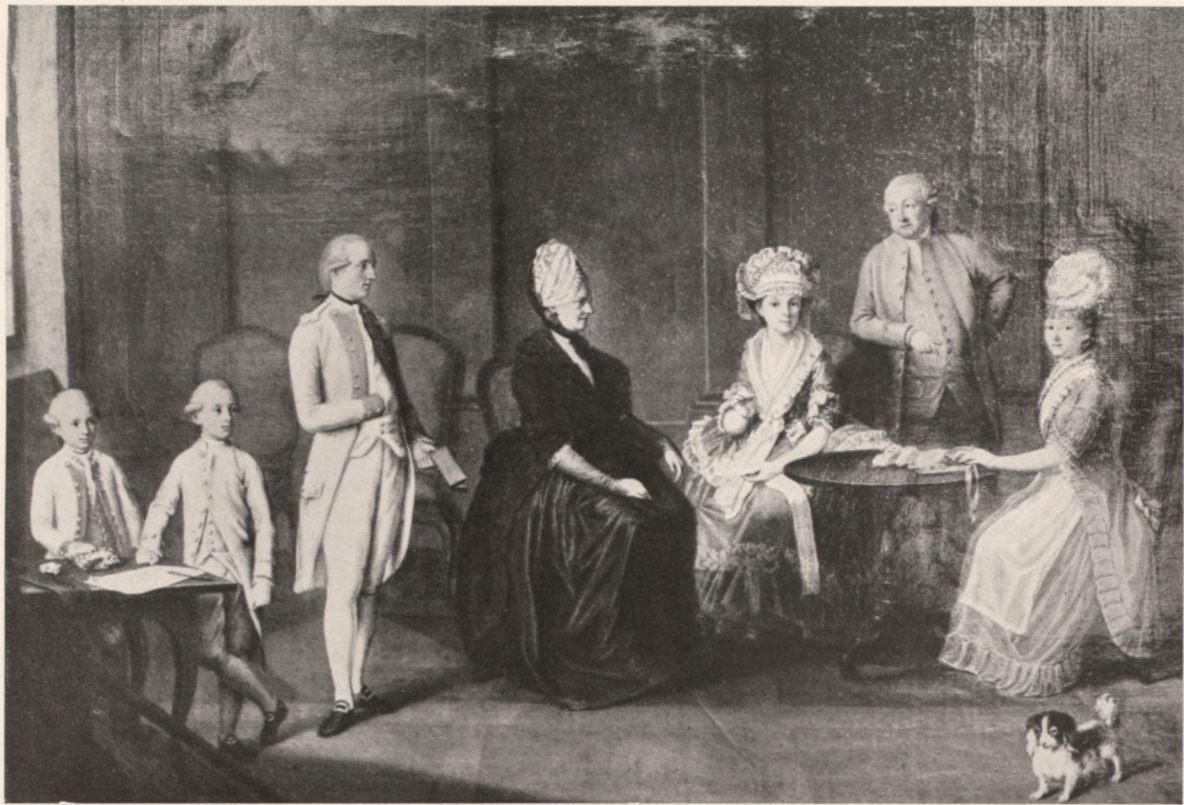
Nun erlaubte ich mir, um die Hand der Dame, die mein Herz erfüllte, zu bitten. Auch meine Mutter hat, wenn auch schweren Herzens, dem erst Einundzwanzigjährigen ihre Zustimmung erteilt. Es ist zu meiner Verlobung gekommen. Doch sollte ich noch ein Semester nach München gehen, um dort mein erstes juristisches Staatsexamen zu machen. Aber nun zeigte sich, daß ich bei meinem bis dahin nur schüchternen Verkehr mit der Familie meiner Braut weder ihre Eltern noch auch sie selbst ausreichend kennengelernt hatte. Der Vater war unerheblich, die Mutter eine fanatische Katholikin, die meist zu Bett liegend alle ihre Angehörigen tyrannisierte; meine Braut war temperamentlos ihr unterwürfig. Die Dissonanz zwischen ihrer und meiner Natur trat, je mehr wir uns kennenlernten, in einem mich bedrückenden Maße hervor. Die Engigkeit der Weltanschauung und des Lebens, gegen die ich mich von je gewehrt hatte, drohte mich zeitlebens einzuschließen. Ich fühlte mich todunglücklich, und löste die Verlobung unter Zustimmung der Meinen. Zwei Jahre darauf habe ich mich aber sehr erleichtert gefühlt, als ich hörte, daß meine gewesene Braut einen Münchener Professor geheiratet habe, der sie ver-göttere.

Schon vor meiner Entlobung war mein väterlicher Freund und Pate Merkel gestorben. Er hat den Ausbruch des Krieges von 1866 nicht mehr erlebt. Um so größeren Einfluß hat dieser auf mein Schicksal geübt.

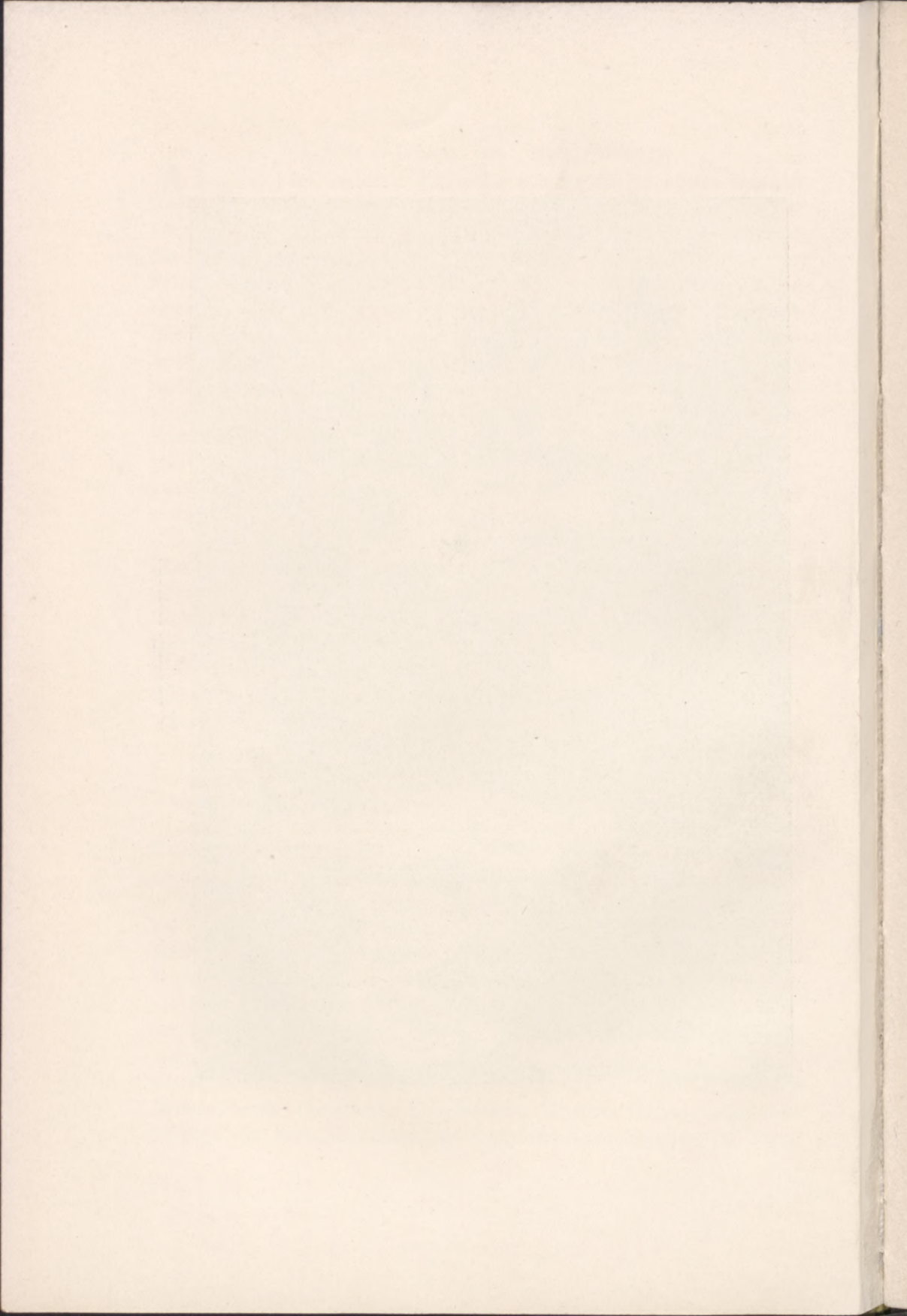
VI. Die Schlacht bei Aschaffenburg

Am 3. Juli 1866 war die Schlacht bei Königgrätz geschlagen worden. Nach der Kapitulation der Hannoveraner bei Langensalza hatte General Vogel von Falckenstein die preußische Mainarmee gebildet. Ich war ihren Bewegungen von München aus mit steigender Aufmerksamkeit gefolgt. Als ich sah, daß sie gegen Aschaffenburg, das von Hessen und Österreichern unter General Neipperg besetzt war, sich wendete, trieb mich die Unruhe um meine dort zur Zeit allein in unserem Hause wohnende Mutter dahin, um ihr, wenn nötig, Beistand zu leisten. Ich begab mich in München nach dem Bahnhof, um eine Fahrkarte nach Aschaffenburg zu lösen. Schon da wurde mir am Schalter mitgeteilt, daß ich den Weg über Würzburg nicht nehmen könne; nur über Stuttgart und Darmstadt sei Aschaffenburg noch erreichbar. Ich nahm also eine Fahrkarte über Stuttgart und Darmstadt. Hier angekommen hieß es: Alles aussteigen, da die Verbindung mit Aschaffenburg durch den Krieg unterbrochen sei. Da stand ich nun ziemlich ratlos auf dem Bahnhof in Darmstadt; mein Behagen wurde nicht gerade gesteigert, als ich jemanden in meiner Nähe erzählen hörte, bei Aschaffenburg sei eine Schlacht im Gange, die Preußen hätten das Brentanosche Haus besetzt, von da die über die Brücke fliehenden Österreicher beschossen, und da diese zurückgeschossen hätten, liege das Haus in Trümmern. Da das Haus die Brücke und das gegenseitige Ufer des Mains beherrschte, schien die Angabe nicht unwahrscheinlich.

Wenige Augenblicke darauf erschien auf dem Bahnhof ein bayerisches Regiment. Ich erkannte einen mir bekannten Offizier und hörte auf mein Fragen, daß sie den Befehl hätten, nach Aschaffenburg zu fahren. Ich bat, mich mitzunehmen, was mir zugesagt wurde. Aber nach einigen Stunden Wartens kam Gegenbefehl. Ich schloß mich nun einem Zug von Turnern an, der Verbandszeug nach Aschaffenburg bringen wollte, wo es angeblich daran fehlte. Aber der Zug brachte uns nur bis Dieburg. Hier blieben die Turner; erst am folgenden Tag wollten sie weiter. Ich aber, durch die Nachrichten, die ich gehört hatte, beunruhigt, wanderte noch am späten Nachmittag bis Stockstadt. Dabei kamen mir eine Anzahl Regimenter der auf dem Rückzug befindlichen Bundesarmee entgegen, sehr jugendlich aussehende Württemberger, und ich erinnere mich noch, wie sehr ich mich wunderte, daß mich niemand ansprach. Als ich in Stockstadt ankam, war es Nacht geworden und es schien nicht rätlich, in der Dunkelheit meinen Marsch, der mich in die feindlichen Truppen führen mußte, fortzusetzen. Ich verbrachte daher die Nacht auf einem Sofa in dem Wirts-



Die Familie Laroche



haus zu Stockstadt. Früh um vier Uhr brach ich auf, um nach Aschaffenburg zu marschieren. Da kamen die Turner, mit denen ich von Darmstadt bis Dieburg gefahren war, auf einem Leiterwagen heran und ließen mich freundlich aufsteigen. Wir waren noch nicht weit gefahren, da begegneten uns noch drei marode Österreicher auf dem Rückzug; dann bog der Weg um eine Ecke in ein Wäldchen, und kaum hatten wir die Österreicher dreißig Schritte hinter uns, da ritten schon drei preußische Husaren mit gespanntem Hahn auf uns zu. Das machte die Turner trotz der großen Fahne mit dem roten Kreuz, unter deren Schutz wir fuhren, etwas ängstlich, und es bedurfte einiger Worte, um sie unter Hinweis auf diese zu beruhigen. Auch hat keiner von den drei Österreichern, an denen wir soeben vorbeigekommen waren, gesprochen; das wäre uns wie Verrat erschienen. Im übrigen waren die drei Husaren freundliche Männer, die uns unseres Weges ruhig ziehen ließen. Dagegen wurde die Lage unangenehmer, als wir uns der Stadt näherten. Zunächst sahen wir die eine oder andere Leiche eines Österreichers liegen, der auf der Flucht seinen Wunden erlegen war; den unangenehmsten Eindruck machten einige aufgedunsene Pferdekadaver. Dafür wurde mir bald der Trost, unser unbeschädigtes Haus zu sehen; was ich in Darmstadt auf dem Bahnhof über seine Zerstörung gehört hatte, war also lediglich eines der wilden Phantasiegebilde, wie sie damals zahlreich in Umlauf gesetzt wurden. Dagegen begannen die Unannehmlichkeiten, als wir der Brücke nahekamen. Unmittelbar vor der Brücke, in dem Zwickel zwischen den beiden Alleen, die zum Schönbusch führen, hatten ein paar Kompagnien preußischer Infanterie biwakiert. Das Biwak hatte den Major, der sie kommandierte, augenblicklich in üble Laune versetzt. Als wir das Biwak passierten, trat er an die Turner heran und frug, was sie wollten. Die Turner erklärten, sie kämen aus Darmstadt; auf die Nachricht, daß es in Aschaffenburg an Verbandzeug und Pflegern fehle, hätten sie sich aufgemacht, um Verbandzeug zu bringen, und bei der Pflege Hilfe zu leisten. Aber damit kamen sie schön an. Herr von Korzfleisch — so hieß der Kommandierende — erwiderte mit barschem Tone: „Bringen Sie auch etwas zu Essen?“ Und auf die Verneinung der Frage: „Verbandzeug brauchen wir nicht, aber Lebensmittel. Nicht wahr, wenn wir geschlagen worden wären, hätten Sie unsere Gewehre genommen und auf uns geschossen. Steigen Sie alle ab, Sie sind kriegsgefangen.“ Darauf trat ich vor, und erklärte dem Major, ich sei aus Aschaffenburg und diese Herren hätten mich bloß aus Freundlichkeit auf ihren Wagen aufsitzen lassen. Da meine Mutter allein in ihrem Hause sei, sei ich von der Universität herbeigeeilt, um ihr im Notfall zur Seite zu stehen. Aber das sollte mir nichts nützen. „Sie

können der vortrefflichste Mensch der Welt sein“, war die Antwort. „Sie sind kriegsgefangen.“ Darauf wurde eine Anzahl Soldaten kommandiert, uns in die Mitte zu nehmen und nach der Stadt zu geleiten. Es waren biedere westfälische Landwehrleute, die an dem Krieg wenig Gefallen zu finden schienen. Der, welcher neben mir ging, frug mich sehr treuherzig: „Was haben Sie eigentlich gemacht?“ Ich antwortete, das eben wolle ich mir erst sagen lassen. Unterdessen hatte sich die Nachricht von meiner Gefangenschaft wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitet, — war ich da doch seit meiner Kindheit jedermann bekannt — und kaum daß wir die Brücke überschritten hatten, kam mir schon auf dem Wege den Windfang hinauf meine Mutter entgegen. Ich beruhigte sie, daß es sich augenscheinlich um ein Mißverständnis eines allzu Eifrigen handle. Sie war Vorsteherin des Frauenvereins, der sich der Pflege der Verwundeten widmete. Ich hatte in der Zeitung gelesen, ein Graf Stolberg leite die Krankenpflege auf preußischer Seite. Nun hatte mein Vetter Leo von Savigny eine Gräfin Stolberg zur Frau. Ich riet meiner Mutter, sie möge sich unter Bezugnahme hierauf an den Grafen Stolberg wenden und ihm die Geschichte meiner Gefangenschaft, die ich ihr rasch mitteilte, erzählen. Während sich meine Mutter zu ihm begab, wurden wir vor das Rathaus und von da aus nach kurzem Verweilen vor das Gasthaus „Zum goldnen Faß“ geleitet, in dem der Höchstkommandierende Wohnung genommen hatte. Er trat ans Fenster, betrachtete uns auf der Straße stehenden Gefangenen durch ein Lorgnon; dann wurden wir ins Rathaus zurückgeführt. Die mit mir gefangenen Turner wurden im Gymnasium interniert, während ich auf Grund der Vermittlung des Grafen Stolberg vorgerufen wurde. Der Platzkommandant frug sehr höflich: „Sie sind Student?“ „Ja.“ „Geben Sie mir Ihr Ehrenwort, daß Sie vor abgeschlossenen Frieden die Stadt nicht verlassen.“ Darauf wurde ich frei. Meine Turner sind aber nach drei Stunden ohne jede Beschränkung freigelassen worden, während ich zur Freude meiner Mutter auf Grund meines Ehrenwortes bis zum abgeschlossenen Frieden in Aschaffenburg zu bleiben genötigt war.

Als ich vom Rathaus nach Hause gekommen, empfing mich meine Mutter mit den Worten: „Recht gut, daß du da bist, aber noch sind wir aus den Schwierigkeiten nicht heraus.“ Auf der Flucht der Österreicher nach der von ihnen verlorenen Schlacht waren nämlich drei fliehende Soldaten, ein Unteroffizier und zwei Mann vom Schloß her die Webergasse heruntergelaufen, in unseren Hof eingedrungen und, da sie nicht den erhofften Ausgang nach dem Main fanden, in das Haus gestürzt. Unsere Dienstboten hatten sie mitleidig auf dem Dach in eine Kammer versteckt

und einen Schrank vor die Kammertüre geschoben. Man vergegenwärtige sich die Lage. Im Erdgeschoß hatten wir, als ich kam, zwanzig bis dreißig Mann Preußen als Einquartierung; der erste Stock war meiner Mutter gelassen; eine Treppe höher in der Kammer saßen drei bewaffnete Österreicher. Jedes Geräusch derselben konnte die im Erdgeschoß befindlichen Preußen auf sie aufmerksam machen, und was die Folgen gewesen wären, war unberechenbar. Ich ging daher zu den Gefangenen hinauf, um sie zu überreden, mir ihre Waffen und Uniformen abzuliefern, ich wollte sie in Zivilkleidern auf ein benachbartes Gut, das einem Grafen Bentheim, dem Schwiegersohn meiner Tante Des Bordes gehörte, bringen. Aber der Unteroffizier, ein Deutscher, weigerte sich, von seinen Waffen zu lassen. Das freute mich zwar; für mich aber war die Sache durch diese Betätigung militärischen Ehrgefühls nicht einfacher. Nach kurzer Überlegung ging ich direkt zum Platzkommandanten, nicht ohne Sorge, wie er meine Mitteilungen aufnehmen werde. Aber da kam mir zu gut, daß er mich von der Begegnung, die unmittelbar vorher stattgefunden hatte, noch kannte. Ich sagte: „Sie erinnern sich, daß ich vor noch nicht einer Stunde hier angekommen bin.“ Ein höhnisch klingendes „Jawohl“ war die Antwort. „Als ich nach Hause kam, fand ich unter dem Dach drei Österreicher versteckt, die sich dahin geflüchtet hatten.“ Kaum hörte der Kommandant die Worte, so öffnete er, ohne mir Zeit zu lassen, eine Erklärung vorzubringen, das Fenster und rief: „Ein Leutnant und zwei Mann!“, schob mich zur Tür wieder hinaus und sagte dem Leutnant: „Folgen Sie diesem Herrn.“ Unterwegs sagte ich dem Leutnant, um was es sich handle und bat ihn, vor der Haustüre im Hofe warten zu wollen; ich würde die Österreicher herunterholen. Und während der österreichische Unteroffizier es als im Widerspruch mit seiner Pflicht abgelehnt hatte, Waffen und Uniform mir zu überlassen, und zu fliehen, zeigte er sich hochofrennt, vor einem Leutnant und zwei Mann die Waffen strecken zu sollen. Die drei Österreicher packten Gewehre und Tornister auf und marschierten ab unter dem Kommando des Leutnants, behütet von dessen beiden Soldaten.

Nun endlich fand ich Zeit, an mich zu denken und mich zu waschen und umzukleiden. Aber auch das war nicht so leicht. Da ich ohne Gepäck von München abgereist war, befand sich alle meine Leibwäsche in meiner dortigen Studentenwohnung. Zum Glück fand ich noch ein feines, mit Rüschen versehenes Batisthemd, das der Enkel meiner Tante Des Bordes, ein Graf Bentheim, bei einem Besuche vergessen hatte. Um nur etwas Sauberes auf den Leib zu bekommen, zog ich es an und machte danach unserer preußischen Einquartierung Besuch. Das waren alles sehr nette

Leute. Indes befanden sich darunter auch zwei Kanoniere, welche ihre Pferde in einem seit Jahren nicht mehr gebrauchten, in unserem Hofe befindlichen Stalle untergebracht hatten. Als ich sie dort aufsuchte, erregte mein Ballhemd das besondere Wohlgefallen eines der beiden Kanoniere, eines Magdeburgers: „Ein scheenes Hemde“, meinte er, und darauf, indem er auf sein Hemd zeigte, „auch ich habe ein Hemde.“ „Ja-wohl“, sagte ich, „aber sehen Sie, das meine wäre für Sie viel zu eng“, und als ich mich vor ihn stellte und ihm klarmachte, daß er doppelt so breit war wie ich, war der im übrigen ganz gute Mensch beruhigt.

Aber alsbald brachte der Tag weitere Erlebnisse. Ein Bote stürzte ins Haus mit der Aufforderung, meine Mutter möge beim Grafen Stolberg nochmals intervenieren; der Bischof von Mainz — es war der Freiherr von Ketteler — sei gleichfalls zum Gefangenen gemacht und mit ihm eine Anzahl barmherziger Schwestern, die er mitgebracht habe; sie ständen auf dem Schloßplatz unter Bewachung. Auch diese waren bald befreit. Bischof und Schwestern wurden bei uns untergebracht. Wir zogen aus dem Vorkommnis den Vorteil, daß wir statt der doch immerhin unbequemen Mannschaften fortan alle katholischen und protestantischen Krankenpflegerinnen als Einquartierung erhielten. Wenn sie dann in unserem Eßzimmer gemeinsam an einem großen runden Tisch aßen, entstand regelmäßig dadurch, daß die beiden Konfessionen da, wo sie sich hätten berühren müssen, auseinanderrückten, eine gewisse Lücke. Außerdem nahm meine Mutter einen schwerverwundeten Korporal, den Sohn eines Fabrikanten aus Bielefeld, bei uns auf. Der Arzt hatte erklärt, bei sorgfältigerer Pflege könne er vielleicht gerettet werden. Er war ein stiller, lebenswürdiger junger Mann. In dem Zimmer, in dem er lag, hingen zwei große Bilder des Kaisers Franz Joseph und der Kaiserin Elisabeth aus der Zeit ihrer Verlobung. Der westfälische Korporal hatte gar nichts dagegen; ihm war, wie so vielen seiner Landsleute, der Krieg, in dem sie ihre Pflicht taten, verhaßt. Ebenso seinem Vater, der auf meine briefliche Benachrichtigung hin kam, aber weit mehr durch den schlechten Einfluß des Krieges auf seine Geschäfte, als durch das Schicksal seines Sohnes beunruhigt schien. Der ist dann auch trotz aller Sorgfalt, die man ihm angedeihen ließ, seinen Wunden alsbald erlegen. Mir war die Heilung von Anfang an hoffnungslos erschienen; eine Kugel war ihm mitten durch die Brust gedrungen.

Einen nachhaltigen Eindruck habe ich erhalten, als die preußische Armee über die Brücke auf das linke Mainufer hinüberzog. Es war ein nicht endenwollender Zug von Regimentern und Batterien. Dabei erregten großes Aufsehen die Jesuiten, welche als Feldgeistliche an der Spitze

vieler katholischer Regimenter ritten. In dem katholischen Bayern waren alle Jesuitenniederlassungen verboten; selbst König Ludwig I. hatte jedes auf Jesuitenniederlassung gerichtete Gesuch abgeschlagen und sogar für jede Abhaltung von Exerzitien durch einen Jesuiten seine besondere Genehmigung verlangt, die er, wie ein Erlaß vom 4. Dezember 1844 zeigt, nur ungern erteilte. Auch in unserem gut katholischen Hause war man kein Freund der Jesuiten. Dazu hegte man zu großen Respekt vor der Freiheit des einzelnen. In dem protestantischen Preußen hingegen gab es seit Wiederherstellung des Jesuitenordens durch Pius VII. zahlreiche Jesuitenklöster. Nun rückten die Jesuiten an der Spitze preußischer Regimenter ins Land. Das gab zu vielen Kommentaren den Anlaß. Witzbolde erinnerten an das Heinesche Wort, daß er sich über die große Freundschaft zwischen Preußen und Jesuiten nicht wundere; denn die Preußen seien die Jesuiten in Deutschland und die Jesuiten die Preußen in der katholischen Kirche.

Das Durchziehen von so viel Militär machte es nicht leicht für die vielen Menschen Essen und Trinken zu verschaffen, namentlich wurde das Bier sehr bald knapp, und ich erinnere mich noch des damaligen Appellationsgerichtspräsidenten Petersen, wie er mit einer großen Bierkanne in der Hand über die Straße ins Café Schlink ging, um Bier, das seinen Dienstboten verweigert worden war, für seine Einquartierung persönlich zu holen. In wenigen Tagen war aber alles in normaler Ordnung, und wenn das Ungewohnte mancherlei Zerstreung geboten hatte, so fing ich ohne meine in München verbliebenen Bücher bald an, mich zu langweilen. Ich konnte aber nicht fort, da ich mein Ehrenwort gegeben hatte, bis zum Abschluß des Friedens in Aschaffenburg zu bleiben. Da habe ich manchmal zu meinem Zeitvertreib das Schlachtfeld neben der Fasanerie besucht. Dort lag der Inhalt all der Tornister zerstreut, welche die fliehenden Österreicher von sich geworfen hatten. Unter ihnen waren Venezianer gewesen, denen man, nachdem Venedig von Österreich schon abgetreten war, in der Tat nicht zumuten konnte, sich weiter für Österreich totschießen zu lassen. Unter dem Weggeworfenen befanden sich unzählige Briefe von zarter Hand aus dem Venezianischen. Meist begannen sie mit der Anrede: „Carissimo cugino“; ihr Inhalt ließ aber meist auf ein zärtlicheres als ein Vetternverhältnis schließen.

Nachdem der am 22. August zwischen Preußen und Bayern abgeschlossene Friede mir die Freiheit meiner Bewegung wieder zurückgegeben hatte, bin ich nach München zurückgekehrt, um ungestört arbeiten zu können, wurde dort aber alsbald von meinem anderen Paten L. Brentano aus Frankfurt zu einer Fahrt nach Tirol abgeholt. Es war eine der genuß-

reichsten Reisen, die ich gemacht habe. In einem Einspänner fuhren wir über Mittenwald, wo wir eine Gitarre kauften, auf der wir unserer Fröhlichkeit Luft machten, nach Innsbruck. Dort haben wir mehrere Wochen im Hause der an den dortigen Professor Stumpf verheirateten Tochter meines Paten verweilt und täglich weite Spaziergänge in das Mittelgebirge gemacht. Auf einem derselben stießen wir auf einen Matrosen, der auf dem Widderschiff „Erzherzog Max“ die Seeschlacht bei Lissa mitgemacht hatte und anschaulich erzählte, wie plötzlich nach dem Befehl: „Rückwärts!“ der Stoß erfolgte, der das italienische Panzerschiff „König von Italien“ in den Grund bohrte. Das war für unsere durch die süddeutschen Niederlagen und die Mißhandlung Frankfurts schwer gekränkten Gemüter wenigstens ein Tropfen Balsam. Auf unserer Rückreise erlebten wir in Augsburg in unserem Hotel, daß plötzlich aus der Türe eines benachbarten Zimmers der uns bekannte Vertreter Österreichs am deutschen Bundestag eintrat, mit den Worten: Soeben haben wir den deutschen Bundestag aufgelöst.

VII. Ich wende mich zur Nationalökonomie

Das Ergebnis des deutschen Krieges hat alle Pläne, die ich bis dahin verfolgt hatte, umgestürzt. Ich gab den Gedanken an eine Beamtenlaufbahn auf; ich wollte weder Beamter des besiegten Bayerns noch des siegreichen Preußens werden; als die einzige, mit innerer und äußerer Selbständigkeit und der Möglichkeit freier Meinungsäußerung vereinbarte Tätigkeit des nicht mit Reichtum Gesegneten erschien mir nun die des Professors. Ich beschloß, mich dem Studium der Nationalökonomie, die ich bis dahin nur als Nebenfach betrieben hatte, ausschließlich zu widmen. Zu Hause erhob man keinerlei Einwand. Den Interessen, die da vorherrschten, war, was mich beschäftigte, fremd. Man nahm daran keinen Anteil. Man war zufrieden, wenn man sah, daß ich das, was ich erwählt hatte, mit Ernst verfolgte. So erhielt ich, ungleich meinem Bruder, von Hause keinerlei Anregung in dem, was ich zu meinem Beruf erwählte, aber auch keinerlei Störung in Verfolgung derselben und in der Richtung, die ich einschlug. Ich begab mich, um Nationalökonomie gründlicher zu studieren, nochmals auf die Universität, und zwar nach Göttingen, wo Helferich lehrte.

Göttingen befand sich, als ich im Oktober 1866 dort eintraf, noch in Aufregung über die Annexion Hannovers durch Preußen. Jede Übergangsmaßregel der Regierung wurde mißbilligt. Auch haben deren Organe nicht immer die überkommene Ordnung berücksichtigt. So war der Prorektor der Universität auch die oberste politische Autorität der

Stadt. Als nun eines Sonntags eine Schlägerei zwischen Handwerksburschen und Studenten am Geismartor stattfand, rückte eine Kompagnie Soldaten aus der benachbarten, unter hannöverscher Herrschaft nicht besetzten Kaserne aus und schob den, um Ordnung zu stiften, herbeigeeilten Prorektor Waitz mit den Worten: Ach was, Prorektor! brüsk bei-seite. Das verletzte die auf ihre Freiheiten stolze Universität. Rührend zeigte sich die Anhänglichkeit des unteren Volkes an die vergangene Regierung. Ich erinnere mich noch, wie es den Geburtstag des früheren Königs feierte. Er fiel auf den 27. Mai. Gegen eine Illumination wäre die preußische Polizei eingeschritten; also stellte man abends an die geöffneten Fenster zwei brennende Kerzen und setzte sich dahinter mit irgendeiner Arbeit; das Trottoir davor war mit Sand in den hannöverschen Farben, Weiß und Gelb, bestreut. Auch hoffte die Bevölkerung noch auf Befreiung von der preußischen Herrschaft durch die Franzosen, und so oft man den Kanonendonner von Schießübungen hörte, glaubte das Volk, sie kämen.

Ich selbst mit meinen österreichischen Familientraditionen stand auf Seite der Hannoveraner. Auch hatte ich die gehässige Behandlung von Frankfurt noch nicht verwunden. Es war als „offene Stadt“ ohne jeglichen Widerstand von Vogel von Falckenstein besetzt worden, trotzdem aber mit einer Kriegskontribution von sechs Millionen Gulden und schwerer Einquartierung — man hatte selbst der sechsundachtzigjährigen Witwe meines Onkels Franz sechzig Mann in das Haus gelegt — belastet. Ich fand bei meinem Lehrer Helferich und bei den beiden Überlebenden der Göttinger Sieben, dem Theologen Ewald und dem Miterfinder des Telegraphen, Wilhelm Weber, dem großen Genossen des großen Gauß, mit denen Helferich mich bekannt machte, volles Verständnis. Auf manchen Spaziergängen um den Wall, auf denen ich sie begleiten durfte, haben wir unser Herz ausgeschüttet. Nicht anders dachte der Mathematiker Stern, dessen Sohn Alfred damals eine aufsehenerregende Broschüre, „Athen und der nordgriechische Bund“, veröffentlichte. Er ist mein Freund bis zum heutigen Tag geblieben. Auch die Familie des großen Rechtslehrers Hugo, bei der ich im Sommer 1867 Wohnung nahm und die mir das Bildnis meines Onkels Savigny schenkte, das dieser Hugo geschenkt hatte, war antipreußisch gesinnt und ebenso meine Cousine Sophie Detmold geb. von Guaita in Hannover, die Witwe des achtundvierziger Reichsjustizministers Detmold, die ich öfters besuchte. Indes gab es auch Professoren, die auf seiten der neuen Ordnung standen.

Ich habe in Göttingen die Vorlesungen von Waitz über deutsche Verfassungsgeschichte und über Politik gehört. Der Schwerpunkt meiner

Göttinger Studien aber lag in den Vorlesungen Helferichs. Er war als Theoretiker nicht originell. Aber die Art, wie er die Lehren seines großen Lehrers, des Münchener Staatsrats von Hermann, vortrug, machte diese so anschaulich, daß sie vom Hörer als selbstverständlich aufgenommen wurden. Dabei hatte jeder Zuhörer die Empfindung, als spräche er mit besonderer Rücksicht auf ihn. Außerdem habe ich ihm ganz besonders für seine Anleitung zum Studium der klassischen Nationalökonomien zu danken. Ich habe sie nach seiner Weisung der Reihe nach durchstudiert und ihm über jeden, über Adam Smith, Ricardo, Malthus, James Mill und Mac Culloch und eine große Anzahl Aufsätze in der *Edinburgh* und der *Quarterly Review* schriftlich Bericht erstattet und habe dann auf seinen Wunsch hin das große Werk I. H. von Thünens zum Gegenstand meines besonderen Studiums gemacht. Meine Dissertation über Thünens Lehre vom Naturgemäßen Lohn und Zinsfuß im isolierten Staat zeigt, in welchem Maße ich unter Helferichs Leitung ein Vertreter der Methode der klassischen Nationalökonomien geworden war. Ich war damals der Meinung, daß die Volkswirtschaftslehre Anspruch, eine Wissenschaft zu sein, nur erheben könne, wenn ihre Lehren sich als Folgerungen aus einem einheitlichen Prinzip ergäben, und huldigte der von John St. Mill in seinen *Unsettled Questions of Political Economy* vertretenen Auffassung von der Nationalökonomie als einer hypothetisch richtigen Wissenschaft. Wie früher, als ich mich zum juristischen Doktorexamen vorbereitete, habe ich damals rastlos gearbeitet, und war am 29. Oktober 1876 so weit, „propter egregiam politices et oeconomiae publicae scientiam dissertatione et examine adprobatam“ zum Doctor Philosophiae et Artium Liberalium Magister promoviert zu werden. Auf Helferichs Empfehlung habe ich dann in dem unter Leitung des Direktors des Preußischen Statistischen Bureaus Dr. Engel stehenden Statistischen Seminar in Berlin Aufnahme gefunden.

VIII. In Berlin

In Berlin bin ich von meinen Arnimschen Verwandten aufs wärmste aufgenommen worden. Ich wohnte bei meiner Cousine Claudine von Arnim, einer Tochter meines Onkels Georg Brentano, die als Witwe den gleichfalls verwitweten ältesten Sohn Bettinens und Achims von Arnim, Freimund, geheiratet und nach dessen Tod dessen Sohn erster Ehe, Achim, erzogen hatte. Sie ist mir eine wahrhaft mütterliche Freundin geworden. Ganz zu Hause war ich auch bei der ältesten Tochter Bettinens, der Gräfin Maximiliane Oriola, und ihren Kindern; mein eben genannter Vetter Achim und ich sowie Lothar von Eichhorn, ein Enkel Schellings, wurden

von ihr wie Söhne behandelt. Sehr viel Anregung habe ich auch bei Herman Grimm erhalten, der die jüngste Tochter Bettinens, Gisela, geheiratet hatte. Mit ganz besonderer Dankbarkeit gedenke ich auch der Abende, da Joachim zu Grimms kam und seine Geige mir erst Sinn und Verständnis für klassische Musik eröffnete. Bei der einen oder anderen meiner eben genannten Cousins sah sich fast täglich den zweiten Sohn Bettinens, Siegmund von Arnim, den intimen Freund Bismarcks und seiner Gemahlin Johanna. Auch bei Savignys habe ich freundliche Aufnahme gefunden. Durch die eine oder andere der genannten Familien bin ich dann auch in deren Freundeskreis eingeführt worden, so vor allem in die Familie Olfers. Jeden Montag traf ich da die alte Frau von Olfers geb. Stägemann, in deren Kreis mein Onkel Clemens die Begegnung mit Luise Hensel gehabt hat, die für seine Bekehrung mitbestimmend gewesen ist. Ihr Schwiegersohn war Graf Paul York, ein ungemein gescheiter und vielbelesener Herr. Außerdem trafen sich in ihrem Salon die mannigfachsten in Kunst und Literatur ausgezeichneten Männer und Frauen. Auch bei dem Nachfolger Savignys, bei dem alten Rudorff, bin ich eingeführt worden und habe später mit seinem Sohne Ernst, dem Musiker, in Lichterfelde zusammen gewohnt. Aber trotz aller Freundlichkeit, mit der man mir begegnete, war ich im Herzen noch immer der gekränkte Frankfurter. Auch hatte ich eine Scheu vor Gesellschaften, in denen sich die große Welt traf. Meine Teilnahme daran schien mir mit den bescheidenen Verhältnissen, in denen ich aufgewachsen war, in Widerspruch zu stehen. Das veranlaßte mich, als meine genannte Cousine, die Gräfin Oriola, mich zu einer Gesellschaft einlud, bei der der hohe Adel, die hohe Bürokratie und die Vertreter des Reichtums ihre Gäste waren, ihr abzuschreiben, da ich nicht dazu passe. Aber noch kannte ich sie schlecht. An dem Abend, da die Gesellschaft stattfinden sollte, kam sie angefahren und ruhte nicht eher, bis ich mich in den Gesellschaftsanzug warf und mit ihr zurückfuhr.

2

Welcher junge Mann hätte sich ein schöneres Dasein wünschen können! Wäre nur das Statistische Seminar, um dessentwillen ich nach Berlin gekommen war, pädagogischer geleitet gewesen. Ernst Engel war eine ideal gerichtete Natur. Man hat mir erzählt, sein Vater sei Weinwirt in Dresden gewesen; der Sohn wollte studieren; der Vater nötigte ihn, seinen Gästen als Kellner zu dienen. Nach dem Tode des Vaters war das erste, daß der Sohn nach Rom reiste. Zurückgekehrt hat er am Polytechnikum studiert und ist dann Direktor einer Glashütte geworden. Aber das genügte seinem beweglichen Geiste nicht. Angeregt durch die Schriften des Belgiens Que-

telet, hat er Aufsätze über Statistik geschrieben, so geistvoll, daß der reaktionäre sächsische Premierminister Beust ihn trotz seiner liberalen Gesinnung zum Leiter des sächsischen Büros ernannte. In der liberalen Ära hat ihn dann Graf Schwerin als Nachfolger des Direktors der preußischen statistischen Büros Dieterici nach Berlin berufen; sein rastloser Eifer hat diesem großen Glanz verliehen. Dabei hat er fortwährend an sich weitergearbeitet. Es wird erzählt, daß er eines Abends in philosophische Studien vertieft, aber außerstande, eine befriedigende Antwort auf die Frage nach dem Zweck des Lebens zu finden, zum Philosophen Trendelenburg gefahren sei, um sie sich dort zu holen. Dabei war er von warmer Teilnahme an seinen Schülern; so ist er auch mir aufs herzlichste entgegengekommen. Aber so anregend er war, er hatte gar kein pädagogisches Talent. Noch sehe ich ihn vor mir, wie er, nachdem er uns in der ersten Sitzung einen Vortrag über Begriff und Aufgabe der Statistik gehalten und siebzehn Definitionen anderer vorgetragen hatte, frug: Was ist Ihre Meinung? Nachdem ein jeder von uns eine verlegene Antwort gestammelt hatte, sagte er, statt mit uns zu diskutieren, nur: Es war mir interessant, Sie zu hören, und ging weiter. Ähnlich war es in jeder Sitzung. Immerhin war seine große geistige Beweglichkeit anregend. Bei jeder Zusammenkunft hat er etwas Neues, was ihn bewegte, vorgebracht; dann warf er eine Anzahl Bücher auf den Tisch, in denen wir uns selbst zurechtfinden sollten.

Nicht befriedigender war der Kursus, den der große Agrarhistoriker Georg Hanßen uns geben sollte; denn statt uns einen Vortrag selbst zu halten, erklärte er uns, daß ihn das langweile und wir selbst vortragen sollten. Wenn dann ein jeder vortrug, was er sich selbst erarbeitet hatte, dies aber von dem Herkömmlichen abwich, war er unzufrieden; es endete damit, daß ein jeder vortrug, was Hanßen selbst in seinen Vorlesungen an der Universität gelehrt hatte. — Ein alter Geheimrat langweilte uns mit Vorlesungen über Gewerberecht. Entsetzlich waren die Vorträge des Regierungsrats Boeckh, der uns statistische Tabellen vorlas; interessant dagegen waren die Vorträge eines jungen Ingenieurs über Technik, der uns auch durch Berliner Fabriken führte; entzückend waren die Vorträge des Geheimrats Dove, die er uns in seiner Wohnung über Meteorologie hielt. In der Hauptsache waren wir aber uns selbst überlassen. Zum Glück war die Bibliothek des statistischen Büros ausgezeichnet; sie stand zu unserer freien Benützung; ein jeder konnte darin arbeiten, wozu er Lust hatte.

Wir waren in meiner Zeit nur fünf Mitglieder des Seminars: zwei Assessoren, die aber nur eingetreten zu sein schienen, um in Berlin ein Jahr

bummeln zu können, ein Deutschrusse Baeckmann, ein tüchtiger, wenig redender Mann, und außer mir noch Dr. Gustav Cohn, später Redakteur der Frankfurter Zeitung, dann Professor in Zürich und zuletzt in Göttingen. Er verletzte durch hämische Bemerkungen über Menschen wie Dinge, doch habe ich ihm dies damals nachgesehen. Man hatte mir gesagt, er habe wegen kommerziellen Zusammenbruchs seines Vaters das Gymnasialstudium aufgeben müssen, sei dann als Kommis bei einer Getreidefirma eingetreten und habe nebenbei das Abiturientenexamen und das Doktorexamen gemacht. Dies hat meine Hochachtung erregt. Jeden Freitagabend begleitete uns Engel nach seinem Vortrage in eine Weinkneipe, in die er jeden nennenswerten Fachmann, der nach Berlin kam, so einmal Quetelet, den Vater der modernen Statistik, mitnahm. Auch haben wir von da aus einmal unter der Führung eines Polizeileutnants die Verbrecherkeller Berlins besucht, was interessante Einblicke gab.

3

Im ganzen aber hat mich meine Teilnahme am Statistischen Seminar wenig befriedigt, und eben dies war der Grund, warum ich den Zerstreungen, die mir von seiten meiner Verwandten geboten wurden, viel zu wenig Widerstand leistete. Sie haben mich nicht nur zu allen ihren geselligen Vergnügungen herangezogen, bei denen unter anderem auch der Leutnant von der Goltz, der spätere Generalfeldmarschall, der Leutnant Hermann von Eichhorn, der während des Weltkriegs in Rußland ermordet wurde, und der Leutnant von Treskow, der spätere Adjutant des Großherzogs von Baden, meine Freunde wurden, sondern man hat bei diesen Gelegenheiten mein Talent, Verse zu schmieden, ausgenutzt. Besonders erinnere ich mich eines Basars zu einem Wohltätigkeitszweck im Ministerium des Innern. Ich hatte dort in einem Postamt zu sitzen, bei dem jeder Besucher einen Brief für sich vorfand, den ich zu schreiben hatte. Am Schalter saß das schöne Fräulein von Lützwow, eine Urenkelin von Karl von Laroche, dem Bruder meiner Großmutter Maximiliane. Sie hatte die nach Briefe Fragenden zu unterhalten, bis ich den Brief an sie geschrieben hatte. Doch waren auch Briefe am Abend vorher geschrieben worden, allgemein neutrale, ganz besonders aber solche für bestimmte Persönlichkeiten, wie Rothschild, den Grafen Bismarck, den Grafen Henckel von Donnersmarck, den Innenminister Grafen Eulenburg u. a. Gegen ein der eingeschätzten Kaufkraft des Empfängers entsprechendes Porto wurde diesem der Brief eingehändigt. Bei dieser Gelegenheit war es das einzige Mal, daß ich Bismarck persönlich begegnet bin. Er lorgnettierte mich, als ich ihm vorgestellt wurde, mit freundlichem Blick und entließ mich mit einem Kopfnicken.

Doch nach einigen Monaten bekam ich Katzenjammer ob all dieser Nichtigkeiten. Um diesen Zerstreungen weniger ausgesetzt zu sein, gab ich trotz des Protests meiner Cousine Arnim meine Wohnung bei ihr auf und mietete mir ein Zimmer ungefähr gegenüber dem Statistischen Büro. Es ist aber dabei nicht allzuviel gewonnen worden, da ich nun täglich durch den Weg zu meinen Verwandten viel Zeit verlor.

Immerhin habe ich damals in der Bibliothek des Statistischen Büros eine kleine Schrift ausgearbeitet, die für meine Zukunft bedeutungsvoll werden sollte. Man vergegenwärtige sich: es waren erst wenige Jahre seit dem Tode Lassalles verflossen. War die Zahl seiner eingeschriebenen Anhänger auch noch gering, so beschäftigte die soziale Frage doch lebhaft die politische Welt. Engel hatte im Jahre 1867 vor dem preußischen Kronprinzen einen Vortrag gehalten, der mit den tönenden Worten geendigt hatte: Die soziale Frage ist keine Frage mehr; sie ist gelöst. Engels Lösung bestand in Gewinnbeteiligung. Er hatte sich dabei auf die in verschiedenen Ländern mit ihr gemachten Versuche gestützt und auch einen wohlwollenden Fabrikanten in Berlin veranlaßt, sie in seinem Betrieb einzuführen. Als ich eines Tages in der Bibliothek des Büros arbeitete, warf er mir alles Material hin, das er über Gewinnbeteiligung gesammelt hatte. Ich habe dasselbe in einer Anzahl Artikel für die Augsburger Postzeitung verarbeitet, in denen ich die Gewinnbeteiligung auch theoretisch zu begründen versuchte. Diese Aufsätze fanden Engels Beifall so sehr, daß er mich aufforderte, ihn auf einer Reise nach England zu begleiten; dort wollten wir uns alle Fälle, in denen Gewinnbeteiligung zur Anwendung kam, selbst ansehen. Die Aufsätze sind von der Augsburger Postzeitung unter dem Titel „Das Industrial Partnerships system“ als Broschüre herausgegeben worden, und diese hat bei vielen, darunter auch im Literarischen Zentralblatt, Beifall gefunden.

Der Vorschlag, mit Engel eine Studienreise nach England zu machen, war zu verlockend, als daß ich darauf nicht eingegangen wäre. Meine Tante Lulu Des Bordes hatte mir, gleich meinen Geschwistern, ein kleines Legat vermacht. Es war seit ihrem Tode mit Zinseszinsen angewachsen und hat mir die Reise mit Engel ermöglicht. Wie ich selbst, nachdem ich in England die Dinge gesehen hatte, über meine Broschüre dachte, wird sich im folgenden ergeben.

I. Mit Engel nach England

Gheimrat Engel und ich sind durch das Ruhrrevier und über Holland nach England gereist. In Essen haben wir mehrere Fabriken besucht, wobei mir auffiel, daß man uns technisch alles zeigte, wonach wir fragten, dagegen alle auf die Arbeiterverhältnisse bezüglichen Fragen nur ausweichend beantwortete; in England sollte ich alsbald das Gegenteil kennenlernen. In den ersten Tagen des August 1868 sind wir in London angekommen. Engel war mit Empfehlungen des preußischen Handelsministeriums an das Board of Trade versehen, das uns dann Einführungen an die Handelskammern an den Orten gab, die wir besuchen wollten. Das aber waren nur Empfehlungen an Arbeitgeber. Ich überzeugte Engel, daß unser Besuch, wenn wir nicht auch die Arbeiter hörten, seinen Zweck verfehlen würde. Aber wie zu ihnen gelangen? Kurz bevor wir Deutschland verlassen hatten, war eine deutsche Übersetzung von *The Progress of the Working Class 1832—1867* von John Malcolm Ludlow und Lloyd Jones erschienen, die ich gelesen hatte. Ich sagte Engel, wir müßten Ludlow aufsuchen, dessen Adresse in Lincolns Inn zu erfahren sei. Doch Engel meinte, da wir ihn nicht kannten, würde er uns nicht Rede stehen. Darauf bin ich allein zu Ludlow gegangen, habe ihm den Zweck unserer Reise mitgeteilt und bei ihm das freundlichste Entgegenkommen gefunden. Nun ist auch Engel mit mir zu ihm gegangen, und wir haben von Ludlow die wärmsten Empfehlungen an die hervorragendsten Genossenschaftler in verschiedenen englischen Städten erhalten. Wir waren in Nottingham, Bradford, Low Moor, wo ich mich über den verwahten Zustand der Arbeitsstätten entsetzte, in Rochdale, Manchester, Birmingham. Wir wurden allenthalben von Arbeitgebern, wie von Genossenschaftlern aufs freundlichste aufgenommen. In Manchester allerdings war die erste Antwort Isaak Pitmans, des Herausgebers des „Cooperator“, auf meine Fragen: „Sie haben geraucht; ich rauche nie“; dann aber hat er mir auf alles freundlichst Bescheid gegeben, und in Birmingham hatte ich Gelegenheit, den freundlichen Ton kennenzulernen, in dem politische Gegner in England miteinander verkehrten. Der Torykandidat, Mr. Sampson Lloyd, lud uns zum Essen ein; ihm

gegenüber saß sein liberaler Gegenkandidat, Mr. Dixon. Gegen Ende der Mahlzeit erhob sich Dixon, um sich zu entschuldigen, daß er die Tafel verlasse, denn er müsse gegen Mr. Lloyd Wahlreden halten. Ja, erwiderte unser Gastgeber, ich höre, daß Sie jeder Arbeiterfrau ihr Kind aus den Armen nehmen, um es zu küssen; und ich höre, antwortete der Liberale, daß Sie jedem Arbeiterkind die Nase putzen. Welch' beneidenswertes Verhältnis von Gegenkandidaten, wenn man an deutsche Wahlkämpfe denkt!

2

Während unserer Reise trat ein Gegensatz in dem Interesse hervor, das Engel und mich beseelte. Engel war, wie bemerkt, von Haus aus Techniker, und wenn er auch von der weitherzigsten Teilnahme an der Lage der Arbeiter erfüllt war, so hat ihn das Interesse an den Leistungen der Technik doch weit mehr als mich gefesselt, während mich die soziale Frage veranlaßt hatte, ihn nach England zu begleiten. Diese Verschiedenheit trat schon hervor, als wir eines Sonntags nachmittags von London nach Nottingham abfuhrten. Wir waren zu früh am Bahnhof. Mich interessierte es, einem Straßenprediger zuzuhören, der, auf einem Karren stehend, aus der Bibel vorzulesen anfang, worauf sich allmählich eine Zuhörerschaft einfand, der er predigte. Da holte mich Engel scheltend hinweg; statt solchem Unsinn zu lauschen, sollte ich die Spannung über der Einfahrt der Züge ansehen, die die größte der Welt sei. So hat er, auch wenn wir große Fabriken besuchten, nicht unterdrücken können, daß ihnen gegenüber die von den Genossenschaften erbauten gering seien. Was wir von Gewinnbeteiligung sahen, hat aber ebensowenig meinen wie seinen Erwartungen entsprochen. Nur zu deutlich trat uns gerade bei den berühmtesten entgegen, daß ihr Hauptzweck war, die Arbeiter von der Teilnahme an Koalitionen abzuhalten. Die Arbeiter aber rechneten, daß ein einziger erfolgreicher Streik ihnen mehr einbringe, als ihre Beteiligung an einem Unternehmergewinn, auf dessen Höhe, ja dessen Existenz das Verhalten des Unternehmers zudem von größerem Einfluß sei, als ihr eigenes.

Soviel ich auch gesehen hatte, so hatte ich doch, als wir von unserer Rundreise nach London zurückkamen, die Empfindung, daß ich noch recht wenig gelernt habe, und als ich Engel sagte, ich sei der Meinung, den Winter in England bleiben zu müssen, um meine Kenntnisse zu vervollständigen, habe ich bei ihm die lebhafteste Zustimmung gefunden. Auch ist er während der ganzen Dauer meines Aufenthalts in England in stetem Austausch der Meinungen über meine Erfahrungen geblieben. Die Mittel zur Bestreitung meines Verbleibens in England hat mir meine

schon genannte Cousine Claudine von Arnim gegeben, die, stets der Familientradition getreu, jeden zur Familie gehörigen, der es benötigte, unterstützt hat.

3

Meine Reise mit Engel und das Lesen der Tageszeitungen hatten mich überzeugt, daß, so großartig die Leistungen der Genossenschaften waren, doch der Schwerpunkt der englischen Arbeiterbewegung und ihre Zukunft in den Gewerkvereinen liege. Über ihren letzten Kongreß hatte ich auf Grund englischer Berichte schon vor unserer Abreise einen Aufsatz in die Zeitschrift des preußischen statistischen Büros geschrieben. Die öffentliche Meinung war ihnen damals ungünstig. Sie waren nach den Missetaten zweier rückständiger Arbeiterorganisationen in Sheffield und Manchester gerade Gegenstand einer auf ihre Unterdrückung abzielenden Untersuchung. Da Ende August und im September niemand für mich wichtiger in London war, kaufte ich mir die Blaubücher, welche die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung enthielten, und begab mich nach der Insel Wight. Dort habe ich sie durchgearbeitet, daneben aber durch Schwimmen im Meer und Bootfahrten, vor allem aber auf Spaziergängen durch die dunkeln Myrtengänge der Insel, die köstlichsten Tage durchlebt. Besonders erinnere ich mich eines Spaziergangs von Sandown nach Carrisbrook Castle, dem Schlosse, in dem einst Karl I. gefangen gewesen. Auf dem Rückweg bin ich auf den unrechten der sich gleichenden Myrtenwege, in die das Licht nur tropfenweise eindrang, geraten; er hat mich statt wieder nach Sandown nach einem weitab liegenden Punkte des Meeresufer geführt, wo ich schon bei sinkender Sonne anlangte. Um den Weg nicht wieder zu verfehlen, bin ich dann längs des Ufers gegangen, von mißtrauischen Zollwächtern oft zur Rede gestellt. Doch die Wanderung war unvergleichlich schön. Über dem Meer stand der Mond; silbern erglänzten in seinem Scheine die Wellen, und die Klippen erschienen phantastisch in seinem Lichte. Erst spät bin ich in meiner Wohnung wieder angelangt, wo mich meine ob meines Ausbleibens schon besorgte Hausfrau mit Freude empfing.

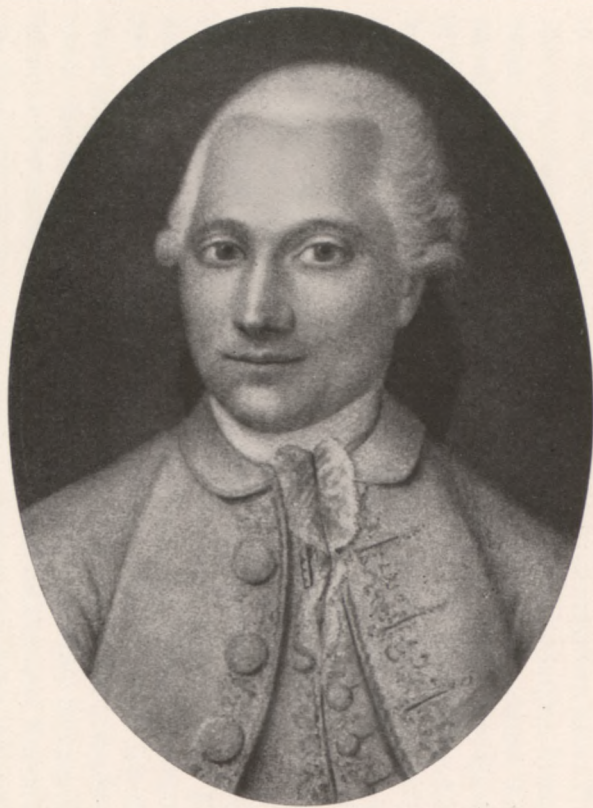
Im Oktober bin ich mit meinen Exzerpten nach London, in die Nähe des British Museums, übersiedelt. Ich habe fast täglich darin gearbeitet. Aber weit wichtiger ist für mich die Freundschaft gewesen, die mich mit John Malcolm Ludlow verband. Er war außer meiner Mutter der selbstloseste Mensch, mit dem mich das Leben zusammengeführt hat. Er hat sein ganzes Leben der wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Hebung der arbeitenden Klassen geweiht. Der Umgang mit ihm ist für meine weitere Entwicklung entscheidend geworden. Ich habe über ihn schon

in meiner Schrift über die christlich-soziale Bewegung in England geschrieben¹. Er war ihr ökonomischer Genius; von ihm sind alle praktischen Bestrebungen der christlichen Sozialisten ausgegangen, in erster Linie die allerdings erfolglosen Versuche, das Konkurrenzsystem durch Produktivgenossenschaften zu ersetzen. Er war der Verfasser des ersten britischen Genossenschaftsgesetzes, das dann auch dem deutschen als Muster gedient hat. Aber seine Tätigkeit war nicht minder eifrig in der Verteidigung der damals in ihrer Existenz bedrohten Gewerkvereine. Sein Ideal war eine enge Verbindung zwischen Gewerkvereinen und Genossenschaften. Nicht geringere Verdienste hat er sich um die freien Hilfskassen und die Bildung der Arbeiter erworben. Er hat mich mit den damals tätigsten Mitgliedern jenes „Bundes von Freunden, hauptsächlich Geistlichen und Advokaten, deren edlen Bemühungen“, wie John St. Mill geschrieben hat, „kaum zu viel Lob gespendet werden kann“, bekannt gemacht², mit Frederic Denison Maurice, ihrem Haupte, mit dem Mitglied des Parlaments und der Kommission zur Untersuchung der Gewerkvereine, Thomas Hughes, dem Verfasser von Tom Brown's School Days, mit E. Vansittart Neale, dem Gründer der Genossenschaftskongresse, mit F. J. Furnivall, dem Sekretär der Early English Text Society; aber nicht nur mit diesen. Es war Grundsatz der christlichen Sozialisten: „Niemals sollen diejenigen, die nicht Christen sind, wegen ihres Unglaubens von uns angegriffen oder geschmäht werden.“ Niemals wurde von den Teilnehmern an ihrer Bewegung ein christliches Bekenntnis verlangt, und wo es sich um die Hebung der arbeitenden Klassen handelte, scheute man nicht die Gemeinschaft mit völlig ungläubigen Oweniten und den extremsten Chartisten, sofern diese nur nicht die gemeinsame Arbeit in ihrem Sinne ausbeuten wollten. So wurde ich der Freund von Lloyd Jones, dem Mitarbeiter Ludows an seinem Buch über den Fortschritt der arbeitenden Klasse seit der ersten Reformbill. Er war ein bevorzugter Schüler und Freund Robert Owens gewesen und hat mir viel von ihm erzählt. So wurde ich bei den Comtisten Frederic Harrison, Henry Crompton und Professor Beesly eingeführt. Durch Lloyd Jones

¹ Lujo Brentano, Die christlich-soziale Bewegung in England. 2. A. Leipzig 1883. Siehe auch meine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. Jena 1928. III I, S. 415 H. — ² Ich war so begeistert von dem Wirken dieses Bundes, daß ich, der ich damals noch gläubiger Katholik war, an den mir bekannten Mainzer Bischof, Freiherrn von Ketteler, schrieb, er möge eine ähnliche Organisation ins Leben rufen, die sich die Unterstützung der Arbeiter in ihren Bestrebungen, ihre Lage zu bessern, zum Ziele setze. (Siehe darüber auch Otto Pfülf, S. J. Bischof von Ketteler [1811—1877]. Mainz 1899. II 430.) Ich war mir damals noch nicht der durchaus patriarchalischen Auffassung des Bischofs bewußt, die mit dem Streben der Arbeiter nach praktischer Verwirklichung ihrer Rechtsgleichheit mit dem Arbeitgeber in Widerspruch stand.



Maximiliane Brentano geb. La Roche



Peter Anton Brentano

Die Großeltern



habe ich die maßgebenden Gewerkvereinsführer kennengelernt, und zwar so, daß ich ihre Freundschaft und ihr Vertrauen erworben habe. W. Newton, der geniale Schöpfer des Gewerkvereins der Vereinigten Maschinenbauer, der im Osten Londons kandidierte, hat mich in seinen Wahlversammlungen auf die Plattform mitgenommen. W. Allan, sein Nachfolger in der Leitung der Maschinenbauer, wurde so sehr mein Freund, daß er mir deren Archiv erschloß; ich habe dasselbe geordnet und auf Grund dort gefundenen Materials meine Geschichte dieses Gewerkvereins, der das Muster der englischen Gewerkvereine geworden ist, geschrieben. Ebenso wurden Applegarth, der Generalsekretär der Zimmerleute und Schreiner, Guile, der der Eisengießer, Odger, der der Schuhmacher, Dunning, der der Buchbinder, Howell, der der Backsteinmaurer, meine Freunde. Es war kein Tag, an dem ich nicht mit dem einen oder anderen dieser Männer zusammen war, um im Gespräch mit ihnen den Geist kennenzulernen der die englischen Gewerkvereine beseelte. Daneben habe ich die Bekanntschaft von Henry Fawcett, dem erblindeten Schüler John St. Mills, sowie die A. Mundellas gemacht, des Hauptes einer Strumpfwirkerfirma in Nottingham, dem nächst dem Grafschaftsrichter Rupert Kettle das Verdienst zukommt, den Einigungsämtern die Bahn gebrochen zu haben.

Dieses Verdienst war außerordentlich. Die englischen Arbeitgeber standen mit wenigen Ausnahmen noch auf dem Standpunkt, daß sie die Herren seien, denen die Arbeiter sich blind zu fügen hätten. Gegen diese Auffassung hatten sich die Arbeiter schon seit Adam Smith in Arbeitseinstellungen aufgelehnt. Allein, nur selten hatten ihre Koalitionen, auch nach Abschaffung der Koalitionsverbote, Erfolg gehabt. Meist waren sie nach kurzem Widerstand zusammengebrochen. Das war, seit Newton die Gewerkvereine reorganisiert hatte, anders geworden. Nicht selten erlangen die Arbeiter nunmehr den Sieg. Um so heftiger wurde das Verlangen der Arbeitgeber, das Koalitionsrecht wieder zu beseitigen. Die Verbrechen, deren sich die Feilenhauer und Messerschmiede in Sheffield und die Ziegelbrenner in Manchester gegen die Streikbrecher schuldig gemacht hatten, gaben diesem Verlangen Vorschub, und es wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt in der Absicht, das zur Unterdrückung der Gewerkvereine nötige Material zusammenzubringen. Dank des unerbittlichen Gerechtigkeitsinns und der rastlosen Aufklärungstätigkeit Frederic Harrisons und Thomas Hughes', die die Arbeiterinteressen gegenüber einer Mehrheit von Kommissaren auf Seiten der Arbeitgeber vertraten, hat die Untersuchung statt mit der Unterdrückung mit der Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gewerkvereine geendet. Nicht

der Mehrheitsbericht, sondern der Minderheitsbericht der Kommission wurde der neuen Koalitionsgesetzgebung zugrunde gelegt.

4

Auf Grund meiner Studien stand ich völlig auf dem Standpunkt des von Harrison verfaßten Minderheitsberichtes. Sie hatten mir gezeigt, daß erst durch die Organisation der Arbeiter in Gewerkvereinen die Emanzipation der Arbeiter verwirklicht werde, die Adam Smith, Ricardo und seiner Schule vorschwebte, als sie, gleich dem römischen Recht, den Arbeitsvertrag als einen Kaufvertrag gleich anderen Kaufverträgen behandelten. Denn erst durch die Gewerkvereine erhalten die Arbeiter die Möglichkeit, gleich anderen Verkäufern, das Angebot ihrer Arbeit der Nachfrage anzupassen. Da erschien es als eine Ungerechtigkeit, den Arbeitern durch Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit diese Anpassung unmöglich zu machen. Statt in Widerspruch mit der bestehenden Wirtschaftsordnung zu stehen, führen die Gewerkvereine zu deren Verwirklichung und schaffen den Arbeitern damit die Möglichkeit, bei Fortbestehen der heutigen Wirtschaftsordnung zu größerer Teilnahme an den Segnungen der Kultur aufzusteigen. Das eiserne Lohngesetz Lassalles verliert durch sie seinen Schrecken.

Das stand in schroffem Gegensatz zur Lehre von Karl Marx. Nicht als ob das ganze Aufsteigen der englischen Arbeiterklasse nicht nur durch deren zähen Kampf gegen das widerstrebende Bürgertum erreicht worden wäre; war doch die Anerkennung der Gewerkvereine durch die Gesetzgebung, die ich miterlebte, wie die ganze vorausgegangene Arbeiterschutzesetzgebung nur das Ergebnis eines allerdings unter Führung hochherziger Angehöriger der herrschenden Klasse durchgeführten Klassenkampfes. Aber dieser Klassenkampf war etwas ganz anderes als der von Karl Marx gelehrt. Der Klassenkampf, dessen Zeuge ich war, war ein Kampf um die Durchführung der auf Grund der bestehenden Wirtschaftsordnung den Arbeitern zuerkannten Rechte; der von Karl Marx gelehrt richtete sich gegen diese Wirtschaftsordnung. Nach Marx sollte der Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats führen, und diese Diktatur nur den Übergang bilden zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft. Marx lehrte, was Lenin in Sowjet-Rußland zu verwirklichen versucht hat. Wie sehr der Kampf der Gewerkvereine um praktische Anerkennung der ihnen gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung zustehenden Rechte davon verschieden war, zeigt der Widerstand, den sie in England heute, wo sie maßgebenden Einfluß auf die Regierung haben, dem Eindringen des Leninismus entgegensetzen.

Als ich Ende der sechziger Jahre in England weilte, war die deutsche Sozialdemokratie dort so gut wie nicht bekannt. Sie hat erst Beachtung

auf Grund eines Aufsatzes von Ludlow über Lassalle in *The Fortnightly Review* gefunden, zu dem ich ihm das Material gegeben hatte. Der Aufsatz hat einen Brief von Marx an Ludlow zur Folge gehabt, in dem er sein wenig freundliches Urteil über Lassalle aussprach. Der Comtist Professor Beesly, der einen viel angefeindeten Aufsatz über die Zukunft der arbeitenden Klassen in *The Fortnightly Review* veröffentlicht hatte, erhielt von Marx einen Brief: Bisher habe er ihn für den einzigen revolutionären Engländer gehalten; nunmehr aber erachte er ihn als einen Reaktionär wie andere; denn wer ein Zukunftsprogramm aufstelle, sei reaktionär; die Zukunft gestalte sich nach den der Entwicklung immanenten Gesetzen. Ich selbst bin mit Marx nie in persönliche Berührung gekommen. Der Ton, den er gegen Andersdenkende anzuschlagen gewohnt war, hat abschreckend auf mich gewirkt. Dazu warnte mich Eugen Oswald, ein deutscher Flüchtling aus dem Jahre 1848, der sich in London eine angesehene Stellung erworben hatte, vor seiner Bekanntschaft. Auch sagte man mir allgemein, daß er auf die englischen Arbeiter, die mich doch allein interessierten, gar keinen Einfluß habe. Zwar waren der Londoner Gewerkvereinsrat (*The London Trades Council*) und einige Führer der großen Vereinigten Gewerkvereine der 1864 gegründeten ersten Internationale beigetreten, darunter die mir befreundeten Allan, Applegarth, Odger, Guile, Howell, die sog. Junta; doch das bedeutete nur, daß sie mit Bestrebungen zur Hebung der Lage der kontinentalen Arbeiter sympathisierten. Wie fremd ihnen der auf eine Diktatur des Proletariats zielende, von Marx gelehrte Klassenkampf war, zeigt ein von mir aufbewahrter gedruckter Aufruf der ersten Internationale; er ist von Applegarth, dem nächst Mundella eifrigsten Vorkämpfer für die Ersetzung von Arbeitskämpfen durch Einigungsämter und Schiedsgerichte, als Vorsitzender unterzeichnet! Auch hat Marx selbst die Führer der Gewerkvereine als kleine Bourgeois verachtet.

Doch mir genügte nicht, was andere über das Verhältnis von Marx zu den Gewerkvereinen erzählten; um sicher zu gehen, verlangte ich, wenn auch nicht nach einem persönlichen Zeugnis, so doch nach der Bestätigung derer, die erklärtermaßen ihm folgten. Präsident der Internationale war ein Schweizer, namens Jung. Ein Ball der Vereinigten Zimmerleute und Schreiner, zu dem deren Generalsekretär Applegarth mich einlud, gab mir Gelegenheit, ihn kennenzulernen. Ich ließ mich dem gleichfalls anwesenden Ehepaar Jung vorstellen, tanzte mit der Frau und frug ihnen mir sehr freundlich entgegen tretenden Gatten, ob ich ihn besuchen dürfe, wozu er mich aufforderte. Einige Tage darauf habe ich ihn in seiner Werkstätte — er war Uhrmacher — aufgesucht; aber so freundlich

er auf dem Balle gegen mich gewesen war, so zurückhaltend war er zuerst in Beantwortung meiner Fragen. Als ich darüber Bemerkungen machte, erwiderte er, das sei doch natürlich: Ich sage selbst, daß ich mit dem Direktor des preußischen statistischen Büros nach England gekommen sei; dem Begleiter eines hohen preußischen Beamten gegenüber sei Mißtrauen begreiflich. Ich erwiderte, wir seien nach England gekommen, um uns ehrlich über die englischen Arbeiterverhältnisse zu unterrichten; daher komme ich auch zu ihm; verweigere er mir die Auskunft, so trage er die Schuld, wenn ich mit irrigen Vorstellungen scheide. Darauf schob er mir den auf dem Tisch liegenden ersten Band des „Kapitals“ von Karl Marx zu; ob ich das Buch gelesen habe; das enthalte die Wahrheit. Ich antwortete, ich habe es noch nicht gelesen, denn es war erst kurz vor meiner Abreise nach England erschienen. Aber, fuhr ich fort, ich sehe, daß auch er es noch nicht gelesen habe, denn das broschirierte Exemplar war noch nicht aufgeschnitten. „Ja, zum Lesen habe er keine Zeit; aber er kenne den Inhalt aus Vorträgen, die Marx ihnen halte.“ Nun hörte ich, daß auch englische Gewerkvereinsführer an diesen Vorträgen teilnahmen; doch sei mit ihnen nichts anzufangen. Das war eine Bestätigung von authentischer Seite von dem, was ich auch sonst über das Verhalten der Gewerkvereine zum Marxismus gehört hatte.

5

Doch darf man aus dem, was ich über meinen Umgang mit der Londoner Arbeiterwelt erzählt habe, nicht den Schluß ziehen, daß ich darüber das, was London mir sonst bot, vernachlässigt hätte. Ich war ein regelmäßiger Besucher des British Museum, ein häufiger der Nationalgalerie und des Kensington Museums, sowie der musikalischen Abende im Oswaldschen Hause und der populären Konzerte, wenn Joachim spielte. Mit besonderer Freude gedenke ich eines Abends, an dem er nach dem ihm gespendeten rauschenden Beifall ein Stück zugeben mußte. Als er mich erblickte, nickte er mir zu und spielte eine Sonate von Haydn, die mich, als ich sie in Berlin bei Grimms von ihm gehört hatte, besonders entzückt hatte. Auf seinen Wunsch bin ich dann von seinem Bruder, einem Börsenmakler, zu einer großen, ihm zu Ehren gegebenen Gesellschaft eingeladen worden, auf der ich viele der großen Welt angehörigen Männer und Frauen kennenlernte. Doch fehlte mir die Zeit, von diesen Bekanntschaften weiteren Gebrauch zu machen.

Weit wichtiger war für mich, daß mein Schwager Renouf nunmehr als königlicher Schulinspektor in Clapham wohnte. Jeden Sonntag fuhr ich zu meiner Schwester hinaus. Dort machte ich auch die Bekanntschaft eines anderen Konvertiten, des geistreichen Mr. St. John, aus der Familie

des berühmten Lord Bolingbroke. Es war die Zeit, da die Absicht Pius IX., den Papst durch ein ökumenisches Konzil für unfehlbar in Glaubenssachen verkünden zu lassen, die Welt zu erregen anfang. Mein Schwager war durch seine Studien von der Unhaltbarkeit dieser päpstlichen Ansprüche überzeugt worden. Er schrieb eine Abhandlung¹, in der er auf die Verurteilung des Papstes Honorius I. als Häretikers durch das sechste, siebente und achte ökumenische Konzil hinwies und darlegte, daß die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit erst im 16. Jahrhundert aufgenommen sei. So wurde ich mit den gegen die Ansprüche des Papstes sprechenden Argumenten vertraut.

II. Rückkehr nach Deutschland

Im Mai 1869 mußte ich an meine Rückkehr nach Aschaffenburg denken. Ich hatte eine große Menge seltener auf die Arbeiterbewegung seit Beginn des 19. Jahrhunderts bezügliche Bücher bei den ärmlichen Antiquaren, die nach der Straße hin offenen Laden hielten, gekauft. Ich packte sie zusammen mit Blaubüchern und meinen im Britischen Museum gemachten Auszügen in eine große Kiste, die ich nach Aschaffenburg vorausschickte. Beim Abschied von meinen Arbeiterfreunden schenkten mir einige ihre Photographie, der als Rauhbein verschrieene Generalsekretär der Vereinigten Maschinenbauer Allan sogar die seiner verstorbenen Frau: „Wenn Sie mich haben, müssen Sie auch die Alte nehmen.“

Ich bin nicht direkt nach Deutschland zurückgekehrt, sondern habe auf meiner Rückreise bei meiner Schwester Sophie vorgesprochen, die mit ihrem Manne Theophil Funck in Luxemburg lebte. Ein freundschaftlicher Streit über die schmiedeeisernen Tore an der Residenz in Würzburg und die in Nancy hat mich und meinen Schwager zuerst nach Nancy und als wir dort waren, übermütigweise zur Weiterfahrt nach Paris geführt. Ich erinnere mich noch, daß wir dort morgens um vier Uhr ankamen. Das war zu früh, um das alte Studentenquartier meines Schwagers, in dem wir absteigen wollten, aufzusuchen. Wir gingen in den Luxemburg-Garten, wo ich mir im großen Springbrunnen Gesicht und Hände wusch. Dann beobachteten wir das erwachende Paris. Zuerst kamen Wagen vom Land, die mit Lebensmitteln zum Markt fuhren. Dann kamen Leute mit Zeitungen. Arbeiter nahmen auf den Bänken Platz, um das Neueste zu lesen, bevor sie zur Arbeit gingen. Es hatten Wahlen zum Parlament stattgefunden, die letzten unter dem zweiten Kaiserreich. Es

¹ The Condemnation of Pope Honorius. By P. le Page Renouf. London 1968. — The Case of Pope Honorius reconsidered with reference to recent apologies. By P. le Page Renouf. London 1869.

handelte sich darum, ob das Ministerium Rouher durch ein liberales ersetzt werden solle. Die Aufregung war sichtlich. — Zu angemessener Zeit bezogen wir dann unser Quartier. Mein Schwager hat mir in den acht Tagen, die wir in Paris zubrachten, mit der Kenntnis eines alten Parisers alles gezeigt, wovon er dachte, daß es mich interessieren könnte. Nach meinem langen Aufenthalt in dem rastlos tätigen London erschien mir Paris lediglich als Stadt des Vergnügens.

In der Heimat wieder angelangt, machte ich die nähere Bekanntschaft der jugendlichen Witwe eines Veters. Sie war eine der entzückendsten Frauen, denen ich begegnet bin. Sie lud mich auf ihren Landsitz ein, und bald war ich, wie so viele, die in ihren Zauberkreis traten, bis über die Ohren in sie verliebt. Ich habe sogar auf Wunsch ihrer Freundinnen zu ihrem Geburtstag ein Festspiel geschrieben, in dem diese und auch ich auftraten; es hat viel Beifall gefunden. Auch an weiteren Gedichten zu ihrer Verherrlichung hat es nicht gefehlt, und hätten die liebevollen Warnungen meiner schon genannten mütterlichen Freundin Claudine v. Arnim, daß Wesen und Lebensansprüche der von mir Verehrten mit meinen Bestrebungen sich kaum vereinigen lassen würden, mich nicht abgehalten, den entscheidenden Antrag zu stellen, er wäre, wie ich heute auf Grund mir vorliegender Briefe weiß, nicht abgewiesen worden. So ist diese Liebe nur eine Episode in meinem Leben geblieben, die sich allerdings auf mehr als vier Jahre erstreckt hat; ich würde ihrer hier nicht gedenken, hätte sie nicht, wie ich später zu erzählen haben werde, noch nach dreißig Jahren in einer wichtigen öffentlichen Angelegenheit Einfluß geübt. Was mir damals über manchen mit ihr verbundenen Kummer hinweggeholfen hat, waren meine Arbeiten, die mich an anderes zu denken gezwungen haben.

2

Als ich Mitte 1869 aus England zurückgekommen war, hatte ich zunächst mein dort gesammeltes Material zu verarbeiten und das, was sich mir daraus ergab, zu Papier zu bringen. Einer meiner Grundgedanken war, daß die Gewerkvereine für unsere Zeit dasselbe bedeuteten, wie die Gilden für das Mittelalter, Schutzanstalten der Schwachen gegen Übermacht. Ließ sich etwa nachweisen, daß sie eine direkte Fortsetzung der Gesellenladen seien? Die Frage hatte mich dazu geführt, mich etwas mit den englischen Gilden zu befassen. Das war meinen englischen Freunden bekannt und hatte Furnivall, den Sekretär der Early English Text Society, veranlaßt, als Toulmin Smith unter Hinterlassung der Aushängebogen der von ihm gesammelten Gildestatuten gestorben war, an mich zu schreiben, ich möchte eine Einleitung zu diesen schreiben; ich hätte von seinen Freunden so viel Förderung erfahren, daß ich ihm wohl den Gefallen

tun könne. Das war ein Appell, dem nicht zu entsprechen, meinen Vorstellungen von Ehrenpflicht widersprochen hätte. Ich machte mich also daran, das mittelalterliche Gildewesen zu studieren. Die Frankfurter Stadtbibliothek und die Aschaffener Hofbibliothek lieferten mir Literatur, und das Buch von Wilda zeigte mir, daß die ersten ausführlichen Nachrichten über Gilden gerade aus England stammten. So entstand meine Einleitung zu Toulmin Smiths *English Gilds*, die auch unter dem Titel: „*On the History and Development of Gilds and the Origin of Trade Unions*“ 1870 als selbständiges Buch erschienen ist. Schon bevor ich mit meinem Buche zu Ende war, habe ich auf Grund einer Empfehlung meines Lehrers Helferich einen Ruf als außerordentlicher Professor nach Basel erhalten. Meine Mutter ist sehr dafür gewesen, daß ich ihn annehme. Doch ich hatte meine Einleitung zu Toulmin Smiths Gildestatuten fertigzustellen, und die Verpflichtungen, die ich in Basel übernommen hätte, würden mich daran gehemmt haben; und meine englischen Freunde drängten. Als sie 1870 als selbständiges Buch erschien, hatte dieses einen außerordentlichen Erfolg. Frederic Harrison schrieb mir, es habe ihm und Thomas Hughes wesentlich geholfen, als sie durchsetzten, daß an Stelle eines Gesetzes, das die Gewerkvereine unterdrückte, ein Gesetz trat, das ihnen Rechtsfähigkeit verlieh. Herbert Spencer schrieb in seiner *Soziologie*¹, daß es zum Verständnis von Erscheinungen wie der Koalitionen der Arbeiter notwendig sei, auf jene altenglische Zeit zurückzugehen, in der ähnliche Ursachen analoge Gebilde hervorriefen, und Professor W. Ashley hat mir noch 1889 gesagt, ich sei damals in Oxford vergöttert worden. Auch sind die Engländer bis zu Beginn der neunziger Jahre meinen Darlegungen gefolgt. Die größte Freude aber hat mir, dem jugendlichen Autor, gemacht, als ich durch einen Brief überrascht wurde, in dem der mir unbekannt Professor Schmoller die Rezension schickte, die er über mein Buch in das *Literarische Zentralblatt* geschrieben hatte. Er hat in dem Briefe in der lebenswürdigsten Weise gewisse Ausstellungen erläutert, die er an dem Buche zu machen hatte, im übrigen aber dessen sozialpolitische Bedeutung betont. Schmoller hat mich auch in den ersten Tagen des Oktober 1870 in Aschaffenburg aufgesucht. Leider aber war ich schon von Aschaffenburg abgereist. Nachdem ich im Sommer 1870 auf Grund meiner im Archiv der Vereinigten Maschinenbauer in London gemachten Auszüge die Geschichte dieses

¹ Herbert Spencer, *The study of sociology*, 4. ed. London 1875, p. 131: „Wie Brentano darlegt, bildeten die Arbeiter ihre Gewerkvereine gegen die Bedrückungen durch die damals aufkommenden Industriearbeiter wie früher die Altfreien ihre Schutzgilden gegen die Tyrannei der mittelalterlichen Großen, wie die freien Handwerker die Zünfte gegenüber den Übergriffen der Altbürger.“

Musters der modernen englischen Gewerkvereine geschrieben hatte¹, war ich, einer Einladung meiner Cousine Claudine von Arnim folgend, nach Wiepersdorf bei Jüterbog abgereist, um dort mein Material zur Kritik der englischen Gewerkvereine zu verarbeiten.

III. Mein Bruder Franz und das Vaticanum

Die Abgeschiedenheit auf dem Arnimschen Gute hat mich den schmerzlichen Diskussionen entrückt, die aus Anlaß der Verkündigung der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubenssachen in unserer Aschaffenburg-Familie stattfanden. Mein Bruder Franz war an der Opposition dagegen direkt beteiligt gewesen. Er war das Lieblingskind meiner Mutter, und zwar mit Recht. Er war mit all' den vielseitigen Talenten ausgestattet, die in der Brentanoschen Familie so reichlich verbreitet waren, dabei von rücksichtslosem Streben nach Erkenntnis der Wahrheit und unerbitterlichem Gerechtigkeitssinn; auch muß ich alles, was die jüngste meiner Schwestern über seine Herzengüte und Liebenswürdigkeit gegen alle geschrieben hat², bestätigen. Nach einigem Schwanken zwischen verschiedenen Zweigen der Wissenschaft, hat er sich schließlich der Wissenschaft gewidmet, die sie alle umfaßt, der Philosophie. Streng katholisch erzogen, hatte sie ihn zur Überzeugung der Vereinbarkeit der katholischen Dogmen mit den Ergebnissen vorurteilsloser wissenschaftlicher Forschung geführt; er war Priester geworden und hatte nach Abfassung von seinem Lehrer Trendelenburg als vortrefflich anerkannter Schriften über Aristoteles ein Habilitationsgesuch für Philosophie an der Universität Würzburg eingereicht. „Die Gutachter“, schreibt sein Schüler Karl Stumpf³, der ausgezeichnete Professor der Philosophie in Berlin, „scheinen lang nicht schlüssig geworden zu sein, wie sie es mit dem geistlichen Bewerber halten sollten.“ Sie haben zwei Semester gebraucht, bis sie das Gesuch beantwortet haben. „Das offizielle Gutachten rühmt die Fähigkeiten und Leistungen des Habilitanden mit den höchsten Ausdrücken, und die Disputation, der Karl Stumpf als Student anwohnte, offenbarte seine außerordentliche dialektische Kunst, aber auch die Tiefe und Vielseitigkeit seines systematischen Denkens.“ Franz hat alsbald die größte Zuhörerschaft an der Universität erlangt. Selbst von Studierenden der Medizin wurden seine Vorlesungen besucht. Aber es war die Zeit, da die oben gekennzeichnete Tyrannei des deutschen Liberalismus gegen den Katholizismus Orgien feierte. Die Erfolge meines Bruders wurden der

¹ Zuerst in *The North British Review*, Oktober 1870, veröffentlicht. — ² Monatshefte für Pädagogische Reform Wien 1918, Dem Andenken Franz Brentanos gewidmetes Sonderheft 1918, S. 469 H. — ³ Lebensläufe aus Franken II, 69.

Anlaß zu seiner Hintansetzung¹. Um ihnen zu steuern, veranlaßte man einen norddeutschen Philosophen, ein Habilitationsgesuch einzureichen. Die Intrige endete mit einem Triumphe für Franz; denn die öffentliche Disputation über die von dem Habilitanden aufgestellten Thesen endete mit dessen vollständiger Niederlage. Nicht nur die zahlreich erschienene Studentenschaft, sondern auch die anwesenden Professoren, darunter namentlich die Vertreter der Medizin und der Naturwissenschaften, spendeten meinem Bruder lauten Beifall; für den zu seiner Vernichtung herbeigerufenen Kandidaten dagegen das traurige Resultat, daß er abgewiesen wurde.

Ein solcher Kämpfer wurde begreiflicherweise für die katholischen Bischöfe ein willkommener Bundesgenosse, und als Pius IX. im Juni 1869 ein ökumenisches Konzil ausschrieb, das die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubenssachen beschließen sollte, hat der Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, meinen Bruder aufgefordert, eine Denkschrift über die Unfehlbarkeitsfrage auszuarbeiten². Ketteler hatte zwar von jeher gelehrt, daß die Kirche in Glaubenssachen nie dem Irrtum anheimfallen könne, dabei aber stets betont, daß ihr unfehlbares Lehramt lediglich in der *Gemeinschaft von Papsttum und Episkopat* gegeben sei³. Er war gegen Absolutismus des Papstes in Glaubenssachen. Es steckte in ihm etwas vom Geiste des feudalen Vasallen, der bei aller Treue gegen seinen Lehnsherrn doch darauf bestand, daß dieser in Reichsangelegenheiten keine Gesetze außer unter Zustimmung seiner Vasallen erlasse.

Gegen den Absolutismus des Papstes haben sich auch die Ausführungen meines Bruders in der von ihm verfaßten Denkschrift gerichtet.

¹ Siehe hierüber auch Oskar Kraus, Franz Brentano mit Beiträgen von Karl Stumpf und Edmund Husserl. München 1919, S. 118, bes. 123, 124. — ² Karl Stumpf schreibt in seinen Erinnerungen an Franz Brentano (in dem Buche von Oskar Kraus S. 109): „Er hat mir diese Denkschrift, zu der er eingehende historische Studien gemacht hatte, in den Sommerferien 1869 in Aschaffenburg auf dem Buschwege vorgelesen. Sie behandelte in knapper, aber eindrucksvoller Weise die Fehlgriffe der ex cathedra sprechenden Päpste früherer Zeiten und die sonstigen gegen die Unfehlbarkeitslehre vorzubringenden Argumente. Sie soll denn auch von großer Wirkung gewesen sein.“ Siehe über diese Denkschrift auch Otto Pfülf S. 3. Bischof von Ketteler. Mainz 1899, III, 24 ff. — Fritz Vigener, Ketteler auf dem Vaticanum. Jena 1915, S. 666 ff. Doch irrt Vigener, wenn er von einer Einwirkung Kettelers auf die Denkschrift meines Bruders spricht. Diese Denkschrift ist niemals gedruckt worden. Sie ist nicht identisch mit der Schrift, von der Ceconi in seiner *Storia del Concilio Ecumenico Vaticano 2*, 460 ff. und *Documenti No. 163*, pp. 1396—1416 spricht. Auch wird in der in Fulda verlesenen Denkschrift nie von „den“ Verfassern gesprochen; vielmehr ist darin immer nur das Wort „ich“ gebraucht. ³ In den von Dr. I. M. Raich veröffentlichten Briefen von und an Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz, Mainz 1879, finden sich zahlreiche Belege, noch mehr in der eben zitierten Schrift von Vigener.

Er hat darin¹ einen der Beweise, die die Infallibilisten für ihre Meinung anführen, nach dem anderen, einer wissenschaftlichen Kritik unterworfen und gezeigt, daß man nicht eine einzige klare Schriftstelle, nicht eine einzige klare Väterstelle, welche die päpstliche Unfehlbarkeit in Glaubenssachen ausspreche, beizubringen vermocht habe. Weder aus dem 21. Kapitel im Evangelium Johannis, noch aus dem 22. bei Lukas, noch aus Kapitel 16 bei Matthäus lasse die Unfehlbarkeit der Nachfolger Petri sich begründen; sie sprächen für deren Primat, nicht aber für deren Unfehlbarkeit. Dasselbe gelte für die Stellen aus den Vätern, die für diese angeführt würden; sie werden alle im einzelnen untersucht. Darauf folgen Aussprüche großer Päpste, die zeigen, daß sie selbst sich nicht für unfehlbar gehalten haben, so von Leo III., der es ausdrücklich ablehnt, sich über das Konzil oder auch nur diesem gleichzustellen, von Innozenz III., der sagte, er könne wegen Häresie von der Kirche gerichtet werden, von Innozenz IV., der ausdrücklich betont, daß der Papst in Glaubenssachen irren könne. Selbst in das Decretum Gratiani war aufgenommen, der Papst könne von niemand gerichtet werden, es sei denn, daß er des Abfalls vom Glauben überführt werde. Es wird dargetan, daß das Concilium Florentinum und das Lugdunense, auf welche die Infallibilisten für die Infallibilität sich berufen, diese nicht aussprechen. Es folgen Hinweise auf das Verfahren der Kirche gegen den Papst Vigilius und Papst Honorius, auf die Beschlüsse verschiedener Konzilien, die Entscheidungen von Päpsten verwerfen, und auf eine Reihe falscher Entscheidungen von Päpsten. Man sage dann immer, auch wenn diese noch so feierlich abgegeben worden seien, sie seien nicht ex cathedra gegeben, so wenn das Concilium Chalcedonense den Brief des hl. Papstes Leo des Großen oder das 6. Konzil die Briefe des Papstes Honorius als ketzerisch verwirft. Erst am Schlusse der Denkschrift ist von der Opportunität der Dogmatisation der Infallibilität des Papstes die Rede; es heißt da, daß angesichts des Widerstreits der Meinungen von jedem, der den Stand der Sache auch nur einigermaßen kenne, die Dogmatisation als im höchsten Grade inopportun genannt werden müsse.

Ketteler hat die Denkschrift auf der Bischofskonferenz, die am 1. September 1869 in Fulda zusammentrat, selbst vorgelesen. Darauf haben die neunzehn dort versammelten Bischöfe eine Eingabe an den Papst abgeschickt, in der gebeten wird, von der Unfehlbarkeitsklärung abzusehen. In dieser Eingabe wird in Anknüpfung an die Schlußworte der Denkschrift in den Vordergrund gestellt, daß eine solche Erklärung inopportun sei. Aber die Denkschrift selbst, auf Grund von deren Ausführungen die

¹ Ich folge im Text den schriftlichen Aufzeichnungen meines Bruders.

Inopportunität erklärt wird, zeigt, daß es die Unhaltbarkeit der Infallibilitätslehre ist, welche den in Fulda versammelten Bischöfen deren Dogmatisation als inopportun erscheinen ließ. Indes alle Argumente waren vergeblich. In Rom stand dem Papste eine überwältigende Mehrheit wissenschaftlich ungebildeter italienischer, spanischer und kolonialer Bischöfe zur Verfügung; sie haben die 137 von der Unfehlbarkeitserklärung abmahnenden Bischöfe, die aber 80 Millionen Katholiken vertraten, niedergestimmt. Am 14. Juli 1870 wurde der Papst mit 451 Stimmen für in Glaubenssachen unfehlbar erklärt, und am 18. Juli hat Pius IX. das neue Dogma feierlich verkündet.

Die hervorragenden, der Minorität angehörigen Bischöfe hatten in den Debatten, die dem Konzilbeschuß vom 18. Juli 1870 vorangingen, wie Ketteler schrieb, „mit vollendetem apostolischem Freimut“ geredet, so daß er glaubte, er habe die Gegenwart des hl. Geistes gefühlt¹. Besonders eindrucksvoll ist Kettelers Rede vom 23. Mai 1870 gewesen, die mit einer mächtigen, von dem wachsenden Murren der Mehrheit begleiteten Verwahrung gegen den päpstlichen Absolutismus in der Kirche schloß². Aber Pius IX. blieb unerschütterlich, und die von ihm abhängigen Bischöfe stimmten nach seinem Geheiß. Selbst als Ketteler kniefällig, mit Tränen im Auge, den „guten Vater“ beschwor, die Bischöfe, die Kirche zu retten³, hat ihn dies von seinem Plane nicht abgebracht. Ketteler ist dann gleich anderen Bischöfen⁴ vor der öffentlichen Sitzung, in der die Unfehlbarkeit verkündet wurde, abgereist, weil, wie er an den Papst schrieb, seine Teilnahme für ihn die Notwendigkeit bedeuten würde, Non placet zu sagen⁵. Nach Hause zurückgekehrt, hat er sich aber gleich den übrigen Minoritätsbischöfen unterworfen⁶. Die Fuldaer Bischofsversammlung vom August 1870 beschloß ein Rundschreiben, das die Unterwerfung unter die Beschlüsse des Konzils den Gläubigen zur Pflicht machte. Der es beherrschende Gedanke ist: durch das „Haupt und die Glieder des *einen kirchlichen* Lehrkörpers,“ durch „das unfehlbare Lehramt der Kirche“ sei die Entscheidung gegeben worden, „der hl. Geist habe durch den Stellvertreter Christi und den *mit ihm vereinigten Episkopat* gesprochen.“⁷ Es wird also nachdrücklich betont, daß dadurch, daß die in Rom versammel-

¹ „Katholik“ 1870, I. Band, S. 122, zitiert von Vigener, 681, Anmerkung 4. — ² Vigener, 713. — ³ Vigener, 735. Siehe auch Pfülf, Bischof von Ketteler III, 111. — ⁴ In einem mir zugänglichen Briefe Hefeles, des Bischofs von Rottenburg, an den Stiftspropst von Döllinger vom 10. August 1870 heißt es: „Nachdem wir 88 an der Zahl Non placet gestimmt hatten, hoffte ich, es würde auch in der öffentlichen Sitzung mindestens eben so viele feierlich das Non wiederholen. Aber leider reisten manche sogleich ab, das Schlachtfeld verlassend“ usw. — ⁵ Vigener, 739. Pfülf a. a. O. III, 114. — ⁶ Auch Hefele hat sich, wenn auch als letzter, unterworfen. — ⁷ Vigener, 743.

ten Bischöfe der Unfehlbarkeitserklärung zugestimmt hätten, die Unfehlbarkeit der Kirche in der Gemeinschaft von Papst und Episkopat ruhe.

Da am 16. Juli der Vorschlag der Glaubensdeputation, dem Satze „*definitiones Romani Pontificis irreformabiles esse ex sese*“ noch die Worte „*non autem ex consensu ecclesiae*“ zuzufügen, mit großer Mehrheit angenommen worden war¹, kann dieser Versuch, den Standpunkt der Minorität zu retten, um einen früheren Ausdruck Kettelers zu gebrauchen, nicht in Gegenwart des hl. Geistes gemacht worden sein. Mein Bruder hat aus der Anerkennung der päpstlichen Unfehlbarkeit durch das Vatikanische Konzil die entgegengesetzten Folgerungen wie die Minoritätsbischöfe gezogen. Er hatte sich, wie er in dem Vorwort zu seiner Schrift „Die Lehre Jesu und ihre bleibende Bedeutung“ schreibt, schon bevor er auf Wunsch Kettelers seine Denkschrift über die Unfehlbarkeit des Papstes verfaßt hatte, wiederholt bemüht, gewisse Widersprüche, in welchen sich die sog. übernatürliche Offenbarung mit der Vernunft zu finden scheint, in befriedigender Weise zu lösen, da, was gemeiniglich in dieser Absicht vorgebracht wurde, sich als ganz unzulänglich erwies. Die Erfolglosigkeit seiner Anstrengungen hat ernste Zweifel an der Wahrheit der betreffenden Dogmen in ihm auftauchen lassen. Solche Zweifel aber waren von der Kirche mit ewiger Verdammnis bedroht. Da sollte auf dem Vatikanischen Konzil der Streit über die Unfehlbarkeit des Papstes ausgetragen werden. Hier handelte es sich um eine Lehre, die noch nicht als Glaubenssatz aufgestellt war; ein Zweifel daran konnte also nicht als ein Verbrechen angesehen werden. Mein Bruder unterzog die Frage der rücksichtslosesten Prüfung; sie hat ihn zu der sichersten Überzeugung von der Unwahrheit des geplanten Dogmas geführt. Da das Konzil sich trotzdem für das Dogma entschied, so war für ihn auch entschieden, daß in diesem Punkte wenigstens *ein* kirchlicher Glaubenssatz der Wahrheit widerspreche. Das hat ihn zur nochmaligen Überprüfung aller Schwierigkeiten der wesentlichsten Glaubensartikel geführt. Er ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß auch in anderen Dogmen nicht nur scheinbare, sondern auch wirkliche, unlösbare Widersprüche vorlägen. Damit war er innerlich von der Kirche und dem Glauben abgefallen. Mit Rücksicht auf unsere Mutter hat er dem Bischof von Würzburg erst 1873 seinen Austritt aus der Kirche erklärt.

Ich muß für den weiteren Verlauf des Lebens und Wirkens meines Bruders auf die von seinen Schülern darüber veröffentlichten Schriften²

¹ Vigener, 763. — ² Siehe die schon zitierten Schriften von Oskar Kraus, Franz Brentano, — den Aufsatz von Carl Stumpf in *Lebensläufe aus Franken II*, 67—85, — Monatshefte für Pädagogische Reform, Wien 1918.

verweisen. Hier hatte ich auf seine Entwicklung einzugehen, weil ihr Ergebnis begreiflicherweise auf mich zurückgewirkt hat. Schon vor der Unfehlbarkeitserklärung hatte ich an der Genesis und einigen Stellen des Neuen Testaments Anstoß genommen. Und nun belegte Pius IX. alle, die auf Grund feststehender Tatsachen¹ seiner Unfehlbarkeit widersprachen, mit dem Bannfluch! Dabei hat das Römische Brevier bis ins 17. Jahrhundert die Bestätigung der Verurteilung des Papstes Honorius als Irrlehrer durch das sechste ökumenische Konzil seitens des Papstes Leo II. wiederholt; erst seitdem verschwindet der Name des Honorius aus der Zahl der wegen ihrer monothelitischen Lehre Verurteilten². Wie damit und mit den übrigen der Unfehlbarkeit des Papstes widersprechenden Aussprüchen von Päpsten das Vaticanum in Einklang bringen? Nach ihm sollte feststehen, was der Papst für wahr erklärt hatte, und der Wissenschaft nur die Aufgabe bleiben, den Nachweis für die Richtigkeit des vom Papste für wahr Erklärten zu liefern. Wie wenn die Päpste sich widersprechen und einer die Lehre des andern verurteilt? und davon abgesehen: wie will man mit der Bedrohung des Zweifels, dem wir allen Fortschritt in der Erkenntnis verdanken, die oberste Pflicht der wissenschaftlichen Forschung in Übereinstimmung bringen? Ihr darf kein Heiligtum heiliger sein als die Wahrheit. Für sie gibt es nichts, was von vornherein feststeht. In alles muß sie eindringen, vor keiner Prüfung darf sie zurückschrecken, mag das³ zu Prüfende dem Forscher durch Ehrfurcht, Liebe, Loyalitätsgefühle, Religion oder Parteistellung noch so sehr ans Herz gewachsen sein, und rückhaltlos hat sie auszusprechen, was die Prüfung ergeben hat, ohne Rücksicht auf Vorteil oder Nachteil, ohne Gier nach Lob und ohne Furcht vor Tadel.

Haben mein Bruder und ich aus den angegebenen Gründen uns vom kirchlichen Glauben abgewandt, so haben wir doch nach wie vor die Leistungen der Kirche für die sittliche Kultur in Vergangenheit und Gegenwart bewundernd anerkannt.

Während die Erklärung der Unfehlbarkeit des Papstes in Rom sich abspielte, wurde die öffentliche Aufmerksamkeit von ihr mehr und mehr durch die Vorgänge abgelenkt, die zum Deutsch-Französischen Kriege 1870/71 führen sollten. Mein Bruder und ich haben zu diesem in völlig verschiedener Weise Stellung genommen. Auch ich war, wie erzählt, ein Großdeutscher und ein Gegner Preußens gewesen, weil ich von dessen

¹ Vgl. was in meiner obigen Wiedergabe aus der Denkschrift meines Bruders an Tatsachen angeführt ist, die der päpstlichen Unfehlbarkeit widersprechen, ferner außer der schon zitierten Schrift Renoufs: Die Honorius-Frage von Dr. Carl Joseph von Hefele, Bischof von Rottenburg, aus dem Lateinischen übersetzt von Dr. Hermann Rump. Münster 1870. — ² Siehe Renouf, The Condemnation of Pope Honorius, p. 6.

Politik eine Vereitelung des Traumes von der Einheit Deutschlands befürchtete, der mich seit meiner Kindheit beseelt hat. Aber die mit Hilfe der vereinten süddeutschen und norddeutschen Truppen auf den französischen Schlachtfeldern erkämpften Siege hatten mich mit der Hoffnung erfüllt, daß eben daraus die Einheit Deutschlands erwachsen werde. Als mich meine Mutter wegen des Vergessens der seitens Preußens begangenen Gewalttaten zur Rede stellte, gab ich ihr eine Antwort, die ich deshalb wiederhole, weil sie auch für meine Stellungnahme zu dem Aufkommen neuer Gesellschaftsschichten im Innern eines Landes bezeichnend ist. Ich schrieb ihr am 17. Januar 1871:

„Die ganze menschliche Geschichte zeigt uns, daß alles, was wir öffentliches Recht nennen, sowohl in inneren wie in äußeren Angelegenheiten, nichts ist als die formelle Fixierung eines tatsächlichen Machtverhältnisses. Allein die menschliche Geschichte kennt keinen Stillstand; sie ist im fortwährenden Fluß. So ändern sich auch fortwährend die Machtverhältnisse. So muß dann aber auch notwendig von Zeit zu Zeit ein Moment eintreten, wo die neuen tatsächlichen Machtverhältnisse sich in krassem Widerspruch zu den früheren finden, die formell als Recht fixiert wurden. Nun ist aber noch nie dagewesen, daß die, welche nach der alten Sachlage die Übermacht hatten und dadurch formell berechtigt wurden, nach veränderter Sachlage denen ihren Platz überlassen haben, denen nach den neuen Verhältnissen die Macht zukam. Es entsteht also immer ein Kampf zwischen dem, der früher berechtigt geworden, und dem, der berechtigt zu werden berufen ist. Dieses Geltendmachen seiner Macht kann man aber dem neu Aufstrebenden ebenso wenig verübeln, als man es für Unrecht erklären kann, wenn der in einen Kessel eingesperrte Dampf den Kessel sprengt. Denn im Leben der menschlichen Gemeinwesen gibt es ebenso natürliche Entwicklungsgesetze wie im Naturleben. Zumal aber kann der früher formell Berechtigte sich nicht beklagen, daß ihm Unrecht geschehe, denn sein Recht ist seinerzeit auf dieselbe Weise entstanden.“

Anders mein Bruder. Die Ansprüche, die er als Ethiker an den Staat stellte, haben ihn wegen der Gewalttätigkeit der inneren wie der äußeren Politik Preußens nie aufhören lassen, dessen Gegner zu sein. Er huldigte nach wie vor der Auffassung E. M. Arnnds, der dieser große Patriot noch vor der Schlacht bei Jena über Friedrich den Großen Ausdruck gegeben hatte¹, und noch erinnere ich mich seines 1871 getanen Ausspruchs, daß der Tag kommen werde, an dem die vereinten Völker Europas sich gegen Preußen und den es beherrschenden Geist wenden würden.

¹ „Wir Teutschen, wenn wir uns als Volk ansehen, haben uns dieses Königs wenig zu erfreuen gehabt, ja keiner hat uns so sehr geschadet, nicht bloß scheinbar, sondern wirklich. Ich muß so harte Anklagen beweisen und will es“ usw. E. M. Arndt, Geist der Zeit, 2. A. 1807, S. 304. Siehe auch Derselbe, Ansichten und Aussichten der Teutschen Geschichte. 1814, S. 438 ff.

IV. *Meine Habilitation in Berlin*

Ich habe im Winter 1871 meine zuerst in englischer Sprache veröffentlichten Aufsätze über die Entwicklung der Gilden, die Entstehung der englischen Gewerkvereine und den modernen englischen Gewerkverein unter dem Titel „Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine“ als ersten Band meiner „Arbeitergilden der Gegenwart“ veröffentlicht. Direktor Ernst Engel hat mir durch Vermittlung von G. F. Knapp, der vor mir sein Schüler gewesen war, den liebenswürdigen Inhaber der Firma Duncker und Humblot, Herrn Carl Geibel in Leipzig, als Verleger verschafft; er hat mich dadurch nicht nur mit Knapp bekannt gemacht, mit dem ich, solange er lebte, in ungetrübter Freundschaft verbunden geblieben bin, sondern ist damit auch der Anlaß geworden, daß die Firma Duncker und Humblot der Verleger des Vereins für Sozialpolitik geworden ist. In Berlin, wohin ich von Wiepersdorf übersiedelt bin, habe ich im Winter 1871 am zweiten Band meiner Arbeitergilden weiter gearbeitet, bis ich im Frühjahr 1871 so weit war, ein Habilitationsgesuch bei der philosophischen Fakultät der Berliner Universität einreichen zu können. Als Habilitationsschrift habe ich den ersten Band meiner „Arbeitergilden der Gegenwart“ eingereicht. Referent war der eben an Hanssens Stelle von Freiburg nach Berlin berufene Adolph Wagner. Sie wurde angenommen. Ich sollte darauf vor der versammelten Fakultät einen Vortrag halten, für den ich drei Themata vorzuschlagen hatte. Als erstes hatte ich vorgeschlagen die Lehre von den Lohnsteigerungen. Während ich auf die Entscheidung der Fakultät wartete, klopfte es an meine Tür, und herein trat Adolph Wagner. Er setzte sich auf mein Sofa: „Sie haben der Fakultät drei Themata vorgeschlagen; es ist hier Sitte, daß stets das an erster Stelle vorgeschlagene gewählt wird; ich komme, um mich zu erkundigen, was Sie eigentlich sagen wollen. Ich habe mich bisher wesentlich nur mit Bank- und Finanzwesen beschäftigt und eine Schrift über Statistik und eine gegen Abschaffung des Grundeigentums geschrieben. Sie haben sich jahrelang um die Arbeiterfrage gekümmert. Die damit verbundenen theoretischen Probleme sind mir fremd; und es ist nicht nur Ihr erstes Auftreten vor der Fakultät, sondern auch das meine. Es wäre mir von Wichtigkeit, Ihren Gedankengang kennenzulernen.“

Ich kann nicht leugnen, daß ich aufs höchste überrascht war. Aber der Besuch war mir auch angenehm, und ich legte nun los mit dem, was ich sagen wollte. Im Vordergrund der theoretischen Diskussion stand damals die Frage, ob es möglich sei, die Löhne einer Klasse von Arbeitern zu steigern, ohne daß in demselben Maße für die Arbeiter der übrigen Ge-

werbe die Nachfrage und damit der Lohn verringert würde, mit anderen Worten: die Richtigkeit der sogenannten Lohnfondtheorie. Die staatswirtschaftlichen Untersuchungen Hermanns hatten mich vor dem Irrtum der klassischen Nationalökonomien Englands bewahrt, daß es das Kapital des Unternehmers sei, aus dem der Lohn bezahlt werde. Die damalige englische Publizistik dagegen predigte den Arbeitern unablässig: da das Kapital, das jeweilig auf die Lohnzahlung verwendet werde, und ebenso die Zahl der Arbeiter, die Beschäftigung suchten, feststehende Größen seien, sei auch der Anteil, der den Arbeitern am Gesamtprodukt zufließe, unerbittlich bestimmt. Der durchschnittliche Lohnsatz sei naturgesetzlich durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Wenn die Arbeiter eines Gewerbes durch Arbeitseinstellung eine Steigerung ihres Lohnes erlangten, geschehe dies nur auf Kosten der Löhne anderer Gewerbe. Dagegen anzukämpfen sei, als wolle man gegen das Gravitationsgesetz kämpfen. Wie aber Hermann ausgeführt hat, gibt der Unternehmer aus seinem Kapitale allerdings schrittweise dem Arbeiter den Unterhalt im Verhältnis, in dem dieser seine Arbeit leistet, und wird dafür Eigentümer des Arbeitsprodukts. Er gibt dabei aber sein Kapital nicht weg. Er formt es durch Umtausch bloß um. Bald begreift es die Summe der Tauschgüter, die der Arbeiter als Lohn erhält, bald die Arbeit selbst, fixiert an einem vielleicht wertlosen Stoffe. Allein er läßt es nicht dauernd in dieser Form. Er kauft die Arbeit nur, um sie später im Produkte denen anzubieten, die sie isoliert nicht bedürfen. Er setzt seine Tauschwerte in die Form von Arbeitsprodukten um, nur um sie an den Konsumenten gegen andere Wertformen abermals zu vertauschen. Der wahre Gegenwert liegt also nicht im Kapital, sondern in dem, was die Konsumenten entgegenbieten. Das, was der Konsument entgegenbietet, ist aber keineswegs ein unabänderlich feststehender Betrag. Dieser ist vielmals verschieden je nach dem Grade, in dem der Konsument eine gewisse Ware benötigt, und kann sich möglicherweise auf dessen ganzes Vermögen belaufen. Indem die klassische Nationalökonomie annahm, der Lohn werde aus dem Kapital des Unternehmers bezahlt, übersah sie diese Möglichkeit einer Abwälzung der von Koalitionen geforderten höheren Löhne auf die Konsumenten. Sie übersah, daß der Unternehmer jederzeit bereit sein wird, mehr Kapital auf die Lohnzahlungen zu verwenden, sobald ihm der Konsument die darauf verwendete Summe ersetzt, und daß es ihm, wenn er selbst nicht mehr als ein gewisses Kapital hat, in solchen Fällen möglich sein wird, durch Anleihen, sei es im Inland, sei es im Ausland, sich Kapital zu verschaffen. Sie übersah, daß, wenn durch Lohnerhöhungen die Kaufkraft der bisherigen Konsumenten zurückgeht, eben infolge der Lohn-

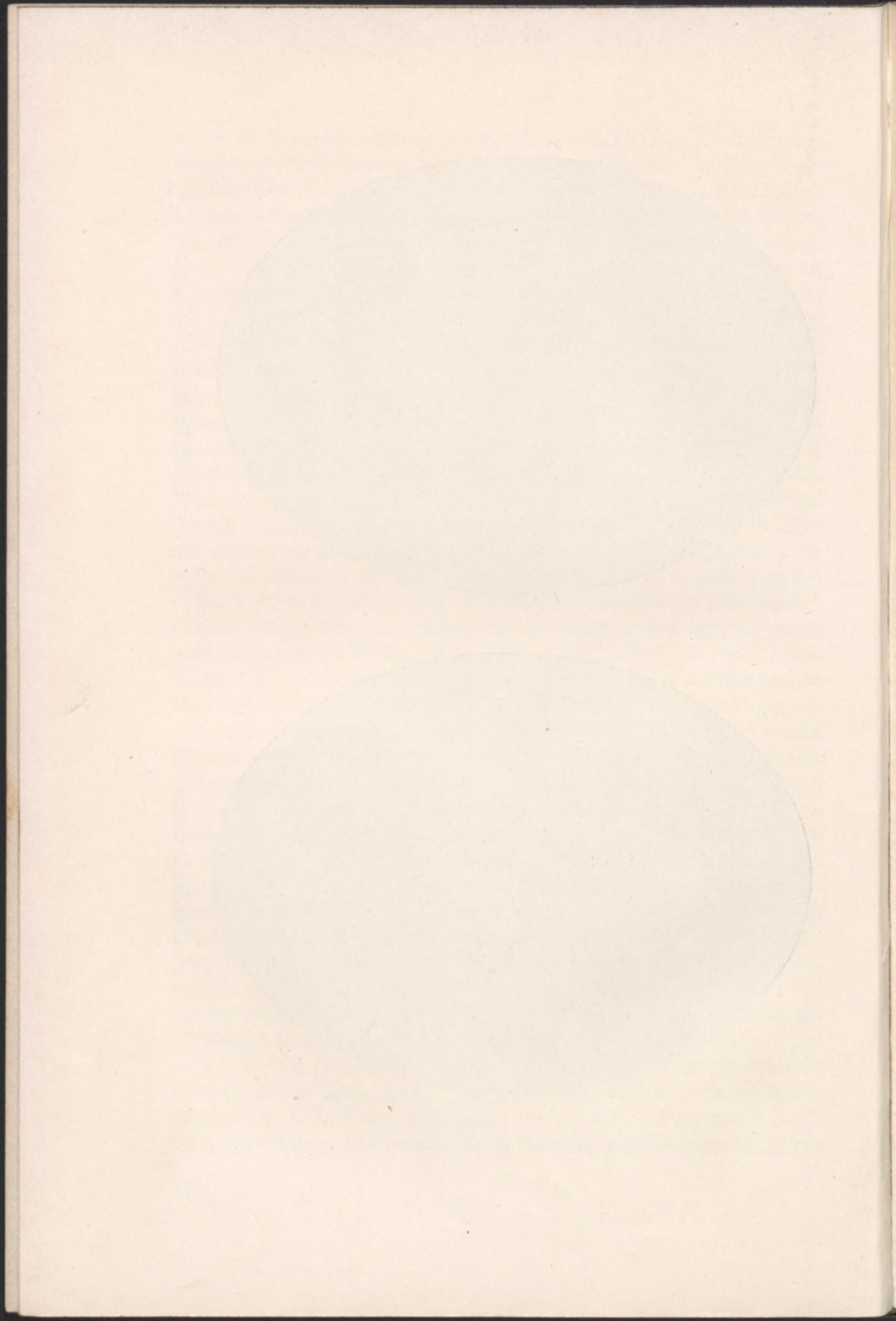


Christian Brentano



Die Eltern

Emilie Brentano geb. Genger



erhöhung in den Arbeitern neue kaufkräftige Konsumenten, wenn auch vielleicht anderer Produkte entstehen, Konsumenten unentbehrlicher Genußgüter an Stelle von Luxusgütern.

Ich habe Adolph Wagner, als er auf meinem Sofa saß, dies vorgetragen und bin dabei auf seinen heftigen Widerspruch gestoßen. Er bestritt so ziemlich alles, was ich ausgeführt hatte, und mehr als zwei Stunden haben wir in meinem Zimmer gestritten. Unsere Aussprache hatte zur Folge, daß ich seine verschiedenen Bücher darauf durchsah, wo sich Stellen fanden, die mit unserer Frage in Beziehung gebracht werden konnten. Ich war als Folge mit allen möglichen Zitaten aus denselben schwer geladen, als ich den großen Saal der Berliner Universität betrat.

2

Es war ein sehr schwüler Junitag und ich kann nicht leugnen, ich war, als ich den Saal betrat, reichlich nervös. Da saßen die Koryphäen der deutschen Wissenschaft, zumeist ehrwürdige Häupter, an ihrer Spitze als Dekan der ausgezeichnete Mathematiker Weyerstraß. Ich erinnere mich noch, daß ich in meiner Aufregung meine Handschuhe, als ich sie auszog, mit einem Krach zerriß. Unten an dem langen Tisch mußte ich Platz nehmen. Mir zur Linken saß Adolph Wagner, zu meiner Rechten Geheimrat Dove, der ausgezeichnete Physiker und Meteorologe. Ich wurde aufgefordert, mit meinem Vortrag zu beginnen, und nun wiederholte ich in einstündiger Rede alles, was ich einige Wochen vorher bei dem Besuche Adolph Wagners ausgeführt hatte. Als ich zu Ende war, wurde Wagner von dem Dekan aufgefordert, das Kolloquium zu beginnen, und zu meinem maßlosen Erstaunen begann Wagner mit den Worten: „Herr Doktor, ich bin mit allem, was Sie gesagt haben, einverstanden; nur enthält es gar nicht Neues.“ Ich war wütend; denn erstens ist es nicht die Pflicht des Vortragenden, in seiner Habilitationsrede neue Entdeckungen zu bringen, vor allem aber stand Wagners Antwort in schneidendem Widerspruch zu dem, was er mir bei seinem Besuch entgegnet hatte. Und nun brachte ich alle meine Zitate aus seinen Werken zur Geltung und erwiderte heftig: „So, Herr Professor, wenn Sie mit allem, was ich gesagt habe, einverstanden sind, so müssen Sie Ihre Meinung, die Sie an dieser Stelle und an dieser und wieder an einer anderen usf. geäußert haben, ändern.“

Und nun wechselten die Rollen. Seine Pflicht war es, mich anzugreifen, und die meine, mich zu verteidigen. Durch seine Kritik und meine Erwiderng wurde er in die Lage des Angegriffenen und ich in die des Angreifers gedrängt, und in meinem Zorn habe ich ihn nicht geschont. Noch sehe ich Theodor Mommsen vor mir, wie er aufsprang und, auf die Lehne eines Stuhles gestützt, mir gegenüber mit sichtlichem Wohlgefallen die

gespreizten Finger seiner Hände betrachtete. Er hatte augenscheinlich ein Vergnügen, daß etwas los war bei einer Gelegenheit, die sonst sehr häufig für die Zuhörenden Langeweile mit sich brachte.

Ich weiß nicht mehr, wie lange wir disputiert haben; es muß ziemlich lange gedauert haben, denn wir wurden von Weyerstraß unterbrochen mit den Worten: „Nun, der Herr Doktor hat ja gezeigt, daß er seine Sache zu verteidigen versteht; aber wollen die Herren ihren Streit nicht draußen weiter austragen?“ Er bat nur noch den Geheimrat Dove, sich gleichfalls zu äußern, der aber nach einigen freundlichen Worten darauf verzichtete.

Die Fakultät hat mich darauf als Privatdozent zugelassen; als ich aber auf die Straße kam, fand ich Berlin Unter den Linden in großer Aufregung. An allen Straßenecken war angeschlagen: in Paris ist die Kommune ausgerufen worden und die Arbeiter sind im Kampf mit den französischen Truppen. „Gott sei Dank!“ dachte ich, „daß diese Depesche nicht vor meiner Habilitation bekannt geworden ist; am Ende hätten mich die ehrwürdigen Häupter wegen meiner Verteidigung der Lohnsteigerungen als einen Kommunard abgewiesen.“ Doch das war gewiß nicht zu befürchten gewesen.

Nachdem ich von dem Dekan die Mitteilung erhalten hatte, daß ich als Privatdozent zugelassen sei, hatte ich nur mehr einen öffentlichen Vortrag in lateinischer Sprache zu halten, um in den Besitz aller Rechte eines Angehörigen des Berliner Lehrkörpers zu gelangen. Ich habe einen Vortrag *De doctrina Malthusiana* in der Aula der Universität gehalten. Es war keine ganz leichte Aufgabe, für das, was ich zu sagen hatte, die entsprechenden lateinischen Sätze zu finden. Auch erinnere ich mich noch, wie der damalige amerikanische Gesandte, der berühmte Historiker Georg Bancroft, der mir die Ehre erwiesen hatte, zu meinem Vortrag zu kommen, mich nach demselben mit den Worten begrüßte: *Where did you pick up that Latin?*

3

Nachdem ich so allen Aufforderungen, die an einen Habilitanden gestellt werden, genügt hatte, konnte ich von der Universitätstribüne aus den Einmarsch der siegreichen Truppen Unter den Linden mit ansehen. Es hat großen Eindruck gemacht, als unter dem Jubel der Bevölkerung an der Spitze des Zuges die drei Organisatoren des Sieges Moltke, Bismarck und Roon an uns vorbeiritten.

Darauf bin ich nach Saßnitz auf der Insel Rügen entflohen, um dort den zweiten Band meiner Arbeitergilden der Gegenwart fertigzustellen. Bald folgten meine Cousine Claudine von Arnim, mein Vetter Achim und eine jüngere Cousine mir nach, und wir genossen in vollen Zügen die Herrlichkeiten der Insel und die Kühle des Meeres. Um so drückender emp-

fand ich die fast unerträgliche Hitze, als ich im August nach Berlin zurückgekehrt war. Alle meine näheren Bekannten hatten die Stadt verlassen. Zufällig begegnete ich Bancroft, der mich zum Essen einlud. Ich saß zwischen Curtius, dem Verfasser der griechischen Geschichte, und Theodor Mommsen. Curtius sagte in seiner lebenswürdigen Art: „Das war ja neulich eine interessante Habilitation.“ Mommsen aber begann neckisch: „Nun, Herr Doktor, Sie müssen sich ja auch mit Statistik befassen; können Sie mir sagen: sind mehr Ehen glücklich, die aus Liebe geschlossen werden, oder solche aus wirtschaftlichen Erwägungen?“

„O ja“, sagte ich, „wenn Sie mir vorher eine andere Frage beantworten: Sind überhaupt mehr Ehen glücklich oder unglücklich? denn beim Abschluß der meisten Ehen überwiegen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte.“

Nun kam die Frage, ob ich meine Lehrtätigkeit schon im Winter 1871/72 beginnen oder vorerst den zweiten Band meiner Arbeitergilden fertigstellen solle. Schmoller riet zu dem letzteren. Auch wollte ich noch einmal nach England gehen, um von der neuesten Entwicklung der dortigen Arbeiterverhältnisse Kenntnis zu nehmen. Ich blieb dementsprechend an meiner Arbeit. Da erschien zu meiner Überraschung bei mir der spätere Landwirtschaftsminister Friedenthal, um mich zu überreden, die Redaktion eines Wochenblatts zu übernehmen, das die neue Kreisordnung vertreten sollte. Er stellte mir in Aussicht, daß ich dann wie Herr von Jasmund, der später Generalkonsul in Ägypten wurde, in der diplomatischen Laufbahn Karriere machen werde. Auch Engel empfahl mich den Eisenindustriellen als Vertreter ihrer Interessen. Selbstverständlich widerstand ich allen diesen Lockungen. Als Kuriosum bemerke ich, daß dann Herr Bueck, mein späterer heftiger Gegner, statt meiner Vertreter der Eisenindustriellen geworden ist.

Ich habe im Winter 1871/72 in Berlin endlich gefunden, was ich bis dahin dort vergeblich gesucht hatte. Bevor ich 1867 nach Berlin kam, hatte ich viel von dem überreichen Berliner Geist gehört. Aber ich hatte ihn, dort angekommen, vergeblich gesucht. Mehr oder minder geistreiche Nichtigkeiten, ja aber in dem, was bleibend bereichert, war man zu Haus geistvoller gewesen. Da hat Herman Grimm mich zu den Freitag-Abenden in der Weinkneipe von Frederichs, Potsdamerstraße 12, mitgenommen. Dort fand ich den Maler Menzel, Julian Schmidt, Wehrenpfennig, Mommsen, Konstantin Rößler, die beiden Hobrecht und andere Gelehrte, Literaten und Künstler; auch traf man dort alles, was in Deutschland von geistiger Bedeutung nach Berlin kam. Ich habe dort die mannigfachste Anregung empfangen, bin aber auch vielen mir widerstrebenden Anschauungen begegnet.

V. *Meine Stellung zum Kulturkampf*

Ich habe schon von der intoleranten Haltung des deutschen Liberalismus gegen den Katholizismus gesprochen. Nun hatte Fürst Bismarck, gestützt auf die liberale Partei, das Deutsche Reich in den Sattel gehoben. Daher viele der Täuschung lebten, Bismarck sei selbst ein Liberaler geworden. Er war dies ebensowenig in wirtschafts- und religionspolitischen wie in konstitutionellen Fragen. Höchstens, daß er damals für niedrige Industriezölle war, da die norddeutsche Landwirtschaft, Exportgewerbe, wie sie damals war, ein Interesse hatte, die Industrieprodukte, die sie brauchte, möglichst billig gegen den von ihr ausgeführten Weizen zu beziehen. Er war zu allen Zeiten der größte Opportunist, und die Verhältnisse nötigten ihn, mit den Liberalen zu regieren. Denn die Parteien, mit deren innerer Politik er übereinstimmte, waren seiner deutschen Politik teils lau, teils geradezu feindlich entgegengetreten, und noch hatte ihr Groll sich nicht gelegt; mit ihnen ließ das neue Reich sich nicht einrichten. Um mit den Liberalen zu regieren, mußte man aber einigen ihrer Programmpunkte entgegenkommen. Selbstverständlich nicht ihren konstitutionellen Forderungen, denn das hätte die Machtstellung der Krone gefährdet. Indes wie leicht ließ die Forderung nach parlamentarischer Regierung sich hinhalten, wenn man den Anschein erweckte, daß die Liberalen tatsächlich am Ruder seien. Und es gab zwei Wege, um diese Vorstellung zu erwecken: der Kampf gegen die katholische Kirche und die Verwirklichung des liberalen Wirtschaftsprogramms. Dabei bekämpfte man, indem man dem Ultramontanismus den Krieg erklärte, gleichzeitig die Kreise, welche dem neuen Reiche noch am feindlichsten gegenüberstanden, und hatte, indem man die verblendeten Liberalen dazu vermochte, dem Ultramontanismus statt mit geistigen Waffen mit Polizeimaßregeln entgegenzutreten, nebenbei noch den Vorteil, die Liberalen zur Preisgabe gerade der Prinzipien zu bewegen, mit denen der Liberalismus stand und fiel. Die Verkündigung der Unfehlbarkeit des Papstes, welche schon vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges die Gemüter erregt hatte, gab den Liberalen den Vorwand, gegenüber dem Absolutismus des Papstes einen Absolutismus der Staatsgewalt zu verlangen. Es gab sogar manche, die davon redeten, als sei in dem deutschen Siege über Frankreich der Katholizismus durch den Protestantismus besiegt und als sei es der Beruf des siegreichen Deutschlands, die Herrschaftsansprüche der römischen Kirche zu brechen.

Fürst Bismarck hat zwar, nachdem er im Kulturkampf unterlegen war, die Verantwortung für die Kulturkampfgesetzgebung dem Minister Falk

zugeschoben, aber sein Haus jedenfalls war von der antikatholischen Epidemie ergriffen. Noch erinnere ich mich, wie in jenen Tagen mein Vetter Siegmund von Arnim, der täglich die Fürstin besuchte, zu meiner Cousine Arnim kam und in meiner Gegenwart sagte: im Bismarckschen Hause ist man verrückt; die Fürstin ist heute von äußerst übler Laune gewesen. Nach dem Grunde gefragt, habe sie geantwortet: sehen Sie denn nicht, wie man uns bis in meinen Salon verfolgt. Da kommt seit drei Wochen fast jeden Tag der junge Mann dort. Das geschieht doch nur, weil die Katholiken aushorchen wollen, was man hier spricht. Der junge Mann dort war der junge Radowitz, der spätere Botschafter. Mein Vetter antwortete: der junge Mann ist Referendar; er kommt, um Karriere zu machen. Darauf hat sich die Aufregung der Fürstin gelegt.

Es lag in der Natur der Dinge, daß die gläubigen Katholiken den gegen sie gerichteten Kampf aufnahmen. Bischof Ketteler und eine Anzahl tüchtiger jüngerer Katholiken, darunter Ernst Lieber und Georg von Hertling, beide spätere Zentrumsführer, wurden in den Reichstag gewählt. Die Hauptfigur auf katholischer Seite aber war der frühere hannoversche Minister Windthorst. Ich bin ihm einmal bei meiner Cousine Arnim begegnet, worauf er mich mit meinem alten Freunde Lieber zum Mittagessen einlud. Während des Mahls suchte er mich zu gewinnen. Um meinen Einwänden aus religiösen Gesichtspunkten zu begegnen, erzählte er mir von der Entwicklung seiner eigenen Überzeugung. Ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich seine Mitteilungen hier wiedergebe, denn was er sagte, hat mich überzeugt, daß der ihm von Oberflächlichen oft gemachte Vorwurf, daß er heuchle, falsch ist. Er erzählte, daß er in seinen jüngeren Jahren ganz ungläubig gewesen sei, dabei aber sehr glücklich. Da habe Hermes, der die Vereinbarkeit der christlichen Dogmen mit der wissenschaftlichen Forschung darzutun sich bemüht habe, ihn dem Glauben wiedergewonnen. Aber kaum habe er damit die innere Ruhe wiedererlangt, habe der römische Stuhl den Hermesianismus als Ketzerei verdammt und die Schriften des Hermes auf den Index gesetzt. Um seine wiedergewonnene Ruhe nicht abermals zu verlieren, habe nach harten inneren Kämpfen auch er sich unterworfen und sei seitdem glücklich. Die Nutzenanwendung war, auch ich möge über die Unfehlbarkeitsklärung hinwegkommen.

Es waren also, wie bei meinem Vater, nicht wissenschaftliche Gründe, sondern Gemütsstimmungen, die Windthorst zum Katholizismus zurückgeführt haben. Das hat auf mich nicht den von ihm erhofften Eindruck gemacht. Auch die Aufzeichnungen meines Onkels Clemens nach den Visionen der Anna Katharina Emmerich, die meine frühe Jugend begreif-

licherweise beeinflußt hatten, konnten, nachdem ich zu selbständigem Urteil gelangt war, mir nicht über die Unhaltbarkeit der Unfehlbarkeit des Papstes und anderer kirchlicher Lehren hinweghelfen. Hat doch selbst der Kardinal Diepenbrock am 26. Oktober 1823 an meinen Vater voll Sorge geschrieben, daß „so leicht seine (des Clemens) eigene subjektiven Ansichten unbewußt von ihr (der Emmerich) aufgenommen, als objektive, von oben kommende Wahrheit ihm wieder mitgeteilt werden können“, und ähnliche Bedenken haben andere Freunde meines Onkels¹, ja selbst die Zensoren der Congregatione dei Riti in Rom über seine Niederschriften geäußert². Mir ist das „bittere Leiden unseres Herrn Jesu Christi nach den Betrachtungen der gottseligen Anna Katharina Emmerich“ eine der größten poetischen Schöpfungen der Weltliteratur; aber selbstverständlich kommt ihm keine historische Wahrheit zu.

Doch wenn es Windthorst auch nicht gelungen ist, mich für seine Partei zu gewinnen, so bin ich doch nie ein Kulturkämpfer gewesen. Ich habe schon erzählt, wie ich seinerzeit durch die Erkenntnis, daß gerade der Liberalismus die Katholikenemanzipation in England durchgesetzt hat, zum Liberalen geworden bin. Nach meiner Überzeugung verlangten es gerade die liberalen Prinzipien, daß es einem jeden möglich sei, frei und ungestört nach seinem Glauben zu leben. Daher habe ich es lebhaft bedauert, daß Bismarck dem Ansuchen des Bischofs Ketteler kein Gehör gab, den preußischen Verfassungsbestimmungen über das Verhältnis von Staat und Kirche in ganz Deutschland Geltung zu verschaffen³. Auch habe ich es als Beschämung empfunden, als der Comtist Frederic Harrison mich nach Erlaß des Jesuitengesetzes höhnend darauf verwies, daß man in England den Jesuiten, ohne sich zu fürchten, Niederlassung und freie Bewegung gestatte. Noch tieferen Eindruck hat mir die Entrüstung mir bekannter englischer Liberaler gemacht, als auf der Höhe des Kulturkampfes der Abgeordnete von Mallinkrodt unter Berufung auf die Worte der Antigone an Kreon

„Auch nicht so mächtig achtet' ich, was du befehlst,
Daß dir der Götter ungeschrieb'nes ewiges
Gesetz sich beugen müßte, dir, dem Sterblichen“

geltend machte, daß schon die Alten anerkannt hätten, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, damit abgefertigt wurde, dafür habe

¹ So Luise Hensel wiederholt in Briefen an meine Mutter. Vgl. auch Raich, Briefe von und an Ketteler, S. 17. — ² P. Winfried Hümpfner, Clemens Brentanos Glaubwürdigkeit in seinen Emerik-Aufzeichnungen. Würzburg 1923. — *Positio super scriptis*, Roma 1919—20: „Br. non videtur considerandus vir fide dignus ad conscribendas Visiones Annae Catharinae.“ Zitiert bei Leonello Vincenti, Brentano. Torino 1928. Sl. 277.

³ Vgl. Raich, 422—426, 470—473.

Kreon sie auch ins Gefängnis gesetzt. In dieser Tyrannei, die im Sozialistengesetz ihren Höhepunkt erreichen sollte, hat das Ausland jenes deutsche Wesen gesehen, um dessentwillen die Deutschen zur Zeit des Ausbruchs des Weltkriegs bei allen Völkern verhaßt waren.

Trotz meiner von den ihren abweisenden Meinungen bin ich stets der Freund der mir befreundeten Zentrumsmitglieder geblieben, habe auf sozialpolitischem Gebiete oft mit ihnen zusammengewirkt und gedenke dankbar insbesondere der durch nichts erschütterten Freundschaft, die mich mit Dr. Ernst Lieber von Jugend an bis zu seinem Tod verbunden hat¹.

VI. Adolph Wagner

Anders ist es mir mit Adolph Wagner ergangen. Er war von maßlosem Ehrgeiz erfüllt, fühlte sich dementsprechend leicht gekränkt und ließ sich dann nicht nur zu taktlosen Äußerungen hinreißen, sondern sogar in seiner Stellungnahme in öffentlichen Fragen beeinflussen. Adolf Beer, der Verfasser der Geschichte des Welthandels, der gleichzeitig mit dem jugendlichen Wagner Lehrer an der Handelsakademie in Wien gewesen war, hat mir erzählt, wie dieser schon 1863 nach Veröffentlichung seiner Schrift „Die Ordnung des österreichischen Staatshaushalts“ unter nicht mißzuverstehender Nutzenanwendung davon gesprochen habe, daß Pitt in noch weit jugendlicherem Alter Premierminister Englands gewesen sei. Als er 1870 auf Grund trefflicher Schriften, insbesondere über das Bankwesen nach Berlin berufen war, hoffte er, in der dortigen volkswirtschaftlichen Gesellschaft eine Rolle zu spielen und auch von den Nationalliberalen in den Reichstag gewählt zu werden; denn er war damals noch „Manchestermann“ und nationalliberal. Als beides nicht eintraf, erging er sich in antisemitischen Äußerungen. Selbst im privaten Verkehr hat seine verletzte Eitelkeit zu peinlichen Szenen geführt. So entsinne ich mich noch eines Abendessens in seinem Hause. Außer mir waren noch sein Bruder Hermann, damals Herausgeber des Gothaer Almanachs, Victor Böhmert und ein Balte, namens Walker, anwesend. Böhmert erhob sich, um in liebenswürdiger Weise auf Hermann Wagner einen Trink-

¹ So wurde ich zum Beispiel, als ich in Berlin noch Privatdozent war, von Lieber einmal des Nachts aus dem Bett geholt. Er kam aus einer Sitzung der Zentrumsfraktion mit einem Blatt, auf dem von Bischof Ketteler gestellte Anträge zur Gewerbeordnung geschrieben waren. Sie zeigten eine vortreffliche Gesinnung, aber einen erstaunlichen Mangel an Kenntnis dessen, was bereits rechtens war. Ich schrieb sofort eine Kritik, die Lieber in der nächsten Sitzung der Zentrumsfraktion vorlas, worauf Ketteler seinen Antrag in die Tasche steckte. Umgekehrt hat die Zentrumspresse mich später gegen Treitschke in Schutz genommen, so die Bonner Deutsche Reichszeitung vom 22. August 1877, sowie im Kampfe gegen die Zuchthausvorlage, von dem noch die Rede sein wird, mich unterstützt.

spruch auszubringen; er freue sich der Gelegenheit, ihn kennenzulernen und ihm für die viele Belehrung, die er durch seine Statistischen Mitteilungen empfangen habe, danken zu können. Aber unser Gastgeber schnellte empor; er müsse gegen das eben Gehörte laut protestieren; ihm gebühre das seinem Bruder gespendete Lob, denn alles, was dieser geleistet habe, verdanke er ihm. Zur Zeit, da andere Jünglinge mit einem Dichterwerk in der Tasche in den Wald gingen, sei auch er in den Wald gegangen, aber nicht mit einem Gedichtbuch, sondern mit statistischen Tabellen. Nun begreife ich alles, dachte ich damals; an seiner Wiege haben nicht die Grazien gestanden. Und bald sollte ein ähnlich peinliches Erlebnis sich wiederholen. Es war die Zeit großer Wohnungsnot in Berlin. Namentlich hatten Wohnungssuchende unter der Brutalität zu leiden, mit der Hausbesitzer Mietslustige, die Kinder hatten, abwiesen. Auch Wagner hatte darunter zu leiden gehabt¹. Da hat Ernst Engel eine große Anzahl Freunde und Bekannte eingeladen, mit ihm sich der Amtswohnung zu freuen, die ihm im Neubau des preußischen statistischen Büros vom Staate zuerteilt worden war. Kaum hatte Engel in einem Trinkspruch gesagt, wie sehr er sich freuen würde, wenn er seine Gäste in seinen neuen Räumen recht oft begrüßen könne, als Wagner sich zu heftigem Proteste dagegen erhob, daß der Staat seine Beamten mit so schönen Wohnungen ausstatte, während gleichverdiente Männer Not hätten, überhaupt eine Wohnung zu finden. Ich war entsetzt; aber mein Nachbar, der lebenswürdige Regierungsrat Meitzen, der derartiges schon öfters erlebt hatte, meinte, daß auch ich mich daran gewöhnen müsse. Indes, es war nicht nur die Verschiedenheit der Lebensgewohnheiten und Wagners Ehrgeiz und die Heftigkeit seines Temperaments, mit der er auf alles reagierte, worin er seine Hintansetzung sah, was ein Zusammenarbeiten mit ihm erschwerte und schließlich unmöglich gemacht hat. Es bestand zwischen ihm und mir auch ein wissenschaftlicher Gegensatz und ein Unterschied in den Zielen.

VII. Die Kathedersozialisten

Ich habe oben davon gesprochen, daß Bismarck, um nicht die konstitutionellen Forderungen der Liberalen zu genehmigen und sie trotzdem in seiner Gefolgschaft zu halten, ihnen außer im Kampf gegen die katholische Kirche auch durch Annahme ihrer Wirtschaftspolitik entgegengekommen sei. Die Folge war, daß der wirtschaftliche Ideengang der Liberalen eine solche Herrschaft über die öffentliche Meinung er-

¹ Vgl. dazu die übrigens glänzende Rede Wagners in der Debatte über die Wohnungsfrage auf der Eisenacher Versammlung am 7. Oktober 1872, Verhandlungen derselben, Leipzig 1873, S. 231 bis 243.

langte, daß selbst ihre Gegner unter den Einfluß desselben gerieten. Man schlage zum Beispiel die noch heute lesenswerte „Geschichte der sozialistischen Parteien in Deutschland“ von Jörg nach, um zu erkennen, wie allgemein 1867 eine Politik, welche eine Wiederbelebung der Innungen erstrebte, als aussichtslos galt. Alles war der Meinung Lassalles, daß man die Gewerbefreiheit nicht mehr debattiere, sondern dekretiere. Die Träume einer positiven Neuorganisation des Wirtschaftslebens, wie sie von dem Kreuzzeitungsredakteur Hermann Wagener da und dort angedeutet worden waren, waren nur erst Träume, die bei sehr wenigen Verständnis fanden. In schroffem Widerspruch zu der herrschenden Lehre stand in der Öffentlichkeit nur das sozialdemokratische Programm. Aber weder abweichende Meinungen von rechts noch von links konnten aufkommen gegen die nahezu unbeschränkt, oft mit Geist und Witz, fast immer aber übermütig herausfordernd in Parlament und Presse vertretene Lehre von der besten aller Welten, wie sie sich unter dem Einfluß des sich selbst überlassenen Egoismus naturgesetzlich gestalte. Das Schutzzöllnertum kämpfte nur mehr im Rückzug. Der Freihandel galt von den demokratischsten Organen bis zur Kreuzzeitung als die selbstverständliche, für alle Völker und Zeiten ewige Wahrheit. Bastiats Harmonies Économiques, von denen Treitschke schrieb¹: „Ist es nicht tief beschämend, daß dieser hochkomische Dithyrambus des Mammonpriestertums in Deutschland Bewunderer gefunden hat und noch findet“¹, waren Trumpf. Fabrikgesetzgebung galt als eine empörende Preisgebung der staatsbürgerlichen Freiheit an die Polizeiwillkür des absoluten Regiments. Gewerkvereine galten als Rückkehr zum Zunftwesen, verbunden mit verbrecherischer Brutalität. Und stellten irgendwo Arbeiter die Arbeit ein, um höhere Löhne zu erzielen oder eine Lohnherabsetzung abzuwehren, so führte man an der Hand der Lohnfondtheorie aus, daß dies mit der Natur der Dinge im Widerspruch sei. Hatte doch selbst Lassalle die englischen Streiks als die vergeblichen Anstrengungen der Ware Arbeit, sich als Mensch zu gebärden, erklärt! So war der Arbeiter von Freund und Feind als durch die bestehende Gesellschaftsordnung von jedweder Steigerung seines Anteils an der Kultur naturgesetzlich ausgeschlossen erklärt worden, und was war begreiflicher, als daß er sagte: Da die Gesellschaftsordnung gegen mich ist, bin ich gegen die Gesellschaftsordnung, und daß er sich in Scharen denen zuwandte, die ihn zum Sturmlauf gegen diese Gesellschaftsordnung aufforderten.

Aber während die Lehre Bastiats Parlament und Presse beherrschte, war auf den deutschen Universitäten eine neue Generation herangereift, die

¹ H. v. Treitschke, Zehn Jahre deutscher Kämpfe. Berlin 1874. S. 492.

sie ablehnte. Sie stand wesentlich auf den Schultern von Roscher, Knies und Hildebrand. Allein in die Öffentlichkeit war deren grundverschiedene Anschauungsweise bis dahin wenig getreten. Überhaupt, während heute eher von einer Überproduktion nationalökonomischer Literatur zu reden ist, herrschte damals eine erstaunlich geringfügige literarische Tätigkeit der nationalökonomischen Universitätslehrer; mit der alleinigen Ausnahme Roschers hatten sie den Gelehrten des Volkswirtschaftlichen Kongresses, die alle auf Bastiat eingeschworen waren, das Feld überlassen. Allerdings war der jugendliche Schmoller 1862 in den Preußischen Jahrbüchern für den französischen Handelsvertrag eingetreten; allein noch hatte die Kralle des Löwen sich nur erst zaghaft gezeigt, und Adolph Wagner stand, wie schon gesagt, noch ganz im Lager des Volkswirtschaftlichen Kongresses. Unter den damaligen Jüngsten nun waren die Keime einer die überlieferte Lehre weit ablehnenden Auffassung aufgegangen. Ihnen allen gemeinsam war, daß sie den absoluten Lösungen der Lehre Bastiats feindlich gegenüberstanden. Dazu hatte sie schon Roschers Lehrbuch erzogen. Außerdem aber waren sie sämtlich durch die Schule des Statistikers Engel gegangen, und dieser hatte sie nicht bloß mit seinem warmen Interesse für die arbeitenden Klassen erfüllt, seine statistische Methode hatte sie alle auch zu dem Prinzip bekehrt, das Bacon in seinem Neuen Organon ausspricht:

„Zwei Wege zur Erforschung und Entdeckung der Wahrheit sind möglich. Auf dem einen fliegt man von den Sinnen und dem Einzelnen gleich zu den allgemeinen Sätzen hinauf und bildet und ermittelt aus diesen obersten Sätzen, als der unerschütterlichen Wahrheit, die mittleren Sätze. Dieser Weg ist jetzt im Gebrauch. Der zweite zieht aus dem Sinnlichen und Einzelnen Sätze, steigt stetig und allmählich in die Höhe und gelangt erst zuletzt zu dem Allgemeinsten. Dies ist der wahre, aber unbetretene Weg.“

Für mich war dementsprechend die Methode gegeben, mit der ich an die Behandlung wirtschaftlicher Fragen herantrat. Die Beobachtung der Einzelvorgänge zeigte, daß die Menschen auf dem Gebiete des Handels, des Geld- und Bankwesens, von dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn geleitet werden. Hier also war es angebracht, der Methode der klassischen Nationalökonomie getreu aus diesem Streben die mittleren Sätze abzuleiten. Anders auf dem Gebiete der Arbeiterfrage. Hier hatte das Ausgehen von dem nach dem größten Gewinn strebenden Menschen in den Besitzenden die Vorstellung befestigt, daß die ihnen vorteilhafte Güterverteilung die zugleich gerechteste sei, andererseits hatte es die arbeitenden Klassen in den Verzweiflungskampf gegen die Kulturentwicklung getrieben. Während die herrschende Lehre als ein Panegyricus auf die Satten erschien, empfand man es als das dringende Bedürfnis, das

Wirtschaftsleben auch vom Standpunkt der Hungernden wissenschaftlich zu durchforschen. Dabei erschienen die Folgerungen aus Bedingungen, die in Wirklichkeit nicht zutrafen, als ein jeu d'esprit, das als Geistesgymnastik ganz interessant sein konnte, angesichts des Notstands der arbeitenden Klassen aber völlig versagte. An die Stelle davon trat daher die historische und statistische Durchforschung der Verhältnisse der Arbeiter, die Untersuchung des Wirkens ihrer Organisationen und der zu ihren Gunsten wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung. Also im Ausgangspunkt der Betrachtung wie in Methode ein der herrschenden Lehre diametral entgegengesetzter Standpunkt! Und wenn man dabei mit der herrschenden Lehre anerkannte, daß sozialpolitisch nur möglich ist, was wirtschaftlich möglich ist, so war doch auch das Ergebnis, daß wirtschaftspolitisch nur möglich ist, was sozial möglich ist. Denn Ausgangs- und Endpunkt der Wirtschaft, das war die Meinung, sind nicht die Güter, sondern der Mensch. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern hat nur die Aufgabe, dem Menschen die Mittel zu liefern, die ihm unentbehrlich sind, um seine Anlagen und Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Auch der Arbeiter ist ein Mensch. Auch er hat die Aufgabe, seine Fähigkeiten möglichst zu entwickeln. Aber er bedarf dazu der Güter und der Muße. Wurde den Forderungen, die man dementsprechend erhob, widersprochen, weil sie mit volkswirtschaftlichen Naturgesetzen im Widerspruch ständen, so erwiderte man, daß die Natur, wo immer es ihr allein überlassen wird, Unordnungen zu beseitigen und notwendige Fortschritte herbeizuführen, grausam ist, Kräfte verschwendend und zerstörend in ihrem Schalten. Es könne deshalb nicht Aufgabe des Menschen sein, alles dem Wirken der Natur zu überlassen und sich — ganz abgesehen von dem Eingreifen, welches der Natur der Dinge widerspricht — auch jeglichen berechneten Wirkens in Benutzung der Naturgesetze zur Herbeiführung besserer Zustände zu enthalten. Ihr aber, so rief man den Gegnern zu, seid wie die Wilden gegenüber dem Blitzstrahl. Auch der Blitzstrahl trifft, wo er einschlägt, kraft Naturgesetz. Während aber der zivilisierte Mensch sich dieses Naturgesetzes bedient, um den Blitzstrahl mittels eines Blitzableiters unschädlich zu machen, wartet ihr, bis der Blitzstrahl eure Hütte in Brand steckt, und dann werft ihr euch gleich dem Wilden vor dem Donnergott auf die Knie und betet ihn an: nur daß euer Donnergott Naturgesetz heißt. Denn mit dem Aussprechen dieses Wortes erachtet ihr eure ganze Aufgabe im sozialpolitischen Leben für erfüllt. Wir aber sind der Meinung, man habe sich der Naturgesetze zu bedienen, um unter Ersparnis von Schmerz und Erbitterung die Entwicklung ihrem natürlichen Ziele entgegenzuführen.

In Schmollers Geschichte der deutschen Kleingewerbe waren diese Gedankenreihen schon hervorgetreten, weit energischer noch in dem 1871 erschienenen ersten Bande meiner Arbeitergilden. Einige Wochen, nachdem er von der philosophischen Fakultät als Habilitationsschrift angenommen worden war, erschien die Freiburger Antrittsrede von Gustav Schönberg, dem ehemaligen Freunde und Legator Ferdinand Lassalles, über „Arbeitsämter“, in der er eine umfassende bürokratische Organisation zur Veranstaltung von Arbeiterenqueten verlangte. Und am 12. Oktober 1871 überraschte Adolph Wagner mit seiner auf der freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer in der k. Garnisonkirche zu Berlin gehaltenen Rede über die soziale Frage. Er hatte nach meiner Habilitation das Feld seiner Studien vom Geld und Bankwesen und von Finanzfragen auf soziale Probleme erweitert und war aus einem manchesterlichen Saulus ein staatssozialistischer Paulus geworden.

2

Alle diese Schriften huldigten der oben dargelegten Anschauung, daß der sich selbst überlassene Arbeiter, wie er das Ideal der Männer des Volkswirtschaftlichen Kongresses war, verkümmere, statt zur Entwicklung zu gelangen. Auch erhoben sich alsbald in den führenden liberalen Organen aller Teile Deutschlands Ketzergerichte. Relativ gut kamen anfänglich noch Schmollers Geschichte der Kleingewerbe und der erste Band meiner Arbeitergilden weg; dagegen erregten den Hauptzorn Schönbergs Arbeitsämter und Wagners Rede über die soziale Frage. Ihnen gegenüber erfand H. B. Oppenheim das Schlagwort „Kathedersozialismus“. Da hielt ich als einziger Berliner Gesinnungsgenosse mich für verpflichtet, den Bedrohten beizuspringen; ich schrieb einen Aufsatz „Abstrakte und realistische Volkswirte“, in dem ich die wissenschaftlichen Gegensätze darzulegen bemüht war, die uns von den Anhängern Bastiats, zu dem sich die Männer des Volkswirtschaftlichen Kongresses bekannten, trennten. Wer den Aufsatz nachliest¹, wird es nicht für möglich halten, daß es 1871 unmöglich war, ihm in einer Berliner Zeitung Aufnahme zu verschaffen. Als ich in einer Abendgesellschaft bei Herman Grimm meiner Entrüstung über diese Tyrannei Luft machte, rief ein mir Unbekannter aus einer Ecke: „Ich nehme den Artikel!“ Der Rufer war Dr. Julius Eckardt, damals Redakteur des „Hamburgischen Correspondenten“². Und er druckte nicht nur meinen Aufsatz, und es datierte von diesem Augenblick nicht nur unsere dauernde persönliche Freundschaft, sondern der „Hambur-

¹ Er ist im Jahrgang 1872 der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus, S. 383 bis 385 abgedruckt. — ² Eckardt hat in seinen „Lebenserinnerungen“, Leipzig 1910, I, 276, den Beginn unserer Bekanntschaft nicht genau erzählt.

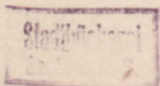
gische Correspondent“ wurde von da ab für Jahre das Organ des Katheder-
sozialismus. Dagegen schrieb die „Breslauer Zeitung“ vom 8. Dezember
1871 aus Anlaß der Schönbergischen Rede: „Von der Volkswirtschaft
pflegen weder die übrigen Professoren der philosophischen Fakultät, noch
die vortragenden Räte des Kultusministeriums auch nur ein Jota zu ver-
stehen. Die Anstellungen erfolgen nicht auf eine genügende Prüfung der
Qualifikation, sondern auf bloßes Hörensagen.“ Alle Professoren der
Volkswirtschaftslehre — Tellkampf, der Ordinarius an der Breslauer
Universität, ausgenommen — seien sozialistisch.

Nachdem im Frühjahr 1872 der zweite Band meiner „Arbeitergilden“
erschienen war, habe ich im Sommer meine erste Vorlesung gehalten. Ich
sprach über die Arbeiterfrage. Die Vorlesung war für eine Erstlingsvor-
lesung nicht schlecht besucht. Aber wie wenig war ich noch mit der an
der Berliner Universität damals herrschenden Ordnung bekannt! Als ich
das Sprechzimmer der Professoren zum erstenmal betrat, war es ganz
leer. In einer Ecke stand ein Sofa; auf dem Tisch lag eine Zeitung, mit der
ich auf dem Sofa Platz nahm. Der erste Kollege, der eintrat, musterte
mich mit erstauntem Blick und stellte sich bescheiden in einige Entfer-
nung; noch mehr der zweite; dann kam der Strafrechtsprofessor Berner,
der mich gleichfalls verwundert ansah; und so ging es fort, bis mir die
Sache unheimlich wurde, worauf ich den mir bekannten Professor Baron
fragte, was los sei: „Ach“, war die Antwort, „Sie haben sich auf das Sofa
gesetzt; auf dem pflegt nur Haupt Platz zu nehmen.“ Nachdem mir die
untergeordnete Stellung des Privatdozenten so zu Gemüte geführt war,
habe ich begreiflicherweise das Sofa fortan gemieden.

Bald darauf hat mich die Philosophische Fakultät der Breslauer Univer-
sität, da Tellkampf als ihr Vertreter im Herrenhaus im Winter nie lese,
als ordentlichen Professor der Nationalökonomie dem Kultusministerium
vorgeschlagen. Der Kultusminister Falk frug mich, ob ich annehmen
wolle. Mir graute vor dem Gedanken, als Ordinarius das ganze Fach ver-
treten zu müssen, und ich bat, mich einstweilen nur zum außerordent-
lichen Professor zu ernennen, da ich irrigerweise glaubte, dann weniger
Vorlesungen halten zu müssen. Ich wurde dementsprechend zum Winter-
semester 1872/73 zum außerordentlichen Professor ernannt.

3

Doch bevor ich mein Amt antrat, sollte die „neue Richtung“ Schritte tun,
die für die innere Entwicklung Deutschlands von nachhaltiger Bedeutung
geworden sind. Sie empfand das Bedürfnis, gegenüber den tausend An-
griffen und Sticheleien, die täglich über ganz Deutschland hin gegen sie
gedruckt wurden, offen Stellung zu nehmen, ja den Gegner womöglich



aus seiner Herrschaft über die öffentliche Meinung zu verdrängen. Im Juli 1872 kam eine Anzahl Männer bei Schmoller, damals Professor in Halle, zusammen, um zu beraten, was zu tun sei, um unserer Auffassung entgegen der in den Parlamenten, in der Presse und auf dem volkswirtschaftlichen Kongresse herrschenden Geltung zu verschaffen. Ich habe für die Zusammenkunft in Halle damals ein Memorandum verfaßt, von dessen Geist der Kathedersozialismus für Jahre getragen war. Ich erinnere mich noch der Anwesenheit von Hildebrand und Conrad aus Jena, von Roscher und Knapp aus Leipzig, Eckardt aus Hamburg, des Literaturhistorikers Haim und des Oberbürgermeisters von Voß aus Halle; aus Berlin waren Engel, Wagner und ich gekommen. Es wurde beschlossen, einen Kongreß ähnlich dem Volkswirtschaftlichen auf Anfang Oktober nach Eisenach zu berufen, eine Anzahl bedeutender sozialpolitischer Fragen zur Diskussion zu stellen und zuzusehen, ob sich eine dauernde Organisation daraus entwickeln werde. Anträge Wagners, die seiner Wandlung zum Staatssozialismus entsprachen, haben nicht die Zustimmung der Anwesenden gefunden; er war darob so verstimmt, daß er auf unserer gemeinsamen Rückfahrt nach Berlin kein Wort mit Engel und mir gesprochen hat.

Dagegen verfaßte Schmoller einen Aufruf, in dem er alle, welche der sozialen Frage „ethisches Pathos“ entgegenbrächten, aufforderte, zu der beschlossenen Versammlung zu kommen. Das Wort Pathos war wie geschaffen, um entstellt und ins Lächerliche gezogen zu werden, und überreichlich wurde von unseren Gegnern davon Gebrauch gemacht. Allein trotzdem haben die hervorragendsten Männer nicht gezögert, den Aufruf zu unterschreiben; er hat sich in kürzester Zeit mit den glänzendsten Namen bedeckt; und wenn auch nicht alle, die unterschrieben hatten, selbst kamen, so waren es doch 158 — eine für den entlegenen Ort beträchtliche Zahl —, die sich am 6. Oktober 1872 in Eisenach zusammenfanden. Sie alle waren von dem Gedanken beseelt, daß jeder Mensch Selbstzweck sei, berufen, alle seine Fähigkeiten zur größtmöglichen Entfaltung zu bringen. Schon das Christentum hatte jeden Menschen als Selbstzweck anerkannt. Es war dies der liberale Gedanke, der die Emanzipation der arbeitenden Klassen seit Ausgang des Mittelalters getragen hatte. Kant hatte ihn in Königsberg gelehrt, und Stein und Hardenberg hatten in der möglichst freien Entwicklung und Anwendung der Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte, die Hoffnung und Grundlage der künftigen Existenz des preußischen Staates gesehen. Aber um diesem idealen Ziele näherzukommen, mußten die Arbeiter auch die dazu unentbehrlichen Mittel erlangen. Dies zu erreichen, wurde das Ziel unserer Sozialpolitik.

Die meisterhafte Eröffnungsrede Schmollers klang mit den bezeichnenden Worten aus:

„Wir verlangen vom Staate wie von der ganzen Gesellschaft und jedem einzelnen, der an den Aufgaben der Zeit mitarbeiten will, daß sie von einem großen Ideal getragen seien, und dieses Ideal darf und soll kein anderes sein, als das, *einen immer größeren Teil unseres Volkes zur Teilnahme an allen höheren Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlstand zu berufen*. Das soll und muß die große, im besten Sinne des Wortes demokratische Aufgabe unserer Entwicklung sein, wie sie das große Ziel der Weltgeschichte überhaupt zu sein scheint.“

Gneist wurde zum Präsidenten gewählt und darauf sofort in die Tagesordnung eingetreten. Ich selbst war der erste Referent. Meine Aufgabe war, über den damaligen Stand der deutschen Fabrikgesetzgebung und deren notwendige Reform zu berichten. Wie maßvoll das war, was ich sachlich forderte, zeigt, daß meine damaligen Forderungen in den folgenden fünfundzwanzig Jahren nicht nur in der Hauptsache verwirklicht, sondern in vielen Punkten übertroffen worden sind. Aber die öffentliche Meinung war damals noch so wenig vorbereitet, daß meine bescheidenen Forderungen selbst in der Versammlung auf lebhaften Widerspruch stießen. Ein so vortrefflicher Mann, wie Herr Seyffardt, Krefeld, verließ voll Entrüstung noch an demselben Tag den Kongreß. In der Presse aber wurde ich heruntergerissen, als hätte ich die umstürzlerischsten Forderungen gestellt. Es ging eben wie so oft auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung: Diejenigen Arbeitgeber, bei denen alles in Ordnung war, entrüsteten sich, daß man von argen Mißständen sprach; und diejenigen, bei denen die Mißstände herrschten, benützten die Entrüstung jener, um die Reform, die sie bedrohte, abzuwehren.

Als zweiter Referent sprach Schmoller über Arbeitseinstellungen und Gewerksvereine. Es war eine glänzende Rede. Doch begegnete er noch weit größerem Widerstand als ich. Denn was Schmoller verlangte, entsprach nicht nur nicht dem, was die Arbeitgeber, sondern noch weit weniger dem, was die deutschen Regierungen zu gewähren bereit waren; und leider kann ich nicht wie hinsichtlich der Fabrikgesetzgebung sagen, daß das, was wir damals gefordert haben, vor dem Weltkrieg verwirklicht worden sei. Der Gesetzentwurf von Schulze-Delitzsch, der den Koalitionsvereinen der Arbeiter die gesetzliche Anerkennung schaffen wollte, und den wir damals unterstützt haben, ist nicht nur nicht Gesetz geworden, sondern wir waren vor dem Weltkrieg von dieser wie von allen unseren hierauf zielenden Forderungen weiter entfernt denn je. Die Presse aber stürzte sich mit Wollust auf zwei der Schmollerschen Thesen, von denen sich die eine gegen die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertrags-

bruchs, die andere gegen die gesetzliche Trennung der Kassengelder nach Unterstützungszwecken wandte. Man stellte es so dar, als habe Schmoller die Nichterfüllung von Arbeitskontrakten moralisch rechtfertigen wollen und ebenso die Verwendung von Krankengeldern zu Agitationszwecken. Mit Entrüstung erwiderte darauf Schmoller:

„Ich habe mich nur gegen die neueinzuführende polizeiliche und kriminelle Verfolgung von Personen, die einen Arbeitsvertrag nicht halten, ausgesprochen, weil mir das in absolutem Widerspruch mit den Prinzipien unseres Zivil- und Kriminalrechts zu stehen scheint, weil ich eine solche kriminelle Verfolgung von Hunderten und Tausenden von Arbeitern für praktisch undurchführbar halte und weil ich nicht glaube, daß mit einem solchen exceptionellen Privilegium odiosum das Verhältnis von Arbeitgeber und -nehmer irgendwie gebessert werde.“

Desgleichen verwies der befreundete Boretius in der „Nationalzeitung“ auf den zweiten Band meiner „Arbeitergilden“, S. 346 u. ff., um zu zeigen, daß eine Trennung der Kassen, wie sie Schmoller bekämpfte, die Arbeitseinstellungen geradezu fördere. Allein alles vergebens! Hatte ich doch auch dargelegt, daß die Verbindung der Kassen zwar einesteils die Arbeiter friedlicher, sie andererseits im Kriegsfall aber auch stärker mache. Und man wollte eben keine starken Gewerkvereine. Wohl aber wollte man Gelegenheit haben, unter der Firma „Kontraktbruch“ auch die Arbeiterkoalition kriminell zu bestrafen. Und Schmoller mußte büßen, weil er allen diesen Tendenzen entgegengetreten war.

Der Schluß gehörte dem Referate Engels über die Wohnungsnot und der daran anknüpfenden Debatte. Das Referat war geistvoll, originell und anregend, wie alle Vorträge Engels; das von ihm vorgeschlagene Mittel litt aber daran, daß es nur für bemittelte Mieter berechnet war.

Die Versammlung hat keine der von den Referenten beantragten Resolutionen angenommen, wohl aber ein paar allgemein gehaltene Resolutionen zugunsten der Durchführung der Fabrikgesetzgebung und Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit sowie zugunsten der gesetzlichen Anerkennung der Gewerkvereine und deren Hilfskassen gefaßt. Über die Abhilfe der Wohnungsnot war keine Resolution vorgeschlagen worden.

Was aber war die Aufnahme, welche die Verhandlungen in der Öffentlichkeit fanden? Man kann wohl sagen, noch nie ist eine Versammlung ehrenwerter Männer, welche durch nichts als einen ehrlichen Patriotismus zusammengeführt worden waren, in ähnlicher Weise seitens der herrschenden Presse mißhandelt worden wie die Eisenacher Versammlung von 1872. Über das Verhalten der herrschenden Organe schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Diesen Gegnern muß man nachsagen: Was gemacht werden konnte, um den Kongreß zu diskreditieren, ist gemacht. Hier legt man die Resolutionen auf die Goldwage, prüft sie auf ihre Originalität, fragt mit höhnischem Lächeln, ob das etwa die ‚Lösung der sozialen Frage‘ sei?, und erklärt mit der Superiorität derer, die sich nie die Füße naß gemacht haben, weil sie niemals ins Wasser gegangen: Das Gute ist nicht neu, und das Neue ist nicht gut. Dort läßt man die Resolutionen unbeachtet und hält sich an den ‚Geist der Debatten‘. Um diesen ‚Geist‘ zu erkennen, wendet man das eigentümliche Mittel an, daß man die von dem Kongreß stammenden Berichte — sowohl die offiziellen wie die privaten — ignoriert und sich auf die Erzählungen eines Mitglieds beruft, das ‚im Groll die Versammlung verlassen hat‘. Hier wird erklärt: Wir sehen keinen Unterschied zwischen Kathedersozialisten und Manchestermännern; dort heißt es: Kathedersozialisten und Sozialisten sind identisch; der eine sagt: Der Kongreß ist völlig ins Wasser gefallen; er wird keine Folgen haben; der andere sagt: Es steht eine neue Parteibildung vor der Tür, aber eine sehr gefährliche. In ganz vortrefflicher Weise ist ferner ein sogenannter Widerspruch zwischen dem ‚erwählten Präsidenten der Versammlung‘ und den Professoren ausgenutzt worden. Dieser nicht sehr wesentliche Zwischenfall ist schließlich in einer Weise breitgetreten, daß eine objektive Darstellung der Tatsache durchaus notwendig ist. Am Schlusse einer vortrefflichen Rede über die Streiks und die Gewerkschaften, einer Rede, von der man sagen darf, daß sie die Erwägungsgründe zu den über die Streiks usw. gefaßten Resolutionen in vollendeter Form enthält; am Schlusse dieser Rede äußerte Herr Professor Gneist: Es erscheine ihm nicht möglich, die ‚Volkswirtschaft auf ethische Grundlage zu basieren‘; für die Volkswirtschaft habe Adam Smith doch wohl ewige Wahrheiten begründet, aber in diese wirtschaftlichen Gesetze müßten Sittlichkeit und Recht (letzteres dargestellt durch die Staatsgesetzgebung) stets ergänzend und korrigierend eingreifen. Die erstgedachte Äußerung des Herrn Gneist begegnete bereits entschiedenem Widerspruch aus der Versammlung; lebhaften Beifall aber fand Professor Schmoller, als er unmittelbar nach Gneist das Wort ergriff, um auszuführen, daß zwischen seiner Richtung und der Ansicht des Herrn Professor Gneist nur ein formeller Widerspruch bestehe; materiell sei es doch vollkommen einerlei, ob die Volkswirtschaft zuerst ihre Gesetze ohne Rücksichtnahme auf Sittlichkeit und Recht fixiere, um zu gewärtigen, daß ein Teil dieser volkswirtschaftlichen Gesetze hernach für die Praxis außer Kraft gesetzt werde, oder ob die Volkswirtschaft von vornherein ihre Gesetze so formuliere, daß sie ohne teilweise Kassation durch Sittlichkeit und Gesetz praktisch werden könnten.“

Trotz all dem hatte die Eisenacher Versammlung eine nachhaltige Wirkung: das sozialpolitische Interesse der Besitzenden war durch sie geweckt worden, um nimmermehr zu erschlaffen, und aus der Eisenacher Versammlung entwickelte sich der Verein für Sozialpolitik, der es sich zur Aufgabe setzte, es wach zu halten.

VIII. Meinungsverschiedenheiten der Kathedersozialisten

Ich habe mir hier nur vorgenommen, Lebenserinnerungen aufzuzeichnen, nicht aber die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik zu schreiben. Ich spreche von dem Vereine daher nur, soweit ich in ihm tätig gewesen bin oder seine Entwicklung meine Haltung zu ihm beeinflusst hat. Dabei scheint es angezeigt, gleich darauf hinzuweisen, daß die Männer, die sich auf Grund einer dem Aufrufe Schmollers entsprechenden Grundstimmung in dem Vereine zusammenfanden, doch weit davon entfernt waren in dem, was sie erstrebten, einer Meinung zu sein.

Da gab es sozialpolitisch Konservative, wie Gneist, Conrad und vortreffliche Fabrikanten, wie Kalle, deren volkswirtschaftliche Anschauungen von denen, die in der Tagespresse herrschten, wenig abwichen und die nur geltend machten, daß der wirtschaftliche Egoismus durch Sittlichkeit und, wo das moralische Verantwortlichkeitsgefühl nicht ausreiche, durch Gesetz in Schranken gehalten werden müsse.

Andere, wie Schmoller und ich — denn 1872 traten in unseren Grundanschauungen noch keine Verschiedenheiten hervor —, gingen vom freien Arbeitsvertrage als dem geltenden Rechte aus; aber der rechtlich freie Arbeitsvertrag sei zumeist tatsächlich kein freier; der einzelne Arbeiter, den die Schule Bastiats in seiner Vereinzelung zu erhalten bestrebt sei, sei der schwächere Teil; es gelte die Voraussetzungen zu schaffen, die dem Arbeiter erst die vom Gesetzgeber zuerkannte Freiheit zur Wahrheit machten; diese Voraussetzungen schaffe die Organisation. Zu dieser Richtung gehörten begreiflicherweise auch die dem Vereine beigetretenen Vertreter bestehender Arbeiterorganisationen, wie Franz Duncker und Dr. Max Hirsch, und der Präsident des Buchdruckerverbands Richard Härtel.

Eine dritte Richtung, die in den ersten Jahren des Vereins in diesem sich Geltung zu verschaffen suchte, hatte ihren vornehmsten Vertreter in Adolph Wagner. Ich habe oben gesagt, es habe zwischen ihm und mir sowohl ein wissenschaftlicher Gegensatz als auch ein Unterschied in den Zielen bestanden. Der wissenschaftliche Gegensatz war ein Gegensatz in der Methode. Ich habe schon hervorgehoben, was mich methodologisch von der klassischen Nationalökonomie getrennt hat: um zu einer mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Lehre zu gelangen, war ich in allen sozialen Fragen bemüht, von den einzelnen Tatsachen auszugehen, ihre Ursachen und ihre Wirkungen festzustellen und von da, wie Baco sagt, vom Einzelnen zum Allgemeinen aufzusteigen¹. Das aber war nicht

¹ Siehe die Ausführungen über meine Methode in meiner Schrift „Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen“. Berlin 1881. S. 17 ff.

Wagners Methode. Auch nachdem er das Feld seiner Studien auf soziale Probleme erweitert hat, ist er stets Anhänger der abstrakten Methode geblieben. Vom Manchestertum hat er Rodbertus sich zugewandt, und wie in der Begründung so in den Zielen. „Ich gehe immer noch weiter wie Sie“, habe ich oft von ihm hören müssen, trotzdem ich fortwährend geltend machte, daß das Wirtschaftsleben, wie es in der Vergangenheit ein anderes wie heute gewesen, auch in Zukunft ein anderes sein werde, während das Weitergehen an sich für mich gar kein Gesichtspunkt war. Für mich handelte es sich um Beseitigung der unsere Gegenwart bedrohenden Mißstände. Um unser Wirtschaftsleben vor notwendig fehlschlagenden Versuchen, seine Grundlagen umzustürzen, zu bewahren, verlangte ich die ehrliche, rückhaltlose und folgerichtige Durchführung der im heutigen Wirtschaftsleben geltenden Prinzipien der Freiheit auch gegenüber den Arbeitern. Daß man in Durchführung eben der Prinzipien, auf der man für die höheren Klassen bestehende, haltgemacht habe, sobald ihre Konsequenzen auch für die arbeitenden Klassen in Anwendung kommen sollten, sei die Ursache, daß die Beseitigung der früheren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung nicht das erwartete Aufsteigen gebracht habe. Bringe man sie auch ihnen gegenüber zur Durchführung, so lasse sich — und nur auf diese Weise — die gesellschaftliche Entwicklung, die unaufhaltsam stattfinde, einem glücklichen Ende entgegenführen. Sozialpolitik war auch in meinen Augen weit mehr als Koalitionsrecht, Arbeiterschutzgesetzgebung, Wohnungsreform, gerechte Steuerverteilung und anderes mehr. Das waren alles vortreffliche Dinge, aber doch nur Einzelheiten der Politik, die eingeschlagen werden müsse, um zu verhüten, daß das in der Natur der Entwicklung liegende Aufsteigen der Arbeiterklasse zu einer gleichberechtigten Stellung im Staats- und Gesellschaftsleben ohne Katastrophen sich abspiele.

Meine sozialpolitische Auffassung war also in Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Liberalismus und damit im Gegensatz zu der, welcher A. Wagner in steigendem Maße sich zuwandte. Während ich der Anschauung war, daß aller Fortschritt im Wirtschafts- und Kulturleben der Völker vom einzelnen ausgegangen ist, und meine Studien über die Wirtschaftsentwicklung in allen Weltteilen mir die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt und gezeigt haben, daß der Staat nur nachhinkend sich angeeignet hat, was einzelne vor ihm geleistet haben, hat Wagner geschrieben¹:

„In der Tat Verminderung des (Privat-) Eigentumsumfangs als leitendes Prinzip im Kulturgang der Rechtsentwicklung oder auf das ökonomische Ge-

¹ A. Wagner, Briefe von F. Lassalle an Rodbertus-Jagetzow. Berlin 1878. S. 17.

biet übertragen: Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen Systems, mithin auch wachsend kommunistischer Charakter der Volkswirtschaft, oder in Rodbertus Worten: die *Volkswirtschaft* wird immer mehr *Staatwirtschaft*. Das sind die großen, leitenden, meines Erachtens richtigen Gedanken in dem Briefwechsel von Lassalle und Rodbertus.“

Wagner erwartete vom preußischen Königtum die Förderung dieser kulturhistorischen Entwicklung. Im Verein für Sozialpolitik hat 1872 nur der Redakteur der Berliner „Revue“, Rudolf Meyer, der die Anschauungen des Geheimrats Hermann Wagener, des Redakteurs der „Kreuzzeitung“, vertrat, diesen Anschauungen Sympathie entgegengebracht.

I. Breslau

Ich muß bekennen, daß, als der Kultusminister Falk mir im Sommer 1872 die Professur in Breslau antrug, mir dies wie eine Zumutung vorkam, in die Verbannung zu gehen. Ich war eben ein durchaus westlicher Mensch, dem der Osten ganz unbekannt war. Schon vor Ablauf des Sommersemesters hatte ich mich nach Breslau begeben, um mir Zimmer zu mieten. Aber abgesehen von Rathaus, Ring und den Anlagen um die innere Stadt hatte diese mich nicht erfreut. Sie machte mir einen slawischen Eindruck, sowohl die Gesichter, die ich mir an den Schaufenstern der Photographen ansah, als auch die übelriechenden Gossen in den Straßen der inneren Stadt. Ich saß etwas betrübt in meinem Hotel, als in demselben zufällig auch meine Cousine Oriola mit ihren beiden Töchtern auftauchte. Sie beschloß, mir den Sinn für Breslaus schöne Umgebung zu wecken, setzte mich in einen Wagen und führte mich in den Scheitniger Park. Während der Fahrt hatten meine kleinen Cousinen, ohne daß ich, ins Gespräch mit ihrer Mutter vertieft, darauf achtete, die Vorhänge heruntergezogen, bis der Wagen im Park hielt. Ich konnte nicht umhin, seine Schönheit anzuerkennen. Der Rückweg wurde in gleicher Weise zurückgelegt. Erst nachdem ich zu bleibendem Aufenthalte nach Breslau gekommen war, habe ich entdeckt, daß ich in liebenswürdigster Weise überlistet worden war; denn der Weg nach Scheitnig führte, sobald er den Dom hinter sich hatte, damals durch die ödesten Stadtteile, und wo diese aufhörten, begann eine Wüstenei, die die Stadt von Scheitnig trennte.

Als ich dann von der Eisenacher Versammlung nach Breslau kam, um meine Professur anzutreten, begegnete ich sofort den Wirkungen der gegen die „Kathedersozialisten“ inszenierten Hetze, und allerdings waren meine Anschauungen weit verschieden von denen einer Stadt, in der man dem Portier des Hauses nicht abgewöhnen konnte, einem den Saum des Rockes oder Mantels zu küssen, und in der es selbst neugebaute Häuser gab, in denen der Schlafraum des Dienstmädchens in einem Hängeboden über dem Klosett bestand, in den es sich abends mittels einer Leiter begab. Des Morgens angekommen, verlangte ich nach den Zeitungen und

erhielt die drei dortigen Blätter, von denen jedes einen direkt gegen mich gerichteten Leitartikel enthielt. Das war die freudige Begrüßung des Kommenden! An den Straßenecken fand ich einen sozialdemokratischen Anschlag, in dem zum Besuch einer Volksversammlung aufgefordert wurde, in der Bebel reden sollte, mit dem Zusatz: „Auch Professor Brentano ist zum Besuch aufgefordert.“ Kein Wunder, daß bei meinen Antrittsbesuchen meine Kollegen mich entsetzt frugen, ob ich dem Folge leisten werde, und in Gesellschaften, in die ich eingeladen wurde, die Damen erstaunten, in mir einen noch nicht achtundzwanzigjährigen Menschen zu finden; sie hatten nach der Hetze in den Zeitungen in mir einen Mann mit grauem Vollbart und rotem Hemd erwartet.

Unter meinen Kollegen sind mir der Geograph Neumann, der Philosoph Dilthey, der Rechtshistoriker Gierke und der pathologische Anatom Cohnheim, der Physiologe Heidenhain und später, nachdem er dahin berufen worden, der Historiker Alfred Dove besonders nahegetreten. Sie und der städtische Statistiker Simson, ein Verwandter des Reichsgerichtspräsidenten, haben in den Kämpfen, die ich zu bestehen hatte, mich oft freundschaftlich unterstützt.

2

Zunächst war es Dr. Alexander Meyer, der in der „Breslauer Zeitung“¹ Angriff auf Angriff gegen mich losließ; er hat mir mehrere Jahrzehnte später, als wir im Kampf gegen die Getreidezölle zusammenstanden, gesagt, er habe mich wegen meines Eintretens für Arbeiterorganisationen aufs intensivste gehaßt; als getreuer Anhänger Bastiats war er Gegner jeder Art von Organisation und erwartete die Hebung der Lage der Arbeiter ausschließlich von der Zunahme des Kapitals. Noch leidenschaftlicher waren die Angriffe, die Ludwig Bamberger gegen mich richtete. Schon vor der Eisenacher Tagung, am 26. September 1872, hat er Lasker vor einer Teilnahme an derselben gewarnt²:

„Seitdem ich die beiden Bände des Brentanoschen Buches mit Aufmerksamkeit studiert, hasse ich die Sorte wirklich. Es ist die pure Klassenhaßpropaganda, scheinbar mit großer Sachkenntnis ausgerüstet und tatsächlich abgeschmackt unreif.“

Von diesem Hasse waren denn auch die Artikel erfüllt, die er in der „Allgemeinen Zeitung“ und in Lindaus „Gegenwart“ unter dem Titel „Die Romantik auf dem Lehrstuhl der Volkswirtschaft“ gegen mich veröffentlicht und schließlich zu einem Buche „Die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkt des Vereinsrechts“ verarbeitet hat. Bei dem Ansehen, das

¹ Siehe meine Schrift „Über Einigungsämter“. Leipzig 1873. — ² Siehe Paul Wentzke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung. Bonn und Leipzig. II, 60.

Bamberger in der politischen Welt genoß, und seiner glänzenden Schreibweise fanden seine Angriffe allenthalben Widerhall in der Presse; sie erzählten ihren Lesern von dem „Romane der englischen Gewerkvereine“ oder von dem „phantasiereichen jungen Gelehrten“; mein Hauptgegner in Breslau, Dr. Alexander Meyer, aber schrieb¹:

„Die ‚volkswirtschaftlichen Schriften‘ von Michaelis und ‚die Arbeiterfrage‘ von Bamberger werden wohl die Spöttereie zum Schweigen bringen, daß die ‚Manchesterpartei‘ unfähig sei, wissenschaftliche Werke zu produzieren.“

Darauf schien eine Replik unbedingt nötig. Ich habe sie in einer Anzahl von Aufsätzen gegeben, die zunächst in dem von Eckardt redigierten „Hamburgischen Correspondenten“, dann in einer 130 Seiten starken Broschüre² mit einem Anhang erschienen. Ich habe beim Schreiben dieser Aufsätze eine Freude wie bei keiner anderen Schrift empfunden, und zwar so, daß meine Hausfrau voll Verwunderung äußerte, sooft sie in mein Zimmer trete, schreibe ich und lache dabei. Der Grund war, daß ich es leicht hatte, die krasse Unwissenheit meines Gegners, seine Entstellungen und Denunziationen mit derselben Bosheit an den Pranger zu stellen, mit der er mir entgegengetreten war. Ich bin ihm nichts schuldig geblieben; auch hat das Gerede von der „wissenschaftlichen“ Leistung Bambergers in der Presse aufgehört; Bamberger selbst ist mir allerdings noch später in Breslau feindlich entgegengetreten. Als das Beste der Schrift erscheint mir heute freilich der Anhang, in dem ich als Erwiderung auf Bambergers Denunziation einer Stelle in meinen „Arbeitergilden“ (Bd. I, S. 127, wo ich noch dazu vom Parlamente vor 1832 sprechend, „mit Ekel von dieser mit dem Scheine der Volksherrschaft sich brüstenden Vertretung von Klasseninteressen mich abwende“) das oratorische Meisterstück John Brights, des damaligen Hauptes der Manchesterschule, zugunsten der Reformbill von 1867 abdrucke. Es gipfelt in den Worten:

„Die Klasse, welche dieses Land bisher beherrscht hat, hat elendiglich Fiasko gemacht. Sie schwelgt in Macht und Reichtum, während zu ihren Füßen — eine furchtbare Gefahr für die Zukunft — die Menge liegt, die sie vernachlässigt hat. Wenn eine Klasse Fiasko gemacht hat, versuchen wir's mit der Nation. Dies ist unser Glaube, dies ist unsere Absicht, dies ist unser Schrei: Versuchen wir's mit der Nation!“

An der Universität habe ich gleichzeitig außer meinen Pflichtvorlesungen über Nationalökonomie eine öffentliche Vorlesung über die Arbeiterfrage gehalten. Der Hörsaal war bis auf den letzten Platz, und zwar von Zu-

¹ Breslauer Zeitung vom 23. Februar 1873. — ² Die „wissenschaftliche“ Leistung des Herrn Ludwig Bamberger. Ein Nachspiel zu meinen „Arbeitergilden den Gegenwart“. Leipzig 1873.

hörern jeglichen Alters, besetzt. Es war eine historisch-kritische Darlegung der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse; ein Teil derselben ist in meine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands übergegangen. Dabei muß ich als bemerkenswert hervorheben, daß ich wegen meiner sozialpolitischen Anschauungen und deren Vertretung in Wort und Schrift von der Arbeiterpresse nicht weniger als von der bürgerlichen fortwährend angegriffen worden bin. Es verging keine Woche, in der nicht der „Volksstaat“ einen Artikel oder abfällige Bemerkungen über mich brachte, und so ist es bis zur Wiederbeseitigung des Sozialistengesetzes geblieben. Dies ist nicht zu verwundern. War ich doch der Hauptvertreter der Auffassung, daß die Lage der Arbeiter auf Grundlage der bestehenden Wirtschaftsordnung gehoben und ihnen ein fortschreitender Anteil an den Segnungen der Kultur verschafft werden könne, wenn nur deren Prinzipien auch ihnen gegenüber zur Durchführung kämen; die deutschen Arbeiter aber waren damals, soweit sie politisch interessiert waren, in überwältigender Anzahl Marxisten, verlangten dementsprechend den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und hatten wie Marx für Gewerkvereine nur Hohn. Eine Ausnahme machten, abgesehen von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, die aber, als zur Fortschrittspartei gehörig, die Minderheit bildeten, nur die Buchdrucker, deren Verband bis in die Zunftzeiten zurückging. Ihr Führer Richard Härtel hat, wie schon oben gesagt, auch an der Eisenacher Versammlung teilgenommen und wurde später Mitglied des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik.

3

Diese Sonderstellung der deutschen Buchdrucker sollte alsbald in Breslau für mich Bedeutung erlangen. Im Frühjahr 1873 war im Buchdruckergerwerbe ein Tarifkrieg ausgebrochen. Aber die Differenz zwischen Prinzipalverein und Buchdruckerverband wegen des Tarifs war im Kampf zwischen Prinzipalverein und Buchdruckerverband alsbald in den Hintergrund getreten gegenüber der wegen Anerkennung des Gehilfenverbands als der Vertretung der Buchdruckergehilfen. Das war eine Differenz von prinzipieller Tragweite. Sie hat zum Niederlegen der Arbeit der Breslauer Setzer am 7. März 1873 geführt; für den Rest des Monats konnte in Breslau keine Zeitung erscheinen. Ich bin in der Sache von beiden Seiten, von den Prinzipalen wie von den Setzern angegangen worden. Ich habe dabei die Berechtigung der Prinzipale, eine Gegenkoalition gegen den Gehilfenverband zu schließen, als außer Zweifel anerkannt, bin aber ebenso dafür eingetreten, daß die Prinzipale den Gehilfenverband als die Vertretung der Setzer und als berechtigt, über deren Arbeitsbedingungen zu verhandeln,

anerkennen; auch habe ich mich für eine möglichst schnelle Beilegung der Wirren im Buchdruckgewerbe bemüht. Es ist mir auch gelungen, zu verhindern, daß in Breslau der Gehilfenverband gesprengt wurde, was zur Folge hatte, daß noch weitere drei Tage keine Zeitungen erschienen. Am 31. März begannen die Verhandlungen zwischen dem Prinzipalverein und dem Gehilfenverband, die zur Wiederaufnahme der Arbeit führten. Doch hatten, wie der Redakteur einer Breslauer Zeitung mitteilte, sämtliche Breslauer Zeitungen sich verpflichtet, nach ihrem Wiedererscheinen einen Angriff gegen mich zu veröffentlichen. Dieser Verpflichtung sind denn auch die „Breslauer Zeitung“ und die „Breslauer Morgenzeitung“ alsbald nachgekommen. Ihr Angriff hat Widerhall in ganz Deutschland gefunden, und ich wurde vom preußischen Kultusministerium aufgefordert, mich dazu zu äußern. Ich habe ihm erwidert, ich hätte mich nur entsprechend den von mir in meinen „Arbeitergilden der Gegenwart“ gemachten Ausführungen verhalten, und es würde die Autorität des Universitätslehrers erschüttern, wenn er selbst entgegen seinen Lehren handelte; auch habe ich ihm die Darstellung meiner Teilnahme an den Breslauer Wirren geschickt, die ich in Nr. 16 der „Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage“, vom 17. April 1873, S. 126 ff., veröffentlicht hatte, und vom Kultusministerium Falk die Anerkennung erhalten, daß ich nicht anders handeln können. Die Mitglieder des Deutschen Buchdruckerverbands zu Breslau haben mir ein Dankschreiben geschickt, in dem sie mich gegenüber den gehässigen Anfeindungen der Zeitungen in Schutz genommen haben; sie haben in Erinnerung meiner Rettung ihres Verbands ihren Dank 1882, als ich von Breslau wegging, und noch 1924 gelegentlich meines achtzigsten Geburtstags erneuert. Ich bin stolz auf diese Treue!

4

Nach Beendigung dieses für mich so ereignisreichen ersten Jahres profesoraler Lehrtätigkeit habe ich mich im August 1873 zusammen mit dem Geographen Neumann in das Aostatal begeben, mit ihm die Becca di Nona und von Courmayeur aus den Grammont bestiegen, bin dann über den Col de la Seigne nach Frankreich geritten, um von da aus über den kleinen St. Bernhard nach Italien zurückzukehren. Neumann, der auch über antike Geschichte Vorlesungen hielt, befand sich in Widerspruch mit Mommsen, der Hannibal über den kleinen St. Bernhard nach Italien einbrechen ließ. Neumann rezitierte, während er neben mir ritt, alle auf Hannibals Übergang bezüglichen Stellen aus Livius; ich sollte mit meinem Feldstecher feststellen, ob die topographischen Angaben des Livius mit der Gegend übereinstimmten; dabei spielte insbesondere ein weißer Felsen eine Rolle. Aber sobald ich das Glas zur Ausschau hob, steckte das

vom Zaum befreite Tier seinen Kopf zwischen die Beine, so daß ich über diesen auf die kotige Straße rutschte. Nachdem sich dies mehrfach wiederholt hatte, habe ich mich bequemt, abgesehen festzustellen, daß der von Livius geschilderte weiße Felsen vom Paß über den kleinen St. Bernhard nirgends wahrzunehmen sei, und mit Neumann anzunehmen, daß Napoleon richtig behauptet habe, Hannibal sei über den Mont Cenis, wie auch Livius sagt, direkt ins Land der Tauriner gelangt.

Neumann und ich begaben uns nun nach Turin, Genua, Spezia. Von dort sind wir über Mailand nach dem Comersee gereist, wo ich die Heimat meiner väterlichen Vorfahren begrüßte. Hier haben wir uns getrennt. Ich bin noch länger als Neumann in Cadenabbia geblieben und von da über die Schweiz in Baden-Baden gelandet. Als ich dort ausstieg, begegnete ich Herman Grimm mit seiner Frau, meiner Cousine. Bei einem Spaziergang in der Lichtentaler Allee kam ein Ehepaar auf uns zu. Ich erkannte nach den Abbildungen in den Zeitungen sofort den Gatten als Ludwig Bamberger; ob er wußte, wer ich war, ist mir zweifelhaft; ich weiß nur, daß wir beide auf Herman Grimm blickten in der Erwartung, daß er uns einander vorstelle. Aber Grimm rührte sich nicht, und als ich ihm, nachdem das Bambergersche Ehepaar sich verabschiedet hatte, deshalb zur Rede stellte, meinte er: Wenn du dich mit Bamberger prügeln willst, tue es wenn ich nicht dabei bin.

5

Am 31. Mai 1873 hatte ein von der Eisenacher Versammlung damit beauftragter Ausschuß von Teilnehmern einen Aufruf zur Gründung eines Vereins für Sozialpolitik beschlossen; der Verein konstituierte sich am 13. Oktober 1873, und daran knüpfte dessen erste Tagung. Ich habe auf dieser ein Referat über Einigungsämter und Schiedsgerichte erstattet. Nach Breslau zurückgekehrt überraschte mich dort Anfang Dezember der Besuch des Kurators der Universität Jena, der mir einen Ruf dorthin überbrachte. Aber die Bedingungen waren so unzureichend, daß ich nicht annehmen konnte. Auch hat das Berliner Kultusministerium sich beeilt, mir unter Verdoppelung meines Gehalts die ordentliche Professur zu übertragen, die ich 1872 unter irrigen Vorstellungen ausgeschlagen hatte.

II. Meine Verheiratung

Mein Verbleiben in Breslau ist für mein Leben bedeutungsvoll geworden. Ich habe dort ein junges Mädchen kennengelernt, das zu Weihnachten aus Weimar, wo es bei dem Maler Preller wohnte und studierte, zum Besuch ihrer Schwester gekommen war, die Tochter des verstorbenen, aus dem Rheinland stammenden Oberbergrats Erbreich und seiner

aus Westfalen stammenden Gattin. Wir haben uns nach nur kurzer Bekanntschaft verlobt. Ich sagte ihr, als ich um ihre Hand bat, daß sie darauf gefaßt sein müßte, daß ihr Mann viel Schmähungen und Verfolgungen ausgesetzt sein werde. Aber dies war ihr nichts. Dagegen hatte ich große Schwierigkeiten zu überwinden, da der Fürstbischof Foerster mich nicht zur Trauung zulassen wollte, wenn ich nicht vorher beichte und kommuniziere. Das schien mir, da ich nicht mehr gläubig war, als etwas, was gerade vom katholischen Standpunkt ein Sakrileg gewesen wäre; auch war nach katholischer Lehre eine Einsegnung seitens des Pfarrers zur Gültigkeit der Ehe nicht nötig; es genügte, — siehe Manzoni's Promessi Sposi — wenn die Verlobten vor dem Pfarrer erklärten, Mann und Frau sein zu wollen. Die Zivilehe aber sollte erst später als zur Zeit, da wir heiraten wollten, vor dem Staate an die Stelle der kirchlichen Trauung treten. Ich habe, um die Zustimmung des Fürstbischofs zu dieser Trauung zu erlangen, ihn persönlich aufgesucht, und noch erinnere ich mich, wie ich bei ihm in ein Zimmer kam, in dem sich nichts befand als ein Schreibtisch und zwei Stühle; alles andere war gerichtlich wegen Vergehens gegen die Kulturkampfgesetzgebung gepfändet worden. Ich legte dar, warum ich ehrlicherwise auf das Verlangen des Fürstbischofs nicht eingehen könne. Unsere Auseinandersetzung war hartnäckig auf beiden Seiten. Doch gab der Fürstbischof schließlich nach, wohl aus Furcht, ich könne mich von meinem Kollegen Weber, einem altkatholischen Geistlichen, trauen lassen und damit einen von diesem ersehnten Präzedenzfall schaffen. Darin hat er sich allerdings getäuscht; denn ich habe den Altkatholizismus nicht weniger als die Infallibilität abgelehnt. Doch habe ich ihn in seiner irrigen Annahme belassen, und ich wurde, wie ich wünschte, getraut. Meiner Mutter habe ich allerdings von den meiner Trauung vorausgegangenen Schwierigkeiten nichts mitgeteilt, und als sie meine junge Frau kennenlernte, hat deren bezaubernde Anmut — sie glich in überraschendem Maße einem Bild meiner Großmutter Maximiliane¹ — und deren überfließende Güte sofort ihr Herz gewonnen. Damit hat sie auch mir bis zu ihrem unmittelbar vor Beendigung des Weltkriegs erfolgten Tode das Leben verschönt.

Ich bin in dem auf meine Verheiratung folgenden Jahre durch häusliche Angelegenheiten sehr in Anspruch genommen gewesen. Eine Schwester meiner Frau war mit einem der Inhaber der durch Freytags „Soll und Haben“ bekannten Firma J. Molinari & Söhne verheiratet, wodurch ich mit den kaufmännischen Kreisen Breslaus näher bekannt geworden bin. Ich habe von ihnen viel Freundlichkeit, aber keinerlei Förderung erfahren.

¹ Siehe Bild der Familie Laroche.

Ganz anders stand es mit meinen schon genannten Kollegen. Wir verkehrten fast täglich miteinander und haben alles, was uns geistig und politisch erregte, erörtert. Ich habe dabei viel Anregungen und meine Frau im Umgang mit den Frauen meiner Kollegen dauernde Freundschaft empfangen.

2

Neben diesem idyllischen Leben haben aber meine sozialpolitischen Kämpfe nicht aufgehört. 1874 habe ich für den Verein für Sozialpolitik ein Gutachten in der Frage verfaßt, die bis in die Kriegszeit Gegenstand heftigster Kämpfe gewesen ist: in der Frage der Sicherung des Arbeitsvertrags. Da der durch Kontraktbruch des vereinzelt Arbeiters geschädigte Arbeitgeber von diesem wegen seiner Armut keinen Schadenersatz zu verlangen vermag, verlangten die Arbeitgeber, die zur Zeit des auf den deutsch-französischen Krieg folgenden Aufschwungs unter Kontraktbrüchen viel zu leiden gehabt hatten, kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs. Dadurch wäre für einen Teil der Bevölkerung für strafbar erklärt worden, was für einen anderen straflos blieb. Aber die vom Gesetze ausgesprochene Rechtsgleichheit von Arbeitern und Arbeitgebern entsprach so wenig dem Herrenbewußtsein, das die letzteren noch besaß, daß sie daran keinen Anstoß nahmen. Ich habe in meinem Gutachten alle von den Verteidigern der kriminellen Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs vorgebrachten Argumente Punkt für Punkt zurückgewiesen. Nicht als ob ich mich der Notwendigkeit verschlossen hätte, den durch Arbeitsvertragsbruch geschädigten Arbeitgebern Ersatz zu schaffen. Wenn dieser aus dem Vermögen des einzelnen Arbeiters nicht beschafft werden könne, so sei damit nicht gesagt, daß er nicht aus dem Vermögen der vereinigten Arbeiter zu beschaffen sei, und wenn der Arbeitsvertrag aus einem Einzelvertrag ein Kollektivvertrag geworden sei, seien die Organisationen der Arbeiter auch für die Innehaltung der von ihren Vertretern abgeschlossenen Arbeitsverträge seitens ihrer Mitglieder verantwortlich zu machen. Ich erwähne das, um zu zeigen, daß ich dies schon 1874 verlangt habe; wir werden sehen, daß bezahlte Vertreter der Arbeitgeber mir noch 1912 vor Gericht den Vorwurf machten, ich bestehe darauf, daß die Arbeitgeber die von ihnen abgeschlossenen Kollektivverträge einhielten, während ich sie selbst gegen Arbeitsvertragsbruch schutzlos lasse.

3

Die Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik nahm alsbald nach seiner Konstituierung die Wendung, daß der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit in der Veranlassung monographischer Untersuchungen über einzelne brennende Fragen verlegt wurde und die Vereinsversammlungen zu etwas relativ Nebensächlichem herabsanken. Immerhin wurden die Vereinsver-

sammlungen von der die Öffentlichkeit beherrschenden liberalen Presse mit dem gleichen Mißtrauen wie die erste Eisenacher Versammlung behandelt. Man vergegenwärtige sich, daß der Kampf des liberalen Bürgertums gegen Bismarck noch kaum der Vergangenheit angehörte. Die Kathedersozialisten, die für die Arbeiter das Wort ergriffen, galten noch als geheime Schützlinge des Reichskanzlers, und, wenn dieser nach Gründung des Reiches auch zunächst mit den Liberalen regierte, so fühlten diese sich dieses Bundes doch keineswegs sicher. Das hat auch zu den mannigfachsten Verschiedenheiten im Verein für Sozialpolitik geführt und zu mancherlei Zumutungen, die von außen an ihn herantraten.

Hatte Schmollers „ethisches Pathos“ auch die meisten Veranstalter der Eisenacher Versammlung zusammengeführt, so mußten doch, sobald der Kampf gegen einen gemeinsamen Feind nicht mehr alle Kräfte in Anspruch nahm, die unter einer Mehrheit von Menschen sich naturgemäß findenden Verschiedenheiten zutage treten. Als wir in die Bewegung eintraten, waren wir alle Liberale oder den Liberalen politisch nahestehend gewesen. Nachdem der Verein für Sozialpolitik gegründet war, war die Frage, was daraus werden sollte. Mir hatte, als ich an der Gründung teilnahm, vorgeschwebt, es solle ein Ausschuß sachverständiger und sozialpolitisch eifriger Männer ins Leben treten, der der friedlichen Entwicklung der Arbeiterfrage die Wege ebne, indem er die berechtigten Ansprüche der Arbeiterbewegung in der Öffentlichkeit vertrete und die unentbehrlichen Gesetze vorbereiten und erkämpfen helfe. So etwas Ähnliches hatte sich ursprünglich wohl auch Schmoller gedacht. Allein Schmoller hatte bereits mit seinen Studien über die Geschichte des preußischen Beamtentums und der preußischen Verwaltung begonnen. Da sprach Gneist den Gedanken aus, der Verein für Sozialpolitik möge auf volkswirtschaftlichem und Verwaltungsgebiete eine ähnliche Funktion übernehmen wie der Juristentag auf dem Gebiete der Jurisprudenz: er möge eine Organisation für Verwaltungsbeamte werden. Dieser Gedanke war Schmoller nach der Richtung, welche seine Studien genommen, naturgemäß sympathisch. Adolph Wagner wiederum mit der ihm eigentümlichen Vorliebe für eine prinzipielle Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen stimmte in dem, was er wollte, weder mit meiner Auffassung noch mit der von Schmoller und Gneist ganz überein. Meine war ihm viel zu eng, indem sie sich zunächst auf das Dringlichste, die Arbeiterfrage, beschränkte; Schmollers und Gneists Bestrebungen waren ihm wohl zu kompromißlustig; er wollte die soziale Reform prinzipiell und in allen ihren Teilen aufrollen und hatte seit seiner Berliner Rede vom 12. Oktober 1871 mit Rodbertus, Hermann Wagener und Rudolf Meyer Fühlung ge-

nommen. Die Zeit sollte nun bald zeigen, welche Auffassung berufen sei, dem Verein das Gepräge zu geben.

Das erste war, daß die eifrigen Ausschußmitglieder Gneist, dessen Kompromißlust ja schon auf der ersten Eisenacher Versammlung den Widerspruch Schmollers gefunden hatte, veranlaßten, vom Vorsitz des Vereins zurückzutreten. Die Sache ging nicht ohne Komik vor sich. Held war Sekretär des Vereins. Wir versammelten uns des Abends in seinem Zimmer, um ihn zu überreden, er müsse wegen Überlastung zurücktreten; dann werde Gneist dasselbe tun. Aber das Eisenacher Hotel hatte dünne Wände, und als nach Schluß der Tagung der Vereinsausschuß zur Beratung weiterer Aufgaben zusammentrat und Held mit der Begründung seines Rücktrittsgesuchs begann, unterbrach ihn Gneist, indem er alles wiederholte, was wir am Abend vorher in Helds Zimmer ausgemacht hatten, und legte den Vorsitz nieder. Vorsitzender wurde nun der Bonner Professor Nasse, Sekretär der Regierungsrat Meitzen in Berlin.

Die erste Auffassung, die darauf im Verein unterlag, war die Adolph Wagners. Die Sache kam so: der „Kreuzzeitungs“redakteur Geh. Rat Wagener und Rudolf Meyer waren schon 1874 auf der zweiten Jahresversammlung des Vereins für Sozialpolitik als Berichterstatter des Auswärtigen Amts, d. h. des Fürsten Bismarck, erschienen. R. Meyer hat in der „Zukunft“ vom 31. August 1895 den Bericht veröffentlicht, den Wagener Bismarck erstattet hat. Er enthält mancherlei tatsächliche Unrichtigkeiten, zeigt aber, was Wagener anstrebte, und dies läßt es begreiflich finden, daß er mit dem Verein gründlich unzufrieden war. Nicht als ob er mit den arbeiterfreundlichen Tendenzen, soweit solche auf dem Kongresse hervortraten, nicht einverstanden gewesen wäre; aber seine Tendenz war doch, den Arbeiterorganisationen eine solche Gestaltung zu geben, daß sie seinen politisch-konservativen Velleitäten sich anschmiegen. Es war das Programm des königlich preußischen Staatssozialismus. Auf dem Kongreß von 1875 erschien nun Rudolf Meyer allein, um einen von ihm und Rodbertus unterzeichneten Antrag zu stellen,

„dem Reichskanzler das Ersuchen auszusprechen, der deutschen Industrie sowie den bei derselben beteiligten Unternehmern und Arbeitern sowohl nach außen wie nach innen den Schutz zu gewähren bzw. zu verschaffen, welcher in Anerkennung des Wertes der Arbeit und der eigengearteten Stellung der deutschen Industrie als das alleinige Mittel erscheint, unsere in Frage gestellte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und den sozialen Frieden auf dem heimischen Markt wiederzugewinnen“.

R. Meyer wünschte, daß sein Antrag an einem dritten Kongreßtage verhandelt werde, um bis dahin soviel Sukturs heranzuziehen, daß der Antrag angenommen worden wäre. Mit seiner Annahme wäre der Verein für

Sozialpolitik Hermann Wagener ausgeliefert gewesen. Um dies zu verhindern, habe ich, um die Überrumpelung zu verhüten, auf Grund der Vorschrift unserer Geschäftsordnung, daß jeder Antrag drei Wochen vor der Versammlung bekannt zu geben sei, beantragt, Meyers Antrag als unzulässig abzuweisen. So geschah es. Meyer stampfte vor Wut und verließ zornig den Saal.

4

Der Vorgang hatte weitere Wirkung. Es war bald nach der ersten Eisenacher Versammlung deutlich geworden, daß im Lager der „Volkswirte“ sich eine Anzahl Männer befanden, die ebensogut mit dem Verein für Sozialpolitik hätten zusammenarbeiten können. Dazu gehörte insbesondere der damalige Führer der Nationalliberalen Eduard Lasker¹. Er empfand gleich den Kathedersozialisten das Bedürfnis nach einer arbeiterfreundlichen Politik der liberalen Partei. Umgekehrt bestand in einer Reihe von Fragen kein Unterschied zwischen Kathedersozialisten und „Volkswirten“. Doch stand einem Zusammenarbeiten das Mißtrauen der „Volkswirte“ entgegen, daß wir dem Reichskanzler als Hilfstruppe gegen die liberale Partei dienen sollten. Schon H. Wagens und seines Adlatus R. Meyer Anwesenheit auf dem Kongreß von 1874 hatte das größte Aufsehen erregt. Wäre der Antrag Meyer durch eine Überrumpelung angenommen worden, so wären nicht nur die von mir mit Lasker angeknüpften Fäden², die zu einer Vereinigung der vernünftig denkenden Mitglieder des Volkswirtschaftlichen Kongresses mit den Kathedersozialisten führen sollten, zerrissen gewesen, sondern den Hauptträgern des Vereins, soweit sie nicht zur Unterwerfung unter Wagener bereit waren, wäre nichts mehr übriggeblieben, als entweder ganz zurückzutreten, oder bedingungslos im Volkswirtschaftlichen Kongreß aufzugehen. Nun aber Meyers Antrag gefallen war, diente er zur Beschleunigung der Annäherung der bisherigen Gegner. Doch noch stand dieser die Unversöhnlichkeit Ludwig Bambergers im Wege. Während Nasse und der ständige Ausschuß der „Volkswirte“ darüber verhandelten, daß jede der beiden Organisationen umschichtig, das eine Jahr die eine, das andere die andere einen Kongreß abhalten solle, und daß die Angehörigen beider Lager den der anderen Richtung besuchen sollten, hielt Bamberger in der Reichstagsitzung vom 27. Januar 1876 eine von Schmähungen und Denunziationen strotzende Rede gegen die Kathedersozialisten; sie kamen seinen

¹ Schon am 26. September 1872 hat Bamberger in einem Briefe an Lasker seine Besorgnisse ausgesprochen, daß er mit den Kathedersozialisten zusammengehen könne. Siehe Paul Wentzcke, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks II, 60. — ² Wentzcke a. a. O. II, 137 bis 139.

leidenschaftlichen Angriffen von 1872 und 1873 gleich, ja haben sie vielleicht übertroffen. Ich habe sofort in einem Briefe an Lasker vom 30. Januar 1876¹ gegen diese Verleumdungen von Männern, mit denen man gerade über Annäherung verhandelte, noch dazu an einem Orte, an dem ihnen die Verteidigung unmöglich war, protestiert. Darauf hat Bamberger ein entschuldigendes Schreiben an Nasse, den Präsidenten des Vereins für Sozialpolitik, geschrieben. Auf Grund dieser Entschuldigung beschloß dessen Ausschuß an der getroffenen Vereinbarung festzuhalten, und 1876 in Bremen und 1877 in Berlin haben die Angehörigen beider Organisationen friedlich zusammen getagt. Dabei bestätigte sich, daß die Verschiedenheiten in den Anschauungen der meisten Mitglieder beider Lager minimale seien. In Bremen haben 1876 alle anwesenden Mitglieder des Vereins — Schmoller war nicht anwesend — für die beantragte Freihandelsresolution gestimmt, und in Berlin hat 1877 besonders H. B. Oppenheim, der Erfinder der Bezeichnung Kathedersozialismus, die Geringfügigkeit der Meinungsverschiedenheiten hervorgehoben. Nur die Breslauer Liberalen haben mich nach wie vor gehaßt; sie haben sich noch 1878 Bamberger verschrieben, der trotz aller vorausgegangenen Entschuldigungen seine Reichstagsrede von 1876 wiederholte, worauf ich aus dem Breslauer liberalen Verein ausgetreten bin.

Die Wiederannäherung zwischen dem Verein für Sozialpolitik und den Männern des Volkswirtschaftlichen Kongresses hat Adolph Wagner veranlaßt, aus dem Ausschuß des Vereins auszutreten. Er war schon 1874 einer Wiederannäherung an den Volkswirtschaftlichen Kongreß abhold gewesen. Ende 1877 ist er der vom Berliner Hofprediger Stöcker begründeten christlich-sozialen Arbeiterpartei beigetreten, deren Programm weniger der bestehenden Wirtschaftsordnung angehörte, als vielmehr einen Übergang zu dem weitergehenden staatssozialistischen Programm der Partei des „sozialen Königtums“ bedeutete.

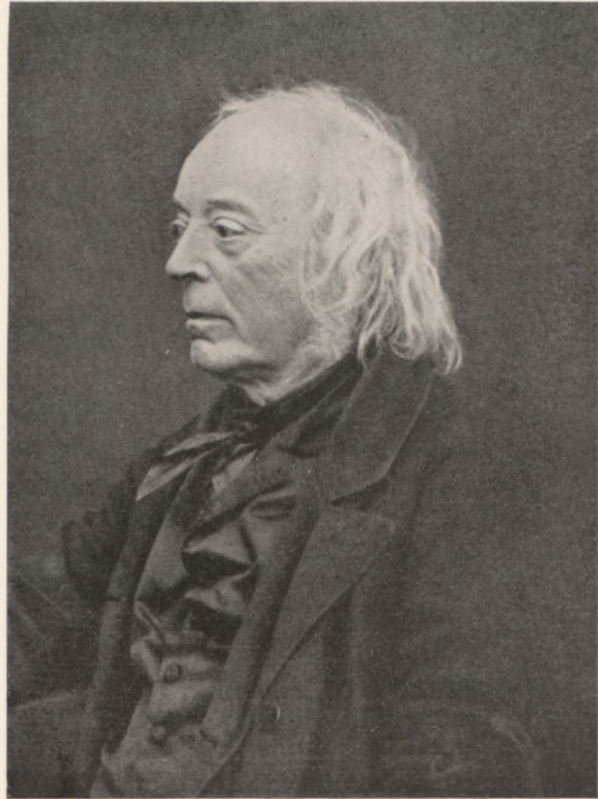
5

Aber weit wichtiger als meine Differenzen mit Adolph Wagner war, was mich von Schmoller unterschied. Das ist erst nach Gründung des Vereins für Sozialpolitik hervorgetreten. Bei dieser haben wir ohne Einschränkung zusammengewirkt. Vielleicht hat Knapp recht, wenn er schreibt², der mächtigste Anstoß sei dabei von mir ausgegangen; nachdem der Verein aber im Sattel saß, war Schmoller, auch bevor er 1890 den Vorsitz im Vereinsausschuß übernahm, unstreitig die maßgebendste Per-

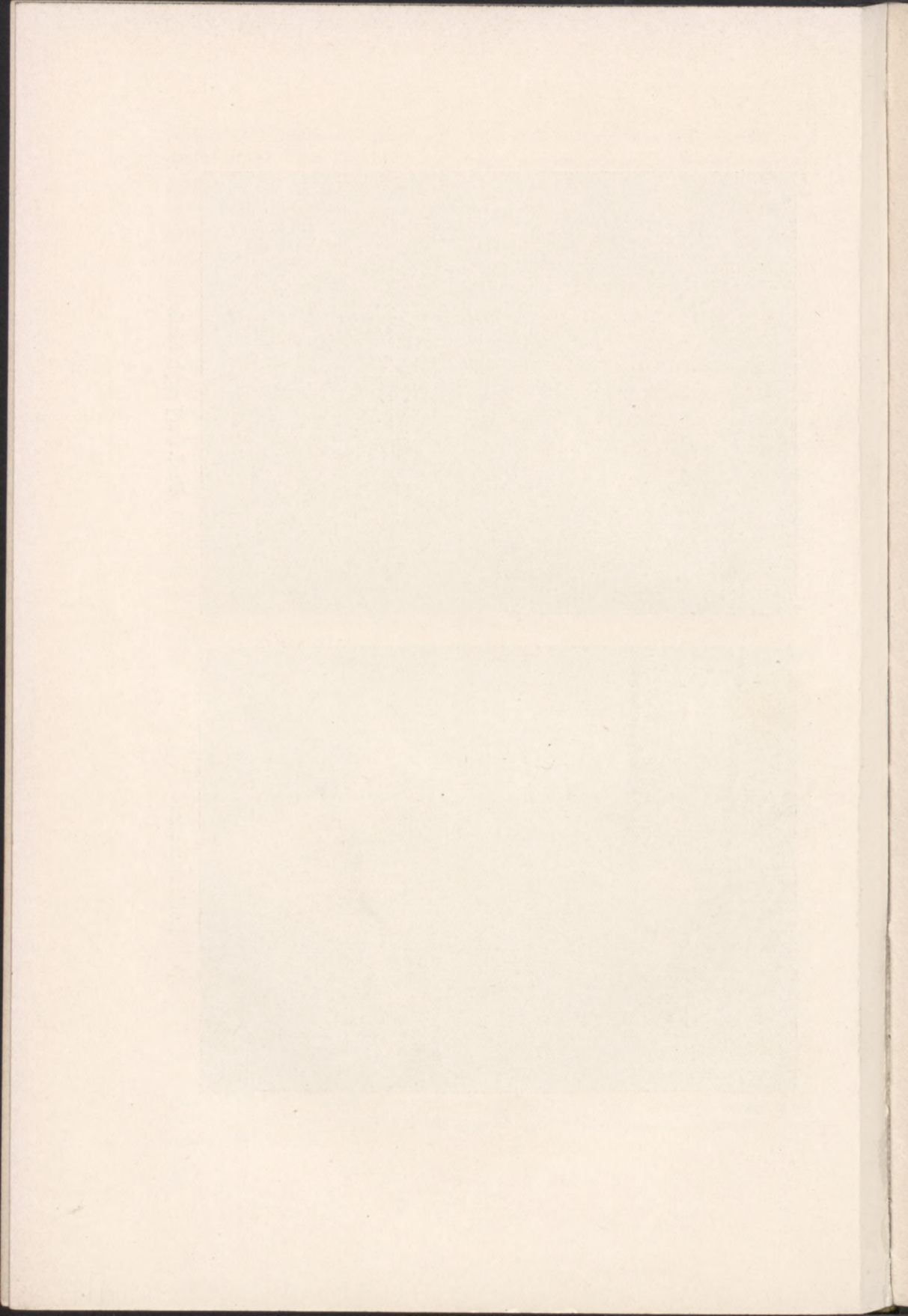
¹ Abgedruckt bei Wentzcke a. a. O. II, S. 143, 144. — ² G. F. Knapp, Ausgewählte Werke I, Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie. München und Leipzig. 1925. S. 373.



Louis Brentano



Prof. Dr. Joseph Merkel



sönlichkeit bei Bestimmung und Durchführung der Aufgaben, die der Verein sich setzte. Gerade weil wir uns persönlich so nahestanden, mußte dabei der Wunsch des einen, den anderen zu sich herüberzuziehen, zu fortwährenden Auseinandersetzungen führen. Vor mir liegt ein großer Stoß von Briefen, die mir Schmoller von 1871 bis zu seinem 1917 erfolgten Tode geschrieben hat. Bis gegen Ende der achtziger Jahre befaßten sie sich mit unseren Meinungsverschiedenheiten. Als ich sie jetzt wieder las, hat mich die Freundschaft, die daraus entgegenleuchtet, tief bewegt, und da meine Briefe mir nicht vorliegen, kann ich nur hoffen, daß sie dem entsprechen, was Schmoller mir darüber zu meinem siebzigsten Geburtstag geschrieben hat¹. Nur Ende der achtziger Jahre sind unsere freundschaftlichen Beziehungen durch eine Rezension Schmollers einer aus meinem Seminar hervorgegangenen Arbeit unterbrochen worden; ich werde darauf noch zurückkommen; aber auch diese Unterbrechung ist nicht von Dauer gewesen. Wie Schmoller am 13. Dezember 1914 mir schrieb:

„Die Gemeinsamkeit großer Ziele und das gegenseitige Verständnis hat uns immer wieder zusammengeführt. Das Gefühl überwog immer zuletzt bei uns beiden, daß wir die zu einander gehörigen, sich ergänzenden Teile einer und derselben Bewegung seien und daher zusammen wirken müssen und können.“

Was war es denn aber, was uns trennte? In einer der zahlreichen Erklärungen, in denen Schmoller dies festzustellen versucht hat, meinte er:

„ich sei von Haus und Jugend auf Aristokrat, das verwöhnte Kind glänzender Lebenslage; meine ästhetischen Bedürfnisse seien nicht ohne Einfluß auf meine politische Gesinnung; das erste Große, was mir in meiner Jugend entgegengetreten sei, seien die englische persönliche Freiheit und die Leistungen des englischen Radikalismus gewesen. Er dagegen sei das Produkt einer bescheidenen württembergischen Pfarrer-, Schreiber-, Gelehrtenfamilie; was ihm beim Heraustreten aus den engen ekligradikalen württembergischen Kreisen am meisten imponierte, sei der preußische Staat gewesen mit seinen staatlichen und volkswirtschaftlichen Leistungen. Dabei sei er aber weit demokratischer als ich, weil ihm der ästhetische Genuß der oberen Zehntausend nicht so wichtig sei, weil er die Kraft der Deutschen vor allem im Mittelstand sehe“.

Aber wenn ich auch fünf Jahre im adligen Institut in Augsburg zugebracht habe, so stimmt in dieser Erklärung vor allem eines nicht. Was ich von meiner Entwicklung erzählt habe, zeigt, daß ich in nichts weniger als glänzender Lebenslage, sondern unter sehr großen Einschränkungen aufgewachsen bin, wenn auch meine Umgangsformen und meine ästhetischen Ansprüche der Vergangenheit meiner Familie entsprachen. Auch

¹ Der Brief ist abgedruckt in Schmollers Jahrbuch, 39. Jahrgang, S. 365 ff.

stimmt der Vorwurf, ich sei Aristokrat, nicht damit, daß ich von je auch den Geringsten als meinesgleichen erachtet und behandelt habe, und noch weniger mit dem gleichzeitigen gegen meinen Radikalismus. Wohl aber haben mein Frankfurtertum und der Kampf, den mein Vater sowohl für die Freiheit der Kirche gegenüber dem bayerischen Religionsedikt als auch gegenüber dem preußischen Staat zur Zeit des Kölner Bischofsstreites geführt hat, und seine Verdrängung aus Marienberg durch den preußischen Polizeistaat eine andere Einschätzung des Beamtentums und auch des preußischen Staats wie die Schmollers in mir zur Folge gehabt. Und so widerspreche ich nicht, wenn Schmoller an anderer Stelle nach Hervorhebung, daß wir bei gemeinsamer Verfolgung sozialpolitischer Ideale im einzelnen oft verschiedener Meinung gewesen sind, über mich geschrieben hat:

„Wir haben uns immer wieder in dem entscheidenden sozialpolitischen Reformgedanken zusammengefunden, wenn ich auch mehr in den Traditionen des deutschen monarchischen Beamtenstaates bleiben wollte, Brentano mehr in die Bahnen westeuropäisch-demokratischer Ideale einmündete¹.“

Ich habe erzählt, daß ich vom juristischen Studium ausgegangen und ein insbesondere im römischen Recht durchgebildeter Jurist geworden bin; dementsprechend war ich auch ausgesprochener Individualist geworden; politisch war ich, wie erzählt, Liberaler und stand auf dem Boden der in der Verfassung anerkannten Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Meine nationalökonomische Bildung hatte ich, wie gleichfalls schon dargestellt, durch das Studium von Adam Smith, Ricardo und der Schriften ihrer Schule, einschließlich derer der sie im einzelnen korrigierenden Deutschen Hermann und Helferich erhalten. Ich hatte unter teilweise Anschluss an Hermann deren Lehren, soweit sie das Arbeitsverhältnis betrafen, weiter ausgebildet und aus meinen Verbesserungen die praktischen Folgerungen gezogen, damit das, was sowohl Adam Smith als auch Ricardo als Ideal vorgeschwebt hat, das größte Glück der größten Zahl, zur Wahrheit werde. Ganz anders Schmoller. Ich weiß nicht, wie es mit seinem Studium des römischen Rechts gestanden hat; jedenfalls hat dessen Betrachtungsweise ihn nicht im gleichen Maße wie mich durchdrungen, und ebensowenig die der klassischen Nationalökonomien, die dieser nahestand; und wenn auch er Liberaler war, so war er dies doch nicht wie ich als Ausfluß einer in inneren Kämpfen erlangten Weltanschauung, sondern als Opportunist, dem die Verwirklichung der Einheit Deutschlands nur mit Hilfe der Liberalen möglich schien, der aber auch bereit war, liberale Prinzipien preiszugeben, wo er glaubte, daß der starke

¹ In Schmollers Jahrbuch, 37. Jahrgang, 1913, S. 14/15.

Mann, der Deutschlands Geschichte führte, mit Recht dies verlange. Ich habe seine Aussage, was ihn zur Bewunderung des preußischen Staates geführt habe, angeführt. Schon vor der ersten Eisenacher Tagung hatte er mit seinen Studien über die Geschichte der preußischen Verwaltung begonnen. Er hat sie Zeit seines Lebens fortgesetzt und hat dabei Friedrich Wilhelm I., dem bis dahin als dem tyrannischen Vater Friedrichs des Großen, dem Liebhaber langer Grenadiere und dem Haupte des Tabakkollegiums, nur eine gemischte Beurteilung zuteil geworden war, als den Schöpfer der ob ihrer Tüchtigkeit allzeit gepriesenen preußischen Verwaltung zu Ehren gebracht. Diese Tätigkeit hat ihn mehr zur Beschreibung als zur Erforschung von Kausalzusammenhängen geführt. Er war ganz undogmatisch; während ich, wenn ich auch die Ableitung eines volkswirtschaftlichen Systems ausschließlich aus dem wirtschaftlichen Egoismus abgelehnt habe, doch bemüht war, auf empirischem Wege die die wirtschaftlichen Erscheinungen verbindenden Zusammenhänge festzustellen¹, hat Schmoller alle Bestrebungen, notwendige Kausalzusammenhänge festzustellen, verurteilt. Das war ein Zurückgehen hinter Montesquieu, der doch schon gelehrt hatte, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen, Gesetze und Sitten durch Notwendigkeit miteinander verbunden sind, und es gelte, die Korrelatverhältnisse, in denen sie stehen, zu begreifen; es war eine Vorbereitung des Rückfalls der deutschen Wirtschaftspolitik in den Fehler Machiavellis, wonach es demjenigen, der mit der nötigen Klugheit entsprechende Energie verbindet, möglich sein sollte, alles, auch das sich widersprechende, zu erreichen. Schmoller war überhaupt mehr Geschichtsschreiber als Nationalökonom. Das zeigt mehr als alles sein „Grundriß der Nationalökonomie“. Dieser gibt durch die Fülle und Vielseitigkeit des Materials, das er bietet, dem bereits Vorgehenden eine Fülle von Anregung, aber dem Anfänger gibt er nichts. Mir hat Schmoller in einem seiner Briefe vorgeworfen, bei mir habe alles scharfe Konturen; das gebe es im Leben nicht; da fließe alles ineinander. Der Anfänger aber verlangt nach scharf umrissenen Sätzen, mit denen er an die Erklärung der wirtschaftlichen Erscheinungen herantreten kann. Der Schmollersche Grundriß dagegen gibt Bilder, in denen die Farben wie in einer Abendröte ineinanderschwimmen; es ist wunderschön, aber man kann daraus keine Schlüsse zur Erklärung der wirtschaftlichen Erscheinungen ziehen. Daher heute gesagt wird, Schmoller habe, nachdem seine warmen, begeisternden Reden nicht mehr gehört werden, keinen Einfluß mehr auf die Jugend.

¹ Siehe meine schon zitierten Ausführungen über Methode.

III. *Mein Buch: Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht*

Am 3. März 1876 habe ich meine Cousine Claudine von Arnim im 72. Jahre ihres Lebens verloren. Sie ist mir die fürsorgendste Freundin gewesen. Das schon Erzählte zeigt, daß ich die Studien, die ich machen konnte und die mich zu meinen Erfolgen geführt haben, ihr zu verdanken habe. Aber auch in allen rein persönlichen Angelegenheiten hat sie alles, was mich betraf, zu ihrem Interesse gemacht. Noch in den Herbstferien 1875 waren wir mit unserem wenig Monate alten Töchterchen bei ihr in Wiepersdorf gewesen, wo ihre Liebe für uns Alle in gleicher Weise gesorgt hat. Das Folgende wird zeigen, daß auch nach ihrem Tode ihr Stiefsohn Achim von Arnim uns in gleicher Weise verbunden geblieben ist.

2

Im Sommer 1876 habe ich von Duncker und Humblot die Aufforderung erhalten, eine zweite Auflage meiner „Arbeitergilden“ vorzubereiten, doch konnte ich mich dazu nicht verstehen. Im „Correspondenten für Deutschlands Buchdrucker“ hatte einer der frühesten und eifrigsten Anhänger Lassalles ausgesprochen, daß nach den Ausführungen des zweiten Bandes meiner Arbeitergilden Lassalles Lehre vom ehernen Lohngesetze unhaltbar erscheine, ebenso hatte der Philosoph Friedrich Albert Lange in der dritten Auflage seiner „Arbeiterfrage“ anerkannt, daß ich überzeugend nachgewiesen habe, daß eine geschlossene und über den ganzen Bereich möglicher Konkurrenz ausgedehnte Organisation der Arbeiter allerdings imstand sei, den Reallohn erheblich zu steigern; hierdurch werde der Prozeß der Differenzierung in der allgemeinen Lebenslage der Bevölkerung zum Stillstand gebracht und sogar eine natürliche Rückbildung im Sinne größerer Gleichheit ermöglicht; infolgedessen seien die extremen Ansichten von Karl Marx, welcher das Heil nur von einer durchgreifenden Sozialrevolution erwarte, nicht aufrechtzuerhalten. Da Lange in seinen früheren Auflagen den Ansichten von Marx selbst gehuldigt hatte, hat mich dieses Zugeständnis besonders erfreut. Ich entgegnete also der Aufforderung meines Verlegers, daß eine populärwissenschaftliche Behandlung der Arbeiterfrage vom Standpunkt der „Arbeitergilden“ vielleicht einem größeren Interesse entspreche als eine Neubearbeitung, welche im Maßstab der ersten Auflage alle Einzelheiten der Entwicklung der englischen Arbeiterfrage seit 1872 nachtrage.

So entstand mein Büchlein „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“, das dem Gegenstand nach umfassender als die „Arbeitergilden“,

in der Ausführung weniger ins einzelne gehend war. Lasker hat mir schriftlich und mündlich seine Zustimmung, von untergeordneten Nebenpunkten abgesehen, ausgesprochen, ja daß er sich beim Lesen des Buches so sehr in Übereinstimmung mit dem Verfasser gefühlt habe, daß ihm oft vorgekommen sei, er habe die betreffenden Ausführungen selbst geschrieben. Dagegen hat das kleine Buch das, was Schmoller und mich trennte, mit voller Schärfe zur Geltung gebracht. Der theoretische Teil desselben hat nämlich, obwohl er doch nur wiedergab, was schon im zweiten Band meiner „Arbeitergilden“ gesagt war, seine lebhafteste Mißbilligung gefunden. Gerade das, was F. A. Lange zur Anerkennung meiner „Arbeitergilden“ geführt hat, den Nachweis, daß innerhalb der auf Eigentum und Freiheit herrschenden Gesellschaftsordnung die Möglichkeit bestehe, daß den Arbeitern ein steigender Anteil an den Segnungen der Kultur zuteil werde, hat er völlig mißverstanden. Während es mir nur darauf ankam, zu zeigen, daß ein Aufsteigen der Arbeiterklasse auch ohne gewaltsame Revolution möglich sei, meinte er, ich wolle die bestehende Gesellschaftsordnung für ewige Zeiten erhalten; das widersprach aber ebensowohl meinen wie seinen historischen Ansichten von Entwicklung und Fortschritt.

3

Damit stand im Zusammenhang, daß Schmoller mein Nachweis, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mit „den Dogmen des Liberalismus, der Lehre vom sogenannten freien Vertrag oder der wirtschaftlichen Freiheit“ übereinstimme, antipathisch war; denn er war, wie gesagt, nur aus Opportunität Liberaler. Daher er in dieser Antipathie keinen Widerspruch zu seinen Ausführungen in Eisenach fand, in denen er selbst die Forderung nach Koalitionsfreiheit mit dem Gegensatz der vom Gesetzgeber statuierten Freiheit und Rechtsgleichheit zu der wirklichen Unfreiheit des einzelnen Arbeiters begründet hatte. Was ihm aber am meisten widerstrebt, war, daß ich ebenso wie A. Smith und seine Nachfolger den Arbeitsvertrag nach allen Regeln des Kaufvertrags und die Arbeit als Ware, die in diesem verkauft wird, behandelt habe. Schmoller huldigte der Meinung, daß dies den Arbeiter als Menschen herabwürdigte; die gleiche Ansicht findet sich auch bei unwissenschaftlichen Menschen bis zu den Verfassern des XIII. Titels des Versailler Friedensdiktats. Es besteht aber gerade in der Entwicklung von der Zeit an, wo dem Arbeiter als Sklaven keinerlei Verfügung über die Nutzung seiner Arbeitskraft zustand, durch die verschiedenen Stadien hindurch, von denen jedes spätere den Wegfall einer Beschränkung seiner Verfügungsfreiheit über dieselbe brachte, bis zu dem Augenblick, wo auch keine Lohntaxe mehr den Wert dieser

Nutzung bestimmte und kein Koalitionsverbot mehr verhinderte ihren Wert möglichst geltend zu machen, mit anderen Worten, es besteht in der wirtschaftlichen Entwicklung des Arbeiters aus dem Sklaven zum Warenverkäufer und Unternehmer, der wie andere Unternehmer eine Ware für eigenen Gewinn und Verlust zu Markt bringt und einen ihrem konkreten Gebrauchswert entsprechenden Preis dafür erhält, die Entwicklung der großen Masse des Volkes von der Unfreiheit zur persönlichen Freiheit¹ und Rechtsgleichheit. Es war der Liberalismus, der, indem er diese Auffassung vertrat, die Freiheit und Rechtsgleichheit des Arbeiters zur Geltung gebracht hat, und darin liegt sein großes Verdienst um den Arbeiter. Dabei gibt es keine andere Auffassung, welche dessen Freiheit hätte verwirklichen können oder zu wahren imstande wäre; und nur da ist diese Freiheit beeinträchtigt, wo jene Auffassung nicht völlig verwirklicht ist. Und so kann es sich für denjenigen, der an dieser Freiheit als an einer der größten Errungenschaften der Kultur festhält, nicht um die Bekämpfung jener Auffassung, sondern nur um ihre Verwirklichung handeln, d. h. um die Herstellung derjenigen Voraussetzungen, ohne welche der Arbeiter nicht gleich den Verkäufern anderer Waren zu handeln imstande ist. Diese Voraussetzungen sind aber, wie ja auch Schmoller 1872 in Eisenach ausgeführt hat, das Koalitionsrecht und die Organisation seines Gebrauchs.

Aber freilich darf man nicht in den Fehler verfallen, so zu reden, als sei es die Arbeitskraft, die im Arbeitsvertrag verkauft wird. Die Arbeitskraft ist der Mensch selbst; was der freie Mensch verkauft ist deren Nutzung, d. h. er vermietet nur seine Arbeitskraft. Aber wie schon die römischen Juristen gesagt haben², gelten für die Miete dieselben Regeln wie für den Kauf. Daher denn auch A. Smith mit Recht den Arbeitsvertrag als Kaufvertrag und die Arbeit als Ware behandelt hat, und ich zwar die Fehler, die Adam Smith in seiner Behandlung des Arbeitsvertrags durch Vernachlässigung der Untrennbarkeit der Arbeit von der Person ihres Verkäufers und dessen regelmäßiger Armut begangen hat, gut gemacht, im übrigen aber an seinen Darlegungen festgehalten habe. Aber Schmoller war überhaupt gegen Anknüpfungen an Adam Smith und dessen Nachfolger und ärgerte sich, wenn ich nachzuweisen suchte, daß

¹ Siehe meine Ausführungen in der Einleitung zum 45. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. S. XVI ff. — ² C. 2 D. C. 19 tit. 2 Locati conducti: „Locatio et conductio proxima est emtioni et venditioni: huiusmodi juris regulis constitit, nam ut emtio et venditio ita contrahitur, si de pretio convenerit, sic locatio et conductio contrahi intelligitur, si de mercede convenerit. Adeo autem familiaritatem aliquam habere videntur emtio et venditio, item locatio et conductio, ut in quibusdam quaeri solent, utrum emtio et venditio sit, an locatio et conductio“ usw. Vgl. auch T. J. de C. et C. 3, 24.

meine Lehren und Forderungen in Übereinstimmung seien mit dem, was diese gelehrt hätten. Aber abgesehen davon, daß dies der sicherste Weg war, diejenigen zu überzeugen, die an den Lehren der liberalen Nationalökonomie festhielten, hielt ich es für geboten, daß in der Nationalökonomie, wie in den Naturwissenschaften, der spätere Forscher auf dem weiterbaue, was seine Vorgänger als wahr erwiesen hatten, damit nicht für sie zutreffe, was Döllinger einmal von der Geschichte der Philosophie gesagt hat: sie gleiche einem Friedhof, auf dem sich sehr schöne und minder schöne Denkmäler fänden, auf jedem Denkmal aber stehe: hic jacet.

4

Auch Treitschke hat in den preußischen Jahrbüchern mein Büchlein besprochen; er hat bei aller Freundlichkeit dabei die liberale Partei gegen meine gegen sie gerichtete Vorwürfe zu verteidigen gesucht. In meiner Antwort, die er in seiner Zeitschrift abgedruckt hat, habe ich meine gegen die Haltung der Liberalen gegenüber den Sozialdemokraten erhobenen Vorwürfe aufrechterhalten.

„Der Hauptfehler der Liberalen“, schrieb ich, „ist, daß sie die Begegnung mit den Arbeitern, statt sie zu suchen, vermeiden. In die liberalen Versammlungen werden die Arbeiter nicht zugelassen und die Arbeiterversammlungen werden nicht von den Liberalen besucht.“

Und dann erzähle ich, wie ich mich eines Abends in Breslau zusammen mit einem eifrigen Mitglied der nationalliberalen Partei in eine weit vor der Stadt liegende Kneipe begeben habe, in der eine Arbeiterversammlung stattfinden sollte. Als wir eintraten, fanden wir mehrere, nicht allzu große Stuben dicht gefüllt mit Eisenbahnarbeitern. Wir wurden wenig freundlich empfangen. Gemurmel begrüßte unseren Eintritt, und fortwährend wurden wir mit mißtrauischen Blicken gemessen. Indes erstreckte sich die uns entgegretende Abneigung nicht weiter. Nur daß sich bei den Kraftstellen der bald anhebenden Rede des Agitators unter lautem Beifallsruf die Blicke höhnend uns zuwendeten. Diese Rede erging sich hauptsächlich in Anschuldigungen der liberalen Partei und in Ausführungen, wie die Arbeiter durch sie um die fünf Milliarden, die sie erkämpft hätten, gebracht worden seien. Dabei war die Rücksicht des Redners auf die anwesenden Reserve- und Landwehrmänner bemerkenswert, indem er betonte, es sei nur dem Edelmute des Kaisers zu danken, daß die Liberalen verhindert worden seien, den Arbeitern noch mehr zu schaden. Die Rede war der Art, daß es für einen Liberalen eine Schande gewesen wäre, ihr nicht zu widersprechen; auch war nichts leichter, als die Nichtigkeit der Hauptbeschuldigungen des Redners zu zeigen. Ich verlangte also das Wort und hebe hervor, daß sich, als ich meinen Namen

nannte, zeigte, daß derselbe keinem der Anwesenden, außer dem Agitator, bekannt war. Nachdem ich gewisse Bemerkungen des Vorredners als richtig anerkannt hatte, widerlegte ich Punkt für Punkt seine Anklagen gegen die liberale Partei, hob hervor, wie nur auf Grundlage der Prinzipien der liberalen Partei eine Besserung der Lage der Arbeiter möglich sei, und, was die Milliarden angeht, zeigte ich, daß es gerade die Arbeiter seien, welche den größten Vorteil von denselben gezogen hätten. Ich hatte insbesondere gelegentlich des letzteren Nachweises meinen Zuhörern manches Bittere zu sagen. Allein mit sichtbarer Spannung folgten die Arbeiter meinen Worten, allmählich hörten die mißbilligenden Zurufe auf; es wurde mir sogar Zustimmung zuteil; und als wir uns nach Schluß der Versammlung entfernen wollten, drängten sich die Arbeiter an uns heran, um uns für unseren Besuch zu danken, so zwar, daß sogar der sozialdemokratische Agitator schließlich herankam, um uns mit verlegener Miene die Honneurs bis zur Tür zu machen.

Ich muß gestehen: ich war selten so zufrieden, als da ich diese Versammlung verließ. Nicht als ob ich geglaubt hätte, einen großen praktischen Erfolg errungen zu haben. Allein ich hatte erlebt, daß ich Recht hatte mit meiner Meinung, daß die Ursache der Zunahme der Sozialdemokratie nicht die Taubheit der Arbeiter gegen vernünftige Belehrung sondern die Tatsache sei, daß man die Arbeiter zu wenig aufsucht, um sie zu belehren. Ich sah die Möglichkeit, die Arbeiter wiederzugewinnen, wenn viele, so wie ich es getan hatte, versuchen würden, sich bei den Arbeitern Gehör zu verschaffen. Doch wie wurde mein Schritt von der gelesenen Breslauer Zeitung, einem Blatte, das fast in keinem Breslauer Haushalte fehlte und das auch die Arbeiter der Inserate wegen lasen, aufgenommen! Am Tage nach der Versammlung brachte die sozialdemokratische „Wahrheit“ einen Bericht, in dem gesagt war, ich habe dem sozialdemokratischen Redner im allgemeinen zugestimmt und nur einzelnes bestritten. Diesen Bericht druckte jene Zeitung ab. Doch tags darauf brachte die „Wahrheit“ selbst einen neuen Bericht, in welchem, unter ausdrücklicher Berichtigung des ersten, gesagt wurde, ich habe die Sozialdemokratie lebhaft bekämpft, die liberale Partei eifrig in Schutz genommen, und zwar einzelnen Bemerkungen des sozialdemokratischen Redners zugestimmt, aber die hauptsächlichsten Ausführungen desselben bestritten. Trotzdem berichtete jene Zeitung erst, als ich sie unter Anziehung des § 11 des Pressegesetzes dazu zwang. Und wenige Tage später schrieb sie trotz der Berichtigung des sozialdemokratischen Blattes in einem Artikel, in dem sie gelegentlich die Überwachung meiner Lehrtätigkeit der beaufsichtigenden Behörde empfahl, es stehe nicht fest, welcher der beiden

Berichte, der sozialdemokratische oder der meine, der richtige sei; übrigens sei gleichgültig, was ich gesagt habe; die Hauptsache sei, daß ich in einer Arbeiterversammlung gesprochen habe; zwar seien Professoren in liberalen Versammlungen willkommene Redner; vor Arbeitern aber zu sprechen, sei gegen die akademische Würde, und die Sozialdemokraten bekämpfen, heiße ihre Existenzberechtigung anerkennen!

Das war ein schlagender Beweis, für die Richtigkeit meiner Ausstellungen an der liberalen Partei:

„Die Mehrzahl der Arbeiter“, schrieb ich, „kommt zur Sozialdemokratie wie ein Mädchen, das nur *einen* Freier hat, zu einem Mann. Sie fällt der Sozialdemokratie zu, weil der sozialdemokratische Agitator der einzige ist, der in einer den Arbeitern verständlichen Weise sich um sie bemüht. Daß der sozialdemokratische Agitator nicht siegt, wo er Konkurrenz hat, zeigt das Beispiel der Klerikalen. Treitschke freilich glaubt, die Herrschaft der Ultramontanen über einen Teil der unteren Klasse beruhe auf dem tiefen Autoritätsbedürfnis der Massen, das der Liberalismus gar nicht, der Klerus sehr gut zu befriedigen verstehe. Ich muß gestehen, wenn ich der Ansicht wäre, die Massen bedürften einer Autorität, die der Liberalismus nicht bieten könne, würde ich an der Zukunft des Liberalismus verzweifeln. Allein Kenntnis der Ultramontanen und ihrer Arbeiteragitation, die Treitschke mir vielleicht nicht absprechen wird, belehrt mich, daß die Autorität, welche der Klerus gegenüber Arbeitern, die von der Arbeiterbewegung erfaßt sind, geltend macht, keine andere ist, als die des Gebildeten gegenüber dem Ungebildeten. Auch der sozialisierende Kaplan beruft sich nicht auf seine Weihen, um seinen Worten Eingang zu verschaffen; er muß wie jeder andere Agitator argumentieren, und die zündendsten seiner Argumente sind nicht diejenigen, die er seinem Katholizismus, sondern diejenigen, die er den realen Verhältnissen entnimmt. Allein das, was die Ultramontanen vor den Liberalen voraus haben, ist, daß sie mit einer bewunderungswürdigen Aufopferungsfreudigkeit sich überhaupt bemühen, durch Argumentation zu gewinnen.“

Nasse hat mir darauf aus Bonn am 19. Juli 1877 geschrieben, daß er mein Urteil über die Erfolge des Zentrums bei den Arbeitern völlig teile, und dasselbe tat die in Bonn erscheinende Deutsche Reichszeitung, Organ für das katholische deutsche Volk, vom 22. August 1877.

Mein Besuch der gedachten Arbeiterversammlung ist nicht mein letztes Zusammentreffen mit Breslauer Sozialdemokraten gewesen. Auf Wunsch des Agitators, dem ich dabei entgegengetreten war, habe ich, zusammen mit dem erwähnten Nationalliberalen ihn noch öfter an neutralem Orte getroffen. Da haben wir die Marxsche Werttheorie diskutiert. Als er auf meine Kritik nichts mehr zu antworten wußte, ist er fortgeblieben. Immerhin hatte ich gezeigt, daß sich auch mit Sozialdemokraten diskutieren läßt.

IV. Entstehung des Schmollerschen Jahrbuchs

Doch ich bin in meiner Erzählung meinem Auftreten in einer Frage vorausgeeilt, an die sich mein Name nahezu ebenso wie an das für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter knüpfen sollte. Der preußische Finanzminister Camphausen hatte in der Bankdebatte des Reichstags vom 26. Januar 1875 die Arbeiter für den Rückschlag in der Konjunktur verantwortlich gemacht, der 1873 nach dem auf den Frankfurter Frieden folgenden Aufschwung eingetreten ist. Er hatte Lohnherabsetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit als Heilmittel empfohlen. Ich habe dies zum Anlaß genommen, darauf zu verweisen, daß nach A. Smith, J. G. Hofmann und anderen Nationalökonomem höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit mit einer größeren Arbeitsleistung Hand in Hand gehe, und habe ihre Lehre auch an der Hand der Tatsachen entgegen der Behauptung Camphausens zu bewahrheiten gesucht. Desgleichen hatte der Handelsminister Achenbach in einem Reskripte an die Oberbergämter die Empfehlung Camphausens wiederholt; darauf haben die Bergbehörden gegen meine Ausführungen geschrieben, was zu meiner Verteidigung derselben in einem Aufsätze über „die Leistungen der Grubenarbeiter in Preußen und die Lohnsteigerungen von 1872“ geführt hat. Beide Aufsätze sind im vierten Bande von Holtzendorffs Jahrbuch¹ erschienen; ich werde auf meine Neubearbeitung der Frage im Jahre 1893 später zu sprechen kommen.

Die Verbindung, in die ich durch diese Aufsätze mit dem Holtzendorffschen Jahrbuch getreten bin, hat die Folge gehabt, daß ich in Erfüllung des alten kathedersozialistischen Wunsches, eine eigene Zeitschrift zu haben, in die Redaktion des Jahrbuchs eintrat. Das ist ein Fehler gewesen. Denn von allen Menschen war ich wohl am wenigsten berufen, eine Zeitschrift herauszugeben. Ich war viel zu sehr von meinen eigenen Arbeiten erfüllt und hatte zu viel Interesse an Literatur und Kunst, als daß ich Zeit und Lust gehabt hätte, mich mit den laufenden Erscheinungen der Politik und der volkswirtschaftlichen Literatur zu beschäftigen; auch habe ich es nie verstanden, junge Leute für mich arbeiten zu lassen, sondern unzählige Male die Arbeit der unter mir Arbeitenden für sie getan. Daher ich nach Übernahme der Redaktion sehr bald über deren Last klagte und bat, daß man sie mir abnehme. Nachdem andere Kollegen dies abgelehnt hatten, hat Schmoller sich dazu bereit finden lassen. Er war der dafür geschaffene Mann. Knapp, der von seiner Berufung nach Straßburg an bis

¹ Über das Verhältnis von „Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“, und „Die Leistungen der Grubenarbeiter in Preußen und die Lohnsteigerungen von 1872“ in Holtzendorffs Jahrbuch Bd. 4, S. 190 bis 213 und 395 bis 420.

zu Schmollers Abgang nach Berlin mit ihm zusammengewirkt hat, sagt von ihm¹:

„Er hatte (neben seiner Berufstätigkeit) keine nebenher laufende Liebhaberei. Er war für Theater, für Musik, für Bilder nicht zu haben; er suchte nie den Abendtisch von Kollegen auf, schon weil das Gespräch weniger seine Sache war; auch gab es keinen Lieblingsdichter für ihn. Selbst wenn er aufs Land ging, arbeitete er dort weiter, nur in leichteren Sachen, indem er zum Beispiel Bücher für sein Jahrbuch anzeigte.“

Desgleichen verstand er in unvergleichlicher Weise, die Arbeitslust junger Leute im Dienste des Jahrbuchs nutzbar zu machen. Es hat unter seiner Leitung einen glorreichen Aufschwung genommen.

Die gleichen Gründe, die mich zur Aufgabe der Redaktion veranlaßt haben, haben auch dazu geführt, daß ich, als 1877 der vortreffliche Fabrikant Moritz Müller in Pforzheim mich als Reichstagskandidat aufstellte, nach einigem Schwanken von der Kandidatur zurücktrat. Die Annahme wäre für mich mit der Vernichtung aller weiteren wissenschaftlichen Tätigkeit gleichbedeutend gewesen.

2

Was mich damals beschäftigte, war der Ausbau des Unterstützungswesens entsprechend der herrschenden Erwerbsordnung. Ich hatte, wie erzählt, dargetan, daß Lassalles ehernes Lohngesetz angesichts der Leistungen der Arbeiterorganisationen unhaltbar sei. Aber wie schon Hermann betont hatte, unterscheiden sich die Unbemittelten von den Wohlhabenden nicht so sehr durch die Ungleichheit in den Einnahmen als vielmehr durch die Unsicherheit in der Existenz. Da die Arbeitskraft die einzige Quelle des Arbeitereinkommens ist, die Arbeitskraft aber identisch ist mit dem Menschen selbst, insofern er seine Fähigkeiten auf den Erwerb wirtschaftlicher Güter verwendet, bedrohen notwendig auch alle Gefahren, denen das Leben des Menschen ausgesetzt ist, wie Krankheit, Invalidität, Alter und Tod die wirtschaftliche Grundlage der Existenz des Arbeiters und seiner Familie. Den Schutz bot die Arbeiterversicherung. Aber alle bisherigen theoretischen wie praktischen Behandlungen der Arbeiterversicherung litten darunter, daß sie den zwischen der Erwerbsordnung und der Ordnung der Arbeiterversicherung notwendig bestehenden Zusammenhang nicht beachteten. Als Folge war in Frage gestellt, ob der versicherte Arbeiter im Notfall wirklich Unterstützung erhielt. Die heutige Wirtschaftsordnung zeigt periodischen Wechsel von Aufschwung und Niedergang. Mit letzterem werden regelmäßig zahllose Arbeiter der Beschäftigung beraubt. Damit schwindet ihr Arbeitseinkommen, mit diesem

¹ G. F. Knapp, Ausgewählte Werke I, S. 367.

ihre Fähigkeit, Versicherungsbeiträge zu zahlen und, wenn diese nicht mehr gezahlt werden, werden auch alle durch frühere Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche auf Unterstützung im Notfalle hinfällig.

Dementsprechend habe ich mir schon zur Zeit, da ich für die Herausgabe von Holtzendorffs Jahrbuch mitverantwortlich war, die Aufgabe gesetzt, den Zusammenhang darzutun¹, der zwischen Erwerbsordnung und Unterstützungswesen tatsächlich immer bestanden hat. Dieser Zusammenhang sei auch geeignet, in die Streitigkeiten über gewisse Grundprinzipien der Arbeiterversicherung, wie über Versicherungszwang und Versicherungsfreiheit der Arbeiter und über Beitragspflicht der Arbeitgeber zu den Arbeiterhilfskassen, Klarheit zu bringen. Es zeige nämlich dieser Zusammenhang, daß weder einem dieser Prinzipien an sich eine besondere Vortrefflichkeit innewohne, noch auch daß es in das Belieben der Willkür gelegt sei, das eine oder andere dieser Prinzipien zugrunde zu legen. Jedes dieser Prinzipien zeige sich als das Korrelat einer bestimmten Ordnung des Erwerbslebens. Mit dieser sei auch das eine oder andere Prinzip der Ordnung der Arbeiterversicherung gegeben, und wer ein anderes als das der jeweiligen Erwerbsordnung entsprechende Prinzip der Ordnung der Arbeiterversicherung zugrunde legen wolle, müsse daher vor allem auf Änderung der Erwerbsordnung bedacht sein.

In einem weiteren Aufsatz² habe ich dann gezeigt, daß die Hilfskassengesetzgebung von 1876 für die Abweichung von diesem notwendigen Zusammenhang damit bestraft worden ist, daß ihr Zweck nicht erreicht wurde. Durch sie war nämlich für alle norddeutschen Länder der Arbeiterversicherungszwang und eine Zuschußpflicht der Fabrikhaber bis auf die Hälfte der Kassenbeiträge ihrer Arbeiter eingeführt worden. Aber die Gewerbeordnung gewährte dem Arbeiter keinerlei Recht auf Arbeit, aus deren Ertrag er ohne Unterbrechung Kassenbeiträge hätte zahlen können; auch fehlte die Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit; und während die Erwerbsordnung von der Voraussetzung ausgeht, daß der Arbeiter nicht bloß an einem bestimmten Orte oder bloß an einen bestimmten Arbeitgeber seine Arbeit verkauft, sondern sie überall ausbietet, wo der größtmögliche Preis für sie zu erzielen ist, waren die Krankenkassen meist auf die Arbeiter, die an einem bestimmten Orte und viele sogar nur auf diejenigen, die bei einem bestimmten Arbeitgeber arbeiten, beschränkt. Die Folge war, daß trotz des für die Arbeiter bestehenden Beitrittszwangs zu den Krankenkassen und trotz der von den Arbeitgebern

¹ Erwerbsordnung und Unterstützungswesen. Holtzendorffs Jahrbuch. N. F. Bd. 1, S. 471 bis 501. — ² Die Arbeiter und die Produktionskrisen. Holtzendorffs Jahrbuch, N. F. Bd. 2, S. 565 bis 632.

gezahlten Zuschüsse, z. B. in Berlin im Jahre 1876 37,6 Prozent, in Breslau im gleichen Jahre 36,9 Prozent, tatsächlich nicht versichert waren. In den Krankenkassen der einzelnen Fabriken betrug die Zahl der tatsächlich nicht versicherten Arbeiter sogar 54,5 Prozent. Es zeigt meine eingehende Betrachtung der vier Arten von Krankenkassen, welche im Deutschen Reich vorkamen, daß trotz Krankenversicherungszwangs im Deutschen Reich kein Arbeiter für den Fall seiner Erkrankung wirksam versichert war. Somit erschienen die von den Arbeitern erzwungenen Beiträge nicht als Versicherungsprämien, sondern als Steuern, welche die Gemeinden von den in ihrem Bezirke beschäftigten Arbeitern und deren Arbeitgebern für die Dauer dieser Beschäftigung zum Zweck der Krankenunterstützung erhoben. In den süddeutschen Städten wurde statt diesen sogenannten Versicherungsprämien von den Arbeitern für die Dauer ihrer Arbeit im Gemeindebezirke einfach eine wöchentliche Krankensteuer erhoben; dafür erhielten dort aber alle Arbeiter, nicht bloß diejenigen, die während der Dauer ihrer Beschäftigung krank wurden, im Falle von Krankheit gleiche Unterstützung.

Am Schlusse des Aufsatzes habe ich auf die großen englischen Gewerksvereine verwiesen, welche das Problem wirksamer Arbeiterversicherung in einer auf der Freiheit beruhenden Wirtschaftsordnung gelöst hatten. Indem sie ihren Mitgliedern ermöglichten, den für den Verkauf ihrer Arbeit vorteilhaftesten Markt aufzusuchen, um bei Abschluß des Arbeitsvertrags die nach der Marktlage besten Bedingungen zu erzielen, verwirklichten sie einerseits die von der geltenden Erwerbsordnung vorausgesetzte Freiheit des Arbeitsvertrags; andererseits ermöglichte ihre Organisation des Arbeitsnachweises und ihre Versicherung bei Arbeitslosigkeit, gleichviel ob diese durch Nichtübereinstimmung mit dem Arbeitgeber über die Arbeitsbedingungen oder durch Niedergang des Gewerbes hervorgerufen war, ihnen die Beiträge zur Versicherung für den Fall von Krankheit, Invalidität, Alter und zur Sicherung einer Witwen- und Waisenunterstützung fortzuzahlen. Dabei stimmte die Kasseneinheit sie friedfertiger und stärkte andererseits ihre Macht, wenn es zu Streitigkeiten mit den Arbeitgebern über die Arbeitsbedingungen kam.

3

Als der Aufsatz über „Erwerbsordnung und Unterstützungswesen“ im Jahrbuch erschienen war, hat er warmes Lob seitens Schmollers gefunden, dagegen hat dieser in einem Brief vom 25. Oktober 1878 ebenso lebhaft getadelt, daß ich meine Ausführungen als die richtigen Folgerungen aus Adam Smith, aus der Freihandelslehre, aus gewissen dogmatischen Sätzen aus der Hermannschen Schule hinstelle.

„War aber Ihre Absicht dabei eine politische, wollten Sie damit dem Philistertum etwas Honig um den Bart schmieren, dasselbe beruhigen, dann ist Ihr Aufsatz ein Meisterstück ersten Ranges.“

Ich habe die beiden Aufsätze in einem kleinen Buche unter dem Titel „Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung“ vereint; es bildete die Ergänzung zu dem vorausgegangenen „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“. Schon dieses hatte ich Schmoller als Zeichen meiner Freundschaft widmen wollen, dann aber aus äußeren Gründen davon abgesehen; nun wollte ich ihm das neue Buch in gleicher Gesinnung widmen. Er hat in einem Briefe vom 2. November 1878 die Widmung als Freundschaftszeichen mit dem größten Danke angenommen, aber gebeten, ich möge in der Vorrede andeuten, daß er wohl mit manchem nicht ganz einverstanden sein werde. Das habe ich auch getan. Sein Brief vom 29. Dezember 1878 hat mir darauf eine lebenswürdige Kritik seinerseits gebracht, jedoch unter Anstoß an meinem Grundgedanken, die heutige Erwerbsordnung beruhe auf Freiheit und Selbstverantwortlichkeit. Schmoller, obwohl er sich noch zu den Liberalen zählte, war, wie seine Briefe zeigen, in wachsendem Maße konservativ geworden. Mir aber war seine Beanstandung unverständlich angesichts des § 1 des Freizügigkeitsgesetzes, der dem Arbeiter gestattet, sich an jedem Ort aufzuhalten oder niederzulassen, wo er ein Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist, und der §§ 105 und 152 der Deutschen Gewerbeordnung, welche die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern zum Gegenstand freier Übereinkunft erklären und alle Koalitionsverbote abschaffen, sowie der Bestimmung, welche den Empfänger von Armenunterstützung mit Verlust des Wahlrechts bestraft.

V. Bismarcks Wendung zum Schutzzoll

Während diese Korrespondenz zwischen Schmoller und mir stattfand, haben die öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland eine Entwicklung genommen, die auf den Verein für Sozialpolitik und seine Mitglieder notwendig zurückwirken mußte. Bismarck war der Bundesgenossenschaft der liberalen Partei müde. Diese hatte allmählich herausgefunden, daß der Kulturkampf denn doch eine ungenügende AbSpeisung für ihre Gefolgschaft war, eine AbSpeisung, bei der sie, statt satt zu werden, sich gerade die Zähne verbeißen konnte. Ganz ebenso bot die wirtschaftliche Lage nicht mehr Entschädigung für den Verzicht auf die alten politischen Forderungen der liberalen Partei; auf den unerhörten Aufschwung nach dem Kriege war 1873 der Krach mit anhaltender

Depression gefolgt; die Konjunktur war einer liberalen Wirtschaftspolitik äußerst ungünstig. Die liberale Partei verlangte demnach Beteiligung ihrer Führer an der Regierung. Allein die Unterhandlungen hierüber kamen knapp vor dem Abschluß zum Scheitern, und die liberale Partei machte die traurige Erfahrung, daß, so furchtbar Bismarck als Feind war, seine Freundschaft doch noch gefährlicher sei. Die Gewalttätigkeit seiner Mittel hat, wo er als Feind auftrat, seinen Gegnern auf die Dauer oft mehr genützt als geschadet, während es seiner unübertroffenen diplomatischen Überlegenheit stets gelang, der Partei, die er als Bundesgenossen annahm, ihr Bestes zu entreißen. Dazu haben ihm die verbrecherischen Attentate eines Hödel und Nobiling auf den alten Kaiser bei der Illiberalisierung der Liberalen eine wenn auch unwillkommene, so doch äußerst wirksame Unterstützung gebracht. Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz erlassen, welches neben dem Verbote sozialdemokratischer Vereine und Zeitungen, die Ausweisung der Parteiführer und ihrer Agenten aus den größeren Städten und in Berlin den sogenannten kleinen Belagerungszustand brachte. Selbst Schmoller schrieb mir am 25. Oktober 1878:

„Von Berlin hört man nur Trauriges. Baumgarten¹ kommt eben von daher zurück und ist erfüllt von der jämmerlichen Hasenfüchsigkeit in dortigen Kreisen, von der geradezu blödsinnigen Reaktionsstimmung hauptsächlich in akademischen Kreisen. Er meinte, vielen von diesen Leuten wäre ein Staatsstreich, der die Verfassung beseitigte, nicht zu viel gewesen. Diese Leute stehen heute ganz auf dem Standpunkt wie Gentz und Genossen anno 1819. Und diese Leute nennen sich liberal!“

Aber an anderen Orten war es nicht anders. Allenthalben in Deutschland wurden Personen wegen unbedachter Äußerungen, die sie in der Aufregung ohne jedwede böse Absicht getan hatten, denunziert und verfolgt, und jedwede selbständige Regung der Arbeiter wurde unterdrückt. Die Folge war, daß solange das Sozialistengesetz Geltung hatte, die Arbeiter nur von blutiger Revolution Besserung ihrer Lage erwarteten.

Das war aber nur erst die erste Verleugnung der Prinzipien des Liberalismus seitens der Nationalliberalen und der erste Schritt Bismarcks, sie dauernd an sich zu fesseln. Die Reichseinnahmen waren im Gefolge der Krisis unzureichend geworden. Die Liberalen hatten das Tabakmonopol zurückgewiesen. Da benützte Bismarck die wirtschaftliche Bedrängnis der Großindustriellen und der Landwirte, um auf Grundlage des Schutzzolls eine ihm ganz ergebene Mehrheit zusammenschweißen. Dabei hatte er die Aussicht, auch die süddeutschen Konservativen zu gewinnen, die dem Reiche bis dahin feindlich gegenübergestanden hatten. Er gab den Kulturkampf, der die katholischen Konservativen gekränkt hatte, auf und

¹ Professor der Geschichte in Straßburg.

stellte neue hohe Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft in Aussicht. So kam der Bund zwischen Industriellen und Agrariern zustande; die einen bewilligten den andern die von ihnen gewünschten Zölle, damit diese ihnen ihre Zölle bewilligten. Aber auch zwischen diesen kartellierten Interessenten und der Regierung fand ein Bündnis auf gleicher Grundlage statt. Der Reichskanzler konnte verlangen, was er wollte, die Reichstagsmehrheit mußte es bewilligen um der wirtschaftlichen Vorteile willen, die ihr dafür zuteil wurden. Das Reich erhielt in Zöllen steigende Einnahmen, die beteiligten Parteien erhielten steigende Schutzzölle. So wurde die Grundlage geschaffen für steigende Ansprüche der beiden Bundesgenossen. Der Liberalismus aber wurde an die Wand gedrückt, daß er „quietschte“.

2

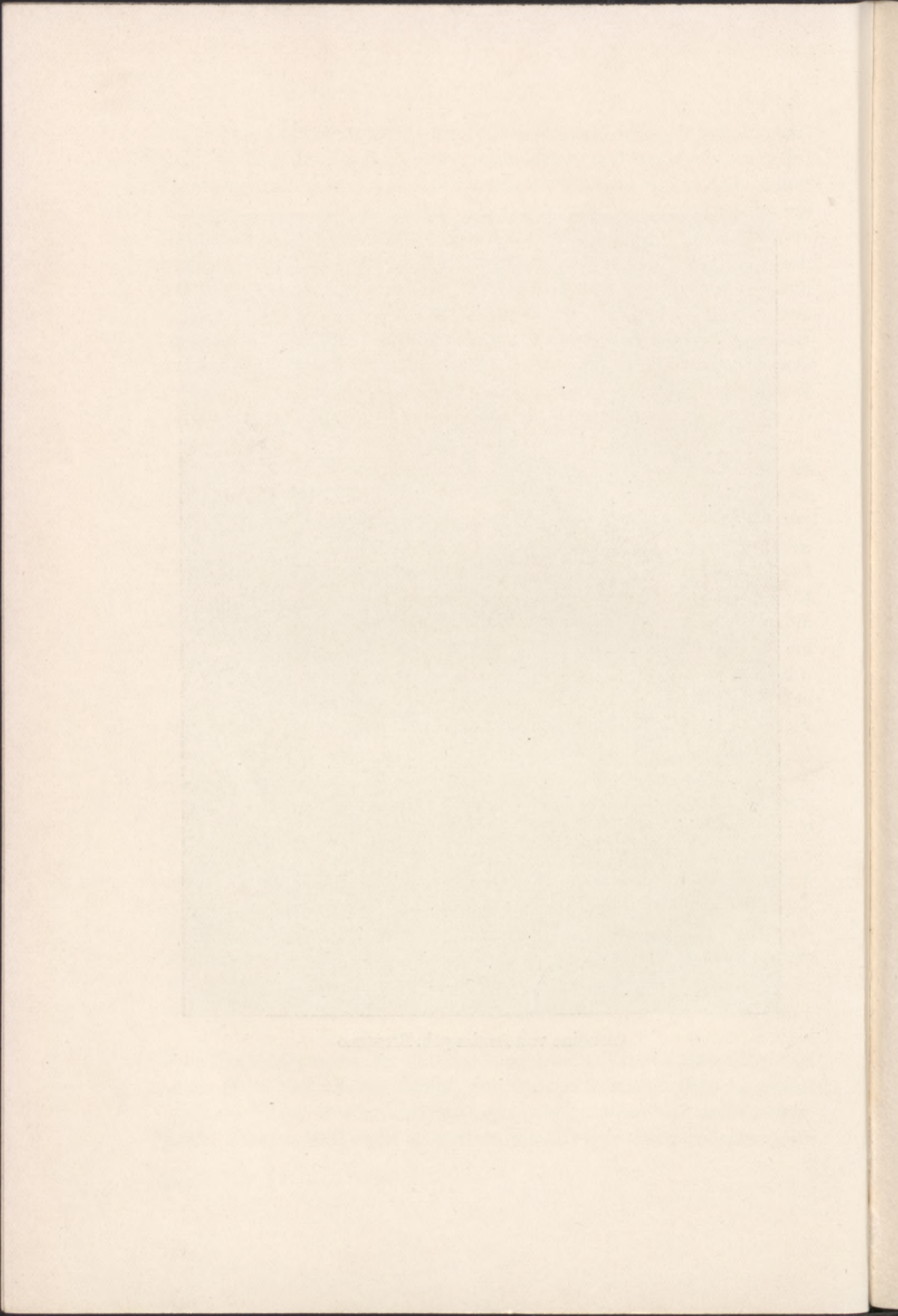
Als der Wandel in der deutschen Handelspolitik sich vorbereitete, ist auch der Verein für Sozialpolitik in Mitleidenschaft gezogen worden. Gemäß dem 1876 mit dem Volkswirtschaftlichen Kongreß getroffenen Abkommen, hätten wir eine Generalversammlung halten und die „Volkswirte“ diese besuchen sollen. Aber für den Volkswirtschaftlichen Kongreß war der Freihandel eine Lebensfrage. Sein Ausschuß erklärte, daß er jedenfalls eine Versammlung abhalten werde. Schmoller dagegen machte geltend, der Ausschuß hätte uns bitten sollen, den Schutzzoll auf unsere Tagesordnung zu setzen und an unserer Versammlung teilzunehmen. Er war nicht gegen Schutzzoll, sondern sah in der Gesamtheit der Bismarckschen Projekte trotz vieler Ausstellungen, die er hatte, das Werk eines Riesen, das noch zu großen sozialen Reformen führen werde. Er trat für die Abhaltung einer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik ein und, da er durchschimmern ließ, daß er entgegengesetztenfalls aus dem Verein austreten werde, hat er auch seinen Antrag durchgesetzt. Auf dieser Versammlung bin ich nicht anwesend gewesen. Schmoller hat auf derselben eine Stellungnahme des Vereins zugunsten der Bismarckschen Politik durchgesetzt, wobei, wie mir von Knapp berichtet wurde, es unliebsames Aufsehen erregte, daß Schmoller den Schluß der Debatte beantragte und herbeiführte, ohne Rücksicht darauf, daß der Präsident des Vereins, Nasse, sich gegen seine Anträge zum Wort gemeldet hatte, also von der Geltendmachung seiner Gegengründe ausgeschlossen wurde.

3

Mein Fernbleiben von der Versammlung unseres Vereins hatte seine Ursache darin, daß ich am Schluß des Sommersemesters 1879 an einem typhösen Fieber ernsthaft erkrankt war. Noch erinnere ich mich meines festen Willens, noch nicht zu sterben, den ich dem Todesgedanken ent-



Claudine von Arnim geb. Brentano



gegengesetzt habe, sowie auch wie ich meinem Kollegen Biermer auf lateinisch antwortete, als er sich mit unserem Hausarzt lateinisch unterhalten wollte. Als ich wieder so weit genesen war, daß ich reisen konnte, wurde ich in Begleitung meiner Frau nach Italien geschickt. Wir nahmen in Pisa in einer stillen, von den Schwestern des Leipziger Physiologen Ludwig gehaltenen Pension Quartier. Ich habe Pisa damals gründlich kennen gelernt. Aber leider war mir Brom verordnet und gesagt worden, ich könne davon nicht zu viel nehmen. Das hat die umgekehrten der wohl beabsichtigten Wirkungen gehabt. Ich erging mich in extravaganten Reden und Plänen, worunter meine Frau sehr litt. Als ich auf Rat meines Freundes Cohnheim, den sie eingeholt hatte, mit der Bromkur aufhörte, wurde ich sofort gesund. Wir gingen von Pisa nach Rom, wo meine Frau, die schon vor ihrer Verheiratung mit ihrer Mutter in Rom gewesen war, das Meisterstück fertig brachte, mir innerhalb der acht Tage, die wir dort weilten, gerade all das zu zeigen, was mich am meisten interessierte. Darauf haben Neapel, Castellamare, Pompei, vor allem aber Capri mit seinem blauen Meere und seinen liebenswürdigen Bettlern zu meiner völligen Genesung beigetragen. Als die letzteren mich umringten, und ich, um mich vor ihnen zu retten, mit abgezogenem Hute bei ihnen mit den Worten: „Auch ich bin ein armer Maler“ bettelte, lachten sie, und so oft ich ihnen wieder begegnete riefen sie: „da ist der arme Maler“ und ließen mich in Ruh. Und Welch köstliche Belehrung gaben mir die Lazzaroni, daß nicht alle Menschen jederzeit vom Streben nach dem größtmöglichen Gewinn erfüllt sind! Als ich aus dem Boote, das uns aus Capri nach Neapel zurückgebracht hatte, ausstieg und einem der auf dem Pflaster in der Sonne liegenden Burschen meinen Handkoffer zum tragen reichte, schüttelte er mit dem Kopf mit den Worten: Ich habe schon gegessen!

VI. Schmollers Programm

Nachdem ich in Breslau wieder eingetroffen war, hat mir Schmoller den großen Freundschaftsdienst erwiesen, die Redaktion des Jahrbuchs zu übernehmen. Ich bin nach wie vor sein Mitarbeiter gewesen, obgleich die Ausführungen, mit denen er die Übernahme einleitete, meinen heftigen Widerspruch hervorrufen mußten. Mir hatte er, weil ich von den der geltenden Gesetzgebung zugrunde liegenden Prinzipien der Freiheit, Rechtsgleichheit, Selbstverantwortlichkeit ausging, vorgeworfen, ich vertrete, wie Adam Smith, die volkwirtschaftlichen Parteilehren des Individualismus und Liberalismus; nun bezeichnete er es geradezu als „die Pflicht und Ehre“ der Wissenschaft, die großen politischen Fragen der Zeit zwar „über den kleinen Zänkereien und Streitigkeiten der Tages-

presse stehend“, aber „nicht partei- und farblos“ zu behandeln; „wie der Chor in der Tragödie der Alten solle sie nicht selbst handeln, sondern getrennt von der Bühne der Handelnden deren Tun mit ihren Betrachtungen begleiten, es messen an dem Maßstab der höchsten Ideale der Zeit.“ Aber war damit wirklich ein Maßstab gewonnen? Dies wäre doch nur dann der Fall, wenn die Ideale der Zeit etwas wären, bezüglich dessen auch nur annähernde Übereinstimmung stattfände. Am deutlichsten aber erschien mir als Entwürdigung der Wissenschaft, wenn sie sich diese Auffassung aneignen würde, gerade das Heranziehen des Chors der antiken Tragödie als eines Vorbilds. Denn vergegenwärtigen wir uns die Rolle, die der Chor spielt, an einer der berühmtesten Tragödien. Wenn Antigone, um lebendig begraben zu werden, wehklagend abgeführt wird, ruft der Chor ihr nach:

„An der Herrschermacht
Zu freveln, stehet nimmer frei;
Gestürzt hat dich der eigene Starrsinn.“

Nachdem aber eben die Versündigung der Herrschermacht Kreons zum Selbstmord seines Sohnes Hämon und zum Tode seines Weibes geführt hat, lautet die Weisheit des Chors:

„Am Göttlichen darf
Nie freveln der Mensch!
Großsprecherisch Wort
Der Vornehmen fühlt den gewaltigen Schlag
Der bestrafenden Hand
Und lehret im Alter die Weisheit.“

Ist, so frug ich, dieses zitterige Schwanken und mattherzige Nachhinken wirklich die Rolle, welche die Volkswirtschaftswissenschaft sich zum Muster nehmen soll? Dem Sophokles jedenfalls hat die Wissenschaft bei diesem Chore nicht vorgeschwebt. Der Chor vertritt ihm die öffentliche Meinung, deren Urteil stets unter dem Eindruck des zuletzt Geschehenen steht. Die Rolle der Wissenschaft dagegen vertritt der Seher Tiresias, der das Tun des Handelnden an der Lehre mißt, die aus dem Gang der ganzen Entwicklung hervorgeht. Und wenn die Beobachtungen, aus denen er die Zukunft deutet, auch andere sind als diejenigen, welche der modernen Wissenschaft nicht selten ein Vorherwissen gestatten, so ist doch sein Rat gleich dem, den sie geben soll, kein solcher, der sich auf irgendwelche Ideale, d. h. auf Wünsche der Menschen, sondern auf den Willen der Götter, d. h. auf die der Natur der Dinge abgelauschten Gesetze, zu ergründen bemüht ist.

3

Als bald fand sich der Anlaß, meinen Gegensatz zu der Schmollerschen Auffassung von der Aufgabe der Volkswirtschaftslehre öffentlich kundzu-

tun. Schmoller hatte in seinen Briefen unter anderem an meiner „Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung“ ausgestellt, daß ich nur die Hilfskassen der Handwerker und Fabrikarbeiter, nicht auch die Knappschaftskassen der Bergarbeiter meiner Untersuchung unterzogen habe. Andere hatten gar drucken lassen, ich hätte dies unterlassen, weil mein Ergebnis für diese nicht stimme. Das gab mir den Anstoß, in einer Schrift „Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen,“ Berlin 1881, auch die Knappschaftskassen zu untersuchen. Ich habe die Statuten von 80 der 84 bestehenden Knappschaftsvereinen eingesehen. Das Ergebnis ihrer Untersuchung war in voller Übereinstimmung mit dem meines Schmoller gewidmeten Buches. Noch mehr! Ich habe nachgewiesen, wie die Organisation der Knappschaften ihre Mitglieder zu jeglicher Unterwerfung unter die Arbeitsbedingungen des Arbeitgebers nötigte. Wer vom Koalitionsrechte Gebrauch machte, lief Gefahr, alle durch jahrelang gezahlte Beiträge erworbenen Unterstützungsansprüche zu verlieren. Eben dies ließ ja auch den energischsten Gegner der Arbeiterkoalitionen, den Freiherrn von Stumm, in der Einführung des Altersversicherungszwangs nach dem Muster der Knappschaftskassen das Mittel erblicken, das Koalitionsrecht der Arbeiter, ohne es durch Gesetz abzuschaffen, tatsächlich auszuschalten. Gleichzeitig habe ich in der Schrift Gelegenheit genommen, mich mit Schmoller über die Methode der Volkswirtschaftslehre auseinanderzusetzen.

Ungefähr gleichzeitig mit dem Erscheinen meines „Arbeiterversicherungszwangs“ ist Schmoller nach Berlin berufen worden. Er hat mich trotz aller unserer Differenzen zu seinem Nachfolger vorgeschlagen. Auch bin ich dementsprechend nach Straßburg berufen worden, doch stellten sich meiner Annahme zuerst Schwierigkeiten entgegen. Mein Schwager Molinari ist mit Hinterlassung von zehn unmündigen Kindern plötzlich gestorben. Es schien, als ob es notwendig wäre, daß ich im Hinblick auf diese in Breslau bliebe. Erst als sich herausstellte, daß ich nicht von Nutzen sein könnte, nahm ich den zum zweiten Male an mich ergangenen Ruf nach Straßburg an.

VII. Meine Übersiedlung nach Straßburg

Ich bin in Breslau trotz der Freunde, die ich mir in den neun und einhalb Jahren, in denen ich dort Professor war, erworben habe, nie recht heimisch geworden. Auch an der Universität hatte ich mancherlei auszusetzen, so an der Art, wie der Senat seine Gerichtsbarkeit in Bagatellsachen der Studierenden ausübte. Ein jedes Mitglied gab sein Urteil über das zu verhängende Strafmaß ab, wobei die Vertreter der philosophischen

Fakultät zuerst abstimmt, dann die Mediziner, dann die Juristen, dann die Vertreter der beiden theologischen Fakultäten, dann der Universitätsrichter und zuletzt der Rektor. Die von jedem Vertreter beantragte Zahl der Tage, an denen der Angeklagte büßen sollte, wurde addiert und durch die Zahl der Abstimmenden dividiert. Da die Juristen und noch mehr die Theologen und der Universitätsrichter stets für hohe Strafen stimmten, stimmten Philosophen und Mediziner für unverhältnismäßig niedrige, wenn nicht für Freisprechung, lediglich um den Divisor eines als zu hoch vorausgesehenen Dividends zu erhöhen und auf diese Weise die Strafe auf ein angemessenes Maß herabzusetzen. Mit Gerechtigkeit hatte diese Art der Urteilsfindung nichts zu tun. Auch für die Doktorpromotion galten mit den vorherrschenden religiösen Überzeugungen unvereinbare Vorschriften. Sie fand in der alten feierlichen Weise in der Aula statt. Der Doktorand mußte im Doktoreid schwören, daß er zeitlebens die Lehre der Evangelisten und Propheten verteidigen werde. Hunderte, die nichts glaubten, schworen unbedenklich diesen Eid, den sie als leere Formel ansahen. Da ereignete sich unter meinem Dekanat ein Fall, in dem der Doktorand den Eid unmöglich schwören konnte. Sein Vater, der Standesbeamte Hofferichter, der gleichzeitig freireligiöser Prediger war, hatte als Zeuge in einem Prozeß einen religiösen Eid schwören sollen, den er als freireligiöser Prediger nicht schwören konnte. Er hatte den Eid verweigert und war dafür eingesperrt worden. Der Fall hatte großes Aufsehen erregt. Nun wollte sein Sohn promoviert werden; er hatte sein Examen glänzend bestanden. Er kam zu mir: er könne angesichts des Aufsehens, den die Eidverweigerung seines Vaters erregt habe, unmöglich den Doktoreid schwören. Ich sah die Akten durch, um festzustellen, wie die Fakultät sich gegenüber Juden verhalte, und fand, daß man diesen den Eid abnahm, den ein anständiger Mann allein schwören konnte; der Jude hatte nämlich nur zu schwören, daß er zeitlebens ein ehrlicher Mensch sein wolle. Der junge Hofferichter war diesen Eid zu schwören bereit. Als es zur Promotion kam, sah ich wie die anwesenden Kollegen je mehr der Augenblick, in dem der Eid zu schwören war, nahte, sich aus dem Saale wegstahlen, bis ich mit dem Doktoranden, dem subalternen Personal und einigen Stadtleuten allein blieb. Ich überreichte dem Beamten, der den Eid zu verlesen hatte, stillschweigend den Judeid; der Doktorand schwor, und ich proklamierte ihn zum Doktor. Hintennach waren meine Kollegen über diese Erledigung der Schwierigkeit sehr erfreut. Auch wurde der unmögliche alte Eid, wie ich höre, seitdem abgeschafft.

Wir haben unseren Weg nach Straßburg über Wien genommen. Im Januar 1874 war mein Bruder zum ordentlichen Professor der Philoso-

phie an der dortigen Universität ernannt worden. Er hatte dort denselben Lehrerfolg, den er schon als Privatdozent in Würzburg gehabt hatte. Im Jahre 1880 hatte er geheiratet; das aber hatte zur Voraussetzung gehabt, daß er das österreichische Staatsbürgerrecht aufgab; denn der oberste österreichische Gerichtshof hatte entgegen der Lehre seiner ausgezeichneten Juristen Glaser, Maaßen und Unger¹, den § 63 des österreichischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, wonach Geistliche keine gültigen Eheverträge schließen können, auch auf solche Personen ausgedehnt, welche nach Empfang der höheren Weihen aus der katholischen Kirche ausgetreten waren. Mein Bruder hat also, um eine rechtsgültige Ehe eingehen zu können, in Leipzig das sächsische Staatsbürgerrecht erworben, seine ordentliche Professur in Wien niedergelegt und sich sofort wieder als Privatdozent an der Wiener Universität habilitiert. Dabei wurde ihm vom österreichischen Unterrichtsministerium ausdrücklich versprochen, daß er sofort wieder zum ordentlichen Professor ernannt werden würde, ein Versprechen, das, wovon ich noch zu sprechen haben werde, niemals gehalten worden ist.

Als wir damals auf der Durchreise in Wien waren, sagte mir mein Bruder, ich möge doch Lorenz von Stein besuchen. Stein habe für einen Freund Bürgschaft geleistet, dieser habe bankrott gemacht; darauf hätten die Gläubiger die von Stein begründete Eisenbahnzeitung und ein von ihm gegründetes Bad in Beschlag nehmen wollen und, da er beides seinen Söhnen schon abgetreten hatte, ihm voll Erbitterung den Ring vom Finger, der wenigstens ihm gehöre, gepfändet. Wenn er höre, daß ich in Wien gewesen sei, ohne ihn zu besuchen, werde er sich gekränkt fühlen. Ich ging also zu Stein, aber welche Verwunderung! Ein gallonierter Diener öffnete die Tür. Nach vorheriger Anmeldung gelangte ich durch ein Treibhaus in ein großes Zimmer, das leer war bis auf ein Sofa, über dem eine Kopie der berühmten Rubensschen Frau im Pelze hing, und einen Schreibtisch, an dem ein älterer Mann mit einem auffallend schönen Profil saß. Das war Lorenz von Stein. Obwohl ich angemeldet war, fuhr er im Schreiben fort. Plötzlich fuhr er auf: Ha, da sind Sie! Wissen Sie, was ich soeben gearbeitet habe? „Wie sollte ich?“ war meine erklärliche Antwort. Da sind, sagte er, die dummen Juristen. Seit mehr als einem Jahrtausend bemühen sie sich mit dem Corpus juris, bis ich die Entdeckung mache, daß alle Weisheit von Papinian und Genossen aus dem Aristoteles stammt. Oh, antwortete ich, das wird Aufsehen erregen; doch hatte mich

¹ Siehe „Priesterehen und Mönchsehen“ von Josef Unger. Jena 1910. Auch der deutsche Zentrumsführer Dr. Ernst Lieber hat brieflich seine Zustimmung zu der Lehre der genannten österreichischen Juristen ausgesprochen.

die Komödie in die entsprechende Stimmung versetzt. Wo gehen Sie hin? fuhr Stein fort. Ich teilte mit, daß ich, nach Straßburg berufen, auf dem Wege dahin sei. Nach Straßburg! Da möcht ich hin; dort kann man wirken, war die Antwort. Aber, erwiderte ich, wie ich höre, hat man dort nur erst sehr wenig Zuhörer; zwanzig bis dreißig sind schon viel, und darunter nur sehr wenig Elsaß-Lothringer. Einerlei, fuhr er fort, es genügt, daß in einem Saale ein großes Wort gesprochen wird, und es wirkt weiter. Dann, schloß ich, werde ich von Ihrer Bereitwilligkeit, nach Straßburg zu kommen, meinen dortigen Kollegen Meldung tun; denn, wie ich höre, soll dort eine Professur für Verwaltungslehre besetzt werden! Als ich mich von Stein verabschiedete, sprach er von seiner traurigen Lage, die ihn verhinderte, mich einzuladen, wie er gern möchte, und ich zog ab.

I. Straßburg

Über Straßburg, wie ich es vorfand, seine Altstadt mit ihrem Gewirr von Gassen und Gäßchen, mit ihren von außen oft malerischen, aber im Innern meist lichtarmen und luftlosen Häusern habe ich bereits in meinen „Elsässer Erinnerungen“¹ gesprochen. Wir kamen dort in ein altes herrschaftliches Haus, das Schmoller mit nicht genug zu verdankender Umsicht für uns ausfindig gemacht hatte. Es atmete den ganzen Zauber des 18. Jahrhunderts; aber in den heißen Sommernächten Straßburgs drang auch in das Münstergäßchen, in dem es lag, kein Lufthauch und die schlaflosen Nächte, die das zur Folge hatte, haben auch uns veranlaßt, nach einem Jahre in einen Neubau außerhalb des alten Straßburg zu ziehen.

Auch über die freundliche Aufnahme, die ich beim Feldmarschall von Manteuffel, dem damaligen Statthalter von Elsaß-Lothringen, gefunden habe und, über die interessanten politischen Mitteilungen, die er mir gemacht hat, habe ich schon in meinen Erinnerungen berichtet. Er ist von den deutschen Beamten in einen unverdient schlechten Ruf wegen zu weitgehenden Entgegenkommens gegen die elsäß-lothringischen Notabeln gebracht worden, denn ebenso wie er haben alle deutschen Regierungen vor ihm und nach ihm regiert; und ebenso ungerecht ist die im Ausland verbreitete umgekehrte Vorstellung, als hätte die deutsche Regierung die Elsaß-Lothringer schlecht behandelt. Sie sind in weitestgehendem Maße vor den Deutschen bevorzugt worden. Die beste Widerlegung jener Verleumdung bietet die heutige Sehnsucht der Elsaß-Lothringer nach der Autonomie, wie sie sie unter den Deutschen hatten. Auch daß in Elsaß-Lothringen unter deutscher Herrschaft kein Kulturkampf stattfand, während heute gerade seitens der Katholiken über Vergewaltigung durch das Pariser Parlament geklagt wird, müßte den Ausländern, sofern sie die Wahrheit wollen, die Augen öffnen.

Ich habe in meinen „Erinnerungen“ auch von meinem Besuche bei dem alten Freunde meiner Eltern, dem Bischof Raëß, gesprochen und von der Schnurre, die er mir vom Tode meines Onkels Clemens erzählt hat.

¹ Elsässer Erinnerungen von Lujo Brentano. Berlin 1917.

Raeß sei, um ihn noch lebend zu treffen, nach Aschaffenburg gekommen. Als er aber in das Krankenzimmer getreten, sei Clemens eben verschieden gewesen. Da habe ihm der pflegende Diener gesagt: „Der gute selige Herr Clemens, der ist nun auch im rosenfarbenen Himmel“. „Ich sage Ihnen“, fuhr Bischof Raeß fort, „der Clemens war schon tot. Wie aber der Diener das sagte, hat er sich noch einmal herumgedreht: ‚Na Joseph, Du glaubst wohl, der Himmel sei mit bayerischen Bierkrügen ausgemalt‘ — und dann war’s aus.“ Die Geschichte ist selbstverständlich erfunden, wie mir meine Mutter, die allein beim Tode meines Onkels anwesend war, zum Überfluß ausdrücklich bezeugt hat. Aber sie war gut erfunden. Und derselben Heiterkeit des Gemüts bediente sich Bischof Raeß auch, wo es galt, ihm unbequeme Zumutungen abzuwehren. Wie zur Zeit des französischen Kaiserreichs, so hat er sich zur Zeit des deutschen allen Beamten überlegen gezeigt.

Ich übergehe hier, was ich in meinen „Erinnerungen“ über meinen Besuch bei einem anderen Freunde unserer Familie, dem Abt des Trappistenklosters auf dem Oelenberg bei Mülhausen van der Meulen und den außerordentlichen wirtschaftlichen Leistungen der Trappisten erzählt habe. Auch auf meine Bemühungen, der deutschen Kunst in Straßburg Eingang zu verschaffen, will ich nicht zurückkommen. Unser Leben in Straßburg stand in der Hauptsache im engsten Zusammenhang mit der Universität. Wir haben in Straßburg besondere Freundschaft mit der Familie des Professors Heitz geschlossen — er war einer der wenigen Alt-Elsässer, die sich rückhaltlos zum Deutschtum bekannten —, außerdem aber mit einer großen Anzahl der auserlesenen Schar deutscher Gelehrter, die der erste Kurator der Universität, Freiherr von Roggenbach, aus allen deutschredenden Ländern nach Straßburg berufen hatte. Ich habe von ihnen sehr viel Anregung empfangen und habe mich an ihrem Beispiel recht eigentlich erst zum akademischen Lehrer entwickelt. Vor allem gilt dies von meinem fast täglichen Zusammensein mit G. F. Knapp, dem Ideal eines für die geistige Entwicklung seiner Studenten sorgenden Lehrers. Was es heißt, Seminarübungen halten, habe ich erst in den Übungen gelernt, die wir gemeinsam abhielten.

2

Ich habe, kurz nachdem ich in Straßburg eingetroffen bin, meine schon in Breslau verfaßte Abhandlung über die gewerbliche Arbeiterfrage in Schoenbergs Handbuch der politischen Ökonomie veröffentlicht. Sie ist ins Französische und Japanische übersetzt worden, trotz der Anerkennung, die sie in Deutschland gefunden hat, aber nicht in den späteren Auflagen des Handbuchs erschienen. Ich hatte darin einen Paragraphen

über die sozialpolitisch reaktionären Richtungen, darunter über die der industriellen Magnaten.

„Nicht die Nachteile, welche die moderne industrielle Entwicklung der Arbeiterklasse vielfach gebracht hat, ihre Not und tatsächliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber, sondern die Vorzüge dieser Entwicklung, die Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitern und Arbeitgebern, die sie in der Gesetzgebung mit sich brachte, sind dieser Richtung Gegenstand des Entsetzens.“

Dagegen haben einige der Gekennzeichneten bei Schoenberg Verwahrung eingelegt, und obwohl sie gelegentlich die Übertragung der für das Verhältnis zwischen dem Hörigen und dem Grundherrschaft zur Feudalzeit herrschenden Ordnung auf die Industrie als ihr Ideal bezeichneten, hat Schoenberg, der Freund und Legatar Lassalles, von mir verlangt, in künftigen Auflagen meine Ausführungen über die industriellen Magnaten, die es nicht gebe, wegzulassen, wohl aber die Empfehlung der Einrichtung anständiger Abtritte für Fabrikarbeiter einzufügen. So lobenswert solche Einrichtungen sind, lehnte ich die weitere Mitarbeit ab.

3

Außerdem habe ich im Sommersemester 1882 meine Dankesschuld gegen meine christlich-sozialen Freunde in England abgetragen, indem ich die Geschichte ihrer Bewegung schrieb¹. In den Herbstferien haben wir uns nach Rigi-Scheidegg begeben, und noch in der zweiten Hälfte September, als dort schon der Schnee fiel, habe ich daran gearbeitet, als wir durch die Nachricht, daß meine Mutter einen Schlaganfall erlitten habe, nach Aschaffenburg abgerufen wurden. Sie hatte in der letzten Zeit oft über Vereinsamung geklagt. Alle alten Freunde waren ihr weggestorben und, wenn sie, bei ihrer aufopfernden Tätigkeit für andere, auch eine große Zahl neuer sich erworben hatte, so fühlte sie doch in steigendem Maße das Fehlen derjenigen, die ihr Leben mit ihr durchlebt hatten. Ich habe sie aufgefordert, zu uns nach Straßburg zu ziehen. Dort hätte sie im Bischof Raef und im Abt van der Meulen auf dem Oelenberg noch alte Freunde aus den Lebzeiten meines Vaters gefunden. Auch hat sie meine Einladung ernsthaft in Erwägung gezogen. Aber ihr am 1. Oktober 1882 erfolgter Tod hat einen endgültigen Entschluß überflüssig gemacht. Wir haben sie, als wir vom Rigi herbeieilten, noch am Leben gefunden und mehrere Tage, in denen sie noch bei vollem Bewußtsein war, mit ihr verlebt. Mit besonderer Freude hat sie noch die Anwesenheit meines Töchterchens erfüllt, und umgekehrt war dessen Liebe zu ihr groß. Als ich in der Nacht, gleich nachdem meine Mutter verschieden war, in das

¹ Sie ist zuerst im Juliheft von Schmollers Jahrbuch, 1883, erschienen, in zweiter, verbesserter, durch einen Anhang vermehrter Ausgabe, Leipzig 1883.

Zimmer trat, in dem mein Töchterchen schlief, fuhr dieses aus dem Schlaf auf mit den Worten: eben ist Großmama gestorben.

4

Zur selben Zeit, da meine Mutter starb, hat der Verein für Sozialpolitik eine Generalversammlung in Frankfurt abgehalten. Der Tod meiner Mutter hat mich verhindert, daran teilzunehmen. Aber der Verein hatte für mich überhaupt an Interesse verloren. Die Schutzzollpolitik hatte ihn auf dem Frankfurter Kongreß von 1879 in zwei Lager gespalten, so daß des Zusammenbleibens halber für mehr als ein Jahrzehnt handelspolitische Fragen nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden konnten. Noch heftiger standen sich die Meinungen in Sachen des Sozialistengesetzes gegenüber. Andererseits nahm die Arbeiterversicherungsgesetzgebung der Arbeiterpolitik des Vereins den Wind aus den Segeln. Ähnlich wie der Volkswirtschaftliche Kongreß unter der Ungunst der Zeiten verschwand, verstummte nun der Verein für Sozialpolitik in der Arbeiterfrage. Damit erhielt der Gedanke, der aus dem Verein eine Organisation für Verwaltungsbeamte machen wollte, das Übergewicht und demgemäß waren es Verwaltungsfragen, namentlich agrarische Verwaltungsfragen, welche den Verein während der achtziger Jahre hauptsächlich beschäftigten. Sie bezogen sich zumeist auf Norddeutschland und hatten für mich in Straßburg nur entferntes Interesse. Doch habe ich an den meisten Ausschusssitzungen, die in Frankfurt stattfanden, teilgenommen. Noch erinnere ich mich, wie nach einer derselben, als wir bei einem Glase Wein zusammen saßen, Miquel, der damals Oberbürgermeister von Frankfurt war, sich zu einer Rede erhob, die in den Worten ausklang: das infamste Gesetz, das Gesetz, das uns um dreißig Jahre zurückgeworfen hat, ist das Sozialistengesetz. Verwundert sahen wir auf, denn der alte Kommunist war in sozialen Dingen reichlich reaktionär geworden, unsicher hinsichtlich der Koalitionsfreiheit, lediglich für Arbeiterausschüsse in den einzelnen Betrieben, gegen das ganze Gewerbe umfassende Einigungsämter. Unser Staunen bemerkend, fuhr er mit seinen unsicheren Augen uns überschauend fort: „Wenn aber einer sich darauf beruft, daß ich dies gesagt habe, so leugne ich es“, was wir mit schallendem Gelächter quittierten.

5

In den Osterferien 1884 war ich mit meiner Frau in Florenz. Der Aufenthalt ist für meine wissenschaftliche Tätigkeit epochemachend gewesen. Des Nachts las ich die Geschichte von Florenz; am Tage zog sie innerlich an mir vorbei, indem ich die Stätten, die ihr Schauplatz gewesen waren, durchwanderte und die Dinge, die sich da abgespielt hatten, in Gedanken durchlebte. Das hat einen Plan in mir zur Reife gebracht, der mich

schon lang beschäftigt hatte. Ich hatte die historischen Einleitungen, die Vorlesungen und Lehrbücher zur allgemeinen Nationalökonomie gaben, einschließlich der meinen, stets für recht dürftig gehalten. Diese Unzufriedenheit brach angesichts der Geschichte, die hier an meinem Innern vorüberzog, mit solcher Wucht auf mich herein, daß ich, nach Straßburg zurückgekehrt, eine Einleitung verfaßte, die meine Zuhörer begeisterte. Zunächst gab sie nur die Wirtschaftsgeschichte vom Anfang des Mittelalters bis zur Zeit, da die heutige Wirtschaftsordnung beginnt. Sie verfolgte dabei die einzelnen Völker in der Reihenfolge, in der sie einander in der Wirtschaftsführung Europas abgelöst haben, und hob hervor, was ein jedes zum Fortschreiten beigetragen habe. Es war eine immense Leistung. Ich habe täglich 18 Stunden daran gearbeitet. Selbstverständlich, daß zunächst viele Einzelheiten ungenau waren, aber das trat hinter der Anregung, die das Ganze gab, zurück. Ich habe dann an der Verbesserung der Einzelheiten gearbeitet, indem ich jedes Jahr mich in ein einzelnes Land besonders vertiefte. So ist aus Darlegungen, die ursprünglich nur die Einleitung zu meiner allgemeinen Nationalökonomie gebildet hatten, allmählich eine Vorlesung über Wirtschaftsgeschichte geworden, die schließlich zwei Semester umfaßte und von allen meinen Vorlesungen am liebsten gehört wurde.

6

Der nächste Niederschlag dieser Studien war der Vortrag, den ich am 20. Oktober 1884 in der staatswissenschaftlichen Gesellschaft gehalten habe¹. Schmoller hat ihn „eine wundervolle historische Studie über die europäische Wirtschaftsgeschichte in Zusammenhang mit der europäischen Staatenbildung“ genannt. Ich bin am Schlusse für die Ausdehnung des deutschen Zollvereins auf Österreich-Ungarn eingetreten und war bereit, für diesen Preis auch Getreidezölle hinzunehmen, da die freie Getreideeinfuhr aus Ungarn eine übermäßige Brotverteuerung verhindert hätte. Darauf hat Graf Alexander Karolyi Schmoller und auf dessen Veranlassung mich eingeladen, an dem Internationalen Landwirtschaftlichen Kongreß teilzunehmen, der in den Herbstferien in Budapest stattfinden sollte. Ich bin mit Dr. Alexander Peez, einem gebornen Reichsdeutschen, dessen Familie schon zur Zeit meiner Eltern mit der unsern eng befreundet gewesen, hingefahren, und noch erinnere ich mich des Entzückens über das Meer wogender Getreidefelder, das sich auf der Fahrt vor unsern Augen auftat. Die Ausstellung war sehr interessant, nicht nur wegen der herrlichen Pferde, die wir zu sehen bekamen, sondern auch wegen des mongolischen Typus einer großen Zahl der Pferdeknechte. Tags dar-

¹ Er ist im 9. Band von Schmollers Jahrbuch abgedruckt.

auf hielt ich auf dem Kongreß eine Rede im Sinne meines erwähnten Aufsatzes. Sie hat einen Sturm der Begeisterung ausgelöst, wie er mir weder vorher noch später je wieder zuteil geworden ist. Ich habe die ganze Begeisterungsfähigkeit der Ungarn in der liebenswürdigsten Weise erlebt; der Enthusiasmus hat sich bis auf die Straße erstreckt, und noch anderentags war ich, wo ich mich sehen ließ, in Gefahr, auf den Schultern getragen zu werden. Doch Bismarck war nicht für die Sache zu haben.

7

Um diese Zeit war es, daß der Herzog Karl Michael von Mecklenburg zum Studium nach Straßburg kam und in unser Seminar eintrat. Er kam mit seiner Mutter, der Großfürstin Katharina, und einem Begleiter, Baron Buxhoevden, der mit ihm Vorlesungen besuchte und den Seminarübungen beiwohnte. Die Großfürstin war sehr liebenswürdig gegen meinen Kollegen Knapp und mich; doch wurden wir zu unserer Erheiterung durch Baron Buxhoevden darauf aufmerksam gemacht, daß wir für unsere Bemühungen um den Herzog nicht einen russischen Orden zu erwarten hätten, da die Großfürstin es sich zum Prinzip gemacht habe, vom russischen Staate nichts für ihre Kinder zu beanspruchen. Der Herzog war ein musterhaft fleißiger junger Mann; sein Begleiter äußerst darauf aus, von der deutschen Verwaltungspraxis zu lernen. Im benachbarten Baden hatte eine Rheinüberschwemmung große Wiederherstellungsarbeiten notwendig gemacht, und Baron Buxhoevden brannte darauf, sie zu sehen. Der Amtmann in Kehl wurde davon in Kenntnis gesetzt; das Ergebnis war eine Einladung an die Mitglieder des Seminars, zur Besichtigung nach Kehl zu kommen. Dort hatte der Amtmann Veteranen und weißgewaschene Jungfern zum Empfang bereit gestellt. Als der Herzog, der den Wagen, in dem ein Teil der Seminarmitglieder saß, kutscherte, dies von Ferne sah, sagte er zu dem neben ihm auf dem Bock sitzenden Seminarmitglied Frommer, einem netten Jüngling aus Königsberg: Mich langweilt dies; jetzt sind Sie der Herzog und stolz schritt Frommer die Reihen der Veteranen ab: „Wo haben Sie diese Medaille erhalten?“ oder „Das war wohl ein heißes Gefecht, das Ihnen diese Auszeichnung brachte?“; er nahm mit Grazie den Blumenstrauß in Empfang, den ihm die Führerin der Weißgewaschenen bot und sagte diesen allerhand freundliche Dinge. Frommer war glücklich und der Herzog vergnügt.

8

Ernster waren die Folgen, die sich an das Ergebnis der Arbeiten eines anderen Seminarmitglieds knüpften. Obwohl ich sie in meinen „Elsässer

Erinnerungen“¹ schon erzählt habe, muß ich wegen ihrer Bedeutung für mein Leben darauf zurückkommen.

Als ich 1882 nach Straßburg kam, nötigten mich meine Vorlesungen, von der Tatsache Kenntnis zu nehmen, daß die Deutsche Gewerbeordnung im Elsaß keine Geltung hatte; es galt auch auf dem Gebiete des Gewerbebetriebs noch französisches Recht, infolgedessen für die Arbeiter im Reichsland eine völlig rückständige Arbeiterschutzgesetzgebung, und selbst diese wurde, da eine Fabrikinspektion fehlte, nirgends beachtet. Auch hatten die Arbeiter infolge des Gesetzes Napoleons III. von 1864 zwar das Recht, die Arbeit einzustellen, nicht aber das, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die deutsche Regierung hatte den Arbeitern nicht die ihnen günstige Deutsche Gewerbeordnung, wohl aber das ihnen feindliche Sozialistengesetz und den Diktaturparagraphen gebracht; letzterer war nur einmal in Anwendung gekommen — als Bebel den Rhein überschreiten wollte.

Die Ursache lag in erster Linie in dem Glorienschein, mit dem die oberelsässischen Fabrikanten die im Elsaß herrschende Ordnung des Arbeitsverhältnisses zu umgeben verstanden hatten. Er beruhte vor allem auf der von Jean Dollfus ins Leben gerufenen Mülhäufer Arbeiterstadt. Auch gab es im Oberelsaß noch andere sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen. Als der Abgeordnete Stumm im Deutschen Reichstag den Antrag stellte, die deutsche Gewerbeordnung im Elsaß einzuführen, ist ihm der Fabrikdirektor Charles Grad mit den Worten entgegengetreten, es seien die wesentlichsten Vorschriften über die Arbeit in den Fabriken schon längst aus eigener Initiative der elsässer Fabrikanten durchgeführt worden, bevor sie in die Gesetzgebung übergegangen seien; und als Engel Dollfus erklärte, daß die elsässische Industrie, ohne ruiniert zu werden, nicht zweimal zahlen könne, sie habe ihren Tribut in Wohlfahrtseinrichtungen bezahlt, gab es weder in den Regierungskreisen noch im Reichstag einen Mann, der es in Zweifel gezogen hätte. Mir aber war das ganze im Oberelsaß herrschende patriarchalische System schon verdächtig erschienen, als ich in der Reichsenquete über die Baumwoll- und Leinenindustrie unter dem 30. November 1878 die Aussage Charles Grads über die Ursachen der höheren Löhne im Norden von Frankreich las:

„Um Arbeiter zu erhalten, sehen sich die Industriellen des Nordens genötigt, sie durch den Reiz höherer Löhne anzulocken, und wissen sie vielleicht nicht genug durch Unterstützungs- und Pensionskassen zu *fesseln*, wie sie in allen Fabriken des Elsaß zum Vorteil der Arbeitgeber wie der Arbeiter bestehen. *Diese Philanthropie ist seitens der Industriellen unserer Gegend ein ganz gutes Geschäft.*“

¹ Siehe daselbst S. 84 bis 125.

Hier war also sowohl die Tatsache, daß die vielgerühmten Wohlfahrts-einrichtungen den Lohn niederhalten, als auch, daß dies ihr Zweck ist, nicht nur eingeräumt, sondern mit selbstzufriedenem Eigenlobe betont. Daher mein tiefes Mißtrauen, als mir, nachdem ich nach Straßburg gekommen war, von allen Seiten die Behauptung entgegnetrat, daß die Arbeiterverhältnisse im Oberelsaß so vortreffliche seien, daß es überflüssig sei, die Arbeiterschutzgesetzgebung dort einzuführen. Doch hatte mir die Gelegenheit gefehlt, die Richtigkeit meines Ahnens an der Hand der Tatsachen zu prüfen. Da meldete sich im Oktober 1885 Heinrich Herkner zum Eintritt ins Seminar. Er war der Sohn eines Fabrikanten in Reichenberg und, wie alle Deutschböhmen ein glühender deutscher Patriot und gleichzeitig großer Bewunderer der deutschen Bürokratie; er hatte sich von deren Wirken auf Grund dessen, was er gelesen hatte, die idealsten Vorstellungen gemacht. Er erklärte, über die Arbeiterfrage arbeiten zu wollen. Dementsprechend gab ich ihm zunächst ein eben erschienenenes Buch über die Fabrikinspektion in England zu lesen und hatte den Gedanken, ihn über die Kodifikation der englischen Fabrikgesetze und die mit dieser in England erlassenen weiteren Arbeiterschutzgesetze eine Dissertation schreiben zu lassen. Aber das Referat, das Herkner über das Buch erstattete, war überraschend. Noch nie hatte ich von einem jungen Mann ein gleich sachverständiges Referat über eine soviel Spezialkenntnisse erfordernde Materie vernommen. Ich erkannte sofort, daß ein götliches Geschick mir hier den Mann zugeführt hatte, nach dem ich so lang gesucht hatte, auf daß er die oberelsässischen Arbeiterverhältnisse einem kritischen Studium unterziehe; und Herkner fand sich bereit, die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter zum Gegenstand einer der Wahrheit die Ehre gebenden Arbeit zu machen.

Ich erlangte von unserem Universitätskurator, dem Unterstaatssekretär Ledderhose, daß Herkner zu dem Archiv zugelassen wurde, das die auf die oberelsässische Industrie bezüglichen Akten aus der Zeit der französischen Herrschaft enthielt. Das Bild, das ihr Studium ergab, war in wirtschaftlicher und sozialer, besonders aber in politischer Beziehung äußerst belehrend. Vor allem zeigte sich, daß die Industriellen bis unmittelbar vor dem Kriege 1870/71 mit überlegenem Geschick ihre Sprödigkeit gegen die seit der ersten Revolution in Frankreich aufeinander folgenden Machthaber abwechselnd hervorgekehrt haben, damit man ihnen, was sie begehrten als Liebesgabe in den Schoß werfe. Und als Napoleon III. den englisch-französischen Handelsvertrag abschloß, haben einige Fabrikanten und darunter solche, die sich nach 1871 als die heftigsten Protestler gegen Deutschland hervorgetan haben, ein Blatt für Arbeiter, betitelt

„Der souveräne Wahlmann“ herausgegeben; seine Prinzipien waren die der ersten französischen Revolution; aber es erschien nur in deutscher Sprache. Das „Warum“ beantwortete das Blatt selbst:

„Einfach darum, weil die Mehrheit, und zwar die übergroße Mehrheit des elsässischen Volkes deutsch denkt, deutsch fühlt, deutsch spricht, deutschen Religionsunterricht erhält, nach deutscher Sitte leibt und lebt und die deutsche Sprache nicht vergessen will. Viele, wir wissen es, reden, lesen und schreiben französisch, und das ist recht und schön; allein dieselben, die im Französischen geübt sind, denken, fühlen und sprechen dennoch deutsch, und deshalb kommen wir zu ihnen und sprechen die Sprache ihrer Mütter, die Sprache ihrer Kindheit, die Sprache, in der sie ihre Kinder lieblosen und erziehen, ihre Frauen Herzen und ihre sterbenden Eltern trösten.“

Begreiflicherweise ist diese Opposition stets ein Gegenstand von Ärger und Sorge für die französischen Präfekten gewesen, und in den Geheimberichten, welche sie nach Paris sandten, haben sie dafür ungeschminkt die Arbeiterzustände geschildert, wie sie in den oberelsässischen Fabrikdistrikten vorherrschten. Herkner hat von diesen Berichten Kenntnis genommen. Was er davon mitgeteilt hat, klingt sehr verschieden von den Schilderungen, welche Charles Grad und die übrigen Verherrlicher des Patriarchalismus von der Lage der elsässischen Arbeiter verbreitet haben. Nach den Berichten der Präfekten beruhte die Konkurrenzfähigkeit der oberelsässischen Baumwollindustrie lediglich auf den niedrigen von ihr gezahlten Löhnen. Ihnen entsprechend waren die übrigen Arbeiterverhältnisse: allzu lange Arbeitszeit auch der jugendlichen Arbeiter, elende Ernährung, schlechte Gesundheitsverhältnisse, ungewöhnlich tiefer Bildungsstand.

Dauerten diese Mißstände unter deutscher Herrschaft noch fort? Die ärztlichen Berichte über den Gesundheitszustand in Elsaß-Lothringen sowie das Archiv für öffentliche Gesundheitspflege sprachen von einer außergewöhnlich hohen Zahl von Totgeburten, großer Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr, von Klagen über die physische Entartung der Fabrikbevölkerung und haben das Verdienst, unermüdlich den Ruf nach einer Fabrikinspektion erhoben zu haben. Auch die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts sprachen von der physischen Entartung der Fabrikbevölkerung. Im übrigen war Herkner darauf angewiesen, von den Arbeitgebern und Arbeitern selbst Auskunft zu erlangen.

Von den Arbeitgebern war nichts zu erreichen als die übliche Erlaubnis, unter Aufsicht eines Fabrikbeamten durch die Fabriksäle zu wandern. Dabei pflegt bekanntlich kein großer Einblick in die Verhältnisse erlangt zu werden. Man wird durch die Säle gehetzt und gerade da weiter getrieben, wo es interessant wäre, stehenzubleiben. In diesem Falle aber

genügte auch diese dürftige Erlaubnis. Herkner war von Kindesbeinen an inmitten eines Fabrikbetriebes aufgewachsen, kannte aufs genaueste jede Vorrichtung, auf die es für die Arbeiter ankam, und ihm genügte ein kurzer Blick zur Feststellung von Tatsachen, die ein weniger Bewandertes auch durch vieles Fragen nicht herausgebracht hätte.

Aber weit wichtiger war es, die Arbeiter selbst zu befragen. Das war doppelt schwierig: einmal wegen der Furcht, welche die vom Verlust der Wohlfahrtseinrichtungen bedrohten Arbeiter vor ihren Brotherrn empfanden; sodann wegen des Diktaturparagraphen. Herkner mußte also den Weg der geheimen Privatenquete beschreiten. Eine sehr große Zahl von Fragebogen wurde unter die Arbeiter der verschiedenen Fabriken verteilt. Merkwürdigerweise fielen von diesen nur zwei Exemplare in die Hände der Polizei, was mit 40 Mark und 3 Tagen Arrest als Strafe für unbefugtes Verbreiten von Drucksachen führte. Als dies stattfand, war aber die Ernte in der Hauptsache eingeheimst.

Das Bild der Arbeiterverhältnisse, das aus diesen Untersuchungen hervorging, zeigte, daß die von der oberelsässischen Industrie behaupteten vortrefflichen Arbeiterzustände nur in ganz wenigen Fabriken herrschten, bei Dollfus, Mieg et Cie., bei Charles Mieg et Cie. und ganz wenigen anderen Firmen. Auf die bei diesen herrschenden Zustände verwiesen auch diejenigen oberelsässischen Fabrikanten, bei denen die Verhältnisse teilweise recht unerfreuliche waren, sooft es galt, die Arbeiterschutzbestimmungen der Deutschen Gewerbeordnung abzuwehren. Im allgemeinen läßt sich sagen: Die Schutzvorrichtungen waren überall gut, außer in einer Fabrik, in welcher denn auch viele Unfälle vorkamen. Sehr übel war es fast allenthalben mit der in den Fabrikräumen herrschenden Temperatur und Ventilation bestellt; in einzelnen Fabriken betrug die Temperatur bis zu 45 Grad Celsius. Die effektive Arbeitsdauer betrug als Regel 12 $\frac{1}{2}$ Stunden im Tag, in einzelnen Fällen 12—14 Stunden, und zwar für alle Arbeiter über 14 Jahre. Besonders geklagt wurde über die rigorosen Fabrikordnungen und die strengen, in diesen festgesetzten Strafen. In einer Fabrik war ein Arbeiter wegen der Strafgeelder, die ihm von seinem Lohn abgezogen worden waren, in solche Wut geraten, daß er dem Direktor einige Messerstiche in den Unterleib versetzte; darauf wurden in anderen Fabriken mit ähnlichem Strafen- und Abzugssystem die Direktoren angewiesen, nur mit Bleistöcken und Revolvern in die Fabrik zu gehen. Ebenso wurde über schlechte Behandlung seitens der Werkmeister und Direktoren geklagt und ganz besonders über die Mißbräuche, deren sich die Vorgesetzten den Arbeiterinnen gegenüber schuldig machten. Was endlich das vielgerühmte Miniaturhäuschen in der Mülhäuser

Arbeiterstadt angeht, so war es auf dem Wege der Vermietung zu einem von drei Parteien bewohnten, recht schlechten Zinshaus geworden.

Dabei war die Lage der Mülhäuser Arbeiter noch die günstigste. Viel schlimmer war sie in den Kreisen Thann, Gebweiler und Colmar. Allenthalben befand sich die Arbeiterbevölkerung in gleicher politischer Abhängigkeit von den Notabeln.

So waren die Arbeiterverhältnisse, um derentwillen das Deutsche Reich auf seine Rolle, der Schutz der Schwachen zu sein, verzichtet hatte, gleichsam als wäre die deutsche Regierung nur eine schwache, ähnlich den Regierungen, die in Frankreich sich abgelöst hatten; als hätte sie gleich diesen es nötig gehabt, die Liebe der Starken durch Verzicht auf die Geltendmachung des zum Schutz der Schwachen erlassenen Rechtes zu gewinnen. So schrieb Herkner am Schluß seines Buches, und dann fuhr er fort:

„Hören wir, wie ein schlichter, zuverlässiger und einsichtsvoller Arbeiter aus Mülhausen sich über diese Politik äußert:

„Aus derselben“, so sagte er mir, „erwachsen für die Fabrikanten zwei große Vorteile. Ein ökonomischer: denn die Arbeiter werden an der Betonung ihrer Interessen verhindert, und das schlägt natürlich zum Nutzen der Arbeitgeber aus. Ein politischer: die unzufriedenen Arbeiter erwarten von der französischen Republik eine Besserung ihrer Lage und gewähren insofern dem Protest der Fabrikanten einen Rückhalt im Volke.

Fürwahr, ich kann mich als ein in Bewunderung des Deutschen Reiches aufgewachsener Reichsfremder eines eigentümlichen Gefühls des Erstaunens nicht erwehren. In den rechtsrheinischen Gebieten des Reiches hörte ich von allen Lippen die frohe Botschaft verkünden von dem neuen Schutzherrn, welcher den deutschen Arbeitern in dem deutschen Kaiser entstanden sei. Ich hörte daran erinnern, wie die Hohenzollern seit den Tagen des Großen Kurfürsten ihre Aufgabe darin erblickt hätten, der Autorität des Gesetzes gegenüber dem Übermächtigen zur Geltung zu verhelfen. Wiederholt las ich den Hinweis auf das „Debellare superbos“ im Wahlspruch des Krönungsschlusses zu Königsberg und oft hörte ich betonen, wie Friedrich der Große mit Stolz sich einen „roi des gueux“ genannt habe, wie aus der strammen Unterwerfung semifeudaler Machthaber unter die Herrschaft des Gesetzes und des Staates der Preußische Staat und das Deutsche Reich hervorgegangen seien. Hier aber im Reichslande gibt die deutsche Regierung diese Politik auf zugunsten der erbittertsten Feinde des Reiches!

Nur wenn das Reich dem Elsässer Arbeiter zum Bewußtsein bringt, daß es der Schutz ist seines Rechtes, darf es darauf hoffen, mit der Herrschaft, die Fabrikant und Klerus in deutschfeindlicher Weise über den Arbeiter ausüben, erfolgreich zu konkurrieren.“

9

Wenige Monate, nachdem Herkner sein Buch vollendet hatte, sollten die Reichstagswahlen von 1887 die ganze Torheit der Auslieferung der Arbeiterbevölkerung des Oberelsasses an die Notabeln ins grellste Licht setzen.

Zu Beginn des Herbstes 1886 war der alte Kaiser Wilhelm in Straßburg. Ein großer Aufzug der ländlichen Bevölkerung fand vor dem Palais des Statthalters, in dem er wohnte, statt. Alles in der malerischen Elsässer Tracht. Es war ein schönes Schauspiel. Es war nur irreführend, wenn es als Huldigungszug der elsässischen Bevölkerung ausgelegt wurde, welcher deren deutsche Gesinnung bekunde.

Die Enttäuschung sollte nicht lange auf sich warten lassen. Im Februar 1887 fand eine Neuwahl zum Deutschen Reichstag statt, und in Elsaß-Lothringen wurden ausnahmslos die schärfsten Protestler gewählt. Je größer nach einer vorausgegangenen Rede des Ministers von Hofmann die Erwartungen in Altdeutschland gewesen waren, um so größer war nun die Enttäuschung. Da gab der Staatssekretär von Hofmann seine Entlassung, obgleich er persönlich weit weniger der Träger des Systems gewesen war als andere weit betriebsamere, ihm formell untergeordnete Persönlichkeiten. Er hatte in seiner milden Weise nur dem Andrängen anderer nicht widerstanden. Der Unterstaatssekretär von Puttkamer trat nun an die Spitze des Ministeriums. Der Statthalter Fürst Hohenlohe begab sich nach Berlin.

Da brachte die Berliner „Nationalzeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 23. März 1887 einen Artikel, den ich besonders erwähne, weil er für mein persönliches Schicksal von Bedeutung geworden ist. In dem Artikel wird auseinandergesetzt, daß Elsaß-Lothringen eine Provinz des Reichs werden solle; der Landesausschuß solle die Stellung eines Provinziallandtags haben, d. h. entscheidende Zuständigkeit in Kommunalangelegenheiten der Provinz und begutachtende, soweit es sich um Gesetze für diese handle, im übrigen aber sollten die Gesetze im Reichstag beschlossen werden, ebenso wie der preußische Landtag alljährlich eine Anzahl Provinzialgesetze erledige. Dieser Artikel beruhte im wesentlichen auf Briefen, die ich an den mir persönlich bekannten Redakteur der „Nationalzeitung“ geschrieben hatte; ein Teil eines meiner Briefe ist in dem Artikel wörtlich wiedergegeben. Einige Tage nachdem er erschienen war, erhielt ich eine Mitteilung des Chefredakteurs der „Nationalzeitung“, daß Unterstaatssekretär von Puttkamer sich bei ihm nach dem Namen des Verfassers erkundigt habe; selbstverständlich werde er mich nicht nennen, wenn ich es nicht wünsche; er verlangte umgehende Entscheidung. Ich telegraphierte: „Nicht nennen, werde dies selbst besorgen.“ Wie ich gehört hatte, hegte die Regierung den Verdacht, der Historiker Baumgarten habe jenen Brief geschrieben. Um den ungerechten Vorwurf nicht auf ihm sitzen zu lassen, meldete ich mich persönlich bei Puttkamer als der Missetäter. Er war äußerst erstaunt; die Regierung würde niemals an mich gedacht haben. Ich bemerkte, daß ich nichts dagegen habe, wenn

er gegen mich einschreiten wolle; vielleicht sei es aber klüger, den Abdruck weiterer Briefe abzuwarten, die ich an die Nationalzeitung geschrieben habe; in ihnen habe ich den Nachweis der Richtigkeit des von mir Gesagten erbracht. Puttkamer antwortete mit Eifer, daß nichts gegen mich werde unternommen werden; nur bäte er mich dringend, zu verhindern, daß die bereits abgesandten Briefe zum Abdruck kämen. Es schien mir, als ob überhaupt sein Urteil dem meinen nicht allzu ferne stehe, wie er denn, nächst Ledderhose, am wenigsten in der von mir bekämpften Politik gesündigt hatte. Übrigens waren auch von anderer Seite Artikel ganz in meinem Sinne in die Berliner Nationalzeitung geschrieben worden. Namentlich war darin über die Verschwendung Klage geführt, welche die kostspielige Verwaltungsorganisation für das kleine Land bedeute, während es in einzelnen Abteilungen der Verwaltung am Notwendigsten mangle; und in der „Straßburger Post“ wurden die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin gewarnt, sich ihr Urteil auf Grund der Berichte derjenigen Beamten zu bilden, gegen die eben die Beschwerden der Alt-Deutschen sich richteten.

Da brachte das offiziöse Wolffsche Depeschbüro die Nachricht, das preußische Staatsministerium habe unter Bismarcks Vorsitz beschlossen, daß Elsaß-Lothringen eine Provinz des Reiches werden solle, also ganz das, was den unter den Altdeutschen in Straßburg herrschenden Anschauungen entsprach. Schon hielten wir das Spiel für gewonnen. Aber wir triumphierten zu früh. Der Beschluß des preußischen Staatsministeriums scheiterte am Widerspruch des alten Kaisers. Er soll gesagt haben, er wolle das dem Fürsten Hohenlohe nicht antun, bei dem er im vorausgegangenen Herbste so hingebende Aufnahme gefunden habe. Die Folge war, daß an der elsäß-lothringischen Verfassung gar nichts geändert wurde. Man beschränkte sich lediglich auf Personalveränderungen. Abgesehen von der Ersetzung des Staatssekretärs von Hofmann durch Puttkamer traten an Stelle von zwei Unterstaatssekretären neue. Die erste Tat Hohenlohes nach seiner Rückkehr aus Berlin war die Absetzung des Unterstaatssekretärs Georg von Mayr. Er soll bei Bismarck gegen Hohenlohe und bei diesem gegen Bismarck intrigiert haben. Leider wurde auch der vortreffliche Unterstaatssekretär Dr. Ledderhose durch den aus Ostpreußen herangezogenen Studt ersetzt. Man machte Ledderhose für die Nichteinführung der Deutschen Gewerbeordnung verantwortlich, obwohl Manteuffel allein daran schuld gewesen, der gefürchtet hatte, wenn er die Arbeiterschutzbestimmungen der Deutschen Gewerbeordnung einführe, werde er die Mülhäuser und andere Fabrikanten, die er gewonnen zu haben glaubte, verlieren.

Die Erinnerung an Ledderhoses Sturz trübt mir noch heute die große Genugtuung, mit der mich im übrigen der Erfolg des Herknerschen Buches erfüllt hat. Denn kein Zweifel, daß die Offenbarungen, welche dieses gebracht hatte, Ledderhoses Sturz zur Folge gehabt haben. Das Buch hatte das außerordentliche Glück, in dem Augenblick auf den Markt zu kommen, da die öffentliche Meinung in Deutschland durch den Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen äußerst erregt war. Je schillernder die Erfolge waren, die man vorher vorgespiegelt hatte, um so leidenschaftlicher verschlang man alles, was zur Aufdeckung der Ursachen führen konnte, warum die Dinge so ganz anders waren, wie man sie sich vorgestellt hatte. Das Herknersche Buch lieferte eine sprechende Unterlage zur Beantwortung der Frage. Die gesamte Presse stürzte sich darauf, und namentlich die zusammenfassenden Schlußbetrachtungen wurden in unzähligen Zeitungen abgedruckt.

Über mich aber waren in Straßburg die tollsten Gerüchte im Schwang. Nachdem die Enquete unter den oberelsässischen Arbeitern so trefflich geglückt war, ohne daß die Behörden trotz der Machtfülle, welche der Diktaturparagraph in ihre Hand legte, etwas davon gemerkt hatten, sprach man von einer Nebenregierung, die ich organisiert habe, und ich habe mich nicht wenig ob der respektvollen Scheu, mit der mich die Beamten betrachteten, ergötzt. Ich schrieb darüber an Geheimrat Althoff, und daß er die Straßburger Klatschereien über mich nicht glauben möge, ohne auch mich gehört zu haben. Seine Antwort vom 23. April 1887 besitze ich noch. Sie bestand aus dem auch sonst von ihm gelegentlich gebrauchten Verse:

„Laßt den Muckern ihre Tugend,
Was daran ist, Herr, du weißt es,
Nur erhalte uns die Jugend
Unsres Herzens, unsres Geistes.

Mit herzlichstem Gruße, in treuer passiver Klatschgemeinschaft
Ihr Althoff.“

Je lächerlicher dieses Gerede war, um so erstaunter war ich, als eines Tages ein Mann in mein Arbeitszimmer im Seminar der Universität trat, der sich mir als der neue Bergmeister vorstellte. Mit Bergmeister hatte die deutsche Amtssprache den französischen Ingénieur des mines, dem die Fabrikinspektion oblag, übersetzt. Man hatte den neuen Mann nach dem Aufsehen, das das Herknersche Buch erregt hatte, aus Trier nach dem Elsaß versetzt, damit er die preußische Tradition, daß Gesetze ohne Ansehen der Person durchzuführen seien, zur Geltung bringe. Er teilte mir mit, Herr Studt, der neue Unterstaatssekretär für Landwirtschaft,

Gewerbe und Handel, habe ihn beauftragt, ihm über das zu berichten, was in Herkners Buch falsch sei, und da er im Lande ein Neuling sei, habe er gedacht, daß ich ihm dies am besten sagen könne, da das Buch unter meiner Leitung verfaßt sei. Ich stutzte einen Augenblick ob der Naivität, sich zur Erledigung eines solchen Auftrags gerade an mich zu wenden, faßte mich aber schnell, da ich sofort erkannte, welche Gelegenheit mir da geboten sei, um zu verhindern, daß der Erfolg von Herkners Arbeit durch einen im entgegengesetzten Sinne abgefaßten Bericht gefährdet werde. „Sehr gern“, erwiderte ich, „ich bin Ihnen zu helfen bereit. Aber Sie haben gewiß den Herrn Unterstaatssekretär mißverstanden. Es kann diesem unmöglich darauf ankommen, nur zu erfahren, was in dem Herknerschen Buche sich für Irrtümer befinden; es ist selbstverständlich, daß sich in eine unter so schwierigen Verhältnissen abgefaßte Arbeit Fehler einschleichen. Aber weit wichtiger ist es für den Herrn Unterstaatssekretär, auch zu erfahren, was an dem Herknerschen Buche wahr ist.“ Der Bergmeister stammelte, daß der Unterstaatssekretär gewiß seinen Auftrag in diesem Sinne gemeint habe. Darauf setzte ich mich sofort daran, den Bericht zu verfassen. In den elsässischen Zeitungen hatten die oberelsässischen Fabrikanten in der Tat eine Anzahl Zuschriften veröffentlicht, die sich gegen Herkners Buch wandten, darunter Erklärungen von einzelnen Arbeitern und Arbeiterinnen zugunsten ihrer Brotherren, welche in der naivsten Weise das Gepräge derjenigen, die sie dazu veranlaßt hatten, auf der Stirn trugen. Aber was an Irrtümern dargetan wurde, war ganz unerheblich. Auch sprach sehr für Herkner, daß seine Mitteilungen mit den tatsächlichen Angaben in den Schriften des Mülhauser Abbé Cetty übereinstimmten, wo immer sie gleiches behandelten. Noch direkter aber sprachen dafür die Entgegnungen, welche das Herknersche Buch aus den Mülhauser Fabrikantenkreisen gefunden hatte. Denn sah man von dem in allen wiederkehrenden Vorwurf der Bösartigkeit ab, so waren sie mehr eine Bestätigung als eine Widerlegung der Herknerschen Schrift; und nur bezüglich zweier Punkte hatte ich den Eindruck, daß Herkner durch die Arbeiter irregeleitet worden sei — ein Resultat, das angesichts der Schwierigkeiten, unter denen die Untersuchung stattfand, ein großer Erfolg war. Auch war die Société industrielle de Mulhouse nach der Erklärung eines dortigen Industriellen in der „Straßburger Post“ von ihrer ursprünglichen Absicht zurückgekommen, das Buch durch eine Veröffentlichung zu widerlegen. Ich setzte in dem Bericht, den ich für den Bergmeister machte, die wenigen unerheblichen Fehler also in entsprechendes Licht und verweilte ausführlich auf all dem Neuen, was Herkner zutage gefördert hatte, und bei dessen

praktischer Tragweite. So ist der Bericht an das Ministerium gegangen. Mit späteren Gegnern hat sich dann Herkner selbst noch in einer besondern Schrift auseinandergesetzt.

10

Es ist begreiflich, daß Schmoller von den Ergebnissen der Herknerschen Untersuchungen und dem Aufsehen, das sie erregten, unangenehm überrascht wurde. Er war zehn Jahre im Elsaß gewesen, und getreu der Rolle, die er der Wirtschaftswissenschaft zuwies, hatte er das Tun der dort Herrschenden wie der griechische Chor zustimmend begleitet. Nun hatte Herkner gezeigt, was das Ergebnis dieses Tuns gewesen war. So weit zu gehen wie der griechische Chor und in den Umschwung der Beurteilung einzustimmen, der nun eintrat, wäre für ihn zu viel gewesen. Er hat mir am 18. Juni 1887 geschrieben:

„Über Herkner will ich lieber schweigen. Wir beide stehen auf zu verschiedenem Boden, als daß wir uns verständigen könnten, und vollends die Art, wie P. (ein Straßburger Seminarmitglied) hier als Reklameagentur sich für das Buch konstituiert, ist mir so antipathisch, daß ich es ihm neulich auch direkt sagte.“

Noch war der Brief „Ihr treu ergebener G. Schmoller“ unterzeichnet, und hätte er wirklich geschwiegen, so wäre es zu einem wenn auch vorübergehenden Bruch zwischen uns nicht gekommen. Aber in seiner Besprechung des Herknerschen Buches¹ hieß es unter Bezugnahme auf mich, die für den Verfasser über Wert oder Unwert des bisherigen Regierungssystems in Elsaß-Lothringen maßgebenden Vorstellungen seien

„die fables convenues, die in den mißmutigen deutschen Beamten- und Professorenkreisen zirkulieren, welche seit Jahren statt des sog. milden ein strenges Regiment gewünscht hätten, welche vielfach, für ihre deutsche Heimat radikale und fortschrittliche Ideale im Busen tragend, für das Elsaß eine möglichst bürokratische und drakonische Präfektenwirtschaft wünschten“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat diesen Absatz abgedruckt, und er scheint in Berlin großen Eindruck gemacht zu haben; denn als der Statthalter Fürst Hohenlohe von Berlin zurückkam, sagte er zu dem damaligen Universitätsrektor, dem Theologen Zöpffel, er begreife gar nicht, in Berlin habe man ihm gesagt, die Straßburger Professoren seien alle Republikaner; er kenne doch sämtliche Professoren und darunter keinen einzigen Republikaner. Aber auch was das Sehnen nach möglichst bürokratischer und drakonischer Präfektenwirtschaft angeht, war der Satz falsch; denn die Spitze des Herknerschen Buches richtete sich gerade dagegen, daß die deutsche Verwaltung, als sie nach dem Elsaß kam, in das Hemd des französischen Präfekten, das sie vorgefunden, ohne es zu

¹ Schmollers Jahrbuch Bd. 11, S. 1381.

waschen, geschlüpft war und deren Begünstigungspolitik der Notabeln auf Kosten der breiten Masse des Volkes fortgeführt hatte. Aber die Phrase schlug ein und sollte noch weitere Folgen haben.

Eine notwendige Folge war, daß ich die in Schmollers Kritik enthaltene Verdächtigung meiner politischen Gesinnung zurückwies¹. Auch bin ich den irrigen Ausführungen Schmollers entgegengetreten, womit er gegenüber Herkner die Nichteinführung der Deutschen Gewerbeordnung im Elsaß zu rechtfertigen suchte. Schmoller hat mir am 13. Dezember 1914 geschrieben, als sein Assistent ihm damals gesagt habe, meine Antwort sei nicht ohne starke Vorwürfe, habe er die betreffende Anmerkung zu einem meiner Aufsätze überklebt. Ich kann meine Erwiderung aber noch heute nur für rein sachlich und formell nicht verletzend erklären. Doch sind drei Jahre verflossen, bis Schmoller mir wieder geschrieben hat.

II

Eine weitere Folge war, daß wir das uns lieb gewordene Straßburg verließen.

Dies kam folgendermaßen. Althoff hat, nachdem er von Straßburg, wo er Professor gewesen war, als Vortragender Rat über die Universitäten nach Berlin ins Unterrichtsministerium übergesiedelt war, nicht aufgehört, sich in die Angelegenheiten der Straßburger Universität zu mischen und die dortige Verwaltung in ihren gegen die Universität gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Ich war darob gleich allen meinen Kollegen über ihn empört und erinnere mich noch lebhaft einer Auseinandersetzung, die ich mit ihm hatte, als ich ihm im Sommer 1887 in Straßburg auf der Straße begegnete.

Sehr bald danach trat das Bestreben der Verwaltung offen zutage, an der Universität wegen ihrer Stellungnahme in der vorausgegangenen Verfassungs- und Verwaltungskrise Vergeltung zu üben. Der Statthalter Fürst Hohenlohe befand sich auf seiner Besitzung in Aussee. Die Kuratorialgeschäfte verwaltete Althoffs Freund Richter. Da wurde eine Anzahl der hervorragendsten Professoren plötzlich an andere Universitäten berufen. De Bary und Sohm erhielten Berufungen nach Leipzig, Laband nach Heidelberg; man sprach schon davon, daß auch an Kundt demnächst ein Ruf nach Berlin ergehen werde. Sonst ist es üblich und liegt in der Natur der Dinge, daß jeder Kurator, dessen Universität vom Verluste gerade der hervorragendsten Professoren bedroht ist, sich eifrigst bemüht, ihren Weggang zu verhüten. Herr Richter verhielt sich anders.

¹ Lujó Brentano, Die beabsichtigte Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter und ihre Bedeutung, in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. 16. Bd., S. 44.

Dem einen antwortete er, als er ihm von dem erhaltenen Rufe Mitteilung machte, lediglich: „Ich gratuliere“; dem andern: „Den Ruf werden Sie doch gewiß annehmen“; einem dritten: „Wann gedenken Sie zu gehen?“ Kein Wort, um die auserlesenen Kräfte, deren Verlust drohte, der Universität zu erhalten. Die Folge war, daß alle, an welche ein Ruf ergangen war, diesen ohne weiteres annahm. Als dies bekannt wurde, ein Ausruf der Entrüstung bei Professoren und Studenten. Die ganze Stellung der Universität inmitten der übrigen Universitäten erschien bedroht.

Bald darauf kam Hohenlohe aus Aussee zurück. Das erste war, daß unser vortrefflicher Rektor Zöpffel ihn aufsuchte. Er stellte ihm vor, wie Kaiser und Reich kein Opfer zu groß erschienen sei, um Straßburg zu einer der glänzendsten Universitäten zu machen; daß es ein leichtes sein werde, zu ruinieren, was die größte Sorgfalt geschaffen habe, daß es aber Jahrzehnte dauern werde, ihren alten Glanz wiederherzustellen. Hohenlohe war aufs äußerste betroffen, als er hörte, wie seine Bürokratie sich benommen hatte. Er intervenierte persönlich bei De Bary, auf daß er in Leipzig sich wieder losmache; das war bei De Bary noch möglich. Sohm war bereits so gebunden, daß dies nicht mehr anging. Dasselbe galt eigentlich auch für Laband; da fuhr Hohenlohe nach Karlsruhe zum Großherzog, um Laband wieder loszubitten. Aber damit nicht genug; als die Studentenschaft den beiden bleibenden Professoren und dem scheidenden Sohm einen großen Kommers gab, beorderte Hohenlohe sein ganzes Ministerium, dem Kommers beizuwohnen, und nun erfolgten Reden, die einer wahren Hinrichtung der Bürokratie gleichkamen. Es wurde ihr vorgehalten, was die Straßburger Universität für Deutschland bedeute, wie sie allein das deutsche Interesse im Elsaß gewahrt habe, und welches Verbrechen es gegenüber Deutschland sein würde, die Universität herunterkommen zu lassen. Kaum hatte ein Redner geendet, als sich ein anderer erhob, um in derselben Tonart noch nachdrücklicher fortzufahren. Die Mitglieder des Ministeriums aber waren genötigt, nicht nur alle Anklagen ohne Widerspruch anzuhören, sondern auch noch freundlich zu antworten. Ich erinnere mich noch, wie selbst ich, der ich gegen das Ministerium ob seines Verhaltens gegen die Universität doch sehr lebhaft empfand, schließlich zu meinem Tischnachbar sagte, daß es nun genug sei, sonst werde man für die Angeklagten aus Mitleid Partei ergreifen.

Aber das Ministerium war nicht im geringsten bekehrt. Wenige Wochen darauf war Hohenlohe wieder in Aussee. Da kam Zöpffel, der Rektor, um mir mitzuteilen, der Sturm gegen die Universität sei aufs neue im Gang, und außer Kundt käme ich diesmal an die Reihe. Die Nachricht kam mir

äußerst ungelegen. Ich fühlte mich mit Straßburg und der dort gestellten Aufgabe so verwachsen, daß ich mich entschlossen hatte, hier bis ans Ende meiner Tage zu bleiben. Daher hatte ich mir auch ein Haus gebaut; eben war dieses fertig geworden, und ich war im Begriff es zu beziehen; und nun sollte ich alles verlassen, was ich entsprechend unseren Wünschen hatte herrichten lassen. Mit der Selbsttäuschung, mit der man an Unwillkommenes nicht glaubt, antwortete ich Zöpffel, er brauche keine Angst zu haben; ich wisse gar nicht, wohin man mich rufen könne. Er aber antwortete, er wisse bestimmt, daß auch ich einen Ruf nach Leipzig erhalten werde, und nahm mir das Versprechen ab, nicht anzunehmen, bevor ich nicht der Universität Gelegenheit gegeben habe, alles zu tun, um mich zu halten. Ich zog in mein Haus ein und noch war ich mit Bücheraufstellen und Bilderhängen beschäftigt, als mir ein fremder Herr gemeldet wurde, der mich sprechen wollte. Noch lebhaft entsinne ich mich, wie ich von meiner Leiter herunterkam, während der Fremde in das Zimmer, auf dessen Boden die Bücher herumlagen, schon eintrat. Zuerst verstand ich nur den Namen Ministerialrat David, und da ich noch den Kopf voll von dem hatte, was Zöpffel mir von Leipzig gemeldet, war ich überzeugt, der, welcher vor mir stehe, komme aus Sachsen. Das Mißverständnis löste sich bald. Mein Besuch kam aus Wien und brachte mir einen Ruf dorthin als Nachfolger von Lorenz von Stein.

Das war gewiß eine große Ehre. Der Ruf war zuerst an Schmoller ergangen. Der hatte abgelehnt. Darauf hatte man in Berlin die österreichische Unterrichtsverwaltung auf mich hingewiesen. Das war, wie die Dinge lagen, ein Grund mehr für mich abzulehnen, denn ich erkannte den Wunsch, mich aus Straßburg zu entfernen. Ich führte Herrn von David aus, daß es wohl angehe, einen Mathematiker oder Pandektisten aus Deutschland nach Österreich zu berufen, nicht aber einen Nationalökonom. Dieser verwachse so sehr mit den Verhältnissen des Landes, in dem er lebe, daß es nicht angehe, ihn plötzlich in ein anderes zu versetzen, dessen Interessen vielfach die gerade entgegengesetzten seien. So würde es nicht angehen, daß ich z. B. die Geschichte des Zollvereins, die ich bisher vom deutschen Standpunkt aus behandelt habe, fortan vom österreichischen Standpunkte aus behandle. Das aber war für den österreichischen Unterhändler kein Argument. „Wir sind die größten Bewunderer des Zollvereins“, war seine Antwort, „und bei uns herrscht die größte Freiheit der Wissenschaft; Sie können ohne jede Behinderung lehren, was Ihnen als richtig erscheint.“ Das war gewiß verlockend. Auch stellte er in Aussicht, daß der Minister, wenn ich annähme, den Jahr für Jahr wiederholten Vorschlägen der Wiener philosophischen Fakultät Folge

geben und meinen Bruder wieder zum ordentlichen Professor ernennen würde. Aber ich wollte nicht fortgehen, und so sprach ich von meinem Versprechen, das ich dem Rektor gegeben, und er erklärte sich bereit, mir die nötige Frist zu geben, um der Universität von dem an mich ergangenen Rufe Mitteilung zu machen. Es war einer jener schwülen Sommerabende, wie sie in Straßburg so häufig mit einem alles erschütternden Gewitter enden, und noch erinnere ich mich, wie ich unter Blitzen und Donnerkrachen mit dem Rektor vereinbarte, den Ruf nach Wien abzulehnen, unter der Bedingung, daß die Regierung mich darum bitte. Der unermüdliche Zöpffel eilte zum Staatssekretär von Puttkamer und drang heftig in ihn, bis er versprach, den Vertreter des Kuratoriums, Dr. Richter, an mich zu senden. Richter erschien auch am anderen Tage. Er begann mit dem für seine Mission recht eigentümlichen Hinweis, wie gut es angesichts der Bedrohung des Deutschtums in Österreich sei, wenn ein so guter Deutscher wie ich dorthin gehe. Er komme indes, um mir im Auftrag des Ministeriums zu sagen, daß dieses den größten Wert auf mein Bleiben lege; wie sehr dies der Fall sei, sagte er mit einem eigentümlichen Lächeln, möge ich daraus erkennen, daß die Regierung, als ihr gelegentlich gewisser Differenzen, die ich vor wenigen Monaten mit ihr gehabt habe, von Berlin aus nahegelegt worden sei, wenn ich ihr zu un bequem sei, wolle man mich nach Bonn versetzen, sie dies mit Rücksicht auf die Interessen der Universität abgelehnt habe. Ich möge der Regierung die Bedingungen mitteilen, unter denen ich bereit sei zu bleiben. Ich war starr, als mir diese Eröffnung zuteil wurde. Da war ein Unterhändler, den mir Herr von Puttkamer geschickt hatte, um mir etwas Angenehmes zu sagen, und dieser wußte sich seines Auftrags nicht besser zu entledigen, als daß er mir andeutete, wieviel mehr ich in Wien als in Straßburg wirken könnte, und von den bis dahin mir unbekanntem Erwägungen Mitteilung machte, ob man mich nicht „versetzen“ solle! „Versetzen“, wozu man gar nicht das Recht hatte. Und Berlin, d. h. Althoff, hatte dies angeboten zu derselben Zeit, da er mir den muntern Vers gegen die Klatschbasen geschrieben hatte! Aber gerade der aus dem Gebaren Richters deutlich hervorgehende Wunsch, mich los sein zu wollen, festigte erst recht meinen Entschluß, bei der Fahne auszuharren. Ich sagte Herrn Richter, er möge dem Ministerium in meinem Namen danken; ich werde bleiben und verlange keinerlei Verbesserung meiner Stellung. Aber es sei in Straßburg die Meinung verbreitet, daß ich in den Friedensschluß der Regierung mit der Universität, der kürzlich stattgefunden habe, nicht eingeschlossen sei. Das veranlasse mich, die Bedingung zu stellen, daß die Regierung durch irgendeine mir zu erweisende

Ehrung äußerlich bezeuge, daß diese Auffassung irrig sei. Dr. Richter war augenscheinlich nicht angenehm berührt, daß ich nicht etwas verlange, was man als übertriebene Forderung hätte ablehnen können; er sagte aber zu.

Darauf ging ich zu dem österreichischen Unterhändler, um ihm mein „Nein“ zu überbringen. Der aber wollte davon nichts wissen. Er werde seinem Minister berichten und bitte mich nur, den Ruf nochmals in Erwägung zu ziehen, wenn er nach Ablauf von sechs Wochen abermals an mich ergehe. Das konnte ich nicht abschlagen, und der Rektor war sehr froh, damit noch ein Mittel in der Hand zu haben, um auf die Regierung einen Druck zu üben, wenn sie Richters Zusage nicht einhalte. Nun erwartete die Universität, daß dies geschehe.

Aber es verging eine Woche nach der anderen, ohne daß irgend etwas erfolgte. Täglich frugen mich meine Kollegen danach, und täglich mußte ich mit „Nichts“ antworten. Nach sechs Wochen erhielt ich richtig den Ruf zum zweitenmal. Die Universität machte dem Ministerium sofort davon Anzeige. Das Ministerium verschanzte sich hinter dem abwesenden Statthalter, ohne den es keine Entscheidung zu treffen vermöge, versprach aber sofort an ihn zu berichten. Zöpffel frug täglich, ob noch keine Antwort da sei. Aber es kam keine Antwort. Nun wurde mir die Sache peinlich. Augenscheinlich hatte es die Regierung darauf abgesehen, mich entweder doch noch nach Wien ziehen zu lassen, oder, falls ich bleibe, mir die zugesagte Anerkennung zu verweigern, was für mich eine Demütigung gewesen wäre. Ich mußte mich aber entscheiden, da man in Wien darauf drängte; waren doch schon vierzehn Tage, seit der Ruf zum zweiten Male an mich gelangt war, verstrichen. Da ging ich zu meinem alten Gönner Ledderhose, um diesen um Rat zu fragen, und dieser vortreffliche Mann, uneingedenk, daß ich, wenn auch gegen meinen Willen, zu seinem Sturz beigetragen hatte, antwortete: Er habe zwar, seit er aus seinen Ämtern geschieden sei, nicht wieder mit einem seiner früheren Kollegen und auch nicht mit seinem Nachfolger gesprochen; aber im Interesse der Universität wolle er im Ministerium vorsprechen und mir dann Bescheid sagen. Am andern Tag hat er mich aufgesucht, um mir unter Bedauern zu raten, daß ich gehen solle; man habe es im Ministerium auf meine Demütigung abgesehen und denke nicht daran, Richters Zusage einzulösen.

Darauf nahm ich, da die Frist, in der ich mich in Wien entscheiden mußte, unmittelbar vor dem Ablauf stand, in Wien telegraphisch an.

Unterdessen aber hatte Zöpffel im Namen der Universität über den Kopf des Ministeriums weg direkt nach Aussee telegraphiert, daß der Statthalter mich doch halten möge, und — wer schildert unser aller Er-

staunen? — als dieser telegraphisch antwortete, er wisse von gar nichts und habe umgehend ans Ministerium telegraphiert, alles zu tun, mich zu halten. Das Ministerium hatte wohl gefürchtet, daß er abermals entsprechend den Wünschen der Universität intervenieren werde, und ihm, entgegen allen dem Rektor gegebenen Zusicherungen, über den an mich ergangenen Ruf nach Wien und die Eingaben der Universität gar nicht berichtet.

Diese Aufdeckung konnte für das Ministerium nur unangenehm sein, und ganz unerwartet erhielt ich, zwei Tage, nachdem ich in Wien zugesagt hatte, von ihm eine Mitteilung vom 29. Juli 1887, daß es beschlossen habe, mein Gehalt um 1500 Mark zu erhöhen. Das war ganz ungefährlich, denn schon vorher hatte ich dem Ministerium von meiner Annahme in Wien Anzeige gemacht. Es sollte wohl dem Statthalter, wenn er zurückkäme, zeigen, daß man alles getan habe, um mich zu halten. Selbstverständlich bat ich, unter Dank für die mir zugedachte Gehaltszulage, diese ablehnen zu dürfen; sie könne mir ja nur im Hinblick auf meine Nichtannahme des Wiener Rufes gewährt worden sein. Da die Voraussetzung der Bewilligung nicht mehr eintreten könne, sei es mir unmöglich, den sich mir aus dieser erwachsenden Vorteil, wenn auch nur für ein halbes Jahr, anzunehmen. Das war dem Ministerium sichtlich unangenehm, und Richter antwortete mir unter dem 1. August, ich möge es doch bei der Neuregelung meines Gehaltes belassen; wenn ich die Gehaltszulage gar nicht annehmen wolle, könne ich sie ja zu einer Stiftung zugunsten der Universität verwenden, was dann zum Gedenken künftiger Geschlechter in die Akten möge eingetragen werden. Aber auch der winkende Ruhm des Stifters konnte mich nicht locken; die Absicht war allzu deutlich. Ich blieb bei meiner Ablehnung, und am 5. August wurde die Gehaltszulage endlich rückgängig gemacht. Dem Fürsten Hohenlohe aber sagte man nach seiner Rückkehr nach Straßburg, daß man mir eine Gehaltserhöhung angeboten habe, falls ich bleibe, daß ich aber nicht zu halten gewesen sei. Darauf hat der Rektor ihn über den wahren Sachverhalt aufgeklärt und ihn im Namen des akademischen Senates gebeten, daß er selbst Kurator der Universität werden möge, um im Interesse der Universität die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhüten. Der Statthalter war sichtlich erfreut über das große Zutrauen, das ihm die Universität schenkte. Er wollte sich die Sache ernstlich überlegen und schien geneigt, die Sorge für die Universität persönlich zu übernehmen; auch erkundigte er sich eingehend nach den einzelnen Geschäften des Kurators. Aber er ist nicht selbst Kurator geworden. Über den Grund besitze ich keine Mitteilung. Vielleicht daß Althoff den Gedanken, daß

der Statthalter das Amt eines Kurators der Universität selbst übernehme, zu Fall gebracht hat, weil er davon eine Schmälerung seines Einflusses auf die Universität Straßburg befürchtete. Vielleicht auch, daß Hohenlohe das Wachsen des Einflusses von Althoff auf die außerpreußischen Universitäten voraussah und es einerseits für mit der Würde eines Statthalters nicht vereinbar hielt, sich ihm zu unterstellen, andererseits sich für zu schwach fühlte, ihm zu widerstehen.

Gegen mich persönlich ist der Statthalter dann von ausgesuchter Freundlichkeit gewesen, und als ich von Straßburg wegging, gab er mir zusammen mit dem nach Berlin berufenen Kundt ein Abschiedsessen. Als wir von Tisch aufgestanden waren, überreichte er mir einen an seinen Bruder, den Oberhofmeister in Wien gerichteten Brief: „Übergeben Sie diesen Brief meinem Bruder; er ist der erste Beamte in Österreich und wird Ihnen von Nutzen sein, falls Sie ihn vielleicht einmal nötig haben sollten.“ Ich bin dann auch von dem Wiener Fürsten Hohenlohe aufs herzlichste aufgenommen worden, wenn ich seine Hilfe auch nie in Anspruch genommen habe.

Noch bevor ich nach Wien übergesiedelt war, hatte ich aber die Genugtuung, daß durch Reichsgesetz vom 27. Februar 1888 die Deutsche Gewerbeordnung mit ihren Arbeiterschutzbestimmungen in Elsaß-Lothringen eingeführt worden ist.

II. Ein Jahr Professor in Wien

Wir sind von Linz aus auf der Donau nach Wien gefahren. Es war eine köstliche Fahrt. Wien brauche ich nicht erst zu schildern. Wer nicht dort war, hat darüber gelesen. Jedermann kennt es, wie es daliegt in seiner Umgebung, um die es jede andere Großstadt beneidet, die alte Kaiserstadt mit dem Gepräge, die ihr die vielhundertjährige Herrschaft der Habsburger über den größten Teil von Europa gegeben hat, mit der Vornehmheit seiner alten Adelspaläste und dann wieder den unvergleichlichen Neubauten seiner Stadterweiterung; ihre Schönheit wird durch die keiner anderen Stadt übertroffen. Und wie die Stadt, so die Bewohner, von einer Liebenswürdigkeit und Grazie ohnegleichen. Und welche Fülle von Anregung gibt nicht ihr musikalischer Sinn, ihr Kunstverständnis, ihr Streben nach jeglicher Art geistiger Genüsse! Selbstverständlich haben wir bei der Familie meines Bruders die wärmste Aufnahme gefunden, aber auch von allen anderen Familien, mit denen wir in Beziehung traten, haben wir nur Freundliches erfahren.

Im Ministerium erklärte der Minister von Gautsch sich zur Erfüllung aller meiner Wünsche bereit, und ebenso entgegenkommend waren alle

Behörden, mit denen ich in Beziehung trat. Eine Ausnahme machte nur mein Spezialkollege, der Professor der Nationalökonomie Karl Menger. Selbstverständlich habe ich ihn alsbald nach meiner Ankunft besucht. Er empfing mich mit den Worten: „Sie können sich nicht vorstellen, mit welcher Erbitterung mich Ihre Berufung erfüllt hat.“ „Oh doch“, antwortete ich, „ich kann sie begreifen.“ Sie hatte in Folgendem ihren Grund.

Karl Menger hat 1871 ein Buch „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ veröffentlicht, das er Wilhelm Roscher, der als das Haupt der historischen Nationalökonomie in Deutschland galt, gewidmet hat. Menger hat darin in sehr verständlicher, wenn auch wenig fesselnder Darstellung die Lehre von der abnehmenden Lustempfindung bei zunehmender Verwendung gleich großer Genußeinheiten auf ein Bedürfnis als Grundlage der Wertlehre durchgeführt¹. Das hatten vor ihm schon Cournot, Dupuit, Gossen, Jennings und Jevons getan. Während Jevons und Léon Walras, der unabhängig von Gossen, Jevons und Menger 1874 denselben Grundgedanken, wie die Schriften der Genannten, in seinen „Éléments d'économie pure“ durchgeführt hat, sobald sie Gossen kennenlernten, wiederholt und nachdrücklich betont haben, daß Gossen, ohne daß sie ihn kannten, ihr Vorgänger war, und auch Maffeo Pantaleoni, *Principii d'economia pura*, S. 96, von dem Buche Gossens schreibt: „In cui è trattata la dottrina del grado finale di utilità con tanta perfezione, che fino ad oggi pochissimo si è aggiunto, o corretto, in essa“, hat sich aber Menger niemals zu solcher Anerkennung Gossens verstanden, obwohl seine Darlegungen auffallend an die Gossens erinnern. Schmoller hat Mengers Buch, als es erschien, im „Literarischen Zentralblatt“ besprochen. Er hat ihm nicht die Vernachlässigung seiner Vorgänger, die er wahrscheinlich selbst nicht kannte, zum Vorwurf gemacht, sondern in seiner Abneigung gegen das was er Dogmatik nannte, die wir kennengelernt haben, hat er ihn unverdientermaßen heruntergerissen. Menger, der auf Grund seiner angeblichen Entdeckung als großer Denker in Wien verehrt wurde, war darob empört. Er hat als Rache eine Schrift über den Historismus in der Nationalökonomie geschrieben. Und nun war ich, der auch zu der angefeindeten historischen Schule gehörte, ihm als Nachfolger von Lorenz von Stein an die Seite gesetzt worden!

Doch ich habe mich durch seinen Zorn nicht einschüchtern lassen. Am 17. April 1888 hielt ich beim Antritt meines Lehramts einen Vortrag² über „Die klassische Nationalökonomie“, in dem ich dargelegt habe, wie

¹ Vgl. darüber meine „Entwicklung der Wertlehre“ in Lujo Brentano, *Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft*. Leipzig 1924. S. 411 ff. — ² Wieder abgedruckt in Lujo Brentano, *Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte*. Leipzig 1923. S. 1 bis 34.

und warum ich von der abstrakten Methode der klassischen National-
ökonomen, von der auch ich ausgegangen bin, zur Untersuchung der
konkreten Wirtschaftsverhältnisse übergegangen bin. Der Saal war gefüllt
bis zum letzten Platz mit Männern aus allen Berufskreisen. Etwas Neben-
sächliches sei als charakteristisch für meine Gegner erwähnt. In der Leb-
haftigkeit meines Vortrags passierte mir das Mißgeschick, daß ich das Pult
umstieß, auf dem mein Manuskript lag, und alle Blätter flogen durch den
Saal. Da ich trotzdem meinen Vortrag, als sei nichts vorgefallen, zu Ende
führte, verbreitete man, ich habe das Pult absichtlich umgestoßen!

Doch sind, nachdem Karl Menger gelegentlich meines Besuches seiner
Erbitterung Ausdruck gegeben hatte, keinerlei Reibungen zwischen uns
vorgekommen, und mit seinem Bruder, dem nicht pedantischen Anton,
stand ich ebenso wie mit meinen Kollegen Exner und Jellinek auf freund-
schaftlichem Fuße. Die ganze Fakultät, in die ich eingetreten war, ließ
mich aber ein ähnliches Zusammenwirken, wie es in Straßburg stattge-
funden hatte, schmerzlich vermissen. Da hatte ein geradezu idealer Geist
der Pflichterfüllung jeden veranlaßt, den anderen zu unterstützen. In den
Wiener Fakultätssitzungen ging es zu — und zwar nicht nur wegen sach-
licher Meinungsverschiedenheiten — daß man oft befürchtete, jetzt wird
mit Tintenfassern geworfen, und dann erschienen trotz des Geschäfts-
geheimnisses gefärbte Berichte über die Verhandlungen in der einen oder
anderen Zeitung.

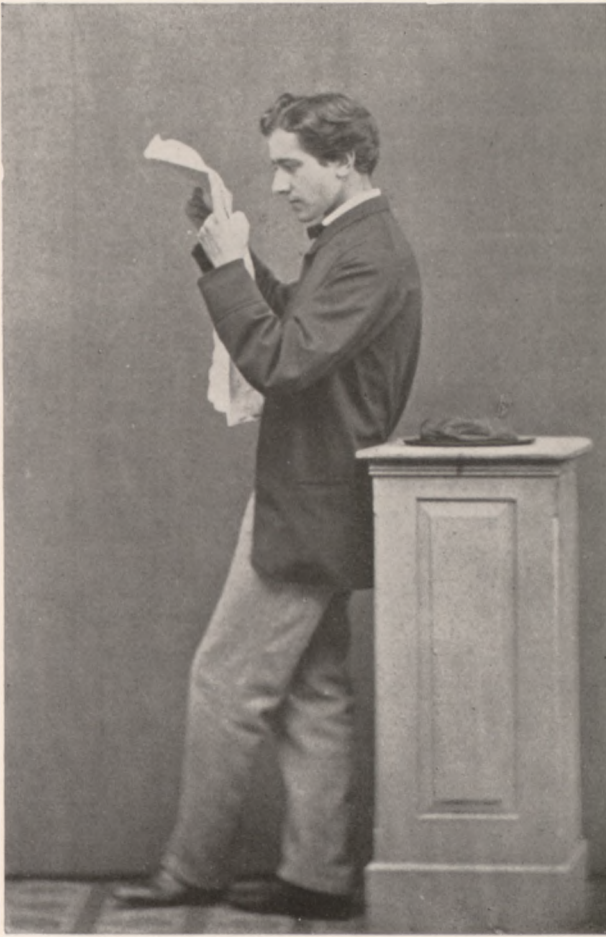
2

Mit dem Besuch meiner Vorlesungen war ich sehr zufrieden. Nur eines
war mir auffallend. Die in der ersten Bank sitzenden Zuhörer schrieben
nach; die in den weiteren Bänken hörten meist mit verschränkten Armen
aber mit sichtbarer Aufmerksamkeit zu. Erst später hörte ich, daß die erste
Bank stenographierte und Abschriften ihres Stenogramms an die weiteren
Bänke verkaufte. Ich fand die Einrichtung angenehm für den Dozenten.
Man konnte sich viel freier gehen lassen. Dagegen waren die Examina
entsetzlich. Jeden Tag hatte man zu examinieren; jeder Kandidat wurde
zwei Stunden examiniert, wovon, wenn ich zu examinieren hatte, eine
halbe Stunde auf mich kam. Die übrigen anderthalb Stunden sollte man
anwesend sein; das war nicht auszuhalten; im Sommer saß ich in den An-
lagen vor der Universität. Ein Glück, daß ich nicht jeden Kandidaten zu
examinieren hatte; aber es kamen doch Tage vor, an denen es mich traf,
von 8—12 und 2—6 zu examinieren; von 12—1 hatte ich Vorlesung zu
halten; dann konnte ich nach Hause gehen und speisen.

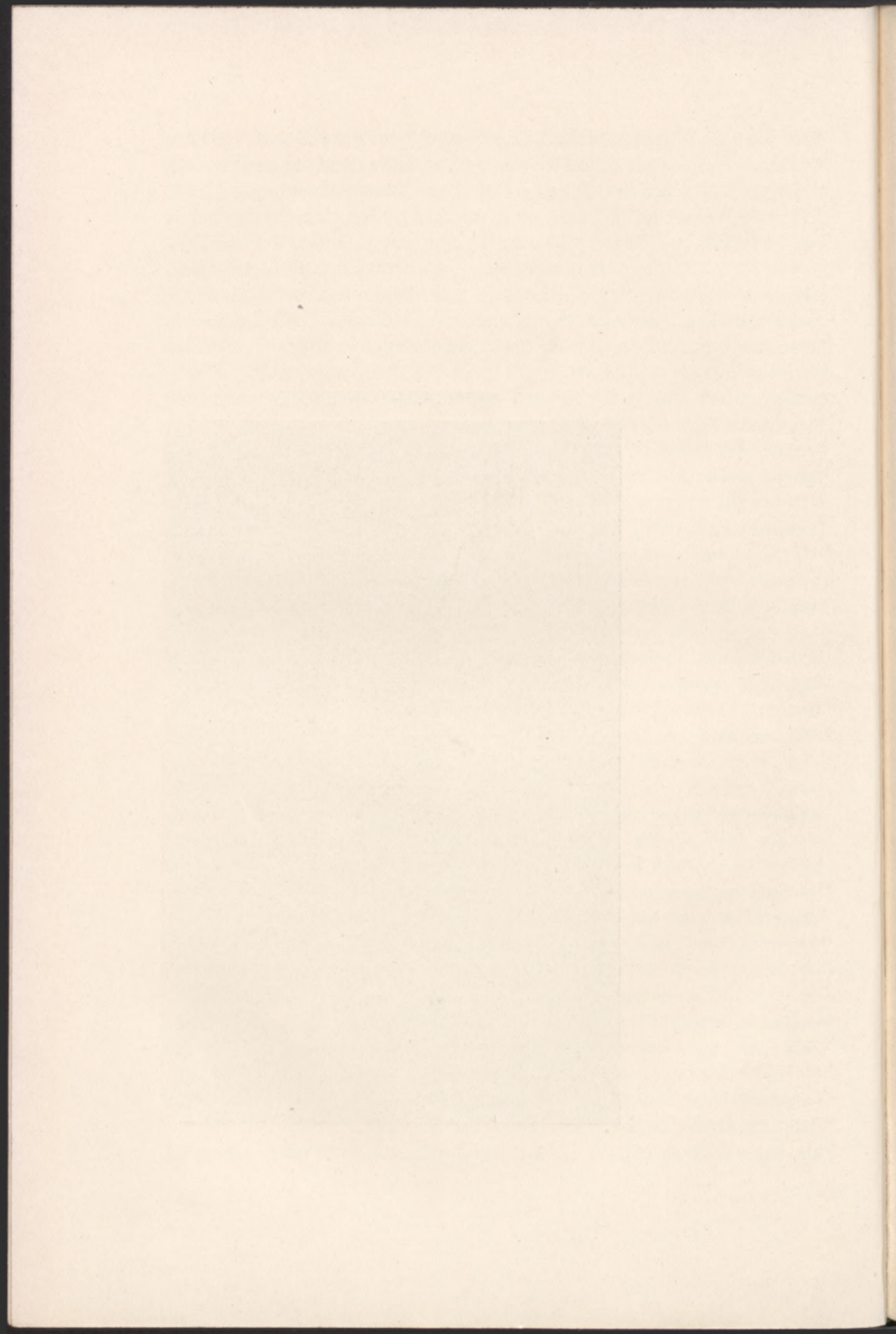
Im übrigen boten die Examina insofern ein Interesse, als sie ein Urteil
über die Befähigung der Nationalitäten, denen die Kandidaten angehörten,

ermöglichten. Die Herren Borgenicht, Pulverbestandteil, Wolkenschieber aus Galizien genügten als Regel; weitaus die besten waren die Kandidaten aus Mähren und Böhmen; wenn einer ganz ungenügend war, stammte er sicher aus Oberösterreich; hell waren die Kandidaten aus Kroatien und Dalmatien. Die Wiener zeigten im Examen die Mannigfaltigkeit der Herkunft der Völker, aus denen Wien sich rekrutiert.

Der Minister v. Gautsch trug sich damals mit dem Gedanken, die Kolleggelder abzuschaffen. Ich mahnte ihn dringend ab. Die Kolleggelder seien für die Mehrzahl der Dozenten ein Hauptmotiv, auf ihre Vorlesungen Sorgfalt zu verwenden. Jeder von ihnen lebe an sich weit lieber seiner Forscherarbeit. Wenn Gautsch etwas bessern wolle, solle er den Zwang für die Studierenden, Vorlesungen in den Fächern, in denen sie examiniert würden, zu belegen, beseitigen. Die Hauptsache sei doch, daß die Studenten etwas wüßten, nicht der Weg, auf dem sie ihre Kenntnisse erlangt hätten. Der Vorlesungszwang schaffe eine Kathederrente, für die es keine Rechtfertigung gebe. Das Wort „Kathederrente“ gefiel dem Minister, und tags darauf gebrauchte er es unter Bezugnahme auf mich im Abgeordnetenhaus gerade im entgegengesetzten des von mir beabsichtigten Sinns, was mich zu privaten Erklärungen bei meinen neuen Kollegen nötigte. Im übrigen war Gautsch stets bereit, auf das, was ich ihm darlegte, zu hören. Das sollte in einer mir sehr am Herzen liegenden Sache zur Vereitelung meiner Wünsche führen. Der Leser erinnert sich, daß Ministerialrat von David, als er mich in Straßburg zur Annahme des Rufs nach Wien zu bewegen suchte, auch sagte, daß, wenn ich annähme, die Wiederernennung meines Bruders zum ordentlichen Professor sich leichter werde machen lassen. Mein Bruder hatte zwar, als er seiner Heirat halber seine Professur niederlegte, um als Privatdozent weiter Vorlesungen zu halten, nicht die geringste Einbuße an Zuhörern gehabt; nach wie vor drängten sich die Hörer in seinem Hörsaal. Aber es war ihm damit die Möglichkeit entzogen, die Schüler, die er herangebildet hatte, zur Doktorpromotion zu führen. Auch empfand er bitter, daß ihm das vom Minister Stremeyer gegebene Versprechen, daß er alsbald wieder zum Professor ernannt werden würde, nicht gehalten wurde. Jedes Jahr wurde er von der Fakultät aufs neue vorgeschlagen, und jedes Jahr vergeblich. Nicht als ob Gautsch gegen ihn gewesen wäre; aber er fürchtete Widerstand seitens der Bischöfe. Auch diese hatten an sich keinen Einwand gegen die Lehrtätigkeit meines Bruders; sonst hätte sich dieser schon gegen seine Wiederzulassung als Privatdozent geltend gemacht. Aber sie fürchteten die Rückwirkung auf andere Geistliche, wenn man den früheren Geistlichen, der geheiratet hatte, wieder zum Professor machte. Hatten sie doch sogar, als



Lujó Brentano als Student



mein Bruder seinen Sohn taufen lassen wollte, damit er in vollem Verständnis für die Kultur, in der wir leben, aufwachse, dem Kinde die Taufe versagen wollen; erst als ich bei einem Besuche beim Weihbischof damit drohte, daß ich es dann taufen werde, hat dieser nachgegeben. Da es nun nur die Furcht vor den Bischöfen, d. h. vor deren Einfluß beim Kaiser war, die Gautsch hinderte, den Fakultätsvorschlägen zu entsprechen, veranlaßte ich meinen Bruder, eine Immediateingabe an den Kaiser zu machen und ging zum Baron Braun, dem Kabinettssekretär des Kaisers. Dieser war zur Zeit des Bundestags bei der österreichischen Gesandtschaft in Frankfurt und mit unserer von jeher österreichisch gesinnten Familie befreundet gewesen. Ich trug ihm die Angelegenheit meines Bruders vor, was ihm das Ministerium versprochen habe und trotz der Jahr für Jahr wiederholten Fakultätsvorschläge nicht halte, wie es einzig die Furcht des Ministers sei, daß die Bischöfe sich über ihn beim Kaiser beklagen würden, was ihn abhalte, seine Wiederernennung beim Kaiser zu beantragen; er, der meinen Bruder kenne, möge beim Kaiser die Bewilligung der Immediateingabe befürworten. Braun hat meine Bitte aufs wärmste als etwas, dem er gern entspreche, aufgenommen, und ich entfernte mich in der festen Überzeugung, daß die Sache abgemacht sei. Darauf begab ich mich zu Gautsch, denn ich hielt es, nachdem er mir soviel Freundlichkeit erwiesen hatte, für unanständig, hinter seinem Rücken vorzugehen. Er war enthusiastisch in seinem Dank für die Mitteilung. Doch ich hatte nicht überlegt, daß der enthusiastische Dank auch einen anderen Grund haben könne. Statt entsprechend dem mit mir geführten Gespräche vorzugehen, hintertrieb er die Befürwortung der Immediateingabe.

3

Während der Herbstferien waren wir in Bad Gastein. Dort hatte ich das Glück, mit Curtius, dem Verfasser der griechischen Geschichte, mit Werner von Siemens und Gruson aus Buckau bei Magdeburg zusammen zu sein. Curtius war noch ganz erfüllt vom Tode Kaiser Friedrichs III., der sein Schüler gewesen war. Er sprach von der Kaiserin Friedrich, die denn doch nicht die für eine preußische Prinzessin richtige Empfindung gehabt habe. Sie hätte ihm Vorwürfe gemacht, daß ihr Gemahl von Kupferstichen so wenig verstanden habe, worauf er erwidert hätte, daß ein preußischer Prinz andere Kenntnisse sich aneignen müsse als Kupferstichkunde. Auch die Erinnerung an ihren Vater, den Prinzen Albert, habe noch so sehr ihre Seele erfüllt, daß man meinen konnte, sein Tod gehe ihrem Herzen heute noch näher als der ihres Gatten. Äußerst fesselnd waren die Mitteilungen von Siemens und Gruson. Beide erzählten mir, wie sie ihre Erfindungen gemacht hatten, Siemens auch davon, wie er in

seinen Kupferbergwerken im Kaukasus die genügsamen Männer durch Weckung der Putzsucht ihrer Frauen dazu gebracht habe, Lohnarbeiter zu werden. Am vergnüglichsten war, wenn sie sich über die Sonnenflecken stritten; Siemens brachte sie mit elektrischen, Gruson mit Gießereiverhältnissen in Zusammenhang. Außerdem brachte mir der Umgang mit dem oberschlesischen Großindustriellen Georg Caro, einem früheren Lehrer meiner Frau, großen Nutzen. Er erzählte mir von dem 1887 für drei Jahre in Schlesien abgeschlossenen deutschen Walzwerkverband und war so freundlich, mir alle darauf bezüglichen Schriftstücke zur Einsicht zu überlassen. Ich habe auf Grund derselben am 29. Oktober 1888 in der Plenarversammlung der Gesellschaft österreichischer Volkswirte einen Vortrag¹ gehalten, in dem ich nach Schilderung der straffen Organisation des Walzwerksverbandes die Verhältnisse untersucht habe, unter denen Kartelle entstehen. Ausgehend von den Arbeiterkoalitionen und den Fusionen der Eisenbahnen und anderer Unternehmungen mit großem fixiertem Kapital habe ich die allgemeinen Bedingungen aller Koalitionen folgendermaßen formuliert:

So oft die Unfähigkeit, das Angebot vom Markte zurückzuziehen, den Vereinzelten die Möglichkeit nimmt, den Preis auf der Höhe der Kosten zu halten oder darüber zu steigern, führt das Selbstinteresse statt zur Konkurrenz zur Koalition. Dies gilt für den Arbeiter, den, wo er keiner Organisation angehört, seine Armut an einer der Nachfrage entsprechenden Minderung des Angebots hindert, wie für den gewerblichen Unternehmer, der sein Kapital in ein Unternehmen gesteckt hat, aus dem er es nicht ohne die größten Verluste zurückziehen kann.

Lorenz von Stein, der den Vorsitz führte, formulierte in seiner Zusammenfassung das Ergebnis: wie die Koalition der Arbeiter zur Sicherung des Existenzminimums des Arbeiters, so entstehe das Kartell zur Sicherung des Existenzminimums des Unternehmers — eine Formulierung, die die Kartelle zur Sicherung von Monopolgewinnen außer Betracht läßt.

Sehr bald darauf habe ich den Ruf nach Leipzig erhalten, von dem Zöpffel schon in Straßburg als bevorstehend gesprochen hatte. Die Entscheidung, ob ich ihm folgen sollte, ist mir schwer geworden. Es gab so vieles, was mich an Wien fesselte. Aber die Beschlagnahme fast der ganzen Arbeitszeit durch Examina und der Ton, wie er in den Wiener Fakultäts-sitzungen herrschte, standen in zu starkem Gegensatz zu dem, was ich von Straßburg und Breslau gewohnt war, als daß ich mich nicht nach einer Universität wie Leipzig gesehnt hätte. Es winkte mir da neben einer vollauf befriedigenden Wirksamkeit ein Verkehr mit gleichstrebenden Men-

¹ Er ist abgedruckt in den Mitteilungen der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, Heft II, S. 76 ff.

schen; auch würde ich dort jede Bewegung des öffentlichen Lebens als meine eigene Angelegenheit empfinden, während ich mich in Österreich bei aller Hingabe an die mir da gestellten Aufgaben doch nie ganz heimisch fühlen würde. Das hatte der Ausgang meiner Bemühungen beim Baron Braun mir gezeigt; ich hatte aus Anstandsgefühl gehandelt; die Antwort darauf war Mißbrauch desselben. Ich bin nach Schluß des Wintersemesters 1889 nach Leipzig übersiedelt.

III. Die Zeit meiner Professur in Leipzig

In Leipzig hatten wir eine sehr schöne Wohnung gerade gegenüber dem Johannapark. Noch waren wir mit dem Einräumen nicht fertig, als wir Gelegenheit hatten, uns zu erinnern, daß wir wieder in Deutschland, dem Land der Verbote, waren. Vor unseren Fenstern erstreckte sich eine große Wiese voll blühender Blümchen. Das lockte mein Töchterchen, damals noch Schulkind, und die fast gleichaltrige Freundin Dilthey, die zu ihrer Begrüßung aus Berlin gekommen war, und voll Seligkeit tummelten sie sich Blumen pflückend auf der Wiese. Aber kaum waren sie mit einem Strauß von Wiesenblumen wieder heraufgekommen, als es heftig klingelte. Vor der Tür stand ein Schutzmann. Sind hier nicht Kinder mit Blumen heraufgekommen? Ja. Und sie sind nicht einmal davongelaufen, als ihnen zugerufen wurde, sie möchten kommen, sondern haben ruhig weiter gepflückt. Wir entschuldigten uns, daß wir erst vor wenigen Tagen aus einem Lande gekommen seien, in dem es keine solchen Verbote gebe. Aber die gepflückten Blumen wurden konfisziert und die Namen der Kinder aufgeschrieben; doch ist wohl mit Rücksicht darauf, daß wir, erst aus dem Ausland gekommen, das Verbot nicht gekannt hatten, nichts weiter erfolgt.

Die Universität Leipzig hat damals die Zeit ihres höchsten Glanzes erlebt. Alle Fächer waren mit wissenschaftlichen Männern ersten Ranges besetzt. Alle beherrschte der Geist einheitlichen Zusammenwirkens. Das einzige, was man ihnen zum Vorwurf machte, war, daß sie sich wie Halbgötter vorkämen. Ich bin dort der Kollege meines alten Lehrers Windscheid geworden, dessen Vorlesungen mich, als ich achtzehn Jahre alt war, in München zur Jurisprudenz verführt hatten. Dort fand ich wieder meinen alten Straßburger Freund Sohm, den bezauberndsten aller Rechtshistoriker, schloß neue Freundschaften mit Binding und Wach, mit dem Philologen Ribbeck, dem Physiologen Ludwig, dem Geographen Ratzel und erfreute mich des Umgangs mit dem Chirurgen Thiersch und dem Kunsthistoriker Springer. Daneben trafen wir fast täglich mit der an Herzengüte und Bildung unübertroffenen Witwe

meines Freundes aus meiner Breslauer Zeit, des pathologischen Anatomen Cohnheim, und deren drei Söhnen zusammen. Auch standen wir in freundschaftlichen Beziehungen zu Wachsmuth, dem trefflichen Direktor der Kreditanstalt, und selbstverständlich zu meinem liebenswürdigen Verleger Karl Geibel, in Firma Duncker und Humblot.

2

Vor allem aber war Wilhelm Roscher, dessen Nachfolger ich geworden war, für mich von Wichtigkeit. Er war damals der berühmteste deutsche Nationalökonom und seine Vorlesungen waren die in Deutschland besuchtesten. Die heutige Jugend verkennt vielfach, was er wissenschaftlich geleistet hat. Die Ursache liegt gerade im Erfolg seines Wirkens. Die Grundanschauungen, die er in die Volkswirtschaftslehre eingeführt hat, sind in solchem Maße Gemeingut der Wissenschaft geworden, sie gelten heute in solchem Maße als selbstverständlich, daß die heranwachsende Generation mit ihnen aufwächst¹.

Ich habe während zwei und eines halben Jahres das Glück gehabt, an Roschers Seite zu wirken. Wenn ich dann zu ihm kam und ihm über die Probleme, die mich wissenschaftlich bewegten, vorplauderte, kam ich wohl da und dort auch auf Darlegungen, wonach, was insbesondere die Organisation und die Zukunft der Volkswirtschaft angeht, gerade seine Methode zu Ergebnissen führe, die von seinen Anschauungen mannigfach abwichen. In der liebenswürdigsten Weise hat er mich allezeit angehört; auch hat er sich solchen abweichenden Ausführungen niemals prinzipiell verschlossen. Gleichwohl hatte ich oft die Empfindung, als ob er sich gegenüber allen Jüngeren, die seinen wissenschaftlichen Grundanschauungen huldigten, jener mütterlichen Besorgnis der Henne, die Enteneier ausgebrütet, nicht ganz erwehren könne. Nie aber habe ich gefunden, daß die abweichende Meinung eines anderen ihn hinderte, dessen wissenschaftliche Verdienste aufs wärmste hervorzuheben. Hat er doch nicht nur unzähligen verborgenen Autoren der Vergangenheit zu einem neuen literarischen Leben und Glanze verholfen, er hatte — was zumal unter deutschen Professoren so selten ist — auch gegenüber Lebenden in höchstem Maße die Gabe der Anerkennung. Wenn er von einem Schriftsteller sprach, verweilte er stets überwiegend, wenn nicht ausschließlich bei dem, was er rühmen konnte. Ja selbst gegenüber solchen, die ihn heftig angegriffen hatten, fand ich ihn milde; höchstens, daß er bei Besprechung des einen oder anderen, der, wie Karl Menger gegen ihn oder seine „historische“ Methode geeifert, mit leisem Lächeln die Huldigungen streifte,

¹ Ich verweise auf den Nekrolog, den ich in die Berliner Nationalzeitung vom 12. Juni 1894 bei seinem Tode (4. Juni 1894) geschrieben habe.

die dieselben in früheren Widmungen ihrer Bücher und in Briefen ihm hatten zuteil werden lassen. Heftig fand ich ihn überhaupt nur gegenüber Lehren, von denen er eine sittliche Verpestung des Volksgeistes befürchtete, sowie gegenüber solchen, welche ihre Wissenschaft prostituierten, indem sie ihre Feder in den Dienst einer Partei stellten. Namentlich war er empfindlich gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Gesetzgebung im Interesse des jeweils politisch Maßgebenden. So hatte er keine Freude an der Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre und war ein eifriger, meist zustimmender Leser der wirtschaftspolitischen Artikel der „Nation“. Nach außen ist er mit seinen Meinungen über Tagesfragen indes selten hervorgetreten. Waren es doch größere Fragen als bloße Tagesfragen, die sein arbeitsames Leben beschäftigten. Aber wo er zur Äußerung über dieselben genötigt war und die konkreten Verhältnisse genau kannte, hat er es keineswegs an Energie fehlen lassen. So, als er aus dem sächsischen Landeskulturrat austrat, weil dieser in dem fast ausschließlich industriellen Sachsen sich für Getreidezölle aussprach; wenige Tage, nachdem die Universität Leipzig mich in den Landeskulturrat gewählt hat, habe ich ihn gesprochen. Er sagte mir: „Sie konnten nicht anders als annehmen; ich aber mußte austreten, nachdem man sich über meinen Einspruch gegen einen Beschluß zugunsten der Getreidezölle hinweggesetzt hatte.“ Daß ich ihm in dieser Frage nicht Unehre gemacht habe, hat die Folge gezeigt.

3

Als bald nach meinem Eintreffen in Leipzig habe ich in Dresden beim König Albert meine Aufwartung gemacht und mich dem Kultusminister Gerber vorgestellt. In der Annahme, daß man von mir verlange, daß ich in Leipzig ein staatswissenschaftliches Seminar wie in Straßburg leite, habe ich von ihm die Bewilligung der Mittel beantragt, die ich für das Seminar brauche. Doch Gerber wollte davon nichts wissen; er sei kein Freund von Seminaren; die jungen Leute machten darin Arbeiten, die, solange sie dem Seminar angehörten, ganz gut seien; später aber, wenn die Beihilfe des Professors fehle, versagten sie. Ich erwiderte, ich habe nur meine Bereitwilligkeit, die Leitung eines Seminars zu übernehmen, erklären wollen, sei aber sehr vergnügt, darauf zu verzichten, da eine Seminarleitung weit mehr Arbeit als die Vorlesungen verursache. Nun aber fiel Gerber um. So sei seine Äußerung nicht gemeint gewesen. Er bewilligte alles, was ich verlangte, auch ein kleines Gehalt für Dr. Walter Lotz, meinen Assistenten. Der junge Mann hatte in Straßburg ein vortreffliches Buch über das deutsche Bankgesetz verfaßt, hatte dann in Berlin bei der Deutschen Bank und während meines Aufenthalts in Wien

dort in einem Bankhaus, das besonders mit Edelmetallen Geschäfte machte, gearbeitet und die Börse kennengelernt, und war mir nach Leipzig gefolgt, wo er sich als Privatdozent habilitiert und mir im Seminar treffliche Unterstützung geleistet hat. Unser Seminar wurde in einem Nebengebäude untergebracht; eine alte Frau, die aufzuräumen hatte, wohnte gleichfalls darin; noch erinnere ich mich unseres heiteren Staunens, als Dr. Lotz und ich von der Studienreise nach England, von der ich alsbald reden werde, zurückkamen, und den Boden der Seminarräume mit polnischen Juden belegt fanden, die zur Ostermesse gekommen waren, und an die unsere Dienerin unsere Räume vermietet hatte.

4

Am 27. April 1889 habe ich mit einem Vortrag „Über die Ursachen der heutigen sozialen Not. Ein Beitrag zur Morphologie der Volkswirtschaft“ mein Lehramt an der Universität angetreten. Seit fünfzehn Jahren herrschte tiefe Depression auf dem Weltmarkt. Es gab Nationalökonomien, die an einem Wiederaufleben verzweifelten. Die Arbeitslosigkeit war außerordentlich. In England betrug der Lohn von Arbeitern, die 35 s. die Woche verdienten, im Jahresdurchschnitt weniger als 20 s. die Woche, d. h. von 52 Wochen des Jahres waren sie weniger als 30 Wochen beschäftigt. Angesichts solchen Rückgangs der Nachfrage zeigte sich die Arbeitslosenversicherung der Gewerkvereine unzureichend. Ihre Kosten betragen mehr als deren regelmäßige Einnahmen. In meinem Vortrag untersuchte ich die Ursachen der durch die bestehende Absatzstockung hervorgerufenen Not. Ich zeigte, daß die Wandlungen in der Organisation des Wirtschaftslebens nicht, wie Marx lehrt, ihre primäre Ursache in technischen Änderungen habe; ich zeigte, wie der Wandel in den Produktionsverhältnissen allzeit stattgefunden habe unter dem Druck von Änderungen in den Absatzverhältnissen. So sei auch die erste und letzte Ursache der zur Zeit herrschenden sozialen Not die Unsicherheit im Wirtschaftsleben, die mit der Abhängigkeit aller Wirtschaften vom Weltmarkt, wie sie auf der damaligen Entwicklungsstufe der Volkswirtschaft notwendig wurde, entstanden sei. Ich zeigte, wie die von den abstrakten Theoretikern sozialistischer wie bürgerlicher Richtung vorgeschlagenen Heilmittel teils utopistisch seien, teils die soziale Not bestehen ließen. Unterdessen habe das Leben Neuorganisationen der Volkswirtschaft entwickelt, die praktikabel seien und unter Wahrung aller der notwendigen Voraussetzungen des heutigen Wirtschaftslebens dessen Grundübel, die Unsicherheit der Existenz, zu beseitigen versprochen: das seien die Kartelle, deren Organisation und Wirken, soweit sie gesund seien, ich vorher kurz dargestellt hatte. Diese zeige aufs neue, wie es nicht Aufgabe der

Theorie sein kann, das Leben zu meistern, sondern es nur zu beobachten, um ihm seine Entwicklungsprinzipien abzulauschen, damit man es diesen entsprechend zu leiten vermöge.

5

Darauf traten im Mai 1889 in England Ereignisse ein, die mein Interesse im höchsten Maße erregen mußten. Ich denke dabei nicht an das — trotz aller Kassandrarufo — Wiedereinsetzen eines wirtschaftlichen Aufschwungs und die damit eintretende Wiederfüllung der Gewerkvereinskassen, sondern an die Organisation der ungelerten Arbeiter, die zum erstenmal glückte. Bei den gelernten Arbeitern bilden die Ansprüche an ihre erworbene Geschicklichkeit den Ausschluß unbegrenzter Konkurrenz; er macht es verhältnismäßig leicht, sie zu organisieren; bei den ungelerten Arbeitern fehlt ein solcher Abschluß nach unten, und daran war alle Organisation derselben bis dahin gescheitert. Nunmehr kam die Nachricht, daß die Arbeitseinstellung der letzten unter den Mühseligen und Beladenen Londons, der Dockarbeiter, siegreich geendet habe. Wie ich schon an anderem Orte erzählt habe¹, haben sie diesen Sieg erfochten, nicht aus eigener Kraft, sondern vermöge der Auslösung zweier Kräfte, die eine individualistische Betrachtungsweise nicht in Rechnung stellt: vermöge der Solidarität der arbeitenden Klassen und der Stellungnahme der öffentlichen Meinung. Die in den Docks beschäftigten gelernten Arbeiter, die Stauer, Matrosen, Bootsleute, Ewerführer stellten die Arbeit ein, nicht weil sie für sich etwas verlangten, sondern weil sie das Elend der ungelerten nicht länger dulden wollten; erst wenn deren Forderungen erfüllt seien, würden sie die Arbeit wieder aufnehmen. Vier Wochen lang war der größte Hafen der Welt stillgelegt. Die öffentliche Meinung aber nicht nur in London, sondern in ganz England, in Australien, in den Ländern des Kontinents stand auf seiten der Ausstehenden und sandte in einem fast vulkanischen Ausbruch von Sympathie großartige Summen, damit sie aushalten konnten. Der hinreißenden und dabei besonnenen Beredsamkeit von John Burns ist der Sieg der Dockarbeiter wesentlich zu danken gewesen. Um die Streikenden von Unfug abzuhalten, hat er sie täglich in endlosem Zuge nach dem Westend geführt; allenthalben standen die Menschen vor ihren Läden und Häusern und steuerten zu ihrem Unterhalt bei. Eines Samstag Abends drängten sich die Ausständigen um das Haus im Hafenviertel, in dem die Führer das Ergebnis des zusammengekommenen Geldes zählten; ungestüm ver-

¹ Siehe meine Unterredung mit John Burns bei Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden, II, S. 433 ff. und meinen Bericht in der ersten Hälfte des dritten Bandes meiner Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, S. 559 ff.

langten sie dessen Verteilung. Burns hat mir später gesagt: „Hätte ich es an dem Abend verteilt, so wären sie in paar Stunden besoffen und London in Brand gewesen.“ Er trat hinaus und verwies sie auf Montag früh. Aber sie hörten die Münzen klimpern und wurden drohend: „Ihr oben eßt und trinkt und wir hungern.“ Darauf rief Burns zwei Arbeiter als Zeugen auf: „Ihr habt mich heute morgen abgeholt und seitdem nicht verlassen; habe ich seit heute morgen mehr als zwei Äpfel gegessen?“ Das beruhigte die Menge, denn sie traute blind dem Manne, der seit Jahren für ihre Interessen gestritten und gelitten hatte. Dabei war er keiner, der ihnen schmeichelte. Nachdem der Sieg erfochten war, sprach er zu ihnen: „In vierzehn Tagen werde ich wiederkommen, und wenn ich euch dann trunken und in den Gesichtern eurer Weiber die Zeichen zweifelhafter Zärtlichkeit sehe, wie heute, werde ich ebenso gegen euch auftreten, wie ich euch heute zum Sieg geführt habe.“

Es ist begreiflich, daß dieser erste Sieg der Ungelernten mich nach London rief, denn er schien alles umzustürzen, was man bisher über die Bedingungen eines Erfolgs von Arbeitseinstellungen gedacht und gelehrt hatte. Außerdem hatten die Vorgänge im rheinisch-westfälischen Bergbau Deutschland in große Aufregung versetzt. Schon seit Jahren hatte es unter den Bergleuten gegärt. Sie klagten bei eingetretenen Unglücksfällen, daß ihnen gar keine Einwirkung darauf zustehe, wie die Kameradschaften zusammengesetzt würden; infolge der Unerfahrenheit junger Kameraden, die man an Orte mitgebe, an denen durch eine kleine Unvorsichtigkeit leicht ein Unglücksfall entstehen kann, fänden viele den Tod. Auch wünschten sie Einfluß auf den Arbeitsvertrag, Mitwirkung bei Festsetzung der Löhne, Schutz gegen willkürliche Entlassung langjähriger Arbeiter, beschwerten sich, daß sie, wenn sie Klage erhöben, kurz abgewiesen würden, und waren der Meinung, daß sie, wenn sie eine geschlossene Organisation hätten, Aussicht auf Besserung hätten. Nun hatte das Wiedereinsetzen des wirtschaftlichen Aufschwungs sich auch im Bergbau fühlbar gemacht. Die Kohlenpreise waren gestiegen. Da war die Probe auf die neue deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung gekommen. Im Bergbau bestanden die neu eingeführten Kranken-, Invaliden- und Alterskassen traditionell, und zwar waren die von ihnen gewährten Vorteile weit größer als die, welche die neue Arbeiterversicherungsgesetzgebung in Aussicht stellte. Wenn irgendwo, so mußten diese Einrichtungen also im Bergbau zeigen, ob sie imstand seien, die erhofften sozialpolitischen Wirkungen hervorzubringen. Was aber war eingetreten? Man hatte erlebt, daß die Bergleute die Gefahr, alle ihre Kranken-, Invaliden- und Altersversicherungsansprüche zu verlieren, völlig mißachteten und, als

man ihnen zumutete, auf Ausnützung der Konjunktur bei steigendem Markte zu verzichten, den größten Streik inszenierten, den Deutschland jemals gesehen hatte. Da keinerlei Arbeiterorganisationen bestanden, war es zu Kontraktbruch, Unordnung, Tumulten gekommen, und die Frage war, ob man mit der bisherigen Unterdrückung aller Selbständigkeitsbestrebungen der Arbeiterklasse in verstärktem Maße fortfahren oder neue Bahnen einschlagen solle.

6

Die ganze Politik, die man unter dem Sozialistengesetz gegenüber den Arbeitern verfolgte, war nur Wasser auf die Mühle der Anhänger von Karl Marx. Marx hatte jeden Gedanken an Versöhnung der Klassen als kleinbürgerlich und philiströs verhöhnt; er war dafür, daß die beherrschte Klasse der herrschenden die Herrschaft entreiße; Versöhnung würde der beherrschten Klasse die zur Revolution nötige Energie entziehen. Daher seine Verachtung gegenüber den Gewerkvereinen. Diese Auffassung wurde von den deutschen Behörden unfreiwillig gefördert. Machten die Arbeiter von dem ihnen in der Gewerbeordnung zugestandenem Koalitionsrecht Gebrauch, so drohte ihnen die Gefahr, unter mißbräuchlicher Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung ins Gefängnis wandern zu müssen. Die Folge war: da man die Arbeiter als „unbotmäßig“ ansah, fühlten sie sich auch als Rebellen. Kein Wunder, daß sie auf mich damals nicht hörten, wenn ich ihnen den Weg zeigte, wie sie auf Grundlage der bestehenden Ordnung zu größerer Teilnahme an den Segnungen der Kultur aufsteigen könnten, und während ich eben deshalb von der bürgerlichen Presse als jemand, dessen „Irreleitung der öffentlichen Meinung kaum verhängnisvoller werden könne“, gebrandmarkt wurde, warnten die Sozialdemokraten vor mir, denn ich nehme den Arbeitern die revolutionäre Kraft. Das war nicht etwa erst geschehen, nachdem ich die Fälschung aufgedeckt hatte, der Marx gefolgt¹ ist, als er in die Inauguraladresse der ersten Internationale das aufsehenerregende Zitat aus der Budgetrede Gladstones vom 16. April 1863 einflocht, wonach die berauschende Vermehrung des Reichtums und der Macht Englands in den Jahren 1842 bis 1861 ganz und gar auf die besitzende Klasse beschränkt gewesen sein sollte. Jene Warnung vor mir hat vom ersten Erscheinen meiner „Arbeitergilden“ an stattgefunden. Der einzige Gedanke, der die Sozialdemokraten damals beseelte, war Revolution. In ihren Versammlungen wurden Reden gehalten, wie sie in England seit der Chartistenbewegung nicht

¹ Marx hat statt aus der Times vom 17. April 1863 aus der erst 1864 erschienenen Schmähchrift „The Theory of Exchanges“ zitiert. Siehe „Meine Polemik mit Karl Marx“. Berlin 1890.

mehr erhört waren. Dabei entbehrten diese Versammlungen nicht der Komik. Sie durften nur im Beisein von Schutzmännern abgehalten werden, die das Recht hatten, sie aufzulösen. Die Erfahrung, daß der Schutzmann auflöse, wenn stürmischer Beifall ausbrach, hatte die Arbeiter diszipliniert. Stillschweigend lauschten sie den aufrührerischen Reden, ohne einen Laut von sich zu geben. Andererseits soll es auch vorgekommen sein, daß Schutzmänner durch die Reden, die sie hören mußten, überzeugt wurden, was dann die Folge hatte, daß man das Aufsichtspersonal periodisch wechselte.

Dabei bot mir ein Ausflug, den ich mit Kollegen in einem der sächsischen Bergwerksdistrikte unternahm, Gelegenheit, mich von der Notlage der Arbeiter zu überzeugen. Wir hatten absichtlich den Sonntag dazu gewählt, weil nur da Aussicht war, mit den Bergleuten sprechen zu können. Leider war der Bergmann, den wir aufsuchten, ausgegangen, um sich wieder einmal des Sonnenlichtes zu erfreuen, aber wir trafen die Frau zu Haus. Wir fanden die Bestätigung von Diderots Satz: Rien ne peuple comme la misère. Die Frau trug ein Kind auf dem Arm, ein anderes kroch auf dem Boden, ein drittes war in Sicht, zwei Knaben lagen im Bett, weil sie keine anständigen Kleider hatten. Aus allen Ecken sprach entsetzliche Armut.

7

Der Streik der rheinisch-westfälischen Bergleute, der am 13. Mai 1889 in Essen ausbrach und wie ein Präriebrand sich bis nach Sachsen und Schlesien verbreitet hat¹, hat es mit sich gebracht, daß der Verein für Sozialpolitik sich mit Arbeitseinstellungen wieder beschäftigen mußte. Am 4. Januar 1890 war sein vortrefflicher Präsident Nasse gestorben²; Schmoller ist nun auch formell der Präsident des Vereins geworden, dessen einflußreichste Persönlichkeit er schon seit Jahren gewesen war. Auf die Tagesordnung der Vereinsversammlung, die Ende September stattfinden sollte, wurde die Fortbildung des Arbeitsvertrags gesetzt, und ich wurde zum ersten Referenten ernannt. Ich habe alsbald meine Vorbereitungen begonnen. Ich veranlaßte das Seminarmitglied Friedrich Zahn, die Organisation der Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe zu bearbeiten; denn das in diesem bestehende Arbeitsverhältnis glich dem in England herrschenden wie ein Ei dem anderen. Zahn ist dabei von Richard Härtel, dem Sekretär des Gehilfenverbandes, der schon seit der ersten Eisenacher Versammlung dem Verein für Sozialpolitik angehörte,

¹ Siehe darüber Dr. Karl Oldenberg, Studien zur rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbewegung, in Schmollers Jahrbuch XIV, Heft 2 und 3. — ² Siehe den Nachruf, den G. F. Knapp ihm im 47. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik gewidmet hat.

durch vorbehaltlose Lieferung von Material unterstützt worden. Ich selbst habe mich in den Osterferien mit Dr. Lotz nach England begeben, um die neueste Entwicklung der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten durch Schieds- und Einigungsämter zu studieren.

Ich habe bei dieser Gelegenheit John Burns persönlich kennengelernt. Während wir in London weilten, brach in Liverpool ein Streik der Dockarbeiter aus. Da ich sehen wollte, wie es dabei zuging, bat ich Burns um eine Einführung bei den Führern. Er schrieb auf seine Visitenkarte: Ich empfehle Euch den Dr. Brentano; er war unser Freund, bevor es Mode war, unser Freund zu sein¹. Ich bin nie auf etwas so stolz gewesen wie auf diese Einführung. Auch wurde ich in Liverpool mit echt keltischer Warmherzigkeit — die Streikenden waren Irländer — aufgenommen. Des Abends haben wir mit ihren Führern gespeist. Da es Freitag war, aßen sie als gute Katholiken kein Fleisch, hatten aber nichts dagegen, daß wir Fleisch aßen, wohl aber dagegen, daß wir bezahlten. Das ließ die irische Gastfreundschaft nicht zu; doch nahmen sie gern einen Beitrag zu ihrer Streikkasse. Am folgenden Tag haben wir neben ihnen auf dem Karren gestanden, mit dem sie durch die Straßen fuhren, um zu den Streikenden zu sprechen. Es sind da harte Worte gegen Arbeitgeber, Regierung und Parlament gefallen; sie wurden von den in Massen umstehenden Dockarbeitern mit Begeisterung aufgenommen; die anwesenden Schutzleute hatten nichts einzuwenden; auch ist nichts Böses vorgekommen. Was aber würde man in Leipzig gesagt haben, hätte man uns auf dem Karren gesehen!

Von Liverpool sind wir an alle die Orte gezogen, an denen neuerdings Arbeitsstreitigkeiten durch Schiedssprüche von Schieds- und Einigungsämtern glücklich beendet worden waren, und haben auf Grund von dem, was wir fortschreitend kennenlernten, fortwährend diskutiert, ob, wie ich zur Zeit der Depression verzweifelnd einmal gedacht hatte, ein gleiches Resultat durch von oben eingeführte Berufsgenossenschaften zu erzielen gewesen wäre; namentlich haben wir die Orte besucht, die Sitze der britischen Eisen- und Bergwerksindustrie waren. Wir sind in Newcastle, Durham, Darlington, York gewesen. Auch waren wir in Manchester bei Professor Munro, der besonders über gleitende Lohnskalen gearbeitet und sich um ihre Einführung in der Baumwollindustrie verdient gemacht hatte. Er hat uns versprochen, zur Versammlung des Vereins für Sozialpolitik nach Frankfurt zu kommen. Dr. Lotz hat auf Grund dessen, was wir kennenlernten, eine treffliche Arbeit über das Schieds- und Einigungsverfahren in der Walzeisen- und Stahlindustrie Nordenglands geschrie-

¹ I send you Dr. Brentano; he was our friend, before it was fashionable to be our friend.

ben, und ich habe das Material gesammelt, auf Grund dessen das Seminarmitglied Emil Auerbach eine Darlegung des Schieds- und Einigungsverfahrens in den Kohlengruben von Northumberland und Durham verfaßt hat. Besonders wertvoll darin ist die wörtliche Übersetzung der Verhandlungen vor dem Schiedsgericht im Kohlegewerbe von Northumberland vom März 1875; sie gibt ein anschauliches Bild von der Art und Weise, wie die Verhandlungen geführt werden und von den Gesichtspunkten, die bei Fällung des Schiedsspruchs maßgebend sein müssen. Ich habe dann selbst eine Einleitung zu den drei Abhandlungen geschrieben, in der ich deren Ergebnisse zusammenfasse und mit besonderem Nachdruck darlege, daß nur diejenigen Schiedssprüche durchführbar sind, welche der Marktlage entsprechen, d. h. entsprechend den sich aus dieser ergebenden Machtverhältnissen der Parteien gefällt werden; wird der Lohn nicht in Übereinstimmung mit der Marktlage festgestellt, so sei die Folge, daß er nicht haltbar ist¹.

8

Während Dr. Lotz und ich mitten in unseren Studien begriffen waren, kam aus Deutschland die Nachricht, daß Fürst Bismarck am 20. März seine Entlassung genommen habe. Sie wurde mit gemischten Empfindungen von uns aufgenommen. Einerseits bedrückte es, daß der Lotse das Schiff verließ, das er wie keiner durch alle Klippen gesteuert hatte. Andererseits waren wir uns bewußt, daß mit ihm der gewaltigste Gegner der Sozialpolitik, die wir erstrebten, geschwunden war. War doch die Ursache gewesen, warum Hofman als Präsident des Reichskanzleramts gehen mußte, daß er, während Bismarck auf dem Lande weilte, die vom Reichstag beschlossene Einführung wirksamer Fabrikinspektion im Bundesrat zur Annahme gebracht hatte; man erzählte sich damals, Bismarck habe dem Pächter seiner Papierfabrik in Varzin, der sich beklagte, daß ein Fabrikinspektor in der Fabrik die Einfriedung einer Kreissäge angeordnet habe, geantwortet: Schmeißen Sie den Kerl hinaus. Bismarck stand ganz auf dem patriarchalischen Standpunkt des wohlwollenden Gutsbesitzers, der, wenn er einem Waldarbeiter begegnet, ihm eine Zigarre gibt, sich ein paar Minuten freundlich mit ihm unterhält, von ihm aber widerspruchslosen Gehorsam fordert. Er hatte kein Verständnis für das Streben des modernen Arbeiters nach Selbständigkeit. Als ich nach seiner Entlassung in M. Hardens „Zukunft“ einen Aufsatz „Status und Contractus“ veröffentlichte², in dem ich ausführte, wie heute niemand dem andern zu weiterem verpflichtet ist, als wozu er sich freiwillig vertragsmäßig bindet,

¹ Alle genannten Arbeiten, samt meiner Einleitung, sind im 45. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik abgedruckt. — ² Die Zukunft, I, Nr. 6, vom 5. November 1892.

und wie die frühere auf Standesrechten beruhende Ordnung noch heute darin nachwirke, den Arbeitern dies zu verkümmern, hat Bismarck, wie Harden mir sagte, ihm den Abdruck dieses Aufsatzes zu bitterem Vorwurf gemacht. Auch vermag ich nicht zu sagen, ob die Ursache von seiner Entlassung in Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kaiser auf dem Gebiete der Außenpolitik zu suchen ist oder, wie man schon damals gemunkelt hat und neuerdings wieder behauptet wird, darin, daß Fürst Bismarck, um der Sozialdemokraten Herr zu werden, dem Kaiser zur Beseitigung der Verfassung geraten habe. Jedenfalls bestand Fürst Bismarck auf dem Sozialistengesetz, auf dessen Grundlage eine Umwandlung der deutschen Arbeiter aus Rebellen in patriotische Staatsbürger, wie wir sie in England vor Augen hatten, ausgeschlossen war. Erst nach dem Wegfall dieses, um mit Miquel zu reden, infamsten Gesetzes, konnte eine Entwicklung von deutschen Gewerkvereinen ähnlich den englischen erhofft werden.

Die Sorge, daß die neuen Bahnen, die Wilhelm II. einschlagen könnte, sie in ihrer Herr-im-Hause-Stellung erschüttern würden, hat dann die großen Arbeitgeber veranlaßt, eine Delegation nach England zu senden, wo die Gewerkvereine, die noch zwanzig Jahre vorher verpönt um ihre Existenz zu ringen hatten, nunmehr als unentbehrliches Glied der bestehenden Gesellschaftsorganisation eingegliedert worden waren. Die deutschen Arbeitgeber befürchteten, daß die Entwicklung auch in Deutschland diesen Weg nehmen könnte. Ich wurde um Einführung der Delegierten bei meinen englischen Arbeiterfreunden gebeten und habe sie ihnen rückhaltlos gegeben. Ich selbst habe nach unserer Rückkehr nach Leipzig meine Beobachtungen über die Entwicklung der Organisationen der gelernten Arbeiter und die neue Gewerkvereinsbewegung unter den ungelernten zu Papier gebracht¹.

9

An der Universität habe ich im Winter 1889/90 mit der Abhaltung von Seminarübungen begonnen. Es sind aus dem Leipziger Seminar treffliche Arbeiten hervorgegangen, von denen einige über die Bedeutung von Schülerarbeiten hinausgingen. Auch mit dem Besuche meiner Vorlesungen bin ich sehr zufrieden gewesen; obwohl die eine zu der im Winter grausamen Stunde 8 Uhr stattfand, war der Hörsaal stets voll, und auch die sächsischen Prinzen Johann Georg und Max sowie der spätere Großherzog von Hessen fehlten nie.

Meine Einleitung zu den vorgenannten drei Abhandlungen ist vom 21. August datiert. Da im September der Kongreß der englischen Ge-

¹ Sie sind bei G. v. Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden, II, veröffentlicht.

werkvereine in Liverpool stattfinden sollte, bin ich, um für mein Referat in Frankfurt auch das Neueste zu wissen, nochmals dorthin gefahren. Meine Frau und mein Töchterchen haben mich diesmal nach London begleitet. Dort habe ich John Burns in seiner Wohnung in Battersea aufgesucht. „Denken Sie“, sagte er, „was mir passiert ist. Morgens vier Uhr klingelt es energisch an der Haustür. Ich springe aus dem Bett und sehe durch das Fenster sechs Polizeidiener vor meinem Hause stehen. Aha, denke ich, jetzt wirst du wieder geholt. Halbangezogen öffne ich die Tür, und die Polizisten kommen, nicht, um mich mitzunehmen, nein, um mich zu bitten, eine Versammlung im HydePark abzuhalten, in der eine Aufbesserung ihrer Löhne verlangt werden soll. Ich habe die Versammlung abgehalten, die Löhne wurden erhöht, und ‚Times‘ und die anderen Zeitungen wüteten nicht gegen mich, sondern gegen die Regierung, die gewartet habe, bis John Burns die Lohnaufbesserung verlangt habe“.

Wir sind dann zu Fuß nach der Stadt gewandert. Unterwegs blieb Burns plötzlich stehen und nun kam, was für seine Eitelkeit charakteristisch war: „Sehen Sie sich das Haus an!“ Es war ein Haus wie so viele in den Arbeitervierteln Londons, unansehnlich und wenig erfreulich. „Was ist mit dem Haus?“ frug ich. „Sie können sagen, Sie haben das Haus gesehen, in dem John Burns geboren ist“, war die Antwort. Ich lachte; doch bald begriff ich das Selbstgefühl meines Begleiters. Jeder Straßenkehrer, an dem wir vorbeikamen, präsentierte mit seinem Besen vor ihm und jeder Polizeidiener machte Front und grüßte. Auf der Westminsterbrücke zeigte sich Burns als der Jingo, der er zeitlebens geblieben ist, indem er mich stillstehen ließ, als er ausrief: „Sehen Sie, London ist doch die schönste Stadt in der Welt.“ Auf Trafalgar Square angekommen, mußte ich mich auf einen Fleck stellen, von dem er in Volksversammlungen sprach, und stolz deutete er auf die Stelle, bis zu der sein Wort verstanden werde. Dann schlug er vor, mir die Nationalgalerie zu zeigen. Nun war sie mir wohlbekannt, aber es war doch etwas Außerordentliches, sie unter der Führung von John Burns zu sehen. Und nun staunte ich, welches Verständnis für die besten Bilder dieses sechzehnte Kind einer Arbeiterfamilie, das als Heizer auf einem Afrikafahrer seine Laufbahn begonnen hatte, zeigte. Auch ersah ich aus der hochachtungsvollen Familiarität, mit der die Galeriedienen ihn begrüßten, daß er zu den häufigen Besuchern der Galerie gehörte. Ich habe ihn dann zum Lunch eingeladen, und hatte die Gelegenheit, seine Mäßigkeit zu bewundern. Alkoholische Getränke lehnte er absolut ab, und als ich ihn frug, was er speisen wolle, war sein einziger Wunsch Suppe, da er zu Hause nie Suppe erhalte.

Die Verhandlungen auf dem Kongreß in Liverpool waren für mich sehr wertvoll, um meinen Gegnern auf der bevorstehenden Versammlung zu begegnen. Aus Anlaß derselben konnte man erleben, wie die Blätter, die früher gegen alles, was Koalition hieß, mit allen Blitzen gewettert hatten, wie der „Standard“ und selbst die „Times“ fortwährend den neuen Gewerkvereinen die alten, gegen die sie vor zwanzig Jahren so geeifert hatten, als ein Muster vorhielten.

Von Liverpool bin ich nach Leeds zum Kongreß der British Association for the Advancement of Science, zu dem ich eine Einladung erhalten hatte, geeilt. Ich habe an dessen Verhandlungen teilgenommen und dort auch die Bekanntschaft des Professors Alfred Marshall aus Cambridge, der Miß Beatrice Potter (der späteren Mrs. Webb) und Maffeo Pantaleonis, der damals Professor in Bari war, gemacht. Noch erinnere ich mich des tiefen Eindrucks, den es mir machte, als Pantaleoni auf einem Spaziergang durch die Straßen von Leeds in einen Ausruf des Staunens über den Reichtum Englands ausbrach. Als ich verwundert bemerkte, ich begreife nicht, wie ihm dies gerade hier auffalle, denn wir befanden uns in einer der ärmsten Straßen von Leeds, antwortete er, eben deren Vergleich mit denen von Bari habe ihm den Ausruf entlockt.

Ein Telegramm meiner Frau, die ich mit unserem Töchterchen in London zurückgelassen hatte, entzog mich der liebenswürdigen Gastfreundschaft des Schwiegersohnes des Grubenbesitzers Briggs, der einst durch seinen Versuch, durch Gewinnbeteiligung die Arbeiter von der Teilnahme an Gewerkvereinen abzuhalten, bekannt geworden war. In London hatte in Erinnerung an ihr Erlebnis mit den Wiesenblumen des Leipziger Johannaparks die Ziege, die in Picadilly, in der Nähe von Park Lane, auf dem Trottoir ungestört ihr Dasein genoß, die besondere Freude meiner Tochter erregt; außerdem fand sie die Fahrt auf dem Dache eines Omnibus das Schönste in London. Eingedenk meines genußreichen Aufenthalts in Sandown auf der Insel Wight im Jahre 1869 habe ich dann Frau und Tochter dahin gebracht. Es waren abermals entzückende Tage, die wir dort erlebten. Auch sprachen wir noch lange von dem Vergnügen, das zwei Studenten uns dort bereitet hatten. Sie brachten an den Strand einen Tisch, den sie mit einem bis zu seinen Füßen reichenden Tuche bedeckten. Der eine kroch unter den Tisch, während der andere am Tische Platz nahm und Geld zählte. Letzterer stellte einen Geizhals vor. Als bald ereigneten sich die komischsten Zwischenfälle zwischen dem als Gespenst verkleideten, von unter dem Tisch auftauchenden bösen Gewissen, und dem Geizhals, bis dieser entsetzt seinen Schatz im Stich ließ und davon-

lief, worauf das Gespenst alles in Beschlag nahm. Nach der Aufführung sammelten beide bei den lachenden Zuschauern Geld.

II

Ich bin erst drei Tage vor unserer Vereinsversammlung in Frankfurt aus England eingetroffen. Nach meinem Referate hat der Geschäftsführer des Zentralverbands deutscher Industrieller, H. A. Bueck, ein Korreferat erstattet. Er war einer der Delegierten des Centralverbands deutscher Industrieller gewesen, und hatte auf Grund meiner Empfehlungen eine Anzahl englischer Gewerkvereinsführer aufgesucht. In dem Berichte, den die Delegierten erstattet haben¹, reden sie mit Staunen über die Vernunft und den Bildungsstand der Arbeiter, mit denen sie zusammengetroffen waren. Aber alles, was Bueck gesehen und gehört hatte, hat an seiner Überzeugung nichts geändert, daß er, wie er sich ausdrückte²,

„die Übelstände, die aus dem jetzigen Arbeitsvertrag hervorgehen, als absolut mit unserer Wirtschaftsordnung verbunden erachte, absolut untrennbar von derselben“.

So war es denn begreiflich, wenn er in weiterer Ausführung sagte³:

„Die deutschen Arbeitgeber werden der Organisation der Arbeiter, soweit ich unterrichtet bin, keinen Widerstand entgegensetzen; aber niemals werden sie sich bereit finden, mit Vertretern dieser Organisation oder anderen, außerhalb stehenden Leuten, zu verhandeln auf dem Wege der Gleichberechtigung.“

Da erhob sich ein langer Engländer; es war Professor Munro, der entsprechend seinem in Manchester gegebenen Versprechen gekommen war⁴:

„Ich war erstaunt, von der Angabe zu lesen, daß England am Vorabend einer Revolution stehe. Sie hatte noch nicht begonnen zur Zeit, als ich England verließ, vor zehn Tagen. Friede herrschte in allen industriellen Mittelpunkten. Zu sagen, daß England vor einer Revolution stehe, weil in Cardiff, Southampton und London Arbeiterausstände (auf die Bueck sich berufen hatte) stattgefunden hatten, die mit einigen Unruhen verbunden waren, wäre gerade so, wie wenn jemand aus den ebenfalls bewegten Streiks in Westfalen den Zusammenbruch des Deutschen Reiches hätte prophezeien wollen. In England sind wir gewohnt, bei politischen und sozialen Bewegungen von oben nach unten zu blicken; in Deutschland blickt man von unten nach oben. In England gehen politische und soziale Reformen vom Volke aus. Nicht so in Deutschland. Infolgedessen kann eine Bewegung in Deutschland revolutionärer erscheinen, welche in England ein natürlicher Moment der Entwicklung ist.“

Und dann hat er mit der Überlegenheit des Sachverständigen, der seit einem Jahrzehnt sich mit Gewerkvereinen und Einigungsämtern beschäftigte, die Behauptungen Buecks über diese zurückgewiesen.

¹ Er ist vom Berliner Volksblatt seinerzeit per nefas veröffentlicht worden. — ² Band 47 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, S. 134. — ³ Ebenda S. 137. — ⁴ Ebenda S. 187, 188.

Nach Bueck kam als weiterer Korreferent der Reichstagsabgeordnete Stötzel, ein Redakteur aus Essen, zu Wort; er hat über die Lage der Bergleute im Ruhrgebiet, die zu dem großen Streik geführt hatte, sehr bemerkenswerte Mitteilungen gemacht. Es haben dann in der Debatte eine große Zahl von Rednern, sei es in Vertretung meiner, sei es in Vertretung der Auffassung Buecks gesprochen. Einer meiner energischsten Gegner war unser Vorsitzender Schmoller. Ich hatte als erster Referent das Schlußwort und habe mit allen meinen Gegnern, auch mit Schmoller, abgerechnet. Doch nach dem, was dieser mir am 13. Dezember 1914 darüber geschrieben hat, wäre es ganz unangebracht, wollte ich auf seine damaligen Ansichten zurückkommen. Er schrieb:

„Wir bekämpften uns in der Generalversammlung, aber in so maßvollen Worten, daß es keinen Bruch gab. *Ich gebe heute zu, daß Sie damals mehr Recht hatten als ich.* Unser Briefwechsel kam bald wieder in Gang; wir sahen uns wieder in den Vereinssitzungen, besuchten uns wieder in Berlin und München, trafen uns für Wochen in der tiroler Sommerfrische. Der alte Ton freundschaftlicher Herzlichkeit kehrte wieder.“

12

Es scheint nicht, daß die Frankfurter Tagung, zu der jeder mit vorgefaßten Meinungen gekommen war, bei denen er trotz allem, was er hörte, blieb, auf die Regierung großen Eindruck gemacht hat. Das Sozialistengesetz allerdings wurde nach Bismarcks Abgang nicht erneuert; doch werde ich noch von Regierungsprojekten zu erzählen haben, die sich trotz der vom Kaiser im März 1890 nach Berlin berufenen Arbeiterschuttkonferenz ganz in den alten Geleisen bewegten. Und wenn es unter meinen Leipziger Kollegen auch nicht wenige gab, welche die Torheit der oben geschilderten Behandlung der Arbeiter verurteilten, so gab es doch andere, die den Wegfall des Sozialistengesetzes lebhaft beklagten und alle tadelten, die anderer Meinung waren. Da ergab sich mir die Gelegenheit, einem derselben zu Gemüt zu führen, wie er freiheitlich gedacht hatte, als er jung war. Als meine Tante Bettine gestorben war, hatte ihr zweiter Sohn Siegmund erklärt: „Jetzt wird nichts mehr gedruckt“ und den ganzen literarischen Arnimschen Nachlaß, in Kisten verschlossen, in Wiepersdorf in sein Schlafzimmer gestellt. Dort hatte er unberührt seit 1859 gestanden. Nun aber war Siegmund gestorben, und als wir 1890 Weihnachten in Wiepersdorf zubrachten, überredete ich seinen Neffen und Erben Achim, die Kisten mit mir durchzusehen. Es kamen die interessantesten Papiere zum Vorschein, Papiere, die bis in die Zeit Friedrich Wilhelms I. zurückgingen, aber nicht nur politisch und literarisch wertvolle Briefe, sondern auch solche begeisterter Studenten an meine Tante aus dem Jahre 1848 und 1849, worin sie ihr voll Sympathie über die damaligen revolutionären

Versammlungen berichteten. Darunter fand ich auch den Brief eines mit Recht hochangesehenen Leipziger Kollegen, in dem er seine Begeisterung über Mieroslawski und eine Versammlung, in der er gesprochen hatte, ausschüttete. Ich tippte den Brief auf der Schreibmaschine ab, und als ich nach Leipzig zurückgekehrt war, schickte ich die Abschrift an seinen Verfasser. Es werde ihn vielleicht interessieren, den Brief wiederzulesen, den er vor 41 Jahren an meine Tante geschrieben habe. Er hat mir in der liebenswürdigsten Form gedankt; doch schloß der Brief mit den Worten:

„Ich hatte nicht gedacht, daß ich ein so gefährliches Dokument der Weltgeschichte einverleibt hätte, und ich erschrak fast, als ich es nun gedruckt vor mir liegen sah.“

Ich habe Anlaß zu der Annahme, daß die von mir geweckte Erinnerung an vergangene Tage zu einer freundlicheren Beurteilung der Arbeiterbewegung in akademischen Kreisen beigetragen hat.

13

Der Tod meines Veters Siegmund hatte eine weitere Folge, die mir sehr naheging. Er war, wie schon erwähnt, ein intimer Jugendfreund Bismarcks gewesen. Beide waren gleichzeitig Referendare in Aachen. Ebenso ist er ein intimer Freund von Karl v. Savigny gewesen. Man hat sich von Siegmund erzählt, daß er seinen beiden Freunden bis an sein Lebensende treugeblieben sei, obwohl der eine wie der andere sich mit dem Mädchen, das er jeweils selbst liebte, verheiratet habe. Jedenfalls war Siegmunds Freundschaft zu Johanna Bismarck groß. Er hat sie, sobald er und sie gleichzeitig in Berlin waren, täglich besucht, und ich habe schon erzählt, wie er im Winter 1867/68, als ich bei meiner Cousine Claudine von Arnim wohnte, jeden Tag nach Johannas Teestunde zu uns kam und erzählte, was er in ihrem Salon erlebt hatte.

Diese täglichen Besuche bei Johanna dauerten fort, solange Siegmund ausgehen konnte. Als er durch einen Schlaganfall ans Bett gefesselt war, hat ihn dann die Fürstin Bismarck nicht selten besucht und ihm Rosen an sein Bett gebracht. Das hat ihn gerührt, und in seinem Testament hat er bestimmt, daß sein Neffe Achim einen Becher, an dem Rosen heraufranken, machen lassen und eine von ihm verfaßte Inschrift eingravieren lassen solle; nach einem Jahre solle Achim an seinem Todestage den Becher der Fürstin persönlich überreichen.

Nach Siegmunds Tode wurde der Fürstin von dem Legate Mitteilung gemacht und sie zur Erklärung aufgefordert, ob sie das Legat annehme. Sie antwortete: Ja.

Darauf ließ Achim in München, wo er als Maler sich aufhielt, einen Becher anfertigen, der ein Muster Münchener Goldschmiedekunst ge-

wesen sein soll. Bevor im Februar 1891 der Tag von Siegmunds Tode wiederkehrte, fuhr er nach Berlin, um entsprechend der Testamentsbestimmung den Becher der Fürstin zu überreichen. In Berlin besuchte er die Schwägerin seiner Tante Oriola, die Gräfin Luise Oriola, die Palastdame der Kaiserin Auguste gewesen war. Sie empfing ihn mit der Frage, was er mit der Fürstin Bismarck gehabt habe, die ganz wütend auf ihn sei. Sie habe erklärt, es komme nun der Todestag, an dem Achim entsprechend der Bestimmung von Siegmunds Testament ihr den Becher überreichen solle; er habe sie aber tödlich beleidigt, und sie könne ihn nicht empfangen. Achim antwortete der Palastdame, daß er keine Ahnung habe, was er verbrochen haben solle; er habe als Student im Bismarckschen Hause verkehrt, die Gesellschaften und Bälle besucht, lebe seit Jahren als Maler in München und habe keine anderen als freundschaftliche Erinnerungen an die Fürstin; die Palastdame möge sich doch bei dieser erkundigen, was er verbrochen haben solle. Darauf erhielt Luise Oriola von der Fürstin die Antwort, Achim habe seinerzeit die Deklaration der Kreuzzeitung gegen ihren Mann mit unterschrieben und seine Unterschrift nie zurückgenommen.

Das war im Jahre 1876 gewesen. Achim erinnerte sich der Sache gar nicht mehr. Er ging aufs Kasino, schlug den Jahrgang der Kreuzzeitung nach und fand wirklich seinen Namen unter der Kreuzzeitungsdekларation. Nun ist Achim niemals Politiker gewesen. Er lebte als Maler in München. Wahrscheinlich hatte bei einem vorübergehenden Aufenthalt in Berlin, bei gelegentlichem Besuche im Kasino ein Bekannter ihn überredet, mit zu unterschreiben. Er hatte die Sache völlig vergessen. Nun aber war er empört. Er sagte, die Fürstin hat die Bestimmungen von Siegmunds Testament genau gekannt, denn sie sind ihr zur Erklärung, ob sie das Legat annehme, vorgelegt worden. Wenn es ihr nicht paßte, daß ich ihr diesen Bestimmungen entsprechend den Becher überreiche, hätte sie das Legat ablehnen können. Sie hat es aber angenommen. Es fällt mir gar nicht ein, ihrer Laune halber etwa, nachdem so viele Jahre seit der Deklaration verflossen sind, meine Unterschrift zurückzunehmen. Ich kann liebenswürdigere Damen besuchen.

Achim frug mich dann, was er angesichts des Gerichts, das von ihm als Testamentsexekutor den Nachweis verlange, daß alle Vorschriften desselben erfüllt seien, tun solle. Wir beschlossen, den Becher gegen Postrückchein an die Fürstin zu senden und den Schein dem Gericht vorzulegen. Auch hat sich das Gericht mit dem Schein begnügt. Die Fürstin hat, wie wir durch Besucher ihres Hauses festgestellt haben, den Becher voll Bewunderung in ihrem Salon herumgezeigt, sie hat aber niemals

Achim auf das Schreiben, das die Sendung begleitet hat, geantwortet, antworten lassen, geschweige denn gedankt.

Da kam die furchtbare Krankheit, der Achim erliegen sollte. Ich war damals in Wiepersdorf. Da ließ mich Achim nachts um 10 Uhr an sein Bett rufen. „Du mußt mir versprechen, morgen früh genau auszuführen, was ich dir auftrage, ohne zu widersprechen oder einen Einwand zu machen.“ Ich antwortete, da ich überzeugt sei, daß er von mir nichts, was ich nicht erfüllen könne, verlangen werde, verspräche ich ihm, zu tun, was er wolle. Darauf sagte er: „Schreibe morgen früh an die Fürstin Bismarck einen Brief. Sage ihr, daß ich schwer krank sei und keine Hoffnung hege, am Leben zu bleiben. Ich habe mein Leben überblickt und mir die Frage vorgelegt, ob ich mir gegen jemand etwas vorzuwerfen habe, und da sei mir die Fürstin eingefallen, die mir vielleicht grolle. Sage ihr, daß ich sie bitten lasse, mir zu verzeihen, wenn ich sie beleidigt habe.“

Am andern Morgen war Achim tot. Ich schrieb, wenn auch nicht ohne Überwindung, sofort an die Fürstin, daß dies der letzte Auftrag gewesen sei, den Achim mir gegeben habe.

Ich gestehe, daß ich so töricht war, ein Beileidstelegramm zu erwarten. Freiherr v. B., ein Verwandter, der Wiepersdorf für Achim verwaltete, erwartete zum mindesten einen Kranz; er meinte, die Fürstin müsse angesichts dessen, was vorausgegangen, bis unter die Fußsohlen schamrot werden, wenn sie meinen Brief erhalte. Es ist aber gar nichts auf meinen Brief erfolgt. Kein einziges Wort der Teilnahme. Ich habe mich später bei einem Besucher des Bismarckschen Hauses erkundigt, ob die Fürstin meinen Brief erhalten habe. „Jawohl“; sie habe gesagt, „da sieht man wieder Gottes Barmherzigkeit, daß er dem Sünder in seiner letzten Stunde noch Reue gegeben hat“.

Wie glücklich sind doch die Selbstgerechten!

Sehr bald, nachdem ich vom Begräbnis meines Veters nach Leipzig zurückgekehrt war, traf Professor v. Sicherer aus München dort ein, um mir im Auftrag des bayerischen Kultusministers einen Ruf an die Münchener Universität zu überbringen. Helferich hatte sich mit seinen Kollegen von der Forstwissenschaft überworfen und dann mit Rücksicht auf sein Alter emeritieren lassen. Ich war durch die Berufung sehr überrascht und zunächst sehr abgeneigt, ihr Folge zu leisten, denn mein Wirkungskreis in Leipzig war ideal. Aber das Klima von Leipzig sagte meiner Frau ebensowenig zu, wie früher das Klima von Straßburg. Da schrieb ich an Kußmaul, der meine Frau in Straßburg behandelt hatte; er antwortete, da es meiner Frau in Wien gut ergangen sei, möge ich in München annehmen, es werde meiner Frau ebenso zuträglich wie Wien sein. Darauf

stellte ich die Bedingung, daß gleichzeitig mit mir mein Assistent Dr. Lotz als Honorarprofessor nach München berufen werde, denn er war mir, wenn ich ein Seminar leiten sollte, unentbehrlich. Erst nachdem dies bewilligt worden war, habe ich in München angenommen. Bald darauf erhielt ich folgenden Brief, den ich hier abdrucke, da er zur Würdigung der späteren Angriffe des Briefschreibers und seiner Freunde auf mich beitragen dürfte.

München, 22. März 1891

Hochwohlgeborener Professor!

Gestatten mir Ew. Hochwohlgeboren, daß ich, obwohl Ihnen persönlich unbekannt, zur Berufung nach München herzliche Glückwünsche ausspreche. Ich zähle seit mehr als einem Jahrzehnt zu den Bewunderern Ihrer sozial-politischen Bestrebungen und Ihrer literarischen Publikationen.

Hofrat Helferich zählte zu den verehrungswürdigsten Männern, aber alles, was seit 1858 an Literatur und an Bestrebungen sich kundgab, existiert für ihn nicht. Um so notwendiger sind Kräfte, welche für die Aufgaben der Zeit Interesse bekunden. Es freut mich herzlich, daß die Wahl der bayerischen Regierung auf Ihre Person fiel, da in Altbayern ein anregender Lehrer immer ein dankbares Publikum hat.

In größter Verehrung zeichnet Euer Hochwohlgeboren gehorsamster
Diener
Dr. Georg Ratzinger

I. München

Im Oktober 1891 sind wir in München eingezogen. Das war für mich trotz aller in der Zwischenzeit beiderseits eingetretenen Änderungen das Wiedersehen mit dem „lieben München“ meiner Studentenzeit, der deutschen Stadt, in der trotz aller treudeutschen Gesinnung das Individuum noch am meisten sich entsprechend seiner Natur ausleben konnte. Auch meiner Frau und meiner Tochter Herzen haben der neuen Heimat sich alsbald, als wären sie darin geboren, erschlossen. Die ihnen neuen Menschen haben sie mit echt Münchener Herzlichkeit aufgenommen. Die geistige und künstlerische Anregung, die sie fanden, kam dem Verlangen nach dem, was sie an weniger farbigen Orten entbehrt hatten, entgegen, und waren sie von dem Reichtumⁿ derartiger Genüsse, die die Stadt bot, ermüdet, so boten die leicht zugänglichen Reize der voralpinen Landschaft erfrischende Erholung. Im Jahre 1894 habe ich in Ambach am Starnberger See ein Landhaus mit Garten erworben. Es war ein Paradies. Wir haben dort entzückende Tage verbracht. Leider haben die rheumatischen Schmerzen, welche die Feuchtigkeit der Seeluft meiner Frau verursachte, mich genötigt, unsern dortigen Besitz 1908 zu verkaufen. Ich persönlich habe in München alte Freunde aus meiner Jugendzeit, wie die drei Töchter Ringseis', mit deren einer, Emilie, ich 1866 im Residenztheater in Goethes „Elpenor“ aufgetreten war, den Bildhauer Anton Heß, desgleichen befreundete Kollegen aus Universitäten, denen ich früher angehört hatte, so meinen Straßburger Kollegen Schöll und meinen Breslauer Kollegen Alfred Dove wiedergefunden; Herr und Frau von Sicherer, die Familie des Chemikers Adolf von Baeyer, des Geologen von Zittel, des Mathematikers Pringsheim, des Zoologen Hertwig, Frau Rosalie Braun, die Witwe Wilhelms von Kaulbach, deren Tochter Frau von Völk, Frau Eugenie Schaeuffelen und zahlreiche andere sind unsere Freunde geworden; mit besonderer Freude gedenke ich der mit Lady Blennerhassett, mit dem Freiherrn von Stauffenberg, auf Spaziergängen in Ambach mit dem Finanzminister Freiherrn von Riedel und mit dem damaligen Obersten des Leibregiments, dem späteren General der Infanterie Grafen Max Montgelas und seiner Gemahlin, sowie mit deren Schwager und Schwä-

gerin, dem österreichischen Gesandten Grafen Zichy und dessen Gemahlin verbrachten Stunden und selbstverständlich blieben wir nicht nur mit meinem Kollegen Lotz in treuer Freundschaft verbunden, sondern gewannen eine neue Freundin, als er sich verheiratete, in seiner liebenswürdigen Frau. Sachlich ist das Vierteljahrhundert, das ich an der Münchener Universität aktiv verbringen sollte, die Zeit meiner größten Lehr-erfolge, aber auch ununterbrochener, teilweise erbitterter sozialpolitischer Kämpfe gewesen.

Zunächst hatte ich akademische Schwierigkeiten mit der Staatswirtschaftlichen Fakultät, in die ich eintrat. Sie bestand, außer dem Kulturhistoriker W. H. Riehl, nur aus Forstleuten. Diese hätten es lieber gesehen, wenn einer von ihnen zum Nachfolger Helferichs ernannt worden wäre. Ich aber war auf Grund eines Berichtes der juristischen Fakultät vom akademischen Senate dem Ministerium vorgeschlagen worden. Die juristische Fakultät hatte geltend gemacht, daß die Hörschaft der National-ökonomien zu fünf Siebentel aus Juristen und nur zu zwei Siebentel aus Forstleuten bestehe; und auf Grund ihrer Vorschläge war ich nach München berufen worden. Zunächst zeigten die Forstleute sich in ihrem Ansehen gekränkt und ließen mich dies empfinden. Es dauerte aber nur so lang, bis ich nach dem üblichen Turnus das Dekanat antreten sollte. Ich habe abgelehnt, Dekan zu werden, solange ich das Vertrauen meiner Kollegen nicht besitze. Darauf haben sie mich nachdrücklich gebeten, Dekan zu werden. Dabei mögen sie sich vor dem Minister gescheut haben, denn dieser war auf meine Berufung stolz; ich hatte nämlich sofort außergewöhnlichen Erfolg bei den Studenten. Da der damalige größte Hörsaal nicht ausreichte, mußte ich im ersten Semester in der großen Aula lesen. Das war bei der Unmöglichkeit, den großen Raum genügend zu erwärmen, im Monat Januar sehr unangenehm, und meine Zuhörer saßen in ihren Mänteln und ich sprach in meinem Pelz. Im darauffolgenden Semester war aus zwei Hörsälen einer gemacht worden, der für die nächsten Jahre, wenn auch nur mit knapper Not, ausreichte.

Weniger Glück wie mit meinen Kollegen von der Forstwissenschaft, hatte ich leider mit dem Direktor des bayerischen statistischen Büros. Man hatte gewünscht, daß ich in München ein Seminar wie in Straßburg und Leipzig ins Leben rufe. Um darin ganz besonders bayerische Probleme bearbeiten zu lassen, war mein Gedanke, das Seminar mit dem statistischen Büro in engere Verbindung zu bringen. Ich erinnerte mich des Nutzens, den ich in Berlin daraus gezogen hatte, daß Engel den Seminarmitgliedern das Material und die Bibliothek seines Büro zugänglich machte. Aber die bürokratische Eifersucht des Direktors des

bayerischen Büros hat meinen Plan vereitelt. Professor Lotz und ich haben dann unser Seminar im Turm der Universität untergebracht, bis wir in anderen Universitätsräumen Unterkunft fanden.

2

Es war noch in den ersten Tagen meiner Münchener Lehrtätigkeit, da erhielt ich eine Aufforderung, mich an einem bestimmten Abend im Wirtshaus zum „Bauerngirgl“ zu einer Zusammenkunft der in München anwesenden früheren Studenten des Augsburger Gymnasiums St. Stephan einzufinden. Ich ging hin, da es mir darauf ankam, zu wissen, wer von meinen früheren Mitstudierenden noch etwa vorhanden war. Als ich in den Saal eintrat, fand ich erst vier mir unbekannte Herren vor. Ich nannte meinen Namen und setzte mich an einen Tisch. Bald darauf trat mein Kollege von der theologischen Fakultät, Alois Schmitt, ein und setzte sich mir gegenüber. Darauf erschien eine Hünengestalt, die sich mir als Georg von Vollmar vorstellte; er setzte sich neben Schmitt. Und abermals trat ein weiterer Theologe herein und setzte sich neben Vollmar. Nachdem ungefähr 30—40 Personen versammelt waren, erhob sich der Einberufer und beendete seine Begrüßung mit der Aufforderung: „Jetzt singen wir das Lied: Du alte Burschenherrlichkeit, wohin bist du geschwunden“ und der Chor stimmte ein. Bekanntlich lautet der letzte Vers: „Ihr Brüder reicht die Hand zum Bunde“, worauf mit jedem der kreuzweis über den Leib gelegten Arme die Hand der beiden Nachbarn ergriffen und gesungen wird: „Es leb' die alte Treue“; und vor mir stand der sozialdemokratische Führer Vollmar, an jeder Hand einen Theologen und die drei sangen aus voller Brust: „Es leb' die alte Treue!“

Ich war von der überwältigenden Komik dieses Erlebnisses noch voll, als ich am folgenden Tage dem Innenminister Freiherrn von Feilitzsch auf der Straße begegnete; ich erzählte ihm davon. Aber gegen meine Erwartung hatte er für die Komik keinen Sinn; der Polizeiminister überwog, und ich erhielt zur Antwort: „Da sieht man, wie der rastlose Agitator sich selbst in die harmlosesten Kreise einschleicht.“ Vollmar war mir bis dahin persönlich unbekannt gewesen. Er hatte in Augsburg nicht meinem, sondern dem meinem gegenüberliegenden Institut St. Joseph angehört. Von dieser Begegnung datierte unsere Bekanntschaft mit ihm und seiner in jeder Beziehung hochstehenden Frau. Wir haben dann bis kurz vor seinem Tode mit beiden in München, Ambach und Soyensaß öfter miteinander verkehrt. Aber welche Unkenntnis offenbarte die mir von dem Vertreter der allwissenden Polizei erteilte Antwort! Vollmar war allerdings bald, nachdem er in die Sozialdemokratische Partei eingetreten war, der radikalste der Radikalen gewesen, ist ob seiner revolutionären Äußerungen

selbst von Bebel und Liebknecht und anderen rotesten Kampfgenossen zur Mäßigung gemahnt worden und hatte, ob seiner umstürzlerischen Propaganda, eine entsprechende Anzahl Monate im Gefängnis gesessen. Aber gründliches, umfassendes historisches, ökonomisches und philosophisches Studium und seine Beobachtungen auf vielen Reisen im Ausland hatten den Geist des jugendlichen Stürmers zur Reife gebracht, und es trat bei ihm ein¹, was ich als Folge des Wegfalls des Sozialistengesetzes vorausgesagt hatte, der Wandel in der Haltung der Sozialdemokratie.

Da es heute jüngere Nationalökonomien² gibt, die keine Ahnung von dem Zustand der nationalökonomischen Publizistik in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu haben scheinen, seien hier die Worte wiederholt, die einer meiner damaligen Gegner, Heinrich von Treitschke, darüber geschrieben hat³:

„Die ältere Nationalökonomie selber hatte dem Sozialismus eine schneidige Waffe geschliffen durch die berüchtigte Lehre: der gemeine Arbeitslohn könne auf die Dauer nicht höher stehen als die Kosten des notdürftigen Lebensunterhalts einer Arbeiterfamilie. Dieses ‚eiserne Gesetz‘, das Lassalle mit so großem Erfolge gegen seine Urheber gewendet hat, wurde oft mit einem empörend protzenhaften Behagen verkündet, als wäre nichts Entsetzliches daran; man wiegte sich in dem bequemen Wahne, keine Arbeitseinstellung vermöge dies ‚Naturgesetz‘ umzustößen.“

Ich habe oben⁴ schon erwähnt, daß der Philosoph Lange, der vorher ein Anhänger der Marxschen Katastrophenpolitik gewesen war, alsbald nach dem Erscheinen meiner „Arbeitergilden“ geschrieben hat, daß ich dargetan habe, daß die Arbeiter mittels Koalitionen auch bei Fortbestand der heutigen Wirtschaftsordnung höhere Löhne und damit einen steigenden Anteil an den Kulturrerrungenschaften der Menschheit zu erringen vermöchten. Aber die Bürokratie huldigte der von Treitschke gebrandmarkten Lehre, und es war nur dieser entsprechend, wenn unter dem Sozialistengesetz die Versuche der Arbeiter, mittels des Koalitionsrechts ihre Lage zu bessern, von den Behörden als Umsturzbestrebungen behandelt worden waren; aber ebenso folgerichtig war es, wenn die Arbeiter kein Heil außer im Umsturz einer Gesellschaftsordnung sahen, die ihren Anteil an der Kultur für ewig auf die äußerste Notdurft beschränkte.

Da war nach der Thronbesteigung Wilhelms II. dessen Konflikt mit Bismarck gekommen. Als 1890 das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert wurde, stand die Sozialdemokratie dem sozialreformerischen Eifer

¹ Siehe Paul Kampffmeyer, Georg von Vollmar, München 1930, bes. S. 90 ff. — ² Siehe Adolf Weber, Die sozialpolitischen Lehren der klassischen Nationalökonomie. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik. 132. Band, III. Folge Band 77, S. 1 ff. — ³ H. v. Treitschke, Zehn Jahre deutscher Kämpfe. Berlin 1874. S. 528. Siehe auch das oben S. 103 Gesagte. — ⁴ Siehe oben S. 100—101.

Wilhelms II. zunächst voll Mißtrauen gegenüber. Da hat Vollmar am 1. Juni 1891 im „Eldorado“ in München die Frage aufgeworfen, ob mit der Entlassung Bismarcks wirklich „ein neuer Kurs eingetreten sei“. Er bejahte die Frage, denn „trotz alles Schwankens und Zauderns, trotz einer großen Menge von Fehlern und Mängeln aller Art“ hätte sich „tatsächlich eine nicht unwesentliche Änderung in der Regierungspolitik vollzogen“. Er gab dann eine Art Aktionsprogramm heraus, als dessen nächste Forderungen er die Weiterführung des Arbeiterschutzes, ein wirkliches, freies Vereinsrecht, die Enthaltung jeder staatlichen Einmischung zugunsten einer Partei bei Arbeitsstreitigkeiten, eine Gesetzgebung über Kartelle, und die Beseitigung der Lebensmittelzölle hervorhob. Vollmar hat in seinen „Eldorado“-reden mit der Marx'schen Katastrophentheorie gebrochen, „mit der Idee von der Notwendigkeit einer sozialen Revolution, durch die jeweilig eine alte Gesellschaftsformation untergeht und eine neue ins Leben tritt“¹.

Begreiflich, daß die „Eldorado“-rede auf energischen Widerspruch der unentwegten Marxisten stieß. Ignaz Auer schrieb unter dem 24. Juli 1891 an Vollmar:

„Wir müssen zwar praktisch tätig sein, und sind es von jeher gewesen, aber die Voraussetzung aller dieser Tätigkeit ist doch zugleich, daß wir uns mit der herrschenden Gewalt und den sie stützenden Klassen in einem dauernden und keine Versöhnung zulassenden Kriegszustand befinden, wobei es nur das beiderseitige Unvermögen, den Gegner zu vernichten, ist, was uns und unsere Gegner davon abhält, diese Vernichtung zu inszenieren“².

Das, wofür Vollmar in seiner „Eldorado“-rede eintrat, entsprach dem, was ich seit zwanzig Jahren vertreten hatte. Auch blieb der „neue Kurs“ während der zunächst folgenden Jahre nicht ohne Einfluß auf die Sozialdemokratie. 1891 hat sie zum erstenmal wieder einen Kongreß innerhalb Deutschlands abgehalten. Es entwickelte sich ein Gegensatz zwischen Radikalen und Reformern. Unter gewerkschaftlichem Einfluß fand eine Rechtswendung statt. Das hat sogar auf das Verhältnis der Arbeiter zu mir zurückgewirkt. Ich habe erzählt, in welchem Maße ich in den siebziger und achtziger Jahren von der sozialdemokratischen Presse angefeindet worden bin, weil ich lehrte, daß die Arbeiter mittels Koalition auch auf Grund der bestehenden Ordnung aufsteigen könnten. Damals verging kaum eine Woche, in der ich nicht deshalb im „Volksstaat“ angegriffen worden bin. Nun hörte ich von dem Verleger meiner „Arbeitergilden“, die Sozialdemokraten hätten die noch vorhandenen Exemplare aufgekauft und verteilt.

¹ Paul Kampffmeyer, a. a. O. S. 91, 92. — ² Ebenda S. 93.

Vollmars „Eldorado“-programm entsprach den Grundprinzipien des Liberalismus, während die Liberale Partei in Bayern, wie allenthalben, in der Anerkennung dieser Prinzipien, rückständig war wo es sich um die Arbeiter handelte. Man konnte damals hören, Bayern habe die beste Sozialdemokratie und die schlechteste Liberale Partei. Das hat mich später zu Konflikten mit dem bayerischen Unternehmertum geführt. Doch gingen diesen weit unerfreulichere mit den Agrariern voraus.

3

Sowohl meine Kämpfe mit den Agrariern als auch meine mit den Agenten des industriellen Unternehmertums hatten ihre Ursache in meinem Gegensatz zu denen, die unter Verwechslung von Privat- und Volkswirtschaft von dem Professor der Volkswirtschaftslehre erwarteten, daß er die Ansprüche vertrete, die sie in ihrem Sonderinteresse erhoben¹. Ich würde es für eine Prostitution der Wissenschaft gehalten haben, hätte ich mich unter Preisgabe des Gesamtinteresses zum Vertreter von Sonderinteressen hergegeben. Ich habe oben gesagt, daß es für den wissenschaftlichen Forscher kein anderes Ziel gibt, als die Feststellung der Wahrheit, und rückhaltlos habe er auszusprechen, was seine Prüfung ergeben habe, ohne Gier nach Lob und ohne Furcht vor Tadel. Das Festhalten hieran hat mir den Haß der Sonderinteressenten zugezogen, der bis zum heutigen Tage fort dauert.

Als ich in München meinen alten Lehrer Helferich aufsuchte, hörte ich, daß die Agrarier große Hoffnungen auf mich setzten, da ich mich 1885 in Budapest nicht gegen Getreidezölle erklärt hatte. Damals hatte es sich darum gehandelt, die Ungarn für den Beitritt Österreich-Ungarns in den deutschen Zollverein zu gewinnen, und die freie Getreideeinfuhr aus Ungarn in den Zollverein hätte die Nachteile der Zölle für die Masse der deutschen Bevölkerung neutralisiert; auch hatte der deutsche Zolltarif damals nur erst mäßige Getreidezölle gekannt, 1 Mark pro 100 kg Weizen und Roggen. Aber aus dem Beitritt Österreich-Ungarns war nichts geworden und die deutschen Zollsätze waren 1885 verdreifacht, 1887 verfünffacht worden. Deutschland aber hatte sich in steigendem Maße zum Industriestaat entwickelt. Die deutsche Bevölkerung nahm damals um 800 000 Personen jedes Jahr zu. Sie fanden in steigendem Maße in Industrie und Handel Beschäftigung. Die Folge war ein stetes Anwachsen des Bedarfs an landwirtschaftlichen Produkten. Nun kam es darauf an, für die in der Industrie tätigen Arbeiter billige Nahrung und für die industriellen Produkte Absatzmärkte zu schaffen. Es war aber klar, daß in dem Maße,

¹ Siehe auch den Aufsatz Volkswirtschaftslehre und Privatwirtschaftslehre im Bankarchiv, 12. Jahrgang, Nr. 1.

in dem die Getreideeinfuhr aufhörte, nicht nur das Brot teurer werden und damit Löhne und Produktionskosten steigen, sondern auch die Ausfuhr von Industrieprodukten, mit denen die Getreideeinfuhr bezahlt worden war, aufhören mußten. Die deutsche Volkswirtschaft verlangte Freihandel.

Noch bis 1876 sind auch die deutschen Landwirte Freihändler gewesen; sie führten Getreide aus und verlangten nach billigen Produkten der Industrie. Aber dann war die internationale Getreidekonkurrenz gekommen, und gleichzeitig verlangten die Liberalen Anteil an der Regierung. Da hat Fürst Bismarck, wie schon oben erzählt¹, sich eine neue Mehrheit auf Grundlage von Schutzzöllen zusammengeschweißt. Er hat sogar davon gesprochen, einen Volkswirtschaftsrat ins Leben zu rufen, um den Reichstag lahmzulegen. Doch ist dies ganz überflüssig geworden, da fast alle unsere Parteien Vertretungen wirtschaftlicher Interessen geworden sind. Der Reichstag selbst ist zum Volkswirtschaftsrat geworden, und wohin wir im Wirtschaftsleben blicken, reden und handeln die Menschen so, als ob der Produzent nicht der Bedürfnisse halber da sei, die sein Produkt befriedigen soll, sondern umgekehrt der Konsument, damit der Produzent vom Verkauf an ihn leben und Gewinn ziehen könne, und jeder Produzent verlangt von der Wirtschaftspolitik des Staats, daß sie seinem Sonderinteresse angepaßt werde. Dabei sahen die Vertreter des agrarischen Sonderinteresses nur in demjenigen einen wahren Vollbürger, der Ar und Halm besaß; sie hätten also dafür eintreten müssen, daß einer möglichst großen Zahl der Grundbesitz zugänglich würde; sie traten aber gleichzeitig für Beschränkungen in der Verfügungsfreiheit über den Boden unter den Lebenden und von Todeswegen, für Anerbenrecht und Fideikommission ein, wodurch eine wachsende Zahl von Deutschen von dieser Vollfreiheit ausgeschlossen wurde.

Die erste Enttäuschung, die ich den Vertretern der agrarischen Sonderinteressen gebracht habe, war mein Vortrag über Anfang und Ende der englischen Kornzölle, den ich im Januar 1892 im Liebig'schen Hörsaal gehalten habe². Ich habe darin erzählt, wie die Abschaffung der Kornzölle durch die Industrialisierung Großbritanniens dringend geworden, und welche berauschende Zunahme des britischen Reichtums, um Gladstones Worte zu gebrauchen, die Folge gewesen sei.

Aber die laute Empörung gegen mich brach erst aus nach meinem Vortrag „Über Gebundenheit und Teilbarkeit des ländlichen Grundeigentums“, den ich am 16. Dezember 1893 in der Münchener Juristischen

¹ Siehe oben S. 74. — ² Abgedruckt in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. und 16. Januar 1892. —

Gesellschaft gehalten habe¹. Ich bin darin von der Tatsache ausgegangen, daß Deutschland angesichts seiner außerordentlich wachsenden Bevölkerung genötigt sei, mehr und mehr ein überwiegender Industrie- und Handelsstaat zu werden. Nach den amtlichen Berufszählungen gehörten von je Hundert der Bevölkerung Deutschlands (Gebietsstand 1925) zur Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei 1882 noch 42,2, 1895 nur mehr 36,3 und 1925 nur mehr 30,5; von je Hundert der Bevölkerung Bayerns 1882 noch 50,7, 1895 nur mehr 45,2 und 1925 nur mehr 34,9. Damit ist auch eine bedeutende Wandlung in der Wichtigkeit eingetreten, welche Land und Stadt für die Staatswirtschaft haben. Hieß es früher: Hat der Bauer s'Geld, hat's die ganze Welt, so hören wir seit Beginn des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts von der notleidenden Landwirtschaft, deren Vertreter aus dem Einkommen der übrigen Bevölkerungsklassen Zuschüsse mittels Zöllen benötigen.

Der Schluß, den ich aus dieser fortschreitenden Industrialisierung zog, war, daß es im dringenden Interesse Deutschlands und insbesondere auch Bayerns gelegen sei, mit der Gebundenheit des Grundbesitzes aufzuräumen, um einer steigenden Anzahl ihrer Bewohner Anteil am vaterländischen Boden zu gewähren. Dabei konnte ich mich auf den Fürsten Bismarck berufen, der in einem Erlaß an das preußische Staatsministerium geschrieben hat:

„Der Besitz einer kleinen Parzelle bietet, auch wenn sie allein den Eigentümer nicht zu ernähren vermag, ihm doch immer eine Gelegenheit zur Verwertung unbeschäftigter Stunden und einen Teil dessen, was er notwendig zu seiner Subsistenz braucht, und die Sicherheit eigener Wohnung gibt seiner ganzen Tätigkeit einen festen Rückhalt. Deshalb halte ich die Besorgnis für grundlos, daß die Beförderung der Grundstücksteilung zur Vermehrung des Proletariats beitragen könne. Der Besitzer eines noch so kleinen Grundeigentums ist immer besser und unabhängiger gestellt als der besitzlose Proletarier, der mit Wohnung und Unterhalt lediglich auf den Ertrag seiner Handarbeit angewiesen ist.“

Dies war zwar in Übereinstimmung mit dem, was Albrecht Thaer, der Vater der deutschen Landwirtschaftswissenschaft, den König Friedrich Wilhelm III. in dem Edikt von 1811 hatte sagen lassen; es widersprach aber den Vertretern agrarischer Sonderinteressen im Norden wie im Süden von Deutschland. Beide haben mich deshalb wie einen Feind verfolgt; der Kampf mit ihnen hat Jahrzehnte meines Lebens erfüllt.

4

Im Norden ist Johannes Miquel mein Hauptgegner gewesen. In seiner Jugend war er ein glühender Verehrer von Karl Marx²; er ist später

¹ Abgedruckt in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 20. und 21. Dezember 1893.

² Siehe das zweite Kapitel von Wilhelm Mommsen Johannes Miquel I, S. 37ff. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928.

Bürgermeister von Osnabrück geworden, und sowohl seine kommunistischen Jugendvelleitäten als auch der Einfluß, den die Schriften von Justus Möser, des größten Sohns von Osnabrück, auf ihn geübt haben¹, dürften ihn zum Gegner des Ideals der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung, des freien bäuerlichen Grundeigentümers gemacht haben. Möser nämlich, Beamter der Ritterschaft, war in einer Zeit, in der alles für Bauernbefreiung eintrat, nur für Verwandlung der Bauern in „Zweidrittelsknechte“ unter dem Obereigentum von Gutsherren.

Bereits 1873 hat Miquel, als im Abgeordnetenhaus die Parzellierung von Staatsdomänen in Bauerngüter erörtert wurde, gesagt, man habe in dem Gesetz von 1850, das die Bauern in Preußen befreite, zu frühzeitig die Erbpacht verboten. Auf seine Anregung war 1874 die Höferolle eingeführt worden. Danach sollte für Bauern, die ihren Hof in ein Register, die Höferolle, eintragen ließen, wenn sie nicht testamentarisch anders verfügten, Anerbenrecht gelten. Man ging von der Vorstellung aus, das entspreche dem Willen der bäuerlichen Bevölkerung, die von einem gleichen Erbrecht der Kinder nichts wissen wolle. Aber nur in Hannover, wo sich in den durch die Feudalität hervorgerufenen und dann rechtlich festgehaltenen Erbsitten in der kurzen Zeit von 1866 bis 1874 nichts geändert hatte, haben sich die Bauern in nennenswertem Maße der Höferolle bedient; in allen übrigen preußischen Provinzen hat die Höferolle Fiasko gemacht, und in Süddeutschland ist sie nirgends eingeführt worden. Der Grund war, daß das Zwangsanerbenrecht den wechselnden individuellen Verhältnissen und Anschauungen nicht entsprach.

Doch Miquel ließ sich dadurch von der Verfolgung seines Ziels nicht abschrecken. Als 1886 im Preußischen Landtag ein Gesetzentwurf eingebracht wurde, der die Regierung ermächtigte, 100 Millionen Mark zur Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter in den Provinzen Posen und Westpreußen zu verwenden, wurde auf seinen Antrag ein neuer Besitztypus geschaffen: das Rentengut. Aber nur der Name war neu; der Sache nach war es die alte Erbpacht. Praktisch war das Obereigentum damit wieder eingeführt, und nachdem die Erbpacht zu politischen Zwecken für nur zwei Provinzen wiederbelebt worden war, verstanden es ihre begeisterten Anhänger, das Prinzip des Rentenguts ihrer gesamten Agrarpolitik dienstbar zu machen. Wenn man dem Großgrundbesitzer gestattete seinen Besitz ganz oder teilweise in Rentengüter zu verwandeln, so war möglich gemacht, daß er einerseits seinen Besitz — gleichviel ob Fideikommißgut oder gewöhnliches Rittergut — veräußerte und ihn trotzdem

¹ Siehe meinen Aufsatz Justus Möser, der Vater der preußischen Agrarreform, in meiner Erbrechtspolitik, Stuttgart 1899, jetzt Leipzig, S. 268 ff.

in seinem ganzen Umfang behielt, nämlich als Obereigentümer, und daß andererseits die gewünschten Bauerngüter entstanden. Allerdings waren diese Bauerngüter dem Großgrundbesitzer abgabepflichtig; sie hatten an ihn Renten zu zahlen. Es war sogar möglich, bei Begründung des Rentenguts sich auszubedingen, daß der Bauer statt der Rente sich zu bestimmten Arbeitsleistungen, namentlich in der Zeit der Heu-, Getreide- oder Kartoffelernte, verpflichtete. Kein Zweifel, das Ablösungsgesetz vom 2. März 1850 hatte verboten, solche Dienstverpflichtungen in Zukunft dem Grundstück selbst, d. h. mit Rechtswirksamkeit gegen jeden neuen Besitzer aufzuerlegen. Allein der Großgrundbesitzer, der ein Rentengut konstituiert, kann durch Festsetzung eines Vorkaufsrechts gegen Rechtsnachfolger des ersten Käufers, welche sich weigern, die Dienstverpflichtung zu übernehmen, verhindern, daß andere als solche, die diese Dienstverpflichtung übernehmen, in den Besitz des Rentenguts gelangen. Das Rentengut versprach also eine Art Wiederherstellung der 1850 beseitigten gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse.

Diese Erwägung hat zum Gesetze von 27. Juni 1890 geführt. Durch dieses wurde für den ganzen Umfang der preußischen Monarchie „die eigentümliche Übertragung eines Grundstücks gegen Übernahme einer festen Geldrente, deren Ablösbarkeit von der Zustimmung beider Teile abhängig ist“, gestattet. Damit war in ganz Preußen die Wiederherstellung des Obereigentums eines Grundherrn unmöglich geworden.

Ein weiteres Gesetz vom 7. Juli 1891 stellte den Großgrundbesitzern und den Rentengutskäufern, sofern Güter „mittleren und kleineren“ Umfangs begründet werden sollten, den öffentlichen Kredit und die Arbeitskraft der staatlichen Agrarbehörden zur Verfügung. Die 1850 zur Ablösung der feudalen Lasten ins Leben gerufenen Rentenbanken hatten diese Aufgabe vollendet. Nun sollten sie dazu dienen, das Obereigentum wieder einzuführen. Und dann folgte die Krönung der Miquelschen Agrarreform durch das Gesetz von 1896, das sämtliche Rentengüter, die auf Grund der Gesetze von 1886, 1890 und 1891 begründet worden waren oder in Zukunft begründet werden, für Anerbengüter erklärte.

Welcher Triumph für die preußischen Herren, welche seit Beginn des 19. Jahrhunderts ihre feudale Gesinnung treu bewahrt und den Reformen Albrecht Thaers, des Freiherrn vom Stein und des Fürsten Hardenberg den erbittertsten Widerstand entgegengesetzt hatten! Anders stellte sich die Sache für die Rentengutsbesitzer. Das 1896 ihnen auferlegte Anerbenrecht hat eine so außerordentliche Bevorzugung des übernehmenden Erben zur Folge gehabt, daß die ganze bäuerliche Wirtschaft dadurch revolutioniert worden ist. Sonst helfen die nachgeborenen Kinder in der

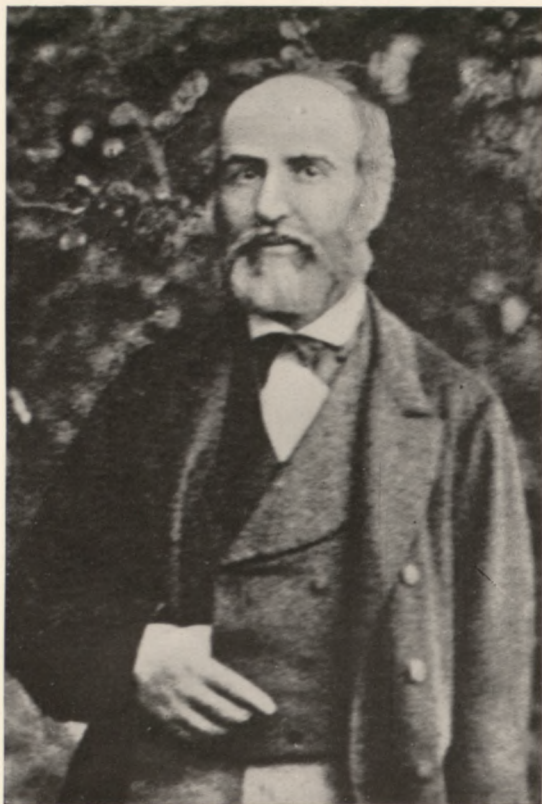
väterlichen Wirtschaft als Arbeiter mit. Wenn aber alle ihre Arbeit nur dem Ältesten zu gut kommt und sie bei der Erbteilung nur die Schulden und eine lächerlich geringe Rente erhalten, suchen sie Arbeit und Lohn anderswo als auf dem väterlichen Hof. Ohne sie wird es aber dem Bauer schwer, sich zu halten.

Nichtsdestoweniger hat die preußische Regierung 1898 für sämtliche Bauerngüter Westfalens ein neues Anerbenrechtsgesetz im Herrenhaus eingebracht, das auf denselben Prinzipien wie das Gesetz von 1896 für Rentengüter beruht. Es war von dem durch den Adel beherrschten westfälischen Provinziallandtag verlangt worden. Gegen die dadurch geschaffene Vergewaltigung des Willens des Eigentümers haben sowohl der rheinische Bauernverein als auch eine große Anzahl von Abgeordneten protestiert. Mit Ach und Krach wurde das Gesetz am 17. Mai 1898 im preußischen Abgeordnetenhaus durchgedrückt. Die Abgeordneten, die dafür stimmten, erklärten charakteristischerweise: sie wollten, nachdem der westfälische Provinziallandtag das Gesetz verlangt habe, den Westfalen nicht widersprechen, verwahrten sich aber gegen seine Ausdehnung auf andere Provinzen.

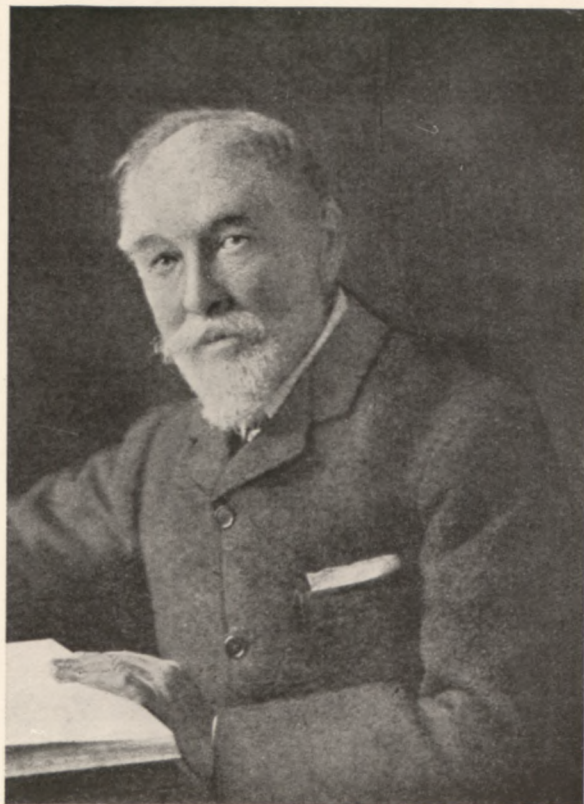
In Westfalen blieb die sich mehr und mehr fühlbar machende Folge dieselbe wie die oben angegebene des Gesetzes von 1896 für Rentengüter. Früher hatte in Westfalen die sogenannte Onkel- und Tantenwirtschaft geherrscht, d. h. die weichenden Erben ließen ihren Erbteil auf dem Hofe stehen und dienten, wenn nicht die eine oder andere Schwester heiratete, selbst in der Landwirtschaft gegen einen geringen Lohn. Die außerordentliche Benachteiligung der weichenden Erben, die das Gesetz von 1898 gebracht hat, hat begreiflicherweise den Zug zur Abwanderung vom Lande verstärkt. Heute wird von allen Seiten erzählt, daß die Bauern es besonders bitter empfinden, mit fremden Lohnarbeitern arbeiten zu müssen, wo ihnen früher ihre Geschwister zu Diensten waren, und daß sie jetzt zu hohen Zinsen Geld aufnehmen müssen, das ihre Geschwister meist bis zu ihrem Tode ungekündigt auf dem Hofe hatten stehenlassen.

Nach Vollendung der Rentengutgesetzgebung mit dem Gesetze von 1896 habe ich sie in der „Nation“ einer Kritik unterworfen¹. Diese hat den Zorn Miquels erregt. Namentlich richtete er sich gegen meine Darlegung der Wiederaufstehung des Obereigentums in dem neugeschaffenen Rentengut². Aber eingehend habe ich nachgewiesen, wie das neue Recht des Rentenbeziehers den Bauern ganz in derselben Weise wie das

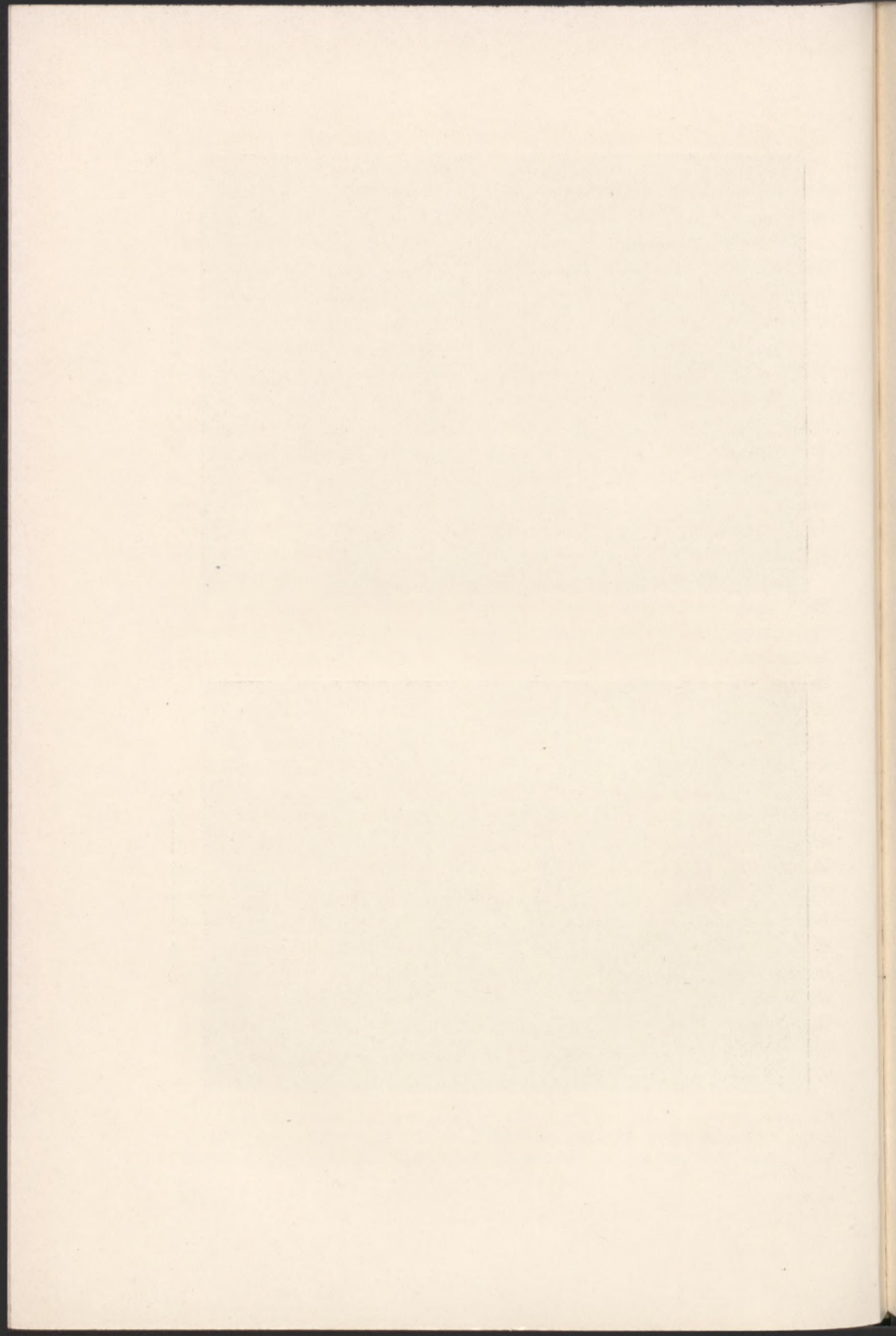
¹ Die Agrarreform in Preußen. „Nation“ Nr. 24 bis 27, vom 13., 20., 27. März und 3. April 1897. Wiederabgedruckt in „Volkswirtschaftliche Zeitfragen“ 1897 und in meiner „Erbrechtspolitik“, S. 297 ff. — ² Siehe meine „Erbrechtspolitik“ S. 353 ff.



John Malcolm Ludlow



Frederic Harrison



Obereigentum den Nutzereigentümer beschränkt. Das ist auch von Otto von Gierke, einem Verteidiger des Rentenguts, anerkannt worden¹.

Dabei zeigten Miquels haarsträubende Behauptungen, als er das westfälische Anerbenrechtsgesetz im Herrenhaus einbrachte, was man den hohen Herren alles bieten konnte, ohne ausgelacht zu werden. Da hat er am 16. Februar 1898 ausgeführt², seine seit vierzig Jahren betriebenen Studien über die historische Entwicklung des Grund und Bodens hätten ihm gezeigt, daß die Verschiedenheit im Erbrecht, in der Geschlossenheit und Teilbarkeit der Höfe in ganz West- und Süddeutschland fast genau mit der Richtung des römischen Pfahlgrabens zusammenhänge; südlich desselben, wo der römische Index 300 bis 400 Jahre regiert habe, herrsche städtisches Recht; nördlich desselben die germanische Einzelerbfolge. Die Naturalteilung in Bayern südlich der Donau, wo sie, abgesehen von der früheren Grafschaft Werdenfels und Oberstdorf in Schwaben, nirgends sich findet! Man weiß nicht, ob die historischen oder die auf die Gegenwart bezüglichen Behauptungen Miquels geeigneter sind, den Spott herauszufordern!

5

In Süddeutschland lag die Agrarfrage anders als im Norden. Man hatte es hier nicht wie in Preußen mit Großgrundbesitzern zu tun, die sich sträubten, gleichberechtigte freie Bauern zu Nachbarn zu haben. In Süddeutschland hatte man nie wie im ostelbischen Preußen Bauern gelegt; der bäuerliche Grundbesitz war da niemals verschwunden³. Doch hat man in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts hier wie in Preußen über Schuldnöte der Landwirte geklagt und sprach von einer Bedrohung des Fortbestandes der ländlichen Bevölkerung durch Auskaufen derselben durch reiche Kapitalisten, verfiel aber, um dem vorzubeugen, auf Mittel, die die Verschuldung steigern mußten, und, wären sie ausgeführt worden, kleine Leute vom Grunderwerb ausgeschlossen hätten.

Die erste Ursache der Schuldnöte der Landwirte war im Süden wie im Norden eine Überschätzung der Tendenz zur Werterhöhung, die dem Boden bei steigender Bevölkerung infolge seines Monopolcharakters anhaftet. Diese Überschätzung fand namentlich seitens des mittleren und noch mehr seitens des Großgrundbesitzes statt. Infolgedessen waren die Bodenpreise im Laufe des 19. Jahrhunderts außerordentlich gestiegen, um das sieben- bis zehnfache bis in die Mitte der siebziger Jahre. Man zahlte exorbitante Preise, indem man hoffte, daß der Bodenpreis in zehn

¹ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, LVIII, S. 168. — ² Siehe meine „Erbrechtspolitik“, S. 363 ff. — ³ Siehe meine Abhandlung, Warum herrscht in Altbayern bäuerlicher Grundbesitz? in meiner „Erbrechtspolitik“, S. 223 bis 267.

Jahren um das Doppelte höher sein werde, und da man den Kaufschilling nicht ganz erlegen konnte, blieb man einen großen Teil schuldig.

Die Verschuldung wurde gesteigert durch alles, was die freie Teilung hinderte, durch Gebundenheit des Grundbesitzes unter Lebenden und von Todes wegen. Dadurch wurden Besitzgrößen zusammengehalten, wo angesichts der Wertsteigerung des Bodens eine Teilung angezeigt gewesen wäre. In Gegenden vorherrschenden bäuerlichen Besitzes kamen bei Anerbenrecht weniger Güter zu Markt, was zu deren Preissteigerung führte¹. Im ostelbischen Preußen wurden Güter wegen des politischen Einflusses, den der Großgrundbesitzer genoß, ohne Rücksicht auf Rentabilität gekauft. Das Zusammenhalten und derartige politische Erwägungen führten zu enorm hohen Summen, die als Kaufschilling aufgebracht werden mußten. Die Folge war eine kolossale Zunahme des Besitzerwerbskredits, der Kaufschillingreste und der Schulden zur Regelung der Erbabfindung.

Bei Kleinbesitz war der Übergang von überwiegender agrarischer zu industrieller Produktion eine Ursache der Bodenpreissteigerung. Die Kleinen suchten im Grundbesitz einen Halt, der ihnen in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit und Zwistigkeiten mit den Arbeitgebern zum mindesten im bescheidenen Maße ein selbständiges und stetes Einkommen gewährleistete. Die Folgen waren die Steigerung der Kaufpreise über den Ertragswert und Besitzkreditschulden zum Zweck des Erwerbs von Grundbesitz. Doch haben, wie Buchenberger in seiner Agrarpolitik berichtet² infolge von Verbindung mit Nebenverdiensten „kleine Handwerker, Fabrikarbeiter und Tagelöhner auf dem flachen Land oft in verhältnismäßig kurzer Zeit ihre Besitzkreditschulden abzustoßen vermocht, und die Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Büros hat als Hauptergebnis der Erhebungen in Preußen und sonst über die Ursachen der Zwangsenteignung angegeben³, „daß die Zwangsenteignungen an Häufigkeit abnehmen, je mehr der Wirtschaftsreinertrag als Arbeits-einkommen und je weniger er als Besitzeinkommen sich darstellt.“

Für Großbesitz und mittleren Besitz trat die Krisis ein, als seit 1876 die auswärtige Konkurrenz die Getreidepreise drückte. Nun waren hohe Zinsbeträge aus sinkenden Beträgen zu bezahlen. Die Verschuldung machte sich um so drückender fühlbar, je größer die Besitzgröße, je ge-

¹ Über die Überlastung des Grund und Bodens mit Schulden als notwendige Folge der Erbfolge des einen in das Gut klagt schon ein sehr sachverständiges Schriftchen aus dem Jahre 1867: Die Entwertung der landwirtschaftlichen Güter und die Kreditlosigkeit der bäuerlichen Bevölkerung in den altbayerischen Provinzen, S. 11, 17. — ² Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik II. Leipzig 1893. S. 65. — ³ So Schäffle, in „Deutsche Kern- und Zeitfragen“, Berlin 1894. S. 320.

ringer die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Besitzers, je größer seine Ansprüche ans Leben, je geringer die Mannigfaltigkeit der Produktion, je weniger Nebenbetriebe oder sonstiger Nebenverdienst waren.

Die Folge war eine Fülle von Projekten zur Entschuldung des Grundbesitzes und zur Verhütung von Überschuldung. Hier sind nur die des Dr. G. Ratzinger und des Dr. Ruhland zu betrachten. Sie verlangten die Bildung von Kreditgenossenschaften der Bauern, ähnlich der von Friedrich dem Großen 1769 ins Leben gerufenen viel nachgeahmten schlesischen Landschaft, aber außerdem die Feststellung einer Verschuldungsgrenze für jedes Gut. Während die Landschaften der Großgrundbesitzer dem Grundeigentümer gestatten, sein Gut nach dem Landschaftskredit mit beliebig viel Hypotheken zu belasten, sollte die Bauernlandschaft ein Monopol für hypothekarischen Kredit haben und kein Gut über eine gewisse Grenze seines Ertragswerts und zu anderen als bestimmten Zwecken beleihen dürfen. Nach Ruhland sollte es gänzlich verboten sein, einem Kauflustigen zum Erwerb eines Gutes Geld zu leihen; es sollten also alle, welche den Kaufpreis nicht vollständig bar erlegen können, vom Erwerb eines Gutes ausgeschlossen bleiben, um den Kaufpreis des Gutes im Interesse derjenigen, die ein größeres Kapital besitzen, zu drücken. Damit die Reicheren in den Monopolbesitz des Bodens billiger gelangen können, sollten die Ärmeren von jedem Wettbewerb um denselben ausgeschlossen sein. Das Projekt bedeutete also nichts anderes als eine Steigerung des Monopolcharakters des Bodens im Interesse des Besitzenden, als einen verstärkten Ausschluß der Ärmeren unter den Fähigen. Sowohl Ratzinger als auch Ruhland gaben zu, daß es die Gebundenheit des bäuerlichen Grundbesitzes sei, was sie erstrebten.

Demgegenüber bin ich in meinem Vortrag dem beigetreten, was Thaer und in dem oben wiedergegebenen Schreiben Bismarck zugunsten der Teilbarkeit des Grundeigentums vorgebracht haben, und habe, nachdem ich die in den verschiedenen Gebieten herrschenden Erbrechte und Erbsitten und ihre Wirkungen dargelegt hatte, mit der Rechtfertigung des Besitzerwerbskredits durch Buchenberger geschlossen:

„Daher rufen wir denn: Fort mit allen Projekten, welche, indem sie in antisozialer Weise den Landbesitz zum Reservatrecht der jeweils kapitalkräftigsten Kreise machen, die Wirkung hätten, den natürlichen Monopolcharakter des Grund und Bodens noch mehr zu steigern!“

Wegen meiner Anschauungen über das Erbrecht in das Grundeigentum und meiner Bekämpfung der Getreidezölle erfuhr ich in den folgenden zwanzig Jahren die heftigsten Angriffe der Agrarier. Zwar hat mir der Historiker Hans Delbrück auf die Zusendung meines Vortrags am

22. Dezember 1893 geantwortet: „Mit dem höchsten Interesse und wahrer Bewunderung habe ich heute Ihre agrarpolitische Abhandlung in der Münchener Allgemeinen Zeitung gelesen“, und der Verfasser des Standardwerks „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staats,“ Professor Dr. August Meitzen hat mir am 23. Dezember 1893 geschrieben, daß er „mit demselben in allem wesentlichen völlig einverstanden“ sei. Aber ganz anders die beiden Vertreter der Wiedereinführung einer Gebundenheit der Bauerngüter, Ratzinger und Ruhland.

So unhaltbar es war, was Herr von Miquel zur Verteidigung seiner Gesetze vorgebracht hat, so hat er doch den Kampf gegen mich in den unter den Gebildeten üblichen Formen geführt. Leider kann ich das nicht von Dr. Ruhland sagen. Es hieße ihm zuviel Ehre antun, wollte ich hier den Kampf, den er gegen mich geführt hat, im einzelnen vorführen. Ist er doch selbst von Anhängern des Bundes der Landwirte, nachdem er dem Bunde beigetreten war, als „Lügner“¹ und von Professor Conrad² (Halle) als Hochstapler bezeichnet worden. Doch nichts, was eine bessere Vorstellung geben könnte, in welcher Weise die Agitation für Getreidezölle und andere agrarische Sonderinteressen betrieben worden ist und noch heute betrieben wird, als daß Ruhland von 1894 bis zu seinem Tode eine führende Rolle in dieser Agitation gespielt hat³ und jetzt in Charlottenburg eine Ruhland-Gesellschaft⁴ zur Verherrlichung seines Andenkens gegründet worden ist. Ganz glaubte ich daher auf einiges, was zur Charakteristik Ruhlands dient, nicht verzichten zu dürfen. Ich verweise dafür auf den Anhang.

II. Die Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik

1894 hat der Verein für Sozialpolitik auf die Tagesordnung seiner für Ende September in Wien geplanten Generalversammlung die gesetzliche Einführung der Anerbfolge gesetzt. Nun hatten wir in Bayern eine ausgezeichnete juristische Statistik über das in jedem einzelnen Dorf geltende Erbrecht. Allein in einem wunderbaren Widerspruch mit der Genauigkeit dieser Statistik dessen, was rechtens war, stand die Tatsache, daß man

¹ So Herr von Sydow-Dobberpfehl 1895 auf der 29. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Man vergleiche ferner den Bericht über eine Beleidigungsklage Ruhlands gegen Dr. Walter Manke, einen Angestellten der Zentralstelle der deutschen Landwirtschaftskammer, der ihn als „notorischen Lump“ bezeichnet hatte, in der „Frankfurter Zeitung“ vom 22. Januar 1904. — ² In einem Briefe Conrads an Prof. Lotz vom 11. April 1901. Conrad hat die Verwendung seines Briefes gestattet. — ³ Siehe ausführlich über ihn die beiden Aufsätze: Der wissenschaftliche Heros der Agrarier in Nr. 82, 85 und 90 der Frankfurter Zeitung vom 23. und 26. März und 10. April 1907. — ⁴ Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen, I. Ausgabe vom 11. Juni 1930.

zwar wußte, daß nirgends entsprechend diesem Erbrechte geerbt wurde, wie aber und wo die Erbfolge eine andere war, als das Recht vorschrieb, wußte man nicht. Da nun nicht das Erbrecht, sondern wirkliche Erbfolge von Bedeutung ist, kam es darauf an zu wissen, was die wirkliche Erbfolge sei. Das hat mich veranlaßt im April 1894 an das bayerische Ministerium die Bitte zu richten, der Wissenschaft den Dienst zu leisten, bei sämtlichen Notaren und Amtsgerichten des rechtsrheinischen Bayern eine Erhebung zu veranstalten über die in den betreffenden Distrikten tatsächlich herrschende Erbfolge. Das Ministerium hat diesem Ansuchen Folge gegeben, und mir dann den ganzen Aktenstoß, der die Antworten enthielt, zur Verfügung gestellt. Dr. Ludwig Fick, ein Mitglied meines Seminars, hat seinen Inhalt in musterhafter Weise bearbeitet¹. Ich habe dazu eine Einleitung „zur Geschichte des bäuerlichen Erbrechts in Altbayern“ geschrieben². Ich bin darin dem trotz der entgegengesetzten Lehre der deutschen Rechtshistoriker hartnäckig festgehaltenen Irrtum entgegengetreten, daß die Erbfolge nur eines Kindes in das Grundeigentum dem altgermanischen Rechtsbewußtsein entspreche und das gleiche Erbrecht der Kinder erst als Folge der Rezeption des römischen Rechts in Deutschland eingedrungen sei: Nirgends trete das Irrige dieser Lehre ausgesprochener hervor als in Bayern. Heiße es doch in der Lex Bajuvariorum: ut fratres hereditatem patris aequaliter dividant. Dies sei das Erbrecht der Freien gewesen. Die Primogeniturerbfolge sei normannisch-französischen Ursprungs; sie habe erst unter Friedrich Barbarossa begonnen, in Deutschland Fuß zu fassen. Im Hause Wittelsbach habe sie sich erst im 16. Jahrhundert durchgesetzt. Die Anerbenfolge aber habe ihren Ursprung bei den grundbaren Bauern. Als Wirkungen derselben wurden schon vor Aufhebung der Unfreiheit hervorgehoben: viel zu große Bauerngüter im Verhältnis zur Kapitalkraft der Bauern, starke Verschuldung, schlechte Bestellung, Fortziehen der Nachgeborenen in die Stadt, als Folge Mangel an Arbeitern auf dem Land, geringe Bevölkerungszunahme bei größerer Zahl der unehelichen Geburten; in Bayern waren nach Angabe der damaligen Statistiker etwas über 6% der männlichen Bevölkerung Bettler.

2

Bevor ich mein Referat für Wien auf Grund der von Ludwig Fick bearbeiteten Erhebung über die bäuerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern abfaßte, habe ich, wo die gemachten Angaben noch Zweifel ließen, sei es auf dem Wege brieflicher Fragen, sei es, indem ich mit Dr. Fick und anderen meiner Schüler eine Fußwanderung durch Niederbayern,

¹ Dr. Ludwig Fick, Die bäuerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern. Stuttgart 1895.

² Wiederabgedruckt in Lujó Brentano, Erbrechtspolitik. Stuttgart 1899. S. 403 ff.

die Oberpfalz, Mittel- und Oberfranken an die betreffenden Orte unternahm, den wahren Sachverhalt aufzuklären gesucht. In allen Fällen haben wir bei den von uns Befragten das liebenswürdigste Entgegenkommen gefunden.

Die Wanderung war auch in anderer Beziehung interessant. So fiel mir gleich auf dem Wege von Pfarrkirchen nach Pocking auf, daß sehr viele Bauernhäuser ganz neue Ziegeldächer hatten. In Pocking angelangt, frug ich unsern Wirt: „es hat in den Dörfern, durch die wir wanderten, wohl viel gebrannt?“ „Nein“ war die Antwort. — „Aber woher die vielen neuen Ziegeldächer?“ — „Das kommt von der Futternot; bei uns war keine Futternot, aber in Franken; dort war auch die Strohernte schlecht gewesen. Da haben“, sagte unser Wirt, „die Bauern ihr Stroh teuer nach Franken verkauft, ihre Strohdächer zur Streu benutzt und mit dem Geld, das sie für das Stroh erhielten, ihre Häuser mit Ziegeln gedeckt.“ Das Wirtshaus in Pocking war sehr stattlich, der Wirt großer Pferdezüchter; an den Wänden hingen zahlreiche Photographien von sehr schönen Pferden, mit denen er Rennen gewonnen hatte; die Ställe waren gewölbt und standen auf Monolithsäulen; sie waren musterhaft rein. Ein Glasschrank in meinem Zimmer war voll silberner Becher und ähnlicher Trophäen, die unser Wirt bei Pferderennen gewonnen hatte. Tags darauf wanderten wir zwischen Wiesen, auf denen Pferde sich tummelten, nach Simbach, wo wir ein ansehnliches Warenhaus fanden; man sagte uns, daß es wesentlich vom Schmuggel nach dem gegenüberliegenden österreichischen Braunau lebe. Dann ging es nach Passau. Von da schrieb ich am 13. September an meine Frau: „Das Land strotzt von Reichtum und grobem Wohlleben. Der Notstand scheint mehr in der Gefahr einer Apoplexie infolge von Überfütterung als in irgend etwas anderem zu bestehen, besonders im Rottal. Dabei eine Billigkeit, die geradezu phänomenal ist. Die Gegend war sehr anmutig, stellenweise schön.“ Von Passau fuhren wir über Zwiesel nach Grafenau. Noch gedenke ich mit Entzücken der Wanderung durch den schweigenden Wald; kein Mensch der uns begegnete; das einzige, was an Menschen erinnerte, waren die Totenbretter, die etwas kreuz und quer mit aufgemalten Totenköpfen und einigen Worten über die Personen, die als Leiche darauf geruht hatten, an den Kreuzwegen standen und bei aufgehendem Monde Grausen erwecken konnten. Als wir gegen Abend beim Essen saßen, ertönte auf der Straße eine Trompete. Mürrisch beantwortete unser Wirt unsere Frage, das sei die Aufforderung zum Theaterbesuch im anderen Wirtshaus. Selbstverständlich eilten wir dahin. Wir fanden einen großen Raum, dicht gefüllt von Klein und Groß und ein großes Marionettentheater. An einem Tische saßen der Pfarrer, der Orts-

beamte, der Gendarm und spielten Karten. Aber welche Verwunderung! Was aufgeführt wurde, war die Ermordung eines jungen Königs durch seinen bösen Onkel. Das entsprach der Vorstellung, die das Landvolk in Altbayern noch acht Jahre nach der Tragödie in Berg von dieser hegte. Ich bewunderte die Klugheit der anwesenden Behörden, die von dem, was da gespielt wurde, keine Notiz nahmen. Tags darauf wanderten wir zu einer Zellulosefabrik, die ein paar Stunden entfernt lag. Da bestand das Trucksystem in voller Ausbildung. Mit der Fabrik war ein Laden verbunden, in dem die Arbeiter ihren Bedarf einkaufen mußten; der Lohn wurde ihnen in Marken ausgezahlt, für die sie anderwärts nichts erhielten. Beim Weiterwandern stießen wir auch auf Glasbläsereien. Auffallend war, daß alle Arbeiter jung waren; ob die älteren nicht mehr arbeitsfähig waren? Wir sind an diesem Tage ungefähr 35 Kilometer durch den prachtvollsten Wald gelaufen, haben in Böhmisches-Eisenstein übernachtet und sahen dort eine gespenstige Fabrik. Es war eine völlig automatisch arbeitende Spiegel-schleiferei; unermüdlich polierten gepolsterte Stempel, die durch Maschinen bewegt wurden, die Glasscheiben; kein Arbeiter war in dem dreistöckigen Gebäude sichtbar — eine großartige technische Leistung!

Tags darauf ging es in vierstündigem Marsche nach Lohberg. Als wir um 12 Uhr mittags hungrig ankamen, war die dortige Essenszeit schon vorbei, im Wirtshaus erhielten wir auf die Frage, was es zu essen gebe, die Antwort: zu essen gibts nichts. Aber draußen liefen Enten herum. „Können wir keine haben?“ — „Ja, Enten könnens schon haben.“ — Nach einiger Zeit kam der Wirt wieder: „Vielleicht wollens auch Forellen?“ — „Gewiß.“ — Bald kamen köstliche Forellen, dann die Enten und das Ganze kostete samt einer Halbe Bier pro Person 1,50 Mark. Nachmittags gingen wir noch bis Lam und fuhren von dort nach Kötzing und Viechtach. In Viechtach, wenn ich nicht irre, dem Hauptort des Wahlkreises des Dr. Ratzinger, haben wir übernachtet. Nach Ratzingers lebhaften Klagen über die Verschuldung der Bauern hatte ich angenommen, daß sie gerade hier sehr groß sei. Aber mit Entrüstung wies der Wirt den Gedanken einer Überschuldung der Gegend zurück. Überhaupt ergaben unsere Nachfragen, was es mit der Bezeichnung der Bauern als der „Besitzsklaven des Kapitals“ auf sich hatte. Ich habe auf meiner Wanderung verschiedentlich die Frage gestellt: „Wer sind eure Gläubiger?“ Das Ergebnis war, daß es zum Glück noch Bezirke gab, in denen kein Folium des Hypothekenbuchs zu Lasten des bäuerlichen Grundbesitzes beschrieben war; doch waren dies allerdings Ausnahmen. Die ersten und daher mindest drückenden Hypotheken hatten als Regel die Münchener Hypothekenbanken; dann kamen die geistlichen Stiftungen, die in Bayern

wesentlich aus dem bestehen, was alljährlich in erstaunlich hohen Beträgen von der bäuerlichen Bevölkerung zu frommen Zwecken hinterlassen wird, und die letzten und daher drückendsten Gläubiger waren andere Bauern. Der Besuch einer Schwefelholzfabrik, den wir unterwegs machten, zeigte, wie notwendig das erst 1903 unter Posadowsky erlassene Gesetz war, das die Verwendung von gelbem Phosphor bei Herstellung von Zündhölzern gänzlich verboten hat; ich fand noch Kinder, die mit dem ihre Gesundheit fürs Leben schädigenden Eintauchen der Hölzchen in gelben Phosphor beschäftigt wurden.

Von Viechtach gingen wir nach Straubing, wo gerade Landwirtschaftsfest war, und wanderten durch die Straße, in der ein auf dem Altenteil sitzender Bauer neben dem anderen wohnt. Von da ging es über Regensburg nach der Maxhütte, um das dortige Walzwerk zu sehen, und auch nach dem anderen Werke derselben Gesellschaft, Rosenberg, dann über Nürnberg und Fürth nach Oberfranken. In Mittel- und Oberfranken fiel uns die Ärmlichkeit der Bauernwirthshäuser im Vergleich zu den niederbayerischen und oberpfälzischen auf.

Manches Unerfreuliche und viel Erfreuliches habe ich auf unserer Wanderung kennengelernt. Zu letzterem rechne ich die Freundlichkeit der Bewohner, auf die ich nach dem Rufe, in dem die Niederbayern stehen, nicht gerechnet hatte. Als ich, nach München zurückgekehrt, meinem Studiengenossen, dem Oberstaatsanwalt Payer, davon sprach, meinte er freilich, ich habe besonderes Glück gehabt, und erzählte mir Fälle aus seiner staatsanwaltschaftlichen Praxis in Deggendorf, die an Roheit jede Vorstellung übertrafen.

3

Mit den Ergebnissen der amtlichen Erhebung und unserer Wanderung ausgerüstet, habe ich dann auf der Wiener Versammlung des Vereins für Sozialpolitik am 29. September 1894 gesprochen¹. Das Durchschlagende für alle Gegenden Bayerns, die altbayerischen, die schwäbischen wie die fränkischen, was sich mir aus meinen Studien ergeben habe, war, daß der Bauer unbekümmert um das, was das Erbrecht seiner Gegend vorschreibt, mit souveräner Verfügung, sei es durch Übergabevertrag, sei es durch Vereinbarung der Miterben, über sein Grundeigentum bestimmt. Dabei war nur mehr an wenigen Orten das Herkommen maßgebend; bestimmend war vielmehr einmal der wirtschaftlich-technische Charakter des zu vererbenden Objekts, sodann die herrschende Auffassung von der relativen Berechtigung der Miterben, ihren vollen Anteil zu erhalten. Ich erklärte mich lebhaft gegen Vergewaltigung des freien Willens der Bauern durch

¹ Siehe meine Rede in meiner „Erbrechtspolitik“, S. 422 ff.

Gesetz. Ebenso hatten von den 600 bei der amtlichen Erhebung befragten Notaren und Amtsrichtern sich alle mit Ausnahme von zwei Notaren und drei Amtsrichtern gegen die gesetzliche Einführung eines Anerbenrechts ausgesprochen. Zur Vorsorge gegen Überschuldung habe ich die Einführung einer bäuerlichen Lebensversicherung nach dem Muster der bayerischen Hagelversicherung empfohlen; da in der besprochenen Erhebung darüber geklagt werde, daß vielerorts, abgesehen von den täglich im Wirtshaus verzehrten Beträgen, 300 Mark jährlich allein für Bier ausgegeben würden, gebe es auch die Möglichkeit für eine recht anständige Lebensversicherung.

Meine Wiener Rede sollte für mich ein charakteristisches Nachspiel haben. Man pflegte sich auf das Vorhandensein eines besonderen Familiensinns in der bäuerlichen Bevölkerung zu berufen, der sie wünschen lasse, das einmal besessene Gut der Familie unter allen Umständen zu erhalten. Um dessentwillen seien die Miterben bereit, zugunsten eines Übernehmers auf ihr Anrecht am Grundbesitz zu verzichten und sich mit einer Abfindung zu begnügen, die hinter ihrem gesetzlichen Erbteil weit zurückbleibe. Man pflegte der bäuerlichen Bevölkerung also weitgehende altruistische Motive nachzurühmen. Ich habe in Wien gesagt, diese Erklärung habe von jeher lebhafteste Zweifel in mir erregt. Der Bauer pflege von allen, die ihn kennen, als die weitestgehende Verkörperung des Individualismus geschildert zu werden, und in seinen Beziehungen zu anderen, zu Gemeinde und Staat, sei, was er zeige, alles eher als gerade Aufopferung für andere oder für das Ganze. Er sei derjenige, der es am wenigsten liebe, Steuern zu zahlen¹. Er sei es, der da, wo es um die Entrichtung von Gebühren sich handle, regelmäßig durch zu niedrige Wertangaben Gebühren zu hinterziehen suche². Außerdem höre man so viel, daß die auf den Austrag gehenden Eltern nicht selten unter der rücksichtslosen Härte des Übernehmers zu leiden hätten. Nun werde uns diese Bevölkerungsklasse gerade da, wo ihre Geldinteressen am empfindlichsten berührt werden, als Idealisten vorgeführt, die sich in der selbstlosesten Weise für Familie und Klasse opfern! Darauf hat einer der Führer des Bundes der Landwirte, der Abgeordnete Lutz, am 5. März 1896 mich im Landtag in unerhörter Weise angegriffen³. Er verlangte, die Regierung

¹ Noch anläßlich des Kampfes um Deckung des bayerischen Defizits gab die Augsburger Postzeitung vom 23. Mai 1930 ihrem Leitartikel die Überschrift: Verfrühte Wahlreden des Bauernbunds. Mit jeder Steuer einverstanden, die ihn nicht trifft. — ² Siehe in der schon angeführten Broschüre über „Die Entwertung der landwirtschaftlichen Güter“ aus d. J. 1867, S. 12 u. ff., die Klagen und Belege über den mangelnden Rechtssinn der altbayerischen Bauern. — ³ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags im Jahre 1895/96. VII. Band. S. 326—328.

solle nicht dulden, daß ich, ein bayerischer Beamter, im Ausland die Mehrheit des bayerischen Volkes beleidige; auch hat er sich dafür, daß ich als Professor untauglich sei, auf die oben wiedergegebenen grotesken Ausführungen Miquels, auf Sering und merkwürdigerweise auch auf Bücher, der diesem in der Verteidigung der Freiteilbarkeit, ebenso wie ich, in Wien entgegengetreten war, berufen. Von den Rednern, die nach Lutz sprachen, hat, wie auch tags darauf in der Presse hervorgehoben worden ist, keiner das rechte Wort der Abwehr dieser Beeinträchtigung nicht des Rechts, nein der Pflicht, die Wahrheit zu sagen, gefunden. Ich habe darauf am 6. März an den Präsidenten des Landtags einen Brief geschrieben, in dem ich nachwies, daß, was ich gesagt habe, aktenmäßig feststehende Wahrheit sei. Aber die Geschäftsordnung hat dem Präsidenten nicht erlaubt, meinen Brief zu verlesen; er ist dann in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 7. März abgedruckt worden. Als ich anderen Tags meinen Hörsaal betrat, brachten mir die Studenten eine stürmische, minutenlange Ovation. Ich erhielt aus dem ganzen Lande Zuschriften, die das von mir Gesagte bestätigten. Ein mir unbekannter Pfarrer schrieb, in seiner Pfarrei sage man, im Himmel stehe ein goldener Stuhl für den Bauer, der auf den Austrag gegangen sei und dies nicht später bereut habe; er sei noch nie besetzt worden. Auch gehört die Geschichte von dem Bübchen, das für seine Eltern einen Trog schnitzte für die Zeit, wenn sie einmal bei ihm auf den Austrag gingen, zu den bei den deutschen Bauern verbreitetsten Erzählungen. Daher die Bauernregel: „Zieh dich nicht aus als bis du schlafen gehst“ und die Keulen an den Toren von Jüterbog mit der Inschrift: „Wer seinen Kindern gibt das Brot und nachher selber leidet Not, den schlage man mit der Keule tot.“

4

Doch meine Wiener Rede hat noch weitere Folgen gehabt. Mein Berliner Kollege Sering, derselbe, auf den sich der Abgeordnete Lutz als Zeugen für meine Verwerflichkeit berufen hat, hat bei der Korrektur seiner in Wien gegen mich gemachten Ausführungen weitere eingeschaltet, auf die ich in Wien nicht hatte erwidern können, weil er sie dort nicht gemacht hat. Auf meinen Antrag hat dann der Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik beschlossen, daß in Zukunft in den Verhandlungen nicht gehaltene Reden in diesen nicht mehr gedruckt werden dürfen. Sering hat darauf in Schmollers Jahrbuch (Band XX, 1896) eine Kritik meiner historischen Einleitung zu Ficks Bearbeitung der Enquete über die Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern veröffentlicht, in der er sogar bestritten hat, daß die Anerbfolge ein Überbleibsel der früheren bäuerlichen Unfreiheit sei. Ich hatte im April 1896 in der Zeitschrift „Cosmopolis“ einen Auf-

satz „Die Meinungsverschiedenheiten unter den Volkswirtschaftslehrern“ veröffentlicht, in dem ich als Ursache des hoffnungslosen Verzichts derselben auf Übereinstimmung dargetan habe, daß viele, statt sich auf die Darstellung dessen, was ist, und des die Tatsachen verbindenden Kausalzusammenhangs zu beschränken, lehren was sein soll. Ich habe Sering als Antwort auf seine Kritik in einem Briefe auf diesen Aufsatz verwiesen. Doch scheint er diese sanfte Erwiderung nicht verstanden zu haben. Als ich zu Beginn 1897 eine theoretische Einleitung in die Agrarpolitik veröffentlichte, ist er, ein theoretisch wenig beanlagter Kopf, in der Deutschen Literaturzeitung darüber hergefallen¹. Seine Unfähigkeit, den Gedankengang meines Buches zu begreifen, zeigte sich abermals in seiner Verwechslung zwischen dem Wollen und Handeln, das sich als Folge des Erkennens ergibt, und dem Wollen, welches das Erkennen zu bestimmen sucht, um ein gewisses, vorher bestimmtes Handeln hervorzurufen. Auch hat er nicht etwa theoretische Irrtümer meines Buches nachzuweisen gesucht, sondern abermals vorgebracht, was er in den in die Wiener Verhandlungen eingeschmuggelten Ausführungen, sowie in Schmollers Jahrbuch gegen mich vorgebracht hatte. Es hat sich daran eine Polemik geknüpft, die meinerseits in der Wochenschrift „Die Nation“², von seiten Serings in der Deutschen Literaturzeitung³, die ihm einen mir nicht gewährten Spielraum einräumte, geführt worden ist. Ja noch mehr! Im Jahre 1897 hat der Verein für Sozialpolitik in Berlin Kurse veranstaltet. Ich habe eine Anzahl Vorträge über das Arbeitsverhältnis gehalten. Nachdem ich abgereist war, hat Sering über das Erbrecht in das Grundeigentum gesprochen. Wie mir mitgeteilt wurde, sagte Sering: „Was wir mit unseren Maßregeln wollen ist das, was das Rechtsbewußtsein der bäuerlichen Bevölkerung will; Brentano dagegen will das Rechtsbewußtsein der bäuerlichen Bevölkerung mit Füßen treten und den Bauernstand vernichten.“ Da ich abgereist war, konnte ich nicht antworten, daß das gerade das Gegenteil von dem sei, was ich vertrete. Aber Ludwig Fick war anwesend; er hat, wie mir Unparteiische schrieben, protestiert: „Wer Brentano kenne, könne eine derartige Absicht niemals voraussetzen; man könne vielleicht der Meinung sein, daß das, was Brentano fordere, diese Wirkung haben werde; es gehe aber nicht an, ihm eine derartige Absicht unterzuschieben.“ Darauf habe Sering erwidert: „Die Bemerkung sei überflüssig; selbstverständlich habe er nichts anderes sagen wollen.“ Als

¹ Deutsche Literaturzeitung Nr. 27 vom 10. Juli 1897. — ² Wollen oder Erkennen, „Nation“, Nr. 43, vom 24. Juli 1897. — Die Krisis der deutschen Wirtschaftswissenschaft, „Nation“, Nr. 48/49, vom 28. August und 4. September 1897. — ³ Deutsche Literaturzeitung, Nr. 33, vom 21. August und Nr. 34 vom 4. September und Nr. 37 vom 18. September 1897.

dann Sering mir schrieb, daß er freiwillig die Verdächtigung meiner Absicht geleugnet habe, antwortete ich in der Hoffnung, daß diese Art der Polemik nunmehr aufhören werde, „ich freue mich aufrichtig“, daß seine Äußerung nur versehentlich erfolgt sei. Die Verdächtigung, vor der mich schon die Ausführungen in meinem Vortrag über Teilbarkeit und Gebundenheit des Grundeigentums hätten bewahren sollen, ist auf mir sitzengeblieben. Sie entspricht der Vorstellung jener, die nicht den Menschen als Ausgangs- und Endpunkt der Volkswirtschaft ansehen, sondern den Hof zum Ausgangs- und Endpunkt der Agrarpolitik machen.

Vielleicht kann ich hier gleich beifügen, daß die Gegnerschaft Serings noch zwei Jahre später eine Nachwirkung gehabt hat, die mich empfindlich gekränkt hat. Ich habe 1898 nach sehr gründlichem Studium allen einschlägigen Materials einen Aufsatz geschrieben, in dem ich den von den Reaktionären in Deutschland wie in Frankreich verbreiteten irrigen Vorstellungen über das französische Erbrecht entgegengetreten bin¹. Das Interessanteste darin war der Bericht über die völlig vergessene Vorlage zur Wiedereinführung des Erstgeburtsrechts unter der Restauration und ihr Scheitern und die Darstellung der Bodenverteilung und deren Entwicklung in Frankreich. Ich wollte diese Arbeit sowie alle meine agrarischen Aufsätze, die über die Entwicklung des englischen Erbrechts in das Grundeigentum, über den Untergang des englischen Bauernstandes, über die Ursachen des Fortbestehens von Bauern in Altbayern, über die Agrarreform in Preußen, das bäuerliche Erbrecht in Bayern und die feudale Grundlage der schlesischen Leinenindustrie in einem Bande veröffentlichen. Da trat etwas Unerwartetes ein. Seit dem Erscheinen meiner „Arbeitergilden“ waren alle meine Schriften im Verlag von Duncker und Humblot in Leipzig erschienen. Es war selbstverständlich, daß ich mich wieder an ihn wandte. Da machte mein Freund Geibel, der Inhaber der Firma, zur Bedingung, daß der Band nichts gegen Sering enthalte. Diese Bedingung war nicht in seinem Garten gewachsen. Aber Sering gab zusammen mit Schmoller „Staatswissenschaftliche Forschungen“ in seinem Verlage heraus; doch mit Schmoller war ich längst versöhnt. Von ihm dürfte die Bedingung auch nicht ausgegangen sein. Selbstverständlich konnte ich mir die Zensur nicht gefallen lassen. Ich übergab das Buch der J. G. Cottaschen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart. Es ist dort 1899 unter dem Titel: „Erbrechtspolitik. Alte und neue Feudalität“ erschienen.

Ich beklage aufrichtig, all' dies erzählen zu müssen. Der Weltkrieg und die Not, in der sich Deutschland infolge seines für ihn unglücklichen Ausgangs befindet, hat Sering und mich alle früheren zwischen uns beste-

¹ Das droit d'aînesse unter der Restauration und seitdem.

henden Meinungsverschiedenheiten vergessen lassen; doch mußte ich die früheren erwähnen, denn noch heute werde ich auf Grund der Erörterungen, zu denen Serings Ausführungen in Wien und später den Anlaß gaben, von manchen als Feind des Bauern hingestellt. Und wenn ich auch heute noch die Mittel, die man zur Erhaltung des Bauernstandes vorschlägt, für dazu ungeeignet erachte, so bin ich doch, um den Bauern zu erhalten, für eine Politik, zu der sich, wie ich neuerdings erst erfahren habe, auch der staatskluge Althoff bekannt hat¹, nämlich dafür, daß der Staat diejenigen, die sich wegen ihrer Schulden nicht halten können, wenn sie es wollen, auskauft, um sie als Pächter auf ihrem Hof zu belassen².

III. Literarische und Lehrtätigkeit

Doch ich unterbreche besser die Darstellung meiner Kämpfe gegen die Vertreter agrarischer Sonderinteressen. Ich werde leider auf sie zurückzukommen haben. Nur das sei hier noch erwähnt, daß ich im vorstehenden keineswegs alle Schriften erwähnt habe, die ich gegen die Zumutungen der Vertreter agrarischer Sonderinteressen veröffentlicht habe. Überhaupt vermag ich nicht alles anzuführen, was ich veröffentlicht habe; wer sich dafür interessiert, sei auf das in den Bio-Bibliographischen Beiträgen zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften mich betreffende Heft 5 von Hans Neisser und Melchior Palyi, Berlin 1924, verwiesen. Auch darf der Leser nicht meinen, meine Tätigkeit in München habe sich in den bereits vorgeführten und den noch zu erzählenden Kämpfen erschöpft. Ihr Schwerpunkt lag in unablässiger Arbeit an der Vertiefung und Erweiterung meiner theoretischen Erkenntnis und meines wirtschaftsgeschichtlichen Wissens³.

Um die Zeit meiner Übersiedlung nach München waren zwei Bände über englische Gilden von Charles Gross⁴ erschienen. Er war Amerikaner und Schüler meines früheren Kollegen in Engels Statistischem Seminar Gustav Cohn, damals Professor in Göttingen. Ich habe schon oben über dessen hämischen Charakter gesprochen. Trotzdem hatte ich ihm, als er mich darum bat, Einführungen an meine englischen Freunde geben, alsbald aber von J. M. Ludlow die Warnung erhalten, daß er voll Neid sei auf meine Erfolge und meine Einführungen dazu benutze, mich bei

¹ Siehe Arnold Sachse, Friedrich Althoff und sein Werk, Berlin 1928, S. 118, 119. —

² Siehe meinen Aufsatz: Können Agrarzölle der Landwirtschaft helfen? im „Echo der jungen Demokratie“, Nürnberg Weihnachten 1929. — ³ Siehe die Sammlung von theoretischen und wirtschaftsgeschichtlichen Aufsätzen in meinen beiden Bänden: Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Leipzig 1923, und Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft, Leipzig 1924. — ⁴ Charles Gross: The Gild Merchant. 2 vols. Oxford 1890.

meinen Freunden herunterzusetzen. Nachdem er Professor in Zürich geworden war, hat er mich wegen einer Stelle in meinen „Arbeitergilden“ angegriffen; ich aber hatte in der daran anknüpfenden Polemik das letzte Wort behalten. In Göttingen hat er Gross veranlaßt gegen mich zu schreiben, und dieser hat darauf in England sein Werk über englische Gilden verfaßt, worin er meine Auffassung des Gildewesens weiter angriff. Als Materialsammlung war die Arbeit von Gross verdienstlich; dagegen hat ihm seine rein individualistische Auffassung das Wesen der Gilden unverständlich gemacht.

Schon als ich meine „Arbeitergilden“ schrieb, hatte ich erkannt, daß nicht der einzelne die ursprüngliche Wirtschaftseinheit gewesen sei, sondern die Familie¹. Die ihr Angehörigen seien in ihren Beziehungen zueinander nicht durch ihr Sonderinteresse geleitet gewesen, sondern durch Autorität und Herkommen; nur nach außen, gegenüber anderen Familien hätten sie den größtmöglichen Vorteil wahrgenommen, aber nicht den der einzelnen, sondern den der Familie. Ich hatte ausgeführt, diese sei der Urtypus gewesen, dem alle Gilden nachgebildet seien, daß deren Prinzip „alle für einen und einer für alle“ noch im Verhalten der modernen Arbeitergilden, der Gewerkvereine, vielfach nachwirke und die Ursache sei, daß sie lange Zeit vielen Nationalökonomen unverständlich geblieben seien. Deren Anschauung teilt auch Gross. Liest man seine gegen mich gerichteten Ausführungen, so sieht man, daß er keine Ahnung davon hat, daß anfänglich der einzelne nur als Mitglied einer Gemeinschaft etwas galt, daß er selbst in Angelegenheiten des täglichen Lebens weit weniger als die Mitglieder zivilisierter Gesellschaften von der Rücksicht auf persönlichen Vorteil geleitet war, daß der gesellschaftliche Fortschritt allerdings der Auflehnung einzelner gegen das ihre persönliche Freiheit beschränkende Herkommen zu danken ist, daß aber noch heute bei der Mehrzahl der Völker die einzelnen von Autorität und Herkommen beherrscht werden. Nach ihm könnte man, um einen Ausdruck JohnSt.Mills zu gebrauchen, meinen, von Anfang an sei die eine Hälfte der Menschen nur dem Jagen nach Dollars, die andere dem Ausbrüten von Dollarjägern ergeben gewesen.

Als ich nach München kam, war ich zunächst durch anderes zu sehr in Anspruch genommen, um mich mit Gross zu beschäftigen; ich habe mich erst im ersten Bande meiner Geschichte der wirtschaftlichen Ent-

¹ Vgl. dazu *Ancient haws of Ireland* vol. IV. Introduction by Alexander Georg Richie, S. XV, XVII, XLVII, CLXXIX. — L. C. A. Knowles, *The Economic Development of the British Overseas Empire*. London 1924. S. 263ff., 287. — Meine „Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands“. III, 25, 312, 514ff.

wicklung Englands¹ mit ihm auseinandergesetzt. Wohl aber habe ich in meinem Aufsatz „Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft“² in Fortführung der schon in meinen „Arbeitergilden“ vertretenen Gedanken mich mit den bei vielen Völkern noch heute herrschenden Hauskommunionen beschäftigt und später in einer Abhandlung über Begriff und Wandlungen der Wirtschaftseinheit³ dargetan, daß der einzelne nicht am Anfang der bisherigen Wirtschaftsentwicklung steht, sondern bis jetzt wenigstens, an deren Schluß.

In die ersten Jahre nach meiner Übersiedlung nach München fällt ferner die Neubearbeitung meiner Untersuchung: „Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“. Die Schrift ist in nahezu alle Sprachen der zivilisierten Welt übersetzt worden. Abbes Nachfolger, Professor Dr. Siegfried Czapski, hat mir bei einem Besuche mitgeteilt, sie habe Abbe zu seinen einschlägigen Untersuchungen veranlaßt, deren Ergebnis mit meinen Ausführungen in Übereinstimmung war. Die Frage wird uns noch später beschäftigen.

Da ich der Meinung war, daß es das deutsche Studium der Nationalökonomie fördern würde, wenn es von älteren und neueren ausländischen Schriften mehr Kenntnis nehme, habe ich 1893 begonnen, zusammen mit Professor Leser (Heidelberg) eine Sammlung derselben herauszugeben. Ich habe auch Einleitungen zu den von mir herausgegebenen geschrieben, so zu der trefflichen Schrift von Beatrice Potter (der späteren Mrs. Webb) „Die britische Genossenschaftsbewegung“ und zu James Anderson „Drei Schriften über die Grundrente“. Es war mir stets des wissenschaftlichen Charakters der Nationalökonomie unwürdig erschienen, daß ihre Vertreter stets von einer Ricardoschen Grundrentenlehre sprachen, während James Anderson der erste war, der die richtige Grundrentenlehre vertreten hat und lange vor Ricardo auch West und Malthus schon diese gelehrt haben. Aber auch meine Herausgabe der einschlägigen Schriften Andersons hat daran nichts geändert.

IV. Erlebnisse in den Anfängen meiner Münchener Zeit

Während ich so in Arbeit und Kampf im Umgang mit Freunden und im Genuß des lieben Münchens dahinlebte, wurde ich 1894 eines Abends spät durch den Besuch meines Kollegen Moritz Carrière überrascht. Er kam aus einer Sitzung der philosophischen Fakultät. In großer Aufregung fragte er, was zwischen meinem Bruder Franz und meinem Vetter Georg von Hertling sich zugetragen habe. Der Philosoph Karl

¹ Band I, S. 164 u. ff. — ² Wiederabgedruckt in der obengenannten Sammlung. — ³ Wiederabgedruckt in dem Bande, Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, S. 261 ff.

Stumpf, ein Schüler meines Bruders, war nach Berlin berufen worden und hatte meinen Bruder als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Auch wenn es nicht zu dessen Übersiedlung nach München gekommen wäre, würde der Vorschlag für diesen angesichts seiner noch immer nicht erfolgten Wiederernennung zum Professor in Wien von großer Wichtigkeit gewesen sein. Auch war die Fakultät bereit, meinen Bruder vorzuschlagen, da, so erzählte Carrière, habe Hertling erklärt, wenn dieser Vorschlag erfolge, werde er seine Professur niederlegen. Das habe auf die Fakultät tiefen Eindruck gemacht; denn Hertlings Auftreten sei derart gewesen, daß man habe meinen müssen, daß zwischen beiden Furchtbares vorgekommen sei; er frage mich was. Ich konnte nur antworten: nichts, als daß Hertling meinem Bruder zu größtem Danke verpflichtet sei.

Georg von Hertling hat von seiner Gymnasialzeit an zu meinem Bruder als seinem Ideale aufgesehen. Das bricht auch in den Erinnerungen aus seinem Leben noch überall durch; stets wird auf das Urteil meines Bruders bezug genommen, bei der Wahl seiner Universitäten und Lehrer, ja selbst da, wo er, trotzdem mein Bruder abmahnte, seinem Beispiel folgend, auch Philosoph werden wollte. Mein Bruder hielt ihn dazu für wenig geeignet; er riet ihm zum Studium von Jurisprudenz und Staatswissenschaften; bei seiner Beredsamkeit habe er da eine Laufbahn vor sich, in der er Gutes wirken könne. Aber Hertling war nicht abzubringen, und selbstverständlich hat Franz ihn dann auch mit Rat unterstützt. Als mein Bruder in Würzburg Privatdozent war, hat Hertling sogar täglich mit ihm gespeist, ist, um möglichst viel in seiner Umgebung zu sein, täglich mit ihm spazierengegangen, und erst, als mein Bruder nach der Unfehlbarkeitserklärung von der Kirche sich trennte, während Hertling, der, bevor die Erklärung erfolgt war, gegen diese gleichfalls gewesen war¹, sich unterwarf, hat Hertling sich von ihm getrennt.

Es ist begreiflich, daß mein Verkehr mit meinem Vetter nach der Mitteilung Carrières aufhörte. Da kam der Dominikaner Adler, ein geborener Jude aus Aschaffenburg, den mein Bruder, als er noch Gymnasiast war, bekehrt hatte, nach München. Er drang in mich, mit Hertling mich zu versöhnen. Als ich ihm im Benediktinerkloster den Besuch erwiderte, habe ich dort Hertling getroffen. Es kam zu einer Aussprache, in der er sein Verhalten in der Fakultät damit erklärte, daß es ihm bei seinem früheren innigen Verhältnisse zu Franz ein zu großer Schmerz gewesen sein würde, ihn an derselben Universität wiederzusehen; übrigens würde der Prinzregent Franz doch nicht berufen haben, worauf die Antwort nahelag, um so weniger berechtigt sei sein Widerstand gewesen.

¹ Georg von Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben I, S. 208, 217.

In späteren Jahren hat Hertling einen brieflichen Annäherungsversuch an Franz gemacht; da Franz antwortete, die erste Voraussetzung einer Versöhnung müsse der Ausdruck des Bedauerns über sein Benehmen in der Münchener Fakultät sein, ist es nicht dazu gekommen. Meine Beziehungen zu Hertling haben nicht aufgehört, sind aber kühl geblieben. Hertlings spätere Laufbahn hat die Prognose meines Bruders vollauf bestätigt. Von seinen Leistungen als Philosoph spricht man nicht; dagegen ist er politischer Parteiführer, bayerischer Ministerpräsident und der vorletzte Reichskanzler des sterbenden Kaiserreichs geworden. Ich werde noch davon sprechen, wie er mich da in meinen sozialpolitischen Bestrebungen unterstützt hat.

2

Ungetrübt dagegen war die Fortdauer unserer andern Familien- und Freundesbeziehungen. So ist Herman Grimm, so oft er nach München kam, unser Gast gewesen. Die älteste Tochter Bettinens, die Gräfin Maximiliane Oriola, hat uns durch ihre geistreiche Heiterkeit und unverwüstliche Warmherzigkeit oft erfreut. Einmal, als sie bei uns wohnte, erlitt sie einen leichten Schlaganfall. Ich war nicht zu Haus; meine Frau eilte zu dem uns zunächst wohnenden Arzte, dem Professor Heinrich von Ranke. Er kam augenblicklich, verließ sie aber, bevor sie wieder das Bewußtsein erlangt hatte. Bevor er wiederkam, war sie wieder bei sich und wurde von meiner Frau auf die Wiederholung von Rankes Besuch vorbereitet. Und nun zeigte sich, wie die Erinnerung an die Triumphe der Jugend auch eine weit über Siebzigjährige selbst auf dem Krankenlager nicht verläßt. Als Ranke wiederkam, war ihr erstes Wort: Sind Sie der Neffe von dem Leopold Ranke, dem ich vor vielen Jahren einen Korb gegeben habe? — Auch die Söhne ihres Bruders Friedmund von Arnim und die beiden Töchter ihrer Schwester Armgard, Elisabeth von Heyking und Irene Forbes Mosse sind wiederholt bei uns gewesen. Letztere hat sogar von 1914—27 ihr Standquartier in meinem Hause gehabt und da manche Dichtungen verfaßt.

Aber auch meine alten Freunde sind, so oft sie nach München kamen, bei uns gewesen: Schmoller, Knapp, Eckardt. Einmal hat mir letzterer, damals deutscher Generalkonsul in Zürich, ein merkwürdiges Erlebnis erzählt. Bei einem Besuche stand er plötzlich auf, weil er den Prinzen Ludwig besuchen müsse. Auf meine Frage, was ihn dazu veranlasse, sagte er, der Prinz freue sich stets, wenn er ihn sehe. Es ist ja bekannt, daß der Prinz mit Wilhelm II. die Leidenschaft für Schiffahren teilte. Ich erinnere mich noch einer Rede, die er im Winter 1891/92 im alten Rathaus in München gehalten hat, als auf seine Anregung hin die Gründung eines

Kanalvereins in Bayern beschlossen wurde. In seiner Begeisterung schilderte er den Ausbau von Kanälen, durch die selbst Torpedoboote über Rhein, Main, den verbreiterten Ludwigs-Donau-Main-Kanal in den Starnbergersee einlaufen würden. Der Kaiser hatte in Kenntnis dieser Leidenschaft den Prinzen eingeladen, auf dem Schulschiff „Stein“ eine Kreuzerfahrt in der Ostsee zu machen. Eckardt war Generalkonsul in Stockholm, als der Kaiser bei dem König von Schweden zu Gast war. Der Kaiser verweilte gerade bei einem Gartenfest, an dem Eckardt, durch Amtsgeschäfte verhindert, nicht teilnehmen konnte. Da erhielt er die Anzeige, das deutsche Schulschiff „Stein“ sei in Sicht und trage außer der deutschen an einem Mast die bayerische Flagge. Eckardt ließ die Nachricht sofort dem Kaiser zukommen und erhielt die Antwort: Bayerische Flagge gibts nicht; Salut nicht beantworten. Dementsprechend wurde der Salutschuß des Schulschiffs von den Schweden nicht erwidert. Als Prinz Ludwig dann landete, war er ob der fehlenden schwedischen Begrüßung sehr betreten. Eckardt, der ihn vorschriftsgemäß empfing, teilte ihm mit, daß der Kaiser in Stockholm sei. „Können Sie ihm nicht meinen Adjutanten, Herrn von L., vorstellen, den der Kaiser noch nicht kennt“, war die Antwort. „Gewiß“, sagte Eckardt, „Herr von L. möge nur um 12 Uhr auf dem Bahnhof sein; da wird S. M. eintreffen.“ Um 12 Uhr traf der Kaiser ein. Eckardt wollte den Adjutanten des Prinzen vorstellen, der für den Prinzen Ludwig eine Audienz erbitten wolle. Aber der Kaiser drehte Herrn von L. den Rücken und ging fort. Ebenso fuhr er am anderen Morgen am Schulschiff „Stein“ vorbei, ohne vom Prinzen Notiz zu nehmen. Der Prinz war darob tief verletzt, und als er bald darauf mit dem Prinzen Heinrich von Preußen nach Moskau fuhr, wo der Vorstand der deutschen Kaufmannschaft in einer Anrede den Prinzen Heinrich und sein „Gefolge“ begrüßte, antwortete Prinz Ludwig gereizt: „Wir sind nicht Gefolge, sondern Bundesgenossen.“ Dies wiederum hat Wilhelm II. übel genommen, und die Sache endete damit, daß Prinz Ludwig zusammen mit dem Grafen Preysing nach Kiel fahren mußte, um um Entschuldigung zu bitten. Eckardt stand aber danach beim Prinzen Ludwig in Gnade, weil er der einzige gewesen, der diesem in Stockholm die ihm gebührenden Ehren erwiesen hatte.

3

Im März 1896 bin ich einer Einladung der Royal Economic Society in London, ihrem Stiftungsfeste beizuwohnen, gefolgt. Außer mir war Leon Say Gast. Gelegentlich einer Einladung seitens einer Anzahl Schriftsteller zum Abendessen im Savage Club hatte ich Gelegenheit, die tiefe Mißstimmung kennenzulernen, die Wilhelms II. Telegramm an Krüger

hervorgerufen hatte. Das Interessanteste war mir aber der Besuch der verschiedenen Veranstaltungen der Heilsarmee, den Dr. Ludwig Sinzheimer, der damals über den Londoner Grafschaftsrat Studien machte, mir vermittelte. Wir zogen unter Führung eines Kapitäns der Heilsarmee des morgens aus, besuchten alle ihre Niederlassungen, von denen die zur Aufnahme entlassener Zuchthäusler und das Nachtsyl mir als besonders interessant in Erinnerung geblieben sind. Jeden Abend, wenn sich die Tore von Pentonville öffneten, wurden die Entlassenen von Abgesandten der Heilsarmee in Empfang genommen und in einem ihrer Häuser untergebracht, auf daß sie nicht ohne Unterkommen gleich wieder Verbrechen begingen. Bis sie anständige Beschäftigung fanden, wurden sie in einer alten Kapelle mit Sortieren des Inhalts der Papierkörbe nach der Qualität der Papiere, welche die Geschäftshäuser der City ihnen überließen, beschäftigt; die sortierten Papiere wurden nämlich, wenn sortiert, beim Verkauf zur Wiederverarbeitung besser bezahlt. Wir haben beim Besuch der Kapelle richtige Gaunergesichter zu sehen bekommen. Des Abends sahen wir das Nachtsyl der Heilsarmee. Die Leute drängten sich zur Aufnahme. In Riesenräumen lagen auf dem Boden mit schwarzem Wachstuch überzogene Säcke, auf denen sie schliefen. Es sah recht unerfreulich aus; aber es war doch besser, als unter einem Brückenbogen oder auf einer Bank im Freien zu nächtigen, auch wurde uns gesagt, daß einige Besucher seit Jahr und Tag sich einfänden und stets dieselben Lagerstätten aufsuchten. In einem Vorraum war Gelegenheit gegeben, eine Mahlzeit zuzubereiten. Während mich die an dem Tage geschenen Leistungen der Heilsarmee mit Bewunderung erfüllten, konnte ich mich der Komik ihres Auftretens in einer Riesenversammlung, die wir aufsuchten, nicht entziehen. Sehr anschaulich allerdings waren zwei lebende Bilder: das eine „the sweaters den as it is“ (die Höhle des Schweißtreibers wie sie ist), das andere die Werkstätte des Schneiders, wie sie sein wird; sie veranschaulichten die Zustände im unehrbaren Schneidergewerbe im Osten Londons und die Reform, die man erstrebte. General Booth hielt eine packende Rede. Aber dann erhob sich in der Versammlung bald da bald dort einer, der ein Sündenbekenntnis ablegte. Man konnte sich des Zweifels nicht erwehren, ob diese Erweckungen nicht bestellt seien. Wenn sie zu toll wurden, gab der General ein Zeichen, und die Versammlung erstickte ihre Stimmen in einem Gesang. Als ich ein Lächeln darob nicht verbergen konnte, nahmen die Umstehenden aber eine so drohende Haltung an, daß wir es vorzogen, uns zu entfernen.

Nach München zurückgekehrt, habe ich auf Anregung meines Freundes Ludo M. Hartmann unternommen, in München einen Volkshochschulverein ins Leben zu rufen. Er hatte in Wien einen gegründet, dem sogar eine Staatsunterstützung von 6000 Gulden jährlich zuteil geworden war, und der herrlich gedieh. Da ich der Überzeugung war, daß die Arbeiterklasse in unaufhaltsamem Aufsteigen begriffen sei, huldigte ich der Meinung des früheren englischen Ministers R. Lowe, des späteren Lord Sharbrook, daß es unsere Aufgabe sei, unsere zukünftigen Herren zu erziehen, und die Erinnerung an die Erfolge, welche meine Freunde, die englischen Christlichen Sozialisten mit ihrem Working Men's College in London erzielt hatten, ließ mich dem Beispiele Hartmanns folgen. Ich habe bei meinen Kollegen nicht genug zu verdankende Unterstützung gefunden. Um vom Landtag und wechselnden politischen Strömungen unabhängig zu sein, hat der Verein von Anbeginn auf jede Staatsunterstützung in Geld verzichtet. Doch hatte er erwartet, daß ihm für die Vorträge die staatlichen Institute unentgeltlich überlassen würden. Auch beschloß der Universitätssenat einstimmig, gewisse Institute gegen Ersatz der Beheizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten dem Verein zu überlassen. Aber so freundlich unsere Aufnahme beim Publikum war, so ungerne wurde unser Vorgehen oben gesehen. Man erzählte sich, man habe in Hofkreisen gesagt, die Leute sind ohnedies schon gescheiter als wir, jetzt bildet sie auch noch der Brentano. Der Vordersatz dürfte Erfindung sein; der Tadel im Schlußsatz entsprach der in diesen Kreisen herrschenden Stimmung. Sie hat auf das Ministerium zurückgewirkt. Es hat den Beschluß des akademischen Senats eingeschränkt; indem es sich die Genehmigung zur Benutzung der Institute von Fall zu Fall vorbehielt. Diese wurde zunächst nur für die im hygienischen Institut abzuhaltenden Vorträge erteilt. Der Verein hat für die Benutzung des Instituts während 12 Vorträgen 240 Mark zahlen müssen, was die verursachten Kosten doppelt gedeckt hat. Alle übrigen Vorträge konnten dank dem Entgegenkommen des Magistrats in städtischen Lokalen gehalten werden.

Der Verein hatte sich am 21. Dezember 1896 konstituiert, konnte aber infolge der unerwarteten vom Ministerium bereiteten Schwierigkeiten seine Kurse erst am 1. Februar 1897 eröffnen. Von da bis zum 15. April sind 10 Kurse abgehalten worden. Hatten nahezu alle Kreise der Münchener Bevölkerung den Verein von seiner ersten Gründung an mit Sympathie begrüßt, so zeigte nunmehr die Teilnahme an den Kursen, in welchem Maße der Verein einem bestehenden Bedürfnisse entsprochen hat. Die Gesamtzahl der Besucher der Kurse war 1440, davon 27,51 % weiblich.

29,72% waren Handwerker und Arbeiter; die übrigen verteilten sich auf alle Berufe. Auch ich habe einen Kursus über das Eigentum und seine Entwicklung abgehalten, der von 645 Personen, darunter 77 Frauen, besucht worden ist.

Die Lehrenden waren außerordentlich mit ihren Zuhörern zufrieden. Oft brachte ein angebrachter Fragekasten schriftliche Fragen über das in der letzten Stunde Gehörte, welche die lebhafteste Teilnahme der Hörer zeigten und von den Lehrenden bereitwillig beantwortet wurden. Keiner der Mißstände, die von Übelwollenden vorausgesagt worden waren, ist eingetreten; alle gehegten Hoffnungen sind übertroffen worden. Doch sind die von den Zuhörern erhobenen Beiträge allzu niedrig bemessen gewesen. Die Hörer zahlten pro Stunde nur wenig mehr als 10 Pfennig. Die Kosten konnten nur vermöge Honorarverzichts der Vortragenden gedeckt werden. Auch hatte der Verein fördernde Mitglieder, die Jahresbeiträge zahlten. Die Notwendigkeit höherer Einnahmen machte sich besonders fühlbar angesichts des Verlangens der Zuhörer nach physikalischen, chemischen und anderen naturwissenschaftlichen und technischen Vortragskursen. Vor allem aber benötigte der Verein dazu des Rechts, die staatlichen Institute zu benutzen.

Kultusminister war damals Landmann, der mit mir bei Windscheid Pandekten gehört hatte, und mit dem ich befreundet gewesen war. Ich wurde bei ihm vorstellig. Zunächst hat er abgelehnt, da er für die Instrumente, die Staatseigentum seien, die Verantwortung trage. „Ja glaubst du“, war meine Antwort, „daß die Instrumente mehr abgenutzt werden, wenn sie von Proletarierraugen angesehen werden?“ Darauf zog er sich auf die Heiz- und Reinigungskosten zurück, die der Abendbesuch verursache. „Gut“, sagte ich, „in Wien erhält der Verein 6000 Gulden Staatsunterstützung; wir bitten nur, daß wir die Heiz- und Reinigungskosten bezahlen dürfen, wenn du uns die Benutzung des Hörsaals gestattest.“ Das zog, und wir erhielten die erbetene Erlaubnis. Unser Erfolg hat uns dann auch die zur Abhaltung der naturwissenschaftlichen Kurse nötigen Mittel gebracht. Es wurde ein Garantiefond zur Bestreitung ihrer Kosten gesammelt, der durch einen Ausschuß verwaltet wurde. Er betrug 12000 Mark. Bis zum 1. August 1897 hatte ein Mitglied allein 8000 Mark zusammengebracht.

Ich bin während langer Jahre Vorsitzender des Vereins gewesen; dann hat mich mein Kollege Lotz für noch längere Zeit abgelöst. Wenn die Arbeiter auch nie die Mehrzahl der Besucher unserer Kurse ausmachten, so haben wir uns in der Zeit vor dem Weltkrieg doch stets der Unterstützung der Leitung der Gewerkschaften erfreut, die deren Mitglieder zum Besuche aufforderte.

I. Wandel in der deutschen Sozialdemokratie und seine Hemmnisse

Bekehrung der Sozialdemokraten zu den Gewerkschaften
Ich habe schon von dem Wandel gesprochen, der nach dem Fall des Sozialistengesetzes in der Haltung der Sozialdemokraten gegenüber dem eingetreten ist, was die bestehende Ordnung den Arbeitern zur Besserung ihrer Lage bot. Er hat sich am deutlichsten in der Bekehrung Vollmars aus einem der radikalsten Revolutionäre in einen Hauptträger des Revisionismus gezeigt. Auch habe ich den Protest Ignaz Auers gegen diese Wandlung oben wiedergegeben. Doch die deutschen Arbeiter, einschließlich der Sozialdemokraten, haben sich trotz dieser und ähnlicher Proteste anderer Führer nicht abhalten lassen, nach 1890 mehr und mehr von den Mitteln Gebrauch zu machen, welche die bestehende Ordnung ihnen zur Besserung ihrer Lage bot. Die Gewerkschaften nahmen langsamen Aufschwung. 1890 hat ihre Mitgliederzahl nur erst 278000 betragen. 1894 entstanden neben den sozialdemokratischen die christlichen Gewerkschaften. 1896 betrug die Zahl der zu den sozialdemokratischen, den freien Gewerkschaften Gehörigen 529000. Legien siegte fortschreitend über Auer. Vollmar sagte in München¹, ihm sei die Hauptsache „nicht der Marxismus, nicht die marxistische Theorie, sondern die politische und ökonomische Hebung der Arbeiterklasse“. Doch ging, wie der Sieg des unentwegt marxistischen Revolutionärs Bebel über Vollmar auf dem Sozialdemokratischen Parteitag zu Dresden² 1903 zeigte, die Entwicklung der Vernunft nicht so rasch vor sich, wie dies wünschenswert war.

¹ Siehe „Die Hilfe“ vom 8. Oktober 1899. — ² Siehe darüber Kampffmeyer, Georg von Vollmar, S. 129. — Man vgl. dazu, was Bülow über Vollmar im Jahre 1903 in seinen Denkwürdigkeiten S. 600 schreibt: „Ich empfang von ihm den Eindruck eines nicht nur gescheiten, sondern auch ehrlichen und charaktvollen Mannes, mit dem, unbeschadet der beiderseitigen Grundsätze, eine praktische Verständigung wohl möglich war. Den Anfang müßte freilich die Ernennung von Parlamentariern aus verschiedenen Parteien zu Ministern bilden usw. . . . an einem der nächsten Tage erklärte Bebel in einer seiner längsten Reden mit einem grimmigen Blick auf Vollmar, er würde nie erlauben, daß ein Sozialdemokrat ohne ganz bestimmte Garantien und anders als unter ganz bestimmten Bedingungen ein Ministerportefeuille übernehme.“

Die Hauptursache war, daß die unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes bei der Mehrheit der Besitzenden und den aus ihren Kreisen hervorgegangenen Verwaltungsbehörden und Richtern gegenüber den Arbeitern entstandene Stimmung auch nach Wegfall des Gesetzes fort-dauerte. Sie konnten sich nicht in den Gedanken finden, daß ein Arbeiter der bei steigender Konjunktur eine Besserung seiner Arbeitsbedingungen durchsetzen will, nur von demselben Rechte Gebrauch macht, wie der Bergwerksbesitzer, der bei steigender Nachfrage nach Kohle einen höheren Preis für sie verlangt. Die Folge war, daß die Mängel des deutschen Koalitionsrechts sich in einem Maße fühlbar machten, daß ich damals schreiben konnte: „Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht; machen sie aber davon Gebrauch, so werden sie bestraft.“ Das Reich hatte im § 152 der Gewerbeordnung den Arbeitern zwar erlaubt, in den Kampf zu ziehen, aber es hing vom Belieben des Einzelstaates ab, ob sie sich für diesen Kampf vorbereiten und Verbände entwickeln durften, wie sie notwendig waren, wenn sie auf Sieg hoffen konnten. Statt ein einheitliches Vereinsrecht zu schaffen, hatte es die in den verschiedenen deutschen Ländern geltenden Vereinsrechte bestehen lassen. Sie waren von der größten Mannigfaltigkeit; in den meisten war die Erörterung „politischer“ und „öffentlicher“ Angelegenheiten den Vereinen verboten, desgleichen die Teilnahme von Frauen und Minderjährigen, ferner die Verbindung der Vereine miteinander. Verwaltungsbehörden und Gerichte haben den Begriffen „politische“ und „öffentliche“ Angelegenheiten eine so weitgehende Deutung gegeben, daß es den Gewerkschaften in Preußen, Bayern und Sachsen kaum möglich war, nicht als politische Vereine behandelt zu werden. So wurde in Fürth gegen Arbeiterinnen wegen Teilnahme an einem politischen Vereine vorgegangen, als sie über Ausdehnung der Mittagspause um eine halbe Stunde verhandelten. In Altona wurde der Tischlerverein aufgelöst und sein Vorsitzender mit 30 Mark Geldbuße bestraft, weil er vom Hamburger Tischlerverein Formulare zu einer Petition an den Reichstag in Sachen der Arbeiterschutzgesetzgebung bezogen hatte. Im Reichsland, in Mecklenburg und Reuß ä. L. war der Bestand eines Vereins, der der Behörde mißfiel, unmöglich. Dabei stimmten die Gerichte in der Auslegung der Gesetze keineswegs überein, so daß an dem einen Orte erlaubt war, was am nächstliegenden verfolgt wurde. Man sah in dem Verlangen koalierter Arbeiter über ihre Arbeitsbedingungen mitzureden noch immer eine Auflehnung gegen das „Herr im Hause sein“ des Arbeitgebers und hinderte damit nur das Schwenden politischer Umsturzbestrebungen.

Dazu kam noch, daß der Absatz 2 des § 152 der RGO. den Koalitionsverabredungen von Arbeitgebern und Arbeitern jegliche bindende Kraft versagte. Die Bestimmung hatte tatsächlich nur für die Arbeiter Bedeutung, da die Arbeitgeber durch Hinterlegung trockener Wechsel sich gegen den Abfall von Teilnehmern an Koalitionen zu schützen imstande waren. Noch schlimmer war, daß der § 153 der RGO. Handlungen, die an sich nicht strafbar sind, für strafbar erklärt hatte, wenn sie vorgenommen wurden, um andere zu bestimmen, an Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder sie zu verhindern, davon zurückzutreten. So konnte schon mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden, wenn ein streikender Arbeiter zu einem Streikbrecher sagte: „Du hast auch zum letztenmal mit meiner Tochter getanzt!“ Es ist unglaublich, was alles von den Gerichten als Ehrverletzung und Verrufserklärung verfolgt wurde.

3

Sind die Streikbewegungen der neunziger Jahre dementsprechend großenteils unglücklich verlaufen, so sind sie doch von wachsender Erbitterung der Großindustriellen begleitet gewesen. Ich habe einmal von einem englischen Arbeitgeber zu hören bekommen, wie viel vorzüglicher eine sozialdemokratische Bewegung gleich der deutschen im Vergleich zu den englischen Gewerkvereinen sei; jene wolle nur den Umsturz von Staat und Gesellschaft, die Gewerkvereine dagegen verlangten höheren Lohn. So hatten auch die deutschen Arbeitgeber sich unter dem Sozialistengesetz weit wohler befunden. Umsturz brauchten sie unter den bestehenden Machtverhältnissen nicht zu fürchten, Sowjetrußland hatte man noch nicht erlebt; die Gewerkschaften dagegen untergruben, indem sie über die Arbeitsbedingungen mitredeten wollten, die Disziplin. Ihr Hauptgegner war wie schon früher der Hüttenbesitzer Freiherr von Stumm. Er hat einen wesentlichen Anteil daran gehabt, daß die arbeiterfreundliche Stimmung Wilhelms II. umschlug. 1896 ist gegen die Bedenken Caprivi und der Minister v. Berlepsch, Bosse, v. Miquel, der Staatssekretäre v. Bötticher und v. Marschall die sogenannte „Umsturzvorlage“ vom neuen Reichskanzler Hohenlohe im Reichstag eingebracht worden; sie fiel unter einem Sturm des Protestes der Geisteswelt; aber im Juli 1896 gelang es dem Zentralverband deutscher Industrieller, den Handelsminister Freiherrn v. Berlepsch, der seit 1890 die Seele sozialreformerischer Bestrebungen innerhalb der preußischen Regierung gewesen war, zu stürzen.

4

Da stellten am 21. November 1896 die Hamburger Hafendarbeiter die Arbeit ein. Professor Tönnies hat ausführlich ihre Lage und den Verlauf

des Streiks als Miterlebender geschildert¹. Es handelte sich um eine „Herr-im-Hause“-Affäre. Auf Anregung von Professor Tönnies, Professor Jastrow, Professor Herkner, Friedrich Naumann, Oberstleutnant Egidy war ein Aufruf zur Unterstützung der Hafendarbeiter ergangen, auf Grund dessen die Genannten von der liberalen Presse, einschließlich des Hamburgischen Correspondenten, der auf seine frühere kathedersozialistische Haltung, sobald es um die Hamburger Reeder sich handelte, völlig vergaß, als Sozialdemokraten verschrien wurden². Ich hatte den Aufruf nicht unterschrieben, wohl aber beigezeichnet, weshalb ich mit angegriffen wurde. Es sind auf Grund des Aufrufs 24 000 Mark eingegangen, was zu wenig war, um den Arbeitern das Durchhalten zu ermöglichen. Die Arbeiter haben wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu verhandeln erklärt, ohne von den Arbeitgebern eine Antwort zu erhalten³. Als Haupttriebfeder des Verhaltens der Reeder wird der Freiherr von Stumm genannt, der, wo diese zu verhandeln bereit waren, zum Widerstand angefeuert habe. Ebenso standen die Behörden vollständig auf Seiten der Arbeitgeber. Am 6. Februar 1897 hat die Arbeitseinstellung mit der Niederlage der Arbeiter geendet. Immerhin wurde nun ein Hafeninspektor für Hamburg ernannt⁴ mit der Aufgabe, die Hafendarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit zu schützen; in seine Hände wurde eine große Machtfülle gelegt; zu seinen Aufgaben gehörte auch, zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu vermitteln.

5

Am 28. Mai 1897 hat der Freiherr v. Stumm im Herrenhause eine heftige Rede gegen die deutschen Professoren gehalten⁵. Mit dem Ausscheiden des Staatssekretärs v. Bötticher aus dem Reichsamt des Innern begann in der Sozialpolitik eine ausgesprochen rückschrittliche Periode. Der neue Staatssekretär des Innern und Vizekanzler Graf Posadowsky-Wehner kam aus den östlichen Provinzen und stand den industriellen Verhältnissen völlig fremd gegenüber. Er erklärte, zunächst müsse in der Arbeiterschutzgesetzgebung Stillstand eintreten; es sei genug geschehen.

¹In Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik X, S. 173 ff., 673 ff. Siehe auch C. Legien, Der Streik der Hafendarbeiter in Hamburg-Altona. Hamburg 1897.

²Siehe den Protest dagegen von Tönnies im Hamburger Corr. vom 25. Januar 1897. —

³Siehe Hamburger Corr. vom 23. und 28. Januar 1897. — ⁴Siehe „Die Zeit“ vom 5. Juni 1897. — ⁵Schon am 1. Juni 1894 hatte Stumm dem Antrag des Rheinischen Provinziallandtags, eine Handelsakademie in der Rheinprovinz zu errichten, mit den Worten widersprochen: „Wenn heute schon die jungen Assessoren resp. die jungen Juristen, die später Assessoren werden, die sozialpolitischen Lehren von Adolph Wagner, von Brentano, von Schulze-Gaevernitz in sich aufnehmen, so ist das meiner Ansicht nach schon schlimm genug; wenn aber spätere Arbeitgeber solche Lehren in sich aufnehmen, dann ist für sie alles verloren, dann steuern wir geradenwegs in die Sozialdemokratie hinein.“

Da faßte ich einen kühnen Entschluß. Zur Zeit, da ich in Wien Professor gewesen, hatte zu meinen Zuhörern der Belgier Ernest Mahaim gehört. Er war durch den den Kathedersozialisten freundlich gesinnten Émile de Laveleye an mich empfohlen, für unsere Anschauungen durch mich gewonnen und nach Laveleyes Tod selbst Professor in Lüttich geworden. Belgien aber war damals in der Fürsorge für seine Arbeiter das rückständigste industrielle Land, und der fortwährende Hinweis auf seine Konkurrenz diente als ernstliches Hindernis des sozialpolitischen Fortschritts in Deutschland. Ich schrieb nun an Mahaim, legte ihm dies klar und bestimmte ihn, daß er und Gleichgesinnte für den Oktober 1897 einen Internationalen Kongreß für Arbeiterschutz nach Brüssel einberiefen. Alle Staaten mit Ausnahme des Deutschen Reichs, versprachen der Einladung Folge zu leisten.

Doch zuvor, vom 23. bis 25. September hielt der Verein für Sozialpolitik zur Feier seines 25jährigen Bestehens seine Generalversammlung in Köln a. Rh. ab. Den wichtigsten Gegenstand unserer Beratung bildete das Vereins- und Koalitionsrecht der Arbeiter im Deutschen Reiche. Erster Referent war Professor Löning (Halle); er vertrat den Standpunkt der Arbeitgeber. Nicht als ob er gegen das Koalitionsrecht gewesen wäre; selbst die Großindustriellen pflegten damals zu beteuern, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkannten. Aber er vertrat den Standpunkt des Juristen, dem es vor allem darauf ankommt, die Freiheit des Individuums gegen angebliche Vergewaltigung durch die Führer der Gewerkschaften zu schützen. Daher er den Absatz 2 des § 152 der RGO. verteidigte und sogar eine Verschärfung des § 153 befürwortete; im übrigen erstattete er ein dankenswertes Referat über das Chaos des deutschen Vereinsrechts. Das letztere beleuchtete der zweite Referent Professor Herkner vom Standpunkt der Arbeiter. Da ich dessen Wirkungen bereits dargelegt habe, komme ich auf die sie illustrierenden Verhandlungen nicht zurück. Sie endeten mit einer Ovation für den aus der Regierung geschiedenen sozialreformerischen Minister Freiherrn von Berlepsch.

Die Firma Krupp hatte den Kongreß zum Besuch ihrer Werke in Essen eingeladen. Wir wurden dort von einem Direktor empfangen, ich, als ich ihm meinen Namen nannte, nicht ohne eine etwas säuerliche Miene. Wir sahen die technisch vorzüglichen Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten der Arbeiter, sie hatten einen Besucher so begeistert, daß er in ein für die Besucher aufgelegtes Buch schrieb: hier möchte ich sterben, — wozu ein späterer, unter dem Eindruck der durch diese Einrichtungen bewirkten Fesselung, für den Benutzer, geschrieben hatte: aber auch leben? Um die Mittagszeit wurden wir in das herrliche Beamtenhaus zu

einem Frühstück geladen. Da ereignete sich, daß Luzatti, der frühere italienische Professor und Ministerpräsident, der als Gast unseren Verhandlungen in Köln beigewohnt hatte, sich erhob, und auf mich, als den Urheber des Vereins für Sozialpolitik einen Trinkspruch ausbrachte. Das nötigte die Beamten Krupps, wohl nicht ganz freudigen Herzens, auf mein Wohl mit mir anzustoßen, und gab mir Gelegenheit, in einem Trinkspruch Krupp als Beleg für den Satz zu feiern, daß die Freiheit allein die freie Entfaltung der mit außerordentlichen Gaben Ausgestatteten ermöglicht, während der Zusammenschluß das Prinzip der Masse der nur mit Durchschnittseigenschaften Begabten ist.

Dann ging es nach Brüssel. Unser Kongreß war ein großer Erfolg. Besonders waren es Katholiken, die sich belgischerseits beteiligten; auch wurde uns von vornehmer katholischer Seite ein großer Empfang gegeben; aber auch Franzosen und Engländer waren zahlreich vertreten. Émile Vandervelde nahm wenigstens als Reporter teil; am Kongreß selbst glaubte er als Sozialdemokrat sich nicht beteiligen zu können. Doch hat er die Deutschen dann zu sich eingeladen und in einer Rede gesagt, die Führung auf sozialem Gebiete sei auf die Deutschen übergegangen. Aus unserm Brüsseler Erfolg ist 1900 während der Weltausstellung in Paris die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hervorgegangen, an der sich dann auch das Deutsche Reich beteiligt hat.

6

In demselben Jahre 1897, das den Hamburger Streik gesehen hatte, ist auch in England der letzte prinzipielle Kampf um den kollektiven Arbeitsvertrag ausgefochten worden. Der Streit war aus einem von der Zentralleitung der Gesellschaft der Vereinigten Maschinenbauer nicht gebilligten Vorgehen eines Zweigvereins zur Erlangung des Achtstundentags hervorgegangen, hatte sich aber alsbald in einen Angriff der vereinigten Arbeitgeber auf das Wesen der Gewerkvereine verwandelt. In einem Ultimatum hatten die Arbeitgeber, ähnlich wie in Deutschland, im Namen der Freiheit des Individuums der Freiheit der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern Vernichtung gedroht. Was die Arbeiter über diesen Schutz ihrer Freiheit dachten, zeigt, daß sie das Ultimatum mit 68 966 Stimmen gegen 752 ablehnten; selbst 5038 Nichtgewerkvereiner haben dagegen gestimmt. Es wäre eine Verleugnung meiner ganzen Vergangenheit gewesen, hätte ich meine alten Freunde, die Vereinigten Maschinenbauer, von deren musterhaften Organisation ich so viel gelernt hatte, in ihrem Kampfe im Stich gelassen. Doch nicht ich allein war es, der gegen den Mißbrauch des Wortes „Freiheit“ die Stimme erhob. An demselben Tage, an dem mein Brief an die Maschinenbauer in Londoner Blättern erschien, er-

klärte Frederic Harrison, der geistige Urheber der englischen Gewerkevereinsgesetze von 1875: „Wir würden gelacht haben, hätte uns jemand damals gesagt, daß wir einen so grundstürzenden Angriff geradezu auf das Wesen der Gewerkevereine, wie er jetzt seitens der verbündeten Arbeitgeber als Ultimatum formuliert wird, erleben würden.“ An demselben Tage erfolgte der Protest des berühmten konservativen Advokaten Sir E. Clarke und des großen Sheffielder Unternehmers Sir F. Mappin; am Tage darauf der des liberalen Ministers John Morley. Diese Erklärungen blieben nicht ohne Wirkung. Die öffentliche Meinung, die bis dahin, von der Arbeitgeberpresse beeinflusst, den Arbeitern wenig günstig gewesen war, begann umzuschlagen. Die Folge war, daß die Redner der verbündeten Arbeitgeber gelindere Saiten aufzuziehen begannen. Sie hätten, so erklärten sie jetzt, gar nicht beabsichtigt, der wesentlichen Funktion der Gewerkevereine, dem gemeinsamen Verhandeln der Arbeiter über die Arbeitsbedingungen, entgegenzutreten. „Allein anders“, erwiderten die Häupter eines Oxforder Kollegiums, „als euere Worte sind euere Taten; euer Ultimatum verneint geradezu die Grundprinzipien des modernen Arbeitsvertragsrechts“, und der erste Rechtslehrer Englands Sir F. Pollock trat dieser Erklärung ausdrücklich bei, anderer minder gewichtiger Stimmen ganz zu geschweigen. Der Kampf, der um die Vernichtung des Gewerkevereinsprinzips begonnen worden war, hat mit dessen neuer Bekräftigung und feierlichen Anerkennung seitens der verbündeten Arbeitgeber gendet.

Als ich 1897/98 über den Verlauf des großen Kampfes berichtete, schloß ich meinen Bericht¹:

„Es ist unmöglich, hier nicht über den Unterschied der öffentlichen Meinung in England und Deutschland, wo es sich um Arbeiterfragen handelt, ein Wort zu sagen. Nicht als ob die Äußerungen der englischen Presse während des Arbeitskamps ideale gewesen wären. Für den, der sich erinnert, wie manche deutsche Presseorgane die englischen Arbeitgeber während des vorjährigen Hamburger Streiks beschuldigten, daß sie die Hafendarbeiter mit Geld unterstützten, war es eine traurige Belustigung, nun in englischen Zeitungen zu lesen, es seien deutsche Arbeitgeber, welche die Beiträge spendeten, die von den deutschen Arbeitern den Maschinenbauern geschickt wurden. Allein das waren nur verächtliche Pressestimmen, und niemand, auch denen nicht, die auf Seite der Arbeitgeber standen, fiel es ein, etwa die Oxforder Professoren, die für das Koalitionsrecht der Arbeiter eintraten, der allgemeinen Verachtung zu denunzieren; denn in England gilt es als selbstverständliche Bürgerpflicht, daß jeder für das Recht eintritt, wo immer er es gefährdet sieht. Bei uns aber wurde jenes Häuflein patriotischer Männer, das gelegentlich des Kampfes der Hamburger Hafendarbeiter rückhaltlos für die

¹ Siehe „Soziale Praxis“ vom 16., 23. Dezember 1897; 3., 10. Februar 1898.

Punkte eintrat, in denen die Arbeiter nur ihr Recht verteidigten, in Norden und Süden gleich Verrätern bekämpft. Ja, so ist es mir selbst während des hier besprochenen Kampfes der Maschinenbauer ergangen! Obwohl der Streit die deutschen Parteien unmittelbar gar nichts anging, wurde ich, wahrscheinlich wegen des bösen Beispiels, das ich gab, indem ich meine alten Freunde in dem Kampfe um ihr Recht nicht im Stich ließ, in einer Reihe deutscher Zeitungen gleich einem Frevler behandelt. Schriftsteller, deren Anmaßung nur durch ihre Unwissenheit übertroffen wird, haben mich über das, was einem Professor erlaubt sei, belehrt; ich weiß nicht, ob sie dachten, daß jemand, der einen Katheder innehat, damit einer *Capitis diminutio* unterworfen sei, die ihm auch außerhalb der Universität das Recht und die Pflicht jedes Bürgers, in aktuellen politischen Fragen, seine Meinung zu äußern, entziehe, oder, ob sie dachten, solche Meinungsäußerung sei zwar zugunsten der Flotte, nicht aber zugunsten des bestehenden Arbeitsvertragsrechts erlaubt. . . In England dagegen hat die öffentliche Meinung in dem Streite der Maschinenbauer schließlich die Funktionen übernommen, die nach dem Ritchieschen Gesetze über Einigungsverfahren dem Unparteiischen zufallen. Da der Handelsminister Ritchie selbst von dem Rechte seines Amtes, einen Unparteiischen zu ernennen, keinen Gebrauch gemacht hat, hat die öffentliche Meinung den Druck ausgeübt, der notwendig war, um Arbeitgeber und Arbeiter wieder zusammenzubringen.“

II. Sozialpolitische Reaktion

Doch in Deutschland herrschte noch die sozialpolitische Stimmung, die von der Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags nach Lage des Markts seinen Vorteil zu wahren, nichts wissen wollte. Daher es auch viele befriedigt hat, als man nach dem Tode W. H. Riehls, der nominell die Professur für Statistik bekleidet hatte, Georg von Mayr nach München berufen hat. Er war der Schwiegersohn des Vorgängers von Helferich auf meinem Lehrstuhl, des Staatsrats von Hermann, war schon früher außerordentlicher Professor in München gewesen, war auf Grund von Zeitungsartikeln, in denen er die Einführung eines Tabakmonopols im Reiche vertreten hatte, zur Vertretung desselben nach Berlin berufen und nach Scheitern desselben im Reichstag zum Unterstaatssekretär der Finanzen in Straßburg ernannt worden. In den sechs Jahren, in denen ich in Straßburg Professor war, hatte ich keinen näheren Umgang mit ihm gehabt. Es war mir nur erinnerlich, daß er, als ihm Zorn von Bulach im Landesausschuß vorwarf, die Straßburger Tabakmanufaktur habe in französischer Zeit 12 Prozent abgeworfen, jetzt bringe sie nur mehr 5 Prozent, feierlich antwortete „es ist unwahr, daß die Tabakmanufaktur 5 Prozent bringt“. Das war ganz richtig, denn später hat sich herausgestellt, daß sie nur mehr 2 Prozent brachte. Von seiner plötzlichen Entlassung als Unterstaatssekretär habe ich schon

oben¹ gesprochen. Darauf war er Privatdozent an der Straßburger Universität geworden. Er war ein besonderer Freund des bayerischen Thronfolgers, des Prinzen Ludwig, der, so oft er nach Straßburg kam, bei ihm wohnte. Er ist entgegen unseren Fakultätsvorschlägen nach München berufen worden. Er war ein geistreicher Mensch mit vielen angenehmen geselligen Eigenschaften, aber kein Mann der Wissenschaft. Als er uns oktroyiert wurde, schilderte ihn mir G. F. Knapp auf Grund seiner mit ihm als Privatdozent gemachten Erfahrungen als eine geniale Sekretärnatur:

„Er hat auf dem Gebiete der praktischen Statistik sehr viel Erfahrung, ebenfalls auf dem Gebiete der Finanzpraxis. Alle übrigen Dinge liest er zwar auch, hat aber dafür kein irgendwie tieferes Verständnis. Wissenschaftliche Unterhaltung kennt er nicht; fromme Hingabe an eine Sache ist ihm fremd. Eine Lehrberedsamkeit hat er nicht; er muß kurz und unvermutet reden, um zur Geltung zu kommen. Er ist ganz unpädagogisch.“

Diese Charakteristik stimmt mit Mayrs Vergangenheit wie mit dem, was wir in München mit ihm erlebten, überein. In den sechziger Jahren, als es sich um Deutschlands Übergang zum Freihandel handelte, hat er in einer sehr dankenswerten Arbeit nachgewiesen, daß in der Periode 1835—61 die Schwankungen der Eigentumsverbrechen mit denen der Getreidepreise parallel gingen, und damit die Beseitigung der Getreidezölle zu rechtfertigen gesucht; nunmehr war er für steigende Agrarzölle. Von einem solchen Professor war kein Widerspruch gegen die jeweilige Regierungspolitik zu befürchten. Ich bin ihm in München persönlich nie nähergekommen, habe aber, da er nur Dinge erstrebte, die seiner Eitelkeit dienten, und ich ihm alle Gelegenheiten, die Gunst hoher Herrschaften und einflußreicher Persönlichkeiten zu erwerben, neidlos überlassen habe, auch nie einen Konflikt mit ihm gehabt, und als ich im Gespräch mit dem Universitätsreferenten im Kultusministerium einmal über den Zudrang zu meinem Seminar klagte, da die Studenten trotz meines Zuredens zu Mayr nicht gehen wollten, habe ich von dem Universitätsreferenten die für diesen erstaunliche Antwort erhalten: Haben Sie denn immer noch so viele Zuhörer!

2

Dagegen wurde mir in demselben Jahre 1898, das mir den oktroyierten Kollegen brachte, eine Überraschung zuteil, die mich hochofret hat. Ich hatte in der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag zu halten, und wer saß in der ersten Reihe der Zuhörer! mein alter Gegner Ludwig Bamberger. Das war die graziöseste Art, seine früher gegen mich begangenen Sünden wieder gutzumachen. Auch habe ich ihm am folgen-

¹ Siehe oben S. 131.

den Tag einen Besuch gemacht. Wir haben uns beide als diejenigen wieder erkannt, die sich 1873 in der Lichtentaler Allee, ohne einander vorgestellt zu werden, begegnet sind. Er war ein anderer geworden, und ich hörte von ihm das heute für den Liberalismus in allen Ländern prophetisch klingende Wort, es werde den Liberalen nichts übrigbleiben, als mit den Sozialdemokraten sich zu verbünden. Auch hat er sein gegen mich gerichtetes Buch über „Die Arbeiterfrage“ in die Sammlung seiner Schriften nicht aufgenommen.

Das Wort Bambergers war um so bemerkenswerter, als es die Zeit war, da die sozialpolitische Reaktion in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht hat. Schon 1895 hatte der Kaiser sich mit einem Vereinsgesetz getragen, dessen § 1 lauten sollte: „Alle sozialdemokratischen Vereine und Versammlungen sind verboten.“ Doch der Reichskanzler Hohenlohe versprach sich nichts von Verschärfungen des Vereinsgesetzes. Der Umschwung in der kaiserlichen Stimmung gegenüber den Arbeitern erlangte aber zwei Jahre darauf gelegentlich eines Besuchs des Kaisers bei Pastor Bodelschwingh gesetzgeberischen Ausdruck. Man erzählte sich, Pastor von Bodelschwingh habe erhöhten Schutz der Arbeitswilligen verlangt, weil infolge eines Ausstands ein Haus, das er baute, nicht fertig geworden war. Das sei der Anlaß geworden, daß Wilhelm II., der von den Schwerindustriellen schon lange bearbeitet worden war, von Oeynhausen aus einen Gesetzentwurf ankündigte, der den Arbeiter, der einen andern an der Arbeit behindert, mit den schwersten Strafen bedrohen sollte. Das Ergebnis war, daß Graf Posadowsky sich herbeiließ, im Reichstag die Vorlage „Zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ einzubringen. Die Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 hatten die vollkommenste Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitern proklamiert. In der mit Recht sogenannten Zuchthausvorlage war alles, was den Arbeitern zur Wahrung ihrer Interessen unentbehrlich war, verboten, auch wenn die Arbeitgeber auf andere Weise zur Wahrung ihrer Interessen unangefochten dasselbe taten. Statt die schon bestehende Rechtsungleichheit zu beseitigen, wurde sie verschärft. Die Vorlage trat auf im angeblichen Interesse der Arbeiter, die den Anspruch hätten, in dem für sie wichtigsten Rechte der freien Betätigung ihrer Arbeitskraft geschützt zu werden. Aber statt sie mit Jubel zu begrüßen, erblickten, wie die englischen Maschinenbauer in ihrem besprochenen Kampfe, die Arbeiter jedweder Parteischattierung, nicht bloß die Sozialdemokraten, sondern ganz ebenso die liberalen, die evangelischen, die katholischen, in ihr eine der schneidendsten Verletzungen ihrer Rechte. Hat doch selbst die konservativ-katholische Arbeiterpartei Münchens dem Zentrum mit Abfall gedroht, falls es für die

Vorlage stimmen werde. Der Reichstag hat die Vorlage, ohne sie überhaupt einer Kommissionsberatung zu würdigen, mit enormer Mehrheit in erster Lesung abgelehnt. Allein der preußische Handelsminister erklärte im Herrenhause, daß die Regierung sie doch noch zur Annahme zu bringen gedenke. Graf Posadowsky hielt es für zulässig, von der Schwerindustrie 12000 Mark zur Verbreitung von Flugblättern, die den Gesetzentwurf zu rechtfertigen suchten, in Empfang zu nehmen. Darauf sind in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften Artikel erschienen, welche die Annahme der Zuchthausvorlage vorbereiten sollten. Auf das eifrigste wühlten die „Scharfmacher“, um die Abgeordneten zu beeinflussen. „Der engere Vorstand des allgemeinen deutschen, des bayerischen Handwerkerbunds und der Zentralausschuß des allgemeinen Gewerbevereins München“ suchten eine große Petitionsbewegung zugunsten der Vorlage hervorzurufen. Das Direktorium des Zentralverbands Deutscher Industrieller beschloß am 28. August 1899, um auf den deutschen Reichstag einen Druck auszuüben, Mitte November eine Versammlung aller dem Zentralverbände angehörigen bzw. nahestehenden Industrien zu berufen. Schon während der vorausgegangenen Landtagswahl hatte in dem, einem bekannten Münchener Scharfmacher zugeschriebenen liberalen Wahlaufdruck gestanden: „Wer Herr in seinem Geschäft und in seiner Werkstatt bleiben will, der wähle liberal“, und schon fanden sich Anzeichen, daß einzelne liberale Abgeordnete, die sich bei der ersten Lesung wacker gehalten, wankend wurden; ja selbst liberale Zeitungen, die bis dahin gegen das projektierte Gesetz protestiert hatten, begannen den Rückzug, indem sie ihre frühere Haltung damit verteidigten, das Gesetz sei überflüssig, weil man durch allerhand mögliche Polizeiwilckür seinen Zweck schon jetzt zu erreichen vermöge!

Ich hatte schon in demselben Jahre in einem in Berlin über den „Schutz der Arbeitswilligen“ gehaltenen Vortrag¹ gegen die dieser ganzen Aktion zugrunde liegenden Verlogenheit protestiert, habe aber, als die Zuchthausvorlage erschien, unter Nachweis der Ungerechtigkeit der bisherigen Praxis der Behörden und Gerichte an der Hand der Tatsachen die Vorlage in sechs Aufsätzen einer abermaligen schneidenden Kritik unterworfen².

3

Um dieselbe Zeit erhielt ich einen Brief von meinem lieben Freunde Rudolf Sohm, worin er mir darlegte, Friedrich Naumann und seine Partei

¹ Lujo Brentano, Der Schutz der Arbeitswilligen. Berlin 1899. Verlag von Leonhard Simion. — ² Die Aufsätze sind unter dem Titel „Reaktion oder Reform? Gegen die Zuchthausvorlage!“ 1899 im Verlag der „Hilfe“, F. Naumann, Berlin-Schöneberg, in erweitertem Sonderabdruck erschienen.

pfiffen auf dem letzten Loch; ihre Bestrebungen seien in den meisten Punkten doch in meinem Sinn. In Göttingen solle im Herbst eine Tagung stattfinden, auf der man einen letzten Versuch machen wolle, die Partei zu retten. Er habe sich bereit erklärt, um sie zu stützen, nach Göttingen zu gehen, und dort ein Referat zu übernehmen; ich möge doch das gleiche tun. Das hat mich vor eine große Erwägung gestellt.

Als Naumann zuerst in die Öffentlichkeit trat, stand er mir innerlich vollständig fern, und noch zu einer Zeit, da viele meiner Freunde und eine noch größere Zahl meiner Schüler mit leidenschaftlicher Bewunderung zu ihm aufzublicken begann, konnte ich mich nur schwer in ihn finden. Seine beiden Ausgangspunkte lagen mir fern. Er war als Schüler Stöckers in das öffentliche Leben getreten, und es dauerte lange, bis er sich von dessen reaktionären Velleitäten und dessen Antisemitismus freigemacht hat. Beides aber war dem Aufstieg des deutschen Volkes, so wie ich ihn ersehnte, im Weg. Außerdem stand Naumann stark unter dem Einfluß der Alldeutschen. Wer wie ich viel mit den auswärtigen Beziehungen des deutschen Volks zu tun hatte, hatte fortwährend vor Augen, welch' enorme Hemmungen seiner Anerkennung im Ausland durch das anspruchsvolle Delirium der alldeutschen Agitation bereitet wurde. Zudem wußten wir ja, daß die Zahl der Alldeutschen im Inland außer allem Verhältnis stand zu der Bedeutung, welche man ihrer Agitation im Ausland beilegte. Ebenso wie die Regierung jener Zeit, habe auch ich mich gegen sie durchweg ablehnend verhalten.

Von Stöcker und der Reaktion hatte Naumann selbst sich freigemacht. Je mehr er sich mit der sozialen Frage befaßte, um so mehr hatte er erkannt, daß an eine Versöhnung der arbeitenden Klassen mit dem bestehenden Staate nicht zu denken war, so lange man von den Arbeitern das Opfer politischer und ökonomischer Selbständigkeit forderte. Diese Erkenntnis hat dann Naumann dazu geführt, daß er, um unbehindert seiner gewonnenen Überzeugung dienen zu können, sein Pfarramt zum Opfer brachte, nicht um seinen religiösen Anschauungen zu entsagen, sondern um der Pfarrer einer größeren Gemeinde zu werden, die ihre Mitglieder im ganzen Deutschen Reiche hatte, und, wie man mit Recht bemerkt hat, allein unter allen Parteien, einen wahren Überfluß an jungen Talenten aufwies. Seine begeisterten Anhänger hatten ihn zur Gründung einer selbständigen Partei gedrängt, und er hat nur den Fehler begangen, trotz eigener Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Gründung, ihnen nachzugeben. Nun war die Krisis eingetreten. Es war ausgeschlossen, daß ich der nationalsozialen Partei beiträte. Aber es war die Zeit, da Posadowsky die Zuchthausvorlage eingebracht hatte, und in der Bekämpfung

der Zuchthausvorlage war ich mit den Nationalsozialen eins; auch konnte es mir nur erwünscht sein, für das, was ich zu sagen hatte, eine so auserlesene Schar als Gefolgschaft zu gewinnen. Ich versprach also, ebenso wie Sohm nach Göttingen zu gehen.

Zuvor mußte ich nach Breslau, wo der Verein für Sozialpolitik seine Generalversammlung hielt; sie beschloß auf meinen Antrag, angesichts der Bedeutung der Handelspolitik für die Lage der Arbeiter, die handelspolitischen Fragen zum Gegenstand der Untersuchungen des Vereins zu machen. Von Breslau aus hatte ich an die Frankfurter und an die Kölnische Volkszeitung das Manuskript der Rede, die ich in Göttingen zu halten beabsichtigte, geschickt. Sie wurde, nachdem ich sie gehalten hatte, in vielen Zeitungen abgedruckt und hat Resonanz durch ganz Deutschland gefunden. Doch ich war durch viele Erfahrungen sehr mißtrauisch hinsichtlich der Wirksamkeit von Argumenten geworden, wo es um Interessen sich handelt. Aber was tun? Mein Vetter Graf Waldemar Oriola war Mitglied des Reichstags. Er gehörte zur nationalliberalen Partei und war Agrarier. In beiden Eigenschaften stand er mir fern. Aber er hatte die Witwe eines anderen Veters geheiratet, von der ich oben (S. 54) gesprochen habe. Es waren dreißig Jahre vergangen, daß ich sie nicht auf ihrem Landsitz besucht hatte. Jetzt fuhr ich hin und wurde aufs freundlichste aufgenommen. Als sie mich fragte, was mich so bedrücke, machte ich ihr die Ungerechtigkeit der Zuchthausvorlage klar, die alles, was ich seit Jahrzehnten sozialpolitisch erstrebt habe, zu vereiteln drohe, und erzielte, daß sie bei ihrem Manne erreichte, daß er und mit ihm ein Teil der Nationalliberalen von Posadowsky abfielen. Die Zuchthausvorlage wurde endgültig abgelehnt.

III. Der Kampf für und gegen Erhöhung der Getreidezölle

Die Frage, welche darauf die Öffentlichkeit mehr als alles andere beschäftigte, war die zukünftige Gestaltung unserer Handelspolitik, insbesondere die Steigerung unserer Getreidezölle. Ich hielt auf Einladung des Berliner Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins am 3. November 1900 in Berlin einen Vortrag über „Das Freihandelsargument“. Was mir in der öffentlichen Diskussion der handelspolitischen Frage aufgefallen, war nämlich, wie wenig selbst Akademikern die Argumente geläufig waren, mit denen die Begründer der modernen Nationalökonomie den Freihandel vertreten hatten. Es kam mir darauf an, das, was sie gelehrt hatten, wieder in den Vordergrund zu stellen, um die Diskussion über das Niveau des bloßen Interessentenkampfes zu heben. Adolph Wagner, der anwesend war, hat nichts erwidert, als daß ich die Lehren von

A. Smith, Torrens, Ricardo, Cobden, Bright, wiedergegeben habe, was eine Anerkennung der Korrektheit meiner Darlegung war; er war nur verdrossen, als ich Heinrich v. Treitschkes Ausführungen über den Protektionismus in Frankreich anführte. In seiner Schrift „Der Sozialismus und seine Gönner“ hatte Treitschke geschrieben:

„Ich fürchte mehr die Invasion des Schlachtviehs als den Einfall der Kosaken“, sprach der große Landwirt Marschall Bugeaud so recht aus der Seele seiner Standesgenossen. Unterdessen stand der kleine Mann halb grollend, halb teilnahmslos zur Seite. Er muß zusehen, wie ihm die unentbehrlichsten Waren verteuert werden, durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Taschen der Unternehmer wandert, und wird durch parteiische Gesetze verhindert, mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn durchzusetzen.“

Und dann hatte Treitschke gefragt, wann jemals in Preußen eine wirtschaftliche Klasse den Staat für sich ausgebeutet habe, seit die Hohenzollern den ehernen Felsen ihres Königtums errichteten. Das hatte Treitschke freilich 1875 geschrieben, d. h. zwei Jahre, bevor Bismarck die neue Schutzzollära inaugurirt hat.

Als ich an meinem „Freihandelsargument“ schrieb, hatte meine Frau mir gesagt: „Du wirst dir damit unzählige Feinde machen.“ Es war ein prophetisches Wort! Wenn ich von Adolph Wagner auch nicht sagen kann, daß er erst nach meinem Vortrag darüber mein Feind geworden ist, so bestand doch eine Grundverschiedenheit zwischen ihm und mir, die ihn gegen mich in die Schranken rufen mußte. Er hatte ein volkswirtschaftliches Ideal vor Augen, für das er absolute Geltung beanspruchte, und zögerte nicht, den Zuständen, wie sie geworden waren und trotz aller Hemmnisse, die man ihnen entgegenstellen mochte, fortzuschreiten mußten, Gewalt anzutun, um die Wirklichkeit entsprechend seinem Ideale zu gestalten; nach meiner Auffassung gibt es keine absoluten volkswirtschaftlichen Ideale. Mir ist die ideale Wirtschaftsorganisation die, welche den konkreten Verhältnissen eines Volkes jeweilig möglichst vollkommen entspricht. Eine gewaltsame Störung dieser Organisation, um irgendein Ideal, gleichviel, ob es der Vergangenheit und dem Vergehenden entnommen, oder von noch so lobenswerten Wünschen getragen, für die Zukunft konstruiert ist, halte ich für verwerflich, weil sie notwendig scheitern muß und die Leiden, die sie den dabei geopfertem einzelnen verursacht, ihnen daher vergeblich zugefügt.

Wagner sah das absolut gleichbleibende Ideal in einer Mischung von Landwirtschaft und Industrie, bei welcher die erstere der führende, die Industrie der von ihr abhängige Zweig der Volkswirtschaft ist; er hat die Arbeitsteilung innerhalb einer Nation als die richtige bezeichnet, bei

welcher die Landwirtschaft und die sie betreibende Bevölkerung es sind, welche den Städten, den industriellen Arbeitern einen entsprechenden lohnenden und dauernd gesicherten Absatz ihrer Produkte und Leistungen an das heimische Landvolk ermöglichen. Der Satz: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt, schien ihm als das absolute, ewige Ideal. Und eben, weil er erkannte, daß der Bevölkerungszuwachs Deutschlands dazu geführt hatte, daß das Verhältnis in Deutschland bereits das umgekehrte und es aus einem überwiegenden Agrarstaat ein überwiegender Industriestaat geworden war, daß Deutschland genötigt war, um seine Bevölkerung zu ernähren, industrielle Produkte auszuführen und dagegen Getreide einzuführen, weil die heimische Getreideproduktion zur Deckung des heimischen Getreidebedarfs schon seit 1852 nicht ausreichte, deshalb wollte er den auswärtigen Handelsverkehr „wieder mehr auf seine alten naturgemäßen Grundlagen zurückführen“. Da daran angesichts der Zunahme der deutschen Bevölkerung nicht zu denken war, war es nur konsequent, dieser Zunahme zu Leibe zu gehen. Diese beruhte bei der Abnahme unserer Geburtenziffer auf der noch größeren gleichzeitigen Abnahme unserer Sterbeziffer. Daher erschien Wagner konsequent die Abnahme der Sterblichkeit nicht als unbedingt erfreulich. Sie erfolge hauptsächlich durch verminderte Kindersterblichkeit und verminderte Sterblichkeit in höherem Alter. Das bedinge eine stärkere Belastung der erwachsenen Generation, einen vermehrten Druck auf die produktiven und erwerbenden Elemente.

„Wie stolz“, erwiderte ich, „sind wir nicht gewesen, daß wir es durch ökonomische und hygienische Fortschritte dahin gebracht haben, die Lebensdauer der deutschen Bevölkerung zu verlängern! Während unsere Geburtenziffer von 42,61 pro Mille im Jahre 1876 auf 37,11 pro Mille im Jahre 1899 gesunken ist, ist unsere Sterbeziffer in diesem Zeitraum von 30,62 pro Mille im Jahre 1872 auf 21,78 pro Mille im Jahre 1898 und 22,68 pro Mille im Jahre 1899 herabgegangen. Unsere kolossale Bevölkerungszunahme der letzten Dezennien ist lediglich der Abnahme der Sterblichkeit zu verdanken. Auf die Wiederbeseitigung dieses Fortschrittes ist es also abgesehen, wenn man durch Verteuerung der Lebensmittel eine Ermäßigung im Tempo der Bevölkerungszunahme herbeiführen will. Wie muß es die arbeitenden Klassen für höhere Getreidezölle begeistern, wenn sie hören, daß diese als Mittel dienen sollen, sie früher ins Grab zu bringen! Wahrlich, ich verstehe nicht, warum wir in den achtziger Jahren eine Alters- und Invalidenversicherung eingeführt haben, wenn dies nunmehr unser Ziel sein soll. Dagegen verstehe ich nun den bei Befürwortern der Lebensmittelzölle aufgetauchten Gedanken, den Ertrag derselben der Witwen- und Waisenversicherung dienstbar zu machen.“¹

¹ Adolph Wagner hat die dargelegten Anschauungen in seinem Aufsätze „Zur Frage vom Industriestaat und volkswirtschaftlicher Entwicklung“ im „Lotse“ 1900, ferner in

Es ist mir von mehreren Zuhörern Wagners versichert worden, er habe danach keine Vorlesung vorübergehen lassen, ohne unfreundlich von mir zu sprechen.

Doch ist nicht die ganze Welt auf seiten Wagners gewesen und ich habe auch emphatische Zustimmungen zu meinem Freihandelsargumente erhalten. Am meisten hat die folgende mich belustigt. Einer der schreiendsten Mißbräuche, der mit dem Verlangen nach Schutz der nationalen Arbeit getrieben wurde, war der, dessen die großen Firmen, die in aller Herren Länder Niederlassungen hatten, sich schuldig machten. Besucher der Pariser Weltausstellung von 1900 hatten mir von dem eigentümlichen Eindruck berichtet, den es auf sie gemacht habe, als sie in den Ausstellungen der verschiedenen Länder als Vertreter von deren nationaler Produktion denselben Firmen begegneten. Ich hatte darüber geschrieben, hier habe der Inlandskonsument augenscheinlich nicht den patriotischen Trost, durch das Opfer, das er bringt, wenigstens dem Vaterland einen Vorteil zu verschaffen. Einerseits sehe er, daß es vielfach Unternehmungen von Fremden im Inland sind, denen die durch den Schutzzoll erhöhten Preise zufließen, andererseits wie nationale Kapitalkräfte, die bei Freihandel im Inland nutzbar gemacht worden wären, dem Ausland zuströmen, um dessen Produktivkraft zu steigern. Dem Lohnarbeiter aber, der mitunter das einzige Nationale an diesen ganzen Unternehmungen sei, werde durch Verkümmern des Koalitionsrechts durch entsprechendes Vorgehen der kartellierten Arbeitgeber, eventuell unter Inanspruchnahme der Polizei, die Möglichkeit genommen, durch Lohnsteigerungen Anteil an den Folgen des Schutzes der „nationalen Arbeit“ zu erlangen. Wie alle meine Ausführungen, so ist auch diese der Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. Da wurde mir eines Tages gemeldet, ein Amerikaner wolle mich sprechen. Ich steckte tief in der Arbeit und wollte ihn nicht empfangen. Aber er ließ sich nicht abweisen. „Ich habe die Angriffe, die gegen Sie gerichtet sind, gelesen und fühle mich verpflichtet, Ihnen zu sagen,

seiner Rede vom 12. Februar 1901 in der 26. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, seinem Aufsätze „Die Erhöhung der Getreidezölle“ in der „Woche“ vom 2. März 1901 und in neun Aufsätzen, die in der „Täglichen Rundschau“ vom 29. März, 4., 10., 11. und 26. April, 1., 3., 14. und 15. Mai 1901 abgedruckt sind, entwickelt. Ich habe darauf in den Nummern 11 und 12, 23 bis 28 der „Hilfe“ geantwortet, und auf Grund meiner Aufsätze am 28. Juni in einer öffentlichen Versammlung in München einen Vortrag gehalten, der in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 3. und 4. Juli wörtlich abgedruckt worden ist. Den mannigfachen, an mich ergangenen Anforderungen, diesen Vortrag im Sonderabdruck herauszugeben, habe ich in den im Verlag von Leonhard Simion in Berlin erschienenen Broschüre „Die Schrecken des überwiegenden Industriestaats“ entsprochen; doch enthält der Sonderabdruck Erweiterungen, namentlich durch Zufügung von statistischem Material, die im Vortrage fehlen.

daß Sie völlig im Recht sind. Ich bin in Rußland Vertreter der Fabrik, die Westinghouse-Bremsen herstellt. Wir haben Zweigniederlassungen in allen Ländern. Überall genießen wir den Schutz der nationalen Arbeit. Es ist ein Skandal!“ Sprachs und ging fort. Er ist später amerikanischer Gesandter in Peking geworden und hat mich auf seiner Rückreise von dort in München besucht.

2

In engem Zusammenhang mit dem Streite über die Getreidezölle stand der über die Grundlage der deutschen Wehrkraft. Sering hat die Notwendigkeit der Getreidezölle auch damit zu erweisen gesucht, daß die agrarischen Bezirke den Ersatzbehörden eine relativ größere Anzahl brauchbarer Rekruten zur Verfügung stellten, während ich geltend machte¹, daß es im Kriege nicht auf die relativ größere, sondern auf die absolute Rekrutenzahl ankomme und die industriellen Bezirke eine absolut größere Zahl als die agrarischen lieferten. Auch wurde geltend gemacht, daß Deutschland ohne Getreidezölle der Aushungerung im Falle eines Krieges ausgesetzt sei. Nun wir hatten Getreidezölle; aber alle wehrfähigen Männer waren im Feld und die Greise, Weiber und Kinder konnten's nicht schaffen. Wir sind trotz unserer Getreidezölle dem Hunger erlegen.

3

Vom 23. bis 25. September 1901 hat dann der Verein für Sozialpolitik seine Generalversammlung in München abgehalten. Gegenstand der Verhandlungen war, außer der Wohnungsfrage, wie in Breslau beschlossen war, die Wirkung der gegenwärtigen und die Ziele der künftigen Handelspolitik, insbesondere in sozialpolitischer Beziehung. Ich hatte den Vorsitz in der Versammlung, und hatte dementsprechend, wo ich an der Diskussion teilnahm, gewisse Rücksichten zu nehmen. Es sind so ziemlich alle meine Gegner anwesend gewesen, v. Cetto, Dade, G. v. Mayr, Oldenberg, Pohle, Schumacher, Sering; es fehlte nur Adolph Wagner. Was mir bei ihnen allen auffiel, war, daß sie an einer der elementarsten Lehren der Nationalökonomie sei es vorbeigingen, sei es sie nicht richtig wiedergaben: nämlich an dem Gesetze des abnehmenden Bodenertrags. So meinte Dr. Dade, mit der Berufung auf dieses Gesetz wolle man sagen, daß wir in Deutschland bereits an der absoluten Grenze der Steigerung des Rohertrags angelangt seien. Das hat aber kein Mensch behauptet. Ich erwiderte:

¹ Lujo Brentano und Robert Kuczynski, Die heutige Grundlage der deutschen Wehrkraft. Stuttgart 1900. / Lujo Brentano, Der Streit über die Grundlage der deutschen Wehrkraft, in Naumanns „Patria“, Berlin-Schöneberg 1906. / Die Unbrauchbarkeit unserer Heeres-Ergänzungsstatistik. Berliner Tageblatt, Morgenausgabe vom 23. November 1907.

„Was mit dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags behauptet wird, ist, daß zwar eine absolute Mehrung des Ertrags stattfinden kann, aber jedes Mehr, das erzeugt wird, nur erzeugt werden kann zu steigenden Kosten, und dabei wird zugegeben, daß auch dieses Gesetz durch technische Verbesserungen vorübergehend suspendiert werden kann. Aber dann tritt es wieder in Kraft, und abgesehen davon sind die Bedingungen für die Durchführung dieser verbesserten Technik nicht überall physikalisch gegeben, insbesondere fehlen sie auch dann, wenn wir, wie Baron Cetto uns in seiner Argumentation vorgeführt hat, bei der Behandlung dieser Frage stets von dem Durchschnittsbauer ausgehen müssen mit seiner Durchschnittstechnik, und nicht allzuviel technische Verbesserungen von ihm fordern sollen. Damit ist eigentlich schon gesagt, daß dieser Suspension des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages sehr enge Grenzen gezogen sind. Im übrigen aber möchte ich Sie auf *eines* aufmerksam machen: angenommen, das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages wäre nicht richtig, was würde dies heißen? Es hieße dies: Jede Mehrverwendung von Kapital in den Boden gibt nicht nur absolut, sondern auch relativ größere Erträge, d. h. größere Roherträge bei abnehmenden Kosten, d. h. größere Reinerträge. Warum brauchen Sie dann aber höhere Kornzölle? Dann verwenden Sie doch mehr Kapital in den Boden, dann erhalten Sie ja ohne Zölle von jeder Mehrverwendung immer steigende Überschüsse. (Zuruf: Die Zölle sollen das Kapital anlocken!) Wenn der Gewinn von selbst auf natürliche Weise als Folge jeder Mehrverwendung von Kapital steigt, so ist dies doch ein weit wirksameres Lockmittel als alle Zölle. Also entweder das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags ist richtig, dann ist die Erhöhung der Getreidezölle verwerflich, weil keine Erhöhung derselben bewirken kann, daß unsere Bevölkerung mit deutschem Getreide zu erschwinglichen Kosten ernährt werden kann; oder es ist nicht richtig, dann ist die Erhöhung der Getreidezölle erst recht verwerflich, da auch ohne die durch sie bewirkte künstliche Verteuerung des Lebens jede Mehrverwendung von Kapital in den Boden steigende Überschüsse abwirft. Nun soll ich von der Industrie gesagt haben, daß sie ihren Ertrag ins Unendliche zu steigern vermöge. Derartiges aber habe ich weder gesagt, noch entspricht dies meiner Meinung. Dagegen bleibe ich bei der Behauptung, daß, abgesehen von anormalen Verhältnissen, deren Herbeiführung nicht in unsere Macht gegeben ist, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nur möglich ist mit steigenden Kosten, und eben deshalb muß nach meiner Meinung als Folge des Strebens, den gesamten deutschen Getreidebedarf auf deutschem Boden zu erzeugen, eine dreifache Wirkung eintreten: Eine Erschwerung des Daseins unserer Bevölkerung, die Verlangsamung und schließlich der Stillstand unserer Bevölkerungszunahme¹ und damit naturgemäß eine bedeutende Minderung der Machtstellung unseres Vaterlandes.“

Ich habe darauf noch gesagt, es wäre schwer sich vorzustellen, wie die steigenden Ansprüche an die Steuerkraft des Volks gedeckt werden sollten, bei einer Wirtschaftspolitik, als deren Folge der Überschuß der Produktion über die Kosten fortwährend in Abnahme begriffen sei. Auf die wei-

¹ Vgl. das oben (S. 212) über die Abnahme unserer Bevölkerungszunahme durch vermehrte Sterblichkeit gegen Adolph Wagner Gesagte.

ten Ziele der Weltpolitik, die uns neuerdings gesteckt worden seien, müsse man bei solcher Wirtschaftspolitik verzichten. Dies um so mehr, wenn die Bedingung verwirklicht würde, die Sering als *conditio sine qua non* seiner Zustimmung zur Erhöhung der Getreidezölle bezeichnet habe, und den Arbeitern als Kompensation für die durch diese Erhöhung verursachte Erschwerung ihres Daseins die reinen Finanzzölle auf Kaffee und Petroleum beseitigt würden. Darauf habe ich mich gegen die Behauptung Dades gewandt, der mich, wie früher Sering, beschuldigte, den Bauernstand vernichten zu wollen.

Der stenographische Bericht über meine Rede verzeichnet¹: lebhafter, stürmisch wiederholter Beifall.

Nachdem ich noch nach Schluß der Generalversammlung zusammen mit anderen Teilnehmern an derselben nach Basel gefahren war, um an der Zusammenkunft der Internationalen Gesellschaft für gesetzlichen Arbeitsschutz, die aus der Brüsseler Versammlung im Jahre 1897 hervorgegangen war, teilzunehmen, habe ich am 15. Oktober das mir für das Studienjahr 1901/02 übertragene Amt des Rektors der Universität München angetreten.

¹ Schriften des Vereins für Sozialpolitik XCVIII, S. 320.

I. *Mein Kampf für die Freiheit der Wissenschaft*

Schon ehe ich meine Rektoratsrede gehalten hatte, wurde ich veranlaßt, im Interesse der Freiheit der Wissenschaft tätig zu werden. Zur Zeit des Absolutismus war die Religion den Herrschenden eines der Mittel gewesen, die Untertanen in Ordnung zu halten; daher der Satz *cujus regio, illius religio*. Dementsprechend wurde auch an den Landesuniversitäten kein Lehrer geduldet, der sich nicht zur Konfession des Regierenden bekannte. Der Zustand hat in Halle noch im 19. Jahrhundert bis zur Ernennung von Karl Stumpf zum Professor der Philosophie fortgedauert. Als Schlesien und die Rheinlande unter preußische Herrschaft kamen, wurden aus politischen Gründen entsprechend dem konfessionell gemischten Charakter der Bevölkerung theologische Fakultäten beider Konfessionen in Breslau und Bonn zugelassen; im 19. Jahrhundert wurde für beide Universitäten bestimmt, daß ein Professor der Philosophie sowie ein Professor der Geschichte katholisch sein müsse. Damit war gesagt, daß für diese beiden Disziplinen eine mit den konfessionellen Bedürfnissen übereinstimmende Lehre maßgebend sein solle. Anders, als 1810 in Berlin die Universität ins Leben gerufen wurde, um durch geistige Kräfte zu ersetzen, was der Staat an physischen verloren hatte. Die Kantate, die mein Onkel Clemens zu ihrer Eröffnung gedichtet hat, schließt mit der Stimme der Lehrer:

Der Ganzheit, Allheit, Einheit
 Der Allgemeinheit
 Gelehrter Weisheit,
Des Wissens Freiheit,
 Gehört dies Königliche Haus!

Und der gleiche Sinn herrschte, als am 1. Mai 1872 die Universität Straßburg dem deutschen Leben in Elsaß-Lothringen neuen Aufschwung geben sollte. Alle huldigten der Auffassung von der deutschen Wissenschaft, welcher der Festredner Anton Springer in der Eröffnungsrede Ausdruck gab:

„Als ihr erstes und heiliges Recht behauptet sie die Unabhängigkeit und Freiheit der Forschung. Niemand soll ihr das Ziel vorschreiben. Niemand kann vorherbestimmen, wohin sie ihr vielverschlungener Weg führen wird.“

Sie darf es nicht von sich weisen, Zweifel zu erregen, Überlieferungen zu erschüttern, die liebsten Überzeugungen, wenn sie als Wahn sich darstellen, zu brechen, den teuersten Empfindungen zu nahe zu treten, wenn sie dem Irrtum Vorschub leisten. Wie könnte sie zur Wahrheit gelangen, wenn sie nicht das Recht hätte, alles zu prüfen, nichts zu schonen, alles zu wagen, nichts mit furchtsamer Scheu beiseite zu lassen?“

Die neue Hochschule in Straßburg sollte gemäß ihrer Stiftungsurkunde die Nachfolgerin der alten 1567 unter dem Einfluß des Humanismus entstandenen Akademie, die 1621 auf Grund eines kaiserlichen Privilegs zur Universität erweitert worden war, sein. Diese hatte entsprechend dem protestantischen Charakter der Stadt Straßburg keine katholische Fakultät. So auch nicht die 1872 wiedererstandene deutsche; sie hatte allerdings eine protestantische. Doch stand dies mit dem von Springer unter Zustimmung aller Teilnehmer an der Eröffnungsfeier der Universität proklamierten Grundprinzips deutscher Wissenschaft nicht in Widerspruch; denn wie auch Hertling geschrieben hat¹: gegenüber der Bindung der katholischen Theologen an die Lehre der Kirche „hat der Protestantismus das Recht der freien Forschung ganz allgemein proklamiert, und die protestantischen Theologen haben davon ausgiebig Gebrauch gemacht“. Für die Bildung der katholischen Theologen war in dem ihr dienenden Seminare des Bischofs von Straßburg gesorgt, und dieser war keineswegs bereit, in dessen Leitung auf die ihm durch das Konkordat gewährleistete Freiheit zugunsten des Unterrichts an einer katholischen Fakultät zu verzichten.

Da hat Althoff den Frieden gestört. Ich habe schon oben von ihm gesprochen. Er war ein Mann voll Herzensgüte, selbstloser Hingabe an Pflicht und an Förderung der Wissenschaft, wie er dies verstand. Er hat ihr durch Ausstattung mit materiellen Hilfsmitteln unschätzbare Dienste geleistet, und insofern die goldene Medaille für Wissenschaft, die ihm zuteil wurde, vollauf verdient. Aber er war durch und durch Bürokrat; über allem stand ihm das Interesse des Staats, und ein Ausfluß davon war sein Streben nach Bürokratisierung der Universitäten. Von dem, was das Lebensprinzip der Wissenschaft war, hatte er keine Empfindung. Auch sie hatte sich dem jeweiligen Staatsinteresse zu fügen. Ihm war er bereit, auch ihre Freiheit zu opfern.

Nirgends zeigt sich dies deutlicher als in seinem Streben, die Errichtung einer katholischen theologischen Fakultät an der Universität Straßburg zu erreichen. Der elsässer Klerus war gegen eine solche; noch immer war er nicht deutschfreundlich gesinnt; zu den heftigsten Gegnern der Deutschen gehörten die Abbes Winterer und Wetterle; die Geistlichkeit

¹ Lebenserinnerungen II, S. 240.

fürchtete gerade das, was Althoff herbeiführen wollte, das Eindringen einer deutschen Gesinnung. Althoff bewährte aufs neue sein Geschick in der Beurteilung der Menschen, indem er Georg von Hertling zum Vermittler bei der Kurie auswählte. Dessen Unterwerfung unter das Unfehlbarkeitsdogma, gegen das er früher gewesen war, hatte gezeigt, daß die Gebundenheit der wissenschaftlichen Forschung an Glaubenssätze ihm keinerlei Schwierigkeit bereite. Auch hatte ihn diese Unterwerfung und sein Eifer in Wahrnehmung katholischer Interessen zur persona gratissima in katholischen Kreisen gemacht; dabei war er nicht nur beredt, und von großer Liebenswürdigkeit, sondern auch gewandt. Man lese in Hertlings Lebenserinnerungen, die hierin durch Sachsens Biographie Althoffs vollauf bestätigt werden, wie eifrig Althoff bemüht war, einen solchen Agenten für Ausführung seines Planes zu gewinnen. Als Vorbedingung für sein Gelingen wurde sofort zugestanden, daß unbekümmert um die bei der Gründung der Straßburger Universität proklamierten Grundsätze wie in Breslau und Bonn in Straßburg ein Professor der Philosophie und ein Professor der Geschichte katholisch sein müßten. Hertlings Lebenserinnerungen erzählen, wie er in Rom die Zustimmung der Kurie zu Althoffs Plan erreicht hat.

Zu den Mitteln, die Althoff verwandte, um die Kurie geneigt zu machen, gehörte auch, daß er den Bonner außerordentlichen Professor Dr. Martin Spahn zum ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Straßburg machte. Man hatte in Straßburg weder gegen die Ernennung eines Katholiken an sich, noch gegen Spahn, der als tüchtiger Historiker gerühmt wurde, etwas einzuwenden, wohl aber dagegen, daß seine Ernennung mit konfessionellen Gesichtspunkten begründet wurde. Die Straßburger Professoren haben dementsprechend in einer Eingabe an den Kaiser gegen die bevorstehende Ernennung Spahns Stellung genommen. Wilhelm II. aber hatte ins Goldene Buch der Stadt München geschrieben: *suprema lex regis voluntas*. Seine Antwort war ein Telegramm vom 17. Oktober, in welchem er seiner Freude darüber Ausdruck gab, „den lang gehegten Wunsch der Elsaß-Lothringer (?!) erfüllen zu können und ihnen sowohl als seinen katholischen Untertanen überhaupt bewiesen zu haben, daß anerkannte wissenschaftliche Tüchtigkeit auf der Basis der Vaterlandsliebe und die Treue zum Reiche immer zu Nutz und Frommen des Vaterlands von ihm verwendet wird“.

Der „Fall Spahn“ hat uns in München noch mehr als die norddeutschen Universitäten betroffen. Ehedem waren in Bayern bei der Besetzung der Professoren dieselben Gesichtspunkte wie in den protestantischen Ländern Deutschlands maßgebend gewesen, nur waren es hier katholische statt

der protestantischen. Das hatte sehr zu dem ungünstigen Urteil über die Universitäten München und Würzburg beigetragen. Seit dem Regierungsantritt des Königs Max II. wurde der Versuch gemacht, dem Prinzip der voraussetzungslosen Forschung auch hier Eingang zu verschaffen. Aber Ultramontane und andere Interessenten haben dagegen stets lebhaften Kampf geführt und das entgegengesetzte Prinzip der Berufung nach der „Richtung“ an die Stelle zu setzen gesucht. Besonders in neuerer Zeit war vermöge der Schwachmütigkeit von Regierung und Kollegen der ultramontane Anspruch im Steigen. Für uns, die den Kampf dagegen führten, war der „Fall Spahn“ doppelt betrübend. Er mußte auf uns zurückwirken und unsere Position so sehr schwächen, daß der Triumph unserer Gegner auf der ganzen Linie fast unvermeidlich erschien.

Bei solcher Sachlage entstand der Gedanke, ob in einem solchen Falle, in dem das Prinzip, auf dem die wissenschaftliche Forschung steht, in Frage gestellt wird, seitens der deutschen Professorenwelt nicht etwas geschehen solle, um dieses Prinzip zu retten. Als ein solches etwas dachte man eine Erklärung, die von allen deutschen Professoren, die sie würden unterschreiben wollen, zu unterzeichnen wäre. In dieser Erklärung sollte jedes Wort vermieden werden, was als Verletzung der dem Kaiser geschuldeten Ehrfurcht oder als Bestreitung des Rechts der Regierungen, selbständig Professoren zu ernennen, gedeutet werden könnte. Nicht dieses Recht wollten wir bestreiten; aber wir mußten die Art und Weise beklagen, wie es gehandhabt wurde. Nicht als ob wir nicht bereit seien, mit Freuden jeden Katholiken in unsere Reihen aufzunehmen, der durch seine wissenschaftlichen Leistungen sich auszeichne; wir begrüßten ihn ebenso freudig wie jeden Andersgläubigen. Aber wogegen wir Protest erheben mußten, sei, daß nicht diese wissenschaftliche Befähigung, sondern eine bestimmte „Richtung“ zum Maßstab der Anstellungen und Berufungen gemacht werde. Das Prinzip der Wissenschaft sei die Voraussetzungsllosigkeit in der Forschung; das der Auswahl nach der „Richtung“ stehe damit in diametralem Gegensatz. Auf dem Prinzip der freien Forschung stehend seien die deutschen Universitäten die ersten der Welt geworden. Uns heute Lebenden sei dieses Prinzip als das Vermächtnis großer Vorfahren überkommen. Wir trügen die Verantwortung, daß wir es denen, die nach uns kommen, ungeschmälert überliefern. Wir würden uns dieser Pflicht nicht bewußt sein, wenn wir nicht Protest dagegen erheben, daß bei Auswahl der anzustellenden Professoren das Prinzip der „Richtung“ statt ausschließlich des Prinzips der wissenschaftlichen Tüchtigkeit zur Anwendung kommt.

Eine solche Erklärung, dachten wir uns, müsse von Berlin ausgehen, und von Berlin aus müßten auserlesene Professoren an den einzelnen deutschen Universitäten aufgefordert werden, jeder an seiner Universität möglichst viele Unterschriften zu werben. Alle Professoren, das war uns leider klar, würden ja nicht unterschreiben. Aber die hervorragendsten Namen dürften der Erklärung wohl nicht fernbleiben, und das würde völlig genügen, um der drohenden Vernichtung des Prinzips, auf dem wir stehen, entgegenzuwirken. Hatte man doch beim Zedlitzschen Schulgesetzentwurf und bei der Lex Heintze gesehen, was selbst unter den damaligen politischen Verhältnissen die öffentliche Meinung der Gebildeten vermochte.

Dementsprechend habe ich mich am 27. Oktober 1901 an Theodor Mommsen gewandt, er möge die Berliner Kollegen zum Beitritt zu einer solchen Erklärung bewegen. Er hat am 30. geantwortet, daß auch ihn die Frage beschäftigt habe, ob Passivität im Falle Spahn am Platze sei. Auch er habe nichts gegen die Person Spahn, wohl aber dagegen, daß Historie und Philosophie auf der Universität zwischen Konfessionen konfessionell geteilt werden sollen, wobei es ganz indifferent sei, ob der Berufene als Gelehrter tüchtig sei oder nicht. Aber gegen einen allgemeinen Protest habe er Bedenken, selbst wenn er, was er nicht glaube, bei der Mäthzigkeit der Deutschen im allgemeinen und der Professoren im besonderen mit einigem Erfolg in Szene zu setzen wäre. Auch sei in der Sache die Persönlichkeit des Kaisers zu bedenken. In dem pseudo-konstitutionellen Absolutismus, unter dem wir lebten und mit dem unser machtloses Volk sich innerlich abgefunden zu haben scheine, würde eine sehr auffällige Gegenaktion wahrscheinlich eine gleiche Wirkung haben wie der Straßburger Protest, und was dann für Jämmerlichkeiten nachfolgen würden, davor schaudere ihm. Das Ende war, daß Mommsen jene berühmte Erklärung allein unterschrieb, deren erster Absatz lautete:

„Es geht durch die deutschen Universitätskreise das Gefühl der Degradierung. Unser Lebensnerv ist die voraussetzungslose Forschung, diejenige Forschung, die nicht das findet, was sie nach Zweckerwägungen und Rücksichtnahmen finden soll und finden möchte, was anderen außerhalb der Wissenschaft liegenden praktischen Zielen dient, sondern was logisch und historisch dem gewissenhaften Forscher als das Richtige erscheint, in ein Wort zusammengefaßt: die Wahrhaftigkeit. — Auf der Wahrhaftigkeit beruht unsere Selbstachtung, unsere Standesehre, unser Einfluß auf die Jugend. Auf ihr ruht die deutsche Wissenschaft, die das ihrige beigetragen hat zu der Größe und der Macht des deutschen Volkes. Wer daran rührt, der führt die Axt gegen den mächtigen Baum, in dessen Schatten und Schutz wir leben, dessen Früchte die Welt erfreuen.“

Darauf haben die Professoren der Münchener Universität und der Münchener Technischen Hochschule mit wenigen Ausnahmen¹ den folgenden Brief an Mommsen gerichtet und veröffentlicht:

Hochverehrter Herr Professor!

Am Abend eines glorreichen, dem Dienste der Wissenschaft gewidmeten Lebens sind Sie mit der Schärfe, Klarheit und dem Freimuth, denen Sie und die Welt die Erfolge Ihres Wirkens verdanken, dafür eingetreten, daß das Vermächtnis großer Vorfahren, das Prinzip, mit dem die Wissenschaft steht und fällt und welches die deutschen Universitäten zu den ersten der Welt gemacht hat, die Voraussetzungslosigkeit der Forschung, ungeschmälert denen, die auf uns folgen, erhalten bleibe. Im Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die wir tragen, dieses uns überkommene Erbe zu hüten, sagen wir Ihnen für Ihre Tat wärmsten Dank!

Den außerordentlichen Professoren und Privatdozenten ist die Aufforderung zu unterzeichnen nicht zugeschickt worden, selbstverständlich nicht aus Mißachtung, sondern weil sie für ihre Beförderung auf das Wohlwollen der Regierung angewiesen sind. Sie haben sich aber über diese Rücksichtnahme beklagt und dann selbständig eine Adresse an Mommsen geschickt.

Den Mitgliedern der katholischen Fakultät ist die Adresse an Mommsen selbstverständlich nicht zugeschickt worden, wohl aber dem Professor der Philosophie G. v. Hertling, und dem der Geschichte Grauert, sowie dem für Statistik Georg von Mayr, obwohl man im voraus wußte, daß sie nicht unterzeichnen würden. Hertling hat mir darauf am 14. November folgendermaßen geantwortet:

„Für die freundliche Übersendung der von Mommsen beabsichtigten Erklärung und des hierzu vorbereiteten Antwortschreibens hiesiger Kollegen danke ich Dir bestens. Ich habe darin einen Akt der Loyalität erblickt, da Du ja wohl nicht angenommen hast, daß ich oder Prof. Grauert, dem ich die Schriftstücke vorgelegt habe und der meine Anschauungen teilt, unterschreiben würden.

Bei dem Ernste der Sache gestatte ich mir sodann einige Bemerkungen. In der M.schen Erklärung nehme ich sogleich und abgesehen von allem an-

¹ Von der Universität haben unterzeichnet: die Professoren v. Amira, v. Angerer, v. Baeyer, J. v. Bauer, v. Bechmann, Birkmeyer, Bollinger, Brentano, Breymann, Buchner, Bumm, v. Christ, Ebermayer, Endres, Eversbusch, Friedrich, Furtwängler, Goebel, v. Heigel, Hellmann, Hertwig, Hilger, Hommel, Krumbacher, Kuhn, v. Kupffer, Lindemann, Lipps, Lotz, v. Maurer, J. v. Müller, Muncker, Paul, Poehlmann, Radlkofer, Ramann, Joh. Ranke, v. Riezler, Roentgen, Rückert, Seeliger, v. Seuffert, v. Stengel, Tappeiner, v. Ullmann, v. Voit, v. Woelfflin, v. Winkel, Weber, v. Zittel, v. Ziemssen. Von der Technischen Hochschule die Professoren: J. Bühlmann, Burmester, v. Braunmühl, W. Dietz, v. Dyk, Graf Dumoulin-Eckardt, K. Ebert, S. Finsterwalder, Föppl, v. Grove, S. Günther, M. Haushofer, C. Heinke, W. v. Hertz, C. Hocheder, E. v. Hoyer, F. Kreuter, F. v. Leber, C. v. Linde, C. Lintner, Loewe, v. Lossow, v. Mecenseffy, Muthmann, Oebbeke, M. Schmidt, Soxlet, M. Schröter, G. Schultz, F. v. Thiersch.

dem Anstoß an dem Worte von der voraussetzungslosen Forschung. Wer sich mit erkenntnistheoretischen und methodologischen Fragen beschäftigt, weiß, daß es eine solche Forschung nicht gibt, sondern unser Forschen und Wissen auf zahlreichen Voraussetzungen aufgebaut ist. Die Voraussetzungslosigkeit wird zwar wenige Zeilen weiter mit der Wahrhaftigkeit identifiziert, aber das beseitigt das Schiefe der zuerst gewählten Ausdrucksweise nicht, und zudem schließt die hier von M. in Anspruch genommene Wahrhaftigkeit im Zusammenhange mit den weiteren Ausführungen gegenüber von Andersdenkenden den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit ein, gegen welchen ich protestieren muß.

Die Erklärung wendet sich dagegen, daß an eine Universität ein Historiker oder ein Philosoph berufen werde, „welcher katholisch sein muß“. Bekanntlich schreiben dies die Universitätssatzungen in Bonn und Breslau seit bald hundert Jahren für einen dort anzustellenden Philosophen vor; für den Historiker ist es in Bonn durch die sog. Raumersche Verordnung seit etwa fünfzig Jahren festgelegt, in Breslau, wo die gleiche Bestimmung gilt, wahrscheinlich auch. Ich verstehe nicht, warum jetzt in öffentlichen Erklärungen gegen Maßnahmen und Einrichtungen, wie gegen schlimme Neuerungen, grundsätzlich Stellung genommen werden soll, welche seit so langer Zeit an den genannten Universitäten unbeanstandet bestehen und in Geltung sind.

Die M.sche Erklärung legt die Ernennung solcher Professoren dahin aus, daß der also Berufene verpflichtet sei, seiner Arbeit die Grenze zu setzen, wo die Ergebnisse einem konfessionellen Dogma unbequem werden könnten. Hiergegen lege ich in meinem Namen und in dem der mit mir auf katholischem Boden stehenden Universitätslehrer entschiedene Verwahrung ein. Ich halte mich dazu um so mehr berufen, als ich schon wiederholt öffentlich in Wort und Schrift für die dem katholischen Forscher zustehende Freiheit eingetreten bin. Wo es sich um die Feststellung von Tatsachen handelt, sind auch für uns ausschließlich die Gesetze der Wissenschaft maßgebend. Niemand denkt daran, zu verlangen, daß irgendwo neben einem protestantischen auch ein katholischer Chemiker usw. angestellt werden solle. Bei Philosophen und Historikern aber handelt es sich nicht bloß um Feststellung von Tatsachen. Jedermann weiß, daß hier die Persönlichkeit des Forschers und Lehrers mit in Frage kommt; zu dieser Persönlichkeit aber gehört ganz wesentlich seine Weltanschauung, seine Stellung zu den religiösen Fragen. Das Verlangen, daß neben protestantischen auch ein katholischer Vertreter dieser Fächer berufen werde, besagt demnach nur, daß an einer Universität auch der katholischen Anschauung in den Fächern, in denen hiezu der Natur der Sache nach Anlaß und Gelegenheit gegeben ist, Raum verstattet werde. Ein solches Verlangen und die Gewährung desselben verstößt daher in keiner Weise gegen die Würde der deutschen Universitäten, und würde gegen die Wahrhaftigkeit nur dann verstoßen, wenn es Gelehrte gäbe, welche eine solche Berufung annehmen und das übertragene Amt ausüben wollten, ohne in eigener ehrlicher Überzeugung auf dem Boden der katholischen Weltanschauung zu stehen.

Dies die Bemerkungen, zu welchen mich die M.sche Erklärung veranlaßt. Meine Freunde und ich werden zu erwägen haben, ob wir dieselbe nicht mit einer öffentlichen Erklärung unsererseits beantworten müssen. Ich würde

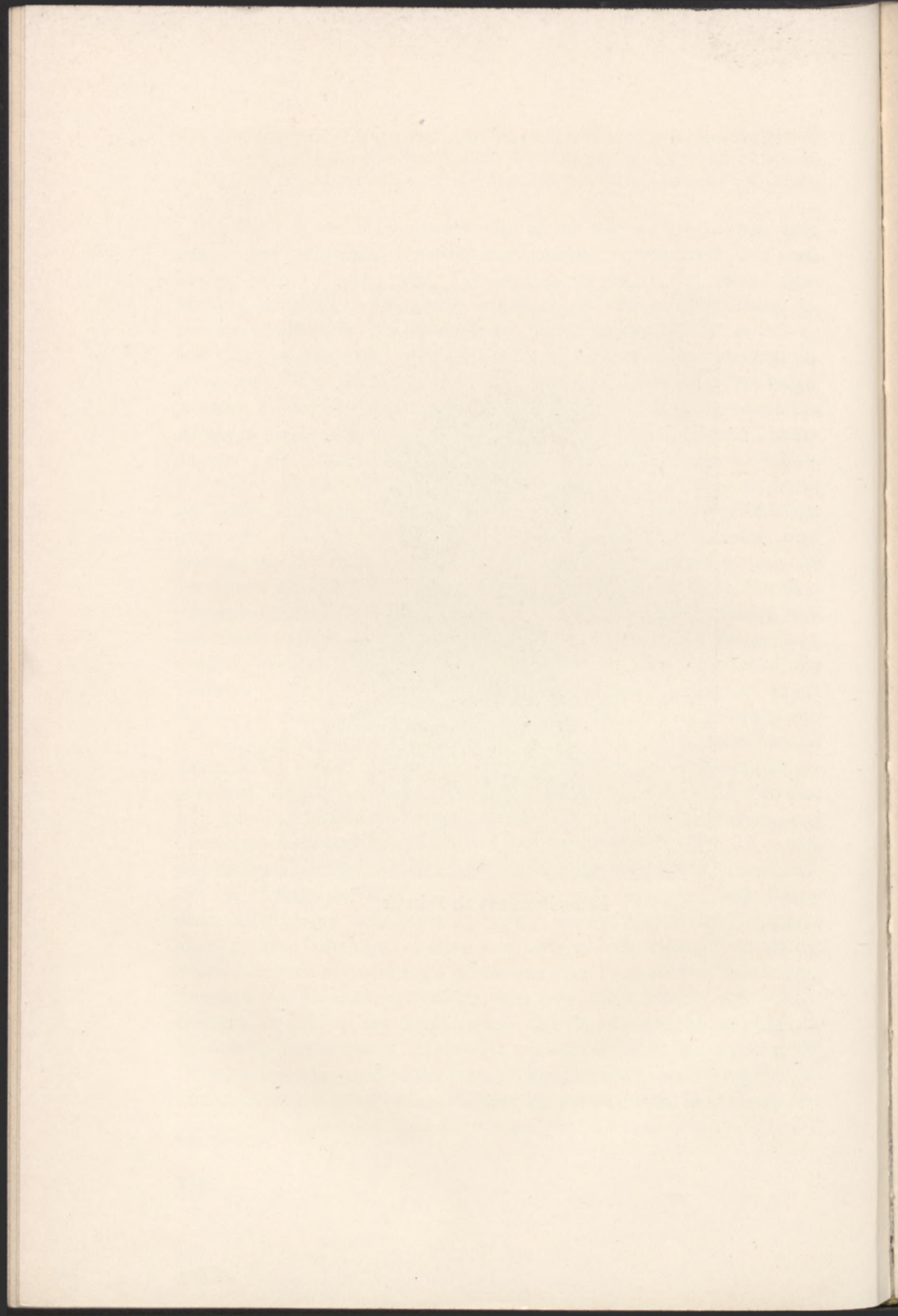
dies bedauern, da ich jederzeit alles vermieden habe, was geeignet hätte sein können, das gute Einvernehmen unter den Kollegen zu stören; aber ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, die M.schen Ausführungen schweigend hinzunehmen.“

Hertling hat, was er im vorstehenden Briefe mir geschrieben hat, dann auch in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht und noch in dem letzten Kapitel seiner Lebenserinnerungen ist die weitere Ausführung des gleichen Gedankens enthalten. Mommsens Erwiderung darauf war ungenügend. Er hat darin das Sophistische in Hertlings Schreiben nicht in das gebührende Licht gesetzt. Hertling hatte nämlich geschrieben: indem Mommsen und die Universitätslehrer, die ihm beipflichtet haben, „voraussetzungslose Forschung“ verlangten, verstießen sie gegen die elementarsten Lehren der „Erkenntnistheorie und Methodologie“; sie verkannten, daß jedes menschliche „Forschen und Wissen auf zahlreiche Voraussetzungen aufgebaut“ sei. Damit hat er an Stelle des Sinns, in dem das Wort „voraussetzungslos“ in Mommsens Manifest gebraucht ist, einen ganz anderen gesetzt. Die voraussetzungslose Forschung, von der Mommsen spricht, hat dieser unmittelbar fortfahrend bezeichnet als „diejenige, die nicht das findet, was sie nach Zweckerwägungen und Rücksichtnahmen finden soll und finden möchte, was außerhalb anderen der Wissenschaft liegenden praktischen Zielen liegt, sondern was logisch und historisch dem gewissenhaften Forscher als das Richtige erscheint“, und indem er das Wort „voraussetzungslos“ so erläutert, hat er jede Möglichkeit genommen, dessen Gleichsetzung mit „Wahrhaftigkeit“ zu mißdeuten, als liege ihr eine beleidigende Absicht zugrunde. In diesem Sinne haben die Unterzeichner der an Mommsen gerichteten Adresse das Wort „voraussetzungslos“ gebraucht. Und in diesem Sinne gebraucht war auch schon die Antwort auf die Behauptung Hertlings enthalten, wo er in dem Briefe an mich schreibt: „wo es sich um die Feststellung von Tatsachen handelt, sind auch für uns ausschließlich die Gesetze der Wissenschaft maßgebend“; denn nach dem Vaticanum verfällt jeder katholische Historiker, der auf Grund der Tatsachen¹ die päpstliche Unfehlbarkeit bestreitet, ewiger Verdammnis. Und was die Unabhängigkeit katholischer Philosophen angeht, so ist der Würzburger Professor Schell zensuriert worden, weil er in seiner Schrift „Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts“ den Standpunkt vertrat, daß die historische Entwicklung, welche die wissenschaftliche Ausdeutung der Offenbarungslehre an die bekannten philosophischen Systeme angeknüpft und in die in der griechischen Philosophie ausgebildeten Begriffe als Ge-

¹ Siehe S. 61.



Franz Brentano als Priester



fäße für ihren Inhalt verankert habe, keinen endgültigen Abschluß bedeute, sondern daß es erlaubt, ja erstrebenswert sei, auch ganz andere Wege zu gehen! Aber diese Gebiete lagen Mommsen augenscheinlich fern. Was er zu erwidern versäumt hat, ist in einer von meinem Bruder abgefaßten Entgegnung auf Hertlings Brief, die in Nummer 573 der „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 13. Dezember 1901 abgedruckt ist, nachgeholt worden¹. Hertling hat darauf niemals geantwortet, sondern in seinen Lebenserinnerungen lediglich das in seinem Briefe an mich Gesagte wiederholt.

Die Hoffnung, daß die Professoren anderer Universitäten der Adresse der Münchener sich anschließen oder ähnliche an Mommsen erlassen würden, ist nur teilweise erfüllt worden. Von Leipzig ging am 26. November 1901 eine auf die Münchener Adresse verweisende Zuschrift an Mommsen ab. Die Juristen hatten alle, die Naturwissenschaftler und Mediziner fast alle unterzeichnet. Auch hier haben lediglich die Ordinarien und die ordentlichen Honorarprofessoren unterzeichnet. Anders stand es mit den preußischen Universitäten. Hier haben einzelne Professoren begeistert zugestimmt. Andere sahen sich mit Rücksicht auf die in Halle, Breslau und Bonn zur Zeit des Absolutismus ergangenen Vorschriften veranlaßt, fernzubleiben. Wieder andere fürchteten eine Mißstimmung des Kaisers und daß ihre Universität materiell darunter leiden könne, wenn sie Althoff entgegenträten, und noch anderen war Mommsens Erklärung nicht radikal genug, weil sie in dem Vorhandensein von theologischen Fakultäten an den Universitäten schon einen Verstoß gegen das Prinzip der freien Forschung erblickten. Schmoller war vor allem von dem Gesichtspunkt beeinflußt, wie sich ein Forscher und seine Ergebnisse zum preußischen Staat und dessen Interessen stellten, und so gab er Althoff zu Ehren und Genugtuung ein Festessen, an dem die ersten Männer der Berliner Universität teilnahmen. Mommsen, der gleichfalls eingeladen war, blieb fern. Wilhelm II. war auf seiten Althoffs. Bald darauf zeigte die Verfolgung des Würzburger Professors der katholischen Theologie Sebastian Merkle, der als Zeuge in dem Streite des protestantischen Volksschullehrers Beyl gegen den Exjesuiten Freiherrn von Berlichingen unter Eid dessen Unwissenschaftlichkeit und Unwissenheit in seiner Beschimpfung Luthers und der Reformation bezeugt hatte, aufs neue, wie weit es her war mit der in Hertlings Brief an mich behaupteten Anerkennung von Tatsachen von katholischer Seite. Hier stand Althoff auf der Seite Merckles². Daß er, der so lang im Elsaß gewesen, für Ver-

¹ Sie steht auch im Anhang von Franz Brentano, Vier Phasen der Philosophie usw., herausgegeben von Oskar Kraus, Leipzig 1926, S. 137ff. — ² Siehe darüber Arnold Sachse, Friedrich Althoff und sein Werk. Berlin 1928. S. 149ff.

söhnung der katholischen Elsaß-Lothringer mit dem preußisch-deutschen Staat war, war begreiflich; nur war es ein Fehler, zu glauben, daß diese durch Gründung einer katholischen theologischen Fakultät an der Straßburger Universität zu erreichen sei, und darüber die Freiheit der Forschung preiszugeben.

2

Inmitten des Streites um diese habe ich am 23. November 1901 meine Antrittsrede als Rektor der Universität München gehalten. Sie hat das Verhältnis von Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte¹ behandelt; sie geht davon aus, daß die Jugend von Idealen des Seinsollenden aus an das Studium der Volkswirtschaftslehre herantrete; diese Ideale bildeten dann auch den Maßstab bei ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen, mit denen ihr Studium sie bekannt mache. Demgegenüber zeige ich an der Hand der Geschichte, daß alle Einwirkung auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben nur insoweit erfolgreich als auch gerecht sein kann, als sie der Natur der Dinge nicht widerstrebe. Und da die Rektoratsrede in München mit einer Ermahnung an die Studenten schließen soll, wandte ich mich zum Schluß an diese mit den Worten:

„Also halten Sie immerhin Ihre Ideale fest, aber vergessen Sie nicht, daß es Ihre erste Aufgabe als Beflissene der Wissenschaft ist, voraussetzungslos das Seiende in all den Ursachen, die es bedingen, zu studieren und die Funktionen der einzelnen bestehenden Einrichtungen kennenzulernen. Sie werden dann dazu gelangen, das Notwendige von den es zufällig begleitenden Mißständen zu unterscheiden. Und dann verfolgen Sie zur Bekämpfung der letzteren Ihre Ideale innerhalb des Rahmens, den die Notwendigkeit zieht!“

Doch waren meine Erlebnisse als Rektor nicht nur die ernstesten, von denen ich bisher gesprochen habe. So kam einmal ein schweizerischer Student: „Herr Rektor, mein Leben ist bedroht; Sie müssen mich schützen!“ Er erzählte mir, die Schweizer hätten einen Klub; darin hätten sie eines Abends über den Begriff des Schönen diskutiert. Er sei anderer Meinung wie der Vortragende gewesen und habe darüber in sein heimatliches Blatt berichtet. Er habe dabei seinen Diskussionsgegner nicht genannt, sondern ihn nur gekennzeichnet als jemanden, der mit faustischer Miene durch die Straßen gehend um sich blicke, ob nicht alle ihn anstauten. Da habe jedermann zu Haus gewußt, wen er meine. Darauf habe dieser ihn gefordert. Die Forderung habe er nicht annehmen können; sein Studium habe seinen Eltern schon so viel Geld gekostet; es wäre für diese ein großer Verlust, wenn er im Duell fiele. Darauf habe

¹ Siehe Lujo Brentano, *Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte*. Leipzig 1923. S. 34 bis 76.

sein Gegner erklärt, er werde ihn auf der Straße wie einen Hund totschießen; er bitte um Schutz seines Lebens. Ich konnte über die Verquickung von Idealismus und Realismus das Lachen kaum halten, ließ aber die beiden Gegner Urfehde schwören, und der Streit über den Begriff des Schönen hat mit dem Tod keines der beiden geendet.

Doch hatte ich auch in ernsteren Angelegenheiten, über die ich besser nicht rede, zu entscheiden. Mit Befriedigung denke ich daran, daß ich als Rektor die an die Universität grenzenden Grundstücke gekauft habe, auf denen ein paar Jahre später deren Erweiterung gebaut worden ist.

3

Ich muß nun zu Naumann und meinen in Göttingen mit ihm angeknüpften Beziehungen zurückkehren. Dort hatte der Kampf gegen die Zucht-hausvorlage uns vereint. Aber nicht minder hat uns der Kampf gegen den Bund der Landwirte verbunden. Wer wie Naumann sich der Notwendigkeit einer fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands und dem entsprechenden konstanten Anwachsen der gewerblichen Arbeiterklasse und ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung nicht verschloß, konnte, wenn er die Arbeiter für ein Eintreten für eine alle Völker überschattende Größe der deutschen Nation gewinnen wollte, nicht für Erschwerung ihres Lebens durch Getreidezölle eintreten. Naumann hat seine Grundgedanken in seinem 1900 erschienenen Buche „Demokratie und Kaisertum“ in hinreißender Sprache dargelegt. Ich habe das Buch bei seinem Erscheinen in der „Allgemeinen Zeitung“ (München) bewundernd besprochen und dabei hervorgehoben, daß der Gedanke, daß Monarchie und Demokratie sich nicht ausschließen, keineswegs neu sei. Sei doch schon in einer Aufstellung J. J. Rousseaus der Gedanke enthalten, daß je größer die Zahl derjenigen ist, die an der Gesetzgebung teil haben, desto geringer die Zahl der Personen sein müsse, in denen die Exekutive sich konzentriert. Die Masse selbst könne nicht herrschen; sie könne nur die Gesichtspunkte angeben, nach denen sie geherrscht zu sehen wünsche, und müsse dem, in welchem sie die Verkörperung ihrer Aspirationen erblickt, die Verwirklichung derselben anvertrauen; ihr selbst bleibe dann aber die Kontrolle, um den Vertrauensmann zu wechseln, sobald der bisherige ihr Vertrauen nicht länger rechtfertige. Man vergleiche das Verhältnis der Arbeiterparteien aller Länder zu ihren Führern. Ich habe dies auch an der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, positiv und negativ an der Geschichte Frankreichs und an der wachsenden Machtfülle der englischen Premierminister illustriert. Aber ich habe auch auf eine Lücke in Naumanns Darlegungen verwiesen. Es komme nämlich darauf an, daß der Monarch die leitenden Zielpunkte seiner Politik den

Interessen der Massen entnehme und diese die Möglichkeit haben, Kontrolle zu üben, damit dies geschehe.

Daran hat es im Deutschen Reiche völlig gefehlt. Da gab es weder einen Premierminister, in dem die Massen wie in England die Verkörperung ihres Wollens erblickten, noch einen Kaiser, der sich als den Ausdruck der Demokratie fühlte. Wilhelm II. war bald nach seiner Thronbesteigung sein eigener Reichskanzler geworden; er glaubte an die Allmacht der Gewalt, und, um mit Frederic Harrison zu reden, als könnte man ein Orchester mit Tors Hammer dirigieren. Nach seinen Februarerlassen von 1890 hätte man an einen Kaiser in Naumannschem Sinne glauben können; aber bald war er völlig dem Einfluß der Großindustriellen und Großgrundbesitzer verfallen. Wie sollten da die Arbeiter an Naumanns Predigt glauben! Nicht den Arbeitern, sondern dem Kaiser und den Besitzenden hätte er predigen sollen; erst wenn diese zu Demokratie und Kaisertum sich zu bekennen bereit waren, konnte eine Bekehrung der Sozialdemokraten zu Naumann erhofft werden.

Da beide, Bourgeoisie und Kaiser, weit davon entfernt waren, war die Folge eine zunehmende Gegnerschaft der Arbeiter gegen das Kaisertum; umgekehrt erging sich der Kaiser in den heftigsten Reden gegen die Sozialdemokraten. Unterdessen aber begann die sozialpolitische Mause rung des Vizekanzlers Grafen von Posadowsky-Wehner; er, der das Staatssekretariat des Innern mit dem Programm „Stillstand im Arbeiterschutz“ angetreten, hatte sich mit rastlosem Fleiße in die Aufgaben seines neuen Amtes eingearbeitet, und eine Anzahl sehr verdienstvoller spezieller Arbeiterschutzgesetze für einzelne Gewerbe ist aus seiner Kenntnisaufnahme der industriellen Arbeitsverhältnisse hervorgegangen. Gleichzeitig auch eine Wandlung in den Anschauungen der Linken in meinem Sinne. Ich hatte meine Besprechung von Naumanns Demokratie und Kaisertum mit der Aufforderung geschlossen, Naumann möge vor allem die Parteien der Linken auf Grund seiner Anschauungen zu einen suchen. Dem kam nun auch Theodor Barth, der ehemals nächst Bamberger und Alex. Meyer zu den schroffsten Vertretern des Kapitalismus gehört hatte, in einem Naumann und seinen Anhängern freundlichen Artikel in der „Nation“ entgegen, und zur selben Zeit, da das Gericht in Halle es für ehrverletzend erklärte, mit einem Sozialdemokraten zu verkehren, redete Barth freundlich über die Sozialdemokraten und umgekehrt Vollmar für eine große, die Sozialdemokraten umfassende liberale Partei. Aber davon war man in der Praxis noch weit. 1903 mußte ein neuer Reichstag gewählt werden. Die Sozialdemokraten, die schon bei den Wahlen von 1898 die meisten Stimmen, aber nur erst 56 Sitze erhalten hatten, erlangten nunmehr 81,

die Zahl der Deutschfreisinnigen sank dagegen auf 9 herab und Naumann, der auf Drängen seiner Anhänger sich nochmals als Reichskandidat der nationalsozialen Partei hatte aufstellen lassen, ist abermals durchgefallen. Nun erfolgte die Auflösung der nationalsozialen Partei.

Naumanns Anhänger haben sich darauf in verschiedene Parteilager zersplittert. Ein Teil derselben ging zu den Sozialdemokraten über, und Naumann zog es damals ernstlich in Betracht, ob nicht auch er diesen Schritt tun sollte. Damals kam er zu mir nach Ambach am Starnberger See, und wir haben in ernstem Gespräch die politischen Möglichkeiten, die sich ihm boten, durchgesprochen. Ich erklärte ihm, jeder andere könne Sozialdemokrat werden, nur er nicht; hatte er doch nicht lange Zeit vorher, als wir nach China gingen, seine törichte Hunnenrede gehalten, die ganz unkritisch von Alldeutschtum überfloß, und sich damit ein gutes Stück seines Ansehens bei allen nüchternen Politikern verscherzt. Ich sagte ihm, nach all dem Alldeutschtum, was er geredet habe, könne er unmöglich Mitglied einer Partei werden, die wie die damalige Sozialdemokratie noch völlig international war. Man würde ihn der größten Charakterlosigkeit beschuldigen, und um bei den Sozialdemokraten Glauben an seine sozialdemokratische Gesinnung zu erlangen, würde er sich entwürdigenden Beweisen seiner Gesinnungsänderung unterwerfen müssen, zu denen sich ja dann auch Maurenbrecher, als er Sozialdemokrat wurde, verstehen mußte. Die Aussicht, die Arbeiter zum Deutschtum zu erziehen, gebe er damit vollständig preis, d. h. gerade das Nationale in seinem Sozialismus. Als er mich dann fragte, ja was ihm denn dann noch für eine Rolle bleibe, antwortete ich: „Das deutsche Bürgertum mit sozialem Geiste zu durchdringen. Unsere Linke sei ja in sozialen Dingen ebenso vernagelt wie die Sozialdemokraten in nationalen. Es gelte die beiden einander zu nähern, indem er den linksbürgerlichen Parteien sozialpolitisches Verständnis einpauke. Der einzige Weg sei, daß er der damals unter Schraders Führung stehenden deutschfreisinnigen Partei beitrete.“ Ich selbst hatte mit dieser in früherer Zeit in lebhafter Fehde gestanden. Aber der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion hatte mich längst zum Mitarbeiter an der von Theodor Barth herausgegebenen „Nation“ gemacht, und von der Versöhnung Ludwig Bambergers mit mir habe ich schon gesprochen. „Diese kleine, aber sehr intelligente Fraktion sei das einzige, was ihm zugleich Zuflucht und eine Aufgabe gebe.“ Nach einigem Widerstreben sah Naumann ein, daß ich recht habe; aber der Schritt wurde ihm schwer, und er machte zur Bedingung, daß ich gleichzeitig mit ihm in die Partei eintrete. Das war für mich, der ich den Beitritt zu einer Partei mit der Wissenschaft für unvereinbar hielt, eine harte Zu-

mutung. Aber das öffentliche Leben Deutschlands hatte in dem vorausgegangenen Jahrzehnt keine Persönlichkeit hervorgebracht, die wärmeres Interesse zu erwecken geeignet war, als Friedrich Naumann; er hatte das große Verdienst, die heranwachsende Jugend mit einem neuen Ideale erfüllt zu haben. Unmittelbar vor seinem Auftreten hat es unter der Jugend, abgesehen von frühzeitigen Strebern, nur reaktionär oder sozialdemokratisch Gesinnte gegeben. Naumanns Lehre, daß die Zukunft des deutschen Volkes und die der deutschen Arbeiter auf das innigste verbunden seien, daß es, um beider Glück zu verwirklichen, notwendig sei, das Deutsche Reich sozial und die deutschen Arbeiter national denkend zu machen, mit seinem alles bestrickenden Zauber vorgetragen, hatte ein neues Ziel gesteckt, das die Besten der deutschen Jugend beseelte. Der Wunsch, dem öffentlichen Leben einen Mann, der dies geleistet hatte, zu sichern, bestimmte mich, nachzugeben.

Ich vermittelte seinen gleichzeitigen Eintritt mit mir in die Deutschfreisinnige Partei. Am 27. Juli 1903 erhielt Naumann die Antwort Schraders, daß die Nationalsozialen dieser willkommen seien. Der letzte nationalsoziale Vertretertag hat dann Ende August den Entschluß Naumanns gebilligt.

Aber nicht so die übrigen Parteien. Besonders ungehalten hat sich die Nationalliberale Partei über die Nationalsozial-freisinnige Vereinigung gezeigt. Auch sie seufzte nach Vereinigung der verschiedenen liberalen Parteirichtungen, aber in der Weise, daß die übrigen in ihr aufgingen. Der Wunsch war ganz besonders groß in Bayern, wo die Nationalliberalen durch eine Wahlreform zugunsten des Zentrums bedroht waren. Aber was sie boten, konnte wirklich liberal Denkende nicht locken¹. Da schrieb ich einen Brief an die „Frankfurter Zeitung“², in dem ich bemüht war, die Verschmelzung der wirklich liberal Denkenden deutschen Volkspartei, der der spätere Vizekanzler von Payer angehörte, mit der Nationalsozial-freisinnigen Vereinigung herbeizuführen, und einen Artikel in Naumanns „Hilfe“³, in dem ich den Liberalen vorhielt, daß sie die Sympathie der Tausende verloren hätten, seit sie, satt geworden, den Kampf für die Befriedigung der anoch Hungrigen anderen überlassen hätten. Das habe den Eindruck erweckt, als habe ihre frühere Opposition nur den Zweck gehabt, sie selbst in eine bessere Stelle zu bringen; jetzt säßen sie warm, und nun sei ihnen die Welt die beste der Welten. Beide Artikel haben den

¹ Siehe den anonymen Aufsatz aus Augsburg „Die Einigung der Liberalen“, den die „Freistatt“ vom 9. Mai 1903 aufgenommen hat. — ² „Frankfurter Zeitung“ Nr. 315 vom 13. November 1903, drittes Morgenblatt. — ³ „Über politische Initiative“, „Die Hilfe“ vom 15. November 1903.

Zorn der Nationalliberalen hervorgerufen. Einer der Führer der jungliberalen Bewegung, deren Aufgabe es war, für Nachwuchs der Nationalliberalen zu sorgen, hat sie zum Anlaß genommen, mich und die Anhänger meiner Richtung zu „Selbstbescheidung“ und „mehr wahrhaftigem Liberalismus“ zu mahnen¹. Ich habe darauf dem Verfasser in einem Aufsatz² „Jungliberale Krokodilstränen“ alle die Sünden vorgehalten, wodurch die Nationalliberalen das Wort liberal in den weitesten Kreisen in Verruf gebracht haben: daß sie den Kulturkampf in einer Weise geführt haben, daß das Prinzip des Liberalismus darüber in Trümmer ging; daß sie die Tortur des Gefängnisses zur Erpressung der Zeugnisse von Redakteuren angenommen hätten; daß sie bei der zweiten Vorlage des Sozialistengesetzes ihre noch bei der ersten Vorlage aufrechterhaltenen Prinzipien vergessen und sich zur Annahme eines Gesetzes hätten bereit finden lassen, das uns nach dem Zeugnisse Miquels um dreißig Jahre zurückgeworfen habe; daß sie auf alle ihre freiheitlichen Wirtschaftsgrundsätze verzichtet hätten, sobald ihre Sonderinteressen in Frage kamen, und um dessentwillen sogar dem Antrag Kardorff zugestimmt hätten, durch den die Minorität ordnungswidrig mundtot gemacht wurde; und dann habe ich ihn ausgelacht, wenn er uns warnte, wegen unserer sozialpolitischen Verständigung mit der Freisinnigen Vereinigung auf der Hut zu sein, da sein Groll sich ja nur dagegen richtete, daß wir mit den Nationalliberalen, alt und jung, einstweilen eine Gemeinschaft noch nicht wünschten.

Die Krokodile, die ihre Tränen vergeblich vergossen hatten, haben sich, wie wir noch sehen werden, gerächt.

II. Die Kartellenquete

Doch zuvor muß ich von anderem erzählen. Als ich Professor in Wien war, habe ich in der dortigen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft den schon erwähnten Vortrag über Kartelle gehalten. Das Thema war damals noch wenig behandelt. Dem 1883 darüber erschienenen Buche von Kleinwächter fehlte die Hauptsache, die Untersuchung über die Ursachen, die zur Kartellbildung führen. Ich habe in meinem Vortrage ausgeführt, sooft bei Konkurrenz die Unfähigkeit, das Angebot der Ware vom Markte zurückzuziehen, die vereinzelt Verkäufel jeder Möglichkeit, den Preis ihrer Ware auf der Höhe der Produktionskosten zu halten oder darüber zu steigern, beraubt, führe das Selbstinteresse zur Koalition. Daher zuerst Kartellierungen in den Kohlenbergwerken. Wer einen Schacht bohrt, einen Stollen treibt, kann das darin fixierte Kapital nicht mehr zurück-

¹ „Freistatt“, Heft 48, vom 29. November 1903. — ² „Freistatt“, Heft 49, vom 5. Dezember 1903.

ziehen, auch wenn der Preis der Kohle so tief sinkt, daß er gar keinen Gewinn abwirft. Dann kamen die Eisenbahnen. Auch hier ist das Anlagekapital nicht der Art, daß es, wenn der Gewinn unter den üblichen Satz sinkt, nach Belieben zurückgezogen werden kann; auch hier hat in den Ländern des privaten Eisenbahnbetriebs eine vorausgegangene Konkurrenz zu deren Aufhebung in Tarifverabredungen, Absatzkartellierungen, ja Fusionen geführt. In dem Maße, als die Zunahme des unübertragbaren Kapitals in den verschiedenen Industriezweigen fortschritt, dann auch Kartellierungen in den übrigen Industriezweigen. Ich habe mich auch später wiederholt über die Kartelle und die Voraussetzungen, daß sie Bestand haben, geäußert¹, über den Unterschied zwischen Kartellen und Trusts, ihre Arten und die Wirkungen der einen und der anderen. Auf Grund meiner diesbezüglichen Schriften war ich, als 1902 eine Untersuchung der Kartelle nach Berlin einberufen wurde, zum Mitglied der damit betrauten Kommission ernannt worden.

Schon bei der ersten Vorbereitung der Enquete hatte ich Gelegenheit, sowohl das auf seiten der Kartellierten bestehende Streben, die Untersuchung zu nichts kommen zu lassen, als auch das entgegengesetzte ehrliche Streben Posadowskys, die Dinge, wie sie wirklich lagen, festzustellen, kennenzulernen. Wie dies bei deutschen Enqueten üblich ist, sollte zunächst ein Fragebogen aufgestellt werden, der bei der Untersuchung einzuhalten war. Eine der wichtigsten zu untersuchenden Fragen war die Rückwirkung der horizontalen auf die vertikale Konzentration der Betriebe, d. h. welche Wirkung die Kartellierung der Betriebe auf die Angliederung der vorausgehenden und der nachfolgenden Stadien der Produktion habe; denn sie betraf die Möglichkeit der Fortexistenz der sogenannten reinen neben den gemischten Betrieben und damit auch der Fortexistenz aller Fertigfabrikation. Schon bei Aufstellung des Fragebogens ging das Streben der Kartellinteressenten und ihrer Vertreter dahin, diese Frage nicht zur Untersuchung kommen zu lassen. Ich beantragte ihre Aufnahme in den Fragebogen, würde aber nicht durchgedrungen sein, wenn nicht Posadowsky, der bei Aufstellung des Fragebogens den Vorsitz führte, mit den Worten: das ist ja der wichtigste Punkt, mir zu Hilfe gekommen wäre. Ich habe der ersten Untersuchung, der über die Kohle, nicht anwohnen können, wohl aber der zweiten über den Koks. Den Vorsitz führte der Direktor des Reichs-Statistischen Büros, Dr. van der Borgh, von dem man munkelte, er wünsche, wenn es zu dem

¹ Über die Ursachen der heutigen Not. Ein Beitrag zur Morphologie der Volkswirtschaft. Leipzig 1889. / Moderne Großkartelle und Arbeiterkoalitionen. „Die Woche“, Nr. 15, vom 24. Juni 1899.

Kartell der Kartelle, dem Ideal des Geheimrats Kirdorf-Gelsenkirchen, käme, der Sekretär dieses Kartells zu werden. Als es nun zu der Frage der Rückwirkung der horizontalen auf die vertikale Konzentration der Betriebe kam, suchte van der Borgh sie zu übergehen, wie sie bei der ersten Untersuchung über die Kohle unterschlagen worden war. Ich protestierte. Ich war sehr gut vorbereitet, und stellte in eingehenden Ausführungen die Fragen, die zu stellen waren. Darauf der Vorsitzende: Ich weiß nicht, ob jemand hierzu etwas zu sagen hat; ich habe nichts zu sagen, bemerke aber, daß jeder sich kurz fassen möge; die Herren aus dem Rheinland wollen mit dem 2-Uhr-Zug abfahren und zuvor noch zu Mittag essen!! Darauf hatte ich Gelegenheit, eine Beobachtung zu machen, die nicht ohne allgemeine Bedeutung war. Die großen Gruben- und Hüttenbesitzer waren vornehme Herren mit guten Manieren; dagegen kamen mit ihnen Verbandssekretäre, die, nachdem ihre Herren geredet hatten, deren Gegnern wie Kettenhunde zwischen die Beine fuhren. So erhob sich nach mir Herr Kirdorf. Er antwortete sachlich und höflich, während nach ihm Herr Beumer in wütendem Zorn über mich herfiel. Dann nahmen noch Dr. Gothein und andere das Wort. Aber die Herren aus Rheinland und Westfalen haben ihren Zug noch erreicht.

Der Eindruck von dem, was ich zu hören bekommen hatte, war der einer außerordentlichen Macht, welche die kartellierten Kohlengrubenbesitzer über die gesamten vom Kohlenbezug abhängigen Betriebe erhalten hatten. Es war höchst interessant zu verfolgen, in welcher Weise sich das Maß der Abhängigkeit der verschiedenen Produktionsstadien der gebrauchsfertigen Ware in den Äußerungen ihrer Vertreter spiegelte. Die Roheisenindustrie hatte nur Lob für das Kohlensyndikat, wenigstens im Rheinland-Westfalen. Sie war nämlich gleichfalls stark kartelliert; was sie gegen das Kohlen- und Kokssyndikat gesagt hätte, würde also auch gegen sie selbst gegolten haben; auch war sie unter der Herrschaft des Schutzzolls durch ihr Kartell instand gesetzt, eine etwaige Verteuerung ihrer Kosten auf ihre Abnehmer weiterzuwälzen. Zudem hatten die Hochofenwerke, außer denen im Siegerland, selbst eigene Zechen; ebenso die schlesischen Hochofenwerke mit Ausnahme eines einzigen, und dieses klagte allerdings laut gegen die oberschlesische Kohlenkonvention und wäre, wenn nicht der preußische Staat ein Fünftel der schlesischen Kohlengruben besessen hätte, äußerst gefährdet gewesen; auch so hatte es im vorausgegangenen Jahr eine Dividende nicht zahlen können. Was für das Roheisen, galt auch für die Herstellung von Halbzeug. Dagegen minderte sich die überwiegende Anerkennung, die den Kartellen der vorausgehenden Produktionsstadien zuteil wurde, je mehr man in die Fertigfabri-

kation hineinkam. Zwar sagte ein jeder, daß er es sehr bedauern würde, wenn diese Kartelle aufhören würden. Wer auch hätte es mit den Übermächtigen durch zu lautes Klagen verderben wollen? Nichts war mir bezeichnender, als daß der Präsident des Walzwerksverbands in einer Pause an mich mit der Bitte herantrat, ich möge doch einige Ausführungen machen, die im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der reinen mit den gemischten Walzwerken gelegen waren. Ich war mit dem, was er gesagt haben wollte, ganz einverstanden, antwortete aber, er möge es doch selbst vorbringen; wenn ich es sage, werde ich als Theoretiker keinen Eindruck machen; ganz anders, wenn er als Praktiker rede. „Aber nein“, war die Antwort, „Sie sind ein unabhängiger Mann und können ohne Gefahr reden, ich aber riskiere Schwierigkeiten im Kohlenbezug.“ Und als er dann selbst sprach, schloß er seine zahlreichen Auslassungen mit den Worten:

„Auf dem Banner, das wir reinen Walzwerke tragen, steht: Schutz der nationalen Arbeit. Den Schutz der nationalen Arbeit finden Sie in dem Zollschutz, der Ihnen gewährleistet ist, für Halbzeug; wäre dieser Schutz nicht da, dann würden wir in diesem Augenblick sehr billiges Halbzeug vom Ausland kaufen können. Die (gemischten) Werke Ihres Verbands aber verkaufen Stabeisen zu so billigen Preisen, daß wir dafür Stabeisen bei heutigen Halbzeugspreisen entfernt nicht herstellen können. Den Schutz des Nationalen, den Sie für sich in Anspruch nehmen und den wir Ihnen auch gern gegönnt haben, den haben Sie uns, Ihren treuen Abnehmern, mit diesen Unterbietungen genommen.“

So weit also hatte das herrschende, sogenannte protektionistische Solidaritätssystem es gebracht, daß der Vertreter eines geschützten Erwerbszweigs den Vertretern anderer diese Worte zurief! Und doch waren diese Klagen der reinen Walzwerke noch bescheiden. Bei den Kleiseisenindustriellen wurde das Klagen schon lauter; auch sie haben die Kartelle der Rohstoffproduzenten gelobt; aber ihre Lobeserhebungen machten den Eindruck der Versicherungen des geprügelten Knaben, wie sehr er seinen Lehrer liebe, wenn er nur aufhören wolle, zu hauen. Und so ging es weiter; und auch wo die Fertigfabrikanten den Fabrikanten ihres Rohstoffs heftig gegenübertraten, wie in den Verhandlungen über den Verband deutscher Druckpapierfabrikanten die Drucker, endete die Aussprache mit einer fast demütigen Bitte der Käufer, die ausgeteilten Nadelstiche vergessen zu wollen.

2

Der Eindruck von der Macht der Kartelle über das Wirtschaftsleben, den ich von den Verhandlungen erhielt, war — zumal wenn ich an Bayern dachte — überwältigend. Arm wie es ist an eigenen Kohlenfeldern, sah ich es für den Bezug von Kohle und Koks ganz auf das Kohlen- und Koks-

syndikat angewiesen, wozu noch kommt, daß seine Verkehrslage zum Rheinland die denkbar ungünstigste ist. Wohl hat es zahlreiche Wasserkräfte. Aber Oskar von Miller hatte ausgeführt, die in Bayern südlich der Donau verfügbaren Wasserkräfte lieferten nur etwa 50000 Pferdekräfte; das war nach Abzug der 100000, welche die Eisenbahnen bei Elektrisierung benötigen würden, zu wenig, um die bayerische Industrie von der Kohle unabhängig zu machen. Ihre Unabhängigkeit von den Rohstoffverbänden schien mir nur ermöglicht werden zu können, wenn Bayern in Rheinland-Westfalen selbst Kohlengruben erwerbe. Ich habe daher nach Schluß der Verhandlungen an den mir befreundeten Finanzminister Freiherrn von Riedel telegraphiert, er möge mich am folgenden Tage in seinem Amte empfangen. Dort erzählte ich ihm, was ich beobachtet hatte, und führte aus, daß bei dem ungenügenden Kohlenvorkommen in Bayern dessen gesamte Industrie in Abhängigkeit von der westfälischen und oberschlesischen Kohle sei, wenn die bayerische Regierung nicht die Gelegenheit ergreife, die Aktien der Grube Hibernia zu kaufen. Meine Schilderung von der Gewalt, welche das Kohlenkartell über die Wirtschaft habe, hat großen Eindruck auf ihn gemacht, so daß er sagte, die Regierung werde meine Mitteilungen „zu Faden schlagen“. Aber als wir uns in Ambach wiedersahen, meinte er, er könne den Ankauf nicht machen, ohne vorherige Genehmigung des Landtags. „Aber“, erwiderte ich, „er habe doch ohne diese das neue Hofbräuhaus gebaut und die nachträgliche Indemnität durch die Erklärung erlangt, wenn der Landtag sie nicht gewähre, sei er bereit, das Hofbräuhaus zu übernehmen, und das nachfolgende Bockfrühstück, das er den Landboten gegeben, habe diese lachend versöhnt; das nötige Geld werde ihm Rothschild schon borgen; die nachträgliche Genehmigung eines so evident im Interesse der bayerischen Volkswirtschaft gelegenen Ankaufs werde er wie beim Neubau des Hofbräus sicher erhalten.“ Dann meinte er, er verfüge nicht über die nötigen Sachverständigen, die den Wert der Grube bemessen könnten. Meine Antwort war, besser als diese, zeige ihm diesen Wert der Kurs der Aktien. Schließlich wies er mich an den Minister Freiherrn von Feilitzsch, in dessen Ressort die Sache gehöre. Das lehnte ich ab, da ich keine Beziehungen zu diesem habe, und mich an ihn nur auf Grund unserer freundschaftlichen Beziehungen gewandt hatte.

Aber diese Verbescheidung seitens des überragenden Kopfes unter den bayerischen Ministern wurmte mich; hätte er den Einblick wie ich in der Kartellenquete in die überwältigende Macht der koalitierten Kohlengrubenbesitzer über das gesamte Wirtschaftsleben erhalten, er würde bei dem ersten Eindruck, den ihm meine Mitteilungen gemacht haben, geblieben

sein. So versuchte ich bei dem Prinzen Ludwig, der ja in volkswirtschaftlichen Dingen dilettierte. Aber da wurde ich noch mehr enttäuscht. Er hörte mir sehr aufmerksam zu. Dann aber meinte er, die Hibernia läge ja außerhalb Bayerns. Ich erwiderte, eben weil Bayern keine entsprechenden Kohlen habe, sei ich ja für ihren Ankauf. Eine weitere Entschuldigung war, daß er ohne jeden Einfluß auf die Regierung sei; ich möge mich an den Minister von Podewils wenden. Ich antwortete, ich glaube, das Hauptinteresse habe der Thronfolger. Ich habe dann noch im März 1904 einen Vortrag in München gehalten¹, in dem ich das ganze Kartellproblem erörtert, alles, was ich in der Berliner Kommission beobachtet hatte, ausführlich dargelegt und nochmals betont habe, daß der bayerische Staat zusehen solle, daß er, wie die Württemberger, selbst Eigentümer ergiebiger Kohlenzechen im Ruhrgebiet werde oder durch Erwerbung der Mehrheit der Aktien in einer genügenden Zahl von Werken die Kontrolle über diese erlange. Aber es ist nichts geschehen, und da weder Thronfolger noch Minister, die es in erster Linie anging, der Sache näherzutreten wollten, habe ich mich nicht mehr um sie gekümmert. Wegen des Ankaufs der Hibernia ist dann Preußen in Verhandlungen getreten, die indes an einer Gegenaktion der kartellierten Zechenbesitzer, welche den Einfluß des Staates fürchteten, gescheitert sind.

Ich bin nie mehr zur persönlichen Teilnahme an der Kartellenquete nach Berlin gefahren. Als Posadowsky, nachdem er aus seinem Amte geschieden war, mich gelegentlich eines Wohnungskongresses in München besuchte, erzählte ich ihm, warum ich dies unterlassen habe: wenn man sich, wie ich damals, wochenlang auf eine Frage vorbereitet habe, und es dann zu keiner ordentlichen Verhandlung komme, weil die Herren aus Rheinland-Westfalen mit dem 2-Uhr-Zug abreisen wollten, hüte man sich, seine Arbeit nochmals zu verschwenden. Ach, war die Antwort, ähnlich haben ja meine Beamten auch mich behandelt!

III. Die Wohnungsfrage

Die Wohnungsfrage, die Posadowsky nach München geführt hatte, hatte mich längst beschäftigt. Präsident des Bayerischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens war der Oberbürgermeister von München; ich war Vizepräsident. Aber da der Präsident höchst selten in die Sitzungen kam, hatte ich diese regelmäßig zu leiten.

Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat der Umschwung sich fühlbar gemacht, der auf volkswirtschaftlichem Gebiete seit Ende der

¹ „Die beabsichtigte Neuorganisation der deutschen Volkswirtschaft“, abgedruckt in den „Süddeutschen Monatsheften“ I, S. 254.

siebziger Jahre eingetreten ist. Ehedem waren es große ideale Auffassungen von Staat und Kirche und Volkswirtschaft und Gesellschaft gewesen, welche die Menschen zu politischen Organisationen zusammengeführt hatten. Wer ein Sonderinteresse geltend gemacht hätte, das ihn zu seiner Teilnahme an der einen oder andern führe, wäre verachtet worden. Nunmehr wars umgekehrt. Wer gegenüber dem Sonderinteresse das Interesse des Ganzen verfolgte, wurde geschmäht. Es galt als selbstverständlich, daß man sich auf die Seite schlug, auf der der persönliche Vorteil lag; wer anders handelte, galt als Tor. In mächtigen Verbänden suchten die Gleichinteressierten ihren Vorteil auf Kosten des Ganzen, und unzählige Talente, die ehedem in selbstloser Aufopferung nur dem Vaterland zu dienen bestrebt gewesen, lieferten jetzt sogenannte wissenschaftliche Argumente für ihre Brotgeber. Das gilt auch für die Hausbesitzerverbände. Als im Oktober 1904 der erste allgemeine Wohnungskongreß in Frankfurt a. M. zusammentrat, hat der Hauptführer der deutschen Hausbesitzerverbände, Stadtrat Hartwig (Dresden), seine Leute so zahlreich auf den Kongreß kommandiert, daß die Verhandlungen den Eindruck zu hinterlassen drohten, daß auch ohne Reform eine andauernde Besserung der Wohnungsverhältnisse zu erwarten sei. Charakteristischerweise unterschied Stadtrat Hartwig Hausbesitzer, die noch einen anderen Beruf haben, wie Lehrer, Beamte u. dgl., von denen, die in nichts anderem als der Nutzbarmachung ihrer Häuser aufgehen. Von ersteren sprach er ziemlich wegwerfend als von Personen, die das Hausbesitzerinteresse eventuell höheren Interessen unterordnen. Ihnen stellte er entgegen die Aufrechten, die rücksichtslos über alle anderen Interessen hinwegschreiten; er sah darin einen neuen Berufsstand, bestehend teils aus Rentnern, teils aus Strohmännern, die mit Schulden überladen im Interesse ihrer Gläubiger die Hausverwaltung besorgen. Wahrlich, es waren andere Hausbesitzer, die der Gesetzgeber im Auge hatte, als er in der preußischen Städteordnung bestimmte, daß die Hälfte der Stadtverordneten aus den Hausbesitzern zu wählen sei! Damals war Hausbesitzer soviel wie ein Mann, dessen Interesse im Gesamtinteresse der Stadt aufgeht; nun war er nur zu oft ein Mann, der sein Interesse im Gegensatz zu dem der Gesamtheit zur Geltung brachte, und in anderen Fällen ein Element, das an Unstetigkeit den Wanderarbeiter, geschweige denn die seßhafte Arbeiterbevölkerung weit übertraf. Dem entsprach auch das Hauptreferat des Professors Pohle von der Frankfurter Akademie. Nach ihm hätten, wie die „Freistatt“ sagte, die Kongreßbesucher wieder abziehen können, wie nach einer abgesagten Theatervorstellung. Doch der Kongreß wurde gerettet durch die Reden, die von katholischer Seite der Dominikaner P. Dal-

matus, von protestantischer Naumann über die Wohnungsfrage und die Familie hielten, und worin sie die Wohnungszustände, wie sie wirklich waren, schilderten.¹

2

Unser Münchener Wohnungsverein hatte den Vorzug, daß darin nicht nur Hausbesitzer vertreten waren, sondern auch Arbeiter, die unter den städtischen Wohnungsmißständen besonders litten. Besondere Verdienste um deren Beseitigung haben sich der Leiter des städtischen statistischen Büros, Dr. Singer, ferner dessen Nachfolger im Sekretariat, der aus meinem Seminar hervorgegangene Dr. Busching, erworben. Ich selbst war mir frühzeitig darüber klar geworden, daß keine Wohnungsreform in großen Städten den bestehenden Mißständen abzuhelpen vermöge, wenn man die Arbeiterwohnungen nicht von den sogenannten Schlafgängern drainiere; denn ohne dies tritt auch in den für Arbeiter gebauten neuen Wohnungen alsbald wieder Überfüllung mit allen ihren nachteiligen Folgen ein. Dementsprechend war ich lebhaft dafür eingetreten², daß man — wie dies in Mailand geschehen — nach dem Muster der von Lord Rowton in London erbauten Ledigenheime auch in München solche erbaue. Auch auf dem Frankfurter Wohnungskongresse bin ich dafür eingetreten. Aber lange wurde meine Forderung als etwas Utopisches behandelt; sie würde wohl ewig nur ein Programmpunkt bleiben. Jetzt, nach dem Kriege, ist sie erfüllt worden; am 31. Mai 1927 ist das Münchener Ledigenheim eröffnet worden; es ist die einzige vom Münchener Wohnungsverein getroffene Maßnahme, die auch finanziell sich rentiert.

IV. Arbeitskämpfe und politische Ereignisse

Daneben habe ich auf den Hilferuf gehört, den die Crimmitschauer Weber 1903 an meine Kollegen, den Professor der Hygiene Max Gruber, den Juristen Löwenfeld und an mich in ihrem Kampfe um die Herabsetzung des Arbeitstags von 11 auf 10 Stunden richteten. Daß die Forderung angesichts der Erhöhung der Anstrengung durch Ersetzung der alten Webstühle mit nur 48 bis 55 durch solche mit 75 bis 80 Schuß in der Minute hygienisch berechtigt sei, hat Gruber dargetan; er trat für die 50- bis 55stündige Arbeitswoche ein, wobei der Sonnabend halb frei sein solle. Löwenfeld trat für das unbestreitbare Recht der Arbeiter ein, mit den zuziehenden Arbeitswilligen in Verbindung zu treten, um sie über

¹ Siehe über den Frankfurter Wohnungskongreß die „Freistatt“, Heft 43 und 44, vom 22. und 29. Oktober 1904. — ² Lujo Brentano, Das Ledigenheim (Albergo Popolare) in Mailand. Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, Nr. 2, Juni 1903. / Wohnungszustände und Wohnungsreform in München. 1904. / Die Arbeiterwohnungsfrage in den Städten, mit besonderer Berücksichtigung Münchens 1909.

die Streitfrage zu unterrichten; er hat das Recht des Streikpostenstehens glänzend verteidigt. Ich habe ausgeführt, daß die Herabsetzung auch ökonomisch möglich sei, und mich auf das zustimmende Urteil einer größeren Anzahl Crimmitschauer Vigognespinnereibesitzer und Bukskinfabrikanten berufen, die mit der Einführung eines gesetzlichen zehnstündigen Arbeitstags sehr einverstanden waren; der ganze Zwist sei nur ein Ausfluß des „Herr im Hause“-Standpunkts. Ich kennzeichnete die „Unparteilichkeit“ der Behörden und habe besonders scharf die Heranziehung arbeitswilliger Galizier und Böhmen vom Standpunkt des sonst so eifrig gewünschten Schutzes der „nationalen Arbeit“ aus geißelt. Auch Prof. Hans Delbrück hat sich im Januarheft 1904 der Preuß. Jahrbücher empört über das Verhalten der sächsischen Polizei ausgesprochen. Nur der Pfarrer von Crimmitschau rechtfertigte durch seine Parteinahme für die Arbeitgeber, wenn man von einer „Kapitalistenkirche“ sprach. Und zwar redeten so nicht nur die Weber¹; das sächsische Oberlandesgericht rechtfertigte aufs neue meinen Satz: die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, wer aber davon Gebrauch macht, wird bestraft. Die Weber haben 1903 den Kampf verloren, aber 1908 hat ihnen das Gesetz gewährt, was fünf Jahre vorher für unmöglich erklärt worden war. Noch heute bewahren die Crimmitschauer Weber denen ein dankbares Andenken, die ihnen 1903 zur Seite gestanden haben².

2

Als 1903 die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Hamburg stattfand, bin ich mit meiner Tochter über Kassel, Braunschweig, Goslar, Hildesheim, Lüneburg und Lübeck dahin gefahren, um ihr die Herrlichkeit der nordwestdeutschen Städte zu zeigen, und von Hamburg nach Schluß der Versammlung nach Helgoland. Aber so sehr sie uns entzückten, mich als Sozialpolitiker hat noch weit freudiger der Fortschritt in der Wandlung der Sozialdemokratie berührt, den ich allzeit als Folge der Beseitigung des Sozialistengesetzes vorausgesagt hatte und der nun selbst bei Bebel sich zeigte.

In dem von Karl Marx verfaßten kommunistischen Manifeste heißt es: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Ich habe schon von Vollmar gesprochen, der dem Gedanken einer großen, die Sozialdemokraten umfassenden liberalen Partei ebenso zugänglich war wie auf der anderen Seite Bamberger und Barth.

¹ Siehe „Die Hilfe“ vom 25. Oktober 1903 und 17. und 24. Januar 1904. — ² Siehe „Crimmitschau, 1903—1928. Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutsamsten Arbeitskampf.“ Herausgegeben vom Hauptvorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes. Berlin.

Aber auf dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokraten ist Bebel noch der unversöhnliche Marxist gewesen und hat, wie man sagte, als derjenige, der öfter und länger als Vollmar im Gefängnis gesessen, über Vollmar gesiegt. Doch schon 1904 hat sich auch bei Bebel die eingetretene Wandlung gezeigt; er sagte im Reichstag:

„Sie können künftig keinen siegreichen Krieg ohne uns schlagen. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns und nicht gegen uns; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich sage noch mehr: Wir haben sogar das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerzt werden sollen . . ., in dem es sich um die Existenz Deutschlands handelt — ich gebe Ihnen mein Wort —, sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu liebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, um dieses unser Vaterland, unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr als Ihr Vaterland ist (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist unser Bestreben, das suchen wir zu erreichen, und deshalb werden wir jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzuge zurückweisen!“

Naumann hat über diese Rede in der „Hilfe“ unter dem Titel: „Bebel spricht nationalsozialistisch“ quittiert¹. Was Bebel gesagt hatte, sollte sich zehn Jahre später bewahrheiten.

3

Um diese Zeit wurde die öffentliche Meinung in Deutschland stark durch die Taten und Missetaten der zarischen Regierung in Aufregung versetzt. Es ist heute als eine der Differenzen, die zur Verabschiedung Bismarcks geführt haben, bekannt, daß, während Bismarck ein Bündnis mit England ersuchte, Wilhelm II. Rußland blind ergeben war. Rußland war 1904 im Kampf mit Japan. Die deutsche Freundschaft hat die Russen nicht gehindert, durch die „Freiwilligen Flotte“, die sie vertragswidrig unter der Handelsflagge durch den Bosphorus entsendet hatten, im Roten Meere die japanische Post, die der deutsche Postdampfer „Prinz Heinrich“ an Bord hatte, konfiszieren und einen deutschen Handelsdampfer beschlagnahmen zu lassen. Aber noch mehr! Um den Krieg beenden zu können, brauchten die Russen Geld. Gleichzeitig sah sich die deutsche Regierung in der Notwendigkeit, einen neuen Handelsvertrag mit Rußland abzuschließen; denn am 15. Dezember 1902 war unter Vergewaltigung der Geschäftsordnung vom Reichstag jener Zolltarif angenommen worden, von dem

¹ „Die Hilfe“ vom 20. März 1904.

Schmoller sagte, „es scheine, daß nicht die Regierungen, sondern die großen Wirtschaftsverbände ihn abgeschlossen hätten“. Nun galt es, die Zustimmung Rußlands zu erlangen, daß auf Grund dieses Tarifs der Zoll auf den Zentner russischen Roggens und Weizens auf 6 Mark erhöht werde. Aber die Russen waren dazu nur bereit, wenn die von Bismarck 1887 der Aufnahme russischer Anlehen in Deutschland bereiteten Schwierigkeiten beseitigt würden. Als Verhandlungen darüber bekannt wurden, wurden die Gerüchte über sie zuerst dementiert, dann aber, nachdem Herr von Witte den Grafen Bülow in Norderney besucht hatte, wurde auch von den Offiziösen zugegeben, daß die Deutschen der russischen Regierung 250 Millionen Mark zu 5 Prozent für kurze Frist borgen sollten; nach Beendigung des Krieges soll dieses Darlehen in ein niedriger verzinsliches fundiertes Anlehen verwandelt werden, und dafür solle die deutsche Regierung das Recht erhalten, den Zentner russisches Getreide um 6 Mark der deutschen Bevölkerung zu verteuern.

Ein halbes Jahr später wurde dem Reichstag der deutsch-russische Handelsvertrag vorgelegt und gleichzeitig nahm Rußland ein Anlehen nicht von 250, sondern von 500 Millionen Mark in Deutschland auf. Allein dies war nicht alles. Bis 1887 waren die russischen Staatspapiere hauptsächlich in deutschem Besitz. Darauf hat Bismarck sie für kreditunwürdig erklärt, und sie wanderten nach Frankreich. Deutschland soll dabei 2 Milliarden verloren haben. Aber in den letzten Jahren war das französische Kapital bedenklich geworden und wollte keine Vorschüsse mehr geben. Darauf hat Herr von Witte bereits 1901 wieder in Berlin ein Anlehen aufgenommen, und schon damals hieß es, die deutsche Reichsregierung habe dies mit Rücksicht auf die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen zugelassen. 1905 wurde das deutsche Volk veranlaßt, dem Zaren abermals 500 Millionen zu borgen. War der russische Staatskredit seit 1887 besser geworden? Die Prämie, die der Lloyd für Versicherung des Lebens des Zaren nahm, war im Januar 1905 von 30 Shilling für 100 Guineen auf 15 Guineen gestiegen. Versicherer waren die Inhaber russischer Staatspapiere. In Deutschland aber wurden der Minimalzölle wegen die Kapitalisten verleitet, Rußland 500 Millionen Mark zu borgen!

Doch diese Politik hat die öffentliche Meinung weit weniger aufgeregt, als ein Hochverratsprozeß, der gleichzeitig in Königsberg stattfand. Es waren sozialistische und anarchistische Schriften nach Rußland geschmuggelt worden. Das Gericht hatte eine gewisse Schuld der Schmuggler gefunden und sie zu hohen Strafen verurteilt, aber im ganzen war der Prozeß eine Niederlage der Anklagebehörde. Die glänzende Verteidigung Lands-

bergs hat es fertiggebracht, daß der Prozeß zur großen Gesamtanklage gegen die inneren russischen Zustände wurde. Die blutige Despotie wurde noch kaum je so enthüllt wie vor diesem Gerichtshof. Der Wut-schrei der Gepeitschten und Deportierten klang schrill durch Deutschland. Und in welchem Widerspruch standen diese Enthüllungen zu dem, was die russischen Machthaber als Rußlands Kulturmission der Welt vorzumachen pflegten¹! „Ich glaube, daß Rußland eine Kulturmission hat wie kein anderes Volk in der Welt, eine Kulturmission nicht bloß in Asien, sondern auch in Europa . . . Wir Russen tragen auf unseren Schultern die neue Zeit; wir kommen die ‚Müden‘ zu befreien.“ Das waren die Worte des Grafen Murawiew. Ganz ebenso haben alle übrigen leitenden Staatsmänner Rußlands gesprochen: der Präsident der russisch-chinesischen Bank, Fürst Uchtomski, der Höchstkommmandierende im Kriege gegen Japan, Kuropatkin, der Prokurator der heiligen Synode, Pobjedonoszeff, der frühere Finanzminister von Witte und ebenso sein ermordeter Kollege und Gegner von Plehwe. In Asien habe Rußland die Mission, Kultur und den orthodoxen Glauben zu verbreiten und die Inder vom britischen Joch zu befreien; in Europa habe es eine dem Charakter des russischen Volks homogene Kultur zu entwickeln, die der Afterkultur des westlichen Europa weit überlegen sein werde. „Eine neue Ära“, hieß es in der Proklamation Kuropatkins nach dem Siege von Geok Teppe, „ist eröffnet — eine Ära der Gleichheit und des gesicherten Besitzes für alle ohne Unterschied. Unsere zentralasiatische Politik kennt keine Parias. Hierin liegt unsere Überlegenheit über die Engländer!“ Und welcher Art die dem Geiste des russischen Volks homogene Kultur sei, welche die neue Zeit den Müden Europas bringen sollte, zeigen die Worte Pobjedonoszeffs, wonach unser Unglück darin besteht, daß wir uns einbilden, Glück und Wissen seien für uns erreichbar, während „Armut, Niedrigkeit, Entbehrung und Entsagung“ die wahre Bestimmung des Menschen seien und sein Glück in der Unterwerfung unter dieses Gesetz des Lebens bestehe. Das Mittel zur Erfüllung dieser Kulturmission aber sei einzig und allein die auf eine einheitliche Staatskirche und ein allmächtiges Beamtentum gestützte Selbstherrschaft des Zaren.

Die so redeten, waren zwar selbst große Privateigentümer und sehr darauf aus, ihren Besitz auf Kosten des Ganzen und anderer zu mehren. Aber der Absolutismus sah sich durch eine individualistische Wirtschaftsentwicklung bedroht. Mit dieser drohte an Stelle des durch Autorität und Herkommen beherrschten Herdenmenschen das rationell denkende und rechnende Individuum zu treten und damit die kritiklose Unterwerfung

¹ Geoffrey Drage, Russian Affairs. London. John Murray. 1904.

unter überkommene religiöse Dogmen und bürokratische Befehle zu enden. Daher die Versuche des russischen Absolutismus, die Entwicklung der breiten Masse des russischen Volks zu individualistischer Wirtschaft zu hindern. So das charakteristische Vorgehen gegen die Mitglieder des im Januar 1902 niedergesetzten Ausschusses zur Beratung der Lage der Landwirtschaft. Diese hatten berichtet, eine Hebung der letzteren könne nicht durch bloße technische Verbesserungen erfolgen; es bedürfe einer radikalen Reform, besonders der Dorfgemeinschaften. Darauf wurden viele Mitglieder dieses Ausschusses vor Herrn von Plehwe gefordert, aufs schärfste getadelt und drei wurden nach Sibirien verbannt. Der Zar aber erließ am 26. Februar 1903 ein Manifest, worin es in charakteristischem Gegensatz zu den westeuropäischen Verfassungen heißt: „Das fundamentale Prinzip des *Gemeineigentums* ist unverletzbar.“ So haben Lenin, Trotzki und Stalin später auch gesprochen, nur daß sie bei der Nutzanwendung nicht vor den Riesenbesitztümern des Adels haltgemacht haben.

Die „Müden“, deren Schutz nach dem Grafen Murawiew die Kulturmission Rußlands war, haben sich unter der Allmacht des russischen Beamtentums sehr unglücklich gefühlt. Doch hatten sie noch volles Vertrauen zu ihrem Herrscher. Da haben sich am 22. Januar 1905 Tausende von Männern, Frauen und Kindern unter der Führung des Popen Gapon nach dem Winterpalais begeben, um dem Zaren eine Petition zu überreichen. Aber bevor sie es erreichten, wurde auf Geheiß der Regierung unter den Wehrlosen ein Blutbad angerichtet, dem nach Feststellung der Vertreter sämtlicher St. Petersburger Zeitungen über 1500 Menschen zum Opfer fielen.

Als dies bekannt wurde, kam ein Russe, Herr von Schewitsch, der Bruder des russischen Gesandten in Madrid, zu mir, ich möge die Anregung geben zu einem gegen diese in der Geschichte der Regierungswillkür aller Länder beispiellos dastehende Gewalttat. Auch haben die angesehensten Männer aller Stände und Parteien einen von mir verfaßten Aufruf zum Besuch einer öffentlichen Protestversammlung unterzeichnet. Er wurde an allen Straßenecken angeschlagen. Am 4. Februar 1905 hat eine von über 5000 Personen aller Stände und Parteien besuchte Versammlung im Namen der Solidarität aller zivilisierten Völker gegen die Missetat der russischen Regierung flammenden Protest erhoben. Er schloß mit der Aufforderung an die deutsche Regierung, daß den russischen Freiheitskämpfern auf deutschem Boden volles, ungeschmälertes Asylrecht gewährt werde, und an die bayerische Regierung, den bayerisch-russischen Auslieferungsvertrag sofort zu kündigen. Den für die heiligsten Menschenrechte, für die elementarsten Vorbedingungen einer zivilisierten Existenz

mit grenzenloser Aufopferung kämpfenden russischen Arbeitern, Schriftstellern, Gelehrten, der studierenden Jugend, dem gesamten zu neuem Leben erwachenden russischen Volke sprach die Versammlung unbegrenzte Sympathie und Bewunderung aus.

Daß der russische Gesandte beim bayerischen Minister gegen unser Vorgehen protestierte, war selbstverständlich; aber die ganze öffentliche Meinung war auf unserer Seite. Nur mein alter Freund aus der Zeit, da ich in Augsburg im Institut war, der letzte Unterstaatssekretär Bismarcks, Graf Berchem, meinte, ob ich denn auch sicher sei, daß die russischen Revolutionäre im Falle eines Krieges uns unterstützen würden. Nun, der Zar Nikolai ist trotz der Freundschaft Wilhelms II. im Kriege unser Gegner gewesen, und wir haben Lenin, Martow und Radek nach Rußland befördert, unter deren Herrschaft dann an den Besitzenden für das, was früher an den Besitzlosen gesündigt worden war, in noch weit entsetzlicherer Weise Rache genommen worden ist.

4

In derselben Nummer der Münchener Allgemeinen Zeitung, in der über die Protestversammlung gegen den Massenmord in Petersburg berichtet wird, findet sich auch eine Besprechung einer Volksversammlung, die aus Anlaß des Ausstands von 195000 Bergarbeitern im Ruhrrevier in München stattfand. Ich kann hier nicht auf die einzelnen Mißstände eingehen, die zu dieser größten Arbeitseinstellung geführt haben, die Deutschland erlebt hat. So groß sie waren, sie waren nicht die Hauptursache, daß 195000 ruhige Westfalen nicht glaubten, ihre Lage ertragen zu können. Die Hauptursache war, daß die kartellierten Grubenbesitzer ihren Arbeitern das Koalitionsrecht, von dem sie selbst ungemessenen Gebrauch machten, verweigerten; Mißstände, die sich nach vorausgegangener Untersuchung herausstellen sollten, war man zu beseitigen bereit, aber, mit Vertretern der Arbeiter auf dem Fuße der Gleichberechtigung über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln, wies man zurück; sie sollten nehmen, was man ihnen gab, und dafür dankbar sein, auch wenn für sie Untragbares dabei bestehen blieb. Die Streikenden haben während der ganzen Dauer des Ausstandes sich musterhaft verhalten; das ist auch von Posadowsky anerkannt worden. Das deutsche Volk hat wie noch nie vorher für die Arbeiter Stellung genommen. Nicht einmal die Nationalliberalen wagten es, für die Haltung der Grubenbesitzer einzutreten. Nichts bezeichnender, als daß der Kurator der Universität Bonn — es war dies Exzellenz von Rottenburg, der unter Bismarck Chef der Reichskanzlei gewesen — nachdem er mit den ersten juristischen Professoren die Pros und Kontras sehr ernst erwogen, einen Aufruf verfaßt hat, in dem er

unter lebhaftem Tadel, daß die Grubenbesitzer ihren Arbeitern die Aussprache verweigerten, zur Sammlung für die Arbeiter aufforderte. 17 Bonner Professoren haben den Aufruf mit ihm unterschrieben. Nichts war charakteristischer als die Unfähigkeit der Zechenbesitzer, diese Stellungnahme der öffentlichen Meinung zu begreifen. Ich bin in der Münchener Versammlung, die zur Unterstützung der Streikenden aufforderte, nicht anwesend gewesen, wohl aber haben darin drei frühere Mitglieder meines Seminars, Dr. Busching, Dr. Prager und Dr. Hans Gideon Heymann gesprochen. Und nun wurde von dem nationalliberalen Redakteur der Allgemeinen Zeitung, Martin Mohr, Rache an mir genommen, daß ich — wenigstens nach seiner Meinung — die Schuld trage für das Mißlingen der Versuche der Jungliberalen, die Nationalsozialen zu den Nationalliberalen herüberzuziehen. Die Reden Buschings und Pragers wurden von ihm gelobt, dagegen wurde ich für die Heymanns, der sich neben ganz begründeten Vorwürfen gegen den Freiherrn von Stumm auch zu einem in jeder Beziehung unverantwortlichen Satze hatte hinreißen lassen, verantwortlich gemacht. Ich habe darauf an die Allgemeine Zeitung die Frage gerichtet, wie es komme, daß man mich gerade für Heymanns Rede verantwortlich mache, während doch Busching und Prager, deren Reden man lobe, ebenso aus meinem Seminar hervorgegangen seien. Darauf wurde meine Lehrtätigkeit von der Allgemeinen Zeitung lobend anerkannt; auch sei ich viel zu geschmackvoll, um Äußerungen wie die Heymanns zu tun. Dann aber fuhr Herr Martin Mohr fort, daß ich mich durch mein friedensstörendes Hineingreifen in die politischen und wirtschaftspolitischen Tagesstreitfragen immer mehr zu einem Zersetzungspolitiker entwickelt habe, der zu dem aktuellen politischen Unheil einen noch viel tiefer gehenden Schaden nach zwei Seiten hin anrichte:

„Zum ersten: er verbraucht und untergräbt das unschätzbare Gut, das in dem tiefen Respekt des deutschen Volkes vor der stillen Arbeit seiner Gelehrten begründet ist; er pulverisiert die nationale und soziale Autorität des akademischen Lehrers, die außerhalb seines Wirkungskreises, des Hörsaales und seiner Studierstube, in kritischen Zeiten des deutschen Volkes sich als ein Hauptagens seiner Wiedergeburt und der Sammlung seiner besten Kräfte bewährt hat und in schweren Stunden sich also bewähren soll —. Zum zweiten: Herr Professor Brentano gibt durch sein öffentliches Auftreten der Jugend, die im Hörsaal und Seminar seiner zweifellos bedeutenden Dialektik und der packenden Gewalt seiner Darstellungskraft mit Enthusiasmus folgt, ein Beispiel, das der Würde und Berufspflicht eines akademischen Lehrers gleichermaßen nicht entspricht.“

Das war, da ich an der Versammlung, die zu einer Sammlung zugunsten der Bergarbeiter aufgefordert hatte, nicht beteiligt gewesen war, eine an den Haaren herbeigezogene Denunziation des gekränkten Nationallibe-

ralen. Die „Hochschulnachrichten“ Salvisbergs, der mir grollte, weil unter meinem Rektorate die zu Ersparnissen genötigte Universität mit der sehr kostspieligen Insertion ihres Vorlesungsverzeichnisses in seinem Blatte aufgehört hatte, haben die Denunziation mit einem verschärfenden Zusatze abgedruckt, und die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat die mit vergifteten Waffen ihr gewordene Unterstützung schmunzelnd wiederholt. In früheren Zeiten waren freiheitlich gesinnte Professoren, wie Sybel, Treitschke, Gneist, Mommsen, Virchow usw. die Zielscheibe gleich schändlicher Angriffe seitens der Redaktion gewesen; nun spielte das gleiche Stück nur mit veränderten Rollen.

Der Denunziation folgte ein großer Münchener Zeitungsstreit. Für mich hatte der Angriff indes nichts Nachteiliges zur Folge. Meine Zuhörer antworteten darauf mit einer begeisterten Ovation im Hörsaal, auf die ich selbstverständlich geantwortet habe. Das Ministerium allerdings hat, wie mir erst sehr viel später unter Lachen von einem Senatsmitglied mitgeteilt wurde, in einem Schreiben an den akademischen Senat diesem seine Unzufriedenheit ausgesprochen, daß ich den mich feiernden Studenten geantwortet habe, gleichzeitig aber hinzugefügt, daß ich davon nichts erfahren solle. Eine Zurechtweisung, die mir vorenthalten werden sollte, konnte mir unmöglich wehe tun.

V. Erstes Auftreten Ehrenbergs

Doch der Angriff in der nationalliberalen Publizistik war nur der Auftakt zu weiterem Vorgehen von seiten der Unternehmer gegen die verhaßten Kathedersozialisten, insbesondere gegen mich. Wie früher Dr. Ruhland die Ernennung von Kathederagrariern, so verlangte nun Professor Ehrenberg in Rostock die Schaffung von Professuren zur Vertretung der agrarischen und industriellen Unternehmerinteressen; nur sei gleich hier gesagt, daß sein Vorgehen, wenn es auch sehr viel Anlaß zu Tadel gegeben hat, doch in keiner Weise Ruhlands sittlichen Tiefstand gezeigt hat. Er war bis 1884 Kaufmann gewesen, hatte dann studiert und ein Jahrzehnt lang das Amt eines Sekretärs des Kommerzkollegiums in Altona bekleidet. Hier hat er eine Anzahl volkswirtschaftlicher und wirtschaftsgeschichtlicher Arbeiten veröffentlicht, von denen die über „Das Zeitalter der Fugger“ von vielen anerkannt worden ist. Praktisch suchte er sich, nach eigener Angabe, in seiner Altonaer Zeit durchaus im Sinne des Vereins für Sozialpolitik, dem er beitrug, zu betätigen. Doch haben ihn schon damals Zweifel gequält, ob die Lehren der Wissenschaft mit seinen Beobachtungen in Einklang zu bringen seien. Von 1897 bis 1899 ist er außerordentlicher Professor der Nationalökonomie in Göttingen ge-

wesen, 1899 ist er zum ordentlichen Professor der Nationalökonomie in Rostock ernannt worden. In Mecklenburg hat er 1901 den handschriftlichen literarischen Nachlaß Thünens und hierdurch erst dessen „isolierten Staat“ genau kennengelernt. Da sei ihm endgültig klar geworden, daß die Wirtschaftswissenschaften die ihnen so dringend nötige sichere Grundlage durch wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen nicht erlangen können. Sie sei nur zu erlangen durch das Studium der Privatwirtschaften; die „Privatwirtschaftslehre“, deren Ausbildung er 1899 erstrebt, habe sich ihm als Irrweg erwiesen; das Studium der Privatwirtschaften (richtiger Wirtschaftseinheiten) sollte ihm nur noch als Mittel exakter volkswirtschaftlicher Erkenntnis dienen. Das nannte er exakt vergleichende Wirtschaftsforschung, glaubte damit eine neue Methode zu vertreten, obwohl sie seit langem an fast allen deutschen Universitäten geübt wurde und nur ein rohes Vorstadium der wissenschaftlichen Betätigung des Nationalökonomen darstellte, und gründete eine Zeitschrift, die er „Thünen-Archiv, Organ für exakte Wirtschaftsforschung“ nannte. Mit der Methode Thünens in den Untersuchungen, auf denen dessen Ruhm als Nationalökonom beruht, seiner Untersuchung über den Einfluß der Lage des Hofes zum Markt auf den Intensitätsgrad der Landwirtschaft, haben die Arbeiten Ehrenbergs aber nichts zu tun, und wo Thünen das Gebiet der Sozialpolitik betritt, in seinen Untersuchungen über den naturgemäßen Lohn und Zinsfuß im isolierten Staate, bedient er sich der entgegengesetzten der von Ehrenberg geforderten Methode, des Ausgehens von den Tatsachen des Lebens. Aber es ist bezeichnend, daß Ehrenberg ignoriert, daß gerade das Ausgehen von den Tatsachen es war, was die von ihm bekämpften Kathedersozialisten von der Methode des klassischen Nationalökonomen unterschied; freilich wollte er nur die Veröffentlichung von Tatsachen, gegen deren Bekanntwerden die Leiter der Privatwirtschaften nichts einzuwenden hätten, und als er einmal dagegen verstieß, mußte er, wie wir noch sehen werden, versprechen, dies nie wieder zu tun.

2

Während die früheren Veröffentlichungen Ehrenbergs in der wissenschaftlichen Welt freundlich besprochen worden waren, hat die Kritik die Einleitung zu seinem Thünen-Archiv und dessen Hefte mit Schweigen aufgenommen. Das war doch nur das Verhalten gegenüber einer Schrift, die man nicht billigte, ohne dies sagen zu wollen. Aber statt das sich hinter dem Schweigen bergende Wohlwollen zu verstehen, wurde es für den ehrgeizigen und nach einem größeren, als dem Rostocker Wirkungskreis seufzenden Verfasser der Anlaß, zu sich steigenden Angriffen gegen

die Kathedersozialisten, die die Absicht hätten, ihn zu vernichten. Der erste dieser Angriffe findet sich in Ehrenbergs Schrift „Sozialreformer und Unternehmer“ von 1904. Sie ist erstaunlich minderwertig und enthält im einzelnen alles, was von der konservativen „Kreuzzeitung“, der „Post“ des Freiherrn von Stumm und der „Freisinnigen Zeitung“ Eugen Richters gegen Arbeiterbewegung und Sozialpolitik geltend gemacht zu werden pflegte. Insbesondere gilt dies für seine Ablehnung jeder Kritik an dem bestehenden, dem geltenden Rechte nicht entsprechenden tatsächlichen Arbeitsverhältnisse und für sein Eintreten für Wohlfahrtseinrichtungen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter angeblich überflüssig machten.

3

Damit hat Ehrenberg nur das ausgesprochen, was viele dachten, welche die Wohlfahrtseinrichtungen, wie sie wirklich waren und wirkten, nicht kannten. Die über sie verbreiteten irrigen Vorstellungen haben mich veranlaßt, durch zwei meiner Schüler das sie betreffende Material zusammentragen zu lassen. Dr. Adolf Günther hat die die deutschen Wohlfahrtseinrichtungen betreffenden Tatsachen, soweit sie auf privatem Weg zu beschaffen waren, gesammelt; Dr. René Prévôt hat über die französischen berichtet. Es handelt sich dabei nicht um Wohlfahrtseinrichtungen von rein karitativem Gepräge; diese sind über alles Lob erhaben, aber für die Ordnung des Arbeitsverhältnisses, eben weil sie rein karitativ sind, ohne Bedeutung. Es handelt sich vielmehr um Maßnahmen, die sich überwiegend nur auf den Teil des Lebens des Arbeiters beziehen, der sich außerhalb der Unternehmungen abspielt, wie Wohnungsfürsorge, Darlehensgewährung und dergleichen, deren Wirkung aber darin besteht, den Arbeiter innerhalb wie außerhalb der Unternehmungen zu jedweder Unterwerfung unter den Willen des Arbeitgebers zu zwingen. Jedwedes Recht, welches die Gesetzgebung des Reiches dem Arbeiter zum Schutze seiner individuellen Freiheit verliehen hat, wird durch sie vollständig ausgeschaltet. Die Macht, welche die Unternehmer über die von ihnen Beschäftigten erlangen, erstreckt sich sogar über das Arbeitsverhältnis hinaus; sie erstreckt sich auf ihr gesamtes soziales, religiöses und politisches Dasein. Ja selbst die Geschäftsleute, bei welchen die Arbeiter kaufen oder verkehren, können durch sie unter die Botmäßigkeit der Betriebsleiter gelangen. Innerhalb des Reiches sind Gebiete entstanden, in denen nicht der Wille des Gesetzgebers, sondern der des Betriebsinhabers Gesetz ist.

VI. Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim 1905

Die Arbeiten Günthers und Prévôts sollten für die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik im September 1905 in Mannheim nicht ohne Bedeutung bleiben. In den Weihnachtsferien 1904/05 hat der Ausschuß des Vereins beschlossen, es solle dort über drei Fragen verhandelt werden; über die finanzielle Bedeutung der Binnenwasserstraßen, das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben und das Verhältnis der Kartelle zum Staate. Ich muß darüber ausführlicher werden, da sich an diese Verhandlungen eine große Krise des Vereins geknüpft hat. Zugleich wird dies zeigen, wie der Verein bedacht war, auch Vertreter des Unternehmerinteresses zu Wort kommen zu lassen. Ich sollte über die zweite, Schmoller über die dritte Frage ein Referat erstatten. Am 26. Februar schrieb mir Schmoller, er gehe in acht bis zehn Tagen mit seiner Familie nach Meran.

„Vorher möchte ich hören, was Sie über Ihr Referat in Mannheim denken, d. h. wer als Korreferent fungieren soll. Alfred Weber schrieb mir, es wäre doch ein Arbeiterreferent sehr erwünscht. Diese Ansicht teile ich vollkommen, wir haben nur bisher nie Erfolg mit solchen Bitten gehabt. Das schlosse aber einen neuen Versuch nicht aus. Hue, Brust, Effert wären keine üblen Kandidaten. — Aber daneben wäre auch, nach meinem Empfinden, ein Referent, der das Unternehmerinteresse vertritt, nötig. Wie dächten Sie über Ehrenberg? Er könnte da mal zeigen, was er ist und warum er den Verein für Sozialpolitik angreift. Ich glaube, er nähme an, wenn wir ihn aufforderten. Die Unternehmer könnten über ihn auch nicht klagen. — Wie denken Sie darüber?“

Ich habe umgehend darauf geantwortet:

„An sich habe ich selbstverständlich nichts gegen einen Arbeiterkorreferent und dächte schon, daß wir einen bekommen könnten; jedenfalls würde ich mein möglichstes tun, dieses zu erreichen. Desgleichen habe ich nichts gegen Ehrenberg oder selbst Tille.

Allein dies scheint mir heute noch als eine cura posterior.

Weit wichtiger scheint mir, daß wir selbst — d. h. wir von einer arbeiterfreundlichen, die übrigen Interessen aber gleichzeitig berücksichtigenden Mittelstellung — einig seien, in dem, was wir wollen.

Nach dem Verlauf der Berliner Sitzung habe ich doch den Eindruck, daß es sich bei der diesmaligen Besprechung des Arbeitsverhältnisses in den Riesenbetrieben nicht um wissenschaftliche Monologie, sondern um eine praktische Aktion handeln soll. Ist diese meine Auffassung richtig, so darf ich meines Erachtens nicht isoliert vorgehen, sondern nur in Übereinstimmung hinsichtlich der Grundgedanken mit Ihnen und dem ganzen arbeiterfreundlichen jüngeren Nachwuchs der Sozialpolitiker. Wir müssen uns dann in der auf das Referat folgenden Debatte gegenseitig unterstützen, wie in einem Parlament Parteifreunde sich stützen. Es handelt sich darum, den Karren vor-

wärts zu schieben, und das kann nur geschehen, wenn ein möglichst einmütiges Auftreten einer großen Anzahl der Träger der bekanntesten Namen stattfindet.

Ich dachte mir also, mich mit Ihnen und den Webers und anderen, deren Heranziehung Sie für angebracht halten, über die Grundlinien einer nicht zu beschließenden, aber einzubringenden Resolution, oder Programms, zu verständigen, und dieses Programm kurz zu begründen.

Dann sollten ein von uns beauftragter Arbeiter oder Arbeitervertreter und ditto Arbeitgeber oder -vertreter sprechen, dann weitere Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, die ausdrücklich vorher festzumachen wären, und ebenso Arbeiter und Arbeitgeber, die wir zur Teilnahme bereden.

Darf ich gleich beifügen, was mir als der zu verfolgende Grundgedanke der zu befürwortenden Neuordnung scheint?

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Auch will ja die Regierung jetzt die Berufsvereine der Arbeiter gewissermaßen gesetzlich anerkennen, wenn die Zeitungen recht berichten. Aber damit ist noch recht wenig zur Schaffung einer befriedigenden Ordnung geleistet. Was nützt es, wenn die Gesetzgebung den Berufsvereinen einen rechtlichen Boden gewährt, die Arbeitgeber aber sie weiter nicht anerkennen? Die letzten Vorkommnisse im Ruhrrevier zeigen, wie unzureichend die Verleihung von Rechten an die Berufsvereine sein würde. Angesichts der Zusammenfassung der Großbetriebe zu Monopolen und der Entstehung und Ausbreitung individueller Riesenbetriebe brauchen wir meines Erachtens mehr.

Die Gesetzgebung muß meines Erachtens von der Tatsache ausgehen, daß es für solche Betriebsverhältnisse einen individuellen Arbeitsvertrag nicht mehr gibt. Sie muß sich zu dem Eingeständnis verstehen, daß die Arbeitsbedingungen in gedachten Betrieben heute und zwar notwendig und nach der Natur der Dinge gemeinsame sind für alle Arbeiter der einzelnen zu einem wirtschaftlichen Riesenbetrieb gehörigen technischen Betriebe. Sie muß dem entsprechend, wenn sie ehrlich sein will, sich auch zur Schaffung einer Ordnung verstehen, durch welche das, was für die Arbeiter gemeinsam ist, auch gemeinsam mit ihnen und mit ihnen als Gemeinschaften geregelt wird, also zu einer Ordnung der Regelung der gemeinsamen Arbeitsbedingungen mit einer Gemeinschaft der Arbeiter für diese Gemeinschaft oder richtiger für die Gesamtheit der Arbeiter, welche für die betreffenden technischen Betriebe in Frage kommen. Die Gesetzgebung muß sich selbst klar werden, daß ihr ganzes Gerede vom notwendigen Schutz individueller Arbeitswilliger nichts anders ist als eitel Heuchelei. Sie sucht nicht die Freiheit des individuellen Arbeiters gegenüber seinen Mitarbeitern zu wahren, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, die Maßnahmen der Arbeiter zur Verwirklichung ihrer Freiheit und zur Wahrung ihrer Selbständigkeit beim Abschluß des Arbeitsvertrags zu vereiteln.

Jede ehrliche Sozialreform muß mit dieser Heuchelei resolut brechen. Tut sie es nicht, so wird sie stets erfolglos bleiben.

Für was also sollen wir eintreten? Ich bin dafür, daß die Regierung eine Organisation schafft, die alle Arbeiter eines Gewerbes umfaßt. Ich sage, die Regierung muß sie schaffen. Die einzelnen Berufsvereine genügen nicht, denn wir haben deren zu mancherlei — freie, christliche, Hirsch-Dunckersche usw. Diese Mannigfaltigkeit hindert, daß wir sie einfach als Vertreter der Arbeiter des betreffenden Gewerbes anerkennen. Es wäre damit noch keine Einheit

auf seiten der Arbeiter und damit auch kein Friedenserfolg der mit diesen Berufsvereinen getroffenen Abmachungen garantiert. Allein andererseits dürfen die Berufsvereine auch nicht ignoriert werden. Denn ohne sie geht es ebensowenig wie mit nur einzelnen unter ihnen allein.

Also eine amtliche Organisation der Arbeiter eines Gewerbes behufs Regelung der Arbeitsbedingungen bei Fortbestehen der rechtlich anerkannten Berufsvereine der verschiedensten Farbe. Diese haben dann selbst zu sorgen, in welchem Maße ihre spezielle Richtung in dem Ausschuß der amtlichen Organisation vertreten ist.

Dieser Ausschuß der amtlichen Organisation hat zusammen mit der Vertretung der Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen für eine bestimmte begrenzte Zeit zu vereinbaren und alle Streitigkeiten aus der getroffenen Vereinbarung zu erledigen. Er hat also zusammen mit der Vertretung der Arbeitgeber als Einigungsamt und als Schiedsgericht zu fungieren.

Dieses Einigungsamt und Schiedsgericht müßte sich, da ja in dem modernen Riesenbetrieb technische Betriebe der verschiedensten Art vereint sind, für jede Art der technischen Betriebe besondere Unterausschüsse (Betriebsarbeitersausschüsse) haben, und wo die technischen Betriebe an verschiedenen Orten zerstreut sind, müßten solche Arbeitersausschüsse an jedem dieser Orte bestehen. Solche Arbeitersausschüsse hätten wesentlich mit der schiedsrichterlichen Begleichung von Streitigkeiten aus abgeschlossenen Arbeitsverträgen zu tun, während die Neufestsetzung von Arbeitsbedingungen stets von dem Ausschuß der ganzen Organisation in Verbindung mit den Arbeitgebern stattfinden müßte.

Als unparteiischer Vorsitzender eine Person, welche von vornherein von beiden Parteien für einen begrenzten Zeitraum gewählt würde; bei Uneinigung über die Person des Unparteiischen, Ernennung derselben durch die Regierung.

Auf diese Weise gelangten wir also zu einer korporativen Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber, die alle auf beiden Seiten umfassen würde. Was hier vereinbart würde, müßte rechtliche Gültigkeit haben für alle an dem betreffenden Gewerbe beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber (letztere sind ja ohnedies konzentriert), gleichwie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrags für die daran beteiligten individuellen Kontrahenten rechtliche Gültigkeit haben. Das Recht bei nicht zu erzielender Übereinstimmung, die Arbeit einzustellen resp. die Arbeiter auszusperrn, dürfte nicht aufgehoben werden. Denn die Aufhebung würde sofort auf beiden Seiten Mißtrauen erregen und somit den Erfolg in Frage stellen. Allein es wäre hier naturgemäß, auch ohne besondere diesbezügliche Vorschrift, an vorherige Erörterung des Streitfalls im Einigungsamt geknüpft, und die Veröffentlichung der Verhandlungen derselben würde mit Rücksicht auf die Parteinahme der öffentlichen Meinung pro oder contra einen Streik resp. eine Aussperrung gegen das Ergebnis dieser Verhandlungen aussichtslos und damit äußerst selten machen.

Diese Regelung würde dann den weiteren Vorteil haben, daß sie eine Grundlage abgeben würde für die Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung. Sie würde nämlich Normativbedingungen des Arbeitsverhältnisses für jedes Gewerbe schaffen. Wer zu diesen Bedingungen Arbeit finden kann aber nicht annimmt, ist verschuldet arbeitslos. Wer sie zu diesen Bedingungen

annehmen möchte, aber nicht findet, ist unverschuldet arbeitslos und hat dementsprechend Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Für die Durchführung der vereinbarten Normativbedingungen haftet einerseits die geschaffene Organisation der Arbeiter, andererseits die der Arbeitgeber. Ersteren müßte diesbezüglich ein gewisses Strafrecht gegenüber den einzelnen Arbeitern eingeräumt werden.

Der Ausschuß, der so geschaffenen Arbeiterorganisation wäre auch in allen Angelegenheiten zu hören, welche die Arbeiter angehen, auch wenn sie nicht als Arbeitsbedingungen zu bezeichnen sind; zum Beispiel da, wo Betriebe stille gelegt werden sollen, damit, wo dies unvermeidlich oder wirtschaftlich angezeigt ist, Übergangsmaßregeln getroffen werden können, welche die Härten des Übergangs vermeiden.

Angesichts des zunehmenden monopolistischen Charakters unserer Gewerbebetriebe scheint es mir unvermeidlich, daß eine solche Organisation geschaffen werde. Alles andere liefert die Arbeiter einer neuen Hörigkeit aus und die gesamte deutsche Volkswirtschaft Kämpfen, die zur Abwehr derselben unvermeidlich sind, ähnlich den eben erlebten und schlimmeren.

Ich bitte, mir nun zu sagen, ob Sie mit diesen Grundgedanken einverstanden sind und ob Sie mich in Vertretung derselben unterstützen wollen.“

Darauf hat Schmoller am 5. März geantwortet:

„Haben Sie besten Dank für Ihre Zeilen vom 28. Februar. Ich stimme Ihren Grundgedanken im wesentlichen bei; d. h. für diejenigen ganz großen Gewerbe, die in Riesenbetrieben organisiert sind, die zugleich, wie die Kohlen und Eisen, in ihrem regelmäßigen Gang am wichtigsten für die Volkswirtschaft sind.

Ich bin gern bereit, taktisch mitzuwirken in der Art, wie Sie sie planen. Ich wünsche nur, daß wir an unserem Statutenparagraphen festhalten, nicht abzustimmen.

Und ich würde es auch für den Erfolg, den wir auf die Regierung und auf die öffentliche Meinung ausüben wollen, für sehr viel wirksamer halten, wenn wir für die Mehrzahl der gewöhnlichen Gewerbe den bisherigen bekannten Standpunkt der Koalitionsfreiheit, der gesetzlichen Anerkennung der Gewerkvereine festhalten, wenn wir Ihren bürokratischen Plan zunächst mehr als eine Ausnahme für einzelne besonders wichtige Industrien hinstellen. Was später daraus wird, ist eine Sache für sich.

Die öffentliche Meinung will immer, daß dem Hunde der Schwanz stückweise abgeschnitten wird. Für Verstaatlichung der Hibernia ist Gott und die Welt. Wären es drei oder vier große Werke gewesen, hätte alles opponiert.

Außerdem kommt für mich eines (in Betracht). Ich bin früher solchen Plänen, wie Sie sie jetzt entwickeln, noch sympathischer gegenübergestanden. Meine Studien haben mich gegen alle Staatstätigkeit kritischer gemacht. Und deshalb würde es für mich leichter sein, Ihnen bedingungslos zuzustimmen, wenn Sie Ihren Plan von Anfang an als eine Maßregel *besonderer* Art, als einen Versuch hinstellen, den man zunächst nur mit einer oder zwei großen Industrien (Kohlen- und schwere Eisenindustrie) machen soll.“

Schmoller und ich haben uns dann in München gesprochen. Anfang Mai hat er mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt, daß

Kirdorf im Begriff sei mit den Führern der Sozialdemokratie über einen Tarifvertrag für die Kohlenarbeiter zu verhandeln. Er knüpft daran die Hoffnung, daß Kirdorf vielleicht auch nach Mannheim kommen und nicht bloß am Tage der Kartelldebatte, sondern auch der Arbeiterfrage sprechen werde. Er möchte daher mit der Wahl eines Vertreters des Unternehmerinteresses noch etwas zuwarten. Kirdorf ist dann auch nach Mannheim gekommen, er konnte sich aber nur für den Tag der Verhandlungen über Kartelle freimachen; er hat da unmittelbar nach Schmoller gesprochen. Es galt also, einen Vertreter der Unternehmerinteressen zu gewinnen, der in der Debatte unmittelbar nach mir sprechen werde. Ehrenberg, der zuerst aufgefordert wurde, lehnte ab¹. Schließlich wurde Regierungsrat Leydig als zweiter Referent gewonnen.

2

Schmoller war damit einverstanden, daß die Arbeiten von Günther und Prévôt über Wohlfahrtseinrichtungen in einem Bande der Schriften des Vereins veröffentlicht würden. Er schrieb mir darüber, an sich könne er mir in Sachen der Wohlfahrtseinrichtungen seinen Beifall nicht versagen, doch wünschte er, ich möge sie in mein Referat nicht einbeziehen, um den Widerstand der Arbeitgeber nicht zu vermehren. Doch konnte ich angesichts der Rolle, die sie in den Riesenbetrieben spielten, diesem Wunsche nicht nachkommen. Auch war der Band der Schriften, der die Arbeiten Günthers und Prévôts enthielt, lang vor der Generalversammlung in Mannheim in den Händen der Vereinsmitglieder.

In meinem Referat über das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben habe ich als solche die Privatbetriebe bezeichnet, bei denen schon vermöge der großen Zahl der beschäftigten Arbeiter eine individuelle Regelung der Arbeitsbedingungen ausgeschlossen ist. Ich kann hier nicht wiederholen, was ich in meinem Referate ausgeführt habe². Ich bin darin auch auf die gegen das bestehende Arbeitsrecht gerichteten Angriffe Ehrenbergs und der übrigen Vertreter der sozialpolitischen Reaktion eingegangen. Mein Ergebnis habe ich, wie Schmoller dies wünschte, und wie er gleichfalls getan hat, am Schlusse meines Vortrags in Leitsätzen den Zuhörern in die Hand gegeben. Sie entsprachen genau dem in meiner obigen Antwort an Schmoller Ausgeführten.

Ich konnte mit der an mein Referat sich anschließenden Diskussion wohl zufrieden sein. Denn wenn der zweite Referent, Regierungsrat Ley-

¹ Ich selbst hatte Ehrenberg im Auftrag Schmollers gebeten, die Frage vom Standpunkt der Arbeitgeber zu erörtern. Wie gehässig Ehrenberg meine Aufforderung angenommen hat, zeigt seine Schrift „Terrorismus in der Wirtschafts-Wissenschaft“, Berlin 1910, S. 50.

² Siehe S. 135 bis 149 und S. 228 bis 233 des 116. Bandes der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.

dig, gegen meine Thesen vorbrachte, sie bedeuteten nicht einen Schritt in den sozialistischen Staat, sondern ein Hineinspringen mit beiden Füßen, so war es nicht nötig, ein Wort darauf zu erwidern; und wenn Generalsekretär Dr. Alex Tille sagte, wenn eine Dame sich mit ihrem Dienstmädchen über den Lohn nicht einigen könne, rufe man auch nicht ein Schiedsgericht an, so wurde die Gleichstellung des Verhältnisses des Dienstmädchens zur Hausfrau mit dem der vielen Hunderte von Arbeitern in unseren Riesenbetrieben durch allgemeines Gelächter erledigt. Die große Mehrheit der Redner war auf meiner Seite, auch wenn meine Zusammenfassung aller Gewerkschaften in einer ihnen übergeordneten Organisation noch für manche ein zu neuer Gedanke war.

3

Ernster war der Ausgang der Verhandlungen am 27. und 28. September, als über das Verhältnis der Kartelle zum Staate gesprochen wurde. Schmoller war Referent; Geheimer Kommerzienrat Kirdorf (Gelsenkirchen) hat unmittelbar nach ihm gesprochen. Was an seiner Rede ausgesetzt worden ist, war, daß er Behauptungen und darunter die schwersten Anschuldigungen gegen Arbeiterorganisationen vorgebracht hat, ohne sie im geringsten zu belegen. In der Diskussion hat auch Naumann gesprochen. Es war eine der glänzendsten Reden, die er gehalten hat. Aber sie stand im Grundgedanken in schroffem Gegensatz zum Vortrage Schmollers. Dieser ging von einem übermächtigen Staate aus, der die Kartelle zu zügeln vermöge; Naumann von den Kartellen, wie sie wirklich sind, d. h. von Organisationen, die den Staat in einem Maße beeinflussen, daß der Gedanke an staatliche Eingriffe in ihr Großbetriebssystem als Unsinn erscheinen mußte. Doch Naumann selbst hat das Wort „Unsinn“ nicht gebraucht, aber Schmoller hat es als der Meinung Naumanns über derartige unnütze Eingriffe entsprechend empfunden und in dem Schlußwort, das ihm als Referenten zustand, gesagt:

„Es ist mir peinlich, noch etwas gegen Dr. Naumann zu sagen. Herr Naumann hat in seiner gestrigen Rede einen Angriff auf mich gemacht, ohne mich zu nennen. Ich hatte das Gefühl, daß hier nur der Demagoge spricht (Große Bewegung), ohne Sachkenntnis die marxistischen Phrasen vorbringt, gestützt durch sehr kümmerliche Beweismittel. Ich fühle mich verpflichtet, als Vorsitzender dieses Vereins auszusprechen, was viele Mitglieder mit mir gefühlt haben, und daß es meine Pflicht sei, ein Wort der Reserve im Schlußwort anzubringen. Wenn ich dies nicht angebracht hätte, wäre ich nicht imstande gewesen, nach dieser Rede und nach dem frenetischen Beifall — ich nehme an, hervorgerufen infolge des ästhetischen Charakters der Rede (Rufe: Jawohl) — an der Spitze des Vereins zu bleiben und mich damit gleichfalls einverstanden zu erklären. Herr Naumann berauscht sich in dem ihm ge-

spendeten Beifall; ich muß aber ausdrücklich erklären, daß diese Art des Auftretens nicht in unsere Versammlung gehört.“

Ich bin leider, als Schmoller sein Schlußwort sprach, nicht im Saale gewesen; nach den lang dauernden, angreifenden Verhandlungen hatte ich Erfrischung im Freien gesucht. Als ich zurückkam, wurde ich von zahlreichen Freunden mit den Worten empfangen: „Wären Sie dagewesen, so wäre es nicht zu dem Zusammenstoß zwischen Max Weber und Schmoller gekommen!“ Weber hatte nämlich mit seiner, wie er sich ausdrückte, ihm vom Himmel in seinem Zorn verliehenen Deutlichkeit für den gleichfalls abwesenden Naumann Schmollers Vorwurf der Demagogie zurückgewiesen, sowie Schmollers Äußerung, Naumann habe, ohne ihn zu nennen, eine Rede, die er offenbar selbst als verletzend empfunden habe, gegen ihn gehalten. Wie aus den gedruckten Verhandlungen hervorgeht, hat Weber Schmoller nicht das Recht bestritten, wenn er Naumanns Rede mißbillige, dies auszusprechen. Wogegen er Bedenken hatte, war, daß er seine Stellung als Vorsitzender des Vereins dabei hineingezogen hat. Schmoller sei nicht als Vorsitzender des Vereinsausschusses, sondern als Referent, d. h. als Partei an der Diskussion beteiligt gewesen. Da sei für Naumann die weitere Teilnahme an künftigen Vereinsverhandlungen ausgeschlossen, wenn der Vorsitzende des Vereins ihm sage: Sie sind ein Demagoge, mit Ihnen verhandle ich nicht, und wenn Sie Beifall finden, trete ich zurück.

Wer immer diejenigen gewesen sind, die Schmoller in der Auffassung bestärkt haben, Naumanns Rede sei gegen ihn gerichtet gewesen und er könne nicht an der Spitze des Vereins bleiben, wenn er nicht als Vorsitzender des Vereins dagegen protestiere — sie haben Unheil gestiftet. An den Auftritt haben sich üble Nebenwirkungen geknüpft. Doch dürfte die Gegenwart kein Interesse an dem langwierigen Schriftwechsel haben, der zur Beilegung des Zwists geführt hat. Es genügt, auf die Erklärung zu verweisen, die Naumann in seiner „Hilfe“ vom 8. Oktober 1905 gegeben hat; er hat darin über die in den ihm feindlichen Blättern losgebrochene Demagogenverfolgung gespottet und erklärt, daß er nicht daran denke, diese Wirkung auf das Konto Schmoller zu setzen. Die Erklärung, die Schmoller seinerseits in der „Täglichen Rundschau“ abgab, hat allerdings weder Max Weber, noch auch G. F. Knapp, noch mich ganz befriedigt. Max Weber wollte sogar noch in der Öffentlichkeit gegen Schmoller auftreten. Das habe ich zu verhindern gesucht, denn es hätte die wirkliche Niederlegung des Vorsizes seitens Schmollers zur Folge gehabt. Max Weber gab nach, und Schmoller hat mir gedankt, daß ich ihn davon abgehalten habe, und auch Weber, daß er meiner Bitte gefolgt ist. Der pein-

liche Zwischenfall endete, indem mein Antrag angenommen wurde, die Resumees des Vorsitzenden der Generalversammlungen abzuschaffen. Unter allen Umständen habe dieser sich jeder Zensur zu enthalten,

„wenn diese gar“, machte ich geltend, „unter der Motivierung auftritt, daß der Vorsitzende damit der überwiegenden Meinung der Versammlung Ausdruck gebe, so ist dies, so lange eine Abstimmung nicht stattfindet, unerträglich. Dann ist die Abstimmung über Resolutionen noch besser. Ohne solche schwebt, wie unsere Versammlungen sind, jede solche Behauptung in der Luft. Da wir nun keine Abstimmungen wollen, so wäre es auch am besten, mit den Resumees ganz aufzuräumen. Dann haben Referent und Korreferent in jeder Debatte das Schlußwort. Der Vorsitzende hat dann, wie der Reichstagspräsident, nur die formale Leitung“.

Auf dieser Grundlage ist die Krisis des Vereins überwunden worden. Schmoller ist der tatsächliche Vorsitzende des Vereinsausschusses geblieben. Die Resumees wurden abgeschafft. Eine Zensur der Redner seitens des Vorsitzenden hat nicht mehr stattgefunden.

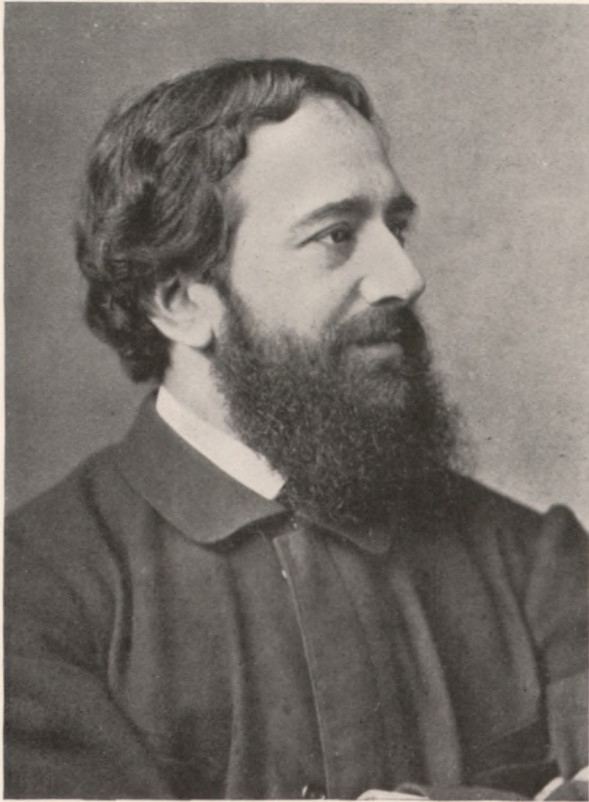
4

Gegen mich hat sich nach der Mannheimer Versammlung zu der fort-dauernden agrarischen in steigendem Maße eine Hetze seitens der Vertreter großindustrieller Interessen gesellt. Nachdem das Berliner Tageblatt mein Referat auf der Mannheimer Versammlung seinem Wortlaut nach abgedruckt hatte, hat es auch drei dagegen gerichteten Artikeln eines Berliner Industriellen Aufnahme gewährt. Es war darin nichts enthalten, was nicht schon in meinem Referate erledigt gewesen wäre. In einer Replik, die in Nummer 522 des Berliner Tageblatts vom 13. Oktober 1905 Aufnahme fand, habe ich dies dargetan.

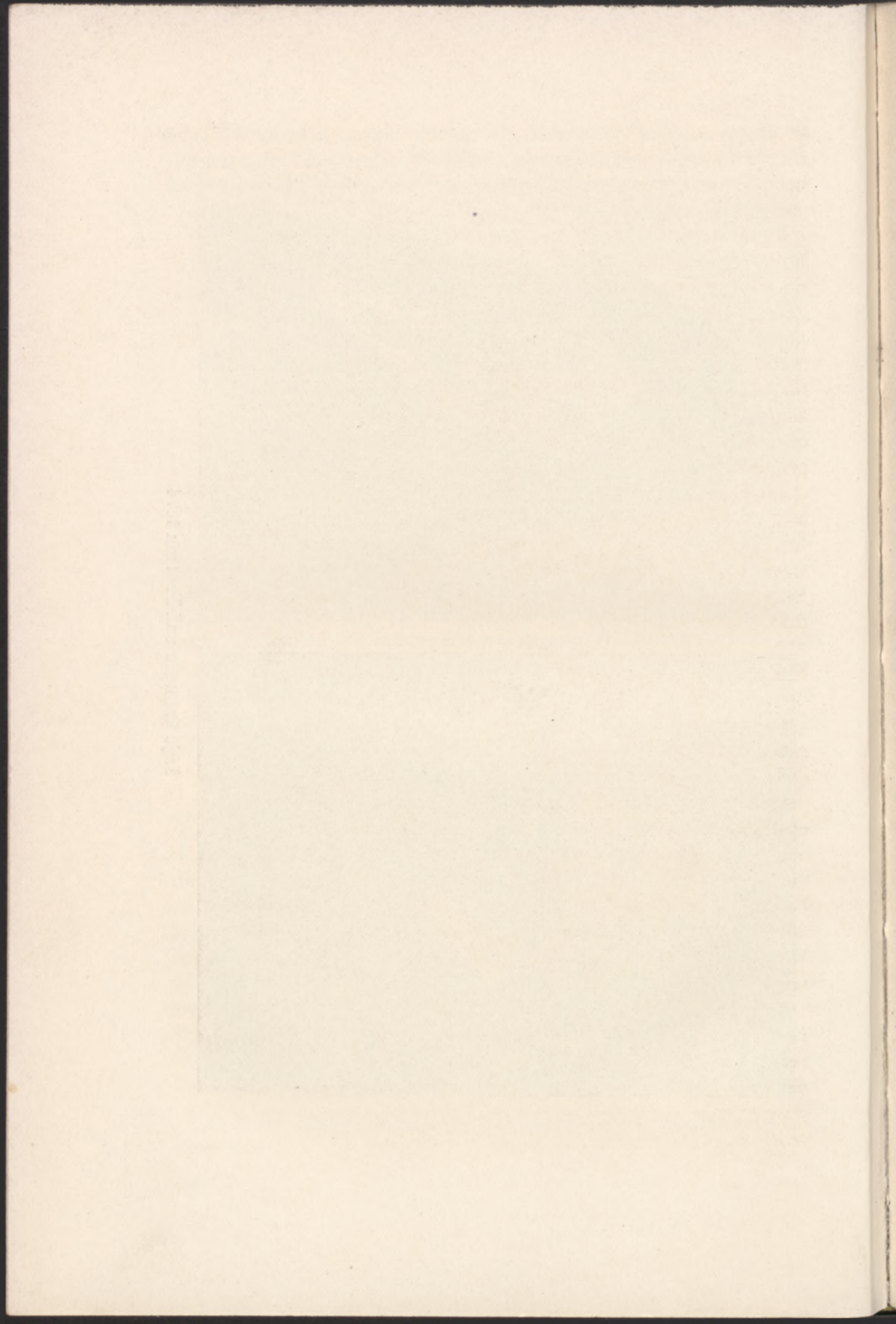
VII. Neubau der Münchener Universität

Dem Besuche meiner Vorlesungen hat die Hetze keinen Eintrag getan. Vielmehr ist die Zahl meiner Zuhörer von Semester zu Semester gestiegen. Auch hatte ich nicht nur die Jugend auf meiner Seite; ab und zu gehörten auch Geistliche und höhere Staatsbeamte und einmal während mehrerer Monate Wilhelm Merton¹ zu meinen Zuhörern. Auch der große Hörsaal, der durch die Vereinigung zweier entstanden war, wurde unzureichend. Die Zuhörer standen nicht nur in den Gängen zwischen den Bänken, sondern bis hinauf auf den Katheder, und im Winter lagen Mäntel, die an den Kleiderhaken nicht mehr Platz gefunden hatten, je nach dem Wetter naß auf dessen Pult. Immer lauter wurde das Verlangen nach Erweiterung des Universitätsgebäudes durch einen Riesen-

¹ Siehe darüber „Wilhelm Merton und sein soziales Vermächtnis“. Frankfurt a. M. 1926, S. 64, 65.



Lujo Brentano und Frau um 1874



hörsaal, und angesichts der Zunahme der Seminartätigkeit in allen Lehrfächern haben viele Kollegen, die eigene Räume für ihre Seminare nötig hatten, dem Verlangen nach einem Neubau sich angeschlossen. Um sich von der Unhaltbarkeit des Zustandes zu überzeugen, besuchte der derzeitige Rektor — es war der Theologe Bardenhewer — meine Vorlesung. Darauf richtete der akademische Senat an das Ministerium den Antrag um einen Neubau. Als ich dann eines Tages über Bevölkerung zu sprechen hatte, führte ich aus, die Bevölkerungszunahme der Völker europäischen Ursprungs habe in den letzten Dezennien 40 Prozent betragen. Angenommen, diese Völker, deren Seelenzahl sich dormalen auf rund 660 Millionen beziffere, nähmen weiter auch nur um 1,4 Prozent jährlich zu, so käme in weniger als 900 Jahren auf jeden Quadratmeter der festen Erdoberfläche ein Mensch europäischen Ursprungs. Dabei sei von den übrigen Rassen und ihrer, wenn auch viel langsameren Vermehrung, ganz abgesehen. Ziehe man auch diese in Betracht, so säße man auf der Erde so dicht aufeinander wie in diesem Hörsaal. Die Zuhörer drehten plötzlich ihre Köpfe nach hinten; denn ohne daß ich davon eine Ahnung hatte, war der Kultusminister Wehner in einer der hintersten Bänke des langen Saals anwesend gewesen und, als er meine Worte hörte, entfloh er unter dem schallenden Gelächter der Zuhörer. Aber auch damit war man im Ministerium von der Notwendigkeit eines Neubaus noch nicht überzeugt. Einige Wochen später fand ich, als ich zu meinem Hörsaal ging, vor jeder der fünf Türen desselben einen Diener stehen. Ich frug, was das bedeute. „Wir sollen zählen, wie viel Zuhörer in Ihre Vorlesung gehen.“ Es interessierte auch mich, dies zu erfahren; nach meiner Erinnerung waren dies etwa 560. Vierzehn Tage darauf wurde nochmals gezählt; da waren es 7 weniger; bei einer dritten Zählung nach abermals vierzehn Tagen waren es dagegen 10 mehr als bei der ersten Zählung. Nun war auch das Ministerium beruhigt, daß es mit gutem Gewissen vom Landtag die Bewilligung eines Neubaus fordern könne. Er wurde bewilligt. Der Erweiterungsbau wurde im Februar 1906 unter dem Rektorat Endres begonnen und am 19. November 1909 der Universität übergeben. Nun hatte ich einen Hörsaal, der über 700 Sitze faßte und noch dazu eine Galerie mit mehreren Bankreihen.

Auch für das Seminar, in dessen Leitung ich mich mit meinem Kollegen Lotz teilte, erhielten wir nun angemessene Räume. Es sind daraus Arbeiten hervorgegangen, die uns große Anerkennung verschafft haben, von der ersten des Dr. Ernst Francke über das Schuhmachergewerbe in Bayern angefangen. Die Ausführung der letzten, die ich sehr gern gesehen hätte, hat der Ausbruch des Weltkriegs verhindert. Ein Student

war zu mir gekommen, der ursprünglich Theologe werden wollte; er hatte um Angabe eines sozialgeschichtlichen Themas gebeten. Nun hatte ich mich stets dafür interessiert, aus welchen Gesellschaftsschichten in den verschiedenen Jahrhunderten die Heiligen hervorgegangen seien. Nach meiner Meinung hat der Himmel in den Anfängen des Mittelalters sich aus nachgeborenen Kindern des Adels und Kindern der Hörigen rekrutiert; dagegen hat mit dem Aufkommen des Bürgertums die Zahl der Heiligen abgenommen. Doch meine Meinung entbehrte den Nachweis durch eine exakte Untersuchung. Bei einem jungen Mann, der Theolog werden wollte, setzte ich Interesse für die Frage voraus. Ich sagte ihm also: „Machen Sie eine Berufsstatistik des Himmels. Sie beginnen mit der Zeit Gregors von Tours, denn für die frühere Zeit werden viele Heilige aufgeführt, von denen man nicht viel weiß; Material finden Sie bei den Bollandisten.“ Doch der Bibliothekar der Abtei zu St. Bonifaz, an den sich der junge Mann wandte, um in der dortigen Bibliothek arbeiten zu können, hatte keinen Sinn für Sozialgeschichte. Er antwortete: „Reitet denn den Professor Brentano der leibhaftige Teufel“, und gleich darauf gab der Weltkrieg meinem Kandidaten eine andere Verwendung.

Ich habe es bei der Leitung des Seminars stets als selbstverständliche Pflicht erachtet, allen, die etwas lernen wollten, ohne Ansehen der Person, des Glaubensbekenntnisses, der Nationalität oder des Geschlechts gleichmäßig zu Diensten zu sein. Man scheint nicht an allen Universitäten sich so verhalten zu haben. Daher viele Juden und Polen nach München kamen. Auch sehr viele Russen und Südslawen sind zu uns gekommen. Ich habe von diesen Ausländern manches Interessante über ihre heimischen Verhältnisse erfahren, teilweise sogar mit ihnen erlebt. So trat eines Tags ein russischer Student mit der Bitte an mich heran, ich möge an das einschlägige Ministerium in Petersburg eine Eingabe um Zusendung der Semstwo-Verhandlungen machen. Zunächst lehnte ich ab, da ich von Petersburg mit Sicherheit eine abweisende Antwort erwartete. Aber der Russe meinte, mir würde man das Begehrte schicken; auch bat er so inständig und schließlich war es mir auch gleichgültig, abgewiesen zu werden. Ich gab nach, und zu meinem Erstaunen trafen viele Wochen nach meiner Eingabe zwei Riesenkisten mit den gewünschten Verhandlungen aus Petersburg ein. Aber mein Staunen wuchs, als der russische Student mir ein Papier brachte, das auf den übersandten Verhandlungen lag, darauf eine gedruckte Vorschrift, die Verhandlungen den Gerichten zweiter Instanz, nicht aber den russischen Universitäten mitzuteilen; nach München aber hatte man sie geschickt! Die Folge war, daß eine namhafte Zahl russischer Studenten kam, um Semstwo-Verhandlungen zu studieren!

Ein weiteres für die damaligen russischen Verhältnisse bezeichnendes Erlebnis hatte ich mit einem anderen russischen Studierenden, W. Leontieff. Er war der Sohn eines Baumwollindustriellen in Petersburg und wollte über die Lage der in der Petersburger Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter eine Abhandlung schreiben. Ich sagte ihm, daß ich ihm nur behilflich sein könne, indem ich ihm Bücher über die in anderen Ländern in der Baumwollindustrie Beschäftigten zu lesen gebe. Das genüge; das Petersburger Material werde er sich selbst beschaffen. Am Schluß des Sommersemesters reiste Leontieff ab; er wollte am 1. November wieder zurück sein. Aber das Jahr ging zu Ende und er kam nicht. Endlich gegen Ende Januar traf er wieder ein. Er hatte Furchtbares erlebt. In Petersburg war er von einer Baumwollfabrik zur anderen gefahren, um die für seine Arbeit nötigen Auskünfte zu sammeln. Da hatte er in seiner Droschke eine Tabelle mit Angaben über Löhne liegen lassen. Darauf zog des Nachts eine Kompagnie Soldaten vor dem Haus seines Vaters auf; sie drang ein; er selbst wurde gefangen genommen, vor jedes Bett, auch vor die Betten der Frauen, eine Wache gestellt, alle Papiere, die man vorfand, in Körbe geworfen; dann mußten alle Inwohner aufstehen, ihre Betten wurden untersucht und die Tapeten abgeklopft, selbst die Polsterstühle aufgeschnitten, ob nicht Papiere darin verborgen seien. Schließlich wurde unser Student mit den Körben ins Gefängnis abgeführt. Da hat er monatelang gesessen und nur auf Grund von Vorstellungen von Hofdamen bei Stolypin, daß sie an die Kaiserin gehen würden, wenn er nicht freigegeben würde, wurde ihm erlaubt abzureisen. Unterwegs wurde er bis zur russischen Grenze von einem Beobachter verfolgt, bis dieser, zur Rede gestellt, ihm antwortete: Sie reisen nach München zum Professor Brentano; ich bin beauftragt, Ihnen bis zur Grenze zu folgen.

Heiterer waren meine Erlebnisse mit dem russischen Studierenden Popoff, dem Sohn des großen Teepopoff. Er stand, wie er mir sagte, in Rußland auf der Liste der Verdächtigen. Am Schluß des Sommersemesters trat er an mich heran, er wolle die bäuerlichen Verhältnisse in Deutschland während der Ferien studieren. Dazu, war meine Antwort, ist Deutschland zu groß und seine Verhältnisse zu verschieden; lesen Sie einmal die Arbeit Schweyers über die Gemeinde Schöffau und kommen Sie dann wieder. Zu Beginn des Wintersemesters war er wieder da: „Ich bin in Schöffau gewesen und habe alles richtig befunden bis auf zwei Angaben. Ich war über seine Kontrolle erfreut. Aber noch mehr staunte ich, als er mir nach Neujahr meldete, er sei während der Weihnachtsferien in Whitechapel gewesen, um sich zu überzeugen, ob Angaben, die ich im Kolleg

gemacht hätte, zuträfen. Sie seien richtig gewesen. Endlich reiste er nach Schluß des Wintersemesters nach Ägypten, um sich die Bewässerungsanlagen anzusehen, von denen ich in meiner Vorlesung gesprochen hatte. In München war er oft mit der Polizei in Konflikt gekommen; es war verboten, den königlichen Prinzen vorzufahren, was ihn veranlaßte, ihnen vorzufahren, wo sich Gelegenheit bot. Er war dann eine Zeitlang in Paris. Als der Krieg Rußlands gegen Japan ausbrach, stand er plötzlich wieder in meinem Zimmer. Er erklärte, den Krieg mitmachen zu wollen. „Aber Sie sind ja gegen den Zaren und stehen auf der Liste der Verdächtigen.“ „Ja, gegen den Zaren bin ich, aber für das heilige Rußland.“ An der Grenze angekommen, wurde er richtig verhaftet und nach Petersburg transportiert. Aber der Sohn des reichen Teeopoff blieb in Rußland nicht lange in Haft. Freigelassen, meldete er sich zum Eintritt in die Armee, wurde aber abgewiesen. Er protestierte und berief sich darauf, daß die Verdächtigen vor allem in den Krieg geschickt werden sollten. Aber, hieß es, Sie sind ja von der Liste der Verdächtigen gestrichen. Darauf ging er als Zeitungskorrespondent auf den asiatischen Kriegsschauplatz. Als solcher hat er unter dem Namen Kyrillof so vortreffliche Berichte geschrieben, daß, als der russische Oberbefehlshaber wegen seiner Mißerfolge abgesetzt wurde, Stimmen laut wurden, man solle doch den vortrefflichen General Kyrillof zum Oberbefehlshaber machen. Plötzlich war er wieder bei mir in München. „Wie geht's Ihnen?“ fragte ich; „ich habe gehört, Sie hätten in Asien einen Schuß durch die Lunge erhalten.“ „Jawohl, aber bei den Japanern ist alles anständig, auch ihre Kugeln.“ Dann verschwand er wieder nach Paris. In höchstes Erstaunen setzte mich, als ich bald darauf eine Bitte aus Petersburg erhielt, ich möge doch Popoff für eine Professur an der dortigen Forstakademie empfehlen. Da ich selbst von Forstwissenschaft nichts verstehe und auch nicht wußte, ob Popoff etwas davon verstehe, mußte ich ablehnen. Ich habe dann über Popoff nur noch gehört, er habe in Nizza eine Luftschiffahrt unternommen und sei samt seinem Luftschiff im Meere verunglückt.

Auch mit serbischen Seminarmitgliedern habe ich Ungewöhnliches erlebt. So hielt einmal ein serbischer Student im Seminar einen Vortrag über die serbischen Anleihen. Je mehr sein Vortrag fortschritt, um so unruhiger wurde es im Hintergrund des etwas spärlich erleuchteten Saals. Kaum war der Vortrag zu Ende, als ein anderer Serbe sich zur Diskussion meldete und in den heftigsten Ausdrücken gegen die im offiziellen Sinne gefälschte Darstellung des Vortragenden protestierte, und als dieser entgegnete: „Aber die Anleihe, für die das Tabakmonopol verpfändet ist, müssen Sie wenigstens gelten lassen.“ „Was“, war die Antwort, „auch

darauf wagen Sie es, sich zu berufen, und Sie müssen doch wissen, daß der Mann, der dies geltend gemacht hat, in die Festung gesperrt worden ist, aus der es nur einen Ausgang gibt: in die Donau.“ Es war für den Vorsitzenden schwierig, die so hoch gehenden Wogen zu beruhigen, um so schwieriger, da ihm die vorgetragenen Tatsachen unbekannt waren. Ein paar Tage, nachdem der Vortrag gehalten war, kam der, welcher protestiert hatte, voll Erregung zu mir. „Der Schuft! hätte er mich gefordert, so hätte ich das angenommen; aber der Feigling hat über unsere Differenz in eine Belgrader Zeitung berichtet“, und nun hielt er mir das Blatt hin, das er mir übersetzte. Bald darauf erhielt ich einen Brief des serbischen Finanzministers, der um authentische Mitteilung des Vorfalles bat. Das habe ich abgelehnt. In meinem Seminar herrsche Freiheit der Wissenschaft; ein jeder dürfe alles sagen, was er begründen könne, und unterliege lediglich dem Gegenbeweis. Der Finanzminister antwortete, er sei sehr für Freiheit der Wissenschaft, aber in diesem Fall usw. Da erklärte ich den Schluß der Diskussion. Aber dem, der protestiert hatte, wurde das Staatsstipendium, das er genossen hatte, entzogen. Er hat sich aber nichts daraus gemacht. „Nächstens ist meine Partei oben, und da wird mir das Stipendium wieder zuteil.“

3

Es würde zu weit führen, wollte ich hier alle die Angriffe, die in den folgenden Jahren von agrarischer, großindustrieller und schutzzöllnerischer Seite gegen mich ergingen, und meine Antworten darauf anführen. In der schon genannten Schrift von Neisser und Palyi sind die letzteren alle verzeichnet. Im Oktober 1906 sind wir in das Haus eingezogen, das Friedrich von Thiersch mir entsprechend meinen Wünschen in München erbaut hat. Noch vor Beginn des Wintersemesters habe ich in Genf an der Sitzung des Internationalen Kongresses für gesetzlichen Arbeiterschutz teilgenommen. Dort machte ich auch die Bekanntschaft Mille-rands, damals noch Sozialdemokrat, später Präsident der französischen Republik, und des Genfers Lachenal, und hatte Gelegenheit, mich an der glänzenden Beredsamkeit beider zu erfreuen. Weniger erfreulich war die chauvinistische Art, mit der Millerand ablehnte, in ein näheres Gespräch über die französischen Gewerksvereine sich einzulassen.

I. Reisen und Erlebnisse

Das Jahr darauf veranlaßte mich eine Aufforderung meines Freundes, des Obersten Grafen Max Montgelas und seiner Gemahlin, sie mit meiner Tochter nach Griechenland zu begleiten. Die Reise hat uns sehr befriedigt, sowohl die Seefahrt von Genua nach Athen, als auch Athen selbst und die Fahrt durch das Land. Wir fanden Athens Umgebung schöner als die jeder anderen Stadt, die wir gesehen, den Blick von der Akropolis über Land und Meer von einer Großartigkeit der Linienführung und Mannigfaltigkeit der Gestaltung, von einer Feinheit der Färbung, wie wir nichts kannten. Florenz, Rom, Neapel traten dagegen weit zurück. Die Kunstwerke und insbesondere auch die mykenischen Schätze haben uns geradezu aufgeregt. Auch der Apollotempel in Sunion mit seiner weiten Aussicht über Land und Meer entzückte uns trotz des Windes, der keinen Baum anders als auf dem Boden hinkriechend duldete; ich habe mich an eine der Säulen angebunden, um die Aussicht genießen zu können. Auch haben wir auf dem unmittelbar unter dem Tempel des olympischen Zeus liegenden Friedhof das Grab meiner Cousine Bettina von Savigny, der Tochter des großen Juristen, besucht; auch es hatte etwas von der Größe der Antike. Von Athen gingen wir nach Delphi, bis nach Chäronea per Bahn; dort fanden wir neben dem Löwen, den Philipp von Makedonien auf dem Grabe griechischer Freiheit errichtet hatte, Maultiere, die unser Figaro dorthin für uns bestellt hatte, und von da ging es in mehrtägigem Ritte durch die ernsten, feierlichen Täler des Parnasses nach Delphi. Die Landschaft war durchweg von grandioser Schönheit und Vornehmheit. Der alte Preller hat in seinen Odysseeillustrationen den Charakter der Gegend sehr gut getroffen. Unterwegs ließ unser Führer uns an drei verschiedenen Orten vor dem Platze halten, an dem Ödipus seinen Vater Laios erschlagen hatte. Das alte Delphi hat unser Interesse ungemein erregt, die Schatzhäuser und der Wagenlenker, darüber der Parnass, der der Benediktenwand auffallend gleicht, nur daß von dieser noch niemand gesagt hat, daß Apollo und die Musen auf ihr tanzen. Als ich von meinem Nachmittagsschlaf im neuen Delphi erwachte, fand ich meine Tochter nicht. Ich vermutete, sie sei nochmals

nach dem alten Delphi gewandert; aber auch da war sie nicht zu finden; ich rief laut ihren Namen, der von den von ihren Feldern zurückkehrenden Landleuten alsbald wiederholt wurde, das ganze Tal Tempe rief Sissi. Aber keine Antwort. Als ich besorgt nach Neu-Delphi zurückkehrte, kam sie mir auf der Straße entgegen. Sie hatte, während ich schlief, an die Kinder auf der Straße allerhand Eßsachen verteilt. Darauf hatte eine junge Griechin sie zu sich ins Haus geladen und ihr zu verstehen gegeben, daß sie verlobt sei und voll Stolz gezeigt, was sie zu ihrer Ausstattung gearbeitet hatte. Meine Tochter mußte dann mit ihr ans Fenster treten, damit ihre Nachbarn sähen, daß sie durch den Besuch einer Fremden geehrt werde; sie hatte meine Tochter mit Süßigkeiten bewirtet, aber als diese ihr eine Gegengabe schenken wollte, weigerte sie sich, irgend etwas anzunehmen, sondern nahm ihren Kopf in die Hände und küßte sie ab. Überhaupt haben wir die Griechen in ihrem Lande ganz entgegengesetzt dem Rufe gefunden, in dem sie im Ausland stehen. Man hat uns nie betrogen, bis auf einen Droschkenkutscher in der Hafenstadt Kalamata, der mich überforderte, etwas was mir in Deutschland unzählige Male begegnet ist. Von Delphi aus fuhren wir, nachdem wir die Küste per Wagen erreicht hatten, mit einem griechischen Dampfer durch den Isthmus von Korinth zurück nach Athen und von da anderen Tags mit dem Dampfschiff nach Nauplia. Noch erinnere ich mich seines malerischen Hafens. Noch an demselben Nachmittag fuhren wir nach der Geburtsstadt des Herakles Tiryns; die Überreste seiner schon in der Ilias erwähnten „wohlummauerten“ Burg mit der aus zyklopischen Blöcken gebauten Galerie sind mir unvergeßlich. Die Wände waren durch die Schafe, die Jahrtausende hindurchgetrieben worden waren, in der Höhe von deren Rücken glattpoliert. Tags darauf ging es nach Mykene. Ich spreche nicht von dem Löwentor und dem Grabe der Klytemnestra; das sind viel beschriebene Werke; wohl aber erwähne ich die Stimmung, in die ich versetzt wurde, als ich den mit Rosso antico bestreuten Berg hinaufklomm und, als ich mich dort niedergelassen hatte, einen Hirten hörte, der in einem Strauche versteckt, auf einer Pansflöte blies. Das gehörte zur Echtheit der Szene. Dann stieg ich herunter und fand dort meine Reisegesellschaft, die sich in das Grab der Klytemnestra vor dem Wind geflüchtet hatte, um dort Kaffee zu kochen. Von Mykene ging es nach Tripolis und von da des anderen Tags durch den Peloponnes nach Sparta. Als wir durch den Peloponnes fuhren, strömten die Landleute von den benachbarten Feldern mit Trauben und Feigen heran, die sie uns boten. Wir dachten, es sei wie in Italien und griffen in die Tasche, um für das Gebotene zu zahlen. Aber jedwede Bezahlung wurde zurück-

gewiesen; es waren Gastgeschenke, die den Fremden geboten wurden. Sparta war uninteressant; da gab es keine Überreste alter Denkmäler, da es nie solche besessen hatte. Der Eurotas, in dem die Spartaner gebadet hatten, war ausgetrocknet; das einzige was mich interessierte, war ein Marionettentheater, in dem der Krieg zwischen Griechen und Türken, für den agitiert wurde, zur Aufführung kam. Weit interessanter waren die Überreste der mittelalterlichen Burg Mistra, die sich über Sparta erhob. Außer den Ruinen vergangener Herrlichkeit nur griechische Kirchen und Küster und Katzen. Wir sind von da durch die Languada-Schlucht nach Kalamata geritten, und von da nach Patras gefahren, wo ich ein früheres Mitglied meines Seminars fand, das uns in liebenswürdigster Weise bewirtete und uns auf das Schiff geleitete, das uns nach Korfu brachte.

In Korfu haben meine Tochter und ich uns getrennt. Sie hatte unter dem Staub der Landstraße auf der Fahrt von Tripolis nach Sparta sehr gelitten und eilte, nach Haus zu kommen. Die Witwe meines Kollegen Furtwängler, den ich in Athen noch an seinem Sterbebett besucht hatte, nahm sie mit auf dem Schiff nach Triest, von wo sie glücklich nach München zurückkehrte. Ich blieb noch mit Montgelas in Korfu und seiner noch ganz venezianischen Stadt mit deren verkümmerten Bewohnern, dem auffallendsten Gegensatz zu den wunderschönen Bewohnern des offenen Lands. Eine entzückende Fahrt durch dieses führte uns zu dem Modell der Toteninsel Böcklins. Der Beginn des Wintersemesters hat auch mich dann zurückgerufen.

2

Während ich in Griechenland war, hat meine Frau mir geschrieben, die Tochter eines alten Freundes habe sich zu ihr geflüchtet, mit der Bitte, sie aufzunehmen; was sie tun solle. Ich antwortete: Aufnehmen. Das junge Mädchen liebte einen talentvollen Schüler ihres Vaters, der ihn für den tüchtigsten seiner Schüler erklärt hatte. Aber er war Jude, und ihre Mutter war gegen ihre Verheiratung mit einem Juden. Da hörte ich, daß Althoff, der eben aus seinem Amte geschieden war, an einem dem derzeitigen Aufenthalte des Vaters des Mädchens benachbarten Orte sich aufhalte. Ich schrieb ihm, wenn er noch im Amte wäre, würde ich mich nicht an ihn wenden; nun aber stehe nichts im Wege, daß ich in Erinnerung an unsere frühere Freundschaft und daß wir stets darin einig gewesen seien, daß man einen Freund davon abhalten müsse, etwas zu tun, was er später bereuen werde, ihn bitte, den Vater aufzusuchen und ihn zu überreden, die Heirat zu gestatten. Und nun zeigte sich Althoff in seiner ganzen Herzensgüte. Er hat meine Bitte sofort erfüllt und nicht nur bei dem Vater erreicht, daß er in die Heirat willige, sondern, da die

Mutter nach wie vor grollte, dem Brautpaar auch die Hochzeit bereitet und sogar eine beträchtliche Summe, die ihm für die Unterstützung von Studienreisen gestiftet worden war, dem jungen Manne gewährt, damit das Paar eine Hochzeitsreise machen könne. Trotz aller sachlicher Differenzen, die ich, während er im Amte war, mit ihm gehabt hatte, und von denen ich gleich reden werde, ist er dann in München in meine Vorlesung gekommen und hat mich in meinem Hause in alter Herzlichkeit besucht.

3

Althoff ist, worauf ich noch zurückkommen werde, 1908 gestorben. Kaum war er tot, so wurde ich durch das Aufhören des Schutzes, den er den Brentanoschen Familienpapieren gegen die Unterschlagungen Varnhagens von Ense hatte zuteil werden lassen, in Anspruch genommen.

Im Jahre 1811 hatten Clemens Brentano und Varnhagen sich in Tep-
litz kennengelernt. Varnhagen hat über diese erste Begegnung wieder-
holt berichtet¹. Es war unvermeidlich, daß der Gegensatz der Naturen,
wie er in den von Varnhagen selbst veröffentlichten Briefen meines Onkels
an ihn und Rahel deutlich hervortritt, ihren Umgang störte. Er äußerte
sich insbesondere auch in verschiedener Beurteilung gewisser Berliner
Gesellschaftskreise und einzelner Persönlichkeiten, namentlich auch
Achims von Arnim, der mit jenen Varnhagen nahestehenden Kreisen
Konflikte gehabt hatte². Mein Onkel sprach abfällig über Varnhagens
Freunde, und Varnhagen rächte sich in einer Weise, die für ihn charak-
teristisch und für das weiter hier zu Erzählende von Bedeutung ist. Mein
Onkel hatte ihm das Manuskript seines Dramas „Aloys und Imelde“ in
„herzlichem Wohlwollen“ geliehen, wie Varnhagen sagt³, damit „er es
durchsehe und etwaige Verbesserungen vorschlage“⁴. Hier nun der erste
Vertrauensbruch Varnhagens. Nach einem Streite, über den wir, da Varn-
hagen alle entgegenstehenden Nachrichten meines Onkels widerrechtlich
zerstört hat, lediglich seine von Gehässigkeit getragenen Aussagen haben,
gab er das ihm anvertraute Manuskript, als es von ihm zurückgefordert
wurde, nicht zurück, sondern behielt es, wie er selbst berichtet, als ein
„Pfand der guten Aufführung des Clemens Brentano“. Dieser hat sich
in zahlreichen noch erhaltenen Briefen⁵ in lebhaften Klagen über den Ver-
trauensbruch ergangen und alles versucht, um das ihm entwendete Manu-
skript wiederzuerlangen. „Mit angestrenzter Gewalt,“ schrieb er am
8. Dezember 1812 an seine Schwester Meline, „suchte ich die Arbeit von

¹ Vgl. seine „Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens“. 2. A. Leipzig 1843. II, S. 326, und „Biographische Portraits“ von Varnhagen von Ense, Leipzig 1871, S. 62 ff. —

² Vgl. „Biographische Portraits“, S. 80, und Reinhold Steig, Heinrich v. Kleists Ber-
liner Kämpfe, Berlin und Stuttgart, 1901, S. 632. — ³ „Biographische Portraits“, S. 114.

— ⁴ Ebenda, S. 70. — ⁵ Vgl. „Hochland“, 1. Jahrgang, Heft III, S. 294.

neuem niederzuschreiben, und brachte sie bis zum dritten Akt, aber da ward sie mir unmöglich, denn ich fühlte, daß sie die entwendete auf keine Weise ersetzte.“ In dieser Neubearbeitung hat der Dichter dem unerfreulichen Comingo Züge des Varnhagen gegeben. Erst 1814 hat dieser auf Rahels Drängen sein Manuskript zurückerstattet¹, und noch heute trägt es von Varnhagens Hand die Aufschrift „Pfand von Clemens Brentano“.

Diese Vorkommnisse sind der Ausgangspunkt weiterer Unterschlagungen Varnhagens geworden.

Als mein Onkel Clemens von Berlin nach Dülmen übersiedelte, ließ er den größten Teil seiner Habseligkeiten und darunter auch seine Papiere bei seiner Schwester Bettina von Arnim zurück. Er ist im Jahre 1842 in Aschaffenburg gestorben. Vorher hatte er in München ein am 8. August 1842 bei dem Stadtgericht der freien Stadt Frankfurt publiziertes und dort noch heute liegendes Testament gemacht, worin er meinen Vater zu seinem „einzigen Universalerben“ ernannt hat. Aus hinterlassenen Briefen meines Vaters geht hervor, daß es eine Herzenssache seines Bruders Clemens gewesen ist, daß eine Herausgabe seines Nachlasses nur in dessen Sinn stattfinde. Mein Vater hat nichtsdestoweniger, da sich Bettine von den in ihrem Besitze befindlichen Papieren ihres Bruders Clemens nicht trennen wollte, diese Papiere in brüderlichem Entgegenkommen, wenn auch ohne sich seiner Rechte auf die Papiere zu begeben, in dem Besitz Bettinens gelassen. Am 27. Oktober 1851 ist mein Vater gestorben. Bettine aber verlangte nach einer hilfreichen Hand, welche die zahlreichen Briefe und andere Papiere von literarischem Wert, die sie besaß, ordne. Varnhagen hatte sich schon mehr und mehr der Herausgabe der „Sämtlichen Werke“ Arnims bemächtigt, weswegen Wilhelm Grimm von der Herausgabe zurücktrat. Dieser hatte schon 1810 an meinen Onkel Clemens geschrieben: „Wir haben in diesen Tagen durch Steffens Empfehlung einen Berliner zum Besuch gehabt, den Varnhagen: ein Mensch, der mir aus allen Kräften zuwider ist und auf dem Leben mit einer matten geistlosen Frechheit steht. Er scheint nach dem, was er spricht, als ob er seinen Lebensbaum, an dem auch nicht ein einziges frisches grünes Blatt hängt, mit allen möglichen Erfahrungen ausputzen wolle.“ Allein trotz dieses Urteils ihres Freundes und uneingedenk dessen, was Achim von Arnim und ihr Bruder Clemens mit ihm erlebt hatten, hat Bettine Varnhagen, als er sich ihr zur Ordnung jener literarischen Hinterlassenschaft anbot, damit betraut und damit unter anderem ihm auch die Papiere Arnims und die ihres Bruders auf Treu und Glauben ausgehändigt. Dadurch ist er zur Kenntnis all der witzigen und teilweise beißenden Bemerkungen ge-

¹ Vgl. „Biographische Portraits“, S. 114.

langt, in denen sich die beiden Freunde über ihn und die, zu denen er gehörte, in vertraulichem Briefwechsel ausgelassen hatten. Sie haben Varnhagens alten Haß gegen meinen Onkel aufs neue belebt, und Bettine selbst hatte ihm die Gelegenheit gegeben, für jedes über ihn geschriebene witzige Wort Rache zu nehmen. Lange Zeit hat er sich geweigert, die Papiere überhaupt zurückzugeben, bis der Schwiegersohn Bettinens, Graf Oriola, damals Oberst der Bonner Husaren, ihm aufs Zimmer rückte und die Papiere zurückforderte. Da erst erfolgte eine Rückgabe. Aber Bettine selbst war durch ihr zunehmendes Alter und einen Schlaganfall außerstand gesetzt, zu kontrollieren, was zurückgegeben wurde und was nicht, und auch ohne dies wäre solche Kontrolle nicht möglich gewesen. Varnhagen hat dies für seine Zwecke ausgenützt. Wie der weitere Verlauf bewiesen hat, hat er einen Teil der ihm anvertrauten Papiere überhaupt nicht zurückgegeben; andere, die er zurückgab, hat er verstümmelt; er hat alle auf ihn und Rahel bezüglichen Stellen aus den ihm zur Ordnung anvertrauten Papieren herausgeschnitten und so die Zeugnisse gegen sich und diejenigen um ihn aus der Welt geschafft. Außerdem hat er, wo immer er Mitteilungen fand, von denen er annehmen konnte, daß sie zur öffentlichen Kompromittierung meines Onkels verwendbar seien, von den ihm anvertrauten Papieren Abschriften gemacht und zurückbehalten.

Varnhagens Nichte Ludmilla Assing hat Varnhagens Manuskriptensammlung, die sie nach seinem Tode im Jahre 1858 zunächst als Erbin verwaltete, entsprechend dem Wunsche Varnhagens im Jahre 1872 der Königlichen Bibliothek in Berlin testamentarisch vermacht; nach ihrem Tode im Jahre 1880 gelangten somit als Teil derselben auch die von Varnhagen unterschlagenen Brentano-Arnimschen Familienpapiere in den Besitz der Berliner Bibliothek. Damit schien Varnhagens Ziel erreicht. Um sich wegen Bemerkungen über ihn und seine Freunde, die nahezu fünfzig Jahre vorher gemacht worden waren, zu rächen, hat er meinen Onkel Clemens nicht nur bei dessen Lebzeiten jahrelang gequält, indem er ihm das Manuskript eines Dramas vorenthielt, das dieser ihm zum Lesen gutgläubig anvertraut hatte, sondern er hat auch nach seinem Tode das Vertrauen, das dessen Schwester ihm schenkte, mißbraucht, um sein Andenken schädigen zu können. Er hat selbst vor einer strafrechtlich verbotenen Handlung nicht zurückgeschreckt, um an Menschen sich zu rächen, deren briefliche, seiner Auffassung entgegenstehende Mitteilungen er gleichzeitig vernichtete.

Erst zu Anfang der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts hat Herman Grimm, als er zusammen mit Reinhold Steig die Veröffentlichung des Werks „Achim von Arnim und die ihm nahe standen“, unter-

nahm, von Papieren von Clemens Brentano und Achim und Bettine von Arnim erfahren, die im Besitz der Berliner Bibliothek nur durch eine Unterschlagung Varnhagens dahin gelangt sein konnten. Er hat mir damals davon Mitteilung gemacht. In Übereinstimmung mit mir unternahm er nun Schritte, um möglichen Schaden zu vermeiden. Im Amtszimmer des damaligen Generaldirektors der Königlichen Bibliothek Wilmanns fand eine Konferenz statt, an der außer diesem Althoff als Oberaufsichtsbeamter der Bibliothek, der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Dr. Friedrich Schmidt, Herman Grimm und Dr. Steig teilnahmen. Grimm bot zum Austausch gegen die gestohlenen Papiere Manuskripte aus dem Nachlaß von Jakob und Wilhelm Grimm, darunter Savignys Briefe an die Brüder. Aber Althoff erklärte solchen Austausch nicht für möglich; auch lasse sich juristisch nichts machen; dagegen war er dafür, die näher zu bezeichnenden Papiere zu sekretieren und für weiteren Gebrauch zu sperren, und Wilmanns erklärte dazu, er könne in der Sache für sich und seine Dienstinhaber gutschlagen. Darauf wurden hauptsächlich ausgeschieden die handschriftlichen Briefwechsel zwischen Clemens Brentano und seiner ersten Gattin, geschiedenen Mereau, geb. Schubert, sein Briefwechsel mit seiner zweiten Frau Auguste, geb. Busmann, sowie Papiere, die sich auf das Verhältnis zwischen Clemens Brentano und seiner zweiten Gattin beziehen, ferner verschiedene Jugendbriefe Clemens Brentanos. Diese ausgeschiedenen Papiere wurden im Amtszimmer des Geheimen Rat Wilmanns in einem Blechkasten sekretiert.

Es war schmerzlich für uns, auf die Rückgabe entwendeter intimer Familienpapiere zu verzichten; doch fügten wir uns angesichts der mit Zustimmung Althoffs, des Oberaufsichtsbeamten der Bibliothek, vom Generaldirektor für sich und seine Dienstinhaber gegebenen Zusicherung, daß alle Papiere, die das Andenken verstorbener Angehöriger schädigen könnten, für weiteren Gebrauch gesperrt sein sollten. Doch solche Gesichtspunkte waren für den Literaturhistoriker der Berliner Universität Erich Schmidt ohne Bedeutung. Er düstete danach in seinem Seminar alles, was mit den Romantikern in Zusammenhang stand, verarbeiten zu lassen. Er sprach von einem Bann, den Herman Grimm habe willkürlich verhängen lassen, und gab sich alle Mühe, die sekretierten Papiere der Veröffentlichung zugänglich zu machen. Kaum waren Althoff, Wilmanns und Herman Grimm tot und Adolf Harnack zum Generaldirektor der Bibliothek ernannt, so hat E. Schmidt seinen Zweck auch erreicht. An Weihnachten 1908 erschien der „Briefwechsel zwischen Clemens Brentano und Sophie Mereau“, herausgegeben von einem Schüler Schmidts im Inselverlag.

Wir haben dies lebhaft bedauert. Was Clemens Brentano selbst an den Tag gegeben hat, ist sein literarisches Werk; für das Gute und Üble darin muß seine historische Persönlichkeit einstehen. Seine Briefe aber sind von ihm nicht für die Öffentlichkeit geschrieben, und gerade seine intimsten können ihr nicht ohne weiteres preisgegeben werden, wenn man dafür etwas mehr als bloß „philologische“ Verantwortung hat. Das zeigt gerade dieser Briefwechsel. Nicht als ob er nicht Stellen von großer poetischer Schönheit, glänzendem Witz und geistvollstem Urteil enthielte. Aber ganz abgesehen davon, daß es darin nicht an zahlreichen Briefen ohne jedes allgemeine Interesse fehlt, es finden sich darin auch Stellen, die niemals hätten gedruckt werden sollen. Das gilt besonders von der, in welcher das Geheimnis einer Frau, das sie selbst ihrem Gatten lange verheimlicht hatte, und von dem dieser, trotzdem es ihn mit verzweiflungsvollem Schmerz erfüllt hat, doch selbst seinen intimsten Freunden gegenüber geschwiegen hatte, zum erstenmal der Welt mitgeteilt wird.

Wir machten Harnack darauf aufmerksam, wie mein Onkel Clemens selbst in seiner „Warnung vor literarischen Klatschereien unter uns“¹ über die „ästhetischen Lumpensammler“ gedacht hat, die ehrlichen Leuten heimlich ihr ganzes Hemd durch den Ärmel ausziehen, um es an Papierfabrikanten zu verkaufen. „Ihr Gott heißt Heute, ihr Messias Morgen, und diesem opfern sie so viel Gestern und Vorgestern, als sie auf der immer und ewigen Treibjagd vor sich bringen können. Und all diese Liebesdienste, wolle Gott, um ein Lorbeerblatt — an den Braten“ usw.

Mein Onkel Clemens hat bis zu seinem Tode so gedacht, desgleichen dessen Universalerbe, mein Vater, und auch mein Bruder Franz und ich, dessen Erben, dachten in gleicher Weise.

Allein Harnack war unzugänglich. Er antwortete auf unsere Eingabe, die ihm als Generaldirektor der Königlichen Bibliothek unterstellten Bestände könne er weder durch Überlassung noch durch Tausch schmälern. Für etwa bestehende Rechtsansprüche an einzelnen Stücken verwies er uns an den Minister. Kultusminister war damals Herr von Trott zu Solz. Von ihm war keine Antwort zu erwarten, die von der von Harnack erteilten abwich. Ich mußte zu anderen Mitteln greifen, um meinen Zweck zu erreichen. Es entwickelte sich nun ein Ringen um die Papiere zwischen Harnack und mir, das sich bis Mitte des Jahres 1910 hinzog. Unter anderem machte Hertling auf meine Anregung das Zentrum mobil und er erwog, ob nicht ein Gesetz zu erlassen sei, das die Veröffentlichung des schriftlichen Nachlasses Verstorbener ohne Genehmigung von deren Erben verböte. Auch habe ich meine sämtlichen Vettern, die Nachkommen meines

¹ Wiederabgedruckt in seinen „Gesammelten Schriften“ IV, S. 421 ff.

Onkels Franz und seiner Gemahlin Antonie, geb. von Birkenstock, die meines Onkels Georg in Rödelheim, meiner Tanten Savigny, Arnim und Meline von Guaita bewogen, daß sie mit mir in den vornehmsten Literaturblättern ein Inserat einrückten, daß sie gegen jede Veröffentlichung von bisher ungedruckten Manuskripten und Briefen an ihre und von ihren Vorfahren, die ohne ihre ausdrückliche Zustimmung erfolgen würde, mit allen strafrechtlichen und zivilrechtlichen Mitteln vorgehen würden. Bestenfalls waren wir dadurch aber nur dagegen geschützt, daß das Leben unserer Vorfahren den Besuchern literaturgeschichtlicher Seminare als Futter vorgeworfen wurde. Was zur Rückgabe der gestohlenen Familienpapiere führte, war etwas ganz anderes. Ich war im Besitze des Originals des noch nicht gedruckten Dramas meines Onkels Clemens, das Varnhagen diesem seinerzeit gepfändet hatte: „Aloys und Imelde“. Ich war von je der Meinung gewesen, daß es einer Bibliothek übergeben werden sollte, und zwar ohne Gegenleistung, damit es der deutschen Literatur einverleibt werde. Nun bot ich es Harnack an im Austausch gegen Familienpapiere. „Es müsse doch auch für die Königliche Bibliotheksverwaltung von Wert sein, an Stelle eines Besitzes, in den sie nur durch eine strafrechtlich geahndete Handlung gelangt sei, in den rechtmäßigen Besitz eines weit wertvolleren Objekts zu gelangen.“ Darauf wurde von der Generalverwaltung der Bibliothek der Standpunkt, daß auch ein Austausch nicht stattfinden könne, aufgegeben. Doch drehte sich die Frage noch darum, was mir im Austausch gegeben werden solle. Zuerst wollte man mir nur die Schriftstücke geben, die seinerzeit auf Wunsch Herman Grimms sekretiert worden waren. Aber der wichtigste Teil derselben, der Briefwechsel zwischen meinem Onkel und seiner ersten Frau Sophie, war ja schon veröffentlicht. Ich bestand darauf, daß alle in der Bibliothek vorhandenen Brentanoschen Familienpapiere mir an die Münchener Staatsbibliothek zur Durchsicht geschickt würden. Dies geschah. Ich habe dann daraus ausgewählt, was von literarhistorischem Wert war. Dessen wollte ich die Berliner Bibliothek nicht berauben. Dagegen habe ich alles beansprucht, was ohne solchen Wert, lediglich intime und Familienbeziehungen betraf. Auf dessen Auslieferung habe ich bestanden. Dann wurde alles wieder nach Berlin geschickt. Über einzelne Briefe kam es zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten. Doch ich bin unnachgiebig geblieben, selbst als Harnack in München mich aufsuchte; und das, was ich im Austausch geboten hatte, war doch zu wertvoll. Harnack gab nach. Ich fuhr nach Berlin, übergab das Manuskript von „Aloys und Imelde“ und erhielt die von mir ausgewählten Papiere. Nachdem der Austausch vollzogen war, konnte ich die Bemerkung nicht unterdrücken: Hätten Sie mir gleich das unrechtmäßig

in Ihren Besitz gelangte ausgeliefert, so hätten Sie das Drama von uns geschenkt erhalten.

Von den erhaltenen Familienbriefen habe ich diejenigen an jene Vettern verteilt, von deren Eltern und Großeltern sie an meinen Onkel gerichtet waren. „Aloys und Imelde“ ist in beiden Bearbeitungen dann von Agnes Harnack herausgegeben worden. Sie hat auch eine Einleitung dazu geschrieben, eine fleißige Seminararbeit, aber ohne Mitempfinden mit der Seele des Dichters.

II. Wissenschaftliche und politische Betätigung nach meiner Rückkehr aus Griechenland

Außer durch diese Verteidigung des Andenkens meiner Familienangehörigen sind die auf meine Rückkehr aus Griechenland folgenden Jahre bis zum Ausbruch des Weltkriegs durch meine Lehrtätigkeit an der Universität, durch wissenschaftliche Arbeiten, durch Teilnahme an den sozialpolitischen Tageskämpfen und im Zusammenhang damit durch ernste Meinungsverschiedenheiten mit Friedrich Naumann, ferner durch den Besuch der Freihandelskongresse in London und Antwerpen, ganz besonders aber durch die von Althoff bedrohte Unabhängigkeit der Universitäten in Anspruch genommen gewesen. Dann, als ich den Weltkrieg kommen sah, habe ich mich bemüht, ihm durch Aufsätze zu seiner Abwehr vorzubeugen und durch Tätigkeit für die dem gleichen Ziele dienende Carnegie-Stiftung.

I

Die wissenschaftlichen Aufsätze, die ich in dieser Zeit veröffentlicht habe, befassen sich mit jedweder sozialpolitischen Frage, die damals die öffentliche Meinung bewegte. Es fällt in sie mein Vortrag von 1907 „Der Unternehmer“¹. Ich habe darin den Unternehmer als den Träger des Geistes zu zeigen gesucht, dessen Erkennen und Wollen die bewegenden Kräfte sind, welcher die Entstehung des neuen Produkts zu danken ist und der das Bibelwort wahr gemacht hat: „Geht hin und macht die Erde euch untertan“. Wenn meine Gegner das, was ich geschrieben habe, gelesen hätten, statt mir, weil ich die Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrags verteidigte, Anschauungen zuzuschreiben, die ich nicht hege, würde dieser Vortrag allein ausreichen, die Beschuldigung zurückzuweisen, daß die „Kathedersozialisten“ die Funktion des Unternehmers im Produktionsprozeß nicht würdigten. Im Jahre 1908 habe ich meinen „Versuch einer Theorie der Bedürfnisse“ und meine Abhandlung

¹ Lujo Brentano, Der Unternehmer. Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Nr. 225. Berlin 1907.

„Die Entwicklung der Wertlehre“ in den Sitzungsberichten der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften und 1909 in deren Abhandlungen meine Untersuchung „Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezzennien“ veröffentlicht¹, und am 15. März 1913 in der öffentlichen Sitzung der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften die Festrede über „Die Anfänge des modernen Kapitalismus“ gehalten². In die Jahre 1910 und 1911 fallen die erste und zweite Auflage meiner Denkschrift „Die deutschen Getreidezölle“, in das Jahr 1911 die Untersuchung über „Familienfideikomisse und ihre Wirkungen“, die Wiederveröffentlichung³ meines zuerst in der „Cosmopolis“ unter dem Titel „Die Meinungsverschiedenheit unter den Volkswirtschaftslehrern“ erschienenen Aufsatzes „Über Werturteile in der Volkswirtschaft“, ferner das Büchlein „Wie studiert man Nationalökonomie?“ und in das Jahr 1912 mein Aufsatz⁴ über „Privatwirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre“. Daneben habe ich Vorträge über die Wohnungsfrage, über Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik gehalten.

2

Im März 1908 bin ich zum Freihandelskongreß nach London gefahren. Unterwegs habe ich in München-Gladbach meine zahlreichen dortigen Freunde begrüßt und Gelegenheit genommen, ihre bewundernswerten sozialpolitischen Leistungen kennenzulernen. In London bin ich mit W. Lotz, mit Theodor Barth und Dr. Breitscheid, der damals noch mit Naumann zu den Deutschfreisinnigen gehörte, die zu den Nationalsozialen übergegangen waren, zusammengetroffen. Wir sind in England aufs freundlichste aufgenommen worden, obwohl der deutsche Flottenbau auch bei wirklich Liberalen, wie Massingham, dem Herausgeber der „Nation“, große Besorgnis erregte. Eine wenn auch nur vorübergehende Besetzung der City wäre in der Tat für England verhängnisvoll gewesen! Ich verwies ihn darauf, daß die englische Regierung die einzige sei, welche die Anerkennung der Unverletzlichkeit des schwimmenden Privateigentums im Falle eines Krieges verweigere und im Burenkrieg den deutschen Dampfer „Bundesrat“ auf Konterbande habe untersuchen lassen; so lang Cobdens Forderung der Freiheit der Meere nicht erfüllt sei, brauche Deutschland in Anbetracht der wachsenden Bedeutung seines Seehandels eine Flotte zu dessen Schutz. Als ehrlicher Freihändler konnte Massingham dies nicht bestreiten. Unterhaltend war ein Gespräch mit

¹ Alle drei wieder abgedruckt in Lujo Brentano, Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft. Leipzig 1924. — ² Wieder abgedruckt in Lujo Brentano, Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte. Leipzig 1923. — ³ Bei Jaffé, Archiv für Sozialwissenschaft, XXXIII, S. 675 bis 714. — ⁴ „Bank-Archiv“, XII. Jahrgang, Nr. 1, 1912.

einem Major a. D., bei dem ich zu Gast war. Er erzählte mir, das britische Kriegsministerium habe sichere Nachricht, daß deutsche Offiziere in allen Grafschaften Karten aufgenommen, sowie verzeichnet hätten, wie viel Vorräte in jeder Farm vorhanden seien. Aber, erwiderte ich, er wisse doch, wie sparsam unsere Regierung sei; da hätte sie doch lieber die in jedem Buchladen erhältlichen offiziellen Karten gekauft, und die Vorräte in den Farmen würden längst aufgezehrt sein, bis wir kämen. Seine Nachricht sei ebenso glaubwürdig, wie die in dem auf einem Tisch liegenden Quarterly Review, in dem ich, den man in Deutschland einen Anglomanen schelte, als Feind Englands bezeichnet sei. Aber die Hetze gegen Deutschland war in England ebenso im Gang wie die umgekehrte gegen England in Deutschland. Populäre Darstellungen der Eroberung Englands durch die Deutschen wurden von den unteren Volksklassen sehr besucht, und John Bulls nie erloschener kriegerischer Geist äußerte sich in sieges-sicheren Gesängen.

Dazu kam, daß die Engländer nach dem Zeugnisse ihrer führenden Nationalökonomien, wie Alfred Marshall, auf der nach ihrem Übergang zum Freihandel beispiellosen Zunahme ihres Reichtums eingeschlafen waren. Die Söhne der Männer, die England zum wirtschaftlich führenden Land gemacht hatten, begnügten sich, ihren Betrieb routinemäßig weitergehen zu lassen und die Früchte der Leistungen ihrer Vorgänger zu genießen. Die Erschließung ungeahnter Hilfsquellen in Amerika sowie großartige technische Fortschritte in Deutschland hatten dagegen zu solchem Aufschwung dieser Länder geführt, daß sie England in vielen Erwerbszweigen eingeholt, in manchen überflügelt hatten. Von diesen, den wirklichen Ursachen des relativen Rückgangs von England während der vorausgegangenen dreißig Jahre wußte selbst der gebildete Engländer nichts. Er war, gleichviel welchem wirtschaftlichen Lager er angehörte, auffallend unwissend in der Wirtschaftsgeschichte anderer Länder, namentlich in der deutschen. Dagegen wußte er, daß wir und die Amerikaner hohe Zölle hatten; er kannte aus den Zeitungen das Korybantengeschrei, mit dem unsere wirtschaftlichen Interessenten ihre Schutzzollgötzen umtanzen; was war natürlicher, als daß er dem Aberglauben verfiel, der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands und Amerikas sei ihrem Schutzzollsystem zu danken.

Das hat die Sorge derer erregt, auf welche der Mantel Cobdens gefallen war. Der Cobdenklub hatte einen internationalen Freihandelskongreß nach London zusammengerufen, der vom 4. bis 7. August dort getagt hat. Der Zweck war wohl in erster Linie, den Engländern von Angehörigen der Länder, die mit einem Schutzzollsystem beglückt waren, dessen Seg-

nungen schildern zu lassen. Das ist denn auch in teilweise vortrefflicher Weise geschehen.

Dr. Heringa aus Holland schilderte, in welchem Maße die Lebensmittelpreise in Holland niedriger waren als im schutzzöllnerischen Deutschland.

Doch auf Produzenten macht weit größeren Eindruck das ungleiche Maß in dem ihnen die Schutzzölle nützen. Auch hierüber wurden den Engländern die Augen geöffnet. Das deutsche Beispiel zeigte, daß in Deutschland nur die Rohproduktion und die Industrien, die sich zu festen Kartellen zusammenschließen vermochten, von dem Schutzzollsystem profitiert haben. Dazu gehörte vor allem die Schwerindustrie. Eine Folge war, daß die deutschen Maschinenfabrikanten alsbald nach Erlaß des Bülow'schen Zolltarifs bitter geklagt haben: sie könnten trotz der Einfuhrzölle auf Maschinen ihre Betriebe nur schwer weiterführen, da ihre ausländischen Konkurrenten das deutsche Eisen billiger erhielten als sie. Eine andere, daß in der Eisenindustrie die heimischen Weiterverarbeiter und Fertigfabrikanten, welche selbst Kohlenzechen und Hochöfen besaßen, einen enormen Vorsprung vor denen hatten, die keine besaßen. Daher die sogenannten reinen Walzwerke an Herrn von Bethmann-Hollweg eine Petition um Beseitigung der Eisenzölle gerichtet haben.

Nicht minder waren die finanziellen Wirkungen der Schutzzölle geeignet, Eindruck zu machen. Das Reich, die Einzelstaaten, die Kommunen wußten nicht mehr, wie ihre Bedürfnisse decken. In der Verzweiflung dachte man schon an Besteuerung der elektrischen Kraft. Wenn man an die Auflegung von Steuern auf Produktionsmittel sinnt, ist dies stets ein Zeichen, daß die Finanzminister am Ende ihres Witzes angelangt sind; denn das heißt die Quellen abgraben, aus denen die künftigen Steuerergebnisse fließen. Die deutsche Finanzlage und die vielfach geradezu abenteuerlichen Vorschläge zu ihrer Sanierung, ließen die Engländer meinen, wir ständen vor dem Bankrott. Das beruhte aber nur darauf, daß infolge der Zölle ein größerer Teil von dem, was der Deutsche an Steuern zahlte, Privaten statt den öffentlichen Wirtschaften zufließt. Es hing mit der politischen Wirkung des Schutzzollsystems zusammen. Schutzzölle bieten die Mittel zur Korruption im großen. Namentlich von den amerikanischen Besuchern des Freihandelskongresses wurde dies in überwältigender Weise vorgeführt; und die Art und Weise, in der sie schilderten, wie nicht nur Personen, sondern ganze Klassen und Provinzen durch Schutzzölle entgegen dem allgemeinen Interesse gekauft worden sind, hat sichtbar den tiefsten Eindruck auf die Zuhörer gemacht.

Der Erfolg des Kongresses war gering. Die Teilnehmer waren nicht sehr zahlreich; die Berichterstattung in den Zeitungen war dürftig; dabei

fiel es auf, daß gerade die sprechendsten Tatsachen den englischen Lesern vorenthalten wurden. Diejenigen, die in England ein Interesse an einer Änderung der Zollpolitik haben, sind eben zu mächtig. Sie verwünschen den Freihandel, weil er ihnen gerade die Möglichkeit der Ausartungen nimmt, die mit dem Schutzzollsystem verbunden sind. Die politische Korruption hat aber keine Schrecken, wenn man hofft, sie in eigenem Interesse zu nutzen.

In den Kongreßverhandlungen ist über uns, dem Freihandel huldigenden Vertreter Deutschlands nur Freundliches gesagt worden. Galt doch der Freihandel als Mittel zur Sicherung des Weltfriedens und wurde eben im Hinblick auf diesen von allen gepriesen.

3

Anderentags besuchte ich meinen alten Freund John Burns. Der in Deutschland als Revolutionär verschrieene siegreiche Führer der Dockarbeiter von 1889 war Minister im Kabinett Asquith geworden. Er führte mich in seinem Ministerium in den Saal, in dem er einst als Angeklagter gestanden hatte, und nun präsiidierte. Das war berechtigter Stolz. Aber seine Eitelkeit, die wir schon früher¹ kennengelernt haben, hat auch das Lachen Königs Eduard VII. erregt. Es wurde erzählt, er habe nach einem Diner seine Gäste aufgefordert, ihm in sein Zimmer zu folgen, und unter Hinweis auf einen Stuhl dort gerufen: sehet den Stuhl, auf dem John Burns gegessen hat!

Eine interessante Bekanntschaft, die ich machte, war die des Admirals Bridge, eines sehr gescheiten und vorurteilslosen Mannes, von dem ich noch später zu reden haben werde.

Zwei Jahre nach dem Freihandelskongreß in London fand der in Antwerpen statt. Ich habe im Juli 1910 eine Denkschrift über „Die deutschen Getreidezölle“ für ihn ausgearbeitet. Sie hat mir einen großen Triumph in Antwerpen eingebracht und auch sonst so viele Freunde gefunden, daß, schon nach wenigen Monaten, eine zweite Auflage notwendig geworden ist, der 1925 eine dritte folgte. Schon in der zweiten habe ich den Nachweis erbracht, daß die Belastung des Steuerzahlers durch die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer im Durchschnitt der drei Jahre 1907—1909 pro Jahr 10,19,776,567 Mark betragen hat, wovon nur 12,567,1054 Mark in die Reichskasse, 894,105,512 Mark in die Taschen Privater geflossen sind.

¹ Siehe S. 158.

III. Meinungsverschiedenheiten mit Naumann

Ich glaube durch meine Erzählung, wie ich in Beziehung zu Naumann gekommen bin, und wie ich ihn zum Beitritt zur deutschfreisinnigen Partei vermocht habe und in seinem Streit mit Schmoller für ihn eingetreten bin, gegen jeden Verdacht geschützt zu sein, den außerordentlichen Mann nicht entsprechend gewürdigt zu haben. Aber er litt darunter, daß er niemals eine politische Durchbildung erhalten hatte. Ich habe mir große Mühe gegeben, ihn zu ökonomischem Denken zu erziehen; denn seine gesamte Wirtschaftspolitik, die innere wie die auswärtige, war mehr gefühlsmäßig. Das war, wo er als Redner auftrat, seine Stärke, aber wo es sich um Ziele handelte, seine Schwäche. Sein politisches und ökonomisches Wissen war durchaus sporadisch; auch war es sehr schwer, ihm solches beizubringen; der arme Mann hatte keine Zeit zu studieren. Er mußte teils der Agitation, teils auch des Lebensunterhalts halber fortwährend reden und schreiben. Es lag in der Natur der Dinge, daß bei jemand, der immer ausgibt und niemals einnimmt, der Vorrat erschöpft wird. Ich habe mit anderen versucht, ihm eine jährliche Rente zu sichern, die ihm ermöglichen würde, weniger für den Erwerb tätig zu sein, und wir haben eine leidliche Summe zustande gebracht. Aber Naumann war ein viel zu guter Kerl, als daß er das auf sich verwendet hätte. Er hatte doch so viele, die von seiner Tätigkeit so nebenher mitlebten, und das Ziel, das wir im Auge hatten, haben wir nur sehr unvollkommen erreicht. Immerhin zeigte seine 1906 erschienene „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ einen gewaltigen Fortschritt; aber sie zeigte auch seine Schwächen, sowohl in der vielfach dilettantischen Begründung an sich richtiger Anschauungen als auch insbesondere darin, daß der aufmerksame Leser daraus erkennen konnte, daß logische Beweise, die für den wirtschaftlich Denkenden eine weit stärkere Beweiskraft haben, als was die zufällige Empirie aufweist, für ihn gar nichts Beweisendes hatten. Eine statistische Beweisführung, deren Daten doch immer, weil von allen möglichen Zufälligkeiten abhängig, einer Kritik bedürfen, bevor sie als beweiskräftig angenommen werden, hatte für ihn Überzeugenderes als die strengste logische Schlußfolgerung; der letzteren schloß Naumann sich erst an, wenn man ihm auch statistisches Material zum Beleg beibringen konnte.

2

Unsere erste Differenz fällt in den Sommer 1907. Er war sein Alldeutschtum niemals ganz los geworden. Es hat ihn dazu gebracht, Peters, dessen Missetaten dem deutschen Ansehen im Ausland außerordentlich geschadet haben, zu verteidigen, denn er habe uns Ostafrika gebracht. Am

31. Juli 1907 hat er mir einen rührenden Brief, man könnte ihn fast eine Abhandlung nennen, in Verteidigung seiner Haltung gegenüber Peters, geschrieben. „Es ist mir beim besten Willen“, schrieb er, „nicht möglich, in der von Ihnen gewünschten Weise künftig für Kolonialpolitik einzutreten und dennoch mit Entschiedenheit den Dr. Karl Peters abzuschütteln.“ Nach den Aufsätzen von ihm und Rohrbach in der „Hilfe“ sei es ihm nicht möglich, in eine andere Tonart zu fallen. Ich antwortete: „Wer die Humanisierung der Industrie will, der muß auch die Humanisierung der Kolonisation wollen.“ Das gab Naumann zu; doch wollte er gegen Peters nichts sagen. Immerhin hat er in unserer damaligen Korrespondenz ein treffendes Wort geschrieben:

„Der Liberalismus wandelt sich: In den ethisch-rationalistischen Grundbestand werden die entwicklungsgeschichtlichen Ideen aufgenommen. Man kann andeutend sagen: Rousseau wird mit Darwin verschnitten.“

Doch die Meinungsverschiedenheit wegen Peters war es nicht, was uns auseinandergebracht hat, vielmehr Naumanns Versagen in einem wichtigen Punkte, der für die Entwicklung zur Gleichberechtigung der Arbeiter unentbehrlich war. Den Fortschritten zu diesem Ziele hatten in erster Linie das Koalitionsrecht und die darauf aufgebauten Organisationen der Arbeiter gedient. Sie konnten auch in Zukunft nicht entbehrt werden. Aber wir haben gesehen, welche Hindernisse diesen der chaotische Zustand des in Deutschland geltenden Vereinsrechts bereitete. Am Schluß des Jahres 1907 ist dem Reichstag endlich der Entwurf eines einheitlichen Vereinsgesetzes für ganz Deutschland vorgelegt worden. In ihm waren auch für die Arbeiterorganisationen praktische Fortschritte vorgesehen, insbesondere durch die Gleichstellung der Frauen mit den männlichen Arbeitern. Aber Fürst Bülow hatte ein Zeitalter neuer Polenkämpfe angekündigt. Er hatte einen Gesetzentwurf im preußischen Landtag eingebracht, der die Regierung ermächtigte, die Grundeigentümer in den Provinzen Posen und Westpreußen zu enteignen. Es war selbstverständlich, daß der im Herrenhause vertretene Adel gegen diese Vergewaltigung der elementarsten Grundlagen des Eigentumsrechts sich ablehnend verhielt. Die Zustimmung des Herrenhauses wurde erst durch Bülows Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts zum preußischen Landtag erkaufte. Aber es drohte als Folge des Enteignungsgesetzes gerade das Gegenteil dessen, was man erzielen wollte; denn wie ich in der „Frankfurter Zeitung“ vom 25. November 1907 geschrieben habe:

„Angenommen, die Gutsbesitzer polnischer Nationalität wären durch deutsche ersetzt. Mit welchen Arbeitskräften wollen diese deutschen, sogenannten Eigentümer die ihren Gläubigern gehörigen Güter bewirtschaften? Es gibt ja dort gar keine Arbeiter außer polnischen und da diese nicht aus-

reichen, holt man sich immer neue von Osten herein, und als einmal die Regierung eine Sperre dagegen verfügte, ließ sich diese nicht aufrechterhalten, da die sogenannten Grundeigentümer schrien, sie würden bankrott. Was aber ist es, was einem Gebiete den nationalen Charakter verleiht? Die paar tausend Grundeigentümer oder vielleicht gar die nationalitätslosen Kapitalisten, deren Vermögen jene fruktifizieren? Die Masse der unteren Klassen gibt einem jeden Land das nationale Gepräge. Diese Masse sind Polen und werden Polen bleiben, auch wenn die Enteignungsvorlage Gesetz wird.“

Ich sah die Verbreitung einer polnischen Unterschicht über ganz Deutschland hin als eine fast unentrinnbare Notwendigkeit an, so lange es nicht gelinge, die polnischen Gebiete innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen so wirtschaftlich lebendig zu machen, daß die Polen den Trieb zur Wanderung verlieren, weil es ihnen in ihrer Heimat genügend gut geht. Erst wenn dieses eingetreten sei, werde sich auch die hohe Kinderziffer der Polen, über die Fürst Bülow klage, von selbst einigermaßen vermindern. Einen Beleg gab die Abwanderung vom Land zur Industrie aus den polnisch sprechenden Teilen des preußischen Staates in die Bergbaudistrikte von Rheinland und Westfalen. Sie hatte schon im 19. Jahrhundert stattgefunden. Im 20. Jahrhundert aber hat sie nach Erlaß der Novelle zum preußischen Ansiedlungsgesetz vom 10. August 1904 einen besonderen Aufschwung genommen. So hat es 1890 in Westfalen und dem Regierungsbezirk Düsseldorf nur erst 28735 Polen gegeben. Ihre Zahl war 1910 auf 254202 gestiegen, wobei die Polen behaupteten, daß diese der amtlichen preußischen Statistik entnommenen Ziffern hinter der Wirklichkeit zurückblieben. Zu dieser starken Vermehrung hat die genannte Novelle wesentlich beigetragen. Ihr § 136 bestimmt:

„Die Ansiedlungsgenehmigung ist im Geltungsbereiche des Gesetzes betr. die Förderung deutscher Ansiedlung in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 26. April 1886 zu versagen, so lang nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliegt, daß die Ansiedlung mit den Zielen des bezeichneten Gesetzes nicht im Widerspruch steht usw.“

Diese Bestimmung war gegen die Ansiedlung von Polen auf Grundstücken, auf denen Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude erst errichtet werden mußten, gerichtet. Von da ab standen der Parzellierung von Gütern durch Polen behufs Gründung von Neuansiedlungen die größten Schwierigkeiten im Wege. Die zunehmende polnische Bevölkerung verzog sich nun in gesteigertem Maße in die Provinzen Westfalen und Rheinland. Die Folge war, daß neben der Polenfrage im Osten auch eine Polenfrage im Westen entstand. In dem kerndeutschesten Teile des Reichs entstand eine polnische Kolonie, die, je schärfer die gegen die Polen gerichteten Maßnahmen wurden, sich in dem Land ihrer Niederlassung immer exklusiver gegen die Deutschen zusammenschloß. Im Bergbau

waren sie als Arbeiter willkommen, nicht aber so weit sie auf der Wahrung ihrer Nationalität bestanden. Daher man, um dem entgegenzuwirken, sogar verbot, daß die zum Schutz von Leib und Leben der in den Gruben beschäftigten Arbeiter erlassenen Sicherheitsvorschriften in polnischer Sprache bekanntgegeben und angeschlagen wurden und daß Polen zu Aufsichtsbeamten, denen die Durchführung dieser Maßnahmen oblag, ernannt wurden. Die Folge war eine enorme Steigerung der Betriebsunfälle, unter der auch die deutschen Arbeiter litten; denn zumal die aus Polen neu anziehenden Arbeiter verstanden nicht die deutschen Bekanntmachungen, die von technischen Ausdrücken wimmelten. Eine weitere Folge war eine besondere gewerkschaftliche Organisation der polnischen Arbeiter, die indes keineswegs den Tendenzen der unter den deutschen Bergarbeitern bestehenden Gewerkschaften entgegenwirkte. Auch politisch hat sie der auf sie geübte Druck zur Absonderung vom Zentrum, dem sie früher angehörten, geführt. Sie haben bei den Reichstagswahlen von 1907 besondere polnische Kandidaten aufgestellt und in Arnberg 14 140 Stimmen auf sie vereint; auch in Münster und Düsseldorf hat eine erhebliche Zahl von Wählern für ihre Kandidaten gestimmt. Es gehörte zu den Maßnahmen der Polenpolitik des Fürsten Bülow, daß das Vereinsgesetz, das 1907 im Reichstag von der Regierung eingebracht wurde, die polnischen Bergleute des Gebrauchs ihrer Sprache in Versammlungen berauben und damit auch die deutschen Bergarbeiter bedrohen sollte. Der § 7 desselben lautete nämlich: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“ Was dies für die Bergleute, und zwar nicht bloß für die polnischen bedeutete, hat der Bergarbeiterführer Huë im Reichstag in folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Ein Drittel aller Bergarbeiter des Ruhrreviers sind fremdsprachlich; fast die Hälfte aus dem Osten zugewandert. Wie sollen wir bei einem künftigen Streik unter dem § 7 Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten, wenn wir zu den Leuten nicht in ihrer Muttersprache sprechen können? Sie trennen damit nur die fremden Arbeiter von den einheimischen und tragen eine wahnsinnige Verhetzung in die polnischen Vereine erst hinein. Ich erinnere Sie an den gewaltigen Streik der Ruhrbergleute vor drei Jahren. Damals standen 200 000 Arbeiter im Streik, und es ist uns ausdrücklich bestätigt worden, daß wir diese Arbeiter in bewunderungswürdiger Disziplin zusammengehalten haben. Und woran lag das? Es ist uns in jener Zeit nicht die geringste Schwierigkeit bei der Veranstaltung von Versammlungen gemacht worden. Hätten wir die Zehntausende von ausländischen Arbeitern damals nicht in ihrer Sprache aufklären können, so wäre der Streik nicht so ruhig verlaufen.“

Naumann hat gegenüber dem § 7 eine Stellung eingenommen, die den alten nationalsozialen Führer schmerzlich vermissen ließ. Er schrieb¹:

¹ Die „Hilfe“, Nr. 14, vom 5. April 1908.

„Ich bin selbstverständlich und völlig gegen den § 7 auch in seiner abgeschwächten Form, aber ich bin trotzdem für das Gesetz, in welchem dieser dumme und ungebildete Paragraph enthalten ist.“

Schon acht Tage früher hat er in der „Hilfe“ erkennen lassen, daß dies seine Haltung im Reichstag sein werde. Das hat mich veranlaßt, am 2. April 1908 ihm zu schreiben:

„Ihr Artikel in der neuesten Nummer der ‚Hilfe‘ hat mich in die größte Aufregung versetzt.

Es sind jetzt 10 Jahre her, da schrieb mir Sohm, ich möchte Ihnen zu Hilfe kommen. Es war die Zeit der Zuchthausvorlage. Das Koalitionsrecht der Arbeiter war bedroht. Das war für mich durchschlagend. Obwohl ich Ihrer Partei fernstand, ging ich nach Göttingen. Die Verteidigung des Koalitionsrechts war das Band, das uns zusammenführte.

Heute ist das Koalitionsrecht der Arbeiter wieder bedroht, nicht so plump wie damals, aber, was unsere wichtigsten Industriezweige und die landwirtschaftlichen Arbeiter angeht, weit wirksamer, nämlich durch den § 7 des Entwurfs eines Reichsvereinsgesetzes. Nach den vortrefflichen Ausführungen von Poersch in der Frankfurter Zeitung vom 26. März, Erstes Morgenblatt, brauche ich kein Wort der Begründung mehr zu sagen. Übrigens wissen Sie, auch ohne daß dies Ihnen näher ausgeführt wird, daß die Annahme des § 7 in der Fassung des Kompromisses den vollen Triumph der industriellen Magnaten bedeutet, die den § 7 ja auch angeregt haben sollen. Trotzdem setzen Sie sich über diese Vernichtung der Zukunft aller gedeihlichen Entwicklung der Arbeiterorganisationen und einer freiheitlichen Neugestaltung der industriellen Organisation überhaupt mit der Bemerkung hinweg, es sei nie ein großes allgemeines Gesetz fertiggebracht worden, bei dem nicht einige falsche Stellen in den Kauf genommen werden müßten. Das ist, verzeihen Sie, als hätte es Schmoller geschrieben. Und was sind es denn für Vorteile, die Sie mit dem neuen Vereinsgesetz einheimsen, die imstande wären, diese Verschlechterung, ja Vernichtung des Koalitionsrechts durch ganz Deutschland aufzuwiegen?!

Für mich ist die Sache etwas ernster. Ich habe mein Leben zugebracht in dem Kampfe für das Koalitionsrecht der Arbeiter. Jetzt, wo mein Leben sich im Niedersteigen befindet, sehe ich, nachdem vieles erreicht worden war, alles Erreichte unter Zustimmung meiner Freunde in Frage gestellt, und zwar gerade der Freunde, mit denen mich die Verteidigung des Koalitionsrechts erst zusammengebracht hatte!

Da gibts für mich keine Alternative. Entweder es wird eine Fassung gefunden, welche alle mit Arbeiterkoalitionen zusammenhängenden Versammlungen vom § 7 ausschließt, oder der § 7 muß abgelehnt werden, gleichviel was die Folge ist. Mit denjenigen, die ihn annehmen, würde ich außerstande sein, ferner zusammenzugehen. Als Sozialpolitiker sind sie für mich tot. Ein Liberalismus aber, der sich zur Annahme solcher Gesetze versteht, hat als solcher bereits aufgehört zu existieren. Was sich liberaler Abgeordneter nennt, ist dann nichts mehr als ein Bürgerlicher, der sich danach sehnt, gleichviel unter welchen Bedingungen, mit zu den Regierenden zu gehören. Hätte ich die Wahl zwischen solchen Liberalen und den Konservativen, dann würde

ich mit Verrina sagen: ‚Ich gehe zum Andreas‘. Da ich zum Glück nicht vor diese Wahl gestellt bin, sage ich, ich habe fortan mit keinem der beiden mehr etwas zu tun. Auch einer neuen Fraktion oder Partei würde ich nicht wieder beitreten. Bin ich dem liberalen Wahlverein doch nur auf Ihre Veranlassung hin beigetreten. Die gemachte Erfahrung läßt mich wieder nach meiner alten Zurückgezogenheit sehnen.“

Es ist keine Fassung des § 7 gefunden worden, welche alle mit Arbeiterkoalitionen zusammenhängenden Versammlungen von seiner Geltung ausschloß. Trotzdem hat Naumann für den Paragraphen gestimmt. Er hatte sich damit getröstet, daß der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg öffentlich und privatim erklärt hatte, daß der § 7 nicht auf die Gewerkschaftsbewegung Anwendung finden solle. Als ob solche Erklärungen für den Richter, der sich an den Wortlaut des Gesetzes hält, rechtsverbindlich wären! Auch war der § 7 mit 196 gegen 177 Stimmen kaum angenommen, als der Sprachenparagraph von den Polizeiorganen im Ruhrrevier auf die Koalitionsversammlungen der Bergarbeiter zur Anwendung gebracht wurde.

Theodor Barth, von Gerlach, Dr. Breitscheid waren aus dem Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen wegen der schwächlichen Haltung der Partei gegenüber der Bülow'schen Wahlrechtserklärung ausgetreten. Nach der Abstimmung über den § 7 haben die Genannten, ferner Oestreich, Uhlfelder und noch einige andere ihren Austritt auch aus dem Wahlverein der Liberalen erklärt. Der Grund war die Ablehnung eines von ihnen gestellten Antrags, den Abgeordneten der Partei, welche im Reichstage für das Vereinsgesetz gestimmt hatten, das Bedauern des Parteitag's auszudrücken.

Meine Korrespondenz mit Naumann hat bis 1915 aufgehört. Doch hat er mich in der Zwischenzeit in seiner „Hilfe“ in einem anderen Kampfe unterstützt, der mich und den größten Teil der deutschen Professoren lebhaft beschäftigt hat, in unserem Kampfe für die Unabhängigkeit der Universitäten. In diesem Kampfe hat uns ein Weiser mit jugendlichem Herzen sehr gefehlt, Theodor Barth, der uns 1909 durch den Tod entrisen worden ist¹.

IV. Der Kampf um die Unabhängigkeit der Universitäten

Wir haben Friedrich Althoff bereits kennengelernt in seiner Vereinigung von Herzensgüte und rücksichtsloser Gewalttätigkeit. Auch habe ich die Verdienste, die er sich um die Förderung der Wissenschaften erworben hat, schon hervorgehoben. Aber er selbst hat niemals wissenschaftlich gearbeitet; er war Bürokrat und hatte keine Empfindung

¹ Siehe meinen Nachruf auf ihn im „März“.

für das, was das Lebenselement der Wissenschaft ist, die Freiheit. Wir haben gesehen, wie er gegen den Einspruch der Straßburger philosophischen Fakultät dieser einen Historiker mit gebundener Marschroute oktroyiert, und wie dies zum Protest der Universitätswelt gegen die der Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung drohenden Gefahr geführt hat. Aber Althoff war in Universitätsachen allmächtig. Ja, sein Einfluß war nicht nur auf diese begrenzt, er erstreckte sich unter dem Kultusminister Studt auf alle Zweige von dessen Ministerium, ja über dieses hinaus auf andere Verwaltungszweige, und in Universitätsangelegenheiten hörten die nichtpreußischen Kultusminister bis nach Österreich nur zu willig auf seine Anregungen. Er hat ein Kartell der deutschen Universitätsverwaltungen ins Leben gerufen, das dazu geführt hat, in Hochschulangelegenheiten über die Köpfe der Universitäten weg Maßnahmen zu treffen, die in deren geistige und materielle Interessen tief einschneiden.

So ist es gekommen, daß der unter Mommsens Führung erhobene Protest der deutschen Universitätswelt keinen praktischen Erfolg gehabt hat. Es ist so weitergegangen wie vorher. Unsere Regierungen suchten die Rechtfertigung der von ihnen getroffenen Maßnahmen darin, daß sie keine Parteiregierungen seien. Aber ihr berühmtes Über-den-Parteien-stehen bestand doch nur darin, daß Beamte, die selbst keiner Partei angehörten, jedweder Partei zu Diensten waren, die jeweils die Macht hatte, und so Regierungsmaßnahmen, die als besonders wichtig galten, zum Scheitern brachten. Um dies zu verhindern, wurden dann von den Regierungen jedwede Opfer gebracht in Dingen, die als relativ gleichgültig angesehen wurden; und an die Stelle der Bestimmung der Richtung der Regierung durch die Parteien trat deren Beeinflussung in den Einzelheiten der verschiedenen Ressorts. Und das, was ein ganz beliebtes Kompensationsobjekt geworden war, waren die Vornahme und die Unterlassung bestimmter persönlicher und sachlicher Maßnahmen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst, des höheren und niederen Unterrichts. Es kam vor, daß Personen, die als wissenschaftliche Analphabeten anzusehen sind, in Dingen der wissenschaftlichen Forschung und der Besetzung von Lehrstühlen das große Wort führten, und daß unsere „starken“ Regierungen keine größere Weisheit kannten, als ihnen nachzugeben.

Das machte sich nicht bloß da geltend, wo die Wissenschaft ihre höchsten Prinzipien gegenüber theologischen Velleitäten der verschiedensten Art zu verteidigen hatte, sondern auch auf allgemein politischem, insbesondere aber auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete. Parteien und Interessenten suchten einen für die Wissenschaft geradezu verhängnisvollen Einfluß zu üben, und ebenso für die Nichternennung wie

für die Ernennung mancher Personen zu Professoren findet man keine andere Erklärung, als daß sie dieser oder jener Strömung, dieser oder jener einflußreichen Interessentenrichtung genehm oder nicht genehm waren.

Die notwendige Folge war ein Sinken des Ansehens unserer Universitäten, jener Anstalten, um welche, wie Jakob Grimm gesagt hat, die übrigen Völker das deutsche Volk zu einer Zeit beneidet haben, da sie nichts bei ihm fanden, was ihnen beneidenswert schien und die der Trost und die Zuversicht des deutschen Volks auf eine bessere Zukunft gewesen waren.

Im Bewußtsein dieser unserem Universitätswesen drohenden Gefahren hat sich auf Anregung der Wiener Universität im September 1906 eine Anzahl Professoren und Privatdozenten an deutschen und österreichischen Hochschulen in Salzburg zusammengefunden, um zu beraten, was zur Wahrung der Unabhängigkeit der deutschen Geisteswelt von den sie bedrohenden feindlichen Mächten zu geschehen habe. Ein Komitee wurde eingesetzt mit dem Auftrag, einen Aufruf an sämtliche deutsche Hochschullehrer zu erlassen, worin diese aufgefordert werden, sich am 8. September 1907 in Salzburg zu einem deutschen Hochschullehrertag einzufinden. Der Aufruf trug die Unterschriften von Vertretern nahezu aller Universitäten deutschredender Zunge in Deutschland und Österreich; bedauerlich war, daß nur fünf preußische Universitäten mit Unterschriften vertreten waren und die Berliner Universität gar nicht. In Aussicht genommen war, angesichts des Kartells der Unterrichtsverwaltungen, eine Organisation zu schaffen, welche den Hochschulen ermöglichen sollte, in den Dingen, die ihnen allen gemeinsam sind, auch ihre Anschauungen gemeinsam zum Ausdruck zu bringen.

Hans Delbrück hat, als ich unter dem Titel „Eine Professorengewerkschaft“ am 7. Juni 1907 im „Berliner Tageblatt“ schrieb, in den „Preußischen Jahrbüchern“ sich mit einer dringenden Mahnung an die, welche zum Besuch eines deutschen Hochschullehrertags aufforderten, gewandt, von ihrem Unternehmen abzustehen, denn sie würden sicher Fiasko machen. Dabei hatte er aber die Hauptbeschwerden der Hochschullehrer als berechtigt zugegeben. Daß diese Delbrücks Mahnung Folge geben würden, hat er wohl selbst nicht geglaubt, und am 8. und 9. September hat der erste deutsche Hochschullehrertag auf seine Warnung vor Fiasko Antwort gegeben.

Von zwischen 5000 bis 6000 Hochschullehrern im deutschen Sprachgebiete haben über 1000 ihre prinzipielle Zustimmung zu den Gedanken der Einberufer schriftlich erklärt. Ich habe die Liste dieser Zustimmenden

durchgesehen. Keine einzige Hochschule von Bedeutung hat gefehlt. Auch Berlin war mit mehr als 50 Namen vertreten, darunter mit solchen wie Nernst, Förster, Waldeyer, Schiemann, Erdmann, Riedler; die beiden letzteren waren sogar in Salzburg anwesend. Der abgehende Rektor der Wiener Universität Meyer-Lübke hatte die Aufforderung, nach Salzburg zu kommen, erlassen; der antretende Rektor Ebner hat die Versammlung eröffnet. Auf die Eröffnung folgte die programmatische Rede Amiras. Markig in der Sprache, von leidenschaftlicher Liebe zur Wissenschaft und tiefstem sittlichem Ernste getragen, machte sie solchen Eindruck, daß die Versammlung ohne weitere Diskussion das vorgeschlagene Organisationsstatut en bloc annahm. Durch Amiras Rede wurde der Charakter der ganzen Organisation festgelegt.

Nichts irriger, als die weitverbreitete Vorstellung, es habe sich um die Schaffung einer Organisation gehandelt, deren Pläne denen der staatlichen Hochschulverwaltungen prinzipiell feindlich seien. Was diese in Beschaffung des dem Betriebe der Wissenschaft dienenden äußeren Apparates geleistet hatten, wurde von niemand nicht anerkannt. Ebenso bekannt waren freilich die Klagen über manche Maßnahmen der Regierungen und das Verhalten mancher ihrer Organe in Personenfragen. Auch hat Amira diesen Klagen beredten Ausdruck gegeben, aber nichts wäre falscher, als daraus zu schließen, es habe sich in Salzburg um die Organisation einer der staatlichen Hochschulverwaltung feindlichen Opposition gehandelt. Viel eher läßt sich sagen, die Pläne der in Salzburg Versammelten hätten die Unterstützung der Regierungen in dem Streben bezweckt, die Hochschulen zu dem zu machen, was sie sein sollen, zu Hochburgen des deutschen Geistes, wo dieser eine Stätte findet zu freier Forschung und unbehinderter Verbreitung des als wahr Erkannten. Denn kein Zweifel, daß unser politischer Zustand vor 1918, der weder Absolutismus war noch parlamentarisches Regiment, der Freiheit der Universitäten am gefährlichsten war. Eben weil wir keine parlamentarischen Minister hatten, hatten wir keine Minister, die, so lange sie das Vertrauen der Mehrheit haben, in der Exekutive lediglich durch das Gesetz und ihre eigene Einsicht beschränkt sind. Nur „so weit sie es vermochten,“ wie Harnack am 29. November 1901 in der „Nationalzeitung“ geschrieben hatte, waren sie imstande, ihrer besseren Einsicht zu folgen; und dieses Vermögen ging sehr oft nicht weit; waren sie doch eben wegen ihres nichtparlamentarischen Charakters genötigt, ihre Existenz durch Berücksichtigung sich einmischender einflußreicher Faktoren täglich neu zu erkaufen. Ich habe schon gesagt: einer der beliebtesten Handelsartikel bildete die Besetzung der Professuren. Die Belege dafür, daß die Regierungen in direktem Ent-

gegenkommen gegen parlamentarische und wirtschaftliche Parteien und höfische Einflüsse Professuren so oder anders besetzt haben, sind weit bekannt. Aber nicht immer ist dies unter plumper Vergewaltigung der Fakultäten geschehen. Die verschiedensten Mittel sind zur Anwendung gekommen, um die Fakultäten zu veranlassen, den gewollten Kandidaten, wenn auch vielleicht nur an letzter Stelle, auf die Vorschlagsliste zu bringen. Waren die Fakultäten nicht von unerbittlicher Vorsicht, so gelang es unauffällig, die Wünsche von Prinzen und Prinzessinnen, Abgeordneten, Sonderinteressenten aller Art zu verwirklichen. Die Wissenschaft aber erlitt eine schwere Einbuße. Der Geeignetste wurde nicht ernannt oder ein Ungeeigneter wurde ernannt; nichtwissenschaftliche Gesichtspunkte gaben den Ausschlag, wo wissenschaftliche allein den Ausschlag zu geben hatten.

Gegenüber solchen Zumutungen sollten die Unterrichtsverwaltungen eine Stütze erhalten in der Schaffung einer starken öffentlichen Meinung der wissenschaftlichen Welt; und eben der Schaffung und Stärkung dieser öffentlichen Meinung sollte der Hochschullehrertag dienen. Von diesen Anschauungen war die Salzburger Tagung getragen. Die Programmrede Amiras war gleichzeitig eine fulminante Mahnung an das Gewissen der Hochschullehrer selbst. Niemand konnte von ihr sagen, sie sei bloß gegen Verwaltungsmißbräuche der staatlichen Universitätsverwaltungen gerichtet gewesen; sie hat sich nicht minder gegen die Verfehlungen der Professoren selbst gerichtet. Es war eine Bußpredigt auch für die Hochschullehrer. In den darauffolgenden Verhandlungen über den akademischen Nachwuchs hat es sich dann um Maßnahmen gedreht zur Verhinderung des Eindringens minderwertiger Elemente. Überall gelangte das Bedürfnis zum Ausdruck, einerseits die Stellung der Privatdozenten und außerordentlichen Professoren im akademischen Leben zu heben, andererseits aber Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß Personen in die akademische Laufbahn eindringen von unzureichender wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und solche, die sich in Stellungen befinden, in welchen die Unabhängigkeit der Forschung und Lehre von politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen bedroht scheint. Die Diskussion zeigte, in wie hohem Maße es eilte, gerade in letzterer Hinsicht Vorkehrungen zu treffen.

Der erste deutsche Hochschullehrertag konnte mit dem Bewußtsein auseinandergehen, positive Arbeit zur Wahrung der Interessen der Wissenschaft geleistet zu haben. Bis zur nächstjährigen Versammlung sollten an allen Orten, an denen eine Hochschule einen Sitz hat, Ortsgruppen ins Leben gerufen werden, die im Sinne der Salzburger Versammlung wirkten. Dabei erhielt der Hochschullehrertag in der wiedererstandenen Bei-

lage der „Münchner Neuesten Nachrichten“ ein unabhängiges publizistisches Organ.

Ein solches war dringend nötig. Althoff hatte nämlich durch Erlaß vom 13. Juli 1893 angeordnet, daß die preußischen Hochschulen ihre Vorlesungsverzeichnisse in den von Salvisberg herausgegebenen „Hochschulnachrichten“ zu veröffentlichen hätten; die österreichische Regierung war 1894 nachgefolgt. Auch die süddeutschen Universitäten haben eine Zeitlang bei Salvisberg freiwillig inseriert. Diese Inserate haben jährlich 300 Quartseiten in Anspruch genommen. Das Blatt war finanziell darauf fundiert. Dafür mußte ein Exemplar der „Hochschulnachrichten“ jedem Professor gratis geliefert werden. Das Blatt hat seinen amtlichen Charakter wiederholt betont, und hat diesem entsprechend in Beurteilung von Hochschulinteressen je nach der Stimmung der Regierung gewechselt, so in der Beurteilung des Falles Arons, der Haltung nationalgesinnter deutscher Studenten, in der Frage der Kollegelder. Dem Mommsenschen Aufruf und dem Hochschullehrertag war seine Haltung entsprechend seiner Abhängigkeit von Althoff feindlich. Um so dringender war es für den Hochschullehrertag, ein eigenes Organ zu haben¹.

3

Der zweite Hochschullehrertag hat vom 27. bis 29. September 1908 in Jena stattgefunden. Doch bevor es dazu kam, hat sich ein lebhafter Kampf zwischen Professor Franz Eulenburg und mir über den akademischen Nachwuchs abgespielt. Man kann die Fragen, die den akademischen

¹ Unter meinem Rektorate (1901/02) war die Münchener Universität in Geldnot. Ich habe an allen Ecken zu sparen gesucht; aber der einzige Posten, bei dem Ersparnisse möglich, war die Insertion des Münchener Vorlesungsverzeichnisses; sie hatte 2000 bis 3000 Mark im Jahr gekostet. Andere Universitäten folgten nach. Darauf hat Salvisberg diese angegangen, sie möchten doch wieder inserieren, da München dies auch täte. Das war eine Unwahrheit; vielmehr hat das Kultusministerium auf seine Kosten inseriert. Ähnlicher Lügen bediente sich Salvisberg mit anderen Universitäten, die die Insertion aufgegeben hatten. Als in Nr. 36 der Beilage der „Münchner Neuesten Nachrichten“ vom 11. August 1908 ein Artikel erschienen war, in dem in einer Anmerkung der Satz vorkommt: „Der Senat schlug vor, man solle einem bekannten offiziellen Organ, das sich gegen die Universitäten verwenden läßt, die Subvention entziehen, die es aus der Universitätskasse selbst in der Form von Insertionsgebühren empfangt“, fühlte Salvisberg sich beleidigt und verklagte den Herausgeber Dr. Bulle. (Siehe Beilage der „Münchner Neuesten Nachrichten“, Nr. 71 vom 26. März 1909.) Zeugen in dem Prozesse waren Lindemann, Amira und ich. Lindemann bezeugte die Vergewaltigung der Universität Königsberg durch Althoff. Amiras Aussagen waren vernichtend für Salvisberg. Er zeigte, wie dieser sich Adelsprädikat und Adelswappen eigenmächtig beigelegt habe und welche Rolle er als dienstfertiger Offiziosus Althoffs gegen die Universitäten gespielt habe. Mein Zeugnis suchte Salvisberg durch den Hinweis darauf zu entkräften, daß ich geschrieben habe: auf die Besetzung des Lehrstuhls seien wissenschaftliche Analphabeten von Einfluß, worauf ich unter schallendem Gelächter der Zuhörer antwortete: Ei, das sage ich noch! Der Prozeß endete mit der Freisprechung Bulles.

Nachwuchs betreffen, von zweierlei Standpunkt betrachten: Vom Standpunkt der Interessen der Universität als solcher und vom Standpunkt derer, welche sich der akademischen Laufbahn widmen. Eulenburg hat die Frage vom Standpunkt der letzteren betrachtet, ich habe die Anschauungen vertreten, die in jener Zeit vorgeherrscht haben, da die deutschen Universitäten zu einer der ruhmreichsten Institutionen des deutschen Volkes erwachsen sind: vom Standpunkt der Unabhängigkeit der Wissenschaft¹. Es lohnt sich heute nicht, auf die damalige Fehde einzugehen. Auf der Jenaer Tagesordnung stand: Die Reform der Habilitationsbedingungen in der medizinischen Fakultät, in der allein ein Mißverhältnis zwischen offizieller und nichtoffizieller Universität zu bestehen schien. Der Grund war, wie Eulenburg selbst zugab, das Reklamebedürfnis; die Fähigsten und Tüchtigsten wandten sich hier zur Universität, nicht um akademische Lehrer zu werden, sondern um eine größere Praxis zu erlangen, indem sie das Recht erwarben, sich als Privatdozent bzw. außerordentlicher Professor zu bezeichnen.

Aber auch die Jenaer Verhandlungen haben hieran nichts geändert. Wohl aber sind in ihnen andere für die Habilitation wichtigere Fragen behandelt worden. Noch war in aller Erinnerung, daß entgegen dem Votum der angesehensten Lehrer der Berliner Universität dem Sozialdemokraten Arons verboten worden war, als unbesoldeter Privatdozent Vorlesungen über Physik zu halten.

„Es war“, wie Naumann schrieb², „ein eigenes Gesetz gemacht worden, um es verhindern zu können, daß unter dem Einfluß des Marxismus die Lehren der Physik gefälscht werden! Man sprach trotzdem ruhig weiter von der Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft und ließ in der preußischen Verfassung den Satz stehen: die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Jetzt war es wieder ein Sozialdemokrat, der die Bedeutung des Satzes von der Freiheit der Lehre erproben durfte. Dr. R. Michels hatte sich an den bekannten Marburger Professor Theobald Fischer gewandt mit der Anfrage, ob er sich als Privatdozent niederlassen könne. Antwort: nein! Und zwar nicht, weil etwa seine wissenschaftliche Eignung angezweifelt wurde, sondern weil er sozialdemokratische Gesinnungen hege und sogar öffentlich betätige! Außerdem habe er seine Kinder nicht taufen lassen und sich dadurch für jede höhere Laufbahn unmöglich gemacht! — Das genügt! Ein stärkerer Beweis für die Notwendigkeit eines Verbandes, der die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre zur Tat machen will, kann nicht erbracht werden. Der Verband selber hat den Willen dazu in entschiedener Weise zu erkennen gegeben. Es war erfreulich, zu beobachten, wie sehr hinter dieser Frage das Interesse

¹ Siehe meinen Aufsatz „Der akademische Nachwuchs“ in der Beilage der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Nr. 36 vom 11. August 1908, die Antwort Eulenburgs samt meiner Replik ebenda, Nr. 66 vom 16. September und Nr. 87 vom 10. Oktober 1908.

² „Die Hilfe“ vom 11. Oktober 1908.

an den reinen Standesfragen wie der des akademischen Nachwuchses zurücktrat, ohne daß darum diese Dinge nicht ihrer Bedeutung entsprechend behandelt wären. Das leidenschaftliche Wort Max Webers, das in seiner Schärfe allerdings nicht allgemeine Billigung fand, kann als Kennzeichen des Jenaer Hochschullehrertags gelten: „Wer der Gesinnung des akademischen Lehrers nachschnüffelt, ist ein Schuft!“

4

Indes der dritte, 1909 in Leipzig abgehaltene Hochschullehrertag sollte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Eintretens der Hochschullehrer für die Unabhängigkeit der Universitäten von Sonderinteressen noch eindringlicher zeigen. Hier hat es sich um die Abweisung eines unverhüllten Versuchs, an der Leipziger Universität eine Professur zur Vertretung von Unternehmerinteressen ins Leben zu rufen, gehandelt.

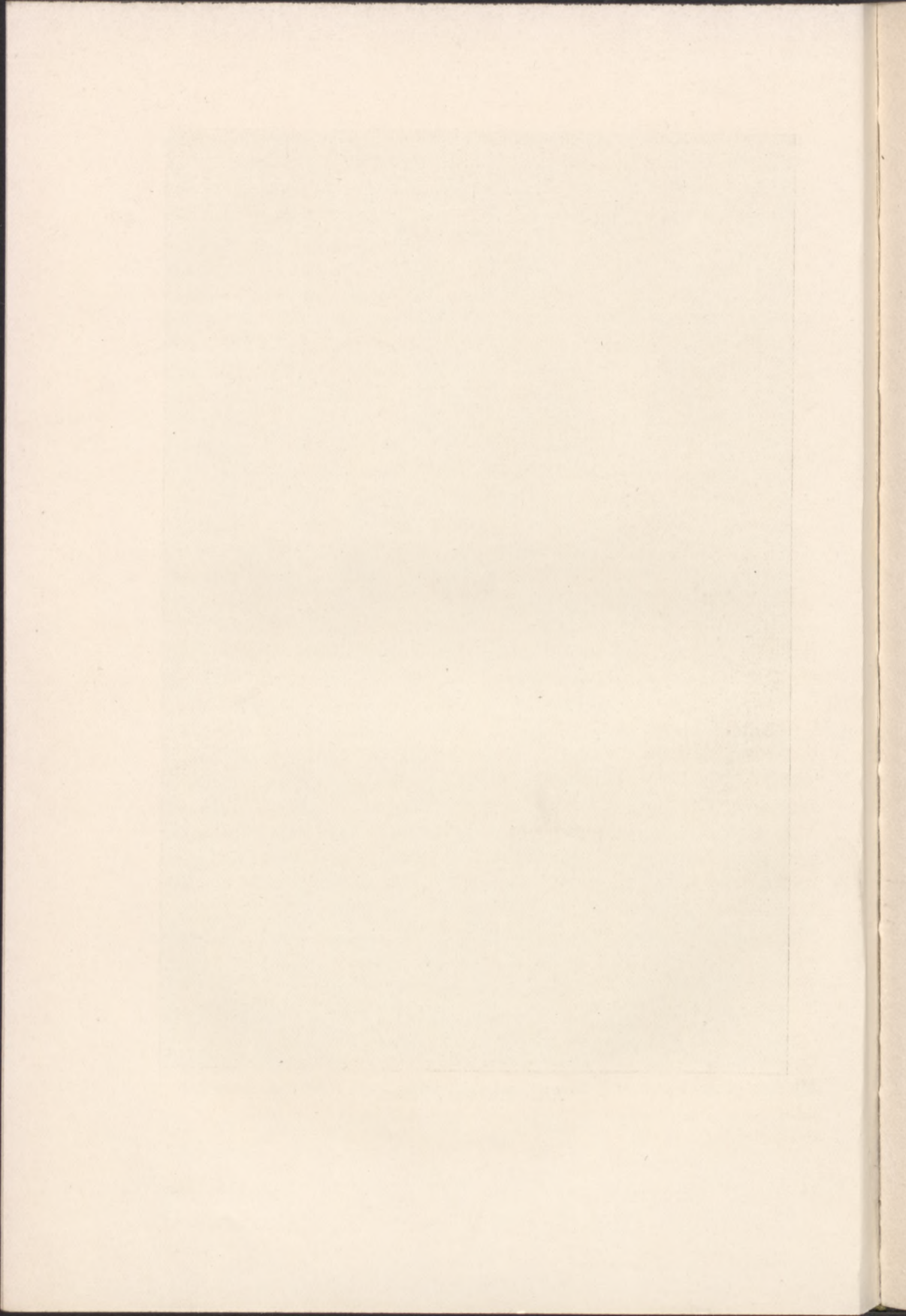
Um dies zu zeigen, muß ich einiges über Professor Richard Ehrenberg vorausschicken. Wir haben ihn verlassen, als er nach Veröffentlichung seiner gegen den Verein für Sozialpolitik gerichteten Broschüre, meine Aufforderung, mir auf der Mannheimer Vereinsversammlung entgegenzutreten, abgelehnt hat. Er ist statt dessen nach Köln gegangen und hat dort, wo wir nicht waren, am 18. November 1905 gegen uns gesprochen. Die an den deutschen Universitäten herrschende Richtung der Nationalökonomie sei in einseitigem Doktrinarismus befangen; sie sei außerstande, dem Unternehmerstandpunkt gerecht zu werden; er sei es, der dies vermöchte. Da begreift sich, daß er sich gescheut hat, nach Mannheim zu kommen. Am 29. Dezember 1905 hat er dann in Berlin vor dem Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband über die Notwendigkeit, zu Bismarcks Sozialpolitik zurückzukehren, gesprochen. Er hat ihnen aber nicht gesagt, daß diese Sozialpolitik die Sozialdemokraten in 12 Jahren zur stärksten Partei im Deutschen Reiche gemacht hat, so daß Bismarck keinen Ausweg, ihrer Herr zu werden, mehr wußte, als durch einen Staatsstreich die Verfassung des Reichs zu beseitigen. Dann folgten eine Anzahl Artikel in der Zeitung „Der Tag“, worin er gegen Adolph Wagner, Schmoller und mich loszog, weil wir einer Tyrannei der Masse den Weg bereiteten. Er hat sie später in Broschürenform wieder herausgegeben¹. Ihren Inhalt hat Schmoller in seiner bei Eröffnung der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik am 27. September 1909 gehaltenen Rede mit folgenden Worten charakterisiert:

„Nach der Zeit der Ruhe sammeln sich die Gegner jetzt wieder. Die Organisationen der Arbeitgeber sind im Kampf gegen die Organisationen der Arbeiter begriffen; die großen Ausstände haben dazu beigetragen, daß die

¹ Dr. Richard Ehrenberg, Gegen den Kathedersozialismus. 1., 2. und 3. Heft. Berlin 1909, 1910.



Altersbild der Mutter



Gegensätze wieder schärfer wurden. Zum Sprachrohr unserer Gegner hat sich eines unserer früheren Mitglieder, Prof. Ehrenberg, Rostock (er ist bis 1907 Mitglied des von ihm so geschmähten Vereins gewesen), gemacht. Wir erkennen gewiß an, daß andere Strömungen neben uns berechtigt sind. Was wir aber Prof. Ehrenberg vorwerfen ist, daß er so maßlos übertreibt. (Sehr richtig.) Er verdächtigt die ganze heutige deutsche nationalökonomische Wissenschaft, als habe sie gar kein Verständnis für die großen Unternehmungen. Alles was er dafür vorbringt, ist gefärbt und beweislos. Neuestens geht er sogar so weit, daß er in einem Artikel gegen Adolph Wagner, Brentano und mich uns als Menschen hinstellt, die das ganze Leben tyrannisieren wollen, daß er uns anklagt als Menschen, die jeden Andersdenkenden als Verbrecher und Vaterlandsfeind ächten wollten (Heiterkeit), die kein Verständnis für das wirkliche Leben hätten und die das Leben gar nicht beobachteten (Heiterkeit). Diesen gänzlich unbewiesenen Anklagen setzt er die Krone auf durch die fast lächerliche Prognose, wir drei harmlosen Professoren wären daran schuld, wenn über Deutschland in neuerer Zeit ein dreißigjähriger Krieg hereinbräche. Es genügt, solche Anklagen niedriger zu hängen. Den Großindustriellen aber kann ich nur einen besseren Advokaten wünschen (Heiterkeit), als Leute, die derartige Anklagen erheben. Gegner sind uns auch heute noch willkommen, aber ich wünsche mir bessere Gegner als solche. Immerhin, Prof. Ehrenberg greift uns wenigstens offen an; diejenigen, die uns heimlich angreifen, sind viel schlimmer.“ (Großer Beifall.)

5

Indes die Selbstüberhebung Ehrenbergs und sein Ärger, daß sein „Thünen-Archiv“ so völlig unbeachtet geblieben, hatten den nach einem größeren Wirkungskreis als in Rostock rastlos Strebenden längst in Verbindung mit unseren heimlichen Gegnern gebracht. Wie der damalige Rektor der Universität Leipzig, Geh. Rat Binding, auf dem Hochschullehrtag am 12. Oktober 1909 zur Sprache brachte, hat 1908 eine bestimmte Interessentengruppe den Versuch gemacht, der Universität einen Tendenzprofessor aufzuhängen. Sie war an das sächsische Kultusministerium herangetreten und hatte ihm 30000 Mark zur Verfügung gestellt, wenn es einen Tendenzprofessor für Leipzig genehmigen würde. Dies wurde vom Kultusministerium an den Senat gebracht, und der Senat hat einstimmig mit Entrüstung eine solche Zustimmung zurückgewiesen.

Diese Mitteilung hat ungeheures Aufsehen gemacht. Nach Ehrenbergs Brief, vom 30. Juni 1908, an Geh. Rat Bücher in Leipzig, hat sich die Sache folgendermaßen abgespielt: Er hielt es zur weiteren Entwicklung „seiner“ wissenschaftlichen Methoden für unerlässlich, daß ein mit größeren Mitteln ausgestattetes wissenschaftliches Institut errichtet werde. Hierfür hätten sich zahlreiche angesehene Männer aus den verschiedensten Volkskreisen interessiert. Sie hätten eine Vereinigung gebildet, die es sich zur Aufgabe mache, ein solches Institut zu errichten, wenn Ehren-

berg an eine dafür geeignete Universität berufen werde. Die Universität Rostock werde von ihnen als nicht für solchen Zweck geeignet erachtet, wohl aber Leipzig. Von einem dieser Vereinigung nahestehenden Manne sei ihm im vorigen Jahre (also 1907) die Frage vorgelegt worden, ob er geneigt sei, eine Berufung an die Universität Leipzig anzunehmen. Die Antwort, die Bücher ihm auf seine Frage, ob er geneigt sei, dazu beizutragen, daß ihm die langersehnte Möglichkeit zuteil werde, seine wissenschaftlichen Methoden in größerem Stil zu entwickeln, war fulminant. Wer sei der Mann, der es wage, eine ordentliche Professur an der Universität Leipzig einem auswärtigen Dozenten anzubieten? Es sei keine der beiden nationalökonomischen Professuren in Leipzig erledigt. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, würde die Berufung Ehrenbergs nicht in Frage kommen können. Mindestens würde sie weder durch wissenschaftliche Verdienste noch durch eine nur von Ehrenberg selbst für neu gehaltene Forschungsmethode gerechtfertigt werden können. Daß ein in seinem Bestande von Großindustriellen und Großgrundbesitzern abhängiges volkswirtschaftliches Institut, dessen Leiter sich ausdrücklich verpflichtet hatte, um „irrig und schädliche Veröffentlichungen zu verhüten“, die Arbeiten seiner Schüler den Interessenten zur vorherigen Durchsicht mitzuteilen, für die Universität Leipzig ebenso unmöglich sei, wie ein gleiches etwa von der sozialdemokratischen Partei errichtetes Institut, hätte dabei noch gar nicht einmal in die Wagschale geworfen zu werden brauchen.

Die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Ehrenberg und Bücher hat weiten Kreisen zum Bewußtsein gebracht, wie berechtigt es war, als Mommsen 1901 für die wissenschaftliche Forschung eintrat, „die nicht das findet, was sie nach Zweckerwägungen und Rücksichtnahmen finden soll“. Auf keinem Gebiete war dies angebrachter als auf dem wirtschaftlichen, auf dem die Sonderinteressen wie auf keinem zur Unterdrückung der Wahrheit drängen. Über Ehrenberg war es nun still. Nur die Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ vom 7. Februar 1910 hat durch folgenden Bericht noch einmal den vergangenen Streit illustriert:

„Die Mecklenburger Agrarier veranstalteten kürzlich in Rostock eine ‚Landwirtschaftliche Woche‘. In einer Versammlung des ‚Bundes für Wohlfahrts- und Heimatspflege‘ am 31. Januar wurde eine kleine Schrift Ehrenbergs verteilt, die Berichte über die Wohlfahrtspflege in Mecklenburg enthält. Darunter einen, der sehr ungünstig lautet und Zustände aus dem Herrschaftsgebiet eines Ritters enthüllt, die für diesen mecklenburgischen Granden nicht eben schmeichelhaft sind. Am nächsten Tage, in einer zweiten Versammlung erhebt sich außerhalb der Tagesordnung Herr Landrat von Maltzahn-Molzow, der ‚ungekrönte Großherzog von Mecklenburg‘, und verliert

diesen Bericht. Darin wird nun über den Rittergutsbesitzer erzählt, daß er seine Arbeiter wegen Teilnahme am Kirchengang bestraft, die Wohnungen der Leute in schlechtem Zustande hält, seßhafte Arbeiter gar nicht haben will, Schulbildung der Kinder noch weniger vertragen kann und zum Lehrer sagt: „Lassen Sie die Kinder nicht so viel lernen, mit den Dummen wirtschaftet es sich am besten“, usw. Der Herr Landrat erhebt nun namens aller Landwirte Widerspruch gegen diesen Bericht. Professor Ehrenberg erklärt: Er habe diesen Bericht in guter Absicht veröffentlicht. Aber es gebe solche Gegenden, wie die geschilderte. Als der Herr Professor Namen nennen soll, sagt er: „Die Verhältnisse sind nicht charakteristisch. Ich kann aber den Landwirten doch nicht bloß nach dem Munde reden!“ Er sei doch gewiß nicht verdächtig. Was er geschrieben habe, sei geschrieben auf Grund von mehreren Jahresberichten. *Er werde sich aber hüten, einen ähnlichen Versuch wieder zu machen.* Trotzdem hagelte es noch weitere Vorwürfe . . . und das Endergebnis war: Es wird beschlossen, die Ehrenbergsche Schrift zu kassieren.“

6

Doch nun muß ich einige Worte zugunsten Althoffs einfügen. Die Hochschullehrertage, deren letzter zur Enthüllung der Intrigen Ehrenbergs geführt hatte, haben in der Bekämpfung der Bürokratisierungsbestrebungen Althoffs ihren Ursprung genommen. Es wäre aber eine Entehrung seines Andenkens, wenn man die Vorstellung erweckte, daß er, hätte er Ehrenbergs Versuch die nationalökonomische Wissenschaft an Interessenvertreter auszuliefern, erlebt, ihn nicht ebenso entrüstet zurückgewiesen hätte, wie dies seitens der Universitäten selbst geschehen ist. Denn wenn er auch keinen Sinn für das hatte, was die Freiheit der Wissenschaft erheischt, so waren es doch nie Privatinteressen, denen er sie ausliefern wollte; er glaubte nur, die Wissenschaft habe sich dem unterzuordnen, was das Staatsinteresse, wie er es verstand, verlange. Nur wo dieses in Frage kam, aber auch allenthalben, wo es in Frage kam, wurde er eifrig. Das hat uns noch kurz vor seinem Tode dazu geführt, zusammenzuarbeiten. Ich habe schon erzählt, wie wir uns, nachdem er aus dem Amte geschieden war, versöhnt haben. Als ich dann im Juni 1908 gelegentlich der Feier des siebenzigsten Geburtstags Schmollers nach Berlin kam, habe ich ihn aufgesucht. Er lag krank und matt zu Bett. Trotzdem hat er mich empfangen und mit mir über eine Sache gesprochen, die mir sehr am Herzen lag. Ich war Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Die Mittel, die dieser zur Verfügung standen, um nicht bloß die von ihr bereits in Angriff genommenen Arbeiten, wie Geschichte der Wissenschaften in Deutschland, Allgemeine Deutsche Biographie, Deutsche Reichstagsakten, Jahrbücher des Deutschen Reichs, zu bewältigen, zeigten sich als unzureichend zur Ausdehnung ihrer Wirksamkeit auf andere große geschichtswissenschaftliche Auf-

gaben. Was ich erstrebte, war, daß sie sich mit der Geschichte der Verwaltung und der Geschichte der Volkswirtschaft in Deutschland befasse. Ich suchte Althoff zu bewegen, seinen Einfluß geltend zu machen, daß der historischen Kommission jährlich 10000 Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt würden. Er ist nicht nur mit Wärme auf meine Bitte eingegangen, sondern sogar für einen Zuschuß von 15000 Mark statt von nur 10000 Mark eingetreten. Aber da kam ein Widerstand seitens meiner Kollegen in der historischen Kommission. Sie wollten deren Charakter als rein wittelsbachische Stiftung erhalten und lehnten einen Reichszuschuß ab. Ich bin darauf aus der Kommission ausgetreten, denn für die Aufgaben, für die ich mich interessierte, waren ja nunmehr nicht die Mittel vorhanden. Althoff hat mir über seine Bemühungen, einen Reichszuschuß zu erhalten, noch am 16. Juli 1908 aus Schierke im Harz geschrieben; am 20. Oktober 1908 ist er gestorben.

V. Die Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung

Ganz anderen Geistes dagegen blieb die von Ehrenberg hervorgerufene Vereinigung von Großgrundbesitzern und Großindustriellen. Sie hat mit dem Fehlschlagen seiner Bestrebungen nicht aufgehört; vielmehr hat sie nun zu ihrem besonderen Ziele meine Bekämpfung gemacht. Auch wundert mich nicht, daß sie besonders mich als ihren Gegner betrachtete. Sie war die Organisation der Arbeitgeber, die im Gegensatz zum Vertragsverhältnis von Gleichberechtigten das Herrschaftsverhältnis der Arbeitgeber aufrechtzuerhalten bezweckte. Ich hatte dagegen 1910 einen in einer großen Anzahl Zeitungen abgedruckten Aufsatz über den Geist der deutschen Sozialpolitik geschrieben. Darin habe ich die Frage aufgeworfen, wie es komme, daß seit dreißig Jahren so viel auf sozialpolitischem Gebiete geschehen und im einzelnen sogar Vortreffliches geleistet worden, aber die Hauptsache, das Vertrauen der Arbeiter, daß ihre Sache sich in Händen befände, welche ihren berechtigten Ansprüchen entsprächen, trotz allen sozialen Eifers nichts erlangt worden sei.

„Daher“, so hatte ich ausgeführt, „das Beibehalten der rechtlichen Anomalien der §§ 152 und 153 des RGO.; daher das fortwährende Hinausschieben der Anerkennung der Berufsvereine; daher der völlig verfehlt Entwurf eines Hausarbeitergesetzes; ohne Heranziehung der Arbeiter selbst zur Kontrolle läßt es sich nicht durchführen; statt dessen will er zur Durchführung der zugunsten der Heimarbeiter erlassenen Bestimmungen auch die Verleger, ja selbst die Zwischenmeister heranziehen. Das heiße den Bock zum Gärtner machen.“

2

Den Anstoß zu einer unerhörten, von den Unternehmerverbänden in Nord und Süd gegen mich gerichteten Hetze gab ein Vortrag über den Schutz

der Arbeitswilligen, den ich am 28. Februar 1912 in der gemeinsamen Sitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft München und des Sozialwissenschaftlichen Vereins der Universität gehalten habe. Der Saal war gepfropft voll. Auch der Thronfolger Prinz Ludwig von Bayern und der Freiherr von Soden, der drei Tage vorher zum Innenminister ernannt worden war, waren anwesend. In der Mitte des Saales stand ein runder Tisch; an ihm saßen der Prinz und Soden; ihnen gegenüber hielt ich meinen Vortrag. Er begann mit dem Ausdruck der Trauer, daß in den dreizehn Jahren, seit ich schon einmal in Berlin und München über dasselbe Thema gesprochen habe, in der Fortbildung des Arbeitsvertrags nahezu nichts erreicht worden sei. In der Tat könnte ich von dem Probleme als einem ewigen reden, sowohl mit Rücksicht auf mich, als auch auf das, worum es sich dabei handle. Dementsprechend war, was ich ausführte, in allem wesentlichen nur eine Wiederholung meines dreizehn Jahre vorher gehaltenen Vortrags. In dieser ganzen Zeitspanne ist es niemanden eingefallen, aus meinen, unter dem größten Beifall vor einer vorwiegend aus Unternehmern des kaufmännischen und industriellen Großgewerbes bestehenden Hörschaft gemachten Ausführungen eine Kollektivbeleidigung der Lohnarbeiter, geschweige denn eine Schmähung des deutschen Unternehmerstandes herauszulesen. Anders diesmal. Zwar fand mein Vortrag auch diesmal den rauschenden Beifall der Anwesenden, mit Ausnahme jedoch den des Innenministers. In seiner Eigenschaft als Mitbegründer der „Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung“ erklärte er, daß diese speziell zu meiner Bekämpfung ins Leben gerufen sei und redete dementsprechend. Ich quittierte für die Gründung als eine mir erwiesene große Ehre und habe im übrigen ihm auf alles, was er vorbrachte, derart erwidert, daß die Zuhörerschaft in lautes Gelächter ausbrach; auch der Prinz lachte über jeden seinem neben ihm sitzenden Freunde erteilten Hieb. Soden antwortete mit der Drohung eines gegen mich gerichteten Massenangriffs. Aber einige Zeitungen meinten, er könne nach diesem Abend nicht länger Minister bleiben, und die Münchener „Jugend“ brachte eine Karikatur, wie er auf dem Heimweg ein Gesetz gegen das Blamieren von Ministern entwarf. Nun wurde wahr, was, wie mir sehr bald zu Ohren gekommen war, meine Gegner alsbald nach meinem Vortrag zu meiner Bekämpfung beschlossen hatten. Es wurden durch ganz Deutschland bald in dem einen, bald in einem anderen Blatte ununterbrochen Angriffe gegen mich gerichtet, und als ob man das, was ich wirklich gesagt hatte, geradezu als unwiderlegbar gefühlt habe, hat man auch, nachdem der Wortlaut meines Vortrags längst gedruckt vorlag, immer nur gegen das gekämpft, was ich nicht gesagt habe. Die von

mir auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erzwungenen Berichtigungen blieben, wie so häufig, infolge der von den Redaktionen daran gehängten Nachschriften ohne Wirkung. Gegenüber so offensichtlich bösem Willen blieb nichts übrig, als die Gerichte in Anspruch zu nehmen.

3

An der Spitze der Angreifer standen die großindustriellen Syndici Dr. Alexander Tille, der Herausgeber von vierzehn Bänden Reden des Freiherrn von Stumm, darunter dreien über Klassenkampf und Staatsumsturz, und Dr. Alfred Kuhlo, damals Syndikus des bayerischen Industriellenverbands. Ein im Organ des bayerischen Industriellenverbandes am 6. März 1912 erscheinener Artikel Kuhlos behauptete u. a.: ich hätte „ungestraft hunderttausenden ehrlicher, braver Arbeiter eine gröbliche Beleidigung ins Gesicht geschleudert“, hätte „Revolverschießen, Messerstiche, schwere Drohungen als durchaus berechtigte, harmlose Aufklärungen bei Arbeitseinstellungen“ hingestellt, hätte „den Unternehmer, der gemütsroh genug ist, nicht jede Forderung übermütiger Agitatoren ohne weiteres zu bewilligen, als Scheusal“ hingestellt, und ich mißbrauche meinen Lehrstuhl „zu wüsten Hetzereien gegen das Unternehmertum“. Um die Worte eines meiner Gegner zu gebrauchen, ich wurde vor die Wahl gestellt, „entweder als unzurechnungsfähig angesehen oder zu den größten Scheusalen der Jahrhunderte gesellt zu werden, denen ein unermeßliches Maß menschlicher Verbitterung, Trostlosigkeit und Verzweiflung zur Last fällt“.

Kuhlo hatte, wie er selbst angab, seine üble Nachrede in nicht weniger als 133 deutschen Zeitungen verbreitet; er wurde darob am 25. Juni 1912 vom Schöffengericht beim königlichen Amtsgericht München zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellte auf Grund einer eingehenden Beweisaufnahme in tatsächlicher Hinsicht fest, daß ich die mir in den Mund gelegte Beschimpfung der sogenannten „Arbeitswilligen“ niemals ausgesprochen und mir die mir unterschobene Verteidigung von Streikverbrechen niemals habe zuschulden kommen lassen. Es stellte weiter fest, daß auch der Vorwurf wüster Hetzerei gegen das Unternehmertum unter Mißbrauch meines akademischen Lehrstuhls jeder Berechtigung entbehre. Diese Feststellung fußte auf den eidlichen Angaben mehrerer als Zeugen vernommener Hörer meiner Vorlesungen. Sie gehörten den verschiedensten Berufskreisen an; auch ein Oberst a. D. und ein Kanonikus befanden sich darunter. Von ganz besonderem Gewicht war die Aussage des langjährigen Handelsrichters und Vorsitzenden des Münchener Polytechnischen Vereins Dr. Jodlbauer. Er bezeugte, daß er meine sämtlichen Vorlesungen gehört habe, und es ihm unbegreiflich sei, wie sich

in gewissen Kreisen, die mich nie gehört haben, die Meinung festsetzen konnte, ich nehme eine industriefeindliche Stellung ein.

Die Berufung, die Kuhlo gegen das Urteil einlegte, hat zur Bestätigung der tatsächlichen Feststellungen des Schöffengerichts in allen Hauptpunkten geführt. Aber ich hatte gesagt:

„Es sind überhaupt nicht Arbeiter, von denen der Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen ausgeht. Dieselben Männer, welche den Schutz der nationalen Arbeit verlangen, und dabei in ihren Schiffen Malayan und Neger beschäftigen, jährlich zwischen 500000 und 600000 Arbeiter über die Ostgrenze des Reichs zur Bestellung ihrer Güter beziehen, ja von der Notwendigkeit, Kulis zu importieren, reden, diese Männer haben plötzlich ihr Herz entdeckt. Staunend erfährt man, daß sie im tiefsten Grund ihrer Seele für Freiheit der Arbeit sind, und mit Begeisterung wiederholen sie die Aussprüche Turgots und Adam Smiths: Gott machte das Recht, zu arbeiten, zum Eigentum jedes Menschen, und dieses Eigentum ist das erste, das heiligste, das unverjährbarste. Aber nicht im eigenen Interesse ist es, daß sie erhöhten Schutz der Arbeit verlangen; nein, sie tun dies lediglich im Interesse der einzelnen Arbeiter, die durch den Druck, der durch ihre Genossen auf sie geübt werde, am Arbeiten verhindert würden.“

In dieser „stark ironisch“ gewendeten Kritik sah das Landgericht ein strafmilderndes Moment für Kuhlo, da er als Vertreter der Interessen von Großgrundbesitz und Großindustrie dadurch gereizt sein mochte, ermäßigte aber trotzdem die vom Erstrichter ausgesprochene Strafe nur um ganze 50 Mark, und zwar, wie es ausdrücklich feststellte, im Hinblick auf den „gehässigen“ Charakter der von Dr. Kuhlo verübten üblen Nachrede.

Das Vorgehen Dr. Kuhlos machte nicht bloß in den Kreisen der Arbeitgebersekretäre Schule; die verantwortlichen Schriftleiter zweier Organe „wirtschaftsfriedlicher“ Arbeitervereine (gelber Gewerkschaften), ein gewisser Heitz vom „Bund“ und ein gewisser Ossenbrunner von der „Wehr“, warfen mir im Hinblick auf meine Presseberichtigungen vor, ich versuche „nicht ganz gentlemanlike“, meine eigenen Worte „abzuleugnen“. Dieser Anrempelung wegen durch Urteil des Schöffengerichts beim Amtsgericht München vom 14. Juni 1912 zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt, legten Heitz und Ossenbrunner Berufung beim Landgericht München ein. Dieses verwarf das Rechtsmittel nach durchgeführter Verhandlung, in welcher der nachmalige Nationalsozialist Dr. Pöhner Berichterstatter war, als unbegründet. Die von den Beschuldigten beim Obersten Landesgericht eingelegte Revision hatte das gleiche Schicksal. Eine mit großem Tamtam angekündigte Massenklage wegen Beleidigung, welche vier Vorstände „gelber Gewerkschaften“ in Augsburg gegen mich anstrebten, wurde schon im Beschlußverfahren kostenpflichtig abgewiesen.

In der Schöffengerichtssitzung vom 4. Juni 1912 in der Sache Heitz und Genossen wurden u. a. der Schriftsteller Dr. Nötzel, der katholische Arbeitersekretär Gasteiger und der Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, Dr. Alexander Tille, letzterer als angeblich hervorragender Kenner meiner Schriften, als Zeugen vernommen. Während mir die beiden Erstgenannten die völlige Grundlosigkeit der gegen mich erhobenen beleidigenden Vorwürfe bezeugten, verstieg sich derselbe Tille, der mich am 26. September 1901 in der „Deutschen Industrie-Zeitung, Organ des Zentralverbands Deutscher Industrieller“ als den „bedeutendsten und scharfsichtigsten Vertreter des Industriestaats“ gefeiert hatte, zu der Behauptung, ich habe mich ausführlich damit beschäftigt, die Augenblickserfolge der „Erpresserpolitik“ der Lohnarbeiter zu dauernden zu machen und zu diesem Zweck den „Klassenlohntarif“ erfunden; ich habe aber die vermögensrechtlichen Konsequenzen aus diesem nicht gezogen, wolle insbesondere die Arbeiterorganisationen nicht haftbar machen für die Einhaltung der von ihnen abgeschlossenen Verträge.

Als Dr. Tille diese Aussage machte, ging eine sichtbare Bewegung durch die anwesende Zuhörerschaft. Es fanden sich darunter viele Studenten, die stets das Gegenteil aus meinem Munde gehört hatten, und unter den in der sozialpolitischen Literatur Bewanderten war es geradezu notorisch, daß ich, von meinen ersten Schriften angefangen, immer und immer wieder dafür eingetreten bin, daß einerseits die für alle Arbeiter eines Gewerbes gemeinsamen Arbeitsbedingungen statt mit den einzelnen Arbeitern mit der Vertretung der organisierten Arbeiter vereinbart werden, andererseits diese wie jeder Kontrahent für die Innehaltung des Vereinbarten haften. Tille aber hatte eine Schrift von mir in der Hand, in der das Entgegengesetzte von dem stand, was er als Zeuge unter Eid gesagt hatte, und in großer Erregung rief ich ihm zu: Sie haben soeben einen Meineid geleistet! Dr. Tille hielt seine Aussage jedoch nicht nur aufrecht, sondern suchte sie sogar durch Zuschriften an die „Frankfurter Zeitung“, die Berliner „Post“ und das von Kurt Wolff in München herausgegebene Finanzblatt „Handel und Industrie“ zu rechtfertigen. Schließlich entstand daraus ein ganzes Buch: „Lujo Brentano und der akademische Klassenmoralismus“, das er bei Otto Elsner in Berlin erscheinen ließ¹. Diese Schrift strotzte von Beleidigungen. So sah ich mich gezwungen vier weitere Privatklagen anhängig zu machen, und zwar

¹ Tille hatte schon vorher vier Bände „Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes“ erscheinen lassen. Schmoller hat darüber in seinem Jahrbuch, 37. Jahrgang, S. 1, Anm. 1, geschrieben: „Den Luxus, die 1500 Seiten des vierbändigen Werkes von Tille ganz zu lesen, habe ich mir natürlich nicht leisten können. Ich freute mich nur, den

1. gegen Dr. Tille und seinen Verleger Otto Elsner wegen zahlreicher Formalinjurien und üblen Nachreden;

2. gegen Ossenbrunner wegen verleumderischer Beleidigung, weil er nicht nur diese Verunglimpfungen zum Teil nachgedruckt, sondern ganz die gleichen Beleidigungen, wegen deren er in drei Instanzen zur Strafe verurteilt worden war, noch einmal verbreitet hatte;

3. gegen Dr. Kuhlo aus dem nämlichen Grunde. Der bayerische Industriellenverband hatte in seiner Generalversammlung vom 14. Dezember 1912 offiziell beschlossen, die gegen Dr. Kuhlo von den Gerichten ausgesprochene Geldstrafe samt den Kosten des Verfahrens aus seiner Verbandskasse zu zahlen. Er hatte Dr. Kuhlo gleichzeitig offiziell zur Fortsetzung des Kampfes gegen mich aufgefordert. Dr. Kuhlo ließ sich das nicht zweimal sagen. Er bezeichnete die Tillesche Schmähchrift als „hervorragende Aufklärung über die Wirksamkeit Brentanos“, und machte öffentlich bekannt, daß der bayerische Industriellenverband beschlossen habe, einen größeren Posten der Schrift anzukaufen, um diese hervorragende Aufklärung kostenlos unter seinen Mitgliedern zu verbreiten;

4. gegen Kurt Wolff wegen Abdrucks der Tilleschen Beleidigungen.

Sämtliche vier Sachen wurden zur gemeinsamen Verhandlung mit der Sache Tille und Genossen verbunden. Dr. Tille geriet jedoch in eine derartige Aufregung, daß er drei Tage vor dem zur Verhandlung festgesetzten Tage an einem Herzschlag starb. Es ist dann am 16. Januar 1913 zur Verhandlung vor dem Schöffengericht beim Amtsgericht München gegen die Mitangeklagten Kuhlo, Wolff, Elsner und Ossenbrunner gekommen. Diesmal beantragte mein vortrefflicher Rechtsanwalt, der heutige Justizrat Dr. Max Prager, in Anbetracht, daß Geldstrafen von dem Bayerischen Industriellenverband bezahlt und daher die Angeklagten nicht treffen würden, Freiheitsstrafen, damit den Beklagten das Unzulässige ihrer Kampfweise endlich zum Bewußtsein komme. Das wirkte auch auf Dr. Kuhlo, dessen Verurteilung sicher war, zurück; mir aber lag persönlich nichts daran, daß er eingesperrt würde und ich bot ihm einen Vergleich, auf den er nun gern sich einließ. Der Vergleich lautete:

I. Syndikus Dr. Kuhlo erklärt, daß er den Vorwurf, Geheimrat Dr. Brentano habe in seinen Schriften und Vorträgen die Arbeitswilligen beschimpft, als unbegründet unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Den

wesentlichen Inhalt im Jahrbuch XXXVI (1912), S. 1365 bis 1407, durch eine Anzeige von W. Zimmermann mit einigen sarkastischen Randglossen niedriger zu hängen. Ich fragte mich damals schon: Wer ist so reich und so schrift- und weltunkundig, die Druckkosten für diese 1500 Druckseiten zu bezahlen und zu glauben, damit zu wirken? Außer den berufsmäßigen Rezensenten haben daher nicht dreißig Leute in Deutschland diese in 30000 Exemplaren gedruckten vier Bände durchgelesen. Im ganzen sind in dem großen Werke dieselben Gedanken enthalten, wie in der Streitschrift.“

Vorwurf, Geheimrat Dr. Brentano habe das Unternehmertum beschimpft, wolle er nicht erheben. Auch wolle er sich jene Vorwürfe gegen Geheimrat Dr. Brentano, die von Alexander Tille in seiner Broschüre „Lujó Brentano und der akademische Klassenmoralismus“ erhoben worden sind, in keiner Weise aneignen und verpflichte sich, diese Broschüre und die darin niedergelegten Vorwürfe nicht mehr zu verbreiten.

II. Die Verlagsgesellschaft Otto Elsner verpflichtet sich, die Broschüre „Lujó Brentano und der akademische Klassenmoralismus“ aus dem Handel zu ziehen und alle noch in ihrer Verfügungsgewalt stehenden Exemplare dem Privatkläger zu übergeben.

III. Redakteur Kurt Wolff erklärt, daß er sich die in der vorbezeichneten Broschüre gegen Geheimrat Dr. Brentano erhobenen Vorwürfe nicht habe aneignen wollen und es bedauere, sofern solche Vorwürfe durch die Veröffentlichung dieser Arbeit oder anderer Aufsätze in seiner Zeitschrift „Handel und Industrie“ doch geltend gemacht worden sein sollten.

IV. Redakteur Ossenbrunner erklärt, er habe sich durch die gepflogene Beweiserhebung überzeugt, der von ihm in Nr. 25 seiner Zeitschrift die „Wehr“ erhobene Vorwurf, Geheimrat Dr. Brentano habe in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht München vom 4. Juni 1912 eine früher von ihm vertretene Anschauung abgeleugnet, sei unbegründet, weshalb er ihn unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.

V. Die Beklagten tragen sämtliche Kosten.

VI. Dr. Kuhlo, Wolff und Ossenbrunner verpflichten sich, diesen Vergleich binnen vierzehn Tagen in den von ihnen redigierten Blättern in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form im Inseratenteil zu veröffentlichen.

Sämtliche Beklagte ermächtigen außerdem den Privatkläger zur Veröffentlichung des Vergleichs in der nämlichen Form auf ihre Kosten in den „Münchner Neuesten Nachrichten“, der „München-Augsburger-Abendzeitung“, der „Frankfurter Zeitung“, im „Tag“ und in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“.

VII. Privatklagen und Strafanträge werden zurückgenommen.

Ich hatte gehofft, daß durch diesen Vergleich der Abschluß des Kampfes erfolgt sei. Aber dies entsprach nicht der Denkweise meiner Gegner. Dr. Kuhlo hat im Mai 1913 eine neue Streitschrift gegen mich veröffentlicht. Darin brachte er Ausführungen aus der Schmähschrift des verstorbenen Dr. Alexander Tille und den diesbezüglichen Veröffentlichungen in der Wochenschrift „Handel und Industrie“, d. h. eben den Schriften, deren weitere Verbreitung soeben durch den abgeschlossenen Vergleich untersagt war. Ein gleichzeitiger Angriff des damaligen Vorsitzenden des Bayerischen Industriellenverbands, Geh. Rat Dr. Rieppel, bei dem versucht wurde, die eindeutigen Feststellungen von nicht weniger als fünf richterlichen Urteilen zu verwischen, hat dann noch ein kurzes publizistisches Nachspiel zur Folge gehabt¹.

¹ Es ist in meiner Schrift „Über Syndikalismus und Lohnminimum, Zwei Vorträge von Lujó Brentano nebst einem Anhang, enthaltend Ausführungen und Dokumente zur

Nach meinem Rücktritt vom Lehramt haben Freunde Kuhlos vergebliche Anstrengungen gemacht, ihn von der Staatswirtschaftlichen Fakultät zum Ehrendoktor ernennen zu lassen; sie sind wegen seiner verleumderischen Anklagen gegen mich abgewiesen worden; es ist ihnen nur gelungen, ihn von der Tierärztlichen Fakultät zum Dr. h. c. ernennen zu lassen. Er ist aber Geh. Regierungsrat und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Industriellenverbands München geworden.

VI. Ludwig Bernhard, ein neuer Gegner

Während diese Fehden in München sich abspielten, war mir in Berlin ganz unerwartet ein neuer Gegner in meinem früheren Schüler Professor Ludwig Bernhard erstanden. Noch 1905 hatte er auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik auf meiner Seite gekämpft und dabei sogar das Wort von der „Wohlfahrtssklaverei“ geprägt. Da brachten die Zeitungen den Bericht über eine Rede, die er am 24. März 1912 auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf gehalten hatte. Er erklärte darin, daß gegenüber Streiks nichts gefährlicher sei als eine Politik der gekreuzten Arme, uneingedenk, daß Gewalt ohne innere Heilung das große Spezifikum aller politischen Stümper ist. Begreiflich, daß er mit seinen neuen Anschauungen in dem Kreise, in dem er gesprochen hat, stürmischen Beifall gefunden hat. In dem Sonderabdruck seines Vortrags aus „Stahl und Eisen“, den er mir auf meine Frage, ob die Zeitungsberichte über seine Rede richtig seien, schickte, fand sich außer dieser noch eine gegen mich gemünzte Anmerkung, die ihn der „Gesellschaft für exakte Wirtschaftsforschung“ besonders empfehlen mußte.

Was den Professor Ludwig Bernhard zu seinem plötzlichen Umfall veranlaßt hat, kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, daß ich ihm nach dem ersten Deutschen Hochschullehrtage nach Kiel, wo er damals Professor war, geschrieben habe, er möge doch zusammen mit Professor Tönnies in Kiel eine Ortsgruppe des Hochschullehrtags ins Leben rufen. In einer Antwort vom 16. Dezember 1907 hat er dies zugesagt. Aber kaum hatte er dieses Versprechen gegeben, als er sich von Althoffs Nachfolger gegen Wissen und Willen der Berliner Fakultät zum ordentlichen Professor an derselben ernennen lassen, obwohl gerade die Selbständigkeit der Hochschulen in Berufungssachen zu den wichtigsten Programmpunkten des Deutschen Hochschullehrtags gehörte. Diese Ernennung Ludwig Bernhards hat den damals gerade zurückgetretenen Geh. Rat Althoff, als

Illustrierung der Kampfweise der Gegner sozialer Reform gegen deren Vertreter“, München, Verlag der Süddeutschen Monatshefte, 1913, abgedruckt.

er mich in München besuchte, veranlaßt, mir zu sagen, sie würde selbst ihn dazu gebracht haben, Mitglied der Professorengewerkschaft zu werden.

Ich habe dies Ludwig Bernhard in einem Offenen Briefe geschrieben, der in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 117 vom 28. April 1912 erschienen ist. Er hat darauf in Nr. 124 vom 5. Mai, und ich darauf in Nr. 131 vom 12. Mai erwidert. Unserer beider Schlußworte sind in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 144 vom 25. Mai, 1. Morgenblatt abgedruckt. Es lohnt sich nicht, hier auf Bernhards Umfall zurückzukommen. Er ist nach der Revolution ein getreuer Gefolgsmann Hugenbergs geworden.

2

Unter meinen mit Schmoller gewechselten Briefen finde ich das Konzept eines von mir Anfang Oktober 1912 an ihn gerichteten Briefes, dem ich folgende Ausführung entnehme; sie zeigt, daß die heutige sozialpolitische Stimmung des Nachwuchses sich schon damals anzubahnen begann:

In meinen Prozessen bin ich bis jetzt siegreich gewesen; ich hoffe, daß ich es auch in denen, die noch folgen werden, sein werde. Trotzdem stimmt mich die Sache wehmütig, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Einmal deshalb, daß es nach 40 Jahren des Kampfes überhaupt noch eine so starke sozialpolitische Reaktion gibt, gegenüber der man das Errungene verteidigen und das noch nicht Erreichte erkämpfen muß; in der gesetzlichen Fortbildung des Arbeitsvertrages ist noch gar nichts erreicht, und was freiwillig erreicht ist, muß heute mit verstärkten Kräften verteidigt werden; Deutschland ist hier gegenüber England weit zurück.

Sodann, daß ich die Empfindung habe, daß ich in diesem Kampfe nahezu allein stehe. Für mich ist es doch wahrlich nicht, daß ich ihn führe, sondern für die Sache, für die wir, als wir beide noch jung waren, ins Feld gezogen sind; dafür, daß das, was wir erreicht haben, nicht verlorengehe, und, die Hauptsache, die Neuordnung des Arbeitsverhältnisses, die noch zu erreichen ist, erreicht werde. Man sollte denken, daß der Verein für Sozialpolitik in diesem Kampfe besonders interessiert wäre. Aber außer von Ihnen ist mir, als ich die Artikel gegen Bernhard schrieb, keine Teilnahme ausgesprochen worden. Ich brauche sie ja nicht, aber es ist doch für den Kämpfenden ermunternd, durch den Zuruf der Freunde belebt zu werden. Und davon, daß mir einer ähnlich zu Hilfe gekommen wäre, wie ich während der hinter uns liegenden Jahre in gleichem Falle anderen zu Hilfe gekommen bin, keine Rede! Unser Nachwuchs kennt nicht das Solidaritätsgefühl, das uns trotz aller Meinungsverschiedenheiten in Entscheidungskämpfen neben- und für-einander kämpfen ließ. Im Gegenteil, bei Angriffen verteidigt er sich, indem er es abweist, daß man durch unberechtigte Verallgemeinerungen ihn für die Missetaten einzelner (unter denen als Regel ich verstanden werde) verantwortlich mache, wo er nicht direkt Reden hält, daß es gut sei, zu überlegen, ob man in sozialpolitischen Reformen nicht schon zu weit gegangen sei. Wo ich in den letzten Wochen zufällig mit deutschen Sozialpolitikern auf meine jetzigen Kämpfe zu sprechen kam, hatte ich stets die Empfindung, daß

man mir ungerne zuhörte und alsbald das Gespräch auf anderes zu lenken suchte, während die ausländischen Sozialpolitiker alle den lebhaftesten Anteil nehmen. Dächte ich bloß an mich, so würde mich dies mit einer gewissen Genugtuung erfüllen. Denn läßt man mich in dem Kampf gegen die unglaubliche Hetze, welche die „Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung“ gegen mich entfesselt hat, allein, so gebührt mir auch allein die Ehre des Kampfes und eventuellen Siegs. Aber es füllt mich mit Wehmut, wenn ich so sehe, daß nach uns vielleicht niemand mehr die Fahne aufrecht halten wird, die wir in die Schlacht getragen haben. Und dabei, wie viel besser ist die Lage der Kämpfenden heute im Vergleich zu vor 40 Jahren. Damals hatten wir fast alles gegen uns; in der Presse konnten unsere Artikel kaum Unterkunft finden und die Arbeiter wollten von uns nichts wissen. Jenen Bann, den die öffentliche Meinung über uns verhängt hat, haben wir gebrochen; in der Presse können wir uns äußern wie wir wollen, wenn wir nur wollen, und die Arbeiter haben heute Zutrauen zu wenigstens einem großen Teil von uns. Aber Rücksichten, die wir in unserer Jugend nicht gekannt haben, hemmen die heutige Jugend. Das macht mir angesichts Ihres Abgangs vom Präsidium solchen Kummer. Der Verein wird nun ganz zu einer Organisation werden, welche lediglich Bücher, die nicht gelesen werden, zu nicht gelesenen häuft und selbst gar keine Meinung mehr zu äußern wagt.

Es gibt zwar noch einige Junge, auf die ich noch Hoffnung setze. Aber unserem Vereine sind sie, eben weil sie so denken wie ich, innerlich fremd, und wenn sie ihm noch angehören, so ist es wesentlich dem zu danken, daß ich sie seinerzeit überredet habe, nicht auszutreten. Von ihnen hoffe ich, daß sie noch für dasselbe Ziel, für das wir gekämpft haben, kämpfen werden, wenn wir nicht mehr sind. Aber ihre Zahl ist gering. Die große Zahl der Jungen im Verein ist sozialpolitisch indifferent und gehört dem Verein nur äußerlich an. Unter diesen Umständen ist es mir fast lieb, nicht zur Ausschußsitzung nach Berlin kommen zu können. Ich würde mich wahrscheinlich doch nur ärgern, etwas, was ich über meine jetzigen Feinde nie getan habe.

3

Darauf hat Schmoller seinen Aufsatz „Die Hetze von Alexander Tille und Konsorten gegen Lujo Brentano“ veröffentlicht¹. Darin hat er sowohl Tilles gegen mich gerichtete Streitschrift, als auch meine angeführte Schrift über „Syndikalismus und Lohnminimum“ besprochen. Sein Aufsatz zeigt den Kampfgenossen während mehr als 40 Jahren in alter Treue. Es werden darin unsere Differenzen während derselben nicht verschwiegen. Aber das Ganze ist eine so glänzende Verteidigung, daß ich sie im einzelnen nicht wiederholen kann, ohne mich der Gefahr des Selbstlobes auszusetzen. Doch mein Dank sei dem Verteidiger meiner Ehre, gegen die, deren Versuche, sie zu besudeln, bezahlt wurden, auch noch nach seinem Tode.

¹ Schmollers Jahrbuch XXXVII (1913).

VII. Meine Parteinahme für Francisco Ferrer

Mein öffentliches Auftreten gegen Vergewaltigung und für diejenigen, die darunter zu leiden hatten, ist der Anlaß geworden, daß ich auch da angerufen wurde, wo es sich nicht um Fälle handelte, die mit meinem Fache im Zusammenhang standen. So als 1909 Francisco Ferrer, den die Spanier als ihren großen Volkserzieher verehrten, auf Grund des Spruches von Ausnahmerichtern in einem auf Grund von Ausnahmegesetzen geführten Prozesse, der dem Angeklagten keine wirksame Verteidigung gestattete, erschossen worden war. Politiker, Journalisten, Professoren, Künstler und andere Intellektuelle haben damals in allen Ländern protestiert und dadurch den Sturz der Regierung Mauras herbeigeführt. Auch ich war ebenso wie Gerhart Hauptmann und andere Deutsche unter den Protestierenden. Darauf hat die Prinzessin Maria Paz von Bayern, geborene Infantin von Spanien, mich brieflich aufgefordert, sie zu besuchen. Selbstverständlich bin ich der Aufforderung der wegen ihrer Wohltätigkeit hochverehrten Frau gefolgt. Sie suchte mir Ferrer als einen Verbrecher zu schildern, der seine Strafe wohl verdient habe. Ich erwiderte, daß es allen Anforderungen zivilisierter Länder widerspreche, einen Angeklagten seinem ordentlichen Richter zu entziehen und ihn auf Grund eines willkürlichen Verfahrens verurteilen zu lassen. Die Prinzessin konnte nicht widersprechen. Am 29. Dezember 1911 ist dann ein Urteil des Obersten Gerichtshofs in Madrid ergangen, vermöge dessen den Erben des erschossenen Ferrer dessen Vermögen zurückerstattet worden ist, weil sich in 2000 Prozessen, welche aus Anlaß der Unruhen in Barcelona stattgefunden hatten, kein einziger Hinweis gefunden hatte, daß der erschossene Ferrer an diesen Unruhen irgendwie beteiligt gewesen sei. Ich besitze eine Abschrift dieses Urteils. Doch hatte die Hinrichtung Ferrers noch ein Nachspiel. Am 9. Februar 1910 war Don José Canalejas Ministerpräsident in Spanien geworden. Er hatte zuerst der republikanischen, dann der christlich-monarchischen, dann der liberalen Partei angehört und war fünfmal Ministerpräsident. Er ist am 12. November 1912 von M. Pardinás Seratto, der sich dann selbst erschoss, als Verräter erschossen worden. Darauf wurde in München eine neue Hetze gegen mich versucht, weil ich der Versammlung in Madrid, die eine Revision des Ferrer-Prozesses verlangte, ebenso wie bekannte Männer in anderen Ländern meine Zustimmung erklärt hatte. Doch diese Versuche sind ohne weitere Folgen geblieben.

I. Zur Sicherung des Friedens

Was mich weit mehr beschäftigte, war die Sorge eines kommenden Krieges zwischen Deutschland und England wegen des deutschen Flottenbaues. Brieflich und mündlich war ich oft von Engländern mit der Frage bestürmt worden: wenn Deutschland keinen Krieg gegen uns plante, warum baut es überhaupt Kriegsschiffe? Seine Häfen sind uneinnehmbar. Außer Samoa hat es keine Kohlenstationen. Was anders also bedeutet die fortwährende Mehrung seiner Flotte als die Absicht, Englands Seeherrschaft zu brechen, seine Kolonien zu erobern und den deutschen Finanzen durch eine Brandschatzung Londons aufzuhelfen?

Ich habe darauf unter Zurückweisung der Toren, die in Deutschland einen Krieg mit England herbeiwünschten, meine Freunde in England darauf verwiesen, daß England es gewesen sei, an dessen Widerstand die Beseitigung des Blockaderechts, des Besichtigungs- und des Prisenrechts, kurz, der Schutz des Privateigentums zur See im Jahre 1856 gescheitert ist. Mit seiner überlegenen Kriegsmarine erwarte es, den Handel der mit ihm in Kriege geratenen Nationen in kürzester Zeit nach Ausbruch des Kriegs ruinieren und so nicht nur seine Übermacht zur See, sondern auch seine Handelsherrschaft für alle Zeiten sichern zu können. Das habe Lord John Russell 1861 ausdrücklich erklärt. Man erwäge, daß 56 Prozent der deutschen Bevölkerung heute (ich schrieb im Jahre 1910) von Industrie und Handel leben gegen nur 28 Prozent, denen die Landwirtschaft Unterhalt gibt. Der Wert der deutschen Wareneinfuhr und -ausfuhr habe 1907 17 Milliarden Mark betragen gegenüber dem Wert des britischen Außenhandels von 23,7 Milliarden Mark. Von dieser seiner Ein- und Ausfuhr sei das Leben der deutschen Bevölkerung abhängig; der Überseehandel sei daher ein unentbehrlicher Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens; die englischen Radikalen sollten sich angesichts dieser Tatsachen der Worte erinnern, mit denen Cobden die Brutalität an den Pranger gestellt hat, als England seine Seeherrschaft geltend machte, indem es unter jedwedem Breitengrade jedes neutrale Schiff verfolgte, dasselbe einer demütigenden Inspektion unterwarf, seine Fracht konfiszierte, nicht nur wenn sie aus Kriegskonterbande, sondern lediglich

aus Privateigentum bestand, das einer im Krieg mit England befindlichen Nation gehörte.

Wir verlangten eine Flotte entsprechend unserem großen Handel zur Verteidigung unseres Eigentums, unserer Schiffe und unserer Seeleute, gegen drohende Vernichtung; wir benötigten sogar Kohlenstationen außer Samoa, auf daß die zum Schutze unseres Handels entsendeten Schiffe nicht in Gefahr kämen, infolge von Kohlenmangel nutzlos zu sein.

Mein Aufsatz ist im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ vom 2. und 4. Juni 1910 erschienen, Vernon Lee hat ihn ins Englische übersetzt, Massingham hat die Übersetzung in der „Nation“ veröffentlicht und „The National Peace Council“, der Ausschuß sämtlicher englischen Friedensgesellschaften hat sie als Flugblatt verbreitet.

2

Aber noch waren die Marokkodifferenzen zwischen Frankreich und Deutschland nicht beendet, und schon bestand die Verständigung Englands mit Frankreich und Rußland für den Fall eines Krieges einer der drei Mächte mit Deutschland. Die Welt war voll Sorge, daß ein Weltkrieg ausbreche. Da wurde ich im Juni 1911 zu der Konferenz eingeladen, die von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden für Anfang August nach Bern berufen war. Ich bin dort mit Luzatti aus Rom, Charles Gide und Paul Leroy-Beaulieu aus Paris, Schiemann aus Berlin, Hirst und Paish aus London, Philippovich aus Wien, Paul Reinsch, Irving Fisher und Präsident Butler aus Amerika, Westergard aus Kopenhagen, Borel aus Genf, H. La Fontaine aus Brüssel, Greven aus Leyden, und drei Japanern zusammengetroffen. Wir haben unter dem Vorsitz von John B. Clarke, dem vortrefflichen Professor am Columbia College, getagt. Die Tagung wurde, wie üblich, durch ein Festessen eingeweiht. Noch erinnere ich mich des Eindrucks, den es auf alle machte, als unmittelbar nach den Reden, die der Hoffnung auf Frieden Ausdruck gaben, eine Depesche eintraf, welche die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in der Marokkofrage meldete. Das schien wie eine Bestätigung der eben gehörten Reden; nur der neben mir sitzende Luzatti erhob sich mit hochrotem Kopf und rief: *Si l'Allemagne et la France s'entendent, l'Italie demandera una bona mancia.* Wir alle lachten. Es war, wie wenn ein Außenseiter, der einem Geschäftsabschluß zwischen anderen beiwohnt, die Hand hält, um einen Anteil zu erhalten. Wir wußten eben nichts von dem Vertrag, den Italien ohne Wissen der mit ihm im Dreibund Vereinigten, 1900 mit Frankreich abgeschlossen hatte, wonach Italien Tripolis erhalten sollte, falls Frankreich Marokko erhielt.

Auch Rußland war durch ein Geheimabkommen verpflichtet, keine Einwendungen gegen die Beraubung der Türkei durch Italien zu erheben, und sechs Wochen nach unserer Berner Konferenz, am 27. September 1911, teilte der italienische Botschafter in London, Marchese Imperiali, dem britischen Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Arthur Nicolson, mit, daß Italien beschlossen habe, Tripolis und Kyrenaika zu besetzen¹; obgleich es in Italien ungeheuerere Gebiete gibt, die dringend nach den Millionen verlangen, die man statt auf die innere Kolonisation auf den Erwerb neuer Kolonien verwendet hat, erfolgte der Einmarsch der Italiener in Libyen.

Ich habe dann in den auf unsere Berner Konferenz folgenden Jahren bis zur Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an das Deutsche Reich eine große Anzahl von Arbeiten, wie sie in Bern beschlossen worden waren, durch geeignete Mitarbeiter ausführen lassen, außerdem aber im Sinne meines Artikels „Zur Sicherung des Friedens“ weitergeschrieben. So am 24. Dezember 1911 in die Wiener „Neue Freie Presse“ über „Die englische Seeherrschaft und Deutschland“ und am 15. April 1912 in der „Friedensbewegung“, dem halbmonatlichen Korrespondenzblatt des Internationalen Friedensbüros in Bern über „Die heutigen Hauptsachen des Kriegs“. In beiden habe ich unter Anziehung der Worte Cobdens über die Notwendigkeit einer Ergänzung des Freihandels durch Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriegsfall gezeigt, daß ihre Verweigerung durch England den Weltfrieden bedrohe. Ja noch mehr! Ich habe noch unter dem 2. Januar 1914 einen Brief an das englische Wochenblatt „The Nation“ geschrieben, in dem ich mit den gleichen Argumenten gegen die Aufrechthaltung des Rechts auf Aneignung von schwimmendem Privateigentum im Kriegsfall aufgetreten bin. Der schon genannte Admiral Sir Cyprian A. G. Bridge ist mir darauf in „The Nation“ vom 17. Januar entgegengetreten. Aber in den nächst folgenden Nummern vom 24. und 31. Januar haben ein britischer Reeder und ein britischer Historiker den Admiral widerlegt, so daß es für mich unnötig war, ihm zu antworten. Als um dieselbe Zeit Francis Delaisi in einem kleinen Hefte „Le Patriotisme des Plaques Blindées“ (Krupp-Schneider und Co.) eine Sammlung von Tatsachen veröffentlichte, die zeigten, wie die großen französischen Rüstungsfirmen den Kriegseifer der Nation ausbeuteten, habe ich in der „Neuen Freie Presse“ vom 12. April 1914 einen Artikel „Aufrichtige Rüstungsbetrachtungen“ veröffentlicht, in dem ich die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ver-

¹ Siehe Harold Nicolson, Die Verschwörung der Diplomaten. Frankfurt a. M. 1930 S. 379 bis 381.

langte; denn nur durch sie ließ sich der Mißbrauch beseitigen, von dem damals die Zeitungen berichteten. Da waren Deutschland und England, die im Rüstungseifer sich überboten. Nichtsdestoweniger hatten Krupp und Vickers & Co. sich bereit erklärt, die großen Putilowwerke in Petersburg zur Vorbereitung des Krieges gemeinsam zu übernehmen. Wie lukrativ wäre es gewesen, erst an dem russischen Patriotismus große Prozente zu profitieren, indem man ihm zu Panzerschiffen und Kanonen gegen Deutsche und Engländer verhalf, und dann wieder vom deutschen und englischen Patriotismus Nutzen zu ziehen, indem man die zur Wiederherstellung des durch Rußland gestörten Gleichgewichts nötigen deutschen und englischen Kanonen herstellte! Wenn das Geschäft mit den Putilowwerken schließlich statt Krupp und Vickers & Co. den Franzosen zugefallen ist, so hat dies bekanntlich nicht am fehlenden guten Willen der ersteren gelegen. Und hatte nicht die „Neue Freie Presse“ erst am 3. März 1914 gemeldet, daß es österreichischem Kapital in Verbindung mit französischem gelungen war, den Auftrag zum Bau einer Stahlhütte für die Newskiwerke in Rußland zu erhalten? Es handelte sich um die Herstellung von Gußstahl, um Artillerie, um Panzerschiffe: um die Rüstung Rußlands, die wenige Monate später gegen Österreich-Ungarn verwendet worden ist!

3

Indes war alles, was ich im April 1914 schrieb, damals bereits tatsächlich veraltet. Wir wissen heute¹, daß Wilhelm II. 1904 während des Krieges Rußlands gegen Japan an den Zaren einen Brief geschrieben hat, in dem von den englischen Jingos und der englischen Frechheit die Rede war, und Rußland aufgefordert wurde, die indische Grenze anzugreifen. Der Zar hat dem damaligen britischen Botschafter Sir Arthur Nicolson die Stelle am 4. November 1908 vorgelesen. Sie hat auf diesen den Eindruck gemacht, daß Deutschland böswillige Absichten gegen das Britische Reich hege. Sein Streben ging von da ab auf Aufrechthaltung der russisch-französisch-englischen Entente und Verwandlung derselben in einen offenen Bund; „er drang zur Zeit und Unzeit in Sir Edward Grey, er möge der Welt klar machen, wo England stehe“; er glaubte, daß, wenn dies bekannt würde, ein Weltkrieg ausbleiben werde². Aber Sir Edward war dafür nicht zu haben. Er hat selbst seinem Premierminister Campbell-Bannerman von der „Verpflichtung in Ehren“, die er gegenüber dem französischen Botschafter Paul Cambon, Frankreich zu Hilfe zu kommen, eingegangen hatte, keine Mitteilung gemacht; nur Asquith, der damals Finanzminister war, und Haldane, der Kriegsminister, haben davon ge-

¹ Harold Nicolson, a. a. O., S. 311, 312. — ² Harold Nicolson, a. a. O., S. 353, 355.

wußt; und schon am 14. September 1911 konnte Sir Arthur Nicolson an Lord Hardinge schreiben¹:

„Ich kann Ihnen im Vertrauen mitteilen, daß die Vorbereitung zur Landung von 4 bis 6 Divisionen auf dem Kontinent bis ins kleinste Detail ausgearbeitet ist.“

England hielt an seiner Vorherrschaft zur See, die aus den dargelegten Gründen zum Kampf mit Deutschland führen mußte, unentwegt fest².

4

Diese Mitteilungen Harold Nicolsons in dem Buche über seinen Vater haben mir folgendes Erlebnis ins Gedächtnis zurückgerufen. Es war in den großen Ferien 1912. Ich fuhr auf dem Zürcher See. Zu meiner Freude fand ich auf dem Dampfboote den Belgier Waxweiler. Wir hatten uns auf verschiedenen internationalen Kongressen für Arbeiterschutz angefreundet. Es hieß, auch der König Albert von Belgien sei sein Freund geworden. Ich gratulierte Waxweiler zu dem Einfluß, den er auf den König gewonnen habe; das werde dem Arbeiterschutz in Belgien zugute kommen. Aber Waxweiler war tief traurig und blieb es trotz allen freundlichen Zuredens. Ich drang in ihn, mir zu sagen, was ihn bedrücke; eine Aussprache bringe des öfteren Erleichterung. Nach vielem Hin- und Herreden sagte er endlich: „Was soll ich nicht traurig sein, da mein Land bestimmt zu sein scheint, in jedem europäischen Krieg den Kriegsschauplatz abzugeben.“

Ich suchte ihm auszureden, daß ein Weltkrieg bevorstehe. Zwar war bekannt, daß, wenn es zu einem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich käme, die Deutschen versuchen würden, über Belgien nach Frankreich einzudringen. Aber die Differenzen wegen Marokko wären beghlichen; es fehle jeder Anlaß zu einem Krieg.

Indes Waxweiler blieb fest. Seine Freundschaft mit dem belgischen Könige hatte ihm, wie ich jetzt denke, die Kenntnisse von den Vorbereitungen verschafft, die die Engländer getroffen hatten, im Falle eines deutsch-französischen Krieges in Belgien zu landen, und von den Punkten, die sie zu besetzen beabsichtigten. Denn die Engländer hatten bereits 1870 durch den Mund Gladstones und nachmals 1887 durch den von Sir Charles Dilke das Abkommen über die Neutralität Belgiens als nicht mehr verbindlich erklärt und sind auf dieses Abkommen erst wieder zu-

¹ Ebenda S. 369; siehe dazu S. 372, 394. Dies wird durch das bestätigt, was Lord French in seinem Buch über den Krieg zugegeben hat, ebenso durch die Äußerungen des Marschalls Joffre vor einer Kommission in Paris am 5. Juli 1919 und durch den Bericht, den Sasonoff ein Jahr vor dem Krieg dem Zaren erstattet hat. Siehe Ludwell Denny, „Amerika schlägt England“, Geschichte eines Wirtschaftskrieges. 1930. S. 14. —

² Ebenda S. 396.

rückgekommen, als das deutsche Vorgehen Sir Edward Grey die erwünschte Gelegenheit gab, die öffentliche Meinung Englands gegen das „vertragsbrüchige“ Deutschland in Flammen zu setzen. — Der arme Waxweiler ist während des Krieges in London von einem Auto überfahren worden und gestorben.

II. Reise nach Sizilien

Ich habe meinen Artikel „Aufrichtige Rüstungsbetrachtungen“ in Messina geschrieben, wo ich mich über fünf Wochen aufzuhalten gezwungen war. Das war in folgender Weise gekommen: Ich hatte den Wunsch, Sizilien zu sehen; da aber mein Italienisch mangelhaft war, hatte meine Cousine Irene Forbes-Mosse, die Italienisch wie ihre Muttersprache sprach, die große Liebenswürdigkeit, mich dahin zu begleiten. Am 9. März 1914 bin ich in Pisa mit ihr zusammengetroffen. Nach einigen Tagen Aufenthalt in Pisa und in Florenz sind wir am 17. in Neapel eingetroffen und wollten am 18. abends mit dem Schnellzug weiterreisen. Kurz vor Sonnenuntergang haben wir noch einen Spaziergang am Hafen gemacht. Ein Auswandererschiff sollte nach Amerika abgehen; die Verwandten und Freunde der Auswanderer waren zum Abschied aus der Umgegend zusammengeströmt. Das hat meine Cousine sehr interessiert. Wir standen lang mitten unter der Menge; es war ergreifend mit welchem Ernste diese teilnahm, als das Schiff die Anker lichtete, und der Eindruck einer majestätischen alten Bäuerin in schwarzer Seide, die sich zum Abschiedsgruß tief verneigte, ist mir unvergeßlich. Dann haben wir noch in Eile unseren Zug erreicht und sind nach einer üblen Nacht am 19. in Messina bei unbeschreiblich schöner Beleuchtung angekommen. Wir sind da im Grand Hotel Regina Elena abgestiegen, damit meine Cousine sich von der Nachtreise erhole; am folgenden Tage wollten wir nach Syrakus weiterfahren, wohin wir unser Gepäck aufgegeben hatten. Aber an diesem Tage befand sich meine Cousine nicht wohl genug. So bin ich allein nach Syrakus gefahren, um unser Gepäck zu holen. Die Fahrt bis Catania war sehr schön, von da bis Syrakus langweilig. Syrakus blieb hinter meinen Erwartungen zurück; was ich in Griechenland gesehen hatte, war schöner. Immerhin war es von Interesse, zum Ohr des Dionys zu gehen und die Inschriften der gefangenen Athener, die sie in die Felsen geritzt hatten, zu lesen. Aber als ich nach sehr kurzem Wegbleiben nach Messina zurückkam, fand ich den Gesundheitszustand meiner Cousine so verschlimmert, daß an baldige Abreise nicht zu denken war. Sie hatte hohes Fieber. Darauf bin ich nach Palermo gefahren, um mir bei dem dortigen deutschen Arzt eine Pflegerin zu holen, die sich dann mit der

Kammerjungfer meiner Cousine in der Fürsorge für sie geteilt hat. Die Fahrt von Messina nach Palermo war wundervoll. Auf der einen Seite das purpurne Meer, auf der anderen Täler und Berge, die mich lebhaft an die Bilder des alten Preller, bei dem meine Frau als Mädchen gemalt hatte, erinnerten. Die Stadt Palermo in Abendbeleuchtung; die Straßen, durch die ich fuhr, stattlich, originell, lustig. Ich habe meinen Zweck völlig erreicht, daneben aber auch einzig Schönes gesehen: die Capella Palatina, die deutlich zeigt, wie unsere Kultur aus dem Griechischen über das Arabische ins Moderne erwachsen ist. Die Aussicht vom Dache des alten Normannenschlosses wird nur von der übertroffen, die man von der Akropolis hat. Dann am Nachmittag in Monreale, unvergleichlich sowohl landschaftlich als auch architektonisch. Versunken in die Herrlichkeit des Domes, wurde ich von einem früheren Mitglied meines Seminars angesprochen; welch' empfindliche Störung! Ich bin drei Tage von Messina weg gewesen, aber als ich wiederkam, hörte ich zu meinem Entsetzen, meine Cousine sei an den Masern erkrankt. Da war an ein Abreisen, gleichviel wohin, nicht zu denken.

2

Ich würde von all dem hier nicht berichtet haben, hielt ich mich nicht für verpflichtet, meinen Dank für die außerordentliche Liebenswürdigkeit auszusprechen, mit der die Italiener mir in meiner Not beigestanden haben. Ich habe während der vier Wochen, da meine Cousine krank lag, Zeitungsartikel geschrieben, Bücher gelesen, mitgebrachte Dissertationen durchgesehen, bin in den herrlichen Zitronenwäldern spazierengegangen; aber ich war recht einsam. Da kam eines Tages, als ich im Speisesaal, sehr besorgt ob der sich hinziehenden Krankheit meiner Cousine, saß, der Briefträger mit einer Depesche herein. Da er auf der Adresse das Wort Professor las, wandte er sich an einen Tisch, an dem fünf Herren speisten. Es waren Professoren der Universität Messina: Guido Della Valle, Raffaele Gurrieri, Giorgio Mortara, Marco Fanno und Ettore Ciccotti. Einige darunter kannten meinen Namen, erkundigten sich bei dem Wirte, wo ich sitze, und nun erhielt ich nicht nur das für mich bestimmte Telegramm, sondern machte auch die Bekanntschaft der lebenswürdigsten Kollegen, die mich sofort aufforderten, an ihrem Tische Platz zu nehmen. Sie haben mir die größten Dienste geleistet und ich weiß nicht, ob ohne ihre Hilfe meine Cousine noch lebte. Der diese behandelnde Arzt hatte nämlich erklärt, Masern seien eine ansteckende Krankheit, Messina habe eben erst ein Spital für Kranke mit ansteckenden Krankheiten erbaut; dorthin müsse meine Cousine verbracht werden, sie solle ein eigenes Zimmer erhalten, und zwar eines, das noch nie benutzt worden

sei; desgleichen solle ihre Kammerjungfer dort ein eigenes Zimmer haben. Beide sollten fortan ganz von der Außenwelt abgeschlossen sein. Doch sollte ich, so oft ich es verlange, Zutritt zu der Kranken haben. Selbstverständlich erklärte ich, bevor ich meine Zustimmung gebe, müsse ich das Spital sehen. Es lag dreiviertel Stunden von dem Hotel entfernt. Wir fuhren, der Arzt, einer meiner italienischen Kollegen und ich, in einem Wagen dahin durch eine Gegend, die mit Recht „il Paradiso“ hieß. Aber das Spital, das ich vorfand, war kein Paradies. Es war ein eben fertiggewordener Neubau; als wir hinkamen, kein Mensch darin, und als einziges Mobiliarstück im ganzen Hause ein Nachtgeschirr; alles übrige werde beschafft werden. Ich erklärte sofort die Übersiedlung meiner Cousine für ausgeschlossen und ließ mir meine Zustimmung auch nicht abschwätzen, als man mir vorstellte, es sei Landessitte, daß ein Spital nach dem Kranken benannt werde, der als erster darin liege. Aber wie dieser Ehre enttrinnen? Der Arzt bestand auf der Verordnung. Da fanden meine Kollegen den Ausweg. Die oberste Sanitätsbehörde war ein Professor der Universität. Sie erzielten von ihm die Erklärung, daß die Krankheit schon zu weit vorgeschritten sei und daß die Übersiedlung mit Lebensgefahr verbunden wäre. So ist meine Cousine davor bewahrt worden, die Ehre, daß das Spital nach ihr benannt werde, mit dem Leben zu bezahlen.

Bis wir die Rückreise antreten konnten, hat es, da Komplikationen zu den Masern dazu kamen, noch vier Wochen gedauert. Während dieser Zeit habe ich täglich mit meinen Kollegen gespeist. Sie gehörten den verschiedensten Parteien an, vom strengsten Konservativen bis zum Sozialdemokraten. Aber ihre Meinungsverschiedenheiten äußerten sich nur in freundlichen Neckereien. Ihre Freundschaft hat uns begleitet, bis wir das Schiff bestiegen, das uns auf das Festland zurückgebracht hat.

3

Aber noch von einem anderen Zeichen der Gutherzigkeit der Italiener muß ich sprechen. Die Orangen, die man zu kaufen bekam, waren in ihrer Reife schon zu weit vorgeschritten, als daß sie Genuß bereiteten. Ich ging auf die Suche nach solchen, die noch am Baume hingen. Ich trat in einen großen Garten, in dem ich solche sah. Aber die Eigentümerin lehnte es ab, mir solche zu verkaufen. Erst als ich sagte, es sei für eine Kranke, ließ sie mir sofort eine Anzahl herunterholen, verweigerte aber die Annahme jeder Bezahlung. Ich erwarb dann anderen Tags einige Kleinigkeiten für die Kinder, die im Garten spielten, und schlich mich, als ich die Eigentümerin des Gartens am anderen Ende desselben sah, in diesen, um sie den Kindern zuzustecken.

Ich habe damals gründlich Gelegenheit gehabt, Messina kennenzulernen. Seine Lage ist eine der schönsten, die es geben kann. Der Blick von dem hochaufsteigenden Campo Santo auf die gegenüberliegende calabrische Küste ist prächtig, und gerade infolge des vorherrschend unfreundlichen Wetters habe ich ihn in den entzückendsten wechselnden Beleuchtungen genossen. Der Weg nach dem Faro und ebenso der nach der entgegengesetzten Seite in die mit Zitronenbäumen bewachsenen Täler ist entzückend. Sodann bot das Studium des zerstörten und das des wiedererstandenen Messina das größte Interesse. Von den steinernen Gebäuden hatte das Erdbeben von 1911 nur wenige, und zwar nur solche ohne Stockwerke, bestehen lassen; von denen, die im Widerspruch zu einer noch aus der spanischen Zeit stammenden Verordnung höher gebaut worden waren, waren nur mitunter geradezu phantastisch emporragende Trümmer geblieben. Auf dem Friedhof neben Resten herrlicher Grabmäler, völlig zerstörte. Was derzeit noch in Messina wohnte, lebte in Holzhäusern. Sie bildeten Straßen, die nach den Nationen, von deren Liebesgaben sie erbaut worden waren, benannt wurden. Auch unser Hotel Regina Elena war ein Holzhaus. Als Sozialpolitiker war ich interessiert, zu erfahren, wie viel die Inhaber der Wohnungen bezahlten. Aber mein sonst liebenswürdiger Wirt wollte mit der Auskunft nicht heraus. Er war Mitglied der Stadtverwaltung, und ich hatte mit meinen Fragen einen wunden Punkt berührt. Die Bewohner waren keine alten Messinesen, sondern Leute aus der Umgegend; sie waren, als die Holzhäuser standen, in die Stadt geströmt, hatten sich der Wohnungen bemächtigt, waren nicht mehr daraus zu vertreiben und zahlten nichts. Die früheren Bewohner Messinas wohnten zumeist in Taormina, kamen ihrer Geschäfte wegen nach Messina und kehrten abends nach dem eine Bahnstunde entfernten Taormina zurück. Auch ich bin eines Tages dort gewesen; ein andermal nahm mich Professor Ciccotti mit nach dem auf der anderen Seite der Meerenge liegenden Reggio, um mir die dortigen Neuausgrabungen römischer Mauern zu zeigen.

Am 30. April haben wir Messina wieder verlassen. Auf der Rückreise haben wir in Neapel, Rom und Bozen Halt gemacht. Von Bozen aus habe ich meine Frau im benachbarten Labers besucht; sie suchte dort Erholung von einer schwierigen Halsoperation, der sie sich vor meiner Abreise nach Sizilien unterzogen hatte. Am 9. Mai war ich wieder in München; am 12. Mai habe ich meine Vorlesungen wieder aufgenommen, von meinen Zuhörern in einem übervollen Saale stürmisch begrüßt.

III. Ausbruch des Weltkrieges

Als am 1. August der Krieg ausbrach, lag ich selbst in einem Sanatorium, um mich einer leichten Operation zu unterziehen. Am 28. Juni war der österreichische Thronfolger ermordet worden, der österreichische Außenminister Graf Berchtold hatte trotz der Abmahnung Bethmann Hollwegs Serbien den Krieg erklärt. Obgleich Bethmann Hollweg dem Grafen Berchtold telegraphiert hatte, daß Deutschland es ablehnen müsse, sich von Wien leichtfertig und ohne Beachtung seiner Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen, hat Wilhelm II. sich zur Kriegserklärung an Rußland hinreißen lassen; Franz Joseph hatte ihm telegraphiert, daß er angesichts der russischen Mobilisierung aller Militärbezirke an seinen Grenzen — was einer Kriegserklärung gleichkam — „im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit mit der Sicherheit, daß *Deine* Wehrmacht in unwandelbarer Bundestreue für *mein* Reich und für den Dreibund eintreten wird,“ die Mobilmachung seiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet habe. Dem ist am 3. August die deutsche Kriegserklärung an Frankreich und am 4. August die Englands an Deutschland gefolgt. Damit war der Weltkrieg da.

2

Das deutsche Volk, das ja keine Ahnung hatte, daß der österreichische Außenminister Graf Berchtold den Krieg hätte vermeiden können, war von Anbeginn von der Überzeugung erfüllt, daß es sich um eine Verschwörung von Rußland und Frankreich zur Vernichtung seiner Weltstellung handle. Die große Frage war, wie seine Arbeiterbevölkerung zum Kriege sich stellen werde. Auf die Gewerkschaften kam es an. Trotz aller sie verfolgenden Mißgunst hatten sie einen Aufschwung genommen, wie die lebhafteste Hoffnung ihn sich nicht hatte träumen lassen. Die deutschen Gewerkschaften, die Schmoller 1890 noch nirgends glaubte erblicken zu können, hatten am 31. Dezember 1913 4631361 Mitglieder gezählt. Als der Krieg ausbrach, bestand in Regierungskreisen große Besorgnis, wie diese sich dazu stellen würden. Würden sie dem Heeresruf ohne weiteres sich fügen? Ein bloßer Ausstand der Rüstungsarbeiter konnte alles gefährden. Aber alle Besorgnisse waren unnötig. Der Krieg hat den Triumph derjenigen Kathedersozialisten gebracht, die weit über ein Menschenalter unter Schmähungen und Verleumdungen für die Anerkennung der Gewerkschaften als der Vertretung der Arbeiter der verschiedenen Berufe gekämpft hatten. Was sie verlangt hatten, trat jetzt ein. Der deutsche Staat und die Gewerkschaften haben sich gefunden. Kein Mann, der bei der Einberufung gefehlt hätte. Die Gewerkschaften

stellten alle Interessenkämpfe ein, desgleichen alle übrigen Unterstützungszweige außer der Arbeitslosenunterstützung. Dagegen unterstützten sie die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder in dringender Notlage und sicherten den Familien der ins Feld gezogenen Gewerkschaftsangestellten die Hälfte von deren Gehalt. Die Regierung aber erkannte den großen Vorteil, den ihr das Bestehen großer Arbeiterorganisationen gab, auf die sie sich bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen konnte.

Nun frage ich: Wo wäre das Deutsche Reich geblieben, wären die deutschen Gewerkschaften, als der Krieg erklärt wurde, die vaterlandslosen Gesellen gewesen, als welche sie diejenigen verdächtigt hatten, die ihnen die Rechte verweigern wollten, deren sich die Unternehmerverbände anstandslos erfreuten! Wir, die wir sie besser kannten, hatten uns mehr als 40 Jahre bemüht, für sie gleiches Recht zu erkämpfen, und wenn wir auch noch sehr wichtiges zu erreichen hatten, so waren wir doch in der Abwehr der Angriffe auf ihre elementarsten Rechte erfolgreich gewesen; die Folge war, wie das Büchlein Paul Umbreits über die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg bezeugt, daß die Arbeiter das Bewußtsein erlangt haben, daß sie im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben vermögen. Das ist, was sie in der Stunde von des Vaterlandes größter Gefahr alle erlittene Unbill vergessen ließ. Hätten sie anders gehandelt, wären sie diejenigen gewesen, als welche ihre Gegner jahrzehntelang sie verleumdet hatten, das Deutsche Reich wäre an der Schwelle des Krieges zusammengebrochen. Das haben auch die deutschen Regierungen anerkannt, als am 14. November 1914 deutsche und preußische Minister, Generäle und Admiräle, Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften, selbst des preußischen Herrenhauses, und Oberbürgermeister dem Hauptquartier der deutschen Gewerkschaftswelt, dem Berliner Gewerkschaftshause, einen langen Besuch abstatteten.

Nicht geringeres Lob als die Arbeiter verdient die deutsche Industrie ob ihrer Anpassungsfähigkeit an die veränderten Absatzverhältnisse und das, was Deutschland seit Ausbruch des Krieges an industriellen Produkten verlangt hat. Auch habe ich im Berliner Tageblatt vom 22. und 23. April 1915 einen wahren Hymnus auf die Intelligenz und Energie geschrieben, womit sich das deutsche Unternehmertum in die veränderten Verhältnisse gefunden hat; sie verdienen kaum geringeres Lob als die Leistungen unseres Heeres und unserer Flotte. Auch hatte ich einmal während des Krieges das Vergnügen, mit einer Anzahl von Erfindern von Ersatzstoffen zusammen zu speisen. Es war mit das Interessanteste, was

ich erlebt habe. Ich habe da gehört, wie wir es fertig gebracht, Stickstoff aus der Luft, Schwefelsäure aus Gips, Baryl und als Nebenprodukt von Kohle Gummi auf synthetischem Wege zu gewinnen und uns unabhängig vom natürlichen Vorkommen von Petroleumquellen zu machen, indem wir Petroleum unmittelbar aus Braunkohlen herzustellen wußten. Das Kupfer haben wir durch Aluminium ersetzt und Aluminium haben wir statt aus dem nur im Ausland zu habenden Bauxit aus gewöhnlicher Tonerde zu gewinnen verstanden. Aus Küchenabfällen und selbst aus Holz haben wir Futtermittel herzustellen gelernt. Desgleichen haben wir Gewebe aus Faserstoffen mannigfachster Art als Ersatz der aus dem Ausland bezogenen hergestellt; und mit dieser Aufzählung ist es, was unsere Industrie an Ersatzmitteln geschaffen hat, keineswegs zu Ende.

3

Aus dem, was in den vorstehenden Seiten erzählt ist, geht hervor, wie ich seit 1910 und noch im Januar 1914 dafür eingetreten bin, daß England, um den Frieden nicht zu gefährden, auf die Vergewaltigung des privaten Handelsverkehrs zur See im Kriege verzichte und wie ich noch im April 1914 gegen die Verschwörung der Rüstungsfirmen geeifert hatte; doch England war unzugänglich und hatte damit Deutschlands Flottenbau eine berechtigte Unterlage gegeben. Aber noch klangen, als die englische Kriegserklärung an Deutschland erging, in unseren Ohren die treuerzigen Worte, mit denen englische Deputationen aller Art das deutsche Volk der Freundschaft, Liebe und Bewunderung Englands versichert hatten, daß es keine andere Rivalität zwischen Deutschland und England geben könne als die des wirtschaftlichen Wettbewerbs, und daß England nichts ferner liegen könne als mit Deutschland, das sein bester Abnehmer in Europa sei, Krieg zu führen. Und während wir so in den Glauben eingelullt wurden, daß alle Gefahr, daß England uns bekriegen werde, vorüber sei, haben die Wochen nach der englischen Kriegserklärung unbestreitbar ans Licht gebracht, daß Sir Edward Grey schon seit Jahren Abmachungen mit Frankreich und Rußland getroffen hatte, das englische Volk an deren Kampf gegen das Deutsche Reich zu beteiligen. Diese Abmachungen hat er zwar nicht für bindend, deren Nichtbeachtung aber für unehrenhaft erklärt. Ferner hatten englische Minister und Generäle mit den französischen Machthabern bereits das Eingreifen der englischen Truppen bis ins einzelne verabredet¹, und mit nicht zu übertreffendem Zynismus hat Sir Edward Grey im Parlament erklärt, daß England sich am Kriege beteilige, nicht weil Deutschland irgendwo ihm zu nahe getreten sei, sondern weil es beim Friedensschluß als Mitstreiter

¹ Siehe S. 306, 307 u. a. a. O.

besser denn als Neutraler das englische Interesse werde wahren können. Ungeschminkter ist selbst von einem englischen Minister noch nie als einziger Grund, ein anderes Volk zu bekriegen, der Wunsch, es an der vollen Entfaltung seiner Kräfte zu hindern, eingestanden worden.

Daher denn von allen Kriegserklärungen keine das deutsche Volk mehr erbittert hat als die Englands. Daß Rußland uns haßte, hatte man gewußt. Daß die Franzosen die Gelegenheit der russischen Kriegserklärung zu einem Versuche, Elsaß und Metz wieder zu gewinnen, nützen würden, hatte man erwartet. Daß aber die in England am Ruder befindliche Liberale Partei, nachdem sie uns noch soeben mit tausend Zungen versichert hatte, daß England und Deutschland kein Gegensatz trenne, sich nicht scheute, sich mit dem russischen Reiche, dem Knechter aller freiheitlichen Bestrebungen, gegen uns zu verbünden, auf die Gefahr hin, Rußland seine besten Interessen in Asien auszuliefern, ist allen, welche in England den vielhundertjährigen Pionier bürgerlicher Freiheit verehrt haben, eine bittere Enttäuschung gewesen.

Ich habe am 8. September 1914 dieser Stimmung in einem Aufsätze „Deutschland und seine Gegner, insbesondere England“ Ausdruck gegeben¹. Gleichzeitig bin ich aber in der Münchener Akademie der Wissenschaften mit Erfolg dafür eingetreten, daß die deutsche Wissenschaft dem Beispiel der Akademien der feindlichen Länder nicht folge. Diese hatten alle deutschen Gelehrten aus der Zahl ihrer Mitglieder gestrichen. Die Vertreter der Wissenschaft, so machte ich geltend, seien als solche nicht Feinde unserer Gegner, sondern deren Mitarbeiter. Sie hätten nur einen Feind, und dieser sei ihnen mit unseren Gegnern gemein: die Unwahrheit. Daher sei es wohl ihre Aufgabe, unsere Gegner aufzuklären, nicht aber sie durch irgendwelche Herabwürdigung zu kränken.

4

Zunächst haben die im August gegen die Belgier, Franzosen und Engländer erfochtenen deutschen Siege unsere Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Krieges erweckt. Auch war mit Italien noch Friede. Victor Emanuel III. hatte am 2. August an Franz Joseph telegraphiert, daß Italien „gegenüber seinen Verbündeten eine herzlich-freundschaftliche Haltung bewahren wird, entsprechend dem Dreibundsvertrage, seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, die es zu wahren hat.“ Aber es war nicht sicher, welche Auslegung die italienische Regierung ihren „großen Interessen“ geben werde. Eine Verwandte von mir, die in dringenden Angelegenheiten nach Italien reisen mußte, bat mich, sie

¹ Mein Aufsatz ist am 1. November 1914 auch in der Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft und Kunst, Jahrgang 9, Heft 3, zum Abdruck gelangt.

dorthin an ihren früheren Wohnort zu begleiten. Ich willigte ein, was, wie sich gleich zeigen wird, verhängnisvoll für mich geworden ist.

Wir sind am 8. September von München abgereist. Die Reise nach Italien ist etwas umständlich gewesen, aber sonst ohne Schwierigkeiten. In Trient mußten wir übernachten. Meine Cousine fühlte sich zu angegriffen, als wir dort ankamen, um weiter reisen zu können. Aber auch ohne dies wäre es nicht gut möglich gewesen, noch an demselben Tage Verona zu erreichen. Der Tag in Trient war recht belehrend. Die ganze Stadt war voll Truppen, 10—12000 Mann. Auf dem Turme saßen zwei Beobachtungsposten, die mit ihren Teleskopen nach Italien hinblickten, als ob sie jeden Augenblick einen Heuschreckenschwarm von Italienern von dort erwarteten. Es wurde, obwohl Sonntag, exerziert. Die italienischen Soldaten in österreichischer Uniform machten einen mißmutigen Eindruck. Das fiel um so mehr auf im Gegensatz zu den deutschen Truppen, die wir eben verlassen hatten, und den italienischen, die wir in den folgenden Tagen sehen sollten. Aber man erhielt einen deutlichen Begriff von dem, was die zweifelhafte Haltung Italiens für Österreich bedeutete: tausende von Soldaten, die sonst gegen die Russen hätten ins Feld gestellt werden können, wurden dadurch an der italienischen Grenze zurückbehalten. Am zweiten Abend kamen wir bloß bis Verona, am dritten endlich nach Florenz.

Als wir in Florenz ankamen, fanden wir an allen Ecken angeschlagen, die Deutschen hätten Reims bombardiert. Das erschien uns als eklatante Lüge, denn das letzte, was wir bei unserer Abreise aus München gehört hatten, war, daß die Deutschen nach vierzehntägiger Belagerung Reims am 7. September erobert hätten, und man bombardiert keine Stadt, die man innehat. Auch war die Haltung des italienischen Volkes wie seiner Presse ungemein deutschfeindlich. Man lebte in einer erdrückenden Atmosphäre. Der Geist der Bevölkerung war durch die geschickte Agitation der Franzosen und Engländer so sehr gegen uns eingenommen, daß man uns bloß mit Mitleid, wenn nicht mit Feindseligkeit ansah. Die Leute in der Villa meiner Cousine, die mit Zärtlichkeit an ihr hingen, betrachteten uns nur mit Bedauern. Sie hielten unsere Landsleute für Brandräuber und Mörder. Sie glaubten kein Wort von unseren Siegen, und noch erinnere ich mich des Wortes des Gärtners, es sei doch gut, wenn man ein neutrales Land besuche, um die Wahrheit zu hören. Außerdem brachten, obwohl Italien dem Dreibund noch angehörte, die italienischen Zeitungen, die mir zu Gesicht kamen, die katholischen ausgenommen, eine solche Fülle augenscheinlich falscher Beschuldigungen der deutschen Heeresführung und der deutschen Truppen, daß nicht bloß Deutsche darüber

empört waren. Das gab mir den Anlaß, an meinen Berliner Kollegen Schmoller zu schreiben, daß ich nicht begreife, daß in Deutschland gar nichts geschehe, um diesen Verleumdungen entgegenzutreten. Schmoller antwortete, daß Literaten, Gelehrte und Künstler ersten Ranges im Begriffe seien, eine Erklärung zu veröffentlichen, die er mich zu unterzeichnen bat. Da ich den Wortlaut nicht kannte, lehnte ich ab. Darauf sandte mir Schmoller eine Depesche, daß es unmöglich sei, mir den Wortlaut zu telegraphieren; übrigens sei es ausgeschlossen, daran etwas zu ändern; Eile sei nötig; auch gäben die Namen der unterzeichneten Gelehrten, deren einige er mitteilte, Gewähr, daß die Erklärung nichts enthalte, was ich nicht unterschreiben könne. Er fügte bei, daß man großen Wert darauf lege, daß ich unterzeichne. In der festen Überzeugung, daß die allbekannte Disziplin der deutschen Armee die Möglichkeit ausschliesse, daß die gegen sie gerichteten schweren Beschuldigungen wahr seien, gab ich meine Zustimmung.

Ich hatte die Erklärung der 93 noch nicht gelesen, als ich einen offenen Brief der Herren Yves Guyot und Bellet, der Herausgeber des Journal des Économistes, strotzend von Gehässigkeiten und Beschuldigungen, erhielt, worin sie mich wegen meiner Unterschrift angriffen. Wie ich in meiner darauf gegebenen Antwort schon bemerkt habe, habe ich nicht alle Behauptungen und Redewendungen der Erklärung gebilligt; aber diese Einzelheiten traten zurück hinter dem Eindruck der Wahrheit des ganzen, den die Erklärung hinterließ, und gerade die haßerfüllten und, wie ich selbst wußte, unwahren Beschuldigungen, die die beiden Herren gegen mich persönlich und meine Kollegen richteten, konnten mich in dieser meiner Überzeugung nur festigen. Es wäre mir als unverzeihliche „moralische Feigheit“ erschienen, hätte ich meine Mitbürger nicht gegen ihre Ankläger verteidigt.

Anders meine Haltung fünfzehn Monate später! Anfang Januar 1916 erfuhr ich durch absolut vertrauenswürdige Personen von gewissen Handlungen, die sich einzelne deutsche Truppenteile schon zu Beginn des Krieges hatten zuschulden kommen lassen. Das ließ mich meine Unterzeichnung und Verteidigung der Erklärung der 93 bitter bereuen. Sofort schrieb ich an ein Mitglied des Vorstands des Kulturbundes, von dem die Erklärung der 93 ausgegangen war, daß ich ihm nicht länger anzugehören imstande sei, und bat, daß mir gestattet sei, bei passender Gelegenheit öffentlich zu erklären, daß ich meine Unterschrift unter die Erklärung gegeben habe, ohne sie gelesen zu haben. Ich habe die erbetene Erlaubnis erhalten. Seitdem hat das „Berliner Tageblatt“, so oft es auf den Aufruf der 93 zu sprechen kam, nicht versäumt, hervorzuheben, daß Ehrlich, August von Wassermann und ich ihre Zustimmung zur Unterzeichnung

des Aufrufs mit ihrem Namen gegeben haben, ohne dessen Wortlaut zu kennen. Mir selbst bot sich die Gelegenheit zu solcher Erklärung erst Ende Oktober 1918, als Kurt Eisner in einer Wahlrede die deutsche Wissenschaft eben wegen der Erklärung der 93 eine Hure nannte. Ich habe darauf öffentlich erwidert, eine Hure nenne man ein Weib, das sich gegen Geld jedermann hingibt, und ihn aufgefordert, mir einen einzigen unter den Unterzeichnern zu nennen, der von seiner Unterzeichnung der Erklärung materiellen Vorteil gezogen habe; ich erachte mich für berechtigt zu dieser Aufforderung, da ich selbst zu den Unterzeichnern gehöre. Dies auch war die Gelegenheit, um öffentlich zu erklären, wie ich zur Unterzeichnung gekommen war.

Dies mein Anteil an der Erklärung der 93, um dessentwillen Herr Guyot mich der „moralischen Feigheit“ bezichtigt hat.

Die vorstehende Darstellung des Sachverhalts ist schon in der französischen Monatsschrift „La Paix par le droit“ für März/April 1920 zum Abdruck gelangt. Aber sie ist nicht überall hingedrungen, und wir werden noch sehen, welche Wirkung meine Unterzeichnung des Manifests der 93 in England und Amerika bis in unsere Tage für mich gehabt hat.

Während meiner Rückreise aus Italien hatte ich in der Schweiz erst von der Schlacht an der Marne, die vom 5. bis 12. September gewütet und am 10. September zur Räumung des eroberten Reims durch die Deutschen geführt hatte, glaubhafte Kunde erlangt. Daher unsere Unkenntnis von beidem, als wir in Florenz eingetroffen waren. Seitens der deutschen Regierung ist, so lang der Krieg dauerte, nichts über die Marneschlacht und ihren unglücklichen Ausgang veröffentlicht worden, und ich erinnere mich, wie ich, als ich nach meiner Rückkehr davon sprach, ob meiner „Leichtgläubigkeit“ von meinen Münchener Kollegen verspottet wurde. Doch bald sollte der Spott aufhören, als infolge unseres Rückzugs von der Marne die Hoffnung auf ein glückliches Ende des Krieges in spätestens einem Jahre, wie man geglaubt hatte, schwand und der Mangel an Lebensmitteln, der zum Verlust des Feldzuges führen sollte, weite Kreise mit Sorge zu erfüllen begann.

6

In den Jahren vor dem Kriege hatte ich gegenüber den Verteidigern der Getreidezölle immer bestritten, daß die Gefahr ausgehungert zu werden, durch unsere „bewährte Wirtschaftspolitik“ beseitigt worden sei. Das stand in schreiendem Widerspruch zu der von den berufenen Vertretern der deutschen Landwirtschaft und in den von ihnen beeinflussten Regierungskreisen bis zum Überdruß wiederholten Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, das deutsche Volk ausreichend zu

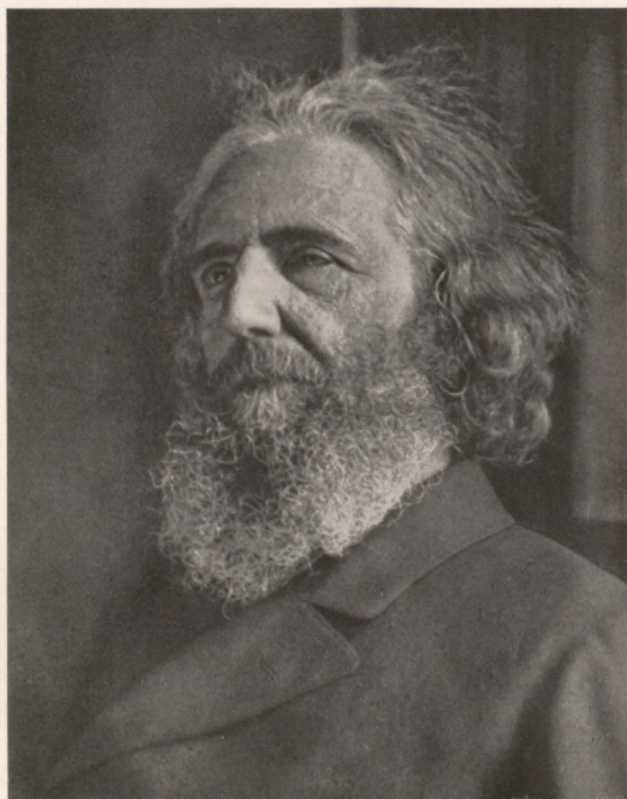
ernähren. Nun zeigte sich schon drei Monate nach Beginn des Krieges, daß ich recht gehabt hatte. Schon am 28. Oktober 1914 mußten durch Bundesratsverordnungen für Getreide und den Großhandel Höchstpreise festgesetzt werden, um der nach Wegfall der ausländischen Konkurrenz sich fühlbar machenden Preistreiberei Schranken zu ziehen. Sie verdienen das größte Lob, denn zum ersten Male wurde damit seit 35 Jahren offiziell anerkannt, daß der Konsument doch auch gewissermaßen ein Mensch, und daß das Bedürfnis und seine Befriedigung Ausgangs- und Zielpunkt aller Volkswirtschaft sei. Allein ganz abgesehen davon, daß die Maßnahmen am 28. Oktober schon viel zu spät kamen, waren sie unzureichend, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Ich habe die traurige Genugtuung, am 1. November 1914 an einer Zusammenkunft¹ verschiedener Akademiker, Politiker, Gewerkschaftsführer, Sozialdemokraten mit Dr. Heim in Nürnberg teilgenommen zu haben, in welcher einstimmig eine Eingabe an das Reichsamt des Innern beschlossen wurde, die hervorhob, daß die in den gedachten Bundesratsverordnungen festgesetzten Höchstpreise unzureichend seien, indem sie sich auf Getreide und den Großhandel beschränkten, und daß sie keinerlei Gewähr gäben für die Preise, welche von den Verbrauchern zu zahlen seien. Wir haben des weiteren auf die großen Übelstände hingewiesen, die als Folge zu hoher Preise eintreten würden, haben eine bessere Ausgleichung und Anpassung des Konsums an die vorhandenen Lebensmittelvorräte verlangt und geltend gemacht, daß diese nur durch Einschränkung der Verfügungsfreiheit des einzelnen erreicht werden könne; dazu sei notwendig, daß das Reich bzw. die Bundesstaaten die notwendigen Vorräte übernahmen und jedem Verwaltungsgebiete die von ihm benötigten Mengen an Nahrungsmitteln zuwiesen und durch Gemeinden und Genossenschaften innerhalb jedes Bezirks für die Verteilung an die Bevölkerung sorgten; endlich haben wir betont, daß es nötig sei, zur Durchführung dieser Aufgaben dem Reichsamt des Innern eine Hilfsstelle zur Seite zu geben, in der Produzenten und Konsumenten vertreten seien. Die von uns verfaßte Eingabe an das Reichsamt des Innern haben dann noch viel andere, darunter Professor Bücher (Leipzig), Adolph Wagner (Berlin) und der Graf Törring unterschrieben.

¹ Die Teilnehmer an der Beratung waren außer mir: Bergmann, Köln, Verband der christlichen Gewerkschaften; Dr. Adolf Braun, Nürnberg, Redakteur; Prof. Dr. Dorn, Nürnberg; Dr. E. Heim, Regensburg; Prof. Dr. Jaffe, München; Dr. Lederer, Heidelberg; Landtagsabgeordneter Dr. Lindemann, Stuttgart; Fabrikant Dr. Morgenstern, Fürth; Reichstagsabgeordneter Dr. Quark, Frankfurt a. M.; Magistratsrat Ed. Schmid, München; Reichstagsabgeordneter Simon, Nürnberg; Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum, Berlin-Zehlendorf; Prof. Dr. Sinzheimer, München.

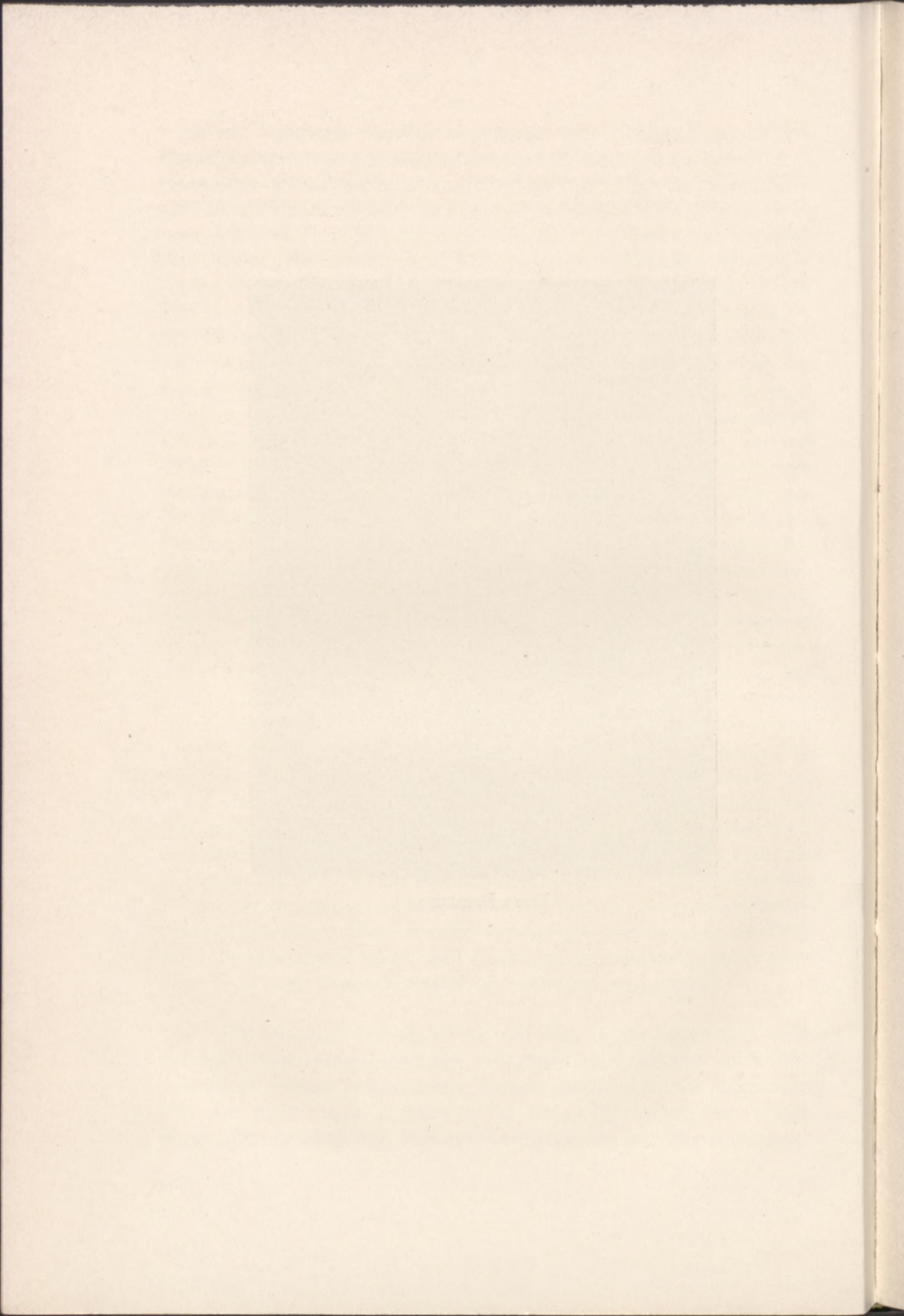
Ich war beauftragt worden, die Eingabe dem Königlich bayerischen Staatsministerium zur Kenntnisnahme zu überreichen. Es hat mich in einem sehr freundlich gehaltenen Schreiben durch Hinweis auf eine Broschüre von Friedrich Edlem von Braun „Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden?“ zu beruhigen gesucht. Herr von Braun war Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft im bayerischen Ministerium des Innern. Auch sonst scheint seine Broschüre Beifall gefunden zu haben, da er bald darauf zum Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt des Reichs ernannt worden ist. Die Broschüre ist typisch dafür, wie leicht sich die Verteidiger unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“ die Beantwortung der dem deutschen Volke gestellten Schicksalsfrage gemacht haben. Da Braun nicht imstande war, zu bestreiten, daß Deutschland seinen Weizenbedarf selbst nicht zu erzeugen vermöge, schmähte er das deutsche Volk ob seiner Verweichlichung und Entartung, weil es sich mehr und mehr vom Verbrauch von Roggen zu dem von Weizen zuwende. Die Lehre der Physiologen, daß das Weizenbrot vermöge seines höheren Gehalts an wertbarem Eiweiß den Ernährungsbedürfnissen einer städtischen Bevölkerung besser angepaßt sei als das Roggenbrot, woraus sich dann auch der mit seiner fortschreitenden Industrialisierung steigende Weizenkonsum Deutschlands erklärt, hat er kurzerhand als „nichts als Geflunker“ erklärt. Dieser habe seinen Grund lediglich im Interesse des überseeischen Getreidehandels, der Großmühlen und der Bäcker, die alle aus dem Verkauf und der Verarbeitung des Weizens bzw. aus dem Verbacken von Weizenmehl einen größeren Gewinn zögen als aus der Verwertung des einheimischen Roggens. „Hoffentlich bringt uns die Kriegszeit,“ so schloß er, „wieder dazu, unsere Volksernährung in der Hauptsache auf den Konsum von Roggenbrot zu stützen, aus dem das Germanentum seit Jahrtausenden seine unversieglige Kraft und Gesundheit geschöpft hat.“ So etwas kann man im Jahre 1930 ohne Lachen nicht lesen, da heute die Kreise des Edlen von Braun angesichts des Sinkens der Roggenpreise vom Roggenbau abmahnen und zum Anbau von Weizen und anderen Bodenfrüchten auffordern. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, zu sagen, der Weizenverbrauch sei unvölkisch, weil die deutschen Landwirte damals nicht so viel wie beim Roggenverbrauch zu verdienen vermochten?

7

Was mich persönlich betrifft, so war mit dem 18. Dezember 1914 mein siebzigster Geburtstag gekommen, und damit kam eine über mein Verdienst mich ehrende Feier früherer Zuhörer und Freunde. Sie ließen mein Bild von Stuck malen, stifteten es der Neuen Pinakothek, wo es auch einige Jahre zu sehen war, jetzt aber verschwunden ist. Aber auch meine



Franz Brentano



Gegner haben mir gezeigt, daß ich noch bekämpfungswert war; im Augenblick, als ich in den Wagen stieg, der mich und meine Frau zu dem Bankett führen sollte, das mir gegeben wurde, erhielt ich noch einen Drohbrief. Die Reden, die auf dem Bankett gehalten wurden, sind im 39. Bande von Schmollers Jahrbuch abgedruckt. Ebenda findet sich auch ein Brief, den Schmoller, der wegen seines Alters nicht kommen konnte, mir aus diesem Anlaß geschrieben hat. Ich hebe daraus nur die Stelle¹ hervor, die mich angesichts der Gegnerschaft Schmollers zu meinem Referate auf der Frankfurter Versammlung im Jahre 1890 besonders gefreut hat:

„Sie haben das Verdienst gehabt, die Bahn für das Gedeihen der deutschen Gewerkschaften frei zu machen; Sie waren der einflußreichste wissenschaftliche Führer der deutschen sozialen Reform.“

8

Mit dem Jahre 1915 begann die Not, die wir in Nürnberg vorausgesagt hatten, bis zum Jahre 1918 und darüber hinaus, so lang die Blockade unserer Küsten durch die Engländer andauerte, in steigendem Maße sich fühlbar zu machen. Sehr bald hat es auch an dem vom Edlen von Braun als Rettung empfohlenen Roggen gefehlt. Der Brotvorrat hat so abgenommen, daß jeder Deutsche nur mehr gegen ihm zugeteilte Brotmarken vier Brotschnitten pro Tag erhielt. Noch schlimmer stand es bei Fortdauer des Krieges mit Fleisch. Wie mußte ich lachen, als mich 1925 in England eine hochstehende Dame fragte, ob es wahr sei, daß wir während des Krieges nur einmal im Tag Fleisch gegessen hätten. Haben doch noch 1924 viele meiner deutschen Kollegen nur einmal in der Woche Fleisch gegessen, und während des Krieges haben wir in den Städten sogar zu Krähen und Eichhörnchen unsere Zuflucht genommen. Rüben, die sonst nur als Viehfutter verwendet worden waren, „Dotschen“, dienten zur menschlichen Nahrung, und in München sang man voll Humor „Dotschland, Dotschland über alles“. Noch schlimmer stand es mit Milch, Butter und Eiern. Stundenlang mußte man „Schlange stehen“, um auch nur das Nötigste zu erlangen. Die Landbewohner allerdings hatten es besser. Aber der Städter, der aufs Land ging, um den Bauern ihren relativen Überfluß abzukaufen, wurde, wenn man ihn erwischte, wegen Hamstern bestraft, und das Gekaufte wurde ihm abgenommen. Sogar das Schenken von Lebensmitteln an andere wurde bestraft; so die Schwester der Kammerjungfer meiner Cousine, weil sie ihr aus Württemberg Lebensmittel geschickt hatte. Nur wenn es gelang, sich aus besonderem Anlaß einen Bauern zum Freund zu machen, schmuggelte dieser auf eigene Gefahr Lebensmittel in die Stadt. Noch heute sagt man von jugend-

¹ Schmollers Jahrbuch 1915, S. 370.

lichen Menschen, die kümmerlich aussehen, sie seien in der Kriegszeit aufgewachsen.

Die Feldbestellung war den Greisen, Frauen und Unerwachsenen und den Gefangenen überlassen, denn alles, was Waffen tragen konnte, und nicht in der Rüstungsindustrie und in den Bergwerken beschäftigt war, stand im Feld. Im ganzen war man mit den Leistungen der Gefangenen zufrieden, obwohl auch Klagen über deren Faulheit, namentlich bei fehlender Aufsicht, vorkamen. Die Beziehungen der ländlichen Bevölkerung und den ihnen als Arbeiter zugeteilten Russen waren freundlich. Ein Bauer, mit dem ich einmal über Land fuhr, antwortete auf meine Frage, wie sie sich mit den Russen, die mit seiner Familie zusammen aßen, verständigten: Wir reden gar nicht beim Essen, damit die Russen, die uns nicht verstehen, nicht meinen, wir sprächen schlecht von ihnen, und ein Bauer verklagte einen anderen, weil er von seinem Russen übel geredet habe: „Mein Russ' ist ein guter Russ'.“ Doch mitunter wurde auch von Bauern geklagt, daß sie von den ihnen zugeteilten Russen bestohlen worden seien. Die Unbildung mancher Russen überstieg alle Vorstellung. So erinnere ich mich, daß ein Russe im Gefangenenlager in München immer weinte. Er hatte zu Haus Weib und Kind und wußte nicht, was aus ihnen geworden sei. Er konnte weder lesen noch schreiben. Als man für ihn schreiben wollte, konnte er nicht einmal den Namen seines Dorfes angeben.

Unsere Landwirte sind damals Kriegsgewinnler gewesen. Es wäre nötig gewesen, daß einer Zentralstelle die Befugnis erteilt worden wäre, die Gesamtproduktion so zu leiten, daß einer jeden einzelnen Wirtschaft und insbesondere einem jeden Landwirt das vorgeschrieben worden wäre, was er produzieren mußte. Es produzierte aber ein jeder das, wovon er hoffte, den größten Vorteil zu ziehen; ob dies gerade das für den Augenblick wichtigste war, stand hinter seinem Rentabilitätsgesichtspunkte zurück; in England ist man weit energischer vorgegangen, um den Anbau von Weizen und Hafer zu erzwingen¹. Die deutschen Landwirte haben damals ihre Schulden zurückgezahlt; die Masse in den Städten darbt.

9

Ich habe am 25. Dezember 1914 in der „Neuen Freien Presse“ einen Aufsatz veröffentlicht „England und der Krieg“. Ich habe darin ausgeführt, wie England trotz Cobden und Bright an der Lehre vom politischen Gleichgewicht festhalte, und so freihändlerisch es sich gebärde, noch immer inmitten des alten Merkantilismus stecke.

Von da ab bis zum Ende des Krieges habe ich eine große Anzahl Aufsätze veröffentlicht, die sich mit den Bedingungen des Friedens, der denn

¹ Siehe meine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. III, 2, S. 463.

doch einmal kommen müsse, beschäftigten. Der Aufsatz in der „Neuen Freien Presse“ über England und den Krieg, hat der „Bund Neues Vaterland“ in den Mitteilungen an seine Mitglieder abdrucken lassen. Ich habe dies bereitwillig gestattet und darauf die Statuten des Bundes und dessen Mitteilungen, so lange ihm erlaubt war, sie zu versenden, regelmäßig erhalten. Der Bund ging aus von der Rede Wilhelms II., daß Deutschland nicht in den Krieg eingetreten sei, um Eroberungen zu machen, sondern um das Werk von 1813 und 1870 zu behaupten und auf die Dauer zu sichern. Anlässlich der Einweihung des Bremer Kaiser-Friedrich-Denkmal hatte Wilhelm II. gesagt:

„Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben . . . Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberung gegründet sein soll durch das Schwert; sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: „Nach außen hin begrenzt, im Innern unbegrenzt.““

Der Bund erklärte in seinem Programm, in diesem Sinne arbeiten zu wollen. Es haben ihm ausgezeichnete Männer als Mitglieder angehört. Ich selbst erklärte ebenso wie Ballin den Bestrebungen des Bundes meine Sympathie, wollte dagegen nur gelegentlicher Mitarbeiter, nicht aber Mitglied werden, denn ich sei kein Pazifist¹. Ich war mir voll bewußt, daß Kriege immer wiederkehren werden und daß es gilt, sich dagegen bereit zu halten. Aber ich sah im Krieg ein Unglück, das nur durch Niederlage im Krieg übertroffen werden könne. Ich konnte daher einen Frieden nur mit gemischten Gefühlen ansehen, dessen Bedingungen den Keim zu notwendigen späteren Kriegen legen würden. Daher ich auf das lebhafteste gegen die Annexion von Belgien gewesen bin, die von vielen nach unserer Besetzung Belgiens als selbstverständlich erachtet wurde. Ich habe schon am 29. April 1915 an den Staatssekretär von Jagow geschrieben, daß wir es uns niemals assimilieren würden und daß Belgien bei dem Charakter seiner Bevölkerung der Herd ewiger Unruhen und der Stützpunkt aller auswärtigen Feinde Deutschlands sein würde, die ständige Gefährdung der Wohlfahrt des deutschen Volkes. In dem gleichen Sinne habe ich damals einen Aufsatz in der „Friedenswarte“ des Herrn Fried, im März 1915 an den Anti-Orloogs-raad im Haag und einen Aufsatz in der „Hilfe“

¹ Siehe meinen Artikel: „Ein Kardinalfehler des Pazifismus“. Berliner Tageblatt, Nr. 445, vom 1. September 1915.

von Friedrich Naumann geschrieben, dessen Abdruck das Kommando in den Marken indessen nicht gestattet hat.

10

Aber wie es in Frankreich und auch in England Leute gibt, welche die völlige Zerschmetterung des Deutschen Reiches verlangten, so auch in Deutschland eine Strömung, welche durch die weitestgehenden Annexionen im Westen und Osten des Reiches dessen Gegner so sehr schwächen zu können meinten, daß sie nie mehr daran denken könnten, die Waffen gegen es zu ergreifen. Was dem deutschen Volke zu wirtschaftlicher Selbständigkeit fehlte, sollte auf diesem Wege gewonnen werden. Man schreckte nicht davor zurück, daß dies den Gegensatz des deutschen Volkes zu allen übrigen Völkern verewigen würde.

Diejenigen, die so dachten, waren dieselben Kreise, mit denen ich seit einem Vierteljahrhundert in sozial- und wirtschaftspolitische Kämpfe verwickelt gewesen war. Am 20. Mai 1915 haben sechs große wirtschaftliche Verbände, der Bund der Landwirte, der deutsche Bauernbund, der Vorstand der christlichen Bauernvereine, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund deutscher Industrieller und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die eine schon am 10. März von den gleichen Verbänden (nur ohne die christlichen Bauernvereine) ausgegangene Eingabe wiederholt. Danach sollten als Preis des Opfers des Krieges dem Effekte nach einverleibt werden:

Im Westen ganz Belgien und französische Grenzgebiete, nämlich die Küstenstrecke bis etwa zur Somme, mit entsprechendem, die volle wirtschaftliche und strategische Ausnutzung des Kanalhafens sicherndem Hinterland, die Erzgebiete von Briey, die Grenzfestungen mit der Maaslinie, insbesondere Verdun und Belfort mit dem zwischen Verdun und Belfort liegenden westlichen Abfall der Vogesen; im Osten „mindestens“ Teile der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete, so daß vor allem längs der ostpreußischen, aber auch längs der westpreußischen, posenschen und schlesischen Grenze neue Erwerbungen die damaligen Provinzen decken würden. Die Bevölkerung der annektierten Landesteile sollte keinen politischen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches erlangen und die wirtschaftlichen Machtmittel der neuen Gebiete, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes, sollten auf Kosten der Gegner in deutsche Hände übergeführt werden.

Wir haben es bitter erfahren, welch furchtbare Gefahr für die Gewinnung eines rechtzeitigen ehrenhaften Friedens und für die Sicherheit des Deutschen Reiches nach erfolgtem Friedensschluß diese Gedanken enthalten haben. Wie in der Vergangenheit, bin ich, so lang der Krieg währte, gegen sie aufgetreten, im „Berliner Tageblatt“, in der Wiener „Neuen Freien Presse“, aber auch in anderen Zeitungen. Nicht immer haben meine Artikel den Leser erreicht; ich habe eine ganze Liste von „Ge-

drucktem und Unterdrücktem“. Insbesondere erinnere ich mich eines Aufsatzes, den ich auf Wunsch der „Neuen Freien Presse“ geschrieben habe: „Warum ist Deutschland so verhaßt?“ Die Antwort hatte in dem Nachweis bestanden, daß es im Kulturkampf, in der Bülow-Miquel-schen Polenpolitik, in seiner ungleichen Behandlung von Arbeitgeber und Arbeiter, nicht nur alle freiheitlichen, sondern auch alle rechtlich Denken-den in anderen Ländern sich zu Feinden gemacht habe. Der Aufsatz ist dem Leser nie vor Augen gekommen.

II

Leider habe ich mich in der Annexionsfrage auch mit meinem Freunde Naumann nicht verstehen können. Seine nie ganz erstorbenen alldeut-schen Ideengänge sind während des Krieges in seinem glänzenden, aber unsinnigen Buche über „Mitteleuropa“ wieder zur Herrschaft gelangt. Es enthält den Wiederabfall von aller besseren Einsicht, von der seine „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ den Beweis geliefert hatte, unter aus-drücklicher Erteilung des Scheidebriefes an Theodor Barth und mich. Ich habe ihm darauf in einem langen Briefe ausführlich geantwortet; er hat es abgelehnt, auf meine Darlegungen im einzelnen zu erwidern. Das Buch hat uns unendlich geschadet. Es wurde alsbald ins Englische über-setzt und, wie man mir gesagt hat, in vielen tausend Exemplaren in den Vereinigten Staaten verbreitet. Es wirkte dort als ein glänzender Beleg für unsere Ansprüche auf Unterwerfung der Welt unter die deutsche Hegemonie; es wurde benutzt als Beweis, daß Deutschland darauf aus sei, das gesamte Wirtschaftsgebiet von Hamburg bis zum Persischen Meerbusen für sich in Anspruch zu nehmen. Der Amerikaner aber habe ein von Gott gegebenes Recht, sich überall in der Welt zu betätigen, und wer ihm dies einschränken wolle, vergreife sich an dem Naturrecht des amerikanischen Volkes. Das war eines der wichtigsten Agitationsmittel, um die Amerikaner gegen uns aufzustacheln. Das Buch wirkte um so mehr, je glänzender es geschrieben war. Naumann hat mich in Berlin vor seinem Tode noch einmal besucht. Ich war ganz erschrocken, wie sehr ihn der unseren Hoffnungen so gar nicht entsprechende Gang der Ereignisse und die Notlage der Zeiten physisch mitgenommen hatten. Unsere Begegnung war herzlich. Er erzählte von der Deputation von Reichstagsabgeordneten, um den schlecht informierten Kaiser von der Lage der Dinge zu unter-richten, aber kein Mitglied der Deputation war zu Wort gekommen. Der Kaiser allein hatte gesprochen. Naumann war ganz vernichtet. Sehr bald starb er plötzlich. Sein Tod hat mich aufs tiefste betrübt. Trotz allem, was uns in den letzten Jahren voneinander entfernt hatte, habe ich ihn geliebt und werde ihm bis zu meinem Ende ein treues Andenken bewahren.

Doch zurück zur Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände vom 20. Mai 1915. Als sie erfolgte, hatten die Aussichten auf einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges sich schon erheblich getrübt. Cambon soll bei Ausbruch des Krieges gesagt haben: *Messieurs les Italiens seront les premiers à venir au secours aux vainqueurs.* Unter dem Druck Englands, das Deutschland die Zufuhr von Lebensmitteln über die Alpen abschneiden wollte, haben die Italiener, denen schon zur Zeit der Eingabe der sechs Verbände der Sieg der Entente sicher schien, am 23. Mai 1915 ihrem Dreibundgenossen Österreich-Ungarn den Krieg erklärt. Am 28. August 1916 ist Italiens Kriegserklärung an Deutschland gefolgt.

Empört über den Treubruch Italiens und den Terrorismus, mit dem die über ihn jubelnde Straße die Andersdenkenden verfolgte, hat mein erblindeter Bruder Franz am 25. Mai 1915 Florenz verlassen; als die österreichische Regierung die ihm gegebenen Versprechen nicht hielt, hatte er sich da niedergelassen; nach dem Abfall Italiens vom Dreibund ist er nach Zürich übersiedelt. Ich habe ihn in den Pfingstferien dort besucht und mir erzählen lassen, wie es in Florenz zugegangen war.

Ich sollte dann noch öfters nach Zürich fahren. Meine Frau ist während des ganzen Jahres sehr leidend gewesen. Sie hatte in Garmisch, Adelholzen, auf dem Rigi, Erholung gesucht. Im November 1915 war sie nach Weimar gefahren, in dessen Nähe meine Tochter in der Keramik tätig war. Im Sommer 1915 habe ich wie immer meine Vorlesungen gehalten, mir aber für den Winter 1915/16 Urlaub erteilen lassen. Der Grund war, daß ich an einen Ort wollte, von dem aus man ungestört mit dem Ausland, in dem mein Bruder, Verwandte und Freunde lebten, korrespondieren konnte. Den gleichen Wunsch hatte meine Cousine Forbes-Mosse. Als meine Frau den Plan faßte, nach Weimar zu gehen, begab ich mich mit meiner Cousine nach Konstanz. Hart anliegend liegt Kreuzlingen in der Schweiz. Nur war es nicht ganz leicht, die Grenze zu überschreiten; doch ist nach einigen belustigenden Zwischenfällen auch dies gelungen und von Kreuzlingen aus konnte man dann schreiben, wohin man wollte. Immerhin war die Korrespondenz selbst mit dem Inland der Zensur einer Prüfungsstelle unterworfen. Selbst die unschuldigsten Postkarten meiner Frau und Tochter kamen erst 5 bis 6 Tage nach Absendung in meine Hände, und es war peinlich, daß alles, was man sich zu sagen hatte, von fremden Augen gelesen wurde. Die Feuchtigkeit der Bodenseeluft hat meine Cousine schon nach wenigen Wochen nach Baden-Baden vertrieben, während meine Abhandlung über die Anfänge des modernen

Kapitalismus und Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen mich noch längere Zeit in Konstanz festhielten. Schließlich bin auch ich nach Baden-Baden übersiedelt. An Weihnachten fuhr ich zu meiner Frau nach Weimar und dann nach Berlin, wo ich mich der geistsprühenden Unterhaltung Walter Rathenaus erfreut habe. Doch bald hat mich der Tod der Gräfin Marie Oriola Januar 1916 nach Büdesheim gerufen.

14

Nach Baden-Baden zurückgekehrt, habe ich mich wieder in meine Arbeit vertieft; doch bin ich auch, nachdem ich nicht ohne Mühe die Reiseerlaubnis nach Straßburg erlangt hatte, dahin gefahren, um bei meinen alten Kollegen und Freunden und im Umgang mit dem vortrefflichen Oberbürgermeister Schwander interessante Tage zu erleben. Aber wie staunte ich, wie wenig die Straßburger von dem wußten, was außerhalb Elsaß-Lothringens vor sich ging. Sogar neutrale Zeitungen waren ausgeschlossen. Dafür habe aber auch ich, namentlich von meinem Kollegen Werner Wittich, Dinge erfahren, die sich im Elsaß abgespielt hatten, von denen man in Deutschland keine Ahnung hatte. Sie waren der Art, daß sie mir, wie schon erzählt¹, sofort nach meiner Rückkehr nach Baden-Baden zu meinem Austritt aus dem Kulturbund den Anlaß gaben. Ich habe in meinen „Elsässer Erinnerungen“ davon nur sehr schonend gesprochen, doch habe ich alsbald nach deren Erscheinen ein Schreiben, unterzeichnet Ludendorff, erhalten, worin ich aufgefordert wurde, die betreffenden Stellen, weil unzutreffend, in einer neuen Auflage zu streichen. Ich antwortete, Ludendorff schein nicht zu wissen, daß über diese Vorgänge in Mülhausen von deutscher Seite eine Untersuchung stattgefunden habe, und daß die Franzosen, als sie Mülhausen im August 1914 vorübergehend besetzt hätten, sich deren Protokolle bemächtigt und sie in französischen Zeitungen veröffentlicht hätten. Ich habe darauf keine Antwort erhalten und auch nichts geändert.

15

Meine Frau war im April 1916 nach München zurückgekehrt und ich habe im Sommer wieder Vorlesungen gehalten. Da erhielt ich von der Freistudentenschaft Zürich die Aufforderung, dort einen Vortrag zu halten. Es lockte mich, auf neutralem Boden zu sprechen, und zwar wollte ich nicht unter Anrufung der Leidenschaften, sondern des gesunden Menschenverstandes reden, vor Neutralen neutral. Ich habe am 13. Juni 1916 gesprochen. Tags darauf wollten in Paris unsere Feinde darüber beratschlagen, wie nach Wiederherstellung des Friedens der Weltkrieg durch einen Handelskrieg abzulösen sei. Nun schilderte ich, welche verhäng-

¹ Siehe S. 317.

nisvolle Rolle die Handelseifersucht bei Herbeiführung des Krieges gespielt habe, der Anspruch Englands, seine Seeherrschaft aufrechtzuhalten, und, da ich neutral zu sprechen versprochen hatte, habe ich auch nicht verschwiegen, in welchem Maße die Handelspolitik, die Deutschland seit mehr als drei Dezennien verfolgt hatte, dazu beigetragen hat, der gegen Deutschland gerichteten feindseligen Stimmung der Engländer Anhang zu verschaffen. Und dann führte ich die Millionen Opfer an, die der Krieg schon gefordert habe, die Gefallenen, die Kriegsversehrten, die Siechen, die Kriegsgefangenen, die Zivilgefangenen, die Brotlosen und Obdachlosen, die von der Scholle Vertriebenen, die Landesverwiesenen und unter den Schuldigen die Verräter aus Vaterlandsliebe, wie den Deutschen Hans Lody und die Engländerin Edith Cavell. Wie solle man es nennen, wenn europäische Völker, die noch inmitten all dieser Schrecken ständen, abermals einen Handelskrieg in Aussicht nähmen, der nur einen neuen Krieg mit allen vorgeführten Schrecken zur Folge haben würde? Es gebe nur ein Wort dafür: Wahnsinn¹.

Ich habe darauf einen französischen Drohbrief aus Chailly erhalten; aber in Deutschland wurde ich von sieben schutzzöllnerischen Zeitungen, meinen alten Gegnern, und vielleicht von noch mehr, wegen meiner Bemerkungen über die deutsche Handelspolitik angegriffen. Indes die Angriffe gegen mich, die aus dem feindlichen Lager erfolgt sind, haben die Berechtigung meiner Bemerkungen gezeigt.

Auch in Schmollers Jahrbuch ist damals eine tadelnde Besprechung aus der Feder eines Privatwirtschaftlers erschienen. Ich habe Schmoller, zum Zeichen, daß ich ihm darob nicht grolle, meine Abhandlung über die byzantinische Volkswirtschaft, die ich damals vollendet hatte, für sein Jahrbuch geschickt. Im übrigen habe ich mich lebhaft an dem literarischen Kampfe gegen unsere Annexionisten beteiligt. Ich stellte ihnen Friedrich den Großen gegenüber, der sich, wie wir, gegen die Übermacht von Feinden ringsum zu verteidigen hatte und sich unverwelklichen Lorbeer errungen habe, weil es ihm in siebenjährigem Kriege gelungen sei, sein Reich, wenn auch ohne neuen Zuwachs, so doch ungeschmälert zu behaupten. Die größte Sicherheit für die Zukunft des Deutschen Reiches liege nicht im Durchsetzen dieser oder jener Friedensbedingung. Sie sei allein gegeben, wenn die innere Einigkeit, welche durch die uns von außen drohende Gefahr hergestellt worden sei, auch nach deren Beseitigung fort dauere. Der Reichskanzler, der uns das Versprechen gegeben habe, daß auch nach Wiederkehr des Friedens jene Ungleichheit in der Be-

¹ Siehe: Lujo Brentano, Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit. München 1916, bald darauf 2. A.

handlung der Parteien, die unser inneres politisches Leben so lange vergiftet habe, aufhören solle, habe uns damit ein Kriegsziel gesteckt, das alle übrigen Kriegsziele weit überstrahle¹.

Die Züricher Freistudentenschaft hat mir als Dank für meinen Vortrag ein sehr hübsches Aquarell von Zürich geschickt. Überhaupt hat zwischen meiner aus der Schweiz stammenden Hörerschaft und mir stets besondere Freundschaft bestanden. Es war schon nach abgeschlossenem Waffenstillstand; ich mußte zu einer Konferenz nach Bern; aber auch in der Schweiz war es knapp und man war zurückhaltend gegenüber Fremden geworden und hatte mich gewarnt, ob ich gut aufgenommen würde. Als ich am Morgen nach meiner Ankunft im Frühstückszimmer des Hotels St. Gotthard erschien, wandten sich die Augen aller anwesenden Gäste zu mir, und schon fürchtete ich, als ungebetener Fremder Unannehmlichkeiten zu begegnen, besonders als eine Anzahl der Anwesenden unter fragenden auf mich gerichteten Blicken sich entfernten. Aber alsbald kamen sie wieder und mit ihnen alle übrigen im Saal. Sie alle waren frühere Münchener Zuhörer, die mich begrüßten. Und ebenso ging es mir, als ich dann auf der Tribüne des Nationalrats erschien. Ich konnte der großen Freundlichkeit der zu mir Heraufkommenden mich kaum erwehren. Ganz besonderen Dank schulde ich dem Bundespräsidenten Herrn von Schultheß-Rechberg für die mir wiederholt erwiesene außerordentliche Freundschaft.

¹ Lujo Brentano, Das ganze deutsche Volk unser Schlachtruf und Kriegsziel. München 1916.

*I. Meine Entbindung vom Lehramt und meine
darauffolgende Tätigkeit*

Am 10. August 1916 ist mir die von mir erbetene Entbindung vom Lehramt zu Händen gekommen. Unter Anerkennung meiner in 25jähriger Tätigkeit geleisteten Dienste wurde ich vom sächsischen Geheimen Hofrat zum bayerischen Geheimen Rat ernannt; von dem mir verbliebenen Rechte, an der Universität Vorlesungen zu halten, habe ich, so oft ich wollte, weiter Gebrauch gemacht. Als bald haben meine alten Gegner sich gerührt, um zu verhindern, daß ein Professor gleichen Sinnes wie ich mein Nachfolger werde. Der Abgeordnete Dr. Held rief in der Kammer der bayerischen Abgeordneten: „Das System Brentano ist zusammengebrochen“, und in der bayerischen Reichsratskammer hat am 12. April 1918 mein alter Gegner, Freiherr, jetzt Graf Soden-Frauenhofen, die Besetzung meines Lehrstuhls mit einem Schutzzöllner verlangt. Ich habe in einer kleinen Schrift¹ „Ist das System Brentano zusammengebrochen?“ geantwortet. Darin habe ich dargetan, daß der Krieg die Richtigkeit meiner Anschauungen erbracht habe. Worauf gehe die gegen mich erhobene Klage? Daß ich Kathedersozialist und daß ich Freihändler sei? Durch den Kathedersozialismus aber sei das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch bewahrt worden, der ihm ohne die von den Kathedersozialisten vertretene Politik gleich bei Ausbruch des Krieges vom Abfall der Arbeiterklasse gedroht hätte; und wäre das in den sechziger Jahren zur Herrschaft gelangte Freihandelssystem zur vollen Durchführung gekommen, statt Ende der siebziger Jahre verlassen zu werden, so wäre der Krieg, der so namenloses Unglück über die Welt gebracht hat, nicht gekommen oder hätte wenigstens nicht den die ganze Erde umspannenden Umfang angenommen; ohne Rückkehr zu den damals verlassenen Prinzipien werde die Welt nie zu einem Frieden gelangen, der Dauer verspricht.

2

Die staatswirtschaftliche Fakultät hat als meinen Nachfolger an erster Stelle Max Weber, einen großen Menschen, von erstaunlicher Vielseitig-

¹ Erich Reiß-Verlag. Berlin 1918.

keit des Wissens und reich an Ideen vorgeschlagen. Aber erst nach der Revolution, erst am 6. April 1919, ist er ernannt worden, und erst, nachdem er am 14. Juni 1920 der Wissenschaft und dem Vaterland durch einen unzeitigen Tod entrissen worden war, hat eine Reaktion der Katholiken gegen den Willen der Fachvertreter in der Fakultät durchgesetzt, daß wieder ein Anhänger des von mir und dem Kathedersozialismus seit 1872 bekämpften Bastiats meinen Lehrstuhl einnahm.

3

Am 17. März 1917 ist in Zürich mein Bruder gestorben. Er ist nicht nur einer der geistig hervorragendsten, sondern auch der edelsten Menschen gewesen. Ich rede nicht von seinen Schriften auf dem Gebiete der Psychologie und Ethik, die heute immer mehr Anerkennung finden. Er hat bis zu seinem Tode gearbeitet. Eine ganz außerordentliche Leistung war sein noch in Florenz verfaßtes Buch über Aristoteles. Er war mit dessen Schriften so vertraut, daß er, obwohl erblindet, es diktieren konnte. Er hatte alle Belegstellen im Kopfe, gab seiner Frau an, wo sie bei Aristoteles zu finden seien und diese las sie ihm mit nicht genug anzuerkennender Hingabe zur Kontrolle nochmals vor. Dasselbe wiederholte sich bei seiner in Zürich diktierten letzten Schrift „Die Lehre Jesu“ mit den Belegstellen aus dem Neuen Testamente. Dabei war er von unbestechlicher Wahrheitsliebe und unerschütterlichem Gerechtigkeitssinn. Hätte er sich gleich den Bischöfen, die sich in Fulda auf Grund der von ihm verfaßten Denkschrift gegen die Opportunität der Unfehlbarkeitserklärung erklärt hatten, dem Vaticanum unterworfen, so hätte er bei dem Ansehen, das er in der katholischen Welt genoß, eine glänzende kirchliche Laufbahn vor sich gehabt; er wäre, wie ihm von vielen Seiten gesagt wurde, Kardinal geworden; aber das widersprach seinem Wahrheitssinn. Dabei ist er trotz mannigfacher Verleumdungen und Behinderungen seiner Wirksamkeit, die ihm nach seinem Austritt aus der Kirche von katholischer Seite geworden sind, niemals wankend geworden in der Anerkennung der Verdienste, die sich die Kirche im Mittelalter erworben hat, als sie die einzige Macht war, welche die Gewalttätigkeit der Mächtigen bändigte, und die sie in der Gegenwart um die sittliche Hebung des Volkes sich noch erwirbt, auch hat er an dem Kulturkampf nie teilgenommen und sogar angesichts des Illiberalismus der übrigen Parteien die Zentrums-partei in ihrem Kampfe um Recht und Freiheit für die einzige ehrenhafte Partei Deutschlands gehalten. Die mannigfachen künstlerischen Talente, mit denen er ausgestattet war, sind von seiner Jugend an die Freude aller gewesen, die ihm nahetraten.

Einen weiteren Verlust hat mir der Tod Schmollers 1917 gebracht. Er wird in der Wissenschaft weniger als Nationalökonom denn als der Begründer der Geschichte der preußischen Verwaltung fortleben. Wäre er nach seiner Übersiedlung nach Straßburg und später nach Berlin nicht von dem Gedanken geleitet gewesen, daß es Aufgabe der Wissenschaft sei, den öffentlichen Ereignissen lediglich wie der griechische Chor kommentierend zu folgen, unsere Freundschaft wäre nie getrübt worden. Ich habe erzählt, daß wir uns persönlich wieder zusammengefunden haben.

Zwei Tage vor dem Tode meines Bruders hat die erste russische Revolution stattgefunden. Sie hat Deutschland keine unmittelbare Erleichterung gebracht, denn Kerenski, der an Stelle des abgedankten Zaren die Regierung ergriff, hat im Einverständnis mit seinen Feinden den Krieg weitergeführt.

Bald darauf haben die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland den Krieg erklärt; das hat mich veranlaßt, meine Stellung in der Verwaltung der Carnegie-Stiftung aufzugeben, da ich von einem mit Deutschland im Kriege befindlichen Lande keine Emolumente beziehen wollte. Aus denselben Tagen stammt der folgende Brief, den ich an meinen Vetter Georg von Hertling gerichtet habe, der damals in Bayern Ministerpräsident war. Er zeigt, wie schon anderthalb Jahre vor dem Zusammenbruch die Stimmung in München gewesen ist:

„Letzten Dienstag traf ich in einer Sitzung des Kuratoriums der Handelshochschule Herrn Kommerzienrat Fränkel, der Dir bekannt ist. Er gab der in den Kreisen der liberalen Geschäftswelt herrschenden Stimmung und den darin vorwaltenden Anschauungen mir gegenüber Ausdruck. Obwohl ich mit diesen Kreisen keinerlei Fühlung habe, stimmt das, was er sagte, doch mit dem, was ich beobachten konnte und den Schlüssen, die ich daraus gezogen hatte, völlig überein. Insbesondere kann ich bestätigen, daß in den breiten Volksmassen die Mißstimmung über die Aussichtslosigkeit eines Friedens und eines unsere Zukunft sichernden Kriegsendes außerordentlich ist. Sie wird gesteigert durch die Tag für Tag zunehmende Ernährungsschwierigkeit und bereits fühlbare Unterernährung der Bevölkerung. Meine Dienstboten und andere, die Gelegenheit haben, das, was die Leute sprechen, zu hören, erzählen, daß in den Lebensmittelläden ganz ohne Scheu von Revolten gesprochen wird, die in Szene gesetzt werden müßten, und daß die Stimmung der Soldaten so schlecht sei, daß nicht zu erwarten sei, daß sie gegen die Revoltierenden einschreiten würden. Man sagt insbesondere, was es denn die Bayern angehe, wenn die in Preußen herrschenden Junker durch ihre Herrschaft alle Völker gegen sich aufgebracht hätten und fortdauernd neu aufbrächten, so daß ein Volk nach dem anderen gegen uns die Waffen ergreife. Naiv wird das mitunter so ausgedrückt: Bayern habe einen Fehler gemacht,

statt mit Frankreich mit Preußen zu gehen. Es ist durchgesickert, daß der Reichskanzler am Abend vor seiner letzten Rede bereit war, in dieser die Reform des preußischen Wahlrechts anzukündigen; in der Nacht sei beim Kaiser unter dem Einfluß seiner Umgebung ein Umschwung erfolgt; darauf habe der Reichskanzler in seiner Rede statt der ersehnten Reform des Wahlrechts seine „Überzeugung“ verkündet, daß diese während der Kriegsdauer nicht stattfinden dürfe. Nun ist es sicher, daß die Reform des preußischen Wahlrechts nicht die uns fehlenden Lebensmittel aus dem Boden stampfen würde. Das Volk würde dadurch nicht satt werden. Aber es wäre mit dieser Reform unseren Feinden die wirksamste Waffe zur Begeisterung der nun einmal demokratisch gewordenen nicht deutschen Menschheit entrissen, und damit die Aussicht auf endlichen Frieden eröffnet. Viele meinen, daß die amerikanische Erklärung des Kriegszustandes niemals erfolgt sein würde, wäre der Reichskanzler bei seiner Absicht, die Reform des Wahlrechts anzukündigen, geblieben. Ohne deren Durchführung sei nicht daran zu denken, daß unsere Feinde sich zum Frieden verstehen würden. Außerdem aber würde durch eine Reform des preußischen Wahlrechts, welche die Junkerherrschaft in Preußen und damit die Vergewaltigung des gesamten deutschen Volkswillens beseitigt, ein Enthusiasmus im gesamten deutschen Volke entfesselt, welcher über die Entbehrungen, welche die Fortdauer des Krieges ihm auferlegt, hinweghelfen würde, falls unsere Feinde trotzdem am Kriege gegen uns festhielten. Herr Fränkel mutete mir zu, Dir dies vorzustellen. Ich erwiderte, ich sei ein einsamer Mensch, der keiner Partei angehöre, und dessen Stimme eben deshalb nicht in die Wagschale falle. Auch habe man mich in dem Vierteljahrhundert, das ich in Bayern zugebracht habe, von allen Gelegenheiten, auf den Gang der Politik Einfluß zu üben, geflissentlich so fern gehalten, daß ich nicht glaube, daß meinen Worten irgendwelche Bedeutung beigelegt werde. Ganz anders sei es mit Herrn Fränkel. Er sei ein Vertreter eines wichtigen Bestandteils der bayerischen Wirtschaftswelt! Auf ihn werde man eher hören, und ich sei gern bereit, einen Brief, in dem er die in dieser herrschenden Anschauungen darlege, Dir zu übermitteln. So ist der beiliegende Brief des Kommerzienrats Fränkel entstanden. Ich zögere um so weniger, ihn Dir zu unterbreiten, da ich der festen Überzeugung bin, daß die durch eine Reform des preußischen Wahlrechts, die die preußische Junkerherrschaft beseitigt, entfesselte Begeisterung das einzige ist, was das Unheil aufhalten kann, was sonst unaufhaltsam über uns hereinzubrechen und Bayern mit dem übrigen Deutschland namenlosem Elend preiszugeben droht. Du bist der verantwortliche Minister der Krone; an Dir also ist es, den König auf die Gefahr und die zu ihrer Abwendung möglichen Mittel aufmerksam zu machen. Verzeih diesen Einbruch in Deine Sphäre. Ich habe mich nie irgendeinem Ministerium mit meinen Ratschlägen aufzudrängen gesucht, außer einmal, als ich hoffte, Bayern von dem Einfluß der Kartellwirtschaft unserer Schwerindustrie bewahren zu können. Man hat damals nicht auf mich gehört; es wird mich nicht enttäuschen, wenn man es auch diesmal nicht tut. Aber ich will wenigstens das, was ich tun kann, getan haben.“

Aber an eine Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine Wahlrecht wollte man in Preußen noch nicht heran; fiel doch noch wäh-

rend des Krieges aus Junkermund das Wort, die Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine Wahlrecht sei so schlimm, wie wenn der Krieg verloren würde; und von einer Parlamentarisierung der Regierung wollte man erst recht nichts wissen. Als ich im „Berliner Tageblatt“ vom 10. und 22. August 1917 für Parlamentarisierung eintrat, hatte ich die „Kölnische Zeitung“, die „Kölnische Volkszeitung“, die „Hamburger Nachrichten“ und die „Deutsche Tageszeitung“ zu Gegnern. Das waren alles Organe von Parteien, von denen keine an sich die Mehrheit noch auch die Aussicht hatte, sie je zu erlangen; der rechte Flügel der Nationalliberalen nicht, weil er unpopulär war und keine Aussicht hatte, je populär zu werden; das in vielen Reichsteilen unstreitig populäre Zentrum nicht, weil die Katholiken nur rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung ausmachen (wo das Zentrum, wie in Bayern, die Mehrheit hat, hatte es gar nichts dagegen, daß im Sinne der Mehrheit regiert werde); die Scharfmacher nicht, weil sie geradezu Gegner der Mehrheit des Volkes sind, und die Agrarier nicht, da ihnen angesichts des zunehmenden industriellen Charakters der deutschen Volkswirtschaft die Aussicht fehlte, für sich allein die Mehrheit zu werden. Trotzdem diese Parteien die Minderheit waren, hatten sie auf die Art und Weise, wie das deutsche Volk regiert wurde, maßgebenden Einfluß geübt. Das war nur möglich gewesen, weil die Mehrheit für die Regierungspolitik nicht maßgebend gewesen ist. Durch außerparlamentarische Einflüsse haben sie fertig gebracht, daß die Mehrheit in ihrem Sinne vergewaltigt worden ist; sie fürchteten, daß das aufhöre, ja, daß sie umgekehrt durch die Mehrheit vergewaltigt werden könnten; deshalb suchten sie die Parlamentarisierung zu hintertreiben. Aus dem gleichen Grunde waren sie gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen.

Nun war der Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, ein wissenschaftlich durchgebildeter, ehrenhafter Mann, dessen Ernst und Wahrhaftigkeit auch dem Gegner Vertrauen abgenötigt hat; diese Eigenschaften sind die Grundlage einer Lernfähigkeit geworden, der wir Außerordentliches zu danken haben. Aber er war ein schwacher Mann. Das hat er schon gezeigt, als er trotz seiner an den Grafen Berchtold gerichteten Drohung mit Aufsayung des deutschen Bündnisses, falls er sich bei der serbischen Genugtuung nicht beruhige, im Amte blieb, da der Kaiser sich nach dem Telegramm Franz Josephs zur Kriegserklärung an Rußland hinreißen ließ; dieselbe Schwäche zeigte er in der Wahlrechtsfrage, als es angesichts des Widerstands des Junkertums trotz der Osterbotschaft Wilhelms nicht zur Wahlreform in Preußen kam.

II. Wechsel in der Reichskanzlerschaft

Bethmann Hollweg ist im Juli 1917 durch Ludendorff gestürzt worden. Ich war damals in Berlin. Was man sich über den Hergang erzählte, über die Suche nach einem Nachfolger und die Vorgänge bei dessen Annahme des höchsten Amtes im Reich ist so grotesk, daß ich es nicht wiedergeben möchte. Tatsächlich ist durch den Kanzlerwechsel gar nichts geändert worden, außer daß an die Stelle eines denn doch seiner Bildung und seinen Fähigkeiten nach weit höher stehenden Menschen eine bloße Beamtennatur getreten ist. Ich bin in der Reichstagssitzung vom 19. Juli gewesen, in der Michaelis seine Antrittsrede als Reichskanzler gehalten hat. Als er sich zu der Friedensresolution des Reichstags mit dem Zusatz „wie ich sie auffasse“ bekannte, ging sichtbares Entsetzen durch das Haus. Nur die Rechte klatschte Beifall, als der neue Reichskanzler endete. Das allgemeine Urteil auch außerhalb des Hauses war vernichtend. Man gab Michaelis eine Amtsdauer von nur sechs Wochen; es sind drei Monate geworden.

Die Zweideutigkeit des „wie ich sie auffasse“, womit Michaelis sich zur Friedensresolution des Reichstags bekannt hatte, hat dann auch seiner Zustimmung zur Friedenskundgebung des Papstes vom 1. August die Glaubwürdigkeit bei unseren Feinden entzogen. An sich wäre diese Zustimmung von einer nicht zu überschätzenden Bedeutung gewesen. Sie war ein Bekenntnis zu dem, was die alte liberale Anschauung gewesen war; der ältere Liberalismus hatte im Gegensatz zu den Konservativen, welche die durch Gewalt geschaffenen Abhängigkeiten als gottgewollte zu verehren gelehrt haben, stets die Unverjährbarkeit des Rechts gegenüber der Gewalt vertreten. Aber diese Auffassung war in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges in Deutschland arg in Verruf gekommen. Namhafte politische, historische und militärische Schriftsteller haben die Abkehr von ihr als das erste Anzeichen staatsmännischen Denkens hingestellt. Eine Blütenlese der Aussprüche dieser Verehrer der Gewalt ist in englischer Übersetzung in Hunderttausenden von Exemplaren in Amerika verbreitet worden. Sie hat uns unendlichen Schaden zugefügt. Um so erfreulicher wäre die rückhaltlose Abkehr von dieser Auffassung in der deutschen Antwortnote an den Papst gewesen, hätte nicht gleichzeitig der stellvertretende Chef des deutschen Generalstabs v. Freytag-Loringhoven von dem Gedanken eines internationalen Friedensbundes der Völker als von einer „unerträglichen Bevormundung jedes selbstbewußten großen Volks“ gesprochen. Aber noch verhängnisvoller war, daß Michaelis unterließ, in Betätigung der Worte seiner Note zu erklären,

daß Deutschland das besetzte Belgien wieder räumen werde. Das Amt des Reichskanzlers war eben dem Chef des Generalstabs ganz untergeordnet worden.

2

Am 2. November ist der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling an Stelle von Michaelis Reichskanzler geworden. Ich habe seine Ernennung in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ vom 10. November 1917 mit folgendem, nicht von mir unterzeichnetem Artikel begrüßt:

„Graf Hertling zieht ein in die Räume der Wilhelmstraße. Wo einst der Gewaltige gewohnt hat, der vor nahezu fünfzig Jahren den Kulturkampf entfesselt hat, schaltet fortan der Führer der Glaubensgemeinschaft in Deutschland, die eben durch diesen Kampf zu neuem Leben erweckt worden ist. Hundert Jahre lang hat man den Katholiken im protestantischen Deutschland mißtraut; seit hundert Jahren haben sie über tatsächlich vorenthaltene Gleichberechtigung geklagt. Wie lange hat man ihre patriotische Hingabe an Preußen und an das aus ihm hervorgegangene Reich in Zweifel gezogen! Noch in unser aller Erinnerung ist die Zeit, da jeder Katholik, der bekannte, daß man Gott mehr als den Menschen gehorchen müsse, als Reichsfeind galt. Graf Hertling selbst hat sich als Märtyrer dieser Überzeugung gefühlt; er hat es seinem Festhalten an ihr zugeschrieben, daß er als Privatdozent der Philosophie fünfzehn Jahre an der Bonner Universität ein von keinem preußischen Kultusminister beachtetes Dasein führen mußte; und als ihn 1882 der bayerische Minister Lutz nach München berief, um den immer mächtiger werdenden Ultramontanen entgegenzukommen, ist er aus Preußen als Titularprofessor ohne Gehalt geschieden. Und nun ist es ihm vergönnt, die Ernte einzutun, welche die Not der Zeit dem hundertjährigen Kampfe seiner Konfessionsgenossen für das Recht gegenüber der Gewalt gezeitigt hat. Den Siegespreis, um den viele, und darunter ihm nahverwandte Personen, solange gerungen, trägt er davon. Der als Reichsfeind Verschiene wird als Retter des Reichs gerufen; er lehnt ab; und nachdem der Ruf wiederholt worden, weil der inzwischen Ernannte sich als unzulänglich erwiesen, beweist er durch Hinwegsehen über die Beschwerden des Alters, daß ihm für das Vaterland kein Opfer zu schwer ist. Die Anerkennung, die ihm gelegentlich seiner Ernennung selbst von Gegnern zuteil wird, steht in grellem Widerspruch zu der seinen Konfessionsgenossen bis dahin nachgesagten geistigen Inferiorität. Es wäre engherzig und klein, wollten anders als der neue Reichskanzler Denkende ihm das Gefühl der Genugtuung mißgönnen, auf das jeder, der seinen Idealen gelebt hat, ein Recht hat, wenn er diese verwirklicht sieht.

Aber lassen wir die subjektiven Gefühle des Grafen Hertling, die wir ja ohnedies nur vermuten können; denn er dürfte viel zu klug sein, sich über dieselben zu äußern. Wichtiger als was er fühlt, ist die Bedeutung seiner Ernennung für das Deutsche Reich. Hier müssen wir unterscheiden, was sie für unsere auswärtige und für unsere innere Politik bedeutet. In ersterer Beziehung erscheint seine Ernennung manchen Vorteil zu versprechen. Der Ruf des Deutschen Reiches ist durch die Gewalttheorien gewisser politischer Schriftsteller im Ausland aufs schwerste geschädigt worden; man hat sie mit

manchem schroffen und zweideutigen Verhalten der Leiter unserer äußeren Politik in Verbindung gebracht, und während wir bis dahin als ein treues, ehrliches, zuverlässiges Volk bekannt waren, beschuldigte man uns des schöneden Machiavellismus. Wer die Literatur unserer Feinde vor und seit Ausbruch des Krieges kennt, kennt auch jene Zusammenstellung von Zitaten aus deutschen Politikern, die in vielen Tausenden von Exemplaren nicht nur in den Ländern unserer Feinde, sondern auch im neutralen Ausland verbreitet worden sind. Im Grafen Hertling nun haben wir einen deutschen Professor am Ruder, dessen ganzes Leben nicht nur ein Protest gegen den Satz, daß Macht vor Recht geht, gewesen ist, sondern der auch in seinen Schriften stets mit Nachdruck gelehrt hat, daß die Moral der Leitsterne der Politik sein solle. Möge nur der Professor Wilson oder der Professor Lord Bryce oder der Professor Orlando oder der Professor Painlevé oder der Professor Emil Vandervelde die politischen Aufsätze Hertlings durchsuchen, sie werden nirgends einen Satz finden, aus dem sie seine Unglaubwürdigkeit werden begründen können, wenn er das Bekenntnis in der deutschen Beantwortung der Papstnote wiederholt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten müsse. Dem erprobten Freunde der römischen Kurie kann man nicht mißtrauen, wenn er sich zu dem vom Papst proklamierten Gedanken eines auf Gerechtigkeit beruhenden Verständigungsfriedens bekennt.

Etwas zweifelhafter könnte man sein, ob Graf Hertling den Anforderungen genügen wird, welche in der inneren Politik an den neuen Reichsleiter zu stellen sind. Graf Hertling stammt aus einer durchaus konservativen Familie; von seiner frühesten Jugend an hat er sich unwandelbar zu konservativen Anschauungen bekannt; und wenn er auch zur Zeit des Kulturkampfes aufs energischste für die Freiheit eingetreten ist, so pflegen sich doch gerade konservative Katholiken zu dem Satz Louis Veuillots zu bekennen: Wenn Ihr am Ruder seid, verlange ich die Freiheit, weil dies Euer Prinzip ist; sind wir am Ruder, so verweigere ich die Freiheit, weil dies mein Prinzip ist. Aber wenn sich auch Graf Hertling nicht theoretisch zum Parlamentarismus bekennt, so ist doch sein ganzes Leben ein praktisches Bekenntnis zum Parlamentarismus gewesen; denn nicht als Professor der Philosophie hat er es zum Reichskanzler gebracht, sondern vermöge seiner parlamentarischen Stellung ist er Professor in München, Reichsrat der Krone Bayern, bayerischer Ministerpräsident und jetzt Reichskanzler geworden. Wenn er innerlich den Parlamentarismus verleugnet, so ist das also nur ein Zeichen, daß er sich als mittelalterlich denkender Philosoph nicht zur induktiven Methode bekennt. Aber wenn auch aprioristische Vorstellungen seine wissenschaftliche Erkenntnis beeinträchtigen, so beweist doch sein Verhandeln mit den Mehrheitsparteien, bevor er das ihm angetragene Amt annahm, sowie was über die Ministergenossen, die er sich beizugesellen beabsichtigt, verlautet, daß er aus seiner parlamentarischen Erfahrung die Lehre gezogen hat, daß seine Aufgabe nur durch weitgehendes, tatsächliches Entgegenkommen an den Parlamentarismus zu lösen ist. Und so brauchen wir uns nicht um seine prinzipielle Stellung zum Parlamentarismus zu kümmern. Er ist kein Reichskanzler für ewig; er ist ein Reichskanzler, dem bestimmte Aufgaben gestellt sind; und wenn er diese Aufgaben glücklich löst, wird er dem Deutschen Reiche solchen Segen brin-

gen, daß wir ihm seine besonderen philosophischen Betrachtungen über den Parlamentarismus ruhig überlassen können.“

Die Aufgaben waren drei: Vor allem die Wiederherstellung der maßgebenden Stellung des Reichskanzlers gegenüber der Militärgewalt. Bethmann Hollweg hatte ihr weichen müssen und Michaelis war ihre Kreatur. Aber Hertling ist kein Bismarck gewesen, der mit Moltke, und kein Clemenceau, der mit Foch in gleicher Weise um die Oberherrschaft zu kämpfen hatte. Er hat sich wie Michaelis dem ungebildeten, gewalttätigen Ludendorff gefügt. Demgegenüber hat es auch nichts genützt, daß er in seinem Staatssekretär von Kühlmann einen glänzenden Diplomaten zur Seite hatte. Das hat sich gezeigt, als die vorläufige russische Regierung (Trotzki) am 28. November 1917 den Zentralmächten, Bulgarien und der Türkei ein Waffenstillstands- und Friedensangebot machte. Es war ein Fehler, daß der Vierbund, d. h. Deutschland, nicht glatt die Volksabstimmung in Litauen, Polen und Kurland über die Zukunft dieser Gebiete zugestanden hat. Nicht bloß unsere Feinde haben die Zweideutigkeit, die sich dahinter verbarg, gemerkt. Es war ja auch in der Tat nicht ehrlich und hat den starken moralischen Erfolg, den wir sonst gehabt hätten und den wir so nötig hatten, beeinträchtigt. Wir haben die große Gelegenheit, im Osten zum Frieden zu kommen und mit dem Westen Friedensverhandlungen einzufädeln, verpaßt. Desgleichen hat man versäumt, sich in Brest-Litowsk die Freilassung der kaiserlichen Familie, wenigstens der Zarin und ihrer Töchter, auszubedingen. Als ich Hertling frag, ob dies erreicht sei, gab er mir zur Antwort: „Daß *Du* mir das sagst!“ Nach einer Pause fügte er hinzu: „Übrigens hat mir dies auch eine Dame geschrieben.“ Welchen moralischen Erfolg hätten wir erzielt, wenn wir dies zur Friedensbedingung gemacht und erreicht hätten!

Die zweite Aufgabe war die Durchführung der preußischen Wahlreform. Da Hertling in Bayern mit einem aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Landtag ohne Schwierigkeiten regiert hatte, konnte er an sich nicht gegen dessen Einführung in Preußen sein. Allerdings hatte er sich, als er sein Ministerium bildete, mit Angehörigen verschiedener Parteien umgeben, den nationalliberalen Professor Friedberg als Vizekanzler gefallen lassen müssen und Herrn Wallraf als Innenminister. Vielleicht ist es diesen Mitgliedern seines Kabinetts zuzuschreiben, daß die Erklärungen, die Hertling, schon bevor mein ihn als Reichskanzler begrüßender Artikel erschienen war, im Reichstag abgab, einen niederschlagenden Eindruck hinterließen. Oder waren es die konservativen Grundanschauungen Hertlings, die ihn nicht erkennen ließen, was die Zeit erforderte? Vielleicht haben auch die Intrigen der Rechten, die ihn durch

Bülow ersetzen wollten, auf ihn zurückgewirkt. Die Lage war jetzt schlimmer, als wenn Michaelis Kanzler geblieben wäre. Es triumphierte nicht nur die Reaktion im Innern, auch unsere Feinde sahen in Hertlings Erklärungen einen neuen Beweis für die Unzuverlässigkeit der Versprechen deutscher Staatsmänner. Die Stimmung der liberalen Kreise Berlins war äußerst gedrückt. Ende November 1917 sind preußische Reformgesetze herausgekommen. Leider enthielten sie wieder so viele Kleinlichkeiten, die dem Eindruck, der sonst zu erzielen gewesen wäre, Abbruch taten. „Es ist“, so schrieb ich an meine Frau, „den Preußen doch ganz unmöglich, etwas mit Grazie und Großherzigkeit zu tun. Daher auch nie als Erfolg, daß die Herzen gewonnen werden.“ Das preußische Herrenhaus hat der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Landtag erst, als die Revolution schon vor der Türe stand, am 24. Oktober 1918 zugestimmt.

3

Die dritte Aufgabe war die Beseitigung der schreienden Ungerechtigkeit des geltenden Koalitionsrechts. Der § 152 der Deutschen Gewerbeordnung hat die Verabredungen der Arbeiter zur Besserung der Arbeitsbedingungen zwar für straflos, aber gleichzeitig für nicht rechtsverbindlich erklärt; er hat die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen also ausschließlich in die Ehre der Beteiligten gestellt; der § 153 aber bestraft diejenigen, welche den von einer Verabredung Abgefallenen dies vorwerfen, mit außerordentlichen Strafen, während in allen übrigen Gesellschaftsschichten diejenigen straflos bleiben, welche Wortbrüchige als solche behandeln. Dabei konnte es nicht genügen, diese Rechtsanomalie zu beseitigen. Es galt auch der weiteren Beeinträchtigung des Koalitionsrechts der Arbeiter Einhalt zu tun, deren sich die Gerichte durch Anwendung des großen Unfugparagraphen und des Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht haben. Das konnte nur geschehen, indem man bei der Reform des Arbeitsvertragsrechts ganze Arbeit machte; es war unentbehrlich, daß man die Bestimmungen eines von den Organisationen der Arbeiter mit den Arbeitgebern abgeschlossenen, kollektiven Arbeitsvertrags für rechtsverbindlich für *alle* in dem betreffenden Gewerbe beschäftigten Arbeiter erklärte.

Ich habe schon erzählt, daß ich in meinem auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1905 erstatteten Referate meine in einer nahezu lebenslänglichen Beschäftigung mit dieser Frage gereiften Gedanken vorgetragen habe, daß mein Referat mir einen Sturm der Entrüstung der Unternehmer eingetragen hat und daß nach Erklärung des Freiherrn von Soden-Frauenhofen, die aus Vertretern der

Großunternehmung in Industrie und Landwirtschaft bestehende Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung speziell zu meiner Bekämpfung ins Leben gerufen worden sei. Auch habe ich von dem darauffolgenden Verleumdungsfeldzug des Dr. Kuhlo und des Dr. Tille schon gesprochen. Die gerichtliche Verurteilung meiner Verleumder hat aber mitnichten zur Einstellung der gegen den kollektiven Arbeitsvertrag seitens der Unternehmer gerichteten Agitation geführt. Es wurde sogar unter ihrem Einfluß eine neue arbeiterfeindliche Vorlage im Reichstag erwartet, als der Krieg ausbrach. Nun wurde auf einmal alles anders. Das Interesse der Kriegsführung, daß während der Kriegsdauer keine Arbeitseinstellung die Ruhe im Innern störe, führte zu einem energischen Druck des Militärs auf die Arbeitgeber, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, die man noch kurz vorher für gleichbedeutend mit allgemeinem Ruin erklärt hatte; und doch blieben im großen ganzen die so erzwungenen Lohnerhöhungen noch hinter der Verteuerung des Lebens, die der Krieg gebracht hatte, zurück. Aber wohin man hörte, tiefer Groll gegen die erhöhten Löhne der Arbeiter; und nicht nur in den Zeitungen, welche den Unternehmern nahestanden, konnte man von den Rüstungen lesen, mit denen diese der Wiederaufnahme des Kampfes gegen die verhaßten Tarifverträge nach Beendigung des Krieges entgegengingen, auch bei vielen maßgebenden Regierungspersonen war das berühmt gewordene Wort „Ich kenne keine Parteien mehr“ längst vergessen. Die Gefahr für die Arbeiter war um so größer, als die Unternehmer, durch den Krieg reich geworden, imstande waren, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen aufzunehmen, während diese durch den Krieg in Mitgliederzahl und Geldmitteln geschwächt, in einem solchen Kampf hoffnungslos unterlegen wären. Mit Schrecken erfüllte mich der Gedanke, daß das durch den Krieg, gleichviel wie er ausgehen werde, wirtschaftlich zerrüttete Deutschland als Dank für den während desselben entfalteten Heroismus durch neue soziale Kämpfe zerrissen werden sollte, die nur mit einer Versklavung seiner Arbeiterschaft und damit seinem eigenen Niedergang enden konnten. Er wäre eine Verleugnung alles dessen gewesen, wofür ich in einem langen Leben im Interesse unseres Vaterlandes gekämpft habe, hätte ich mich bei dieser Aussicht beruhigt.

Ich arbeitete daher einen Gesetzentwurf aus, in dem meine schon in Mannheim vorgetragenen Vorschläge in Paragraphen formuliert waren. Er ging von der Tatsache aus, daß wir in Deutschland nicht, wie heute in England, in jedem Arbeitsberufe nur mit einem Gewerkverein, sondern mit vielerlei Arten von Gewerkschaften zu rechnen haben. In Deutschland haben sich, abgesehen vom Buchdruckerverband, die Gewerkschaf-

ten nicht selbständig, sondern im Zusammenhang mit politischen Parteien entwickelt, die sie ins Leben riefen, um durch Organisation des ihnen zuneigenden Teils der Arbeiterschaft diesen dauernd an ihre Fahnen zu fesseln. Gerade was sie ins Leben gerufen hat, ist, was sie auseinanderhält. Daher die Zersplitterung der Gewerkschaften, an der nicht nur ihre Erfolge bei Arbeitskämpfen mitunter gescheitert sind, sondern die auch einer Organisation zur friedlichen Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten hindernd im Wege stand. Daß eine solche Organisation nur aussichtsvoll sein konnte, wenn sie sich auf diesen historisch gewordenen Gewerkschaften aufbaute, konnte niemandem klarer sein als mir. Es mußte eine alle vier Arten Gewerkschaften umfassende Organisation geschaffen werden, der die Aufgabe zufiel, für sie alle zu handeln und sie alle durch ihre Beschlüsse zu binden. Außerdem mußte diese Organisation auch die nichtorganisierten Arbeiter umfassen, um dem Einwand vorzubeugen, daß diese durch die mit den Arbeitgebern vereinbarten Tarife nicht gebunden seien, und um nicht dem Streikbrechertum nach wie vor Tür und Tor offen zu lassen.

Daher sah der von mir ausgearbeitete Entwurf vor, daß alljährlich auf einer Versammlung sämtlicher Arbeiter eines Berufs für ein räumlich begrenztes Gebiet eine Vertretung dieser Arbeiter zu wählen sei. Bei dieser Wahl sollte das Proportionalwahlsystem zur Anwendung kommen, auf daß eine jede der verschiedenen Arten von Gewerkschaften Einfluß nach Maßgabe ihrer Bedeutung erlange. Gleichzeitig war dadurch ausgeschaltet, daß die Nichtorganisierten irgendwelchen unheilvollen Einfluß üben können; denn um beim Proportionalwahlsystem einen Kandidaten durchzubringen, muß man sich mit anderen zusammentun, und bei der Zusammenhangslosigkeit der Arbeiteratome ist es gegenüber den Banden, welche die Organisierten zusammenhalten, undenkbar, daß sie einen Kandidaten durchsetzen. Die Vertretung der Arbeiter wurde in Wirklichkeit ausschließlich in die Hände der bestehenden Gewerkschaften gelegt. In derselben Weise sollte das Unternehmertum organisiert werden. Die von den beiden Gruppen in freier Übereinkunft festgesetzten Arbeitsbedingungen sollten für die im Tarifvertrag vorgesehene Zeit in dem darin bestimmten Gebiet Gesetz sein. Sie sollten Rechtsgültigkeit haben für sämtliche in dem betreffenden Berufe tätigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; jedoch sollte die Festsetzung von für einzelne Arbeiter günstigeren Bedingungen in besonderem Arbeitsverträge zulässig sein. Wenn die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter über die Bedingungen des abzuschließenden Arbeitsvertrags sich nicht einigen konnten, sollte ein Einigungsamt entscheiden. Dieses hatte durch Vernehmung der Vertreter

beider Teile die Streitpunkte und die für ihre Beurteilung in Betracht kommenden Verhältnisse festzustellen. Es sollte befugt sein, Auskunftspersonen vorzuladen, zu vernehmen und durch die Gerichte eidlich vernehmen zu lassen. Jedem Mitglied des Einigungsamts sollte das Recht zustehen, Fragen an die Vertreter und Auskunftspersonen zu richten. Nach erfolgter Klarstellung der Verhältnisse sollte in gemeinsamer Verhandlung jedem Teile Gelegenheit gegeben sein, sich über das Vorbringen des anderen Teils, sowie über die vorliegenden Aussagen der Auskunftspersonen zu äußern. Demnächst sollte ein Einigungsversuch zwischen den streitenden Teilen stattfinden. Der Anrufung des Einigungsamts war in jedem Falle Folge zu leisten. Dies sollte ohne weiteres erzwungen werden können. Es genügte dazu, daß bestimmt werde, daß keine Staats- oder Gemeindeaufträge an andere Unternehmer erteilt würden außer an solche, die sich verpflichten, alle Arbeitsstreitigkeiten in ihrem Betriebe vor dem Einigungsamt und dem Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und keinerlei Verbindung anzugehören, die die Verhandlung mit Arbeitervertretern vor Einigungsämtern und Schiedsgerichten verweigert.

Diese Bestimmungen würden die der Tarifentwicklung bis dahin entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt haben. Es wäre danach kein Raum mehr für den Streit gewesen, welcher von verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen geschlossene Tarifvertrag zu gelten hätte. Es hätte keine Unorganisierte, Gelbe oder Streikbrecher mehr gegeben. Die ganze Unaufrichtigkeit, die sich unter dem Namen „Schutz der Arbeitswilligen“ zusammenfaßt, wäre mit einem Schlage beseitigt gewesen. Es wäre kein Unternehmer mehr möglich gewesen, der seinen Kollegen Schmutzkonkurrenz machen kann. Selbst die Riesenbetriebe würden zur Einsicht gezwungen gewesen sein, daß ihre Macht eine Grenze hat und ein Staat weniger Mächtiger im Staate nicht geduldet werden kann.

Bei Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor dem Einigungsamte sollte der Inhalt der Vereinbarung durch eine von sämtlichen Mitgliedern des Einigungsamts und von den Vertretern beider Teile zu unterzeichnende Bekanntmachung veröffentlicht werden. Die so veröffentlichte Vereinbarung sollte für sämtliche in den betreffenden Berufen tätigen Arbeiter und Arbeitgeber rechtlich bindend sein, also für die Dauer der Vereinbarung Gesetzeskraft haben. Falls eine Einigung nicht zustande kam, sollte eine Darstellung des Streitfalls und der Ursache des Nichtigelagens der Vereinbarung veröffentlicht werden. Beiden Parteien sollte es in diesem Falle, aber nur in diesem Falle, freistehen, durch Arbeitseinstellung bzw. Aussperrung ihre Forderungen durchzusetzen. Selbst-

verständlich sollte das Einigungsamt jederzeit berechtigt sein, die Einigungsverhandlungen aufs neue aufzunehmen.

Das wichtigste war, daß durch meinen Gesetzesvorschlag auch die schwierige Frage der Haftung für die Erfüllung der Tarifverträge gelöst wurde. Schon damals gestattete die Reichs-Gewerbeordnung dem Unternehmer durch wöchentliche Abzüge vom Lohn des einzelnen Arbeiters einen Betrag bis zur Höhe eines Wochenlohns anzusammeln, um sich für den Fall eines Vertragsbruchs des Arbeiters sicherzustellen. Statt dessen sollte nach meinem Vorschlag ein Zweckvermögen angesammelt werden. Für jeden zu einer Gewerkschaft gehörigen Arbeiter sollte die Gewerkschaft einen Betrag, der vom Gesetz festzustellen ist, an den Zweckverband einzahlen, während jeder nichtorganisierte Arbeiter diesen Betrag selbst einzahlen sollte. Den gleichen Betrag sollten die Unternehmer für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter zuschießen. Das so gebildete Zweckvermögen sollte für die Einhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen haften. Wurde es durch Vertragsbruch gemindert, so sollte der schuldige Teil, d. h. die schuldige Gewerkschaft bzw. der einzelne schuldige Arbeiter und ebenso der schuldige Unternehmer, die durch die Haftung bewirkte Minderung des Zweckvermögens durch Zuschuß wieder ausgleichen. Damit wäre einerseits das Interesse gewahrt gewesen, das die Gewerkschaften an der strengen Beobachtung des Tarifvertrages haben; denn jede Verletzung desselben seitens eines ihrer Mitglieder mußten sie durch neue Zuschüsse an das Zweckvermögen wieder gutmachen. Andererseits wurde die Gewerkschaftskasse vor Ausplünderung bewahrt, wenn irgendein Lokalorgan gegen den ausdrücklich erklärten Willen des Hauptvorstands der Gewerkschaft gegen den Inhalt eines Tarifvertrags, wie ihn die Gerichte auslegen, verstößt; ohne die von mir vorgeschlagene Beschränkung konnte eine Gewerkschaft mit ihrem ganzen Vermögen in solchem Falle haftbar gemacht werden. Außerdem gab mein Vorschlag dem Unternehmertum, das dem Tarifvertrag sich unterwerfen mußte, die Sicherheit, daß die Verpflichtung, die es zu übernehmen hatte, keine einseitige war. Es verlangt die Gewähr, daß Tarifbrüche seitens der Arbeiter vermieden werden, und daß ihm, wo solche trotzdem vorkommen, voller Schadenersatz zuteil wird. Endlich wäre die Schmutzk Konkurrenz durch diesen Vorschlag beseitigt gewesen.

Nachdem ich meinen Gesetzentwurf ausgearbeitet hatte, habe ich ihn mit dem Rechtsanwalt der Berliner Gewerkschaften, Dr. Heinemann, Punkt für Punkt durchgesprochen und ihn, nachdem er zugestimmt hatte, dem Grafen Hertling vorgelegt. Ich habe bei ihm beantragt, der Entwurf solle, bevor er im Reichstag eingebracht werde, einem aus einer gleichen

Zahl von Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzten Ausschuß vorgelegt werden; denn im Reichstag würden die Entscheidungen stets nach Parteirücksichten getroffen, während ein Entwurf, der die Zustimmung der Sachverständigen gefunden, voraussichtlich angenommen werde. Graf Hertling stimmte mir vollständig zu und versprach mir seine Unterstützung. Aber zuvor galt es, sich der Zustimmung der größten deutschen Arbeiterorganisation, der sozialdemokratischen Gewerkschaften, zu versichern, während die der christlichen aus inneren Gründen und nach der Stellungnahme des ihnen nahestehenden Grafen Hertling vorausgesetzt werden durfte. Ich habe die Führer der ersteren daher in mein Hotel eingeladen. Es erschienen außer Dr. Heinemann: Legien, Umbreit, Sabath, Bauer von der Generalkommission, Graßmann von den Buchdruckern, Frau Thiede von den Buchdruck-Hilfsarbeitern, Haß von den Lithographen und Steindruckern, Silberschmidt von den Bauarbeitern, Weinschild von den Sattlern und Portefeuillearbeitern, Leipart von den Holzarbeitern, Stühmer von den Schneidern, Kloth von den Buchbindern und aus Hamburg Schrader von den Zimmerern. Nachdem ich ihre Zustimmung erlangt hatte, hat unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch im Beisein von Dr. E. Francke und Professor Herkner im Berliner Gewerkschaftshaus der Holzarbeiter im März 1918 eine zwanglose Besprechung von Vertretern der sozialdemokratischen, der christlichen, der Hirsch-Dunckerschen und der polnischen Gewerkschaften stattgefunden. Das Ergebnis war ein in jeder Beziehung überraschendes. Legien, der spätere Reichskanzler Bauer, der spätere Arbeitsminister Schlicke, Leipart und ebenso die übrigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit Ausnahme Umbreits stimmten den Gedanken des von mir der Versammlung vorgelegten Gesetzentwurfs rückhaltlos zu, desgleichen die Vertreter der Hirsch-Dunckerschen und der polnischen Gewerkvereine; dagegen verhielten sich durchweg ablehnend die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, deren Zustimmung nicht nur ich, sondern auch Graf Hertling als selbstverständlich vorausgesetzt hatte. Dabei war nur eines, was aus der Rede Stegerwalds verständlich war: er meinte, meine Vorschläge seien zwar für Gewerkschaften annehmbar, welche die Mehrheit besäßen; die christlichen aber befänden sich in der Minderheit. Ich erwiderte, die in meinen Vorschlägen vorgesehene Proportionalvertretung sichere ihnen ja einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß; wenn er etwas Gerechteres wisse, möge er es sagen, wir würden es mit Begeisterung aufnehmen. Die Zumutung, selbst einen besseren Vorschlag zu machen, war ihm augenscheinlich unangenehm. Er sprach davon, daß meine Vorschläge von einem bleibenden Gegensatz zwischen Arbeitgeber- und Ar-

beiterinteressen ausgingen, und vertröstete uns auf die Zeit, in der die christliche Liebe beide gemeinsam umfasse. Da man auf diese Wirkung der christlichen Liebe seit 1900 Jahren vergeblich gewartet hat, nahmen die Versammelten diese Erwiderung nicht ernsthaft. Dagegen meinte Stegerwald, ich möge nichtsdestoweniger beim Grafen Hertling erwirken, daß der von mir vorgeschlagene Ausschuß von Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitern zur Beratung meines Entwurfs einberufen werde. Ich habe das abgelehnt; denn bei der die Arbeitgeber beherrschenden Stimmung hätte mein Entwurf nur Annahme finden können, wenn die Arbeiterschaft geschlossen hinter ihm gestanden hätte; wären die christlichen Gewerkschaften dagegen gewesen, so hätten die Gegner unter den Arbeitgebern es leicht gehabt, ihn abzulehnen, da ja auch ein großer Teil der Arbeiter ihn ablehne. Stegerwald aber hätte das Odium des Scheiterns den Arbeitgebern zuschieben können. Das Ergebnis wäre eine erdrückende Niederlage der Arbeiter gewesen. Ich erklärte, daß ich mich nie dazu hergeben würde, eine solche herbeizuführen, und schob die ganze Verantwortung für das Scheitern des Projekts, zu dessen Wiederkehr sich vielleicht nie mehr Gelegenheit finden werde, Stegerwald und seinem Anhang zu.

Als ich am folgenden Tage dem Grafen Hertling über den Verlauf meiner Bemühungen Mitteilung machte, fragte er mich, ob ich wünsche, daß er selbst mit Stegerwald spreche. Die Verbissenheit des letzteren hatte mich aber überzeugt, daß dies hoffnungslos sein werde; ich war mit anderen der Meinung, daß man die Frage einige Zeit ruhen lassen müsse; unterdessen werde vielleicht auch die christlich organisierte Arbeiterschaft zur Erkenntnis des Fehlers, den ihr Führer begangen, gelangen.

Dagegen bin ich bei Schwanders Nachfolger, dem Freiherrn von Stein zu Altenstein, gewesen, an den Hertling mich verwies. Er war sehr liebenswürdig und auch besser unterrichtet, als ich gehört hatte. Aber trotz des guten Willens, der ihm ja nicht zu fehlen schien, doch ein großer Unterschied gegen Schwander. Dieser dachte von Herzen so wie ich, Stein nur so weit, als er mußte. Ich hoffte es noch fertig zu bringen, daß er mußte. Das habe ich nicht erreicht. Auf die nach der Revolution erlassene Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 werde ich zurückkommen.

4

Eine weitere üble Wirkung davon, daß wir in Brest-Litowsk uns nicht ehrlich mit den Russen versöhnt haben, war ein Streik der Arbeiter in Berlin. Sie litten unter den Entbehrungen, die der Krieg für sie gebracht hatte und sahen nun keine Aussicht auf Frieden. Ich habe am 31. Januar 1918 an meine Frau geschrieben:

„Das Benehmen der Regierung gegenüber den Streikenden ist unsagbar dumm, gerade als ob sie es darauf abgesehen hätten, die Arbeiter von der Reichstagsmehrheit loszulösen. Aus formalen Gründen hat Wallraf abgelehnt, die Arbeiterdelegierten zu empfangen. Diese erwiderten: den Tirpitz, als er im Namen der Vaterlandspartei kam, hat man empfangen, unsere Delegierten empfangt man nicht. Vermittler haben stundenlang in Wallraf hineingeredet, die beiden zu empfangen oder wenigstens zu ihnen hinauszugehen und ihnen ein paar freundliche Worte zu sagen. Vergebens! Er ließ sie stundenlang im Vorsaal stehen und kam nicht aus seinem Büro heraus. Nun hat man den Streikleitern verboten, miteinander zu verkehren. Als ob man das verhindern könnte! Findet man nun die Streikleiter im Verkehr miteinander und werden sie dann verhaftet, so kommt es zum Kampf. Das größte Glück, wenn die Polizei niemand findet. Man erwartet, daß sich der Streik in den nächsten Tagen auch auf die Verkehrsmittel erstrecken wird und daß, wenn das Generalkommando nicht einlenkt, es nächste Woche hart auf hart geht.

Die letzte Hoffnung ist die Ankunft von Payer. Er ist als Vertrauensmann der Linken, besonders der Sozialdemokraten, zum Vizekanzler ernannt worden. Er dürfte das Verhalten von Wallraf kaum billigen. Man erwartet, daß er eine Wandlung herbeiführt oder sein Portefeuille zurückgibt. Möglicherweise ist er noch so leidend — er hat täglich noch 5—6 Stunden ärgste neuralgische Kopfschmerzen, die von geistiger Anstrengung immer schlimmer werden —, daß auch sein Wirken nur mit größter Aufopferung möglich ist.

Aber auch wenn er alles tut, kommt es darauf an, ob er den Widerstand des Generals v. Kessel überwinden kann. Dieser ist allgewaltig, so daß selbst der Kriegsminister ihm gegenüber nur eine beratende Stimme hat. Nur der König von Preußen steht über ihm, und der hat zur Zeit wieder Schwächeanfalle, die ihn völlig entschlußlos machen.

Wird er aber nicht überwunden, so erwartet man den Generalstreik und als Folge den Verlust des Feldzugs, wenn nicht gleichzeitig Generalstreiks in England und Frankreich stattfinden, die — unter Trotzki's Einfluß — allerdings auch erwartet werden.

Gleichzeitig hört man, daß es den Bolschewiki gelungen sei, die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in Rußland mit maximalistischen Ideen so zu durchseuchen, daß diese jetzt die Schlachten der Bolschewiki gegen die Ukraine schlagen. Deutsche Unteroffiziere sollen allenthalben die Führer sein.

So droht ein allgemeiner Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung in Europa. Wie Bethmann Hollweg gesagt hat: der Krieg, den die Regierungen begonnen haben, werden die Massen beenden.“

5

Schon lang, bevor ich so an meine Frau geschrieben habe, alsbald, nachdem ich nach Berlin gekommen war, schon in einem Briefe vom 15. November 1917 heißt es, ich habe den Eindruck, daß man mich, eben weil ich als Mann der Opposition bekannt bin, in den ministeriellen Berliner Kreisen derzeit besonders schätze; dadurch gewinne, was ich im Interesse

Deutschlands schreibe, da mir das Ausland mehr traue als den abgeschlissenen Soldschreibern und berufsmäßigen Lobrednern der Regierung. Meine Auffassung war zutreffend. Am 14. Januar 1918 bin ich von dem Auswärtigen Amt gebeten worden, in Holland ein paar Vorträge zu halten; ich antwortete: „Ihr habt mich im Inland so schlecht gemacht, daß ich im Ausland das größte Ansehen genieße; ich werde hingehen.“ Man hat gelacht und war einverstanden. Ich habe darauf meine Tochter aufgefordert, mit mir zu reisen. Doch telegraphierte man mir aus dem Haag, ich möge erst im März kommen, und zuvor hatte ich die Wirkung davon zu erleben, daß ich 1914, der Aufforderung Schmollers folgend, das Manifest des Kulturbundes unterzeichnet und es gegenüber Yves Guyot und Bellet verteidigt hatte.

Mitte Februar 1918 überbrachte mir ein in einem Berliner Ministerium beschäftigtes früheres Mitglied meines Seminars „The Morning Post“ vom 8. Dezember 1917. Darin stand ein offener Brief abgedruckt, den mein alter Freund, der 87jährige Vizepräsident der Historischen Gesellschaft von England, Frederic Harrison, an mich gerichtet hatte. 1869/70 waren wir Bundesgenossen im Kampf für die Anerkennung der englischen Gewerkvereine gewesen, die ihm wesentlich zu danken war. Die Briefe, in denen er hervorgehoben, von wie großem Nutzen ihm dabei mein Essay „On the history and development of Gilds and the Origin of Trade Unions“ gewesen sei, sind mein Stolz gewesen, und ununterbrochen waren wir seitdem in Freundschaft verbunden. Der offene Brief vom 18. Dezember 1917 war die Kündigung dieser Freundschaft wegen meiner Unterzeichnung des Manifests der 93. In seiner ungebrochenen, kraftstrotzenden Beredsamkeit trat er, der alte Anhänger Cobdens, darin gegen mich auf, im Sinne jenes, von der Entente auf der Pariser Konferenz vom 14. Juni 1916 gefaßten Beschlusses, nie mehr einen Meistbegünstigungsvertrag mit Deutschland abzuschließen.

Ich solle meine Landsleute über die entsetzliche Isolierung aufklären, der unsere Wirtschaft verfallen sei. Kein Engländer würde je wieder einen Deutschen beschäftigen; in jedem vermute man einen Spion, einen Rivalen, einen Schwindler, einen Verräter. Kein Gedanke, daß man mit uns wieder Handel treiben werde „as usual“, wie immer. Wenn unsere Kapitalisten in solchen Träumen sich wiegten, unsere Arbeiter sollten sich keinen solchen Illusionen hingeben. Weder Europa noch Amerika würden uns ferner die Rohstoffe liefern, ohne welche unsere Betriebe stillstehen würden. Vorbei sei es mit unserer illoyalen Konkurrenz durch Dumping. Niemand werde mehr unsere Schiffe, die so viele Unschuldige gemordet hätten, in englischen Häfen willkommen heißen. Kein Vertrag, kein Gesetz, keine Regierung werde die englische Geschäftswelt zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland bewegen können. Und wenn es auch in England Leute voll

schmutziger Gewinnsucht gebe, die sich dazu bereitfinden ließen, so seien sie weder so zahlreich noch so stark, wie unsere Krupps und Ballins sich einbildeten. Sie würden von der sittlichen Entrüstung des gesamten Volkes erdrückt werden.

Ich bin Harrison, der eine Antwort erwartete, im „Berliner Tageblatt“ vom 17. Februar 1918 entsprechend entgegengetreten; es wäre besser, er besorge einen Neudruck der Broschüre, in der Josias Tucker, der tapfere Dechant von Gloucester, 1763 seinen Landsleuten dargelegt hat, daß von allen Torheiten die törichtste ist, um der Ausbreitung des Handels willen Krieg zu führen, denn das einzige, worauf es fremden Nationen ankomme, sei, daß man billiger oder wenigstens ebenso billig wie andere verkaufe; im übrigen habe ich ihm die von den Engländern in ihren Kriegen begangenen Missetaten vorgehalten. Die praktische Antwort auf seine Prophezeiungen hat der Handelsverkehr zwischen England und Deutschland seit Abschluß des Krieges gegeben.

6

Gegen Ende März sind meine Tochter und ich in Holland eingetroffen. Sowohl alle Mitglieder der deutschen Gesandtschaft als auch alle Holländer, die wir kennengelernt haben, sind von außerordentlicher Freundlichkeit gewesen. Ich habe zuerst in Utrecht und dann in Rotterdam über die Notwendigkeit des Freihandels nach Wiederherstellung des Friedens gesprochen, an beiden Orten mit Erfolg; besonders groß war dieser in Rotterdam. Der größte Hörsaal der Handelshochschule war dicht gedrängt voll; die Zuhörer lauschten atemlos und das Ende war starker Beifall. Es scheint mein Auftreten die Rotterdamer noch stark beschäftigt zu haben. Die deutsche Gesandtschaft war entzückt. Ferner sind wir aufgefordert worden, einer Sitzung des Anti-Orloog-Raad beizuwohnen. Es waren etwa 25 Menschen anwesend, darunter die Spitzen der Behörden und ein halbes Dutzend aktiver und gewesener Minister, sowie der frühere Höchstkommmandierende der holländischen Armee. Zuerst begegneten wir einer etwas reservierten Stimmung; doch ist sie bald geschwunden. Ich mußte abermals reden und begegnete bei meinen Zuhörern großem Interesse. Daran knüpfte sich eine teilweise lebhaftere Diskussion. Besonders lebhaft hat der frühere Minister Hemskeerk daran teilgenommen. Die freundliche Aufnahme, die ich fand, war um so wichtiger, als der Anti-Orloog-Raad als ententefreundlich galt.

Noch hoffte man damals auf einen Frieden, der wenigstens die Integrität des Deutschen Reiches wahren würde. Daß zu einer Zeit, in der schon der Klabautermann dem deutschen Staatsschiff sich nahte, die deutsche Industrie die Annexion des Erzgebiets von Briey in einer von

Professor Martin Spahn verfaßten Denkschrift verlangte, galt bei allen Klarsehenden als verhängnisvolle Torheit. Auch waren die Deutschen in Holland voll Verständnis, als ich einem von ihnen auf seine Frage, wie ich über eine Annexion von Holland denke, scherzend antwortete: „Ich denke wie Herzog Alba, als er unter Philipp II. auf die Frage, was er von der Annexion von Portugal denke, geantwortet hat: wohin sollen wir fliehen?“ Einen peinlichen Eindruck hinterließ mir der Besuch eines deutschen Ingenieurs. Er war mehrere Jahre in England tätig gewesen. Daraus hatte Ludendorff den Schluß gezogen, er müsse etwas von der Arbeiterfrage verstehen. Der Unglückliche hatte sich in England nur um die Technik gekümmert und stand ratlos vor der ihm gestellten Aufgabe. Jemand hatte ihn an mich verwiesen; ich könne ihn belehren. Er war drei Stunden bei mir. Ich schmeichle mir nicht, ihm viel genützt zu haben, wohl aber war ich entsetzt über die Ideen, die nach seinen Mitteilungen Ludendorff vorschwebten. Sie waren weit mehr in Einklang mit denen der zu meiner Bekämpfung ins Leben gerufenen Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung, als mit den meinen.

Während die erste große deutsche Offensive vor sich ging, sind wir, nachdem wir noch Delft und Leyden besucht und uns bei unseren neu gewonnenen Freunden in Utrecht verabschiedet und meinen früheren Schüler Janssen, den Besitzer großer Pflanzungen in Sumatra, in Amsterdam begrüßt hatten, nach München zurückgekehrt.

In München fanden wir die Bevölkerung in gefährlicher Gärung. Wenn, wie aus meinem oben wiedergegebenen Briefe an Hertling hervorgeht, schon 1916 in den Läden von der Notwendigkeit von Revolten, um die Beendigung des Krieges herbeizuführen, gesprochen wurde, so hatten die seitdem noch gestiegenen Entbehrungen zusammen mit der zunehmenden Zahl der Toten und der aus dem Krieg heimkehrenden Verwundeten diese Stimmung gesteigert. Die Heeresleitung täuschte sich, wenn es in ihren Berichten hieß, man habe eine Stellung aufgegeben, um eine bessere zu beziehen; man verstand zu Haus, daß dies heiße, man habe die innegehabte Stellung räumen müssen und ärgerte sich, daß man die Wahrheit vertuschen wollte. Ich hatte Gelegenheit, selbst zu hören, daß man auch auf dem Lande so dachte und ungestüm nach Frieden verlangte.

III. Die Revolution

Als der Krieg 1914 ausbrach, war die sozialdemokratische Partei noch einig gewesen. Haase war der Führer der ganzen Partei, und diese hatte durch seinen Mund sich für den Krieg gegen die Entente erklärt. Als der Krieg immer länger dauerte, und die Aussicht auf ein siegreiches

Ende abnahm, haben die „Unabhängigen“ sich von der Mehrheit der Sozialdemokraten getrennt und Frieden um jeden Preis verlangt. In München hatte Vollmar, so lange er gesundheitlich leistungsfähig war, die Arbeiter in der Hand gehabt. Er hat die Kriegereignisse mit patriotischer Teilnahme verfolgt und ist nicht für Umsturz gewesen. Ich habe schon hervorgehoben, daß er schon Jahre vor dem Krieg sich für ein Zusammengehen von Liberalen und Sozialdemokraten ausgesprochen hat. Was ihm vorschwebte, war eine Monarchie mit einer aus dem Vertrauen der parlamentarischen Mehrheit hervorgegangenen, aus Liberalen und Sozialdemokraten zusammengesetzten Koalitionsregierung. Nun aber ging er seinem Ende entgegen. Als ich ihn in Urfeld besuchte, konnte er nur mehr so leise sprechen, daß ich ihn kaum verstand. Erhard Auer, der in der Leitung der Münchener Mehrheitsdemokraten sein Nachfolger war, hat ebenso wie er gedacht. Er war bis zuletzt Gegner eines gewaltsamen Umsturzes; er war für Überführung des Obrigkeitsstaates in den Volksstaat auf gesetzlichem Wege.

Aber in Bayern hatte sich, wie im Norden, eine Partei der „Unabhängigen“ von den Mehrheitssozialdemokraten getrennt. Ihr Führer war Kurt Eisner, ein preußischer Jude, der von grenzenlosem Haß gegen Preußen erfüllt war. Er war nicht ohne Geist und Beredsamkeit. Zur Zeit der Marokkokrise hatte er eine Broschüre „Der Sultan des Weltkriegs“ geschrieben, in der vorausgesagt ist, was kommen sollte. Aber er war, trotzdem er Redakteur des „Vorwärts“ gewesen war, kein Politiker; er war Feuilletonist. Er hat vermöge seiner Beredsamkeit der Partei der Unabhängigen unter den Münchener Arbeitern viele Anhänger verschafft und den Boden für die kommenden Ereignisse vorbereitet.

Als im September 1918 eine Abwehrschlacht nach der anderen verloren wurde, am 30. September Graf Hertling als Reichskanzler durch den Prinzen Max von Baden ersetzt worden war, die Niederlagen im Oktober fort dauerten und Ludendorff am 26. Oktober seinen Abschied erhalten und sich nach Schweden begeben hatte, war für jedermann klar, daß unser heldenhafter Kampf während mehr als vier Jahren verloren war. An demselben Tage, da Ludendorff den Abschied erhalten hat, wurde im Schwabinger Bräu die Absetzung Wilhelms II. verlangt und hat Eisner jene die deutsche Wissenschaft diffamierende Rede gehalten, der ich in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ entgegengetreten bin.

2

Das war das letzte, was ich schrieb, woran meine Frau teilgenommen hat. Trotz ihrer schweren Leiden war sie den Kriegereignissen mit lebhaftem Interesse gefolgt. Ein Glück, daß sie es nicht erlebt hat, als unser Zu-

sammenbruch feststand; er würde ihr namenlosen Kummer bereitet haben. Sie ist am 28. Oktober ihren Leiden erlegen. Die Anmut, mit der sie während 44 Jahren mein Leben verschönert hat, hat auch noch das Antlitz der Toten verklärt. Ich habe sie in der Brentanoschen Familiengruft in Aschaffenburg bestattet.

3

Die öffentlichen Ereignisse, die von da ab über Deutschland hereingebrochen sind, haben mir geholfen, über den Kummer, den mir der Tod meiner Lebensgefährtin bereitete, hinwegzukommen. Schon am 26. Oktober hatte der Reichstag beschlossen:

1. daß zur Erklärung eines Krieges wie zum Abschluß eines Friedens die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist; 2. daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung das Vertrauen des Reichstags und damit des Volkes bedarf; 3. daß der Höchstkommmandierende eines Kontingents vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt wird; 4. daß die Ernennung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere an die Gegenzeichnung des Kriegsministers geknüpft ist. Zugleich war eine weitgehende Amnestie erlassen und alle Beschränkungen der Pressefreiheit und des Versammlungsrechts waren aufgehoben worden.

Am 2. November hat der Kaiser in einem Erlaß der Neuordnung im Reiche zugestimmt. Das war die vollständige Preisgebung des unter dem bisherigen Scheinkonstitutionalismus fortbestehenden absolutistischen Regiments. Aber sie kam zu spät, um die Monarchie zu retten.

Am 3. November meuterten in Kiel die Mannschaften der Flotte¹. Die revolutionäre Bewegung griff von da blitzartig über nach Hamburg, Bremen, Lübeck und anderen Städten; am 7. November nach München.

In München sollte, nachdem Vollmar sein Mandat niedergelegt hatte, eine Neuwahl zum Reichstag stattfinden. Auer und Eisner standen sich als Kandidaten gegenüber. Die bayerische Regierung war im Oktober 1918 in Verhandlungen mit dem Landtag eingetreten, die anfänglich einen Teil der im Herbst 1917, im Antrag Auer-Süßheim gestellten, damals aber kurz abgewiesenen Forderungen auf Verfassungsänderung Bayerns zu verwirklichen versprochen. Bereits hatte der König in einem Handschreiben vom 2. November es als notwendig anerkannt, „daß die durch das Vertrauen der Krone berufenen Staatsminister als die höchsten verantwortlichen Beamten zugleich dauernd von dem Vertrauen des Landtages, als der verfassungsmäßigen Vertretung des Volks getragen werden“. Aber die Besprechungen führten zu nichts; auch die beabsichtigte Parlamentarisierung des bayerischen Staates verzögerte sich; der geschicht-

¹ Siehe darüber Richard Stumpf, Warum die Flotte zerbrach. Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters. Berlin 1927.

liche Augenblick zur organischen Bildung einer Volksregierung, wurde, wie Doeberl sagt¹, verpaßt.

Am 7. November haben die Mehrheitssozialdemokraten unter Auer und die Unabhängigen unter Eisner sich zu einer Massendemonstration zugunsten des Friedens auf der Theresienwiese vereinigt. Auer war bis zuletzt gegen Umsturz, glaubte sich aber dem Verlangen nach einer Kundgebung für den Frieden nicht entgegenstellen zu dürfen; doch richtete er an Eisner die Frage, ob etwas, was außerhalb des Programms liege, beabsichtigt sei, was Eisner verneinte. Auf der Wiese waren außer Sozialdemokraten beider Richtungen auch Angehörige der Münchener Garnison, meist 18—19jährige Burschen, versammelt. Nachdem für Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und Ablehnung weiterer nationaler Verteidigung gesprochen und gestimmt worden war, zog die Masse, meist Mehrheitssozialisten, zurück in die Stadt; die, welche Eisners Rede gelauscht hatten, meist unabhängige Sozialdemokraten, aber auch kleine Soldatengruppen, halbwüchsige Burschen, Mädchen und Frauen, zogen, wie mir von einem sie begleitenden Studenten berichtet wurde, unter Eisners Führung zu den Kasernen und anderen militärischen Unterkunftshäusern und militärischen Depots; die Mannschaften sind zu ihnen übergegangen, und nun ging es zum „Mathäser“, der größten Massenvirtschaft Münchens. Unter Eisners Vorsitz wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Dieser bemächtigte sich in der Nacht des Landtagsgebäudes und erklärte sich als provisorisches Parlament und Bayern zum freien Volksstaat. In der Nacht hat dann Eisner eine Verfassung, die alle radikalen Forderungen verwirklichte, niedergeschrieben. Am folgenden Tage ist sie als Verfassung des Freistaates Bayern proklamiert worden.

Als wir am 8. November uns an den Frühstückstisch setzten, haben wir zu unserem Erstaunen erfahren, daß Bayern über Nacht Freistaat geworden sei. Nachmittags drei Uhr hat eine neue große Sitzung der Arbeiter und Soldaten stattgefunden, an der außer vier fortschrittlichen Abgeordneten die gesamten Fraktionen der Mehrheitssozialdemokratie und des Bauernbundes teilnahmen. In ihr wurde eine provisorische Regierung nach Eisners Vorschlägen zusammengesetzt: Eisner als Minister des Äußeren und Ministerpräsident, Hoffmann als Kultusminister und Vizepräsident, Timm als Justizminister, Auer als Minister des Innern, der bisherige Minister von Frauendorfer als Verkehrsminister, Professor Dr. Jaffé als Finanzminister und Unterleitner als Minister für soziale Fürsorge.

¹ M. Doeberl, Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat, München 1920, S. 25.

König Ludwig III. hat, als er von dem Aufstand hörte, München sofort verlassen, und zwar so, daß sein letzter Ministerpräsident Dandler mehrere Tage nicht wußte, wo er sich aufhielt. Er hat, nachdem man ihn auf Schloß Anif, außerhalb seines Landes, entdeckt hatte, auf Antrag Dandlers, um die in ihrem Gewissen bedrängten Beamten zu beruhigen, am 13. November „allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen freigestellt“ und sie des ihm geleisteten Treueids entbunden.

4

Ich bin bis dahin kein Republikaner gewesen, doch habe ich als Deutscher mich nie für die Außenpolitik der deutschen Einzelstaaten begeistern können. Die Geschichte hatte mich gelehrt, daß zu einer Zeit, da Franzosen, Spanier und Engländer ihre nationalen Kräfte zu einer Einheit zusammenfaßten, die vielgerühmte deutsche Treue sich in systematischer Treulosigkeit der Reichsvasallen gegen Kaiser und Reich geäußert hat, um sich aus dem Reichsgebiete unabhängige Landesherrschaften herauszuschneiden. Hat doch auch Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ II, 21 geschrieben: „Diese Sinnesrichtung, die man nach Belieben Egoismus oder Unabhängigkeitssinn nennen kann, hat in der deutschen Geschichte von den rebellischen Herzögen der ersten Kaiserzeit bis auf die unzähligen reichsunmittelbaren Landesherren, Reichsstädte, Reichsdörfer, Abteien und Ritter und die damit verbundene Schwäche und Wehrlosigkeit des Reiches ihre Bestätigung gefunden.“ Andererseits war ich mir bewußt, daß es gerade in Bayern die Könige gewesen waren, die einer oft widerwilligen Bevölkerung Fortschritte in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft aufgenötigt hatten. Aber wohin waren diese Könige gekommen? Was sollte eine Monarchie ohne einen Monarchen! Es blieb also nichts übrig, als dem Beispiel der Behörden zu folgen und dem Arbeiter- und Soldatenrat als oberster Gewalt sich zu fügen.

Immerhin hielt ich mich von jeder Mitarbeit fern. Da besuchte mich der Kollege Siegmund Hellmann und machte die Interessen der Universität geltend. Es gehe nicht, daß wir die Kulturinteressen des Landes dem Unverstand wissenschaftlicher Analphabeten überließen; um sie zu retten, müßten der Arbeiter- und Soldatenrat durch einen Rat geistiger Arbeiter ergänzt werden; ich müsse dies fordern; mir, der so oft für Arbeiterinteressen eingetreten sei, würden die Arbeiter das Verlangen nicht abschlagen.

Ich muß gestehen, daß mir die Zumutung ungelegen kam. Ich hatte noch wenige Tage vor Ausbruch der Revolution jenen schon erwähnten Artikel gegen eine die deutsche Wissenschaft diffamierende Rede Eisners

geschrieben. Wie würde er das Verlangen, wenn es von mir ausginge, aufnehmen! Doch ein Tag Bedenkzeit sagte mir, daß im Interesse unserer Kulturinteressen etwas geschehen müsse. In einer Zusammenkunft in meinem Hause, an der die hervorragendsten Vertreter von Literatur, Kunst, Wissenschaft, Richter und Rechtsanwälte teilnahmen, wurde beschlossen, von Eisner die Anerkennung eines zu gründenden Rates geistiger Arbeiter zu fordern; aber im Hinblick auf meine Polemik sollte nicht ich mit dem Begehren an Eisner herantreten. Ich weiß nicht mehr, wer die Mission übernahm, sondern nur, daß Eisner zustimmte. In der darauf stattfindenden Gründungsversammlung, die unter meinem Vorsitz stattfand, wurden die von den Einberufern entworfenen Statuten von den zahlreich Erschienenen ohne Widerspruch angenommen und darauf die von mir vorgeschlagenen Personen zum Vorstand des Rates geistiger Arbeiter gewählt.

Aber ich habe mich nicht bei der Annahme der Statuten beruhigt. Man sprach damals davon, daß Eisner die Loslösung Bayerns vom Reiche betreibe und diesbezüglich mit Clemenceau in Verhandlung getreten sei; auch wolle er eine bayerische Nationalversammlung nicht einberufen. Man habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß als Folge des weiblichen Stimmrechts, das er in der Nacht nach Proklamierung des bayerischen Freistaates anerkannt habe, jeder Pfarrer bei der Wahl zur Nationalversammlung über Hunderte von Stimmen verfügen und Eisner dadurch in der Nationalversammlung hoffnungslos in der Minderheit sein werde; er wolle daher unter Umgehung einer Nationalversammlung lediglich mit seinem Arbeiter- und Soldatenrat regieren.

Unter dem Eindruck dieser umlaufenden Gerüchte habe ich, nach der Annahme der Statuten des geistigen Arbeiterrates, beantragt, die diesem beigetretenen Anwesenden möchten sofort zwei Resolutionen zustimmen. Die eine erklärte, daß Bayern wirtschaftlich nur als Teil des Deutschen Reiches die Interessen seiner Bevölkerung wahrzunehmen imstande sei, die andere, daß eine bayerische Nationalversammlung innerhalb 14 Tagen einzuberufen sei. Auch diese Resolutionen, die vorher, ohne Widerspruch zu finden, unter den Vorstandsmitgliedern zirkuliert hatten, wurden einstimmig angenommen, und ich ging, im Glauben, meine Aufgabe im öffentlichen Interesse so gut wie möglich gelöst zu haben, nach Hause.

Doch dies war nicht die Meinung des neugewählten Vorstandes. Als er am folgenden Nachmittag bei mir zusammentrat, überhäufte mich einige Mitglieder wegen der von mir beantragten Resolutionen mit Vorwürfen. Eisner schäume vor Wut; ich habe die Wirksamkeit des geistigen Arbeiterrates von Anbeginn in Frage gestellt. Meine Erwiderung, ich habe

ihnen die Resolutionen, bevor ich deren Annahme beantragt habe, vorgelegt, und sie hätten weder vor- noch nachdem ich sie beantragt habe, ihren Widerspruch gefunden, wurde damit beantwortet, daß man mir nicht gleich zu Anbeginn meines Vorsitzes Schwierigkeiten habe bereiten wollen. Gut, sagte ich, wenn Eisner schäumt, was kann er mir tun? Mich nach Stadelheim schicken? Man muß auch solche Erfahrungen machen; worauf Frau Ricarda Huch, die mein Vorgehen billigte, entrüstet ausrief: dann gehe auch ich nach Stadelheim.

Am Abend desselben Tages saß ich an meinem Arbeitstisch, als mir der Besuch des Professors Jaffé gemeldet wurde. In seinem Idealismus hatte er das ihm von Eisner angetragene Finanzministerium angenommen, ähnlich wie der Minister Frauendorfer das Eisenbahnministerium im öffentlichen Interesse fortgeführt hatte. Seitdem hatte ich Jaffé nicht gesehen. Er trat mit sichtbarer Verlegenheit in mein Zimmer. Nach freundlicher Begrüßung fragte ich ihn, was er mir bringe. Ich komme, antwortete er schüchtern, mit einer merkwürdigen Mission Eisners. Aha, dachte ich, jetzt kommt Stadelheim. Aber statt dessen sagte Jaffé: Eisner läßt Sie fragen, ob Sie nicht Handelsminister werden wollen. Ich konnte einen Aufschrei von Lachen kaum unterdrücken. Das also war das Ergebnis von Eisners angeblich schäumender Wut! Es war klar, daß er mich durch Heranziehung in seine Regierung entwaffnen wollte. Nein, sagte ich zu Jaffé, sagen Sie Herrn Eisner, die Bürokratie habe mich allzeit von jeder Teilnahme an Regierungsgeschäften ferngehalten; ich sei mit solchen in keiner Weise vertraut und würde nur das Opfer meiner Räte sein und vielleicht manche Maßnahme unterschreiben, mit der ich bei näherer Kenntnis gar nicht einverstanden wäre. Jaffé schien meine Ablehnung erwartet zu haben. Aber Eisner hat sich dabei nicht beruhigt.

5

Ich habe als Vorsitzender des Rats geistiger Arbeiter öfter mit Eisner zu verhandeln gehabt. Er war gleich seinen bolschewistischen Freunden Gegner von Demokratie und Parlament; was er wollte, war die Diktatur des Proletariats und als deren Organ die Arbeiterräte. Sie sollten die Nationalversammlung überwachen. Wenn man sage, daß Arbeiterräte entbehrlich seien, so behaupte er, noch eher wäre die Nationalversammlung entbehrlich. Nur unter dem Druck des Verkehrspersonals, des Beamten- und Lehrerbunds und seiner Ministerkollegen, hat er sich genötigt gesehen, der möglichst raschen Einberufung einer bayerischen Nationalversammlung zuzustimmen. Bei solchen Absichten kam es darauf an, in dem Münchener Arbeiter- und Soldatenrat, der die Nationalversammlung beaufsichtigen sollte, für die geistigen Arbeiter möglichst viel Stimmen zu

erlangen. Ich bin darum bei Eisner eingekommen, der ihnen auch 30 Stimmen versprach, aber dafür verlangte, daß ich, wenn ich nicht Handelsminister werden wolle, wenigstens die Vermittlung des Ministeriums mit der Geschäftswelt übernehme. Das habe ich im Interesse des geistigen Arbeiterrats zugesagt; auch wollte ich vorbeugen, daß Unberufene — Phantasten wie Silvio Gesell oder unlautere Elemente — die Aufgabe übernehmen und vielleicht unabsehbaren Schaden anrichten würden.

Ich habe das mir übertragene Amt eines Volkskommissars für Handel und Industrie am 7. Dezember angetreten, aber schon am 13. um Enthebung gebeten, und habe es, nachdem ich meine Bitte am 16. wiederholt hatte, niedergelegt. Vielleicht sind die Briefe, die ich an Eisner geschrieben habe, von Interesse, insofern sie Anhaltspunkte zur Beurteilung der damaligen bayerischen Industrie geben.

Ich habe am 8. Dezember an Eisner geschrieben:

Ich habe gestern das mir übertragene Amt insofern angetreten, als ich bei Herrn von Meinel¹ war, um mich mit ihm über den durch die Verhältnisse gebotenen Arbeitsplan zu besprechen.

Zu meinem Entsetzen habe ich aus dem Gespräch entnommen, daß die Gebundenheit des Handels, wie sie während des Krieges entstanden ist, noch heute unvermindert fortbesteht, so daß aus Bayern nichts ausgeführt werden darf, ohne Genehmigung einer in Berlin sitzenden Behörde, die regelmäßig wochenlang, mitunter bis zu sechs Monaten, auf Antwort warten läßt. Es wäre die höchste Zeit, daß diese der Verfassung des Deutschen Reiches direkt widersprechenden Beschränkungen des Handelsverkehrs im Innern wie nach außen beseitigt würden. Ohne daß wir die freie Absatzmöglichkeit wieder herstellen, kann an ein Wiederaufblühen des deutschen und speziell auch des bayerischen Wirtschaftslebens nicht gedacht werden.

Ich habe mit Herrn Meinel verabredet, daß mir in mein Zimmer zunächst die Akten über die auswärtigen Handelsbeziehungen der bayerischen Industrie vorgelegt werden, um mich darüber orientieren zu können. Ganz besonders sollen mir die die Kohlenversorgung Bayerns betreffenden Aktenstücke vorgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit komme ich auf den Gedanken zurück, den ich schon vor fünfzehn Jahren verschiedenen bayerischen Ministern und dem Prinzen Ludwig vorgetragen habe, ohne durchdringen zu können, nämlich, daß Bayern sich ein Kohlenbergwerk außerhalb der blauweißen Pfähle erwerben muß. Nur auf diese Weise kann es sich unabhängig machen von dem guten Willen sowohl von Preußen als auch des Kohlenyndikates in der Versorgung mit dem elementarsten Rohstoff seiner Industrie. Da die Aktien der verschiedenen Kohlengruben zur Zeit sehr niedrig stehen, so käme es darauf an, durch einen diskreten Bankier die Mehrheit der Aktien eines reichen Kohlenbergwerkes zu erwerben. Vielleicht wäre es am besten, an den Erwerb eines solchen in Deutsch-Böhmen zu denken, da dieses uns geographisch am nächsten liegt. Nur müßte die Sache absolut diskret betrieben werden.

¹ Herr von Meinel leitete als Staatsrat die handelspolitische Abteilung im bayerischen Ministerium des Äußern,

Außerdem habe ich mit Herrn Meinel über die Sozialisierung von Großbetrieben mich unterhalten; wir waren vollständig einer Meinung, daß an einen Eigentumserwerb seitens des bayerischen Staates nicht gedacht werden kann. Einmal wegen der finanziellen Lage desselben und zweitens, weil dadurch ein Objekt für den Zugriff der Entente bei den Friedensverhandlungen geschaffen würde. Dagegen würde die bevorstehende Vermögensabgabe Gelegenheit geben, den zu sozialisierenden Betrieben zuzumuten, der Gesamtheit ein Miteigentum an den Ergebnissen ihres Betriebes nach dem Muster der Reichsbank zuzugestehen, mit anderen Worten, ihre Betriebe zu sogenannten gemischten Betrieben zu machen. Über die Verteilung des Ertrages zwischen Kapital, Staat und Arbeit wäre dann noch im einzelnen zu reden. Herr Meinel war mit dem Gedanken vollständig einverstanden. Natürlich müssen Vertreter der Industrie und ebenso der Arbeiter herangezogen werden, sowohl bei der Bestimmung der Betriebe, die zunächst ins Auge zu fassen wären, als auch bezüglich der Einführung einer Kontrolle der Arbeiter über die Betriebe in gewissen Beziehungen.

Endlich habe ich mich mit Herrn Meinel über die Ausdehnung der Konsumvereine unterhalten in dem Sinn, in dem wir dies bei unserer neulichen Zusammenkunft getan haben. Auch hier herrschte prinzipielle Übereinstimmung, was die wirtschaftliche Seite der Sache angeht. Die Hauptschwierigkeit besteht bloß in der politischen Lage. Auch wenn wir die derzeitigen Ladeninhaber zu Beamten des Konsumvereins machen, wird doch eine sehr große Zahl derselben überflüssig werden und damit in das Zentrumslager übergehen, das ja den Schutz des Mittelstandes auf seine Fahnen geschrieben hat. Wir werden daher von der Durchführung dieses Gedankens absehen müssen, solange bis die politischen Verhältnisse sich etwas mehr konsolidiert haben.

Am 13. schrieb ich weiter an Eisner:

Ich habe Ihnen am 8. Dezember geschrieben, daß ich bei Herrn von Meinel gewesen bin, um mich mit ihm über den durch die Verhältnisse gebotenen Arbeitsplan zu besprechen und daß ich ihn in jeder Weise entgegenkommend gefunden habe. Seitdem habe ich die Akten durchstudiert, die Herr Staatsrat von Meinel auf mein Zimmer zu senden die Güte hatte. Am interessantesten war ein Bericht der bayerischen Zweigwirtschaftsstelle für Textilindustrie an das Staatsministerium des Äußern. Er zeigt, daß es dieser an Baumwolle fehlt. Um diese zu erlangen, ist vor allem nötig, daß die Ausfuhrsperrung für Waren, die in der Schweiz für deutsche Rechnung lagern, sowie für diejenigen, welche auf dem Weltmarkt zu erlangen sind, gemildert, womöglich beseitigt wird. Auch ist zur Beschaffung von Baumwolle die Ausnutzung des Kredits im Ausland nötig, da das Inland infolge des Krieges völlig verarmt ist. Ein anderes Mittel, um die benötigte Baumwolle zu erlangen, wäre die Hinaussendung bayerischer Waren für die fremden. Dabei käme in Betracht bayerisches Glas sowie die Produkte der Porzellan- und Spielwarenindustrie.

Aber die weiteren Angaben des Berichtes der gedachten Zweigwirtschaftsstelle lassen die Lage der Textilindustrie in Bayern überhaupt als nahezu hoffnungslos erscheinen. Es wird von ihr berechnet, daß infolge des teuren Bezuges von Baumwolle, hohen Kohlenpreisen und des schlechten Standes der deutschen Valuta die Produktionskosten eines Hemdes in Bayern sich auf das Dreifache des Betrages stellen, den ein solches Hemd in Amerika kosten würde.

Wenn auch bei dieser Berechnung Fehler mit unterlaufen, so kommt, auch wenn man diese Fehler ausmerzt, das Hemd in Deutschland doppelt so teuer zu stehen. Es erscheint somit aussichtslos, daß die bayerische Textilindustrie angesichts der dormaligen hohen Baumwoll- und Kohlenpreise und der hohen Löhne mit dem Ausland konkurrieren kann, ja, ob sie jemals dazu imstande sein wird.

Diesen Eindruck haben meine weiteren Aktenstudien verstärkt. Ich habe versucht, mich aus den Akten über die Kohlenversorgung Bayerns seit 1914 über die Beschaffung von Kohlen zu orientieren, wobei ich nichts, was für die Zukunft Anhaltspunkte geben könnte, herausgefunden habe. Nun hat Herr Professor Weiß in Prag ein Handelsabkommen getroffen, demzufolge Böhmen täglich 25 Waggons an Bayern zu liefern verspricht. Das ist absolut unzureichend, um den Weiterbetrieb der bayerischen Industrie sicherzustellen.

Ich habe ferner die Akten über die Handelsbeziehungen Bayerns zu Rußland und den Balkanländern durchgenommen und daraus ersehen, daß Bayern auch sehr arm an sonstigen Waren ist, die es, wie die Textilindustriellen vorschlagen, im Austausch gegen die Rohbaumwolle hingeben könnte. Um es kurz zu sagen: Ich habe einen sehr pessimistischen Eindruck über die Lage der bayerischen Industrie erhalten.

Wäre nicht die Notwendigkeit für die beschäftigungslosen Arbeiter zu sorgen, so könnte man ja statt der, weil historisch erwachsenen, irrationellen Gestaltung der bayerischen Industrie eine rationellere setzen. Aber die Zeitumstände lassen eine solche planmäßige Regelung der Produktion als ausgeschlossen erscheinen, ganz abgesehen von den Widerständen, denen sie ausgesetzt wäre.

Nach der einwöchentlichen Betätigung in der mir zugewiesenen Aufgabe muß ich jede Hoffnung fahren lassen, irgend Ersprießliches zu ihrer Erfüllung beitragen zu können. Ich muß Sie daher bitten, mich von dem mir gewordenen Auftrag wieder entheben zu wollen. Dagegen bin ich gerne bereit, mitzuwirken, wenn Sie, ähnlich wie dies in Berlin geschehen ist, eine Kommission einberufen wollen mit dem Auftrag, der Frage der Sozialisierung gewisser Produktionszweige näherzutreten, und erkläre mich auch bereit, falls Ihnen dies genehm sein sollte, den Vorsitz in einer solchen Kommission zu übernehmen. Ich würde mir dann auch erlauben, Ihnen Vorschläge über die Personen, die in eine solche Kommission zu berufen wären, zu machen.

Am 16. schrieb ich:

Ich habe die Absicht, heute nachmittag bei Ihnen vorzusprechen, um mich mit Ihnen, wenn möglich eingehender, über die bayerische Industrie und den bayerischen Handel zu unterhalten. Ich weiß aber nicht, ob es mir gelingen wird, bei Ihnen vorzukommen und ob Sie genügend Zeit für eine gründliche Aussprache für mich haben.

Daher erlaube ich mir, Ihnen folgendes schriftlich mitzuteilen. Dies um so mehr, als die Münchner Neuesten Nachrichten von heute früh einen Artikel bringen, in dem von einem von Herrn von Meinel an Sie gerichteten Brief die Rede ist und ich mich gerade über Herrn von Meinel äußern möchte. Herr von Meinel ist, wie ja auch Ihre Meinung sein dürfte, ein äußerst pflichttreuer, in seiner Art ganz vortrefflicher Beamter. Seit 25 Jahren hat er seine ganze Arbeitskraft den Interessen des bayerischen Handels und der bayerischen Industrie gewidmet. Er ist der denkende Geist derselben und genießt das absolute Vertrauen der Handeltreibenden in sämtlichen acht Kreisen des

Königreiches in unbeschränktem Maße. Das geht so weit, daß der Wunsch, ein selbständiges bayerisches Handelsministerium zu haben, von den Handel- und Gewerbetreibenden direkt mit seiner Person verknüpft ist, insofern, als sie ein Handelsministerium wünschen, wenn Herr von Meinel Handelsminister wird, andernfalls aber nicht.

Die letzten 25 Jahre sind in Bayern wie im übrigen Deutschland Jahre der intensivsten Schutzzollpolitik gewesen. Ich brauche hier nicht zu wiederholen, daß ich dieselbe verurteile. Aber nimmt man sie als etwas Gegebenes an, so könnte kein besserer Vertreter derselben an der Spitze des Ministeriums gedacht werden als Herr von Meinel. Dazu kommen noch die außerordentlich liebenswürdigen Eigenschaften desselben, um es verständlich zu machen, daß alle Interessenten ganz besonders ihm anhängen. Sollte Herr von Meinel aus seinem Amte scheiden, so würde das ohne Zweifel die gesamten Kreise von Industrie und Handel zu Ihren Gegnern machen.

Dies vorausgeschickt, werden Sie begreifen, daß ich mir nicht denken kann, daß bei Fortdauer der mir übertragenen Aufgabe irgend etwasersprießliches herauskommen kann. Meine Beschäftigung mit den Interessen der bayerischen Industrie und dem bayerischen Handel in den letzten acht Tagen haben meine Überzeugung von der Irrationalität einer ganzen Fülle bayerischer Erwerbszweige in weitgehendem Maße verstärkt. Vor allem ist klar, daß der Mangel an Kohle alle Industriezweige, bei deren Produktionskosten die Beschaffung von Kohle eine ausschlaggebende Rolle spielt, außerstand setzen muß, mit analogen Betrieben in den Teilen Deutschlands, die mit Kohle besser ausgestattet sind, zu konkurrieren. Noch schwieriger stellen sich die bayerischen Konkurrenzverhältnisse dar, wo es sich um die Bearbeitung von Rohstoffen handelt, die aus dem Auslande bezogen werden müssen. Die geographische Lage Bayerns ist für deren Bezug die denkbar ungünstigste. Alle diese Industriezweige sind historisch erwachsen zu einer Zeit, da das Fehlen von modernen Verkehrsmitteln ihnen noch einen lokalen Absatzmarkt sicherte; mit der Ausbildung derselben konnten sie bloß existieren, indem sie auf Kosten der beschäftigten Arbeiter die Ungunst der natürlichen Produktionsbedingungen wettzumachen suchten, und so weit das nicht ausreichte, sich durch hohe Schutzzölle den nötigen Zuschuß aus der Tasche der Konsumenten zu sichern suchten. So lange die Vorstellung herrschte, daß Deutschland berufen sei, in jeder Beziehung sich selbst zu genügen, fanden sie denn auch Entgegenkommen für ihre Forderungen, ganz gleichgültig, um welche Art von Fabrikation es sich handelte. So ist die Hauptmasse der bayerischen Industriellen in sozialen Fragen scharfmacherisch, in handelspolitischen Fragen schutzzöllnerisch und in engem Zusammenhang mit beiden bis zum großen Zusammenbruch ganz alldeutsch gewesen.

Dieses System ist meiner Meinung nach in aller und jeder Beziehung vorbei. Um ein Beispiel zu gebrauchen: Die Baumwollspinnerei in Augsburg am Stadtbach ist nächst einer in Leipzig die größte in Deutschland. Was gibt es heute Irrationelleres, als Baumwolle spinnen zu lassen in Augsburg, wo weder die Rohstoffe noch auch die Kohle vorhanden sind und, wie die Ausführungen der Textilindustriellen besagen, ein Hemd nur zu den doppelten und dreifachen Kosten wie in Amerika hergestellt werden kann. Der Weiterbetrieb in so ungesunden Erwerbszweigen kann nur stattfinden bei Ausschluß

aller Textilfabrikate des Auslandes vom heimischen Markte und bei der Niederhaltung der Löhne. Nichtsdestoweniger haben wir in der letzten Zeit von weiteren Neugründungen auf dem Gebiete der Textilindustrie gehört. Für die betreffenden Industriellen gibt es nur einen Gedanken: den der möglichst baldigen Rückkehr zu den Verhältnissen vor Kriegsausbruch, und zwar in aller und jeder Beziehung, in handelspolitischer und sozialer und als Voraussetzung beider in allgemein politischer Beziehung. „Der alte König rückwärts ist mir lieber als der gesamte Vorwärts“ ist ein bekanntes Diktum.

Es ist klar, daß ich mich auf einen solchen Standpunkt nicht stellen kann. Der Krieg hat uns großes Unglück gebracht, aber auch ein Gutes: er hat tabula rasa gemacht mit allen Ergebnissen der historischen Entwicklung, die den natürlichen Bedingungen nicht mehr entsprechen. Das einzig Vernünftige wäre, davon in der Weise Vorteil zu ziehen, daß man nunmehr nicht wieder künstlich belebt, was aus eigener Kraft nicht zu leben vermag, sondern dies zu ersetzen suche durch Konzentration auf diejenigen Erwerbszweige, für welche die natürlichen Lebensbedingungen gegeben sind. Am meisten läge dies im Sinne einer sozialistischen Regierung, zu deren obersten Programmpunkt die planmäßige Regelung der Produktion gehört. Um dies leisten zu können, wäre aber zweierlei nötig: Erstens eine Übersicht über alle diejenigen Erwerbszweige, für welche gesunde Existenzbedingungen in Bayern gegeben sind, und zweitens ausreichende Autorität, um das gesamte Erwerbsleben in diese gesunden Bahnen lenken zu können und die Sicherheit dafür, daß man ausreichend lange an der Gewalt wäre, um diese neue Politik zum Heile des Landes, zum Siege führen zu können.

Ich besitze weder die Kenntnisse, die zu ersterem nötig sind, noch auch habe ich den Glauben, daß die dermaligen Machtverhältnisse so lange dauern, um auch nur eine Annäherung an das gedachte Ziel herbeiführen zu können. Außerdem aber handelt es sich darum, für die aus dem Felde zurückkehrenden Leute und ihre Angehörigen im Lande sofort Arbeit zu schaffen, und zwar Arbeit, die sie gern zu übernehmen bereit sind. Diese Zwangslage erschwert noch die an sich fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche mit einer so grundstürzenden Neuordnung des gesamten Wirtschaftslebens verknüpft sind. Das letztere Interesse ist so überwältigend, daß es zur Zeit gar nicht denkbar erscheint, das als besser Erkante auch nur anzustreben. Sie haben ganz recht gehabt, als Sie in erster Linie die endliche Durchführung des Walchenseeprojektes in Angriff genommen haben; aber bis wir auf diesem Wege Ersatz für die fehlenden Kohlen erhalten, ist die ganze Arbeiterbevölkerung verhungert. So erscheint mir denn nichts anderes angebracht, als den vortrefflichen Herrn Staatsrat von Meinel in seiner bisherigen Art weiterarbeiten zu lassen. Es wird Ihnen dies das Vertrauen der industriellen Kreise erhalten, und er wird so vielleicht imstande sein, uns über die dringendste Not des Augenblicks hinwegzuhelfen. Aber für mich ist bei einer solchen Rückkehr zu dem, was ich als die verkehrteste Politik der Vergangenheit ansah, kein Platz.

Daher ich meine Bitte wiederhole, mich der mir gestellten weiteren Aufgaben entbinden zu wollen. Daß ich bereit bin, bei einer Kommission mitzuwirken, welcher die Frage der Sozialisierung der einzelnen Betriebe übertragen werden sollte, habe ich schon in meinem letzten Brief gesagt. Es ist richtig, daß ich in meinem Gespräch mit Herrn von Meinel gesagt habe, daß

ich der Meinung bin, daß von einer allgemeinen Sozialisierung nicht die Rede sein kann. Es kann sich meines Erachtens nur darum handeln, die Sozialisierung solcher Betriebe in Angriff zu nehmen, die einen Monopolcharakter haben und an sich schon einen routinenhaften Betrieb aufweisen. Wo die persönliche Tüchtigkeit und Findigkeit des privaten Unternehmers eine ausschlaggebende Rolle spielt, würde eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Volkswirtschaft schädigen.

6

Eisner mußte sich in mein Aufgeben des mir aufgedrängten Amts finden; aber damit ließ er in seinem Streben, mich mit seiner Regierung zu verbinden, nicht nach. Ich besitze noch die Legitimationskarte, die er mir sandte, auf welcher ich als „Zentralrat geistiger Arbeiter Bayerns“ zum Mitglied der revolutionären Regierung Bayerns erklärt wurde. Die Karte ist von mir niemals benützt worden. Auch habe ich nie an einer Sitzung weder der Regierung, noch auch des Arbeiter- und Soldatenrats teilgenommen. Dagegen habe ich, um zu lernen, gern den Vorsitz der bayerischen Sozialisierungskommission übernommen. Ich denke noch heute mit Bewunderung an die belehrenden Aussagen nicht nur von Oskar von Miller, sondern an die klaren Darlegungen der vernommenen Ministerialbeamten und des Herrn von Wacker in Lindau über die elektrischen Anlagen und Möglichkeiten Bayerns, sowie der Leiter anderer großer industrieller Unternehmungen in Bayern. Der Eindruck, den ich erhielt, war derselbe, den das Studium der Berichte der Berliner Sozialisierungskommission bei mir hinterließen: eine absolute Überlegenheit der privaten Wirtschaftsbetriebe über die staatlichen, durch Beamte geleiteten. Wie in meinen vorstehenden Briefen an Eisner gesagt ist: nur wo ein völlig routinenhafter Betrieb möglich war, konnte an Sozialisierung gedacht werden.

Meine Tätigkeit als „Zentralrat geistiger Arbeiter“ beschränkte sich darauf, bei dem Kultusminister vorzusprechen, er möge in Universitäts-sachen keine Verfügung treffen, ohne die Universität befragt zu haben; er zeigte dafür volles Verständnis. Auch hatte ich einmal die Zahl der den geistigen Arbeitern im Arbeiter- und Soldatenrat von Eisner zugebilligten Sitze zu verteidigen, als ich hörte, man wolle sie auf sechs reduzieren. Als ich mich zu Eisner begab, war gerade jemand bei ihm; ich mußte in seinem Vorzimmer warten, in dem sein Sekretär Fechenbach herrschte. In diesem Raum saßen alle möglichen Individuen, Männer und Weiber, die einen unerfreulichen Anblick boten; er erinnerte mich an die von der heiligen Therese gegebene Beschreibung der Hölle: ein Ort, in dem Unordnung herrscht und es stinkt. Nachdem ich eine Stunde gewartet hatte, und Eisner noch immer in Anspruch genommen war, trat ich an Fechenbach mit der Bitte heran, Eisner zu sagen, daß ich eine Stunde darauf

gewartet habe, zu ihm dringen zu können, und bat ihn, ihm mein Anliegen mitzuteilen; er habe uns dreißig Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat versprochen, nun heiße es, wir bekämen nur sechs. Fechenbach antwortete: „Eisner hat da gar nichts zu sagen; das bestimme ich.“ — „Und warum wollen Sie uns nur sechs geben?“ Die Antwort lautete: „Die geistigen Arbeiter sind ohnedies gescheiter wie die übrigen; diese könnten dann nicht durchsetzen, was sie wollen.“ In diesem Augenblick ging die Türe auf und ich konnte zu Eisner hinein. Über seinem Schreibtisch hing noch immer das Ölbild Ludwigs III. Er selbst war sehr liebenswürdig, bewilligte ohne weiteres 30 Vertreter und, charakteristisch für den Feuilletonisten, redete alsbald Literatur. In der Zahl der Vertreter der geistigen Arbeiter hat aber Fechenbach gesiegt.

Im übrigen hatte ich die Verwaltungsgeschäfte des geistigen Arbeiterrats zu erledigen und in diesen Versammlungen den Vorsitz zu führen. Diese Aufgabe war keineswegs leicht. Nicht nur war es erstaunlich, wer alles sich als geistiger Arbeiter entdeckte; große Schwierigkeiten bereitete auch der Glaube vieler wirklichen geistigen Arbeiter, daß der Rat berufen sei, in ihren Differenzen mit Zeitungen und Verlegern ihre Interessen wahrzunehmen; mit am schwierigsten war die Leitung der Versammlungen der geistigen Arbeiter. Eine Anarchistenversammlung kann nicht schwieriger zu leiten sein. Eine dieser Versammlungen lebt noch besonders in meinem Gedächtnis. Sie fand in einem uns eingeräumten großen Saale des Landtags statt. Unser Sekretär, ein Rechtspraktikant W., sprach gerade, um die weit auseinandergehenden Anschauungen zu einem einheitlichen Entschluß zu bringen. Da erschallten dumpfe Schläge an unsere Türe, so etwa wie im letzten Akt des Don Juan, bevor der Komtur eintritt; und ebenso wie Don Juan und seine Umgebung waren die Anwesenden entsetzt, als sie den damaligen Polizeipräsidenten und den Stadtkommandanten, begleitet von zwei Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett, eintreten sahen und der Polizeipräsident dem Redner zurief: „Sie sind verhaftet.“ „Es muß ein Mißverständnis vorliegen“, rief der Verhaftete, „in einer halben Stunde bin ich wieder da.“ Ich führte die Verhandlungen zu Ende. Die halbe Stunde war vergangen, aber unser Sekretär nicht zurückgekehrt. Die Luft im Saal war dick geworden; die Anwesenden zogen ihre Mäntel an und wollten nach Haus. Aber die, welche den Saal verlassen hatten, kamen zurück: Die Treppe sei von Soldaten besetzt; niemand werde herausgelassen; vor dem Landtag seien Maschinengewehre aufgeföhren. Man eilte ans Telephon. Aber alle Telephone im Hause waren ausgeschaltet. Endlich wurde ein vergessenes entdeckt. Man bat den Oberamtsgerichtsrat Meyer, vor dem Eisner wenige

Wochen vorher als Angeklagter gestanden hatte, er möge bei ihm nach der Ursache fragen, warum wir festgehalten würden. Als Antwort kam die Frage, warum wir auf 10 Uhr einen Leutnant und 100 Mann nach dem Landtag bestellt hätten. Aber niemand wußte etwas von einem Leutnant und 100 Mann. Darauf wurde der Oberamtsgerichtsrat nach dem Ministerium des Äußern, in dem Eisner saß, geladen und unter militärischer Begleitung dahin abgeführt. Vor Eisner fand er unseren Sekretär. Da Meyer auf die Frage, warum wir einen Leutnant und 100 Mann bestellt hätten antwortete, niemand wisse etwas von einer solchen Bestellung, fuhr Eisner unseren Sekretär an: „Sie sehen, daß Sie gelogen haben.“ Es stellte sich heraus, daß unser Sekretär am Nachmittag einem ihm bekannten Leutnant auf der Straße begegnet war. In der Annahme, daß jeder Leutnant ein Gegner Eisners sein müsse, hatte er mit ihm verabredet, daß er mit 100 Mann um 10 Uhr abends zum Landtag komme; dann wollten wir mit ihm nach dem Promenadeplatz ziehen und Eisner festnehmen. Aber der Leutnant war ein Anhänger Eisners; er hatte diesem den Anschlag gemeldet, und statt Eisner wurde nun unser Sekretär eingesperrt. Doch hat Eisner ihn nach wenigen Tagen aus der Haft entlassen.

Der für Eisner ungünstige Ausfall der Wahlen zum Landtag hat ihn in seiner Abneigung, die von ihm versprochene bayerische Nationalversammlung einzuberufen, verstärkt. Er hat alles getan, um ihre Einberufung zu hintertreiben. Als der Innenminister Auer sie am 12. Februar auf den 21. d. M. zu einer Sitzung einberief, ist dies gegen seinen Willen geschehen. Der Rätekongreß remonstrierte in einer Versammlung auf der Theresienwiese, und Eisner setzte sich an die Spitze eines Demonstrationzugs; die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Regierung antworteten mit der Einberufung der Landeskonzferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns, die die Politik Auers billigte. Das Bekenntnis zum Parlament forderte, daß die Regierung bei Eröffnung des Landtags ihre Ämter in die Hände der Volksvertretung zurückgab. Eisner leistete bis zum letzten Augenblick leidenschaftlichen Widerstand. Erst am Tage vor dem Zusammentritt des Landtags hat er zugestimmt. Dann hat die Ermordung, die er immer erwartet hatte, stattgefunden. Er ist auf dem Wege zum Landtag, in dem er die Niederlegung der Ämter seitens des gesamten provisorischen Ministeriums erklären sollte, vom Grafen Arco-Valley erschossen worden. Darauf die Schießerei Lindners, eines Anhängers von Eisner, im Landtag auf Auer, bei dem dieser verwundet, und außerdem die Abgeordneten Osel und Jahreis getötet wurden, sowie Sprengung des Landtags durch Anhänger des Räteystems. In wenigen Stunden schwenkten große Massen von der Mehrheitssozialdemokratie in das radikale Lager über.

Und nun wiederholte sich das klägliche Schauspiel, das die Verwaltung gegeben hatte, als Eisner am 8. November die bayerische Republik ausrief; statt ihre Macht energisch zur Geltung zu bringen, haben Regierung und Landtag sich dem Befehle des Rätekongresses „Der Landtag bleibt vorerst vertagt“ gefügt. Erst am 17. März ist der Landtag wieder zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten. Ein Beweis für die politische Unfähigkeit der darin vertretenen bürgerlichen Parteien war, daß, obwohl die ihr Angehörigen zwei Drittel des Landtags ausmachten, sie sich die Bildung eines rein sozialdemokratischen Ministeriums mit dem bisherigen Vizepräsidenten Hoffmann als Präsidenten gefallen ließen. Auch hat der Landtag in dieser Sitzung dem sozialistischen Ministerium im sogenannten Ermächtigungsgesetze vom 17. März 1919 unbeschränkte, auch gesetzgebende Gewalt für so viel wie unbegrenzte Zeit gegeben. Tatsächlich hat aber der Zentralrat nach wie vor regiert. Dieser hat unter anderem aus Österreich den für Utopien schwärmenden Dr. Neurath berufen, der für Vollsozialisierung eintrat. Ich mußte einmal einer Versammlung beiwohnen, in der er seine wirtschaftlichen Zukunftspläne darlegte. Sie entsprachen im Grundprinzip einer Wirtschaftsorganisation, wie sie im alten Ägypten bestanden haben mag, als jedermann direkt oder indirekt vom Könige lebte.

Im April ist es dann zu einem Konflikt zwischen dem Zentralrat der Soldaten und Arbeiter und dem Ministerium gekommen. Als das Ministerium den Landtag zu einer kurzen Sitzung am 8. April einberufen wollte, hat dies der Zentralrat verboten; er wollte den Landtag beseitigen und durch die Räterepublik ersetzen. In München waren viele Mehrheitssozialdemokraten aus Besorgnis, die Massen könnten ihnen entgleiten, gegenüber dem Ansinnen schwach. Dagegen haben die Nürnberger Sozialdemokraten die Räterepublik abgelehnt; das sozialdemokratische Ministerium hat dann am 5. April den Sitz der Regierung nach Bamberg verlegt; in München aber hat am 6. April der revolutionäre Zentralrat die Räterepublik proklamiert. Als ihr Vorbild erklärte sie die russische Sowjetrepublik und die ungarische unter Bela Kuhn. Ihr Vorsitzender war zuerst der Augsburgsburger Volksschullehrer Niekisch, dann der Literat Toller; namens des Bauernstandes zeichnete Karl Gandorfer als Mitglied.

Aber die erste Räterepublik dauerte keine acht Tage. Am 13. April wurde die zweite von den Kommunisten ausgerufen. Levin und Leviné übernahmen die Herrschaft.

7

Dr. Wadler, ein aus Ungarn eingewanderter Jude, hat damals nach russischem Vorbild die Zwangseinquartierung von Mietern in München ein-

geführt. Da nach dem Tode meiner Frau mein Haus für mich zu groß und Gefahr war, daß mir unliebsame Personen ins Haus gelegt würden, habe ich, um dem zuvorzukommen, einen Herrn von P., ein früheres Mitglied meines Seminars, und dessen Gattin in dasselbe aufgenommen. Die Frau ist, als sie ihrer Entbindung entgegenging, zu ihren Eltern nach Bremen gereist. Er war eifriges Mitglied der liberalen Partei, hatte aber auch Fühlung mit den Sozialdemokraten. Eines Tages erklärte er mir, er wolle nach Bamberg, um die „Weißen“ zu holen; die „Roten“ könnten sich nicht mehr halten. Auf meine Frage, wie er aus der Stadt kommen wolle, da niemand sie ohne Paß verlassen könne, antwortete er, ein paar Stunden nach jedem Wechsel in der Polizeidirektion besäßen seine Freunde den Abdruck der Unterschrift des maßgebenden Mannes. Ich verlangte, daß er alle seine Papiere aus meinem Hause fortschaffe und keine Waffe zurücklasse. Eine Pistole hat er in meinem Garten vergraben und eine Spartakusbroschüre zurückgelassen. Morgens vier Uhr verließ er mein Haus. Als ich gegen Abend desselben Tages von einem Spaziergang zurückkam, fand ich ein halbes Dutzend roter Soldaten vor, die nach Herrn von P. fragten. „Wo er sei?“ — „Er sei am Morgen abgereist.“ — „Wohin?“ — „Das könne ich nicht sagen. Vielleicht zu seiner Frau, deren Entbindung bevorstehe.“ — „Wo wohnt seine Frau?“ — „In Bremen.“ Das war ärgerlich; Bremen war außer dem Bereich ihrer Macht. Nun mußte ich sie in das Zimmer führen, das P. bewohnt hatte. Hier fanden sie nur die hinterlassene Spartakusbroschüre, was einen beruhigenden Einfluß auf sie übte. Auf die Frage, mit wem Herr von P. umgegangen sei, konnte ich keine Antwort geben. Darauf erklärten sie, ich müsse mitkommen. Auf mein Verlangen, mir zu sagen, ob sie mich über Nacht behalten wollten, dann würde ich mein Nachtzeug mitnehmen, antworteten sie: Nein, sie glaubten nicht, daß ich dabehalten werde. Nun wurde ich in ihrem Auto, auf dem eine rote Fahne wehte, nach dem Kriegsministerium gefahren. Dort ging es durch ein Spalier von Soldaten die Treppe hinauf bis in einen Raum fast unter dem Dach. Hier saßen mit ernster Miene zehn bis zwanzig Mann. Es wiederholten sich die Fragen nach Herrn von P., die mir schon in meinem Haus gestellt worden waren. Besonders hartnäckig wurde die Frage wiederholt, mit wem Herr von P. umgegangen sei. Ich antwortete: das wisse ich nicht. Ich sei ein alter Professor und sei stets der Meinung gewesen, daß es unklug sei, den Umgang meiner Schüler zu kontrollieren. Vermutlich habe er mit seinem Parteivorstand verkehrt. Nun kam die Frage: zu welcher Partei Herr von P. gehöre und wer deren Vorstand sei. Ich nannte die liberale Partei und deren Vorstand Dr. Hohmann. Ich wußte, daß dieser als Landtags-

abgeordneter in Bamberg und daß seine Familie auf dem Lande war. Es war also ungefährlich ihn zu nennen. Ich half den im Telephonadreßbuch Unbewanderten Hohmanns Telephonnummer zu finden. Da die Wohnung geschlossen war, blieb der Anruf ohne Antwort. Darauf wurden Soldaten mit dem Auto in Hohmanns Wohnung geschickt. Wie lang sie dort weilten, kann ich nicht sagen, denn als es sehr lang währte, erklärte der Vorsitzende, er wolle mich nicht länger aufhalten, bedauerte, mich nicht in ihrem Auto zurückfahren lassen zu können, da es noch nicht zurück sei, und ich fuhr mit der Trambahn wieder nach Haus, wo ich von den Meinen mit Freuden empfangen wurde.

8

Am 1. Mai zogen die von Herrn von P. benachrichtigten Weißen, daß München widerstandsunfähig sei, in die Stadt ein. Die Befreiung war das Werk der Reichstruppen unter General von Oven.

Aber damit waren die Folgen der Münchener Revolution für mich nicht zu Ende. Acht Tage, nachdem die Roten bei mir gewesen waren, fand ich, als ich von meinem Abendspaziergang nach Haus kam, meine Tochter, meine bei uns wohnende Cousine Irene Forbes-Mosse und das Dienstpersonal in der Halle meines Hauses, von Offizieren und Soldaten der weißen Armee umgeben. Ich äußerte mein Erstaunen, daß mein Haus, von dem aus die Weißen benachrichtigt worden seien, daß es Zeit sei zu kommen, nun ihrerseits untersucht werde. Die Antwort war, es sei im Laufe des Tages auf einen telephonischen Anruf, ob wir mehrere Mann aufnehmen wollten, geantwortet worden: ja, wenn sie ohne Papiere kämen. Nun wurde das ganze Haus vernommen. Zufällig aber hatte an diesem Tage kein Mensch bei uns telephoniert. Aber das genügte den Offizieren nicht. Sie gingen in jedes Zimmer, selbst in die Schlafzimmer meiner Tochter und meiner Cousine, in denen sie sich wenig rücksichtsvoll benahmen, Zigarren ansteckten, alle Briefe, die sie vorfanden, lasen und die Damen nötigten, diejenigen, die sie nicht lesen konnten, ihnen vorzulesen. Meine Cousine antwortete unter anderem: „Oh, wenn Sie sich für Briefe interessieren, hier habe ich gerade Briefe meines Großvaters Achim von Arnim an meine Großmutter Bettine!“ Doch weiß ich nicht, ob sie den Spott verstanden. Als sie in mein Zimmer kamen und die darin aufgestellten Bücher sahen, riefen sie: da haben wir ja zehn Jahre zu tun, bis wir die alle durchsucht haben. Zum Glück kam gerade der Briefträger. Er brachte den Brief des Redakteurs einer konservativen Zeitschrift. Er war dem Offizier, der den Brief an sich genommen und aufgerissen hatte, als solcher bekannt, worauf auf die Durchsuchung meines Zimmers verzichtet wurde.

Aber damit waren wir noch nicht befreit. Während unsere Zimmer durchsucht wurden, waren andere in das Kellergeschoß getreten und hatten dort frisch gedeckte Betten gefunden. Hier war der Beweis, daß wir uns bereit erklärt hatten, mehrere Mann über Nacht aufzunehmen, wenn sie ohne Papiere kämen. Aber auch dies brach zusammen. Es war am Morgen bei uns angefragt worden, ob wir bereit seien, zwei Köchen und vier Mann eines preußischen Regiments, Aufnahme zu gewähren, und meine Tochter hatte zugestimmt. Als sie dieses erklärte, war die liebenswürdige Antwort: „das ist gelogen“. Doch, da das Dienstpersonal die Angabe bestätigte, zogen die Eindringlinge, indes unter Zurücklassung eines Postens an unserem Telephon, ab. Aber sie waren noch nicht zehn Minuten fort, da kamen die beiden Köche und die vier Mann. Der Posten am Telephon rief sofort die Abgezogenen zurück und kam in heftigen Streit mit den beiden Regimentsköchen, die sich absolut von ihm nicht gefangennehmen lassen wollten, und den vier Mann. Darüber kamen die Abgezogenen zurück; die Offiziere erkannten den begangenen Irrtum, und nun endlich zogen alle unter verlegenen Entschuldigungen ab.

In der Nacht habe ich mir den Vorfall überlegt; ich fand, daß es ein Skandal sei, ohne allen Anlaß einer solchen Haussuchung unterworfen zu werden. Ich begab mich am Morgen zum General von Oven, um von ihm zu erfahren, wem ich das Erlebte zu danken habe. Ich fand freundliche Aufnahme; mein Besuch habe sich mit dem eines seiner Adjutanten gekreuzt, den er zu mir geschickt habe, um mich um Entschuldigung zu bitten. Ich nahm diese gern entgegen, erwiderte aber, es gebe Personen, die in ähnlicher Weise heimgesucht würden, denen er keinen Adjutanten sende. Ich verlangte zu erfahren, wer mich denunziert habe. Der General erkannte an, daß ich ein Recht habe, dies zu hören; ich möge zu seinen Adjutanten gehen, die mir dies sagen könnten. Aber die Adjutanten wollten nicht mit der Sprache heraus. Doch ich bestand auf meinem, von Herrn von Oven anerkannten Rechte; da wurde mir die mich empörende Antwort: auf Grund einer anonymen Denunziation! Bei der großen Zahl von Gegnern, deren ich mich erfreute, war damit alles erklärt, aber nicht nur das Vorgehen gegen mich, sondern auch gegen viele andere, die durch ähnliche Haussuchungen unschuldig belästigt wurden. Die Roten haben mit Recht allgemeine Empörung hervorgerufen, als sie die von ihnen gefangen genommenen Geiseln erschossen; wie so oft sind aber auch in München der weißen Reaktion noch mehr Personen, wie z. B. die 25 unschuldigen Mitglieder des katholischen Gesellenvereins zum Opfer gefallen!

I. Der Friede

Ich habe die Geschäfte des Vorsitzenden des geistigen Arbeiterrats weitergeführt, bis ich der Einladung zu einer Beratung von Friedensfreunden in Bern und der zu der darauffolgenden Sachverständigenkonferenz in Berlin zur Besprechung des Friedensvertrags Folge leistete. Die Geschäfte des Rats geistiger Arbeiter zu führen, war, wie aus dem Gesagten hervorgeht, eine trostlose Aufgabe. Sie wurde nun von anderen übernommen, bis wieder geordnete Zustände eintraten. Am 12. August 1919 hat Bayern eine neue Verfassung erhalten.

In Bern habe ich, im Gegensatz zu der Pariser Ententekonferenz von 1916, für Wiederherstellung des Freihandels unter den Nationen gesprochen und bin zum Vorsitzenden der Abteilung ernannt worden, die über Kolonien und Handelspolitik beraten sollte. Großen Eindruck haben mir die Vorträge einer Polin, Fräulein Ruzewska, und eines Schweizers, der früher Amtsrichter in Kamerun gewesen war, als Zeugnisse von Unparteiischen gemacht; sie konnten über die Verwaltung der deutschen Kolonien, seit Dernburg Kolonialminister geworden war, nicht genug Gutes sagen. Ein holländischer General erklärte es für undenkbar, daß man Deutschland aller seiner Kolonien beraube.

In Berlin wurde ich der Abteilung zugewiesen, in der unter dem Vorsitz von Dr. Ernst Francke Vertreter der Arbeiterschaft die auf die Arbeiter bezüglichen Bedingungen des Friedensvertrags besprachen. Besondere Aufmerksamkeit fand der Wiederaufbau der zerstörten Städte in Frankreich und Belgien. Sämtliche Arbeiterführer erklärten die Bereitschaft der deutschen Arbeiter, nach Belgien und Frankreich zu gehen, um wieder gutzumachen, was der Krieg zerstört hatte; nur erklärten sie unter deutschen Unternehmern und unter der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung arbeiten zu wollen. Aber die Franzosen haben gar nicht gewollt, daß deutsche Arbeiter ihre zerstörten Städte und Dörfer wieder aufbauten. Vor allem wollten sie noch eine Zeitlang die Zerstörung als Agitationsmittel gegen Deutschland aufrechterhalten. Sie gebrauchten den Vorwand, daß es die Gefühle der Bewohner der zerstörten Gebiete verletzen würde, deutsche Arbeiter da zu sehen, wo sie erst kürzlich unter

deutschen Soldaten gelitten hatten. Der wahre Grund war, daß französische Unternehmer auf deutsche Kosten den Wiederaufbau vornehmen wollten.

Nach Beendigung der Beratungen in der Abteilung für Arbeit habe ich auch an der allgemeinen Beratung der Friedensbedingungen teilgenommen. Rathenau hatte vor dem von der Heeresverwaltung verlangten schleunigen Abschluß eines Waffenstillstands gewarnt; statt der Waffenruhe hatte er das letzte Aufgebot verlangt und höchste nationale Erhebung. Aber der Waffenstillstand war auf Drängen der Obersten Heeresleitung abgeschlossen worden; nun handelte es sich nur mehr um Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages. Die von der Entente vorgelegten Bedingungen standen in grellem Widerspruch zu den Wilsonschen Vorschlägen, auf deren Grund wir die Waffen niedergelegt hatten. Die aus ganz Deutschland nach Berlin berufenen Sachverständigen haben ihn einstimmig abgelehnt. Noch erinnere ich mich, als vor der Schlußabstimmung Oskar von Miller in eindringlicher Rede für die Ablehnung eintrat. Er war der einzige, der sprach. Die Ablehnung galt uns allen als selbstverständlich. Auch die an der Beratung teilnehmenden Mehrheitssozialdemokraten und der Pazifist Quidde haben für die Ablehnung gestimmt. Auch hatte man damals im Ausland mit unserer Ablehnung gerechnet. Auf der Versammlung in Bern hatte mir Mrs. Snowden gesagt: „Wenn Sie nach Deutschland zurückkommen, sagen Sie Ihren Staatsmännern, sie sollen nicht unterschreiben; das ist der einzige Weg, um bessere Bedingungen zu erreichen.“ Auch habe ich dies Scheidemann, der damals deutscher Ministerpräsident war, mitgeteilt, und er ist lieber zurückgetreten als zu unterschreiben. Aber der Eindruck solcher Ablehnung wurde durch andere vernichtet, welche nach Frankreich meldeten, unser Widerstand sei nur Schein.

Ich habe schon von der Spaltung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen gesprochen, die eintrat, als die Entbehungen, welche die lange Dauer des Krieges der deutschen Bevölkerung auferlegten, immer mehr zunahmen, während die Aussicht auf Sieg schwand. Die Unabhängigen agitierten für Frieden um jeden Preis. Ihre Zeitungen schrieben, der Widerstand gegen die Versailler Friedensbedingungen sei nicht ernst zu nehmen; wir könnten sie nicht ablehnen, und als unsere Regierung in Versailles geltend machte, daß wir die uns übermittelten Friedensbedingungen nicht annehmen könnten, wurden sie auf die Zeitungen der Unabhängigen verwiesen. Diese Haltung der Unabhängigen ergriff immer weitere Kreise; wenn ich in Berlin des Abends von unseren Beratungen in mein Hotel zurückkehrte, wurde ich stets von dem Portier

mit der Frage empfangen: die Friedensbedingungen werden doch angenommen? Das hat zum Umschwung in der Haltung der Mehrheitssozialdemokraten geführt. Sie fürchteten, daß sie immer mehr Arbeiter an die Unabhängigen verlieren würden, wenn nicht auch sie das Friedensdiktat annähmen, und die gleiche Erwägung, die christlichen Arbeiter könnten vom Zentrum abfallen, wenn es dem Diktate nicht zustimme, haben zur Annahme desselben in Weimar geführt. Am 28. Juni 1919 ist es in Versailles von dem Vertreter Deutschlands unterzeichnet worden.

2

Nach München zurückgekehrt, sah ich mich vor große Änderungen in meinem Leben gestellt. Infolge des Todes meiner Frau war mein Wohnhaus viel zu groß für mich geworden; ich sah mich der Gefahr ausgesetzt, durch unliebsame Zwangsmieter in meiner Arbeit und meiner Gemütsruhe gestört zu werden. Nun hatte ich, als ich mit Rücksicht auf die Gesundheit meiner Frau mein Landhaus in Ambach am Starnberger See aufgab, dafür ein Zinshaus in München eingetauscht. Ich beschloß also mein bisheriges Wohnhaus zu vermieten, eine der Mietswohnungen in meinem Zinshaus zu kündigen und in dieses zu ziehen. Aber kaum hatte ich meine bisherige Wohnung vermietet, so verkündete das städtische Wohnungsamt, daß ohne seine Zustimmung keine Wohnung gekündigt werden könne, und diese Zustimmung wurde mir verweigert. So war ich zwar Eigentümer zweier Häuser, aber ohne Wohnung. Ich habe mir geholfen, indem ich das zu meinem Zinshaus gehörige Stallgebäude umbauen ließ. In dem früheren Stalle wurde meine Bibliothek untergebracht; den Heuboden habe ich in Zimmer verwandelt. Obwohl das Ganze recht hübsch geworden ist, war es doch bloß eine nur im Sommer für mich mögliche Wohnung, und, nachdem ich mich flüchtig eingerichtet hatte, habe ich, als der Winter nahte, in Baden-Baden vorübergehenden Aufenthalt genommen. Zuvor habe ich aber noch in München einen mich belustigenden Besuch erhalten. Es kam ein Interviewer zu mir, der sich als Vertreter des Daily Chronicle vorstellte. Dieses Blatt stand damals unter dem Einfluß von Lloyd George. Er frug mich, ob ich nicht meine, daß der Krieg einen großen Staatsmann hervorgebracht habe. Es war klar, daß er wünschte, daß ich Lloyd George nenne. Ach nein, sagte ich, ich weiß keinen. „Aber gibt es nicht einen ganz großen?“ — „Nein, weder einen großen Staatsmann noch einen großen General, sonst hätte der Krieg nicht nahezu fünf Jahre gedauert, und er wäre nicht durch einen Frieden beendet worden, der keiner ist.“ Aber der Herr ließ nicht nach; da rief ich: „Doch ein Staatsmann fällt mir ein, der die Welt noch hundert Jahre und mehr beschäftigen wird: Lenin!“ Darauf verließ mich der Interviewer entsetzt.

In Baden-Baden habe ich dann im September eine Einladung erhalten, den Konferenzen des The Fight the Famine Council in London am 4., 5. und 6. November beizuwohnen. Es war dies eine Gesellschaft, die sich zusammengetan hatte, um die ganz Europa bedrohende Not zu bekämpfen. Ich habe dreimal abgelehnt, der Einladung Folge zu leisten, da ich die Zeit für noch nicht gekommen meinte, daß ein Deutscher nach England gehen könne, ohne sich großen Demütigungen auszusetzen. Das Drängen deutscher Freunde, die der Ansicht waren, daß mein Hingehen dem Vaterland doch vielleicht nütze, indem es den ersten Schritt zu der unentbehrlichen Wiederverständigung bilden werde, veranlaßte mich, dem vierten Ansturm aus England nachzugeben und mein Erscheinen zuzusagen. Ich gebe im folgenden den Reisebericht wieder, den ich unmittelbar nach meiner Rückkehr niedergeschrieben habe; er ist sowohl für die Aufnahme, die ich in England gefunden habe, als auch für die Zustände, die 1919 in Deutschland herrschten, von Interesse.

Am 30. Oktober habe ich Baden-Baden verlassen; am 31. früh reiste ich in Begleitung des Dr. Bernhard Guttman von Frankfurt nach Rotterdam. Bis Essen war die Reise erträglich; von da bis Rotterdam war sie eine Qual. Wir mußten von ein Uhr mittags bis elf Uhr nachts nicht weniger als achtmal umsteigen und jedes Umsteigen war mit einem Kampf um den Platz im Wagen verbunden. Dabei war als Folge des häufigen Wechsels des Zuges mein Koffer nicht da, als wir an die holländische Grenze kamen. Ich konnte aber in Emmerich nicht übernachten, um den Koffer abzuwarten, denn am nächsten Morgen, einem Samstag, mußte ich auf dem englischen Konsulat sein, um meinen Paß visieren zu lassen, und wenn mein Paß am Samstag nicht visiert wurde, vermochte ich nicht rechtzeitig in London einzutreffen. Im Drange der Not wagte ich einen verzweifelten Schritt. In unserem Wagen befand sich ein junger Mann, der nach Brasilien reiste. Er sah vertrauenerweckend aus und wollte gleichfalls nach Rotterdam. Auch sein Gepäck war nicht mitgekommen, und er hatte beschlossen, in Emmerich über Nacht zu bleiben. Da übergab ich dem mir völlig Fremden meine Kofferschlüssel mit der Bitte, mein Gepäck an der Grenze revidieren zu lassen und am nächsten Tag nach Rotterdam mitzubringen. Er übernahm den Auftrag und stellte sich mir vor als Rudolf Schmid aus Heilbronn. In Rotterdam ging der ganze Samstagmorgen drauf, auf dem britischen Konsulat auf das Visieren unserer Pässe zu warten. Obwohl diese in Ordnung waren und die Einreisebewilligung des Home Office vorlag, dauerte es drei Stunden, bis unsere Pässe visiert zurückkamen. Um die Mittagsstunde ins Hotel zurückgekehrt, fand ich dort Herrn Schmid und meinen Koffer.

Nicht lange darauf mußten wir nach Hoek van Holland fahren, um dort das Schiff zu besteigen, obwohl dieses erst mit Anbruch des Tages in See ging. In Harwich angekommen, mußten wir uns der Zoll- und Paßkontrolle unterziehen. Bei letzterer wurden wir als Deutsche, deren Ankunft vom Home Office bereits angemeldet war, von allen übrigen Passagieren getrennt. Sie zogen alle an uns

vorbei, aber obwohl es bekannt war, daß wir Deutsche seien, kein unfreundlicher Blick, geschweige ein unfreundliches Wort. Endlich, als alle anderen erledigt waren, wurden auch wir vorgenommen. Wir mußten ein Protokoll unterschreiben, daß uns mitgeteilt worden sei, daß wir nur 10 Tage in England weilen dürften und der Polizei uns alsbald nach unserer Ankunft in London sowie bei jedem Wohnungswechsel und vor unserer Abreise melden müßten. Dies wurde auch in unsere Pässe eingetragen. Die Behörden benahmen sich dabei mit der äußersten Freundlichkeit. Als letzte fanden wir in dem völlig gefüllten Zuge gerade noch Platz.

Sonntag mittag um 1 Uhr kamen wir an Liverpool Street Station in London an. Unser Telegramm hatte das Sekretariat des Fight the Famine Council nicht erreicht. So kam es, daß wir nicht, wie verabredet, abgeholt wurden. Aber Engländer, die aus Deutschland kamen, nahmen sich unserer aufs freundlichste an und schafften uns ein Auto. Ich war als Gast des Sir George Paish eingeladen und sollte bei ihm während der Dauer der Konferenzen wohnen. Er wohnt in Limpsfield, Surrey. Aber auf der Station wußte niemand, wo Limpsfield war. So fuhr ich nach dem Haus meiner in 46 Rolandgardens South Kensington als Witwe eines Engländers wohnenden 83jährigen Schwester und blieb dort die Nacht. Am anderen Morgen wollte ich nach Limpsfield fahren und war bereits in London Bridge Station, da erschien Mr. E. Backhouse, der zweite Vorsitzende des Fight the Famine Councils, um mich im Auftrag des ersten Vorsitzenden Lord Parmoor als dessen Gast in dessen Haus zu fahren. Da Limpsfield eine Stunde entfernt von London liegt, war man übereingekommen, daß ich besser nicht bei Sir George Paish wohne, da ich dadurch von dem Verkehr mit den Engländern, auf die es gerade ankomme, daß ich sie sehe, abgeschnitten sei. Dort wurde ich aufs liebenswürdigste aufgenommen. Doch als wir am Abend am Kamin uns über den Krieg und seinen Ausgang unterhielten, klang es wie ein Vorwurf, als Lord Parmoor mir sagte: ein Volk, das keinen Frieden schließt, kann nicht besiegt werden. Das war der Gedanke Trotzki's, der in Brest-Litowsk daran dachte, keinen Frieden zu unterzeichnen, als die Deutschen die Abtretung von Polen, Litauen, den Ostseeprovinzen und Finnland verlangten. Aber wenn der Gedanke schon in Rußland nicht durchführbar war, wie viel weniger in Deutschland, wo im Widerspruch zu den anderen Parteien es gerade die äußerste Linke war, die die Unterzeichnung eines Friedens um jeden Preis verlangte. Auch ich hatte in der Berliner Friedensberatung gleich allen Teilnehmern gegen Frieden auf Grund der uns diktierten Bestimmungen gestimmt. Aber warum im Ausland erzählen, wie es trotzdem in Weimar zur Annahme des Friedensdiktates gekommen war! Ich habe bei Parmoor vom 3. bis 7. November gewohnt.

Schon bevor wir in Rotterdam das Schiff bestiegen, war uns vom Oberkellner des Hotels Weimar eine Nummer der „Daily Mail“ zugesteckt worden, worin unter dem Titel „The cows they have stolen“ gegen das Kommen von Deutschen zur Konferenz des Fight the Famine Council und gegen diesen gehetzt wurde. Der Oberkellner war Deutscher, war vor dem Kriege dreißig Jahre in England in Stellung gewesen, hatte dort geheiratet, hatte zwei Söhne, die in der englischen Armee gedient hatten, war aber bei Ausbruch des Krieges aus England ausgewiesen worden und, da sein Herz für Deutschland schlug, war er durch den Artikel des „Daily Mail“ in Sorge um uns. Nach allgemeiner Mei-

nung ging die Hetze von den Franzosen aus. Es wurde so dargestellt, als kämen wir nach England, um zu erreichen, daß Deutschland von der ihm im Versailler Friedensvertrage auferlegten Verpflichtung, den Franzosen und Belgiern 140000 Kühe zu liefern, befreit werde. Es wurde geltend gemacht, daß es besser sei, wenn die deutschen Frauen und Kinder infolge von Milchmangel umkämen als die französischen und belgischen.

Die derzeitige Regierung gilt in England als sehr schwach gegenüber Pressehetzen. So wurde die Meinung geäußert, daß der Artikel der „Daily Mail“ die Ursache sei, daß anderen Deutschen als Dr. Guttman, Kautsky, Bernstein und mir die Einreiseerlaubnis verweigert und Bernstein, der sich nicht rechtzeitig in Rotterdam eingefunden, entzogen worden. Da Kautsky gleichfalls nicht gekommen war, waren Dr. Guttman und ich die einzigen Deutschen, denen die Einreiseerlaubnis zuteil wurde.

Am Tage nach unserer Ankunft in London brachte die Daily Mail unsere Porträts sowie das der Lady Parmoor und das Bild des Parmoorschen Hauses in Wilton Crescent. Das wurde als ein Steckbrief gedeutet, der uns jedermann kenntlich machen solle, und man befürchtete, daß er zu Insulten und Schlimmerem Anlaß geben werde. Darauf brachte die „Westminster Gazette“ einen Artikel, in dem es als eine Schmach für England bezeichnet wurde, wenn uns irgendwelche Unfreundlichkeit widerfahre. Es sind dann meines Wissens keine weiteren Angriffe in der Presse gegen uns erfolgt. Immerhin waren unsere Gastgeber nach wie vor um uns besorgt; man wollte mich nicht allein ausgehen lassen, und, wenn ich es trotzdem tat, erwartete man meine Rückkehr mit Sorgen.

Am 4. November wurden die Konferenzen des Fight the Famine Council in Caxton Hall durch eine Ansprache Parmoors eröffnet. Darauf wurden verschiedene Aufsätze von nicht erschienenen Eingeladenen verlesen; auch eine Russin, Frau Ogranovitch, verlas in französischer Sprache eine Schilderung der Verhältnisse in Rußland; dann wurde ich aufgefordert, meinen Aufsatz über die Revision des Versailler Friedens als Vorbedingung zur Behebung der europäischen Not, der in der „Deutschen Politik“ 4. Jg. Heft 44 abgedruckt ist, zu verlesen. Da ein Augenleiden mich hinderte, dies selbst zu tun, verlas die Sekretärin, Miß Sheepshanks, die englische Übersetzung. Der Aufsatz fand viel Beifall; doch hörte ich auch, ich sei mit England, wenn auch mit Recht, sehr scharf ins Gericht gegangen; auch fanden einige, ich habe zu Unrecht die Hungerblockade als einen Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet, was ich nicht einmal getan hatte; in einer Zeitung soll ferner unter dem Titel „An unrepentant German“ ein Artikel gegen mich erschienen sein. In der Hauptsache, daß der Frieden von Versailles revidiert werden müsse, wenn die Not, die ganz Europa bedrohe, behoben werden solle, waren alle einverstanden.

Am Nachmittag führte Norman Angell den Vorsitz und Sir William Beveridge referierte darüber, daß es, um der unmittelbaren und dringenden Not zu begegnen, nötig sei, einen internationalen Rat ins Leben zu rufen, welcher Vorschläge machen solle über eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln, Kohlen und anderen Rohstoffen unter sämtliche Länder. Sir William fand vielen Beifall. Da benützte ich die Gelegenheit, um die Gefahren zu betonen, welche der § 12 Absatz 6 der II. Anlage zum I. Abschnitt des Teils VIII des Versailler Vertrages, der von Sir William gleichfalls berührten Sanierung der Valuta be-

reite. Danach habe die interalliierte Kommission für Wiedergutmachung darüber zu wachen, daß alle Einkünfte Deutschlands, einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten, in erster Linie für die Reparationen haften. Durch diesen Paragraphen sei jede Maßnahme Deutschlands zur Sanierung seiner Valuta in die Gnade seiner Feinde gestellt. Ich führte aus, daß man derzeit in Deutschland sich mit dem Gedanken des Reichsnotopfers trage. Danach solle jeder Deutsche, mit einem Vermögen über 20000 RM. 20 bis 70% seines Vermögens an Steuer bezahlen. Wenn man die 80 bis 90 Milliarden Mark, die man als Ergebnis dieser Steuer erwarte, zur Sanierung der deutschen Valuta verwende, sei die Grundlage gelegt für die Neubelebung des deutschen Kredits und damit zur Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens, ohne die nicht nur wir, sondern ganz Europa zugrunde gehe. Aber damit die deutsche Bevölkerung dieses Reichsnotopfer bringe, sei die Voraussetzung, daß die Entente Sicherheit gebe, daß sie von dem Rechte, alle Einkünfte Deutschlands in Beschlag zu nehmen, ihm gegenüber keinen Gebrauch mache. Was für Garantien gebe es, daß dies nicht geschehe? Sir William Beveridge antwortete, daß der von ihm beauftragte internationale Rat dafür zu sorgen habe, daß dies nicht geschehe. Ich erwiderte, daß dieser internationale Rat nach seinem Vorschlag bestenfalls im Januar 1920 ins Leben trete, daß die Vorlage über das Reichsnotopfer aber in der Nationalversammlung bereits die 2. Lesung passiert habe und es von der äußersten Wichtigkeit sei, daß wir vor der dritten die nötigen Garantien von der Entente erhielten. Sir William konnte nur sagen, er wisse, was er für das Richtige halte, aber die nötigen Garantien konnte er nicht versprechen. — Ich hatte die Empfindung, daß meine Ausführungen Eindruck gemacht hatten; ich werde noch später darauf zurückkommen.

Am Abend des 4. November gaben Lady Courtney und Lady Parmoor einen großen Empfang im Hause der ersteren. Dabei zeigte sich noch als Wirkung der Angriffe des „Daily Mail“, daß, als wir zu dem Empfang fuhren, Lord Parmoors Auto nicht vor seinem in der „Daily Mail“ abgebildeten Hause vorfuhr; alle seine Gäste wurden durch das Souterrain und verschiedene Winkelgäßchen geführt, in derem einen das Auto uns aufnahm. Als wir nach 11 Uhr nach Hause zurückkehrten, bemerkte ich vor dem Hause einen Policeman, der hinbestellt schien, um einem etwaigen Auflauf vorzubeugen. Bei Lady Courtney traf ich eine Fülle interessanter Menschen: Massingham, Ramsay MacDonald, mit dem ich leider nur wenige Worte wechseln konnte und den ich auch weiter nicht sah, da er tags darauf nach Schottland reisen mußte; ferner Lord Haldane, der Dr. Guttman und mich auf den folgenden Tag zum Essen einlud.

Am 5. November vormittags hat Sir George Paish den Vorsitz geführt und über die Frage referiert, in welcher Weise ausreichender Kredit zur Wiederherstellung der ökonomischen und finanziellen Lage Europas beschafft werden könne. Das Referat war, soweit es die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege schilderte, insofern einseitig, als es unter dem Einfluß agrarischer deutscher Behauptungen meinte, Deutschland sei vor dem Kriege sich selbst genügend gewesen, und dabei außer acht ließ, daß wir vor dem Kriege unsere Düngemittel und die fetthaltigen Futtermittel aus dem Ausland bezogen und daß unser landwirtschaftlicher Ertrag und die Ergiebigkeit unserer Milchkühe zu-

rückgingen, als diese Zufuhr aus dem Ausland mit Ausbruch des Krieges aufhörte. Ich ergriff in der Diskussion das Wort, um dem albernen Gerede über die 140000 Milchkühe, die wir gestohlen hätten, entgegenzutreten. Ich hob hervor, daß meines Wissens keine dieser Kühe nach Deutschland gekommen seien. Wenn 140000 Kühe in Frankreich und Belgien im Kriege umgekommen seien, so seien sie wahrscheinlich durch Soldaten verzehrt worden. Auch handle es sich nicht darum, eine entsprechende Zahl von Kühen nicht zurückzugeben, sondern uns zu gestatten, diese Kühe aus Amerika zu beziehen, das sie zu liefern bereit sei, und dafür bezahlen zu dürfen. Das würde sogar zum Vorteil der Franzosen und Belgier sein; denn der Ertrag unserer Milchkühe sei infolge fehlender Ölkuchen, die wir früher aus Italien bezogen hätten, auf ein Drittel gesunken.

Im übrigen war das Referat von Sir George Paish recht gut. Er sprach für die Errichtung einer internationalen Bank, welche die verschiedenen Länder nach Maßgabe der Bedürftigkeit und der Bedeutung ihrer Wirtschaft für das Wiederaufleben Europas beleihen solle.

Am Nachmittag des 5. November (vielleicht war es aber schon an dem des 4. November) sprachen auch die Österreicher Dr. Offenheimer und Wenchebach sehr eindrucksvoll über die Not in Österreich, welche ja noch weit größer war als die deutsche. Vor allem aber war von Interesse ein Vortrag des Professors Starling über die Ernährungsverhältnisse in Deutschland. Starling hat Köln, Bonn, Koblenz, Trier, Berlin und Oberschlesien besucht und der Regierung über die dort bestehenden Zustände einen Bericht erstattet, der durch Objektivität und warme Sympathie ausgezeichnet ist. Sein mündlicher Vortrag gab eine Zusammenfassung dieses dem Parlamente vorgelegten Berichtes, der für 6 d. in H. M. Stationery Office zu haben war. Er schildert den vor dem Krieg durch intensive Wirtschaft und Einfuhr von Düng- und Futtermittel erzielten außerordentlich hohen Ertrag unserer Landwirtschaft, wie dieser Ertrag als Folge des Fehlens der Einfuhr mit Ausbruch des Krieges gesunken ist, wie als Folge seit Beginn des Sommers 1916 der noch heute bestehende Mangel an Nahrungsmitteln sich fühlbar mache, wie dieser Mangel durch die Schwierigkeiten in der Erhebung und Verteilung der Nahrungsmittel gesteigert wurde, wie dieser Mangel bei der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung zu chronischer Unterernährung, Verlust an Körpergewicht und verringerter Widerstandskraft gegen Krankheit geführt hat, wie die Sterblichkeitsziffer zu- und die Geburtenziffer abgenommen, wie die Unterernährung zu Minderwertigkeit der Arbeitsleistung, Abnahme des Arbeitsertrags, Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung, Zunahme der Schwindsucht, der Todesfälle, der Rachitis geführt hat. Das Sinken der physischen Kräfte und der Moral der Bevölkerung sei begleitet von Erschöpfung der Rohstoffe, der Vorräte, des Kapitals, des Vertrauens. Noch sei die alte wirksame Organisation, die Deutschlands Wirtschaft so erfolgreich gemacht, intakt; aber sie sei lahmgelegt, da Kapital fehle, um die Arbeitskraft der Bevölkerung wieder zu heben und die Einfuhr der nötigen Rohstoffe herbeizuführen. Wenn man auf der sofortigen Zahlung der Indemnität bestehe, bedeute dies den Ruin Deutschlands und als Folge eine Gefahr für ganz Europa. Daher komme es zunächst darauf an, die deutsche Volkswirtschaft wieder in Stand zu setzen. Nur so könne eine stabile soziale Organisation in Mitteleuropa aufrechterhalten werden; gleichzeitig würden die Alliierten damit

eine Kontrolle über die produktive und kommerzielle Tätigkeit Deutschlands erlangen, welche ihnen ermögliche, die so sehr wirksame deutsche industrielle Wirtschaft in ihrem Interesse auszunutzen und den größten Betrag der ihnen nach dem Versailler Vertrag geschuldeten Summen zu erlangen. Außer dem, was Deutschland an Rohstoffen, Dünge- und Futtermitteln brauche, müsse man ihm bis zur nächsten Ernte mindestens 8 Billionen Kalorien senden.

Außerdem hielt Dr. Guttman am 5. November nachmittags eine vortreffliche Rede über die Ungerechtigkeit, daß Deutschland in Versailles nicht gehört worden sei.

Am Abend des 5. November fand dann in Central Hall eine öffentliche Versammlung statt, der wir jedoch fernzubleiben gebeten wurden. Man befürchtete, daß ein halbes Dutzend Rohlinge, welche von der „Daily Mail“ in die Versammlung beordert würden, unser Erscheinen zum Anlaß von Störungen nehmen würden. In der Tat wurden die beiden Französinen, die gleich mir die Gäste Lord Parmoors waren, Mme. Duchesne und Mlle. Melin, die letztere aus den zerstörten Gebieten Frankreichs, für Deutsche gehalten und, als Mlle. Melin zu reden begann, durch den Zuruf „Speak german“ verhöhnt, bis diese antwortete: Mais je ne sais parler que le francais. Auch ging die Vorsicht Lord Parmoors für mich so weit, daß er mich bei der Fahrt zu Lord Haldane, bei dem wir den Abend zubrachten, durch einen jungen Mann, Mr. Dick, begleiten und nachts von dort wieder abholen ließ, was mir die Bekanntschaft dieses jungen Quäckers verschaffte; bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte er als conscientious resister 6 Wochen im Gefängnis zubringen müssen, bis er in einem Amte für die Regierung während Kriegsdauer verwendet wurde.

Wir waren von 8 Uhr bis Mitternacht bei Lord Haldane. Er gilt in Deutschland als dessen Feind, in England als prodeutsch und mußte 1915 als erstes Opfer der Hetze der Northcliffe-Presse aus dem Kabinett ausscheiden. Uns kam er mit der größten Liebenswürdigkeit entgegen. Er erzählte mir beim Essen, daß der Kaiser an eben demselben Platz gesessen habe, den ich einnahm, und auch das Gespräch, das er mit ihm geführt hat. Aber weit interessanter war, was er über die Verhandlungen mit dem Kaiser über die Bagdadbahn erzählte. Der Kaiser befand sich in Windsor in Begleitung des Staatssekretärs des Auswärtigen, Freiherrn v. Schoen und des Kriegsministers von Einem. Im Gespräch mit Haldane hatte er bedauert, daß Reibungen wegen der Bagdadbahn die Beziehungen zwischen Deutschland und England aufs neue zu trüben drohten, und gefragt, was die Engländer denn dort eigentlich wollten. Lord Haldane hatte geantwortet, „a gate for India“ — und auf des Kaisers Frage, was er damit meine, hinzugefügt, einen Schutz dagegen, daß eine Armee auf der Bagdadbahn herunterfahre, um Indien zu erobern. Zu diesem Zweck verlange England die Mündung des Euphrat und das sie umgebende Land. Am Abend war eine Theatervorstellung in Windsor. Lord Haldane saß hinter dem Kaiser. Plötzlich drehte dieser sich um und sagte zu Haldane: You shall have your gate. Lord Haldane erfaßte augenblicklich die Wichtigkeit dieser Bemerkung und frug nach Beendigung der Vorstellung den Kaiser, ob es ihm ernst damit gewesen sei. Den andern Morgen um 7 Uhr klopfte es an das Schlafzimmer Haldanes in Windsor, und herein trat ein behelmter Garde du Corps, den der Kaiser mitgebracht hatte, und meldete, S. M. läßt Ihnen sagen, daß es ihm ernst gewesen sei mit dem, was er Ihnen gestern abend gesagt hat. Darauf fuhr Lord Haldane

augenblicklich ins Ministerium des Äußern nach London. Dort fand eine Kabinettsitzung statt und Haldane wurde beauftragt, dem Kaiser mitzuteilen, England sei bereit, auf das Abkommen einzugehen, wünsche aber, daß Rußland und Frankreich zugezogen würden. Haldane fuhr nach Windsor zurück, um dies dem Kaiser zu melden. Dieser nahm an der Zuziehung von Rußland und Frankreich Anstoß; er fürchtete, daß Rußland Einwendungen erheben und daß Frankreich wenig zufrieden sein werde, wenn durch ein Bagdadabkommen eine Reibungsmöglichkeit zwischen England und Deutschland beseitigt werde. Doch bat er Haldane, am Abend nach der Theatervorstellung in sein Zimmer zu kommen. Hier fand dieser den Staatssekretär von Schoen und den Kriegsminister von Einem, und es begann die Beratung. — Als Haldane bemerkte, er käme sich wie ein Eindringling in eine deutsche Kabinettsitzung vor, antwortete der Kaiser, er solle für diese Nacht sein Kabinettsminister sein. Schoen befürchtete keine Einwendungen von seiten Rußlands, und das Ergebnis war, daß in Berlin eine Beratung zwischen den Vertretern Rußlands, Frankreichs und Englands mit der deutschen Regierung stattfinden solle, um die Einzelheiten der Vereinbarung festzusetzen. Aber nach ein paar Monaten kam aus Berlin die Nachricht, daß man anderer Meinung geworden sei, und es wurde nichts aus der Sache. Die Kriegspartei sei dagegen gewesen. Lord Haldane schenkte einem jeden von uns beim Abschied eine Nummer der amerikanischen Zeitschrift „The Atlantic Monthly“ vom Oktober 1919, worin das, was er uns erzählt hat, ausführlicher dargelegt ist¹. Zugleich enthält dieser Aufsatz auch den Bericht Haldanes über seine früheren Missionen nach Deutschland. Es geht daraus hervor, daß der Kaiser und Herr v. Bethmann völlig verständigt worden waren, daß England nicht neutral bleiben werde, wenn es zum Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen sollte, denn, wenn Deutschland Frankreich besiege, könne es Dünkirchen, Boulogne und Calais besetzen, und damit sei die Lebensfähigkeit Englands bedroht. Auch scheint Herr v. Bethmann dies eingesehen zu haben. Desgleichen enthält der Aufsatz eine Darlegung, wie die Fahrt des „Panther“ nach Agadir die freundlich gewordenen Beziehungen zwischen England und Deutschland wieder gestört habe. Von da ab eine gesteigerte Wachsamkeit Englands gegenüber dem deutschen Flottenbau. Haldane ist überzeugt, daß der Kaiser und Bethmann den Krieg nicht gewollt haben; aber stärker als beide seien die deutschen Generäle und Admiräle gewesen, und Bethmann habe, statt zu resignieren, gegen seine bessere Überzeugung sich fort-treiben lassen.

Nach Tisch setzten wir das Gespräch in dem Studierzimmer Haldanes fort. Es erstreckten sich unsere Gespräche auch auf anderes als auf Politik, und namentlich bezogen sie sich auf die deutsche Literatur, in der Haldane wie wenige bewandert ist. Charakteristisch für seine Liebe zu Deutschland ist, daß in seinem Studierzimmer außer dem Bild seiner Mutter sich kein Bild außer von deutschen Philosophen und anderen deutschen Gelehrten findet; merkwürdigerweise auch eine Zeichnung von Ferdinand Lassalle auf dem Totenbett. Auch befanden sich an der Wand verschiedene deutsche Landschaftsbilder. Zum Schluß sagte uns Lord Haldane, daß er sich gerade mit der Abfassung einer

¹ Vgl. das Anfang Januar 1920 bei Cassel u. Co. in London erschienene Buch Lord Haldanes „Before the war“ und meine Besprechung desselben im „Berliner Tageblatt“ vom 22. und 25. Februar 1920.

Biographie Goethes beschäftige. Ich hatte den Eindruck, daß Haldane wie in England so auch in Deutschland viel verleumdet sei und bei uns sogar mehr als in England. Denn wenn es auch, wie ich an anderem Orte¹ ausgeführt habe, befremdend wirkt, daß England das Vertrauen, das sein Kriegsminister in Berlin genoß, dazu gebraucht hat, sich bei demjenigen, gegen den der Krieg sich richten sollte, zu unterrichten, wie man Krieg führt, so ist er doch nach wie vor Deutschenfreund und wünscht das Wiederaufkommen Deutschlands, an dem er nicht zweifelt.

Der 6. November war der letzte Tag der Konferenzen. Er war der Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Wiederanknüpfung internationaler Handelsbeziehungen gewidmet. Dann kamen noch die übrigen Schlußreden und Dank-sagungen, und die Konferenzen nahmen ihr Ende. Sie hinterließen den Eindruck, daß hier eine große Anzahl vortrefflicher Menschen versammelt war, die sowohl aus warmherzigem Mitgefühl mit den Leiden, welche der Krieg der gesamten zivilisierten Menschheit gebracht hat, als auch voll Einsicht, daß das Wiederaufleben Deutschlands im eigenen Interesse Englands gelegen sei, uns Deutschen in jeder Weise helfen möchten, auf daß wir wieder auf die Beine kommen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich sagen, daß auch die beiden Französisinnen, die, ebenso wie ich, bei Lord Parmoor zu Gast waren, keinerlei gehässige Gesinnung gegen Deutschland zur Schau trugen. Dabei sei allerdings bemerkt, daß sie zu den Führern des französischen Pazifismus gehören. Als ich ihnen meine Beschwerden über die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich vortrug, zeigte sich, daß der Brief einer Gruppe Arbeiterinnen aus St. Etienne du Rouvray bei Rouen vom 15. Februar 1919, der als Anhang der deutschen Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 20. Mai 1919 beigefügt ist, in Frankreich ganz unbekannt geblieben ist. Er war, obwohl Teil eines offiziellen Dokuments, den Franzosen vorenthalten worden. Aber auch in England war er vollständig unbekannt. Selbstverständlich versprach ich, den Brief nach England sowie nach Frankreich zu schicken. Auch gab ich ihnen einen Bericht des Vorwärts über die Aufführung der Franzosen im besetzten Saargebiet und erzählte ihnen von dem Geßlerhut, den die Deutschen grüßen müßten. Sie waren empört, meinten aber, der General Mangin gelte auch in Frankreich als der brutalste Säbelheld.

Die noch folgenden Tage meines Aufenthalts in London waren Interviews gewidmet, die ich teilweise erdulden mußte, teilweise mit anderen vornahm. Noch vor Verlassen des Versammlungssaals Caxton Hall wurde ich von einem Abgesandten des „Daily Chronicle“ angesprochen. Die Zeitung, früher unabhängig, ist in den Besitz eines Kriegsgewinners übergegangen, dem Lloyd George den Ankauf zur Bedingung für den Abschluß von Geschäften mit der Regierung gemacht haben soll. Ihr Abgesandter frug mich, was wir Deutsche denn eigentlich wollten. Ich antwortete: gehört zu werden. Es sei einer der elementarsten Grundsätze der Rechtspflege bei allen Nationen, daß kein Angeklagter verurteilt werde, ohne gehört zu werden; in Versailles aber habe man über uns zu Gericht gesessen und uns, ohne uns zu hören, verurteilt. Darauf

¹ Lujo Brentano, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, III, 2. Hälfte, S. 429, 430.

ließ ich den Aufdringlichen stehen. Interessant waren auch die Gespräche, die ich mit verschiedenen Eingeladenen, die ich bei dem Ehepaar Webb und anderen traf, hatte, darunter mit Lansbury, dem Hauptleiter des „Daily Herald“, der vorgeschrittensten englischen Tageszeitung, ferner mit Henderson, mit Cole und anderen Führern, die ich im Hause der Labour Party und der Trade Unions traf. Bei allen, mit Ausnahme des Ehepaars Webb, das zu unseren Mehrheitssozialisten hält, hatte ich den Eindruck, daß ihre Informationen über Deutschland ausschließlich von unseren Unabhängigen stammen. Ich habe ihnen dies auch gesagt, und bemerkt, daß ich wohl begreife, daß sie während der Kriegsdauer für die Unabhängigen mehr Sympathie als für die Mehrheitssozialisten empfunden hätten, da sie Gegner des Krieges gewesen seien und die Unabhängigen, wenn sie auch die Kriegserklärung mitgemacht hätten, doch schon vor dessen Ende sich gegen seine Fortdauer erklärt hätten. Außerdem hat die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg die Sympathien den Unabhängigen zugewandt. Aber sie waren völlig ununterrichtet, worin sich heute der Unterschied zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen zeigt. Sobald ich ihnen darlegte, daß die Mehrheitssozialisten Demokraten seien und als solche für eine Parlamentsregierung, die Unabhängigen dagegen mit einer Diktatur des Proletariats durch Arbeiterräte kokettierten, erklärten sie sich alle für die Politik der Mehrheitssozialisten. Unter anderem wurde ich auch am folgenden Tage von dem Sohne Hendersons interviewt, dem ich dasselbe darlegte und unter anderem auch ausführte, wie beklagenswert es sei, daß durch den Krieg die internationale Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen der gleiches erstrebenden Parteien aller Länder zueinander unterbrochen worden sei. An sich ständen die gleichartigen Parteien aller Länder einander vielfach näher als die ihnen entgegengesetzten Parteien desselben Landes. So hätten sich vor dem Kriege schon nahe Beziehungen unter den Katholiken und unter den Arbeitern aller Länder gebildet, und dieselbe Annäherung sei auch bei den übrigen Parteien in Bildung begriffen gewesen als der Krieg sie störte. Nur wenn diese Bestrebungen wieder aufgenommen würden, wäre auf Dauer des Friedens zu hoffen. Als ich das Londoner Gewerkschaftshaus betrat, wurde ich von Mr. und Mrs. Cole mit den Worten empfangen: You are our grandfather, the Webbs are our parents, we are your grandchildren!

Am interessantesten war ein Abend, den ich bei dem Ehepaar Toynbee zubrachte. Herr Toynbee selbst ist im Foreign Office tätig. Außerdem fand ich dort einen anderen Abgesandten des Foreign Office, Herrn Headlam Morley und einen Dr. Saunders, den Berliner Korrespondenten der Times. Ich hatte den Eindruck, daß sie abgesandt waren, um mit mir des weiteren über meine Ausführungen gegenüber Sir William Beveridge zu sprechen. Ich sprach mit Herrn Headlam Morley noch einmal die ganze Materie durch. Ich führte aus, daß die Sanierung unserer Valuta im allergrößten Interesse Englands gelegen sei. Einmal aus kommerziellen Gründen, denn die unvermeidliche Folge ihres niedrigen Standes sei eine Überschwemmung des englischen Marktes mit deutschen Produkten, und zweitens sei die Wiederherstellung unserer Valuta die unentbehrliche Vorbedingung für die Wiederhebung des deutschen Kredits; ohne diese sei aber an ein Wiederaufleben der deutschen Volkswirtschaft nicht zu denken und ohne letzteres sei außer Frage, daß wir unseren Zahlungsverpflichtungen an die Entente nachkommen könnten. Dieser Gedankengang wurde in

langen Stunden durchgesprochen, und Herr Headlam Morley machte sich fortlaufend Aufzeichnungen über das, was ich sagte, und schien zuletzt überzeugt. Als Dr. Guttman und ich nach Haus fuhren, hatten wir den Eindruck, daß unser Wirken an diesem Abend wie auch während unseres ganzen Aufenthalts von Nutzen gewesen sei. Freilich kann ich nicht sagen, wie weit die Mitteilungen des Herrn Headlam Morley auf das Foreign Office wirken werden.

Nach Beendigung der Konferenzen in Caxton-Hall begaben sich Lord und Lady Parmoor auf ihr Landgut in Buckinghamshire, und ich siedelte in das Haus von Miß Leaf, 4, Bartonstreet, Westminster, über, wo ich fortan bis zu meiner Abreise die rührendste Gastfreundschaft genoß. Miß Leaf ist eine äußerst gebildete und intelligente Dame, die an allen politischen Bestrebungen der englischen Frauenwelt den lebhaftesten Anteil nimmt. Sie war mir im höchsten Maße behilflich, daß ich alle Personen sähe, die für mich von Interesse sein könnten, und wachte über meine persönliche Sicherheit mit der gleichen Sorgfalt, wie dies meine früheren Wirte getan hatten. Besonders erfreulich war mir, daß sie mir noch zwei Stunden vor meiner Abreise eine Zusammenkunft mit John Burns in ihrem Hause vermittelte. Er war ganz der alte und ließ sich von mir noch einmal alles darlegen, was ich in meinem, vor der Konferenz verlesenen Aufsatz ausgeführt hatte. Er nahm ein Blatt Papier und machte von jedem einzelnen Punkt Notizen. Dabei war bemerkenswert, mit welcher Geschicklichkeit er jeden einzelnen Gedanken in einem für Versammlungen zündenden Schlagwort formulierte. Als ich zum Schluß sagte „ebenso wie dieser Krieg seinen letzten Ursprung in dem Imperialismus der Kapitalisten aller Länder hat, so ist dieser Friede auf dem Buckel des Proletariats aller Länder geschlossen worden“, frug er, „haben Sie diese Formulierung schon in Ihrem Aufsatz gebraucht?“ Er schien ganz verdrießlich, daß er für diese Formulierung nicht die Primeur beanspruchen konnte. Dann sagte er: „Nun geh ich morgen zu Lord Morley und trage ihm das alles vor“. Burns frug mich auch unter anderem, ob ich die vielberufene Erklärung der 93 unterzeichnet habe, war aber ganz beruhigt, wie er hörte, wie ich dazu gekommen sei. Eine der interessantesten Mitteilungen, die Burns mir machte, enthielt seine Antwort auf meine Frage, ob es wahr sei, daß die großen Familien in England ihre Schlösser verkauften. „Nein, nicht ihre Schlösser, sondern ihren Landbesitz.“ Ich sagte dazwischen: „An Kriegsgewinnler?“ „Nein, an ihre Pächter. Die einzige gute Wirkung dieses Krieges ist, daß er gebracht hat, was wir ein Jahrhundert lang erfolglos erstrebt haben. Durch Steuern bedrückt, vermochten die großen Landbesitzer ihren verschiedenen Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen. Devonshire House ist geschlossen. Da verstanden sie sich, an ihre durch den Krieg reich gewordenen Pächter zu verkaufen.“ Im übrigen erzählte er mir, wie die Achtung, die er genieße, sich infolge seiner Haltung bei Ausbruch des Krieges nur gesteigert habe und wie ihm dies auf Schritt und Tritt entgegenetrete. Er hält seine politische Rolle noch nicht für abgeschlossen. Weiter erzählte er mir von dem Anwachsen seiner Bibliothek, lud mich ein, wenn ich wieder nach England käme, in sein Haus in Clapham Common zu kommen und nahm fast mit Tränen rührenden Abschied von mir.

Im Programm der Labour Party nahm die Revision des Versailler Friedens den ersten Platz ein. Man erwartet, daß sie spätestens in zwei Jahren das Ministerium bilden und daß einer ihrer ersten Akte ein Eintreten für die Revision

des Friedens sein werde. Dasselbe sagten mir alle übrigen Personen, die ich sprach, auch John Burns. Begreiflicherwise erkundigte ich mich bei allen, die ich zu sprechen Gelegenheit hatte, was die Aussichten der Schutzzollbewegung in England seien. Lord Haldane, Henderson, John Burns und alle übrigen bezeichneten mir den Protektionismus in England als völlig aussichtslos. Man glaubt, daß die Tories in nächster Zeit schon bemüht sein werden, Lloyd George, den sie hassen, zu stürzen, daß sie dann ihren protektionistischen Neigungen folgen und daß gerade dies den Anstoß zu ihrem eigenen Sturz geben werde. Dann sei der Tag für die Herrschaft der Labour Party gekommen. Im übrigen hörte ich aber auch den Gedanken aussprechen, als ob man zu einer gerechten und planmäßigen Verteilung der Produktion und Konsumtion unter allen Völkern der Welt gelangen müsse. Auch in den Konferenzen kam dieser Gedanke sowohl in den Ausführungen von Sir George Paish und noch mehr in denen des Mr. Woolf zum Ausdruck, der darüber auch ein von den Fabiern veröffentlichtes Buch „International Government“ geschrieben hat.

Noch möchte ich ein paar Beobachtungen über das Leben der Engländer zu Papier bringen. Auch Brot, Fleisch, Milch, Butter, Zucker und Kohle sind in England rationiert; ganz wie bei uns. Nur daß die Qualität des Gelieferten unendlich viel besser ist. Es war eine wahre Wonne, wieder weißes Brot essen zu können. Aber die Portionen in den Restaurants sind weit kleiner geworden wie früher; die Preise sehr hoch, auch wenn man nicht in deutsche Valuta übersetzt. Über die Arbeiter wird ganz in derselben Weise wie bei uns geklagt. Sie seien infolge des Krieges grob geworden, ihre Arbeitslust sei gesunken; ihre Löhne sind noch mehr gestiegen als bei uns. Überhaupt hatte man die Empfindung, daß im sozialen Leben kein Unterschied zwischen England und Deutschland besteht. Wenn von den Deutschen behauptet wird, daß sie pro Kopf der Bevölkerung früher mehr gegessen hätten als die Engländer und dies auch durch die bei Starling abgedruckte Konsumtionsstatistik bestätigt wird, so ist dies allerdings jetzt nicht mehr der Fall; ist doch, nach eben den Angaben Starlings, der Durchschnittsverbrauch pro Kopf der deutschen Bevölkerung auf nahezu die Hälfte dessen gesunken, was zum Vollersatz der entzogenen Kräfte nötig ist.

Auch über den englischen Büchermarkt muß ich einiges sagen. Es sind während des Krieges eine außerordentlich große Anzahl trefflicher politischer und volkswirtschaftlicher Bücher erschienen, deren Kenntnis für die deutsche Wissenschaft und Politik unentbehrlich erscheint. Ich war mehrmals bei dem bekannten parlamentarischen Buchhändler P. W. King u. Sohn, Great Smith Street, Westminster, und fand dort eine ganze Bibliothek von Büchern, die ich am liebsten alle gekauft hätte. Aber bei dem Stand der deutschen Valuta (1 £ = 176 M.) habe ich mich auf ganz wenige beschränken müssen, wollte ich mich nicht ruinieren. Dagegen erscheint es als dringende Pflicht der deutschen Bibliotheken und Seminare, diese sehr wichtigen amtlichen und nichtamtlichen Publikationen dem deutschen Studium zugänglich zu machen.

Im ganzen habe ich den Eindruck gehabt, daß unser Besuch in England im Sinne einer Wiederannäherung der beiden Nationen erfolgreich gewirkt hat. Wenn es auch verkehrt wäre, zu übersehen, daß namentlich in den Kreisen des kleinen Mittelstandes und ebenso der hohen Aristokratie noch große Feindschaft gegen Deutschland besteht, so ist die Arbeiterschaft wenigstens in ihren führenden Persönlichkeiten doch bereit, die Hand zur Wiederaufnahme freund-

licher Beziehungen zu bieten; und der Kreis gebildeter und sittlich hochstehender Menschen, die uns eingeladen hatten, ist voll unübertrefflichem Eifer, die Wiederannäherung der beiden Völker zu fördern. Damit sie stattfinden ist aber unerlässlich, daß dem ersten Wiederannäherungsversuch weitere folgen. Und zwar müßte die Fortsetzung dieser Bestrebungen von Deutschland ausgehen. Niemand erscheint geeigneter hierzu als der Prinz Max von Baden und die Zahl von Personen, die er unter dem Namen der „Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts“ um sich gesammelt hat. Sind doch die Ziele, welche diese Arbeitsgemeinschaft verfolgt, zu einem großen Teile dieselben, wie die, welche der Fight the Famine Council vor Augen hat. Dabei erscheint Prinz Max von Baden vor allem deshalb als die für diesen Zweck geeignete Persönlichkeit, als mir spontan von den verschiedensten führenden Persönlichkeiten die ungemein große Hochachtung geäußert wurde, deren sich der Prinz in den weitesten Kreisen Englands erfreut. Das gab mir den Anlaß, zum Ausdruck zu bringen, daß die nächste Zusammenkunft in Deutschland unter dem Vorsitz des Prinzen stattfinden müsse. Man müsse dazu auch die Vertreter der übrigen europäischen Nationen und die Amerikaner einladen, aber die Hauptbeteiligung von Nichtdeutschen werde aller Wahrscheinlichkeit nach seitens der Engländer stattfinden. Der Gedanke wurde mit großer Wärme aufgenommen.

Am 12. November abends habe ich mich, da das Home Office eine Verlängerung unseres Aufenthaltsrechts in England abgeschlagen hatte, wieder nach dem Kontinent eingeschifft. Nach glatter Überfahrt in Holland angekommen, konnten wir nicht weiterreisen, da in Deutschland die Zugsperrung verhängt war. In den fünf Tagen, die ich zwangsweise mich in Holland aufhielt, hatte ich reichlich Gelegenheit, von dem Aufsehen zu hören, das unsere Reise nach England erregt hatte. Man hat uns als die Eisbrecher im Interesse aller Länder freundschaftlichst begrüßt, und wir hatten wenigstens vorübergehend eine freudige Stimmung über das von uns Erreichte. Aber bald wurde die Stimmung getrübt, als wir in den holländischen Zeitungen die Berichte über die Vorgänge in der Berliner Untersuchungskommission lasen. Eine Frage, die uns in England wiederholt gestellt wurde, war die nach der Stabilität unserer Verfassung und Regierung. Sie wurde uns allenthalben als die Voraussetzung bezeichnet, daß wir den für die Wiederaufnahme unserer Volkswirtschaft unentbehrlichen Kredit erhielten. Eine Restauration der alten Regierung erschien allen als gleichbedeutend mit der Wiederkehr des Militarismus, der zum Kriege geführt habe. Nach den Zeitungsnachrichten aber erschien eben dieser Militarismus aufs neue im Werden. Noch trostloser wurden die Eindrücke, als ich am 18. Holland wieder verließ. Infolge außerordentlicher Fürsorge der deutschen Gesandtschaft im Haag ging die Reise bis Essen, wenn auch in überfülltem Abteil, so doch ohne Störung. In Essen wurde mir von den Bahnbehörden gesagt, daß ich abends um 11 Uhr in Frankfurt eintreffen werde. Statt dessen hörte ich, um 8 Uhr in Kassel angelangt, daß der Zug Hamburg—Frankfurt, in den ich hätte einsteigen sollen, längst nicht mehr gehe. Ich mußte also in Kassel übernachten und, da am folgenden Tage, als dem Buß- und Betttag, keine Züge gingen, auch den folgenden Tag bleiben. Die Frankfurter Eisenbahndirektion hatte aber den direkten Verkehr von Kassel nach Frankfurt vollständig eingestellt. So mußte ich am Donnerstag früh 4 Uhr 20 nach Bebra reisen und, um in dem Zug überhaupt Platz zu finden, schon eine Stunde früher

am Bahnhof sein. Wir trafen nach 6 Uhr in Bebra ein. Unserem Zug gegenüber stand der Zug Bebra—Frankfurt. Da er aber erst 7 Uhr 13 abfahren sollte, waren die Wagen geschlossen. Die Masse der Reisenden half sich nun selbst, indem sie von außen die Fenster der Abteile öffnete, und, soweit sie klettern konnte, durch sie in die Abteile einstieg. Daneben standen die Schaffner mit den Schlüsseln in der Hand; aber erst eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges wurden die Türen geöffnet, um auch denen, die nicht klettern konnten, Einlaß zu geben.

Es waren nur Wagen 3. und 4. Klasse vorhanden, in welche die Reisenden, gleichviel worauf ihr Billett lautete, eingepfercht wurden, 15 bis 20 Personen in jedes Abteil. Aber diese Beschwerden waren gering gegenüber den Gesprächen, die man zu hören bekam. Der Mißstand, daß die verschiedenen Eisenbahndirektionen ohne Rücksicht auf Anschlüsse aus den angrenzenden Direktionsbezirken den Fahrplan fortzusetzen scheinen, gab einzelnen Reisenden den Anlaß, über den Verfall aller Ordnung unter dem dermaligen Regiment zu schimpfen, und bald war es, als befände man sich in einer Parteiversammlung der Reaktion. Namentlich war es ein Fabrikant aus den Rheinlanden, der sich durch wilde Tiraden hervortat. Von der Photographie Eberts in Badehosen wendete sich seine Rede auf die Berliner Untersuchungskommission zur Verherrlichung Helfferichs und Ludendorffs, und nur ein Frankfurter, dem im Krieg vom Militär übel mitgespielt worden war, wagte zu widersprechen. Das Niveau des Gesprächs war so tief, daß es ausgeschlossen war, daß ich mich beteiligte. Ich sah nur mit Schrecken alle Hoffnungen vergehen, die ich an unsere erfolgreichen Wiederannäherungsversuche in England geknüpft hatte. Falls diese Stimmung im deutschen Volke die Oberhand gewinnen sollte, ist keine Aussicht, daß die Demokratien des Westens dem deutschen Volk zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft die Hand reichen.

Mittags um halb zwei Uhr kam ich in Frankfurt an. Eine Stunde später ging der Zug weiter und um Platz zu finden, mußte man sofort einsteigen. Abermals überfüllte Abteile. 15 Personen in einem Abteil 2. Klasse! Vor Weinheim hielt der Zug, weil der Dampf ausging, eine halbe Stunde auf offenem Felde. In Karlsruhe fuhren wir eine Stunde zu spät ab, weil keine Lokomotive da war. So hatte ich die ganze materielle und psychische Misere, in die das deutsche Volk infolge des Krieges geraten ist, sofort nach Wiederbetreten des Vaterlandes selbst zu erdulden, und voll banger Sorge bin ich am 20. November um Mitternacht in Baden-Baden wieder angelangt.

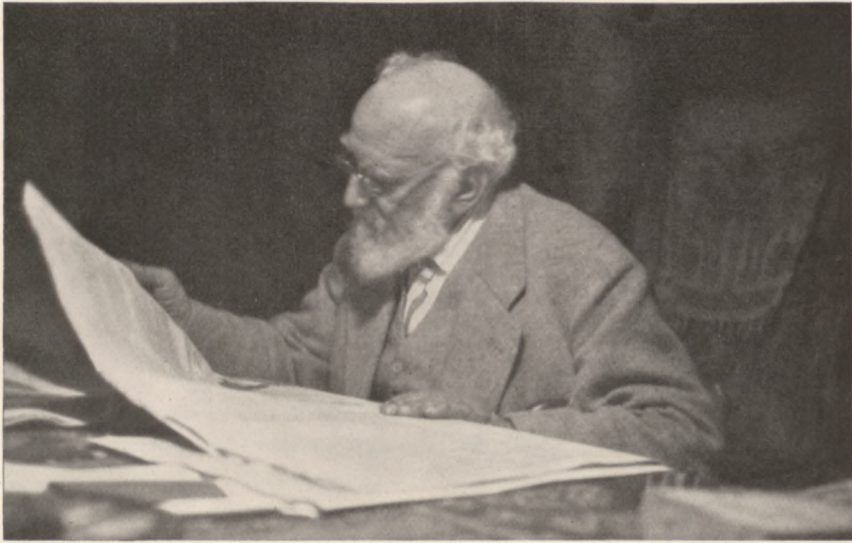
Ich habe dort alsbald Gelegenheit gehabt, den Prinzen Max von Baden zu sprechen. Ich habe ihm über meine in London empfungenen Eindrücke berichtet und über die Verehrung, die ihm alle Personen, die ich gesprochen habe, entgegenbrachten; selbst John Burns habe mir gesagt, ich möge ihm seine besondere Verehrung zum Ausdruck bringen, wenn ich ihm begegne. Er wunderte sich, wodurch er dies verdient habe. Als ich antwortete, man glaube, daß er den Kaiser Wilhelm II. abgesetzt habe, erleichte er; ich wußte nicht, daß er darunter leide, daß ihm seine Standesgenossen dies vorwarfen. Als ich ihm von dem tiefen Eindruck, den es mir gemacht habe, als im Augenblick, da das Denkmal für den unbekanntenen gefallenen Soldaten enthüllt wurde, auf einen Kanonenschuß aller Verkehr in London während fünf Minuten stillstand, entfuhr ihm: wer dem König diesen Gedanken eingegeben haben mag!

I. Meine Bemühungen um Fortbildung des Arbeitsvertragsrechts

Bald haben mich die heimischen Angelegenheiten wieder gefesselt. Ich habe schon erzählt, wie unter der alten Ordnung meine Bemühungen, eine Fortbildung des Arbeitsvertragsrechts herbeizuführen, welche dieses in Übereinstimmung mit den Tatsachen des Lebens brächte, am Widerstand der christlichen Gewerkschaften gescheitert sind. Acht Monate darauf die Revolution. Sie hat die Lage auch in dieser Frage völlig geändert. Nun fiel den Arbeitern spielend zu, worum sie seit Dutzenden vergeblich gekämpft hatten, und was ihnen noch wenige Monate zuvor völlig zu entrinnen drohte. Sofort verstanden sich nun die großen Arbeitgeberverbände zur Anerkennung der Gewerkschaften als der berechtigten Vertretung der Arbeiterschaft. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wurde von ihnen für unzulässig erklärt. Ihre Leibgarde, die gelben Gewerkschaften, versprachen sie fortan vollkommen sich selbst zu überlassen und sie weder unmittelbar noch mittelbar zu unterstützen. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises wurde von ihnen zugesagt und ausgemacht, daß die Arbeitsbedingungen entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes für *alle* Arbeiter und Arbeiterinnen durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinen der Arbeitnehmer festgesetzt werden sollten. Die Abmachung trägt die Unterschrift der Träger aller der großen Arbeitgeberverbände, welche die Seele des Widerstandes dagegen gewesen, daß die seit einem halben Jahrhundert in der Reichsgewerbeordnung ausgesprochene Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages Wirklichkeit wurde. Es war eine völlige Kapitulation derselben vor den Arbeiterberufsvereinen, und wie der heilige Remigius bei der Taufe Chlodwigs hätten Legien und Konsorten zu den industriellen Magnaten sprechen können: „Beuge dich, Sicambrer; verehere, was du verbrannt, und verbrenne, was du verehrt hast.“

2

Es war selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft, in deren Hände die Regierungsgewalt übergegangen, diese dazu benutzte, um sich, was die



Lujo Brentano im 86. Lebensjahre



Revolution ihr in den Schoß geworfen, dauernd zu sichern. Auch sprach alsbald der damalige Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt Giesbert an einem Sozialpolitischen Abend für soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, von einer bevorstehenden Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die alle dem kollektiven Arbeitsvertrag entgegenstehenden Schwierigkeiten beheben werde. Als aber die Verordnung vom 23. Dezember 1918 veröffentlicht wurde: große Enttäuschung bei allen, die sich mit dieser Frage seit Jahren beschäftigt hatten. Nicht nur, daß, wie Dr. Heinemann am 30. Januar 1919 dargelegt hat, die juristische Fassung der einzelnen Paragraphen zur größten Beanstandung Anlaß gab, noch viel bedenklicher war ihr Inhalt. Ich habe dies seiner Zeit in der „Sozialen Praxis“ ausführlich dargelegt und verweise diejenigen, die sich dafür interessieren, auf meine dortigen Ausführungen. Dr. Heinemann hat in der außerordentlichen Generalversammlung für Soziale Reform am 30. Januar 1919 den Mängeln der Verordnung meinen Gesetzentwurf entgegengestellt, der nicht nur von ihnen frei sei, sondern alle die Tarifentwicklung hemmenden Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitige. Aber die Hauptgegner meines zusammen mit Heinemann ausgearbeiteten Entwurfs eines Arbeitstarifgesetzes sind, wie schon 1918, die Vertreter der christlichen Gewerkschaften gewesen. Wenn ich nach dem, was sie gegen meinen Gesetzentwurf vorgebracht haben, urteilen wollte, müßte ich wirklich an dessen nicht zu steigende Vortrefflichkeit glauben; denn hätten sie gegen denselben etwas, was sich halten läßt, vorzubringen gehabt, so würden sie ihn nicht entstellt haben, um ihn bekämpfen zu können; so wenn sie behaupteten, mein Entwurf wolle die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als Träger der Tarifverträge ausschalten, es würde durch denselben die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen politischen Kämpfen ausgeliefert, die Minderheitsorganisationen würden durch ihn ausgeschaltet und alles, was ich wolle, sei bereits durch das Abkommen vom 15. November 1918 und die Verordnung vom 23. Dezember 1918 erreicht. Von all dem war das gerade Gegenteil wahr¹. Auch der nach der Revolution Staatsminister gewordene A. Stegerwald hat auf meine Darlegungen erwidert². Er hat mir vorgeworfen, daß ich zu den Verhandlungen in meinem Hotel im Jahre 1918 nur die Vertreter der freien, nicht auch die der christlichen Gewerkschaften zugezogen habe. Der Grund war aber nicht Mißachtung, sondern Überschätzung ihrer Einsicht gewesen. Hatte doch der frühere Zentrumsführer Graf Hertling, der den christlichen Gewerkschaften ohne Zweifel innerlich nahestand,

¹ Siehe meine Widerlegung in der Sozialen Praxis vom 10. März 1920, S. 533. — ² Sozialer Praxis vom 17. März 1920, S. 565, 566.

als er Reichskanzler war, im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Wohl von ganz Deutschland, meinen Vorschlägen die wärmste Unterstützung entgegengebracht. War es Mißachtung, anzunehmen, daß das Gewissen der christlichen Gewerkschaftsführer auch sie veranlassen werde, die Partei hinter dem Vaterlande zurückzustellen? Vor allem aber meinte Stegerwald, durch das Betriebsrätegesetz, Bezirks- und Reichswirtschaftsrat, Arbeitsgemeinschaften usw. sei eine Entwicklung in Fluß gebracht worden, der bis auf weiteres Zeit zum Ausreifen gelassen werden müsse.

3

Dieser Meinung ist das Reichsarbeitsministerium augenscheinlich nicht gewesen. Es hat während des ganzen Jahres 1920 an der Vorbereitung eines Arbeitstarifgesetzes gearbeitet, und als Professor Sinzheimer einen von dem meinen abweichenden Entwurf ausarbeitete, diesen zur Grundlage einer Beratung gemacht. Leipart, der Vertreter der freien Gewerkschaften hat meinem Entwurf¹ den Vorzug gegeben. Er hat in einem eingehenden Schreiben vom 14. Juli 1920 die Mängel des Sinzheimerischen Entwurfs dargelegt. Aber das Ministerium hielt an den irrigen Ausstellungen, welche seitens der christlichen Gewerkschaften gegen Heinemanns und meinen Entwurf geltend gemacht worden waren, fest. Als mir im Februar 1921 sein Entwurf zugesandt wurde, habe ich am 26. an den Minister geschrieben, warum ich ihn mißbillige. Darauf wurde mir die Begründung des Entwurfs zugeschickt. Sie vermochte an meiner Kritik nichts zu ändern. Wohl aber gab sie mir Anlaß, auf die völlig irrige Beurteilung des vom verstorbenen Dr. Heinemann und mir ausgearbeiteten Gesetzentwurfs am 28. Februar zu antworten:

Der Grundirrtum dieser Beurteilung ist, daß unser Gesetzentwurf an die Stelle der Gewerkschaften, wie sie sich aus dem Leben entwickelt haben, eine Neuorganisation setzen wolle, während unser Vorschlag sie gerade zur Grundlage unserer Lösung der Frage zu machen und sie nur zu diesem Zweck zu gemeinsamem Handeln zusammenzufassen bezweckt. Es wundert mich, daß der Irrtum in der Begründung sich wiederfindet, nachdem ich das Mißverständnis schon im vorigen Jahre in der „Sozialen Praxis“ richtiggestellt habe und gegen diese Richtigstellung nichts vorgebracht wird als die bloße Wiederholung des Irrtums.

Mit diesem Irrtum fallen aber auch alle Einwendungen, die in der „Begründung“ gegen unseren Gesetzentwurf vorgebracht werden. So gleich der erste, daß es fraglich erscheine, wie es dem Staate und seinen Organen möglich sein könnte, die verschiedenen Berufszweige abzugrenzen, für welche die besonderen Tarifverbände geschaffen werden sollen. Der Einwand zeigt die durchaus bürokratische Denkweise des Verfassers des Entwurfs und seiner

¹ Er ist in Nr. 33 der „Sozialen Praxis“ vom 15. Mai 1919 abgedruckt.

Begründung. Der Staat soll sie gar nicht abgrenzen. Es wird ihm nicht zugemutet, etwas Neues zu schaffen. Er soll nur das, was sich im Leben selbstständig entwickelt hat, anerkennen; indem er die in den verschiedenen Gewerben bestehenden Gewerkschaften zu gemeinsamem Handeln zusammenfaßt. Da ja in jedem Gewerbe bereits Gewerkschaften bestehen, ergibt sich aus ihrer Zusammenfassung die Abgrenzung von selbst. Damit fallen alle weiteren Bemerkungen, die an diese Einwendung angeknüpft werden.

Desgleichen ist irrig, was des weiteren über die Haftung der freiwilligen Organisation der Parteien für die Innehaltung der beschlossenen Tarifbestimmungen gesagt ist. Diese freiwilligen Organisationen werden ja nach Heinemanns und meinem Entwurf geradezu zur Grundlage der Haftung gemacht. Sie sollen für die Buße aufkommen, die ihre Mitglieder bei Nichteinhaltung der Bedingungen der Tarifverträge verwirken. Damit erhalten sie das lebhafteste Interesse, deren Verletzung zu verhindern.

Es ist somit geradezu unverständlich, wenn in der Begründung so gesprochen wird, als würden durch den von Heinemann und mir ausgearbeiteten Gesetzentwurf die freiwilligen Organisationen ausgeschaltet, während unser Entwurf gerade auf deren Fortbestehen aufgebaut ist.

Wenn endlich gegen unseren Entwurf vorgebracht wird, daß nach unserem Entwurf in vielen Berufen starke radikale Minderheiten, die jeden Tarifvertrag ablehnen, in die Vertretungskörperschaften gewählt würden, so wird auch dabei übersehen, daß unser Entwurf auf dem Fortbestehen der freiwilligen Organisationen aufgebaut ist, also keine Gefahr schafft, die nicht auch nach dem Regierungsentwurf bestünde.

Aber all das hatte ich schon in der Sozialen Praxis gegen die irrigen Ausstellungen der christlichen Gewerkschaften geltend gemacht. Ich habe daher an der Beratung des Sinzheimerschen Entwurfs, die in Bamberg stattfand, nur kritisch, wenn auch ohne Erfolg teilgenommen und trage keine Verantwortung, wenn die Frage der Haftung aus dem kollektiven Arbeitsvertrag in Deutschland noch heute nicht befriedigend gelöst ist.

II. Zusammenkünfte in Genf und Basel

Ich habe im Sommer 1920 an der Universität nochmals Vorlesungen, und zwar über Wirtschaftsgeschichte vom Ende des Mittelalters bis zur Neuzeit, gehalten. Da erhielt ich von Herrn Claparède in Genf die Aufforderung zu einer Zusammenkunft in Genf, um an der Diskussion über die Notwendigkeit, die Außenpolitik der Kontrolle durch die Parlamente zu unterwerfen, teilzunehmen; war sie doch selbst dem englischen Parlamente tatsächlich entzogen. Ich habe dort E. D. Morel¹ kennengelernt, auf den 1913 ganz England als den nationalen Helden geblickt hatte, weil er die fluchwürdige Verwaltung des Kongostaats durch Leopold von Belgien zu Fall gebracht hatte. „England und Zehntausende außerhalb Englands“, so hatte der Erzbischof von Canterbury damals gesagt,

¹ Siehe über ihn meine Schrift: Der Weltkrieg und E. D. Morel. München 1921.

„fühlen sich zu Dank gegen Morel verpflichtet, mehr als sie je werden abtragen können, für Jahre tapferer, hingebender Aufopferung für das, was rechtschaffen ist und gerecht und wahr“ und der erkrankte Bischof von Winchester hatte von ihm geschrieben: „Ich schäme mich nicht, zu glauben und es auszusprechen, daß die göttliche Vorsehung uns den Mann in einer großen moralischen Krise gegeben hat.“ Aber Morel hat auf seinen Erfolgen nicht ausgeruht, sobald es galt, eine noch größere Aufgabe zu erfüllen. Ohne Besinnen hat er allen errungenen Ruhm und Liebe und Ehre in die Schanze geschlagen, um die geheimen Mächtschaften der englischen Diplomatie zu bekämpfen, sobald er erkannte, daß sie England in einen Krieg zu stürzen drohten, der die Zivilisation ganz Europas in Frage stellen würde; und als der Krieg ausgebrochen war, hat er am 8. Oktober 1914 in dem Arbeiterblatt „The Labour Leader“ eine Serie von glänzenden Aufsätzen über den Krieg und dessen Ursachen zu veröffentlichen begonnen, unübertrefflich durch Bemeisterung des Stoffs und die Schärfe der Argumentation, worin er den populärsten Irrtümern entgegentrat. Seine Aufsätze sind im Juli 1916 als Buch unter dem Titel „Truth and the War“ (Die Wahrheit und der Krieg) erschienen. Das Wichtigste darin war für uns der meisterhaft geführte Nachweis der Unwahrheit der Behauptung, daß Deutschland allein schuldig am Krieg sei. Dann waren noch zwei Schriften gefolgt: „Des Zarentums Anteil am Krieg“ und 1917 „Afrika und der Friede Europas“. Sie haben der Regierung Gelegenheit gegeben, an dem unentwegten Bekenner der Wahrheit eine für sie selbst schmachvolle Rache zu nehmen. Nach dem Gesetze betreffend die Verteidigung des Reiches war es zwar erlaubt, Druckschriften ins Land von Alliierten, nicht aber von Neutralen zu senden. Morel hatte ein Exemplar seiner Schrift über Afrika und den Frieden an Romain Rolland, von dem er glaubte er sei in Frankreich, geschickt; er war aber in der Schweiz. Darauf ist Morel, den vier Jahre vorher der Erzbischof von Canterbury als den Helden gepriesen hatte, dem England mehr Dank schulde, als es je werde abtragen können, zu sechs Monaten Gefängnis in Pentonville verurteilt worden.

Ich habe in Genf ferner Arthur Ponsonby, den Sohn der Palastdame der Königin Viktoria (jetzigen Lord Ponsonby) kennengelernt, der gleich seinem Freunde Morel für die Unterwerfung der Außenpolitik unter die Kontrolle der Parlamente eintrat, ferner Georges Demartial, den Conte Lucidi und zahlreiche Anhänger der gleichen Anschauungen aus anderen Ländern. Auch habe ich dort die Polin Fräulein Ruszewska und den Schweizer, der Amtsrichter in Kamerun gewesen war, wiedergesehen, die beide aber die für die deutsche Kolonialverwaltung unter Dernburg so

günstigen Referate, die sie 1919 in Bern gehalten hatten, nicht drucken und mir auch nicht in Abschrift geben wollten.

2

Auf der Rückreise habe ich mich in Basel aufgehalten, um an dem ersten Kongreß der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, der nach dem Kriege dort stattfand, teilzunehmen. Dabei habe ich eine bezeichnende Nachwirkung des Krieges erlebt. Ich habe schon¹ erzählt, daß dieser Kongreß auf meine Anregung hin von dem Lütticher Professor Mahaim und mir seiner Zeit in Brüssel ins Leben gerufen worden ist. Die Seele des Kongresses waren bis zum Ausbruch des Krieges immer die Deutschen gewesen; doch war das Zusammenarbeiten mit den Vertretern der übrigen Nationen deutscherseits stets das ungetrübteste gewesen. Mahaim, der einst in Wien mein Zuhörer war, hatte eine von ihm verfaßte Schrift zu dem Buche beigetragen, das mir von meinen Schülern aus Anlaß meines 70. Geburtstags überreicht wurde. Dieser war in die Zeit nach Ausbruch des Krieges gefallen, als die deutsche Armee schon Belgien besetzt hatte. Es war für mich selbstverständlich, daß ich Mahaim gleich allen, die mich geehrt hatten, ein Dankschreiben und meine damals erschienene Schrift über die Anfänge des modernen Kapitalismus als Gegengabe überreichen ließ. Es geschah dies, da ich der Zuverlässigkeit der Post während des Krieges mißtraute, durch einen anderen Schüler, der in der Armee diente und mich während seines Urlaubs in München besucht hatte. Darauf erhielt ich mein Dankschreiben und mein Buch, das dieser im Hause Mahaims abgegeben hatte, von diesem zurückgeschickt. Als nun auf dem Kongreß in Basel der Antrag gestellt wurde, die internationalen Versammlungen für gesetzlichen Arbeiterschutz einzustellen, nachdem im Versailler Friedensvertrag ein internationales Arbeitsamt geschaffen worden sei, und ich mich dagegen erhob, weil es notwendig sei, dieses zu kontrollieren, stellte Mahaim den Antrag, die Deutschen nicht sprechen zu lassen, bevor sie nicht wegen der von den Deutschen in Belgien begangenen Missetaten Abbitte getan hätten. Das war, einerlei wie wir uns zu der Besetzung Belgiens stellten, eine Zumutung von Würdelosigkeit, die wir selbstverständlich ablehnten. Franzosen und Engländer stimmten nichtsdestoweniger Mahaim bei; alle anderen Nationen lehnten die Zumutung mit uns ab. Darauf ist Mahaim auf dem Bankett, das die Stadt Basel dem Kongreß abends gab, nicht erschienen; ich aber habe in dem Toast, den ich auf die Stadt Basel ausbrachte, den Teilnehmern erzählt, wie der Kongreß durch das Zusammenwirken von Mahaim und mir zustande gekommen wäre, wofür ich ihm immer noch dankbar sei.

¹ Siehe S. 202.

III. Übersiedlung nach Prien am Chiemsee

Nach München zurückgekehrt, habe ich dem Andrängen des Mieters meines Wohnhauses, ihm dieses zu verkaufen, Folge gegeben; da ich aber in dem umgebauten Stallgebäude meines Zinshauses auf die Dauer nicht wohnen konnte, habe ich, als in Prien am Chiemsee das von einem Maler erbaute Landhaus zum Verkaufe stand, dieses gekauft und bin nach Prien gezogen. Ich habe hier im Winter 1920/21 die schon zitierte Schrift „Der Weltkrieg und E. D. Morel“ verfaßt. Es wäre des Mannes, der so viel, weil er die Wahrheit bekannte, gelitten hat, unwürdig gewesen, hätte ich darin die Blößen verschwiegen, die sich Deutschland in der Marokkofrage und durch die provokatorischen Reden Wilhelms II. gegeben hat. Nur durch rücksichtsloses Bekennen der Wahrheit konnte das durch die Doppelzüngigkeit der Bülow'schen Politik geschädigte Vertrauen in die Glaubwürdigkeit, daß Deutschland am Weltkrieg nicht allein schuld sei, gewonnen werden; auch entsprach es allein dem Grundprinzip aller wissenschaftlichen Forschung.

2

Ich habe mich in den folgenden Monaten immer mehr in das Studium des deutschen und ausländischen Aktenmaterials, betreffend die dem Weltkrieg vorausgegangenen Jahre, soweit es veröffentlicht war, vertieft. Mitten in diesen Studien erhielt ich am 14. Juni 1921 aus Berlin eine Depesche des damaligen deutschen Außenministers Rosen: „Wäre mit Rücksicht auf Wichtigkeit der Angelegenheit für Herreise dankbar.“ In Berlin angekommen, hörte ich mit Staunen, daß man mich für den Botschafterposten in Washington in Aussicht genommen hatte. Die Amerikaner hatten gebeten, nicht einen Diplomaten von Beruf, sondern einen Professor zu senden. Harnack, den man zuerst ernennen wollte, hatte abgelehnt; darauf war man auf mich verfallen. Es war das eine große Ehre, auch kann ich Herrn von Rosen nicht nur dafür nicht genug dankbar sein, daß er an mich gedacht hat, sondern auch dafür, daß er jedem meiner Wünsche entgegenkommen wollte, wenn ich hinginge. So hatte er die Zustimmung des Reichspräsidenten Ebert erlangt, daß meine Cousine, Frau Elisabeth von Heyking, mir beigegeben werde, wenn ich annähme. Sie hatte sich in Ägypten, Indien, China, Mexiko, Serbien, Hamburg als glänzende Diplomatin bewährt, und hätte ohne Zweifel manche meiner Mängel wieder gutgemacht. Auch ist sie bereit gewesen, mit mir zu gehen. Aber nach langem Erwägen glaubte ich doch nicht die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß ich meinem Lande das leisten würde, was es von dem ersten Botschafter, den es nach dem Kriege in

die Vereinigten Staaten schickte, erwarten konnte. Ich war damals 76 Jahre alt, hatte eben eine Staroperation durchgemacht, ging wahrscheinlich einer zweiten entgegen, mein Gehör war schon im Abnehmen, dabei standen wichtige juristische Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten in Aussicht, bei denen ich wesentlich auf den Beirat eines Juristen angewiesen gewesen wäre; da mußte ich mir sagen, daß es, nachdem man ein langes Leben die selbsterwählten Aufgaben in Ehren erfüllt hatte, nicht angebracht sei, nochmals als Lehrling einen so verantwortungsvollen Beruf zu ergreifen. Ich fürchte, daß ich Herrn von Rosen sehr gekränkt habe, als ich nach mehrmonatlichen Verhandlungen schließlich ablehnte, glaube aber, daß ich ihm selbst damit gedient habe. Auch haben die Äußerungen in *The New York Times* vom 2. Juli 1921 gezeigt, daß ich als einer der Unterzeichner des Manifests der 93 in Amerika nicht von allen freundlich empfangen worden wäre. Das war eine weitere Folge davon, daß ich 1914 dem Drängen Schmollers nachgegeben hatte, meinen Namen unter das Manifest zu setzen, bevor ich es gelesen hatte.

3

Ich habe mich darauf wieder ganz auf das Studium der auf den Weltkrieg bezüglichen Schriften zurückgezogen, und als der Bildungsausschuß der Münchener Gewerkschafter mich aufforderte, ihnen einen Vortrag zu halten, als Thema „Die Schuld am Weltkrieg“ gewählt. Unter dem Einfluß der „Unabhängigen“ waren damals noch viele Gewerkschafter von der Alleinschuld Deutschlands überzeugt. Mein zweistündiger Vortrag hat nicht nur widerspruchslosen Beifall gefunden, sondern es wurde auch allseitig der Wunsch ausgesprochen, daß ich ihn veröffentlichen möge. Daraus ist meine Schrift¹ „Die Urheber des Weltkriegs“ entstanden. Sie hat den drei- bis vierfachen Umfang meines Vortrags und hat, wie ich glaube, Anteil daran, daß der Glaube an die Alleinschuld Deutschlands bei den deutschen Arbeitern geschwunden ist.

Darauf bin ich in Begleitung meiner Tochter der Aufforderung des ungarischen Cobden-Bunds gefolgt, in Budapest einen Vortrag über Freihandel zu halten, denn es war Gefahr, daß die kleine Entente sich zu einem Zollbund zusammenschlösse und Ungarn und Österreich zum Beitritt gewinne. Ich habe dort am 19. März 1922 gesprochen. Meine Aufnahme war, wie nur Ungarn sie einem Gaste zu bereiten verstehen. Ich hatte eine vornehme und zahlreiche Zuhörerschaft, nicht nur den Grafen Albert Apponyi, die ungarische Akademie, sondern auch die große Menge der kaufmännischen Jugend. Auch folgte ein Freihandelskongreß in Bu-

¹ Lujó Brentano, *Die Urheber des Weltkriegs*. 2. A. München 1922.

dapest, dem beizuwohnen die zweite Staroperation, der ich mich unterziehen mußte, mich leider verhindert hat.

Auf der Rückreise sprach ich in Wien mit meinem Freunde, dem Historiker Ludo Moritz Hartmann, über das Ergebnis meiner Studien über die Urheber des Weltkrieges. Er drang ungestüm in mich, darüber in Wien einen Vortrag zu halten. Ich habe mich dazu erst nach langem Zögern entschlossen, denn wahrheitsgemäß konnte meine Darlegung nur eine Anklage gegen den Grafen Berchtold sein, der entgegen den Ratschlägen des Deutschen Reichskanzlers den Serben den Krieg erklärt und damit den Weltkrieg entfesselt hatte. Noch im letzten Augenblick zögerte ich, in Wien diese Anklage zu erheben; aber Hartmann meinte, in Wien könne man alles sagen. Ich sprach in einem Hörsaal der Universität. Er war dichtgedrängt voll, und vor mir saßen Generäle und gewesene Minister. Ich sprach, was sich mir als wahr ergeben hatte, rücksichtslos aus, und zu meinem Staunen fand ich, als ich geendet hatte, rauschenden Beifall. Auch die Generäle und Minister klatschten gleich den übrigen Zuhörern. Nach dem Vortrag hat mich eine große Zahl der letzteren in das Gasthaus begleitet, in dem ich mein Nachtmahl einnahm, darunter auch einer der Minister des letzten Kabinetts des Kaisers Karl. Er setzte sich zu mir. „Sie wissen“, sagte er, „daß Graf Tisza zuerst gegen den Krieg gewesen ist, aber Sie wissen nicht, warum er ihm dann trotzdem zugestimmt hat“, und nun erzählte er, der Kaiser Franz Joseph habe Tisza kommen lassen und sei in ihn gedrungen, nachzugeben. In der Welt sage man, ihm, dem Kaiser, sei die Ermordung seines Thronfolgers nicht ungelegen gekommen, denn man wisse, daß politische Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Erzherzog bestanden hätten; lasse er dessen Ermordung ungerächt, so bleibe dies auf ihm sitzen; er bitte Tisza, zur Rettung seines Andenkens seinen Widerspruch gegen den Krieg aufzugeben. Tisza habe darauf erwidert, er sei seiner Majestät treuester Diener, und habe der Kriegserklärung zugestimmt. Die Folge war der Ausbruch des Weltkrieges, der 11 Millionen auf den Schlachtfeldern Gefallenen und weiteren Millionen ihren Wunden und den im Kriege empfangenen Krankheiten zu Hause Erlegenen das Leben gekostet hat, und an dessen Nachwirkungen Besiegte und Sieger heute noch leiden.

4

Nach der Ermordung Rathenaus bin ich vom Vorstand des Klubs demokratisch gesinnter Studenten an der Universität München aufgefordert worden, einen Vortrag zu halten, der den dem deutschen Vaterlande grausam Entrissenen würdige. Ich bin dem am 13. Juli 1922 nachgekommen¹.

¹ Lujo Brentano, Walter Rathenau und seine Verdienste um Deutschland. München 1922.

Ich habe den dem Vaterland restlos sich hingebenden Idealisten gezeigt, den großen Organisator, dem es zu danken war, daß Deutschland sich nicht schon nach Ablauf eines Jahres wegen Fehlens der zur Kriegsführung nötigen Rohstoffe für besiegt erklären mußte; denn im Kriegsministerium in Berlin hatte man im Glauben an eine kurze Dauer des Krieges es unterlassen, sich damit zu beschäftigen. Ich schilderte das Verdienst, das er sich nach dem für Deutschland so ungünstigen Ausgang des Krieges durch das Wiesbadener Abkommen mit der französischen Regierung, durch seine Rede in Cannes am 12. Januar 1922 und sein darauffolgendes Auftreten auf der Konferenz in Genua erworben hat, und wie er, eben weil er der vielseitigste, gewandteste, unentbehrlichste unserer Staatsmänner war, das Opfer ruchloser Mordbuben geworden ist. Ich schloß mit der Aufforderung zur völligen Umkehr in dem Gebahren der sich bekämpfenden Parteien gegeneinander. „Fast meint man, wenn man die gegenseitigen Anpöbelungen der Parteien in der Presse liest und hört, wie es in den Versammlungen zugeht, die Deutschen haßten einander mehr, als ihre äußeren Feinde. Es ist, wie wenn Schiffbrüchige auf einem Felsen miteinander rauften, um sich in den Abgrund zu reißen.“ Leider ist es heute, 1930, noch nicht anders geworden.

5

Im Winter 1922/23 habe ich nochmals Vorlesungen an der Münchener Universität gehalten und zwar über englische Wirtschaftsgeschichte und im Winter 1923/24 habe ich sie in Heidelberg wiederholt. Ich dachte schon damals daran, sie zu dem Werke auszuarbeiten, das von 1927 bis 1929 unter dem Titel „Eine Geschichte der wirtschaftenden Entwicklung Englands“ erscheinen sollte. Aber bevor es dazu kam, bin ich nochmals zur Teilnahme an den Kämpfen zur Abwehr von Angriffen von rechts und links auf die Interessen Deutschlands in der Achtstundenfrage genötigt worden.

IV. Die Kämpfe um den Achtstundentag

Der Achtstundentag war ein altes Ideal der Arbeiterwelt in allen modernen Industrieländern gewesen. In vielen war es schon vor Ausbruch des Krieges verwirklicht worden zur Zufriedenheit von Arbeitgebern und Arbeitern. Im Artikel 427 des Versailler Friedensdiktats wird unter Ziffer 4 der Achtstundentag oder die 48-Stunden-Woche als das Ziel bezeichnet, das überall angestrebt werden soll, wo es noch nicht erreicht wurde. War es da nicht gehässig, wenn man den deutschen Gewerkschaften einen Strick drehen wollte, weil sie in ihrer Zusammenkunft mit den Arbeitgeberverbänden am 11. November 1918 den Achtstundentag forderten? Es wäre ein Wunder gewesen, wenn sie in dieser Stunde, die

ihnen die bis dahin verweigerte Anerkennung als die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft brachte, auf die Verwirklichung des Ideals verzichtet hätten, welche diese seit Jahrzehnten erstrebt hatte.

Aber 1923 war die Macht der Arbeitgeberverbände wieder gestiegen. Im Reichswirtschaftsrat machten ihre Vertreter gar kein Hehl daraus, daß es lediglich politische Gründe waren, welche sie 1918 veranlaßt hatten, dem Achtstundentag zuzustimmen und daß sie zum Neunstundentag zurückzukehren wünschten. Nach meiner seit 1875 gegen Ausdehnung des Arbeitstags eingenommenen Stellung und meiner tieferen Begründung derselben in meiner Schrift „Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“ von 1893¹ war es ausgeschlossen, daß ich es ohne Einspruch hingehen ließ, daß die deutschen Arbeiter auf Grund unhaltbarer Kritik der Besserung ihrer Lage beraubt würden, auf die der Friede ihnen, die die Last des Krieges besonders getragen hatten, Aussicht eröffnet hatte. In einer Anzahl Aufsätze, die im Jahre 1923 in der „Sozialen Praxis“ erschienen sind, habe ich die Unhaltbarkeit der für eine Reaktion geltend gemachten Gründe ausführlich dargelegt, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat diese dann in der Broschüre „Der Ansturm gegen den Achtstundentag“ in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet. Ich bin infolgedessen in den Arbeiterkreisen nicht bloß Deutschlands, sondern selbst in denen unserer Gegner im Weltkrieg sehr populär geworden, insbesondere auch in der Tschechoslowakei. Hier hatte die Nationalversammlung zu Ehren und zur Begrüßung des Präsidenten der Republik Masaryk, der fast ein Vierteljahrhundert vom Katheder aus für den Achtstundentag eingetreten war, am Tage vor dessen Ankunft die achtstündige Arbeitszeit beschlossen; und nachdem die Produktion sich dem Gesetze gut angepaßt hatte, hat man dort das Gesetz über den Achtstundentag und seine Befolgung als wesentlichen Bestandteil des gesamten republikanischen Systems bezeichnet. Es ist ein Zeichen der Leichtfertigkeit, mit der die Vertreter der Rückkehr zum Neunstundentag im vorläufigen deutschen Reichswirtschaftsrat vorgehen, daß sie, auf Grund einer Angabe in der kommunistischen „Roten Fahne“, ohne sich in Prag über die Wahrheit der Angabe zu vergewissern, behaupteten, in der Tschechoslowakei sei der Achtstundentag in einen Zwölfstundentag verwandelt worden. Da ich die Unwahrheit der Behauptung festgestellt hatte, bin ich auch in Prag populär gewesen.

2

Aber eben dies ist für mich eine Verlegenheit geworden, als ich zu dem Internationalen Kongreß für Sozialpolitik am 2. bis 4. Oktober 1924 nach

¹ Siehe S. 191.

Prag kam. Das war der Name, den der Internationale Kongreß für gesetzlichen Arbeiterschutz nach dem Krieg angenommen hatte. Die Leitung des auf meine Anregung entstandenen Kongresses¹ war ganz in die Hand der Franzosen gegeben. Mich hat man mit erdrückender Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit überhäuft. Masaryk, der übrigens nicht in Prag war, wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt und ich und zwei andere ihm als Ehrenrat beigegeben — alles leere Ehrenbezeugungen. Darauf bis gegen Abend Zeitverschwendung mit langweiligen Berichten, die in vier Sprachen vorgetragen wurden. Erst gegen vier Uhr nachmittags kam es zur Beratung des Achtstundentags. Erst sprach ein Franzose, dann ein Engländer, dann etwa um 5¹/₄ Uhr kam ich. Als ich mich erhob, empfing mich stürmischer Beifall, der mir meine Aufgabe nur um so schwerer machte. Auch sagte ich in Anknüpfung an einige Dankesworte: „Sie werden mir, wie ich fürchte, nachdem ich gesprochen haben werde, keinen Beifall spenden.“ Denn nun kam für Franzosen und Tschechen eine große Enttäuschung. Der ganze Kongreß war angelegt, um die ganze soziale Bewegung in ihren Händen zu konzentrieren; wir Deutsche wurden als *quantité négligeable* behandelt. Albert Thomas hatte in einem Artikel der „Revue de Paris“ und ebenso hatten die Herren Jouhaux und Davies auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf verlangt, daß von seiten der Entente auf Deutschland ein Druck zugunsten des Achtstundentags ausgeübt werde. Dieses Ansinnen habe ich von meinem eben dargelegten Standpunkt aus mit der größten Energie zurückgewiesen.

3

Es bestand nämlich ein wesentlicher Unterschied zwischen meiner Behandlung der Arbeitszeitfrage und der der nichtdeutschen Arbeitervertreter. Die letzteren behandelten die Verkürzung des Arbeitstags ausschließlich vom Standpunkt der Besserung der Lage der Arbeiter; wirtschaftlich sahen sie darin eine Erschwerung der Produktion. Ich erblickte darin außer dem sozialen Fortschritt die Ermöglichung und den Antrieb zur Steigerung der Produktion. Eine Berücksichtigung des letzteren Gesichtspunkts habe ich bei den nichtdeutschen Arbeitervertretern vergeblich gesucht. Für Deutschland aber war die Steigerung der Produktion infolge der durch das Versailler Diktat und des auf Grund desselben getroffenen Londoner Abkommens ihm auferlegten Zahlungsverpflichtungen geradezu zur Lebensfrage geworden. Nach dem Versailler Vertrag wurde jedes Kind, das in Deutschland geboren wird, als Schuldklave der alliierten und assoziierten Länder während noch nicht begrenzter Generationen geboren. In dem Sachverständigengutachten, das dem Lon-

¹ Siehe S. 90.

doner Abkommen zugrunde liegt, sei anerkannt, daß Deutschland seine Zahlungen nur mit Arbeitsprodukten bezahlen könne. Die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen könne nur erfolgen durch einen Exportüberschuß über seine Warenausfuhr, die zur Begleichung dessen nötig sei, was es an Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen brauche. Wie aber könne Deutschland jährlich diesen Exportüberschuß erzielen? Der nächste Gedanke wäre: Durch Verbesserung in der Technik und der wirtschaftlichen Organisation der Betriebe. Aber im Oktober 1924 hatten die deutschen Banken den Deponenten 24 Prozent pro Jahr an Zinsen gezahlt; daraus lasse sich schließen, zu welcher außerordentlich hohen Zinsen sie die so aufgenommenen Gelder an Landwirte und Industrielle weiter verliehen. Bei so hohen Zinsforderungen seien technische und organisatorische Verbesserungen der Betriebe nicht möglich. Als ein anderer Weg zur nötigen Steigerung der deutschen Produktivität wäre eine Steigerung der Arbeitsintensität zu denken, wie sie durch systematische Durchführung der Entlohnung nach Maßgabe der Leistung herbeigeführt und durch gleichzeitige Verkürzung des Arbeitstags auf acht Stunden, wo immer eine solche stattfinden könne, physisch und psychisch ermöglicht werde. Aber da stießen wir auf das Hindernis, daß die deutschen Arbeitgeber energisch darauf hinwiesen, daß die Herren Thomas, Jouhaux, Godard, Davies, d. h. die Arbeitervertreter der deutschen Konkurrenzländer, nur deshalb auf die Verkürzung des deutschen Arbeitstags beständen, weil sie darin eine Minderung der deutschen Produktivität erblickten und durch diese die Lage der Arbeiter in ihren Ländern bedroht sähen. Auf Grund der Autorität der eben genannten nichtdeutschen Arbeitervertreter werde daher die enorme Mehrheit der deutschen Nation der von eben diesen bekämpften Verlängerung des Arbeitstags zustimmen, um das größere Übel der ihr bei Nichterfüllung der auferlegten Zahlungsverpflichtungen angedrohten Sanktionen abzuwehren. Nur in einem Punkte hätten die Herren Thomas und Genossen recht: die Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter würde alsbald die der Lebenshaltung in allen deutschen Konkurrenzländern herbeiführen. Aber wenn die nichtdeutschen Arbeiter deshalb Anklage gegen Deutschland erheben sollten, würden sie ihre Anklage an die falsche Adresse richten. Sie müßten sich an ihre eigenen Regierungen wenden, damit Deutschland von dem Joch befreit werde, das nicht nur dieses und die deutschen Arbeiter darniederdrücke, sondern gleichzeitig dem Wohlstand, der Freiheit und Kultur aller zivilisierten Völker der Untergang drohe.

Als ich geendet hatte, habe ich zwar auf seiten der anwesenden Deutschen stürmischen Beifall, bei der enormen Mehrheit, den Tschechen und

den Arbeitervetretern der zur Entente gehörigen Länder, eisiges Schweigen gefunden. Ich ging dann fort, während meine Rede in die drei anderen Sprachen übersetzt wurde. Im Foyer wurde ich von der großen Mehrzahl der Deutschen umringt, die meine Rede als eine erlösende Tat priesen, die aber nur von mir habe vorgebracht werden können. Aber es fehlte auch nicht an Flagellanten, die mit mir unzufrieden waren. Auch haben, nachdem ich fortgegangen war, die Franzosen und Belgier gegen mich gepoltert. Noch am folgenden Tag bildete meine Rede die große Sensation. Das war ein Zeichen, daß sie getroffen hatte. Dagegen war schlimm, daß die deutschen Flagellanten zu einem Proteste gegen mich rüsteten und einer derselben hat auch seiner Sonderstellung Ausdruck gegeben. Doch war dies gleichgültig, denn nahezu alle übrigen Deutschen waren auf meiner Seite und da kein anderer Deutscher sprach, galt meine Rede als *die* deutsche Rede, und wenn auch der Vertreter einer mir nahestehenden großen Zeitung, der ihren wörtlichen Abdruck versprochen hatte, sein Versprechen ohne Angabe von Gründen nicht hielt, so haben andere Zeitungen meine Rede gebracht. Auch hat diese nichts an der bevorzugten Behandlung geändert, die mir seitens der tschechischen Regierung zuteil geworden ist. Der Arbeitsminister gab am folgenden Tage ein Frühstück. An sich hätte Freiherr von Nostitz als Vorsitzender der deutschen Sektion des Kongresses eingeladen werden müssen. Allein in Prag waren deutsche Grafen von Nostitz ansässig. Das scheint ein Hindernis gewesen zu sein. Ich bin als einziger Deutscher eingeladen worden. Auch ist der Gedanke, auf Deutschland einen Druck zur Annahme des Washingtoner Abkommens auszuüben, verstummt.

Doch damit war meine Tätigkeit in der Arbeitszeitfrage nicht zu Ende. Selbstverständlich ist ein Theoretiker wie ich, in Fragen wie der über das Verhältnis der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung von den Mitteilungen der Praktiker abhängig. Er kann nur prüfen, inwieweit die aus den mitgeteilten Erfahrungen gezogenen Schlüsse beweiskräftig sind. Wenn ich las, was seitens sehr namhafter deutscher Arbeitgeber über den Achtstundentag geredet und veröffentlicht worden war, habe ich aber nicht den Eindruck gehabt, daß ihre Äußerungen auf Beobachtungen beruhten, die, wenn man ihnen in allen Einzelheiten nachginge, einer wissenschaftlichen Kritik standhalten würden. Oft hatte ich den Eindruck von apodiktischen Behauptungen, denen man sich mit Rücksicht auf den Mund, der sie aussprach, ohne Kritik zu unterwerfen habe. Damit kann unsere Zeit sich nicht beruhigen. Man erwäge: Das Versailler Diktat hat den Achtstundentag als das für alle miteinander konkurrierenden Länder wenn irgend möglich zu verwirklichende Ziel hingestellt; er ist zum inter-

nationalen Arbeitstage erklärt worden, und die Arbeiterschaft einer jeden Nation erhebt den Anspruch auf seine Durchführung bei allen übrigen Nationen. Wir haben es erlebt, daß Deutschlands Abweichen von dieser Versailler Bestimmung ihm die bittersten Vorwürfe gerade in den Gesellschaftsschichten zugezogen hat, bei denen es in seinem Unglück, wie die Tatsachen zeigen, noch am ehesten Verständnis findet. Wir haben selbst eine Arbeiterschaft, die in ihrer Mehrheit bereit ist, und sich bereit erklärt hat, ihren Anteil an den Deutschland auferlegten Lasten zu tragen. Man hüte sich, ihnen Lasten aufzuerlegen, die sie nicht notgedrungen tragen müssen. Sie würden sie nur widerwillig tragen, d. h. wo eine Widerverlängerung des Arbeitstags nicht unumgänglich ist, wird sie sabotiert werden, und alles Schimpfen und Schelten wird nicht die gewünschte Mehrleistung, sondern nur gesteigerten Mißmut zur Folge haben. Schließlich würde man es fertigbringen, daß das Versailler Diktat statt als Fluch, als welches es ob seiner schreienden Ungerechtigkeit mit Recht verabscheut wird, ob der Forderungen, die sein Teil XIII zugunsten der Arbeiter enthält, als die Magna Charta der Arbeiterschaft der Welt gepriesen wird. Das wäre für Deutschland ein Unglück, von dem es sich nicht wieder erholen würde.

Das waren die Erwägungen, die mich veranlaßt haben, zu verlangen, daß die Behandlung der Achtstundenfrage auf seiten der Arbeitgeber eine andere werde. An die Stelle apodiktischer Aussprüche, die gläubige Unterwerfung heischen, müßten wissenschaftliche Untersuchungen treten, die überzeugen. Daher habe ich auf dem Internationalen Kongreß für Sozialpolitik 1926 beantragt, daß in allen Ländern seitens der Regierungen wissenschaftliche Untersuchungen über das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung vorgenommen würden, und nachdem mein Antrag da angenommen war, habe ich in der Ausschußsitzung des Vereins für Sozialpolitik beantragt, daß dieser das gleiche Ersuchen an die deutsche Reichsregierung stelle. Mein Antrag hat nur geringen Widerspruch gefunden und die Regierung hat ihm Folge gegeben. Unter der Leitung von Professor Dr. Ludwig Heyde haben entsprechende Untersuchungen stattgefunden. Auch die Engländer haben 1927 einen Bericht¹ über das Verhältnis von Arbeitszeit zur Arbeitsleistung veröffentlicht, der die Erfahrungen, seit Robert Owen die Arbeitszeit herabsetzte, bis zu denen während des Weltkrieges und seit dessen Beendigung wiedergibt.

4

Doch die Erzählung meiner Teilnahme an dem Kampf um den Achtstundentag ist meiner Reise nach London vorausgeeilt, die ich, begleitet

¹ International Association for Social Progress (British Section) Report on „Hours of Work and their Relation to Output“. London 1927.

von meiner Tochter, im Dezember 1924 unternommen habe, um durch Studium im British Museum die Materialien zu vervollständigen, die ich zur Vollendung meiner Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands benötigte. Unsere Reise zeigte große Erleichterung im Fremdenverkehr gegen 1919. Immerhin hat es mich belustigt, als ich bei der Paßkontrolle gefragt wurde, was ich im British Museum studieren wolle, und ich habe noch heute den Verdacht, daß der Herr, der in den ersten Wochen meiner Arbeit im Museum regelmäßig neben mir Platz nahm, nicht um Bücher des Museums, sondern eine mitgebrachte Zeitung zu lesen, und der erst verschwand, als er sah, daß die Werke, die ich exzerpierte, dem britischen Staate nicht gefährlich seien, zu meiner Kontrolle geschickt war. Im übrigen haben wir nichts erlebt, was an den vergangenen Krieg erinnert hätte. Meine alten Freunde und die neuen, die wir gefunden haben, sind uns aufs liebenswürdigste entgegengekommen. Die Kollegen von der London University und von Kings College haben mich eingeladen, und die Universität Manchester hat mich sogar 1925 zum Doctor of Letters h. c. ernannt. Meine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands ist 1927 bis 1929 erschienen. Damit habe ich mein wissenschaftliches Tagwerk beendet.

Noch eines muß ich, bevor ich auch diesen Lebensbericht schließe, erwähnen. Der Leser wird sich meines schon 1912 an Schmoller geschriebenen Briefes erinnern¹, in dem ich von der Wandlung spreche, die bei den jüngeren Nationalökonomien eingetreten sei, seit wir 1872 die vornehmsten deutschen Geister zur Besprechung der sozialen Frage nach Eisenach zusammenriefen. Schon 1912 habe ich, wie mein Brief zeigt, daran gedacht, aus dem aus dieser Besprechung hervorgegangenen Verein für Sozialpolitik auszutreten. Ich habe dies damals aus den in meinem Briefe angegebenen Gründen unterlassen. Der Gedanke ist dann 1923 wieder in mir aufgetaucht², nachdem Herkner, der Nachfolger Schmollers im Vorsitze des Vereins, in seinen „Sozialpolitischen Wandlungen in der wissenschaftlichen Nationalökonomie“ schrieb, die jüngere Generation der Nationalökonomien schein den Verein für Sozialpolitik in einen Verein gegen Sozialpolitik verwandeln zu wollen. „Es ist uns“, so habe ich damals geschrieben, „ergangen wie dem Christentum. Wir haben zu viel Glück gehabt. Als das Christentum noch verfolgt wurde, hat es nur aus überzeugten Bekennern bestanden. Nachdem es aber staatlich anerkannt worden war, war es nicht nur mehr Saulus, der zum Paulus geworden ist. Auch andere, die ehemals seine Gegner gewesen

¹ Siehe S. 300. ² Siehe Lujo Brentano, Der Ansturm gegen den Achtstundentag. S. 36 bis 42.

sind, sind ihm dann beigetreten. Nicht nur, daß man damit nichts mehr riskierte, man empfahl sich sogar eben dadurch und machte Karriere . . . Und so hat es mich auch nicht gewundert, in den späteren Verzeichnissen der Mitglieder des Vereinsausschusses Namen von Männern zu finden, die in unseren Anfängen sich scheuten, unseren Versammlungen beizuwohnen, weil sie fürchteten, daß es ihnen schaden könne, wenn ihr Name aus solchem Anlaß in die Zeitungen käme. Ja, noch mehr! Entsprechend dem Vorbild des antiken Chors¹ scheint, seit eine sozialpolitisch reaktionäre Strömung bei unseren oberen Klassen sich geltend machte, . . . der Verein für Sozialpolitik auch diese Strömung mitmachen zu wollen. Daher es nur in der Ordnung ist, wenn in dem Verzeichnisse der Mitglieder seines Ausschusses auch die Namen früherer ausgesprochener Gegner sich finden. Sie haben bei der Annahme der Wahl in denselben nichts zurückzunehmen gehabt; sie konnten mit Genugtuung in den Ausschluß des Vereins eintreten, den sie früher bekämpft hatten.“

Dann hat sich meine Hoffnung auf Rückkehr des Vereins zu dem Geiste, der ihn in seinen Anfängen beseelt hat, wieder belebt, als mit Ausnahme von Diehl und Sombart sämtliche Mitglieder des Vereins im September 1924 auf der Generalversammlung in Stuttgart, unter der Führung des langjährigen Verteidigers der Getreidezölle Sering, „sich im Interesse derjenigen, die in erster Linie die durch das Londoner Abkommen Deutschland auferlegten Lasten zu tragen haben“, gegen die Wiedereinführung der Getreidezölle erklärt haben.

Aber bald ist meine Hoffnung wieder erloschen. Da liegt das durch Krieg und Inflation erschöpfte Deutschland. Bis 1987 soll es nach dem Youngplan jährlich 2,05 Milliarden Mark an die Siegerländer zahlen. Aber auch wenn der Youngplan fällt: schon vor dem Weltkrieg war es zur Deckung seines Lebensmittelbedarfs auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen. Das Versailler Diktat hat es zweier seiner rein agrarischen Provinzen beraubt, und die Statistik des Außenhandels zeigt außer bei Roggen und Hafer ein überwältigendes Übergewicht der Einfuhr von Lebensmitteln über die Ausfuhr. In der Hauptsache vermögen wir Tribut und Lebensmitteleinfuhr nur durch die Ausfuhr von Industrieprodukten zu zahlen. Industrieprodukte aber können wir nur ausführen, wenn wir sie billiger als das Ausland herstellen, und zwar um so billiger, je mehr dieses durch hohe Zölle gegen die Einfuhr aus Deutschland sich wehrt. Man sollte meinen, das Gesamtinteresse gehe unzweideutig dahin, dem deutschen Volke in jeder Weise das Tragen dieser Last zu erleichtern. Dieser Gedanke hat ja auch den Verein für Sozialpolitik in Stuttgart zur

¹ Siehe S. 114.

Stellungnahme gegen Wiedereinführung der Agrarzölle veranlaßt. Aber was sehen wir? Nicht nur sind die Getreidezölle wieder eingeführt worden, sondern derselbe Minister, der am 14. März 1911 in einer in Oberkirch in Baden abgehaltenen Wählerversammlung die Nutzlosigkeit der Getreidezölle für die kleinen Landwirte gepredigt und im Reichstag nicht zu Unrecht gesagt hat, die Deutschen seien aus einer Nation zu einem Interessentenhaufen geworden, hat, um die verschuldeten und technisch rückständigen Grundbesitzer zu gewinnen, den Roggenzoll von 5 Mark pro Doppelzentner auf 6 Mark ab 10. Juli 1929 und auf 7 Mark ab 15. Februar 1930, den Weizenzoll von 5 Mark auf 6,50 und 7,50 Mark erhöht. Dabei waren die Zeitungen schon damals voll von Meldungen über die sittliche Verwilderung, welche die seit mehr als zehn Jahre dauernde Not des deutschen Volks gebracht hat!

Aber nicht nur die Konsumenten sind es, die diese Politik ins Verderben stößt. Einen wesentlichen Posten unter den Herstellungskosten unserer Industrieprodukte machen unsere Arbeitslöhne aus. Sie sind ohnedies schon niedriger als die Arbeitslöhne in unseren Konkurrenzländern. Während in diesen die landwirtschaftlichen Produkte außerordentlich viel billiger sind und die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter als Folge ihrer besseren Ernährung steigt, erwartet man von unseren infolge solcher Zölle unterernährten Arbeitern Leistungen, die Deutschland instand setzen, einen jährlichen Tribut von über 2 Milliarden Mark und noch mehr Milliarden für Lebensmittel in Waren an die Siegerländer auszuführen. Wo ist der Verein für Sozialpolitik gewesen, als diese Politik, die Deutschland seinem Ruine entgegentreibt, im Widerspruch zu seinem Stuttgarter Beschluß im Parlamente zur Herrschaft gelangte? Im Durchschnitt der sechs Jahre 1907—1912 betrug die Verteuerung von Roggen, Weizen, Gerste und Hafer durch die damaligen Getreidezölle für die getreidekaufende Bevölkerung 1036838745 Mark pro Jahr; davon flossen 906218758 Mark in die Taschen Privater und nur 130619987 Mark in die Reichskasse¹. Wäre es nicht am Platze gewesen, Berechnungen zu veranlassen, wie groß die Belastung der getreidekaufenden Bevölkerung durch die erhöhten heutigen Getreidezölle ist und welche Klassen von Grundbesitzern davon Vorteil haben?

Statt die öffentliche Meinung aufzuklären, sind in diesen Jahren sogar theoretische Fragen, die doch nur in der Studierstube des einzelnen gefördert werden können, auf den Generalversammlungen des Vereins behandelt worden; es sind Vorträge gehalten worden, die nur die Eitelkeit

¹ Siehe meine Denkschrift „Die deutschen Getreidezölle“. 3. A. Stuttgart und Berlin 1925. S. 130. Dort ist ein Rechenfehler unterlaufen.

des Vortragenden zeigen; dagegen ist, was das Wohl und Wehe der Bevölkerung trifft, auf diesen völlig zurückgetreten. Das ist mir besonders nahegegangen, als ich in einer Zuschrift des Verbandes der deutschnationalen Handlungsgehilfen gebeten wurde, doch gegen die Angriffe Hugenbergs und seiner Presse gegen die Arbeiterversicherung das Wort zu ergreifen. Ich bin zu alt, um mich nochmals in die Arena zu begeben, und zu müde, um das ganze Material zu bewältigen, dessen Beherrschung unumgänglich wäre zur wirksamen Zurückweisung der Ersetzung der Arbeiterversicherung durch einen allgemeinen Sparzwang. Aber mit Wehmut dachte ich daran, wie wir allen Feinden zum Trotz aufgeflammt wären, wäre ein ähnliches Projekt 1872 von einflußreicher Seite befürwortet worden.

Und wie steht es mit der Arbeitslosenfrage? Es sind in derselben zwei Abschnitte zu unterscheiden: die Zeit vor und nach Mitte 1929.

Zuerst ist sie in England und Deutschland aufgetreten, in beiden Ländern als Folge des Krieges. Beide waren vor demselben die größten Exportländer der Welt; England stand an der Spitze; unmittelbar darauf folgte Deutschland; dann kamen die Vereinigten Staaten und in weiter Entfernung die übrigen Länder. Als der Krieg ausbrach, hat England die Ausfuhr verboten; in Deutschland hat die Ausfuhr auch ohne Verbot aufgehört, denn alle für die Ausfuhr Arbeitenden waren entweder im Feld oder arbeiteten für den Kriegsbedarf. Die Länder aber, nach denen England und Deutschland vor dem Krieg Waren exportiert hatten, haben diese auch während der nahezu fünf Jahre, die der Krieg gedauert hatte, benötigt. Sie haben sie selbst herzustellen begonnen. Selbst recht minderwertige Kohlenbergwerke sind in den Ländern, die bis dahin Kohlen aus England und Deutschland bezogen hatten, in Angriff genommen worden. Da kam endlich der Friede, und nun haben diese Länder Zölle gegen England und Deutschland eingeführt und immer wieder erhöht, um ihre während des Krieges entstandenen Industrien zu schützen. Daher in England und Deutschland wachsende Zahlen von Arbeitslosen. Die Not wurde bei uns besonders fühlbar, weil durch die Inflation die Zahl der Rentner und damit auch die kauffähige Nachfrage im Inland vermindert war, und die künstliche Verteuerung der Lebensmittel durch die wiedereingeführten und erhöhten Zölle es auch den in Arbeit Verbliebenen schwer machte, ihre Familien zu ernähren. Die Zeitungen meldeten von täglich sich mehrenden Einbrüchen, Raubanfällen, und Selbstmorden wegen Nahrungssorgen.

Doch die jüngere nationalökonomische Generation hat nichts getan, um demgegenüber ihrer besseren Erkenntnis, der sie in Stuttgart Ausdruck

gegeben, zur Geltung zu bringen. Wollte ich bei solchem Verhalten derselben im Verein für Sozialpolitik bleiben, so wäre dies einer stillschweigenden Billigung seiner Gleichgültigkeit für die Herz und Nieren des deutschen Volks bedrohenden Gefahren während der vergangenen Jahre gleichgekommen; es wäre die Verleugnung meiner ganzen Vergangenheit gewesen. Ich bin daher am 20. Mai 1929 aus dem Vereine ausgetreten.

Doch erst nach meinem Austritt hat der noch schlimmere Abschnitt der Arbeitslosenfrage begonnen. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland war vor Mitte 1929 gering im Vergleich zu ihrer Zahl seit der zweiten Hälfte von 1929. Mitte Dezember 1930 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zweidreiviertel Millionen betragen. Für das Jahr 1930/31 hat man sie auf vier Millionen berechnet. Schon spricht man von fünf Millionen. Die Ursache ist, daß, was früher mit Recht als ein Segen betrachtet wurde, zu einem Fluche der Menschheit zu werden scheint: die außerordentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit in allen Zweigen der Produktion. Die Folge ist, eine außerordentliche Verbilligung der Produkte in allen Ländern der Welt, aber auch, daß Millionen, die bis dahin arbeitstätig waren, überflüssig geworden sind. Eine weitere Folge ist, daß den Reichen die Möglichkeit gegeben ist, in erhöhtem Maße zu sparen, die Armen aber, die infolge der Überproduktion in allen Ländern auf allen Gebieten arbeitslos werden, außerstand sind, trotz der Verbilligung der Produktion zu kaufen. Daher die Anomalie: es stehen sich gegenüber Massen unverkäuflicher Waren und Millionen von Menschen, die sie benötigen, aber nicht kaufen können.

Und wie hat man da zu helfen gesucht? Das Reichskabinett hat den Weizen Zoll neuerdings von 7,50 sogar auf 25 Mark gesteigert. Damit ist der Weizen Zoll auf über 230 Prozent des Weltmarktpreises gestiegen, der Gersten Zoll sogar auf über 300 Prozent des Weltmarktpreises — der Zoll allein auf das zweiundeinhalbfache und das dreifache des ganzen ausländischen Preises. Dies alles im Interesse von 17000 Großgrundbesitzern in Ostpreußen und überschuldeten Landwirten im Süden. Sie sind gewiß sehr zu beklagen und weitherziger Hilfe wert. Aber so groß ihre Zahl ist, was ist sie im Vergleich zu den Millionen, die, wenn man ihnen die unentbehrlichsten Lebensmittel unerreichbar macht, zur Verzweiflung, zu Raub, Mord und Selbstmord getrieben werden! Und dabei die Frage: Können Agrarzölle der Landwirtschaft dauernd helfen?¹

Warum ist der Verein für Sozialpolitik nicht dagegen aufgetreten? Eines ist klar: selbst der gegenwärtige Finanzminister hat es ausgesprochen:

¹ Siehe meinen Aufsatz unter gleichlautendem Titel im „Echo der Jungen Demokratie“, Monatsblatt für sozialrepublikanische Politik. November bis Dezember 1929.

die Arbeitslosenfrage ist keine Produktions- sondern eine Absatzfrage. Warum macht der Verein der deutschen Bevölkerung, Parlament und Ministerium eingeschlossen, nicht klar, daß nur ein allgemeiner Zollabbau Abhilfe schaffen kann? Warum macht er nicht klar, daß an einen allgemeinen Zollabbau nicht zu denken ist, wenn wir selbst fortwährend die Zölle erhöhen? Warum läßt er dies ohne Einspruch geschehen? Warum macht er nicht klar, daß alle Schutzzölle einen Erwerbszweig auf Kosten eines anderen schützen, daß der Konsument, der für geschützte Waren mehr ausgeben muß, für nichtgeschützte weniger ausgeben kann, was dazu führt, die Arbeitslosigkeit in den ungeschützten Stapelindustrien zu mehren? Warum macht er nicht klar, daß alles, was für Unterhalt der Arbeitslosen aus Abgaben aufgebracht wird, zur fortschreitenden Verarmung der Besteuernten führt, ohne Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu schaffen? Selbst hier im bayerischen Voralpenland kann man es erleben, daß Handwerker und Bauern Dienstboten entlassen, weil sie die gesteigerte Arbeitslosenunterstützung nicht mehr zu zahlen vermögen, wodurch die Zahl der Arbeitslosen wächst. Warum protestiert der Verein nicht, wenn man statt unserer Industrie durch Zollabbau zu helfen, die Ausfuhr durch Abbau unserer ohnedies vergleichsweise niederen Löhne zu ermöglichen sucht, d. h. durch Minderung der Kauffähigkeit der Masse für heimische Produkte, was die Arbeitslosigkeit abermals mehrt? Oder glaubt er, die als Ausgleich des Lohnabbaus versprochene Preissenkung lasse sich angesichts des Widerstands der Kartelle auf anderem Wege als durch Abbau der die Kartellpreise schützenden Zölle erreichen?

Ich verstehe diese Politik nicht.

Will man eine soziale Revolution?

Das Vorstehende war vor den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg am 24. September 1930 geschrieben. Ich habe sie gelesen. Sie haben meinen Austritt aus dem Verein aufs neue gerechtfertigt. Dagegen sage ich dem letzten Ministerium der Sozialdemokraten aufrichtigen Dank, denn sie, die mich und mein Streben, die Partei mit dem deutschen Staat während Jahrzehnte zu versöhnen, mit nicht geringerer Heftigkeit bekämpft haben, wie dies die Unternehmer taten, haben den Reichspräsidenten veranlaßt, mir die höchste Ehre zu verleihen, welche die Republik verleiht.

Zur Charakteristik des Dr. Gustav Ruhland

Ruhland hat in der Deutschen Tageszeitung vom 3. April 1901 erzählt, er habe in den Jahren 1879, 1880 und 1881 sich als Bauer verselbständigen wollen. Er sei 22 und 23 Jahre alt gewesen und habe noch nie eine national-ökonomische Vorlesung gehört gehabt; das beste Buch, aus dem er Nationalökonomie gelernt habe, seien die Erfahrungen gewesen, die er in jenen Jahren gesammelt habe. Indes hat er schon 1883 literarische Arbeiten veröffentlicht, die mit dem, was der praktische Landwirt aus der Erfahrung lernen kann, nichts zu tun haben. Er schrieb während der achtziger Jahre zahlreiche Aufsätze¹, in denen er sich teilweise geradezu leidenschaftlich gegen Agrarzölle wendet, und wenn er später, nachdem er in den Dienst des Bundes der Landwirte getreten war, auf der ersten Seite seines 1903 mit dessen Unterstützung herausgegebenen Systems der politischen Ökonomie schrieb, er sei seit 1878 unentwegt Agrarzöllner gewesen, so steht dies mit allem, was er bis 1894 geschrieben hat, in schroffstem Widerspruch.

In der Mitte der achtziger Jahre hat Ruhland die Universitäten München und Tübingen besucht und ist auch in Tübingen Doktor geworden. Darauf hat er sich an das preußische Landwirtschaftsministerium um eine Unterstützung für die Reise in die wichtigsten Getreide produzierenden Länder gewandt. Dieses empfahl ihn dem Reichskanzler. Bismarck lehnte zuerst ab; erst als der bayerische Gesandte sich gleichfalls zugunsten Ruhlands verwandte, verstand er sich zu einer Subvention. Ruhland hat erzählt, daß er Bismarck gesagt habe, daß er nicht viel von seinen Zöllen halte, worauf Bismarck erwidert habe, er auch nicht, aber Ruhland möge etwas besseres angeben. „Wenn Sie zurückkommen von Ihrer Reise und mir bestimmte Vorschläge unterbreiten können, von denen ich mir auch nur einen einzigen aneigne, dann werden die Resultate auch Sie persönlich bald in eine Position einrücken lassen, die Sie befriedigt. Wenn Sie aber zurückkommen und mir nur einen historisch interessanten Be-

¹ Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik, Tübingen 1883, S. 55. / Über Faktoren der Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte, im 84. Bande der Wißschen Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, 1884. / Zeitschrift des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, 1884. S. 436, 896, 899. / Volkswirtschaftliche Blüten aus der Schutz-zolldebatte, in der Wißschen Vierteljahrsschrift Bd. 87, S. 113ff. Berlin 1885. / Die „Nation“, Nr. 31, vom 1. Mai 1886. / „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform“, Tübingen 1886, S. 51. / Zeitschrift des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern. Jahrgang 1887, S. 619. / Über die Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreideexport in der 2. Beilage zur Allgemeinen Zeitung, Nr. 299 und 300, vom 28. Oktober 1887. / Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik, Berlin 1894, insbes. S. 26. / Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 3. F., VII, S. 885, 887, 888, 893.

richt erstatten, dann melden Sie sich nachher besser beim Kultusminister.“ Auch habe Bismarck von ihm gesagt: „Der Kerl gefällt mir.“ Ruhland hat darauf seitens des Deutschen Reichs, Preußens, Bayerns und von Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Vereinen 22 500 M. erhalten, um die Zukunft der überseeischen Getreidekonkurrenz an Ort und Stelle zu studieren. Aber er hat weder die bestimmten Vorschläge zurückgebracht, auf die er den Fürsten Bismarck hatte hoffen lassen, und nicht einmal einen Reisebericht, auf Grund dessen er sich beim Kultusminister hätte melden können. Statt dessen erschienen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Mai bis 10. Juni 1890 acht Artikel¹ „Über Wirkung und Bedeutung der Getreidezölle“, die aber nichts enthielten, was nicht Publikationen entnommen wäre, die auch in Europa zugänglich waren. Auch heißt es in den Artikeln selbst: „Kein Ausländer, und würde er sich auch mehrere Jahre in Nordamerika aufhalten, kann in der Lage sein, sein Gesamturteil auf eigener Anschauung aufzubauen.“ Den Reisebericht, den Ruhland liefern sollte, hat er nie geliefert, sondern er, der Bauernfreund, der gegen Freiteilbarkeit des Grundeigentums geeifert hat, weil sie zum Ankauf der Bauerngüter durch „Rothschilds“ führe, ist nach seiner Rückkehr Generaldirektor eines Großindustriellen aus der Provinz Sachsen, H. Schmidtmann, geworden. Dieser hatte die Ambition, Großgrundbesitzer im Salzburgerischen zu werden. Er kaufte eine große Anzahl Bauernhöfe zusammen und machte daraus einen Großgrundbesitz². Da die Höfe in einem 79 km langen Gebirgstale lagen, hat sich ihre Bewirtschaftung von einem Zentralpunkt aus so wenig wie möglich geeignet. Ruhland hat das Experiment, das mit einem Verlust von 1024784 Gulden abschloß, in Thiels landwirtschaftlichen Jahrbüchern selbst beschrieben³. Die Geschäftsführung Ruhlands und dessen Bericht bei Thiel gaben Anlaß zu einer Reihe von Artikeln in der Wiener landwirtschaftlichen Zeitung vom 7., 11., 18. Oktober, 15. November, 5., 6., 13. Dezember 1893. Nach dieser Probe eigenen praktischen Könnens, konnte man wohl bezweifeln, daß Ruhland der Mann war, der als Kathedragrar die Lösung der Agrarfrage in die Hand zu nehmen berufen war.

Nichtsdestoweniger wäre Ruhland, nachdem er aus Schmidtmanns Dienst geschieden war, gern Professor geworden. Er veröffentlichte eine Schrift „Über die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik“, Tübingen 1893, worin er den Juristen versichert, daß sie ebenso inkompetent seien, sich über sein agrarpolitisches Programm ein Urteil zu bilden, wie der Apotheker über die Zweckmäßigkeit der von einem Arzte verschriebenen Rezepte, und ihnen mit Strafe wegen gemeiner Kurpfuscherei droht, falls sie sich erkühnen würden, ihm in seine Diagnose und Behandlung des agrarischen Notstands hineinzureden. Aber an einer deutschen Universität konnte er wegen fehlenden Abiturientenzeugnisses

¹ Die Artikel sind nicht von Ruhland gezeichnet; eine Anmerkung sagt indes, sie enthielten das von ihm auf seiner Reise durch die Hauptgetreideproduktionsländer der Erde gesammelte Material, zu einer Würdigung der deutschen Agrarzölle verarbeitet. Jeder Satz zeigt, daß Ruhland selbst die acht Artikel verfaßt hat. — ² Ruhland hat später geschrieben, daß er selbst an Schmidtmanns Großbetrieb erst „nach dem Zusammenkauf“ der Bauerngüter „in vollem Umfang aktiv beteiligt war“. Sein Dienstverhältnis bei Schmidtmann hat aber von 1890 bis 1893 gedauert, und in diesem Zeitraum fällt dessen Zusammenkauf von Bauerngütern. — ³ Thiels „Landwirtschaftliche Jahrbücher“, 22. Band, 1893.

nicht als Privatdozent zugelassen werden; da hat er am 4. August 1893 sich in Zürich habilitiert. Doch verzichtete er nicht auf eine akademische Laufbahn in Deutschland und schrieb in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 22. Oktober 1893:

„Was die heranwachsende Generation auf den Hochschulen an agrarpolitischen Kenntnissen sich aneignet, ist für die großen Aufgaben der Zukunft so gut wie wertlos. Wir haben heute zwar überall ‚Kathedersozialisten‘, aber noch keinen einzigen ‚Kathederaagrariere‘.“

Was damit gemeint war, sollte alsbald sich zeigen. Ruhland ist in meinem Vortrage in der Münchener Juristischen Gesellschaft am 16. Dezember 1893 gewesen. Er hätte da Gelegenheit gehabt, seine von den meinigen abweichenden Meinungen geltend zu machen. Aber, wo er sich anständiger Formen in der Diskussion hätte bedienen müssen, hat er geschwiegen; dagegen hat er unmittelbar darauf eine Broschüre „Die agrarpolitischen Leistungen des Herrn Lujo Brentano“ veröffentlicht, die, abgesehen von einer entstellenden Wiedergabe meines Vortrags, von Lügen über mich wimmelt, und deren gegen mich angeschlagener Ton derart war, daß in der wissenschaftlichen Welt nur *eine* Stimme herrschte, daß eine Erwiderung meinerseits unmöglich sei.

So hat er in der genannten Broschüre geschrieben, nach meiner ersten agrarpolitischen Rede im sächsischen Landeskulturrat hätten die Landwirte Sachsens sich veranlaßt gesehen, bei dem sächsischen Kultusminister korporativ dahin vorstellig zu werden, daß einem solchen Professor, der solch offenkundige Irrtümer vortrage, der Abgang von der Universität Leipzig tunlichst erleichtert werde. Ich habe darauf dem bayerischen Kultusminister von Müller zwei Schreiben des Generalsekretärs des Landeskulturrats für das Königreich Sachsen vom 4. August 1891 und 24. Januar 1894 und zwei Schreiben des sächsischen Kultusministers von Gerber vom 17. und 28. Februar 1891 vorgelegt, aus denen sich ergab, daß an Ruhlands Behauptungen kein wahres Wort war. Bei diesen Angriffen wurde Ruhland von demselben Dr. Ratzinger unterstützt, der mir, als meine Berufung nach München bekanntgeworden war, den oben abgedruckten Brief nach Leipzig geschrieben hat. Als er im Spätherbst 1893 mit Ratzinger und anderen Bauernbundsführern in bayerischen Bauernbundsversammlungen auftauchte und auf der Journalistentribüne des Landtags ein regelmäßiger Gast war, hat Ratzinger allen, die es hören und auch denen, die es nicht hören wollten, ins Ohr geraunt¹: „Das ist der richtige Nachfolger Brentanos.“ Aber noch mehr! Ratzinger behauptete im Landtag unter Vorlegung einer unrichtigen Nachschrift meiner Vorlesungen, ich habe mich als Gegner der Raiffeisenvereine, und zwar insbesondere „wegen des Einflusses, den die Pfarrer mittels derselben auf die bäuerliche Bevölkerung ausübten“, bekannt. Er erreichte auch, daß ich durch den damaligen bayerischen Kultusminister von Müller über die von Ratzinger beanstandeten Äußerungen im Kolleg zu einer Erklärung aufgefordert wurde. Ich habe darauf dem Minister zwei Briefe von Zuhörern, von denen der eine bayerischer Ministerialrat, der andere ein katholischer Geistlicher war, zur Verfügung gestellt; aus diesen ergab sich, daß die Ratzingerschen Angriffe auf meine angeblichen Äußerungen gegen die Raiffeisenkassen ebenso aus der Luft gegriffen waren, wie Ruhlands Behauptung

¹ Münchener Post, Nr. 146, vom 2. Juli 1901.

tungen über die Gründe meines Weggangs aus Leipzig. Die ganze Kampagne diene offenkundig dem Zweck, mich von meinem Lehrstuhl in München zu verdrängen und Ruhland an meine Stelle zu setzen. Den verfolgte auch die diesem nahestehende Presse, z. B. das „Bayerische Vaterland“ des Dr. Sigl und die im Landtag gegen mich gerichteten Angriffe.

Doch wenn auch alle Versuche Ruhlands, den Münchener Lehrstuhl zu besteigen, ohne Erfolg geblieben sind, den Versuch, den Lehrstuhl wenigstens an einer anderen Universität zu erobern, gab er nicht auf. Ich habe schon erzählt, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste des Herrn Schmidtman sich an der Züricher Universität als Dozent für Nationalökonomie habilitiert hat. Noch ist er damals nicht für Agrarzölle gewesen. Vielmehr hat er noch 1894 in seinem „Leitfaden in das Studium der Agrarpolitik“ Getreidezölle und Bimetallismus als unbrauchbare Heilmittel für die Not der Landwirte verworfen. Doch in demselben Jahre hat Dr. Roesicke, der Vorstand des Bundes der Landwirte, sich an Adolph Wagner, der ein eifriger Verteidiger der Getreidezölle und Bimetallist war, um einen geeigneten Mann gewandt, der dem Bunde als agrarpolitischer Berater dienen könne; Wagner hat ihm Ruhland genannt. Dieser erklärte Roesicke sein Interesse für die Bestrebungen des Bundes; er sei bereit, an der Lösung der Agrarfrage mitzuarbeiten; von Schutzzöllen und Bimetallismus erwarte er allerdings keinen durchschlagenden Erfolg; dagegen entwickelte er *sein* Zukunftsprogramm. Dr. Roesicke hat dieses für von großem Interesse erklärt, aber vor allem komme es darauf an, die Landwirtschaft wieder aufatmen zu lassen; trotz der Divergenz der Meinungen über Schutzzoll und Bimetallismus erachte er die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit für gegeben. Darauf ist Ruhland in den Dienst des Bundes der Landwirte getreten.

Aber dem Bunde war mit einer Ruhlandschen Umgestaltung des Agrarrechts, wodurch „die ganz übertriebenen Grundpreise“ herabgedrückt werden sollten, nicht gedient; denn viele seiner Mitglieder, darunter Führer des Bundes, waren hoch verschuldet; eben mit Rücksicht auf die ihnen drohenden Folgen eines Sinkens der Getreide- und Güterpreise wurde ja die Forderung höherer Getreidepreise gestellt. Ruhland ist daher mit seinem Zukunftsprogramm bis zum Erscheinen des dritten Bandes seines „Systems der politischen Ökonomie“ nicht wieder hervorgetreten, sondern hat in den Abhandlungen, die er „auf Veranlassung des Bundes der Landwirte“ fortan veröffentlichte, verteidigt, was er eben noch verurteilt hatte. Auf dem Titel dieser Schriften hat er sich als „Dozent für Nationalökonomie an der Universität Zürich“ bezeichnet; doch hat die dortige Fakultät dies beanstandet; auf ihren Antrag ist ihm, „da Herr Ruhland nach Erteilung der *venia legendi* nur einmal die angekündigten Vorlesungen und auch dann nur zum Teil abgehalten und es aus allem hervorgeht, daß es ihm lediglich darum zu tun ist, für sein agitatorisches Wirken einen akademischen Titel zu besitzen, während aus seiner Angehörigkeit zum akademischen Lehrkörper der Fakultät weder Förderung noch Ehre erwächst“, am 20. April 1895 die *venia legendi* wieder entzogen worden¹. Doch scheint es ihm

¹ Das Sitzungsprotokoll der Züricher Juristenfakultät vom 31. Oktober 1895 enthält die Eintragung: „Ein Schreiben des Privatdozenten Dr. Ruhland vom 1. Oktober, in welchem er seinen Rücktritt vom Lehramt erklärt, gelangt zur Verlesung.“ Ruhland hat also fünf Monate, nachdem ihm die *venia legendi* entzogen worden war, auf sein Lehramt „freiwillig“ verzichtet.

für die Wirksamkeit seiner Agitation besonders wünschenswert erschienen zu sein, mit einem akademischen Titel prunken zu können; so hat er keinen Anstand genommen, trotz seines Protestantismus an der katholischen Universität Freiburg (Schweiz) Professor zu werden in dem Augenblick, in dem die Behandlung des Deutschtums an derselben den katholischen Professoren deutscher Nationalität zu arg wurde und sie ihr den Rücken kehrten¹. Vom Wintersemester 1898/99 an hat er aber auch in Freiburg keine Vorlesungen mehr angekündigt; nur ist die Freiburger Universität gegen den Mißbrauch der Zugehörigkeit zu ihrem Lehrkörper weniger empfindlich als die Züricher gewesen, indem sie es zuließ, daß er bei seiner Agitation fortan als Professor der Universität Freiburg auftrat.

So war der Mann beschaffen, den der Bund der Landwirte auf Adolph Wagners Empfehlung als wissenschaftlichen Beirat anstellte. Dementsprechend war auch sein Auftreten gegen mich. Während alle Welt seit A. Smith unter Freihandel den durch keine Zollschranken und andere Hemmnisse eingegrenzten Handel zwischen zwei Nationen verstand, wollte Ruhland darunter den ungehemmten Grundstücksverkehr verstanden haben. Während ich in den Osterferien in Italien weilte, hat er dementsprechend am 25. März 1901 „in der großen Münchener Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland“ eine Rede gegen mein „Freihandelsargument“ gehalten, in der er mich nach dem Zeugnis der Presse² „mit Schmähungen überhäuft hat“, für jede aber jubelnden Beifall seiner ungebildeten Zuhörer fand. Danach war es ausgeschlossen, daß ich seiner Herausforderung folgte und in öffentlicher Versammlung ihm entgegentrat. Dagegen habe ich in einer Zuschrift vom 6. April an die „Münchner Neuesten Nachrichten“ mich bereit erklärt, die Frage der Erhöhung der Getreidezölle mit ihm wissenschaftlich zu diskutieren. Nach München zurückgekehrt, fand ich am 21. April die „Neue bayerische Zeitung“, vom 12., worin er, wie er sich ausdrückte, „eine Zusammenstellung seiner Lehre von der Wirkung der Getreidezölle der Öffentlichkeit übergab“. Ich habe ihm darauf Satz für Satz in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ vom 25. April 1901 geantwortet. Statt meinen Ausführungen ebenso zu begegnen, hat Ruhland in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 1. Mai die Erörterung auf andere Fragen hinüberzuspielen versucht. Ich habe dies unter wörtlicher Mitteilung dieser seiner Erklärung in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ vom 4. Mai konstatiert und hinzugefügt, daß ich angesichts solchen Verhaltens und der Verdrehungen, welche die agrarische Presse meiner Antwort an Ruhland habe zuteil werden lassen, diesem meine Zeit nicht weiter zur Verfügung stelle. Darauf hat die „Deutsche Tageszeitung“ es so dargestellt, als ob ich es sei, der dem Kampfe ausweiche. Wie wenig dies zutraf, hat mein im Text geschilderter Kampf gezeigt, in den ich um diese Zeit mit Adolph Wagner selbst verwickelt worden bin.

War es nun nicht mehr Ruhland selbst, der als Bewerber um eine Universitätsprofessur direkt hervortrat, so war es der Bund der Landwirte, der sich um die Ernennung seines „wissenschaftlichen Beirats“ zum Professor an einer deutschen Universität bemühte. Wie Geh. Rat Elster damals Universitätsreferent

¹ Siehe darüber die Aussage des Geh. Rats Prof. Dr. von Savigny in dem Prozesse Dr. Ruhland gegen Biermer (Kreuzzeitung) vom 12. Januar 1901. — ² „Münchner Neueste Nachrichten“, Nr. 221, vom 10. Mai 1901.

im preußischen Kultusministerium, in seiner Zeugenaussage vor Gericht bekundet hat¹, hat sein Vorsitzender Freiherr von Wangenheim mit dem Ministerialdirektor Althoff und ihm gesprochen, ob es nicht möglich sei, Ruhland eine Professur an einer preußischen Universität zu übertragen. Man habe ihm darauf die Antwort gegeben: Ja, warum nicht, wenn er seitens einer Fakultät vorgeschlagen werde. Da aber keine preußische Fakultät Ruhland vorschlug, hat der zum Bund der Landwirte gehörende Landtagsabgeordnete Köhler-Langsdorff in der zweiten hessischen Kammer unter heftigen Angriffen auf den Gießener Professor der Staatswissenschaften Magnus Biermer und auf Dr. Liefmann, der damals in Gießen Privatdozent war, erklärt, er werde Prof. Biermers Gehalt nicht bewilligen, wenn die Regierung nicht eine neue ordentliche Professur zur Vertretung der agrarischen Interessen errichte und mit Ruhland besetze. Darauf hat Dr. Liefmann mir am 24. Januar 1903 geschrieben, es sei ihm bekannt, daß ich einmal mit Ruhland zu tun hatte bzw. abgelehnt habe, mit ihm öffentlich zu diskutieren; ob ich Material über diese früheren Vorgänge besitze und bereit sei, es ihm und Biermer zur Verfügung zu stellen. Ich habe darauf in einem Briefe geantwortet, aus dem ich nur die Stellen wiedergebe, die Ruhland später zu einer Klage gegen mich Anlaß gaben:

„Noch 1894 veröffentlichte Ruhland einen Leitfaden zur Einführung in die Agrarpolitik, in dem er die Getreidezölle als gänzlich ungeeignet zur Rettung der Landwirte bekämpfte, wie er dies (Cf. Buchenberger, Agrarpolitik) schon öfters früher getan; unmittelbar darauf trat er in den Dienst des Bundes der Landwirte und wurde von da ab lebhafter Vertreter höherer Getreidezölle.

Ich habe kein Renkontre mit ihm gehabt; ich bin nur seinerseits wiederholt angepöbelt worden, zuletzt vor zwei Jahren in einer Volksversammlung. Als ich ihn in den ‚Münchener Neuesten Nachrichten‘ abführte, schwieg er.

Ruhland ist ein von Natur sehr begabter Mensch. Es ist schade um ihn. Es hätte bei ordentlicher Erziehung etwas aus ihm werden können. So ist er nichts anderes geworden als ein wissenschaftlicher Hochstapler, wie ihn Professor Conrad in einem Privatbrief an Professor Lotz genannt hat.“

Darauf hat Biermer unter dem Titel „Ruhland, Köhler-Langsdorff & Co.“ eine Streitschrift drucken lassen, die das ganze aus dem vorstehenden Sündenregister Ruhlands und noch einiges mehr enthält. Darauf Beleidigungsklage Ruhlands gegen Biermer, in der Ruhlands Rechtsanwalt gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragte. Biermer trat den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen an. Außer mir haben die Professoren Conrad (Halle) und Lexis (Göttingen) Gutachten gegen Ruhland abgegeben. Das Urteil wurde am 24. November 1908 gefällt; die Klage Ruhlands wurde abgewiesen². Doch Ruhland hatte sich nicht damit begnügt, Biermer zu verklagen, Biermers Anwalt hatte die Unvorsichtigkeit begangen, meine Antwort auf Liefmanns Anfrage dem Gericht vorzulegen. Damit war auch die oben wiedergegebene Stelle zu Ruhlands Kenntnis gekommen, und nun hat er, da das Gericht in Halle seine Klage gegen Conrad wegen der Bezeichnung „Hochstapler“ als verjährt abgewiesen hatte, mich wegen Verbreitung derselben wegen

¹ Siehe „Landwirtschaftlicher Anzeiger“, Wochenbeilage zur Bank- und Handelszeitung. Berlin 25. November 1908. — ² Das Urteil findet sich abgedruckt im eben zitierten „Landwirtschaftlichen Anzeiger“.

Beleidigung verklagt. Ich habe infolgedessen endlose Scherereien vor dem Münchener Amtsgericht gehabt. Dabei hat es nicht an Verleumdungen seitens Ruhlands gefehlt, der an mir wegen des Fehlschlagens seiner früheren gegen mich gerichteten Angriffe Rache nehmen wollte. Sie sind in meiner Vernehmung als Zeuge leicht zurückgewiesen worden; zur Verhandlung einer Klage gegen mich wegen Beleidigung ist es aber niemals gekommen, da der Prozeß Ruhlands gegen Biermer in zweiter Instanz mit einem für letzteren unehrmlichen Vergleiche sein Ende nahm.

Ich bin in der Verhandlung zweiter Instanz nicht gehört worden; ebensowenig Professor Conrad; der Richter hat auf Ruhlands Antrag es abgelehnt, daß mein Gutachten, auf Grund dessen, wie Biermer an mich schrieb, in erster Instanz zu seinen Gunsten erkannt worden war, verlesen werde. Immerhin wurden Schmoller¹ und Geh. Rat Prof. von Savigny, der zu den aus Freiburg ausgewanderten Deutschen gehörte, vernommen. Die Äußerungen beider sind für Ruhland vernichtend gewesen. Da aber kamen Adolph Wagner und Werner Sombart Ruhland zu Hilfe. Beide haben als Sachverständige *unter Eid* Ruhland das Musterzeugnis ausgestellt, stets derselbe geblieben zu sein. Dabei hat freilich Adolph Wagner in dem von ihm erstatteten schriftlichen Gutachten gesagt, daß er Ruhlands Schriften vor dessen Eintritt in den Bund der Landwirte nur teilweise gelesen habe, und ihm „bei weitem nicht alles“ von Ruhlands Publikationen aus jener Periode bekannt sei. Werner Sombart aber hat bekundet, daß Ruhland immer antikapitalistischer Mittelstandspolitiker gewesen sei, was in dem Prozesse ebensowenig in Frage stand, wie etwa sein Geschlecht oder die Farbe seiner Augen. Das, worum es sich handelte, war, wie Ruhland sich vor und nach seinem Eintritt in den Dienst des Bundes der Landwirte zu den Getreidezöllen gestellt, wie er sie vorher als lediglich im Interesse der Großgrundbesitzer bekämpft, nachher gerechtfertigt habe. Ob dies gleichgültig war oder ob sich darin, wie Lexis sich ausgedrückt hat, eine Anpassung Ruhlands an sein jeweiliges Milieu zeigte, — jedenfalls war dies die Frage, um die der Prozeß sich gedreht hat.

¹ Schmoller sagte nach dem gleichlautenden Berichte der Zeitungen vom 12. Januar 1910 u. a. folgendes aus: „Ich lese die Schriften des Prof. Ruhland seit längerer Zeit nicht mehr und habe sie auch nicht mehr in meinem ‚Jahrbuche‘ besprochen. Dazu führte mich außer verschiedenen anderen Gründen auch der innere Gehalt der Schriften. Seine ersten Arbeiten machten den Eindruck eines zukunftsreichen Talents. Die späteren ließen mich aber immer mehr zweifeln, ob die Arbeiten eine eigentlich wissenschaftliche Bedeutung beanspruchen können. Speziell mußte auch der starke Wechsel in den Anschauungen Ruhlands und sein rascher Übergang in ein bisher von ihm bekämpftes Lager frappieren. Ich stieß mich zuerst am stärksten an einer Behauptung Ruhlands, daß zur Zeit der tieferen Getreidepreise eine zu geringe Produktion von Getreide sich zeige. Diese Behauptung ist von einem wissenschaftlich geschulten Manne undenkbar. Ferner unfassbar war die Ansicht Ruhlands, daß in wissenschaftlich-volkswirtschaftlichen Fragen zuletzt der Papst zu entscheiden habe. Damit war er für mich aus der Reihe der ernstesten wissenschaftlichen Leute ausgeschieden . . . Ich hatte nach diesem Gesinnungswechsel und dem, was ich noch las, die Empfindung, daß ich meine Zeit besser verwenden könne, als mit dem Studium dieser Schriften. Wäre Ruhland an eine deutsche Universität berufen worden, so würde ich dies für ein Unglück für die Wissenschaft und für einen Affront für die deutsche Gelehrtenwelt gehalten haben . . . Die Universitäten müssen gegen eine solche Persönlichkeit protestieren.“

Adolph Wagner hat im übrigen anerkannt, daß es verdienstlich von Biermer gewesen sei, gegen die Besetzung einer nationalökonomischen Professur im Sonderinteresse von Privaten zu protestieren. Darauf hat Biermer alle in seiner Schrift gegen Ruhland gerichteten Vorwürfe unter Übernahme der Prozeßkosten zurückgenommen. So hat der Prozeß, der sich über sieben Jahre erstreckte, zum allgemeinen Erstaunen der Presse mit dem Triumphe Ruhlands geendet. Die gedruckte Erklärung, die Biermer darauf zur Rechtfertigung seines erstaunlichen Verhaltens versandte, und die auch in der „Frankfurter Zeitung“ vom 16. Januar 1910 abgedruckt ist, hat an dem für ihn ungünstigen Eindruck, den sein Zusammenbruch machte, nichts geändert. Aber Dr. Ruhland war befriedigt.

Von einem Beleidigungsprozesse Ruhlands gegen mich war nicht mehr die Rede. Ich habe nun nichts mehr mit ihm zu tun gehabt.

N A M E N R E G I S T E R

- Abbe, Ernst 191.
 Achenbach 106.
 Acton, Lord 28.
 Adler 192.
 Albert von Belgien 307.
 Albert, König 149.
 Allan, W. 49, 53.
 Althoff 132, 135, 138, 140f., 189,
 218f., 225, 264f., 268, 271, 281f.,
 286, 291f., 299.
 Amira, v. 222, 284ff.
 Anderson, James 191.
 Angell, Norman 373.
 Anton 143.
 Applegarth 49, 51.
 Apponyi, Graf Albert 391.
 Arco-Valley, Graf 363.
 Arndt, E. M. 62.
 Arnim, Achim von 6f., 66, 161ff.,
 265f., 268, 366.
 Arnim, Bettina von 18, 266ff.
 Arnim, Claudine von 40, 44, 47, 54,
 56, 66, 100, 162.
 Arnim, Friedmund von 193.
 Arnim, Siegmund von 41, 69, 161ff.
 Arons 286f.
 Ashley, W. 55.
 Asquith 275, 306.
 Assing, Ludmilla 7, 267.
 Auer, Erhard 350, 351f., 363.
 Auer, Ignaz 170, 198.
 Auerbach, Emil 156.

Backhouse, E. 372.
 Baeyer, Adolf von 166, 222.
 Ballin 323.
 Bamberger, Ludwig 86f., 90, 95f.,
 206, 228f., 239.
 Bancroft, Georg 66f.
 Bardenhewer 257.

 Baron 77.
 Barth, Theodor 228f., 239, 272, 281.
 Bary, de 135f.
 Bastiat 76, 82, 86.
 Bauer 344.
 Baumgarten III, 130.
 Bebel 86, 125, 169, 198, 239f.
 Beer, Adolph 71.
 Beesly 48, 51.
 Beethoven 12.
 Bellet 317, 347.
 Berchem, Graf 244.
 Berchtold, Graf 312, 334, 392.
 Berlepsch, v. 200, 202, 344.
 Berlichingen, Frhr. v. 225.
 Berner 77.
 Bernhard, Ludwig 299f.
 Bernstein 373.
 Bethmann Hollweg, v. 274, 281, 312,
 334f., 338, 346, 377.
 Beumer 233.
 Beust 42.
 Beveridge, Sir William 373f., 379.
 Beyl 225.
 Biermer, Magnus III, 409ff.
 Binding 147, 289.
 Birkenstock, Antonie v. 12, 270.
 Birkmeyer 222.
 Bismarck 41, 43, 66, 68, 70, 72, 93f.,
 110ff., 123, 131, 156f., 162, 169f.,
 172f., 179, 211, 240f., 244, 288, 353,
 405f.
 Bismarck, Johanna von 162.
 Blennerhassett 166.
 Blittersdorf, Antonie von 4.
 Bluntschli 30.
 Bodelschwingh 207.
 Boeckh 42.
 Boeckmann 43.
 Böhmert, Victor 71.

Bolingbroke, Lord 53.
 Booth 195.
 Borel 304.
 Boretius 80.
 Borgh, van der 232f.
 Bosse 200.
 Bötticher, v. 200f.
 Braun, Baron 145, 147.
 Braun, Friedrich Edler von 320.
 Braun, Rosalie 166.
 Breitscheid 272, 281.
 Brentano-Gnosso, Anton Maria 6.
 Brentano, Anton Theodor 3.
 Brentano de Cimaroli, Carl Andrea 3
 Brentano, Christian 7, 11ff.
 Brentano, Clemens 7, 11ff., 19f., 22,
 41, 217, 265f., 268ff.
 Brentano, Franz 5f., 12, 16, 19, 22,
 24, 56, 191ff., 225, 269, 326, 331.
 Brentano Franz 270.
 Brentano-Cimaroli, Frhr. Friedrich
 von 3.
 Brentano, Georg 4, 6, 18, 40, 270.
 Brentano, Lulu 16.
 Brentano, Martino 6.
 Brentano, Louis 4, 18.
 Brentano, Peter Anton 3, 5ff.
 Brentano, Sophie 53.
 Brentano, Sophie 262f., 399.
 Bridge, Admiral 275.
 Bright, John 87, 211, 323.
 Brockdorff-Rantzau, Graf 378.
 Brust 249.
 Bryce, Lord 337.
 Bücher 289f., 370.
 Bueck, H. A. 67, 160f.
 Buff, Charlotte 8ff.
 Bugeaud 211.
 Bull, John 273.
 Bulle 286.
 Bülow, Fürst 198, 241, 277ff., 325,
 339, 390.
 Burmester 222.
 Burns, John 151f., 155, 158, 275,
 380f., 383.
 Busching 238, 245.
 Buxhoevden, Baron 124.
 Butler 304.

Cambon, Paul 306, 326.
 Campell-Bannermann 306.
 Camphausen 106.
 Canalejas, Don José 302.
 Caprivi 200.
 Caro, Georg 146.
 Carrière, Moritz 191f.
 Cavell, Edith 328.
 Cetto v. 214f.
 Cetty, Abbé 133.
 Cicotti, Ettore 309, 311.
 Claparède 387.
 Clarke, E. 204.
 Clarke, John B. 304.
 Clemenceau 338, 354.
 Cobden 211, 272f., 303, 305, 323, 347,
 391.
 Cohn, Gustav 43, 189.
 Cohnheim 86, 113, 148.
 Cole 379.
 Conrad 78, 82, 180, 410f.
 Cotta 23.
 Cournot 142.
 Courtney 374.
 Crespel 10.
 Crompton, Henry 48.
 Curtius 67, 145.
 Czapski, Siegfried 191.

Dade 214, 216.
 Dalmatius 238.
 Dandler 353.
 Daumer, Georg Fr. 29.
 David, v. 137, 144.
 Davies, 395f.
 Delaisi, Francis 305.
 Delbrück, Hans 179, 239, 283.
 Demartial, Georges 388.
 Dernburg 368, 388.
 Des Bordes, Freifrau v. 17, 29, 35, 44.
 Detmold, Sophie geb. v. Guaita, 39.
 Detmold 18.
 Diehl 400.
 Diepenbrock 70.
 Dietz, Alexander 4ff.
 Dilke, Charles 307.
 Dilthey 86.
 Dixon 46.

Dollfus 125.
Döllinger 28, 59, 103.
Dove 42, 65f., 86, 166.
Droste-Vischering, Clemens August v.
17.
Duchesne 376.
Dumeix 9.
Dunning 49.
Duncker, Franz 82.
Dupuit 142.

Eberhard, Konrad 15.
Ebert 383, 390.
Ebner 284.
Eckardt 76, 78, 87, 193f.
Eduard VII. 275.
Effert 249.
Egidy 201.
Ehrenberg 246ff., 253, 288ff.
Ehrlich 318.
Eichendorff, Josef 27.
Eichhorn, Lothar v. 40, 43.
Einem v. 376f.
Eisner, Kurt 318, 350ff., 361ff.
Elsner 297.
Elster 409.
Endres 222, 257.
Engel, Ernst 40f., 43ff., 63, 67, 72,
74, 78, 80, 189.
Erdmann 284.
Eulenburg, Franz 286f.
Eulenburg, Graf 43.
Ewald 39.
Exner 143.

Falk 68, 77, 85, 89.
Fanno, Marco 309.
Fawcett, Henry 49.
Fechenbach 361f.
Feilitzsch, Frhr. v. 168, 235.
Ferrer, Francisco 302.
Fick, Ludwig 181, 186f.
Fischer, Theobald 287.
Fisher, Irving 304.
Foch 338.
Foerster, Fürstbischof 91.
Forbes-Mosse, Irene 193, 308, 326,
366.

Förster 284.
Francke, Ernst 257, 344, 368.
Fränkel 332f.
Franz Joseph 312, 315, 334, 392.
Frauendorffer v. 352, 355.
French, Lord 307.
Freytag-Loringhoven v. 335.
Fried 324.
Friedberg 338.
Friedenthal 67.
Friedrich Wilhelm I. 99.
Friedrich III., Kaiser 145.
Friedrich Wilhelm III., König 16, 173.
Frommer 124.
Funck, Theophil 53.
Furnivall 54.
Furtwängler 264.

Gandorfer, Karl 364.
Gapon 243.
Gastinger 296.
Gauß 39.
Gautsch, v. 141, 144f.
Geibel, Karl 63, 148, 188.
Genger, Emilie 16.
Genger, Joseph Wilhelm 16.
Gentz III.
Gerber 149.
Gerber, v. 407.
Gerlach v. 281.
Gide, Charles 304.
Gierke, Otto v. 86, 177.
Gisbert 385.
Gladstone 153, 172, 307.
Glaser 117.
Gneist 81f., 93f., 246.
Godard 396.
Goethe 7f., 12, 19, 23, 27, 378.
Goltz, v. der 43.
Gossen 142.
Gothein 233.
Grad, Charles 125, 127.
Graßmann 344.
Gratzmann 22.
Greven 304.
Grey, Sir Edward 306, 308, 314.
Grimm, Herman 7f., 10f., 41, 67, 76,
90, 193, 267f., 270.

Grimm, Jakob 268, 283.
Grimm, Wilhelm 14, 266, 268.
Gross, Charles 189f.
Gruber, Max 238.
Gruson 145f.
Guaita, Meline v. 270.
Guaita, Sophie v. 18.
Guile 49, 51.
Günther, Adolf 248f., 253.
Gurrieri, Raffaele 309.
Gutermann Sophie v. 7.
Guttman, Bernhard 371, 373f., 376,
380.
Gujot, Yves 317, 347.

Haase 349.
Haim 78.
Haldane, Lord 306, 374, 376ff., 381.
Hanssen 42, 63.
Harden, Maximilian 156f.
Hardenberg 78, 175.
Hardinge, Lord 307.
Harnack, Adolf 268ff., 285, 390.
Harrison, Frederic 48ff., 55, 70, 204,
228, 347f.
Härtel, Richard 88, 154.
Hartmann, Ludo Moritz 196, 392.
Hartwig 237.
Hass 344.
Haupt 77.
Hauptmann, Gerhart 302.
Häußer 30.
Hefe, Carl Joseph v. 59, 61.
Heidenhain 86.
Heinemann 343f., 385ff.
Heinke, C. 222.
Heintze 221.
Heitz 120, 295f.
Held 94, 330.
Helferich 38ff., 55, 98, 164f., 167,
171, 205.
Helfferich 383.
Hellmann, Siegmund 353.
Hemskeerk 348.
Henckel von Donnersmarck 43.
Henderson 379, 381.
Hensel, Luise 41.
Heringa 274.

Herkner, Heinrich 126ff., 132ff., 201f.,
344, 399.
Hermann 64, 98, 107.
Hermann v. 40, 205.
Hertling, Graf 21, 69, 191ff., 218f.,
222, 224f., 332, 336ff., 343ff., 349f.,
385.
Hertwig 166.
Hess, Anton 29, 166.
Hessen 8.
Heyde, Ludwig 398.
Heyking, Elisabeth v. 193, 390.
Heymann, Hans Gideon 245.
Hildebrand 74, 78.
Hirsch, Max 82.
Hirst 304.
Hobrecht 67.
Hofferichter 116.
Hoffmann 352, 364.
Hofman 156.
Hofmann, v. 130, 131.
Hofmann, J. G. 106.
Hohenlohe, Fürst 130f., 134ff., 140f.,
200, 207.
Hohmann 365.
Holtzendorffs Jahrbuch 106, 108.
Homayer 29.
Howell 49, 51.
Huch, Ricarda 355.
Huë 249, 279.
Hüffer 28.
Hugenberg 402.
Hughes, Thomas 49, 55.
Hugo 39.
Husserl, Edmund 57.

Imperiali, Marchesa 305.

Jacobi, Friedrich Heinrich 7.
Jaffe 319.
Jaffé 352, 355.
Jagow, v. 323.
Jahreis 363.
Janssen 349.
Jasmund 67.
Jastrow 201.
Jellinek 143.
Jodlbauer 294.

- Joffre 307.
 John, St. 52.
 Jolly 29.
 Jones, Lloyd 45, 48.
 Jörg 73.
 Joseph II. 7.
 Jouhaux 395f.
 Jung 51.

Kalle 82.
 Kant 78.
 Kardorff 231.
 Karl, Kaiser 392.
 Karl Michael, Herzog 124.
 Karolyi, Graf Alexander 123.
 Katharina, Großfürstin 124.
 Kaulbach, Wilhelm v. 166.
 Kautsky 373.
 Kerenski 332.
 Kessel, v. 346.
 Kestner, Joh. Christian 9.
 Ketteler, Frhr. v. 36, 48, 57, 59f., 69ff.
 King, P. W. 381.
 Kirdorf 233, 253f.
 Kloth 344.
 Knapp, G. F. 63, 78, 96, 106f., 112,
 120, 124, 154, 193, 206, 255.
 Knies 74.
 Köhler-Langsdorff 410.
 Korzfleisch, v. 33.
 Krüger 194.
 Kuczynski, Robert 214.
 Kühlmann, v. 338.
 Kuhlo, Alfred 294f., 297f., 340.
 Kundt 135f., 141.
 Kunzmann, Gretchen 20.
 Kuropatkin 242.
 Kußmaul 164.
 Kyrillof 260.

Laband 135f.
 Lachenal 261.
 La Fontaine 304.
 Landmann 197.
 Landsberg 241.
 Lange, Friedrich Albert 100f., 169.
 Lansbury 379.
 Laroche, Karl v. 43.

 Laroche, Georg Michael 7.
 Laroche, Maximilian v. 6f., 8ff., 11.
 Laroche, Sophie v. 9f., 13.
 Lasker, Eduard 86, 95, 101.
 Lassalle, Ferdinand 44, 50f., 73, 76,
 83, 100, 107, 121, 169, 377.
 Laveleye, Emile de 202.
 Leaf 380.
 Ledderhose 126, 131f., 139.
 Lee, Vernon 304.
 Legien, C. 198, 201, 344.
 Leipart 344, 386.
 Lenin 50, 243f., 370.
 Leontieff, W. 259.
 Leopold I. 3.
 Leopold von Belgien 387.
 Leroy-Beaulieu, Paul 304.
 Leser 191.
 Levin 364.
 Leviné 364.
 Lewald, Fanny 29.
 Lexis 410f.
 Leydig 253.
 Lieber, Ernst 30, 69, 71, 117.
 Liebig 29.
 Liebknecht 169, 379.
 Liefmann 410.
 Lindau 86.
 Lindner 363.
 Lloyd George 370, 378, 381.
 Lloyd, Samson 45f.
 Lody, Hans 328.
 Löning 202.
 Lotz, Walter 149, 155f., 165, 167f.,
 180, 197, 222, 257, 272, 410.
 Lowe, R. 196.
 Löwenfeld 238.
 Lucidi 388.
 Ludendorff 327, 335, 349f., 383.
 Ludlow, John Malcolm 45, 47f., 51, 189.
 Ludwig 147.
 Ludwig I. 37.
 Ludwig III. 353.
 Ludwig, Prinz 293.
 Lutz 185f., 336.
 Lützow, v. 43.
 Luxemburg, Rosa 379.
 Luzatti 203, 304.

Maßen 117.
MacDonald, Ramsay 374.
Mahaim, Ernest 202, 389.
Mallinkrodt, v. 70.
Malthus 191.
Maltzahn-Molzow, v. 290.
Mangin 378.
Manke, Walter 180.
Manteuffel, v. 119, 131.
Mappin, F. 204.
Marc, Wilhelm 29.
Marschall, v. 200.
Marshall, Alfred 159, 273.
Martow 244.
Marx, Karl 50ff., 88, 100, 150, 153,
169, 173, 239.
Masaryk 395.
Massingham 272, 304, 374.
Maurenbrecher 229.
Max von Baden, Prinz, 382, 383.
Mayr, Georg v. 131, 205f., 214.
Meinel, v. 356ff.
Meitzen, August 72, 180.
Mellin 376.
Menger, Karl 142f., 148.
Menzel 67.
Merkel, Joseph 18ff., 24.
Merkle, Sebastian 225.
Merton, Wilhelm 256.
Meulen, van der 120f.
Meyer, Alexander 86f., 228.
Meyer, Rudolf 84, 93ff.
Meyer 362.
Meyer-Lübke 284.
Michaelis 87.
Michaelis 335f., 338f.
Michels, R. 287.
Mieroslawski 162.
Miller, Oskar v. 235, 361, 369.
Millerand 261.
Mills, John St. 49, 190.
Miquel, Johannes 122, 173ff., 180,
186, 200, 231.
Mittermaier 30.
Möhn 8.
Mohr, Martin 245.
Molinari 115.
Moltke 66, 338.

Mommsen, Theodor 65, 67, 89, 221f.,
224f., 246, 282, 286, 290.
Montesquieu 99.
Montgelas, Max, Graf 166, 262, 264.
Morel, E. D. 387f.
Mörl, Maria 24.
Morley, Hedlam 379f.
Morley, John 204.
Mortara, Giorgio 309.
Möser, Justus 174.
Müller, Moritz 107.
Müller, v. 407.
Mundella, A. 49, 51.
Munro 155, 160.
Murawiew, Graf 242f.
Muth, Karl 27.

Naumann, Friedrich 201, 208f., 227ff.
238, 240, 254f., 271f., 276f., 279,
281, 287, 324ff.
Napoleon III., 125f.
Nasse 94, 96, 112, 154.
Neipperg 32.
Neisser, Hans 189, 261.
Nernst 284.
Neumann 86, 89.
Neurath 364.
Newmann, Kardinal 26.
Newton, W. 49.
Ney 28.
Nicolai 8.
Nicolson, Arthur 305ff.
Nicolson, Harold 305ff.
Nickisch 364.
Nötzel 296.
Nostitz, Frhr. v. 397.

Odger 49, 51.
Oestreich 281.
Offenheimer 375.
Ogranovitsch 373.
Oldenberg, Karl 214.
Olfers 41.
Oppenheim, H. B. 76, 96.
Oriola, Gräfin Luise 163.
Oriola, Gräfin Marie 327.
Oriola, Gräfin Maximiliane 40f., 85,
193.

Oriola, Graf Waldemar 210, 267.
Orlando 337.
Osel 363.
Ossenbrunner 295, 297f.
Oswald, Eugen 51.
Oven, v. 366f.
Overbeck 15.
Owen, Robert 48, 398.

Painlevé 337.
Paish, Sir George 304, 372, 374f.,
381.
Palyi, Melchior 189, 261.
Pantaleoni 142.
Pantaleonis Maffeo 159.
Parmoor Lord, 372ff., 376, 378, 380.
Payer, von 184, 230, 346.
Peez, Alexander 123.
Pelkhoven 29.
Peters, Karl 276f.
Petersen 37.
Philipp III. v. Spanien 3.
Philippovich 304.
Pitmans Isaak 45.
Pitt 71.
Plehwe, v. 242f.
Posadowsky-Wehner, Graf v. 184,
201, 207, ff. 228, 232, 236, 244.
Pobjedonoszeff 242.
Podewils, v. 236.
Poersch, v. 280.
Pohle 214.
Pöhner 295.
Pollock, F. 204.
Ponsonby, Arthur 388.
Popoff 259f.,
Prager, Max 245, 297.
Preller 90.
Prévôt, René 248f., 253.
Preysing, Graf 194.
Pringsheim 166.
Prinz Albert 145.
Prinz Heinrich 194.
Prinz Johann Georg 157.
Prinz Ludwig 193f., 206, 236, 356.
Prinzessin Maria Paz von Bayern 302.
Pusey 26.
Puttkamer, v. 130f., 138.

Quetelet 42f.
Quidde 369.

Radeck 244.
Radowitz 69.
Raefß 17, 119ff.
Raich, J. M. 57.
Ranke, Heinrich v. 193.
Ranke, Leopold 193.
Rathenau, Walter 327, 369, 392.
Ratzel 147.
Ratzinger, Georg 165, 179f., 407.
Reinsch, Paul 304.
Renaud 30f.
Renouf, Le Page 26ff., 52.
Ribbeck 147.
Ricardo 50, 98, 191, 211.
Richter, Eugen 248.
Richter 138ff.
Riedel, Frhr. v. 166, 235.
Riedler 284.
Riehl, W. H. 167, 205.
Rieppel 298.
Ringseis 14, 28, 166.
Ritchie 205.
Robinson, Henry Crabb 13.
Rodbertus 83f., 93f.
Roesicke 408.
Roggenbach, Frhr. v. 120.
Roon 66.
Roscher 74, 78, 142, 148.
Rosen 390f.
Rössler, Konstantin 67.
Rothschild 43.
Rottenburg, v. 244.
Rottenhof, Friedericke v. 6.
Rouher 54.
Rousseau, J. J. 227.
Rowton, Lord 238.
Rudorff 41.
Ruhland, Gustav 179f., 246, 405ff.
Russell, Lord John 303.
Ruszevska 368, 388.

Sabath 344.
Sailer 14f.
Salvisberg 246, 286.
Sasonoff 307.

- Saunders 379.
 Savigny 268, 270.
 Savigny, v. 409, 411.
 Savigny, Bettina v. 262.
 Savigny, Karl v. 162.
 Savigny, Leo v. 16, 34, 39, 41.
 Say, Leon 194.
 Schaeuffelen, Eugenie 166.
 Scheidemann 369.
 Schell 224.
 Schelling 40.
 Schewitsch, v. 243.
 Schiemann 284, 304.
 Schiller 23.
 Schlicke 344.
 Schlüter 28.
 Schoen, Frhr. v. 376f.
 Schoenemann, Lili 10.
 Schöll 166.
 Schönberg, Gustav 76, 121.
 Schmid, Rudolf 371.
 Schmidt, Erich 268.
 Schmidt, Julian 67.
 Schmidt, M. 222.
 Schmidtman, H. 406, 408.
 Schmitt, Alois 168.
 Schmoller, G. 55, 67, 74, 76, 78ff.,
 93, 96ff., 101f., 106f., 109ff., 119,
 121, 123, 134f., 137, 142, 154, 161,
 186ff., 193, 225, 241, 249, 252ff.,
 276, 280, 288, 291, 300f., 312, 317,
 321, 328, 332, 347, 391, 399, 411f.
 Schrader 229f., 344.
 Schücking 28.
 Schultheß-Rechberg, v. 329.
 Schulze-Delitzsch 79.
 Schulze-Gävernitz 151, 157, 201.
 Schumacher 214.
 Schwander 327, 345.
 Schweitzer, v. 21.
 Schwerin, Graf 42.
 Schweyer 259.
 Seratto, Pardinas 302.
 Sering 186ff., 214f., 400.
 Seyffardt 79.
 Sharbrook, Lord 196.
 Sheepshanks 373.
 Sicherer, v. 164, 166.
 Siemens, Werner v. 145.
 Sigl 408.
 Silberschmidt 344.
 Simson 86.
 Singer 238.
 Sinzheimer, Ludwig 195, 319, 386f.
 Smith, Adam 49f., 81, 98, 101f., 106,
 109, 113, 211, 295, 409.
 Smith, Toulmin 54f.
 Snowden 369.
 Soden-Frauenhofen, Frhr. v. 293,
 330, 339.
 Sohm, Rudolf 135f., 147, 208, 210,
 280.
 Sombart, Werner 400, 411.
 Spahn, Martin 219ff., 349.
 Springer, Anton 147, 217f.
 Stadion v. Reichsgraf Anton Heinrich
 Friedrich zu Thann-Warthausen 7.
 Stalin 243.
 Starling 375, 381.
 Stauffenberg, v. 166.
 Stegerwald 344f., 385f.
 Steffen 266.
 Steig, Reinhold 10f., 267f.
 Stein, Frhr. vom 78, 175.
 Stein, v. Frhr. 345.
 Stein, Lorenz v. 117f., 137, 142, 146.
 Stern 39.
 Stöcker 96, 209.
 Stolberg, Graf 34, 36.
 Stötzel 161.
 Stuck 321.
 Studt 131f.
 Stühmer 344.
 Stumm 125.
 Stumm, Frhr. v. 115, 200f., 245, 248,
 294.
 Stumpf, Carl 38, 56, 60, 191, 217.
 Sybel 246.
 Teepopoff 259f.
 Tellkampf 77.
 Thaer, Albrecht 173, 175, 179.
 Thiede 344.
 Thiersch, Fr. v. 147, 261.
 Thomas, Albert 395f.
 Thüner 247.

- Tille, Alexander 249, 254, 294, 296 ff.,
 301, 340.
 Timm 352.
 Tirpitz 346.
 Tisza, Graf 392.
 Toller 364.
 Tönnies 200f., 299.
 Torrens 211.
 Törring, Graf 320.
 Toynbee 379.
 Treitschke, H. v. 73, 103, 105, 169,
 211, 246.
 Trendelenburg 42.
 Treskow, v. 43.
 Trott zu Solz, v. 269.
 Trotzki 243, 338, 346, 372.
 Tucker, Josias 348.

 Uchtomski, Fürst 242.
 Uhlfelder 281.
 Umbreit 313, 344.
 Unger 117.
 Unterleitner 352.

 Valle, Guido Della 309.
 Vandervelde, Emile 203, 337.
 Vangeron 30f.
 Varnhagen v. Ense 265 ff., 270.
 Veit, Phil. und Joh. 15.
 Victor, Emanuel 315.
 Virchow 246.
 Vogel v. Falckenstein 32, 39.
 Völk, Frau v. 166.
 Vollmar, Georg v. 168 ff., 198, 228,
 239f., 350f.
 Voß, v. 78.

 Wach 147.
 Wachsmuth 148.
 Wacker, v. 361.
 Wagener, Hermann 93.
 Wagener, Hermann 73, 84, 94f.
 Wagner, Adolph 63, 65, 71f., 74, 76,
 78, 82, 93f., 96, 201, 210 ff., 288f.,
 320, 408f., 411.
 Wagner, Hermann 71.
 Waitz, v. 39.
 Waldeyer 284.

 Walker 71.
 Wallraf 338, 346.
 Wangenheim, Frhr. v. 410
 Wassermann, August 318.
 Waxweiler 307f.
 Webb, Beatrice 159, 191, 379.
 Weber, Adolf 169.
 Weber, Alfred 249f.
 Weber, Max 255, 288, 330.
 Weber, Wilhelm 39.
 Wehner 257.
 Wehrenpfennig 67.
 Weinschild 344.
 Weis 17.
 Weiß 358.
 Wenchebach 375.
 Wenzeslaus, Clemens 7.
 West 191.
 Westergaard 304.
 Wetterle 218.
 Weyerstraß 65f.
 Wilda 55.
 Wilhelm I. 130.
 Wilhelm II. 157, 169f., 193f., 200,
 207, 219, 225, 228, 240, 244, 306,
 312, 323, 350, 376f., 383, 390.
 Willemer, Marianne v. 21.
 William, Sir 373f.
 Wilmanns 268.
 Wilson 337.
 Windscheid 29f., 197.
 Windthorst 69f.
 Winterer 218.
 Witte, v. 241 f.
 Wittich, Werner 327.
 Wolff, Kurt 296 ff.
 Woolf 381.

 York, Graf Paul 41.

 Zahn, Friedrich 154.
 Zedlitz 221.
 Zichy, Graf 167.
 Zittel, v. 166.
 Zöpffel 134, 136 ff., 146.
 Zöpfl 30.
 Zorn von Bulach 205.
 Zumbusch 29.

I N H A L T

ERSTES BUCH

I. Die Familie Brentano	3
II. Meine Eltern	12
III. Meine Kindheit	17
IV. Studienzeit	22
V. Auf der Universität	28
VI. Die Schlacht bei Aschaffenburg	32
VII. Ich wende mich zur Nationalökonomie	38
VIII. In Berlin	40

ZWEITES BUCH

I. Mit Engel nach England	45
II. Rückkehr nach Deutschland	53
III. Mein Bruder Franz und das Vaticanum	56
IV. Meine Habilitation in Berlin	63
V. Meine Stellung zum Kulturkampf	68
VI. Adolph Wagner	71
VII. Die Kathedersozialisten	72
VIII. Meinungsverschiedenheiten der Kathedersozialisten	82

DRITTES BUCH

I. Breslau	85
II. Meine Verheiratung	90
III. Mein Buch: Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht	100
IV. Entstehung des Schmollerschen Jahrbuchs	106
V. Bismarcks Wendung zum Schutzzoll	110
VI. Schmollers Programm	113
VII. Meine Übersiedlung nach Straßburg	115

VIERTES BUCH

I. Straßburg	119
II. Ein Jahr Professor in Wien	141
III. Die Zeit meiner Professur in Leipzig	147

FÜNFTES BUCH

I. München	166
II. Die Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik	180
III. Literarische und Lehrtätigkeit	189
IV. Erlebnisse in den Anfängen meiner Münchener Zeit	191

SECHSTES BUCH

I. Wandel in der deutschen Sozialdemokratie und seine Hemmnisse	198
II. Sozialpolitische Reaktion	205
III. Der Kampf für und gegen Erhöhung der Getreidezölle . .	210

SIEBENTES BUCH

I. Mein Kampf für die Freiheit der Wissenschaft	217
II. Die Kartellenquôte	231
III. Die Wohnungsfrage	236
IV. Arbeitskämpfe und politische Ereignisse	238
V. Erstes Auftreten Ehrenbergs	246
VI. Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim 1905	249
VII. Neubau der Münchener Universität	256

ACHTES BUCH

I. Reisen und Erlebnisse	262
II. Wissenschaftliche und politische Betätigung nach meiner Rück- kehr aus Griechenland	271
III. Meinungsverschiedenheiten mit Naumann	276
IV. Der Kampf um die Unabhängigkeit der Universitäten . . .	281
V. Die Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung	292
VI. Ludwig Bernhard, ein neuer Gegner	299
VII. Meine Parteinahme für Francisco Ferrer	302

NEUNTES BUCH

I. Zur Sicherung des Friedens	303
II. Reise nach Sizilien	308
III. Ausbruch des Weltkrieges	312

ZEHNTES BUCH

I. Meine Entbindung vom Lehramt und meine darauffolgende Tätigkeit	330
II. Wechsel in der Reichskanzlerschaft	335
III. Die Revolution	349

ELFTES BUCH

I. Der Friede	368
-------------------------	-----



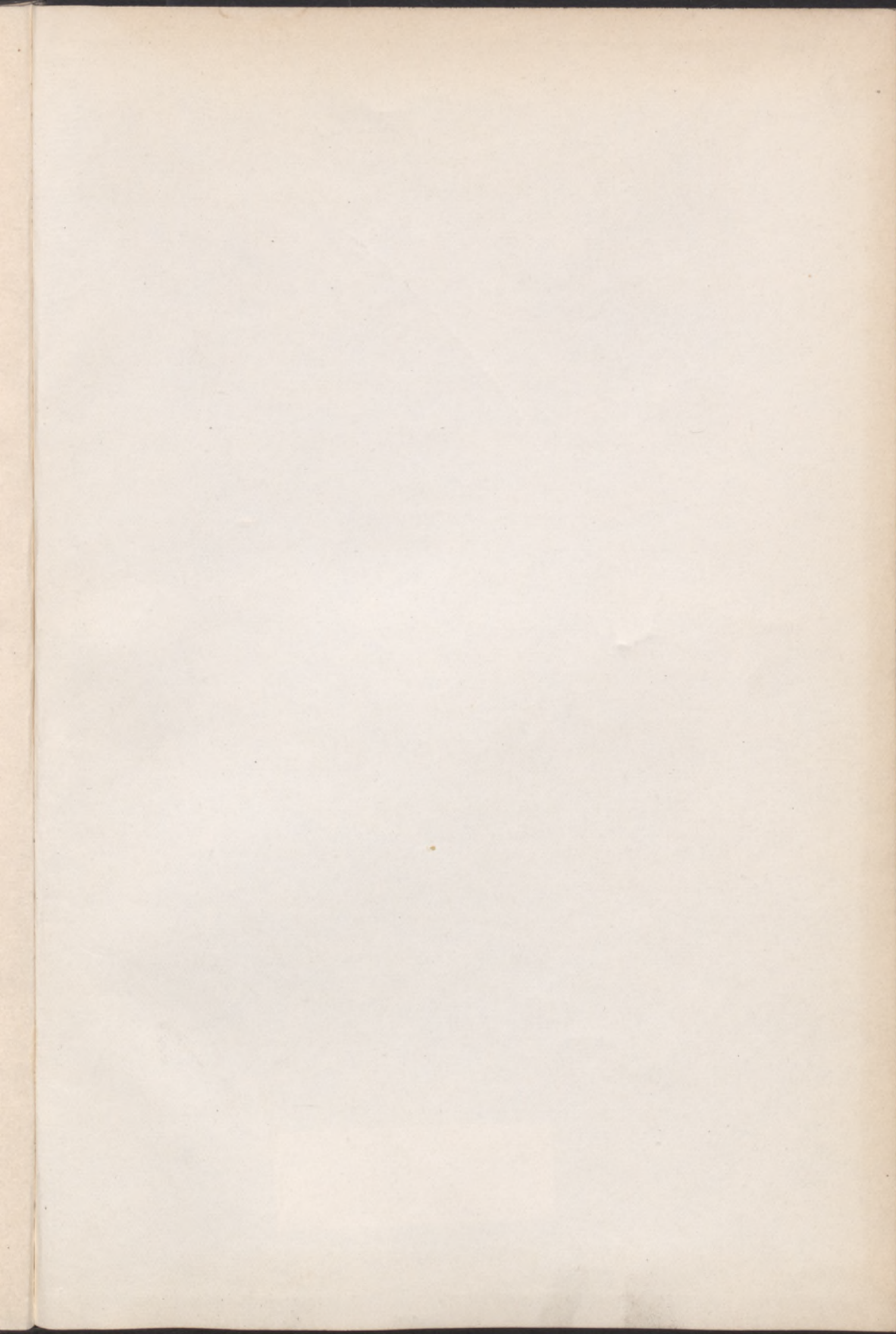
Dep. 425/54

ZWÖLFTES BUCH

I. Meine Bemühungen um Fortbildung des Arbeitsvertragsrechts	384
II. Zusammenkünfte in Genf und Basel	387
III. Übersiedlung nach Prien am Chiemsee	390
IV. Die Kämpfe um den Achtstundentag	393
<i>Anhang: Zur Charakteristik des Dr. Gustav Ruhland</i>	<i>405</i>
Namenregister	413

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

1. Lujo Brentano im 75. Lebensjahre	Titelbild
2. Das Haus Brentano in Aschaffenburg	17
Das Stammhaus der Familie Brentano in Azzano	17
3. Die Familie Laroche	33
4. Die Großeltern	49
5. Die Eltern	65
6. Louis Brentano	97
Prof. Dr. Joseph Merkel	97
7. Claudine v. Arnim geb. Brentano	113
8. Lujo Brentano als Student	145
9. John Malcolm Ludlow und Frederic Harrison	177
10. Franz Brentano als Priester	225
11. Lujo Brentano und Frau um 1874	257
12. Altersbild der Mutter	289
13. Franz Brentano	321
14. Lujo Brentano im 86. Lebensjahre	385



Biblioteka Główna UMK



300048704391

256664

Biblioteka Główna UMK



300048704391